Gerhardt Ronneberger

Deckname »Saale«

High-Tech-Schmuggler unter Schalck-Golodkowski



dietz berlin

Gerhardt Ronneberger

Deckname „Saale“

High-Tech-Schmuggler
unter Schalck-Golodkowski

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Ronneberger, Gerhardt:
Deckname „Saale“ : High-Tech-Schmuggler unter
Schalck-Golodkowski /Gerhardt Ronneberger. –
Berlin : Dietz, 1999

ISBN 3-320-01967-8

Umschlag unter Verwendung eines Fotos vom Autor
Lektor: Thomas Heubner
Typographie: Brigitte Bachmann
Satz: MediaService, Berlin
Druck und Bindearbeit: Wiener Verlag GmbH, Himberg
Printed in Austria

Inhalt

direktor – in Wirklichkeit Sicherheitsbeamter – den Rückzug über den Fahrstuhl. Volkspolizisten hinderten ihn daran. Wenig später spurtete ein Mann mit zwei Koffern aus dem Haus. Ihn hielten vor dem Gebäude postierte Bürger auf und übergaben ihn samt Koffer der VP. Der Inhalt der Behältnisse: Hunderttausend DDR- und mehr als eine halbe Million Westmark. Ein schwedischer Kontaktmann sollte das Geld einer Scheinfirma überbringen, die in Zusammenhang mit der Affäre Schalck-Golodkowski steht."

Der Artikel sorgte natürlich für Furore, und in den folgenden Tagen begannen in den DDR-Medien die Spekulationen um den „Mann mit zwei Koffern": Bei ihm habe man einen Ausweis gefunden, der ihn als Oberst der Staatssicherheit legitimierte. Allerdings habe es Zweifel an der Echtheit des Dokuments gegeben. Er sei unter dem dringenden Verdacht verhaftet worden, wichtige Unterlagen beseitigen zu wollen. Gleichzeitig tauchten erste Gerüchte auf, der Mann habe in der Untersuchungshaft Selbstmord verübt.

In der Tat wurde am 15. Dezember eine offizielle Information der Pressestelle des DDR-Generalstaatsanwaltes veröffentlicht, die alle im Umlauf befindlichen Legenden bestätigte: „Bei der Person, die am Abend des 4. Dezember mit einem vollen Geldkoffer am Haus der Elektroindustrie vorläufig festgenommen wurde und später in der Untersuchungshaftanstalt Selbstmord beging, handelt es sich um einen Oberst des Amtes für Nationale Sicherheit." Wie die Pressestelle weiter mitteilte, war er der Leiter einer Außenstelle des Amtes, und zu seinem Aufgabenbereich gehörte die abwehrmäßige Sicherung des Industriebereiches Elektroindustrie/Elektronik.

Als ich an jenem Tag, den 15. Dezember frühmorgens 6.45 Uhr in meinem Arbeitszimmer im Haus der Elektroindustrie saß, wie üblich zuerst meine Tageszeitungen las und auf die Pressemitteilung der Generalstaatsanwaltschaft stieß, stockte mein Atem. Jetzt war es kein Gerücht mehr, sondern Gewißheit: Oberst Artur Wenzel war tot. Er war der Mann mit dem Geldkoffer.

Ich kannte Artur Wenzel schon seit fast 25 Jahren. Er war noch ein junger Offizier in der Hauptabteilung XVIII im Ministerium für Staatssicherheit, gleichaltrig mit mir, als er mich, den Direktor für Export und Import im Volkseigenen Außenhandelsbetrieb (AHB) Heim-Electric, als Inoffiziellen Mitarbeiter (IM) der Staatssicherheit anwarb. Die Hauptabteilung XVIII war als Organ der Abwehr für den Schutz der Volkswirtschaft verantwortlich. Und in der für den Industriebereich Elektrotechnik/Elektronik zuständigen Abtei-

lung 8 dieser Hauptabteilung war Artur Wenzel auf der Karriereleiter vom Mitarbeiter bis zum Leiter dieser Abteilung geklettert.

Wenzel war mein Führungsoffizier. Er persönlich übertrug mir die Aufgaben und kontrollierte deren Erfüllung. Er beeinflußte und förderte natürlich auch meine berufliche Entwicklung. Verständlich also, daß sich in der über zwei Jahrzehnte währenden Zusammenarbeit auch so etwas wie eine persönliche Freundschaft zwischen uns entwickelte. Wir hatten schnell einen Draht zueinander gefunden, wie es oft so schön heißt. Das schloß freilich nicht aus, daß wir uns auch stritten, wie es unter Freunden normal und üblich ist.

Ich kannte seine Frau und seine Kinder, meiner Frau war Artur ebenfalls bekannt. Wenn ich mit meiner Frau über Wenzel sprach, nannten wir ihn nur „Arthur der Engel“, nach der Hauptfigur der im DDR-Fernsehen früher gezeigten ungarischen Zeichentrickfilm-Serie, oder einfach „Onkel Artur“. So wahrten wir die erforderliche Konspiration und konnten uns in der Familie unterhalten, ohne daß unsere Kinder wußten, wer „Onkel Artur“ wirklich ist. Sie hatten ihn zwar mehrfach gesehen, kannten ihn aber natürlich nicht als Stasioffizier, sondern als Mitarbeiter des Ministeriums für Elektrotechnik, also im weitesten Sinne als einen meiner Kollegen.

Verständlich auch, daß mich der Tod von Artur Wenzel tief erschütterte. Er erschien mir früher immer als ein prinzipienfester und starker Mann. Er hatte einen kühlen Kopf und trat immer sehr forsch auf. Wie konnte ein solcher Mensch Selbstmord begehen? Eine Frage, die mir sofort durch den Kopf ging und die mich bis heute noch beschäftigt, ohne daß ich eine Antwort finde.

KAPITEL 1

Ein Generaldirektor als Untersuchungshäftling

Von der Saale zum Chiemsee

Der 2. März 1982 war unfreundlich und naßkalt, einer jener Tage, an denen der scheidende Winter verbissen gegen die ersten zaghaften Anzeichen des nahenden Frühlings ankämpft. Ich saß im Zug D 303 Berlin – München, im DDR-Behördendeutsch ein „Zug im zwischenstaatlichen Reiseverkehr DDR – BRD“ und im Volksmund nach wie vor „Interzonenzug“ genannt, der sich durch das Saaletal schlängelte.

Mit Flüssen hat es so seine eigene Bewandtnis. Ein Fluß prägt jede Region. Deshalb sind es immer die Flüsse gewesen, die von den Dichtern und im Volkslied besungen wurden. So ist mir auch die Saale immer vertraut geblieben: „An der Saale hellem Strande stehen Burgen stolz und kühn ...“ Ich habe das Lied einst in der Schule gelernt und höre es noch heute gern.

Mein Zug hatte bei Bad Kösen die auf einem 85 Meter hohem Muschelkalkfelsen seit 1150 stehende Rudelsburg passiert, wo 1822 Franz Kugler das Lied über die Saale und ihre stolzen Burgen geschrieben hatte. Wir näherten uns bereits Jena, der Stadt von Carl Zeiss, Ernst Abbe und Otto Schott. Der Betrieb Carl Zeiss und die Friedrich-Schiller-Universität prägten stets das Leben in der Stadt und hatten sie in der Welt bekannt gemacht. Und schließlich hatte ich sechs Jahre lang in Jena gearbeitet.

Während ich noch wehmütig in meinen Erinnerungen kramte, hatte der Zug längst Jena und die mittelalterliche Leuchtenburg bei Kahla hinter sich gelassen. Wir näherten uns Saalfeld, der Stadt der Feengrotten, meiner Geburtsstadt.

Hier im Grünen Herzen Deutschlands, wie Thüringen gern genannt wird, hatte ich meine Kindheit und Jugend verlebt. Ich bin in bescheidenen Verhältnissen aufgewachsen. Das Geld meiner Eltern reichte oft nicht, um meine bescheidenen Kinderwünsche zu erfüllen. Diese Verhältnisse und die Kriegs- und Nachkriegserlebnisse haben mein Leben frühzeitig geprägt.

Trotz sehr guter schulischer Leistungen machte ich nicht das Abitur, sondern erlernte den Beruf eines Elektroinstallateurs. Mit der Lehre wurde ich auch gesellschaftlich aktiv, ich trat in die FDJ (Freie Deutsche Jugend) ein, besuchte die Bezirksjugendschule und wurde ehrenamtlicher FDJ-Sekretär meines Betriebes.

1952 verließ ich meine Geburtsstadt und begann ein Ingenieurstudium für elektrische Anlagen und Geräte. Mein Lehrbetrieb hatte mich zu diesem Studium an den Ingenieurschulen in Ilmenau, Karl-Marx-Stadt und Mittweida delegiert, und ich erhielt vom Staat ein Stipendium. Denn meine Eltern hätten das Studium nie finanzieren können. Folgerichtig betrachtete ich die DDR als meinen Staat. Und als aktiver FDJ-Funktionär lag es für mich auch auf der Hand, Mitglied der SED zu werden. Den „Marxismus-Leninismus" verinnerlichte ich als meine Weltanschauung, in der sozialistischen Gesellschaftsordnung sah ich nach den Grauen des Krieges und des Faschismus die einzige Alternative.

Nach dem Ingenieurstudium folgte ich einem „Aufruf der Partei": Ich trat freiwillig als technischer Offizier dem Aeroclub der Kasernierten Volkspolizei (KVP), dem Vorgänger der Luftstreitkräfte der Nationalen Volksarmee (NVA), bei. Der Dienst in der KVP dauerte allerdings nur ein Jahr, bis zur Gründung der NVA. Offizier zu sein, hieß Berufssoldat zu sein. Doch das war nun keinesfalls mein Wunschtraum. Also ließ ich mich als Reserveoffizier entlassen – was übrigens ohne Probleme verlief – und ging in die Volkswirtschaft. Der Außenhandel der DDR brauchte junge Mitarbeiter mit technischer Ausbildung.

So begann meine berufliche Entwicklung im Herbst 1956 mit Aufnahme einer Tätigkeit als Exportkaufmann im Volkseigenem Außenhandelsbetrieb Elektrotechnik in Berlin, kurz AHB ET genannt. Ich arbeitete als Exportkaufmann für Hochspannungstechnik und sammelte meine ersten Erfahrungen im Exportgeschäft mit der Volksrepublik Polen. Nach drei Jahren wurde ich als Vertreter des AHB ET in die Handelsvertretung der DDR nach Kairo beordert. In den zwei Jahren Handelstätigkeit in Ägypten lernte ich nicht nur perfekt Englisch, sondern auch wichtige Grundlagen und Details zur Verhandlungsführung mit westlichen Geschäftspartnern, was sich in den Folgejahren für mich auszahlen sollte. 1961 kehrte ich zurück nach Berlin, wo ich Direktor für Export und Import im Außenhandelsbetrieb Heim-Electric wurde. Ich war verantwortlich für den Import und Export elektronischer Bauelemente.

Zur Leipziger Frühjahrsmesse 1965 wurde ich von einem Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit namens Artur Wenzel in meinem Messebüro aufgesucht. Ohne Umschweife fragte er mich nach meiner Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Ich hatte weder Bedenken noch Gewissensbisse, und schon aus politischer Überzeugung verweigerte ich mich nicht. Ein paar Wochen später, genau am 6. Mai 1965, unterschrieb ich meine Verpflichtungserklärung:

„Ich erkläre mich hiermit einverstanden und bereit, für die Organe der Staatssicherheit auf freiwilliger Basis zu arbeiten. Ich werde alle mir übertragenen Aufgaben ordnungsgemäß lösen. Über Fragen und Probleme, die aus dieser Zusammenarbeit resultieren, werde ich volles Stillschweigen wahren. Ich werde keiner Person, auch nicht meinen nächsten Angehörigen gegenüber, meine Mitarbeit zur Kenntnis geben. Von mir zur Kenntnis gebrachten Informationen und Hinweisen mache ich keinen Gebrauch.

Als Pseudonym wähle ich ‚Saale'.

Gerhardt Ronneberger

Losung:

Frage: Ich möchte mit Dir die Vorbereitung für ein Schülertreffen in Mittweida beraten.

Antwort: Herr Saalbach hatte bei mir dieserhalb schon angerufen."

Gegen diese Verpflichtung verstieß ich bereits am nächsten Tag – ich informierte meine Frau. Die anderen Familienmitglieder sollten erst nach der „Wende" von meiner IM-Tätigkeit erfahren.

Im gleichen Jahr schloß ich ein sechsjähriges Fernstudium an der Hochschule für Ökonomie in Berlin-Karlshorst als Diplom-Ökonom im Fachgebiet Außenwirtschaft ab. Ich verließ 1966 den AHB Heim-Electric und nahm eine Tätigkeit in der Vereinigung Volkseigener Betriebe (VVB) Bauelemente und Vakuumtechnik Berlin auf. In diesem Vorläufer des späteren Kombinates Mikroelektronik wurden erste Schritte zur Entwicklung der Mikroelektronik in der DDR konzipiert. Gemeinsam mit Wolfram Zahn, mit dem ich in den nächsten zwei Jahrzehnten stets eng zusammenarbeiten sollte, baute ich dort einen speziellen Importbereich auf, das „Direktorat Anlagenimport". Damit legten wir den Grundstein für die Beziehungen zu führenden Konzernen und Betrieben der Mikroelektronik in der westlichen Welt. Unser erklärtes Ziel bestand darin, Know-how zu erwerben und Produktionsausrüstungen für den Aufbau der Mikroelektronik in der DDR zu importieren.

Im Dezember 1972 mußte ich wieder meine Koffer packen. Es ging nach Jena. Vom Minister für Elektrotechnik und Elektronik,

Ottfried Steeger, war ich nämlich als Generaldirektor des AHB Carl Zeiss Jena berufen worden, natürlich fehlte die Empfehlung vom MfS nicht.

Das Volkseigene Kombinat Carl Zeiss Jena war einer der Aktivposten im Außenhandel der DDR, es hatte in der ganzen Welt einen guten Ruf und war das Vorzeigekombinat und Aushängeschild der DDR-Wirtschaft. Staatsmänner aus Ost und West wurden durch das Kombinat geführt, Spitzenmanager der westlichen Welt gaben sich hier die Türklinke in die Hand. Mit einigen von ihnen traf ich persönlich zusammen und betreute sie während ihres Aufenthaltes. In guter Erinnerung ist mir noch der Besuch des USA-Botschafters in der DDR. Er und seine beiden Begleiter, der eine von ihnen ein CIA-Mitarbeiter der Botschaft, fühlten sich in unserem repräsentativen Gästehaus mit guter Thüringer Küche und stilvoller Bar so wohl, wie schon der erste sowjetische Kosmonaut Juri Gagarin.

Als Generaldirektor des AHB Carl Zeiss Jena mußte ich Neuland beschreiten. Denn die Außenhandelsbetriebe in der DDR unterstanden dem Minister für Außenhandel, sie wurden zentral staatlich geleitet. Die Industrieminister, die Kombinate und Betriebe selbst hatten also keinen Einfluß auf die Arbeit dieser Außenhandelsbetriebe. Im Gegensatz dazu wurde der des Carl Zeiss Jena neben einigen anderen AHB aus der Verantwortung des Ministers für Außenhandel herausgenommen und direkt dem Kombinat unterstellt. An diesen wenigen Beispielen wollte man Erfahrungen sammeln. Es waren Experimente, die sich in der Folgezeit als recht nützlich erweisen sollten.

Für das, was wir zu tun hatten, gab es weder Erfahrungen noch Vorbilder. Für mich begann eine der schwierigsten Perioden meiner Arbeit, aber auch eine sehr erfolgreiche. So mußte eine völlig neue Arbeitsweise eines staatlichen Außenhandelsbetriebes bei Zuordnung zu einem Kombinat organisiert werden. Ich hatte eine Belegschaft von über 1.100 hochqualifizierten Mitarbeitern zu leiten, die nicht nur die Export- und Importaufgaben dieses Kombinats zu realisieren hatten, sondern auch den gesamten Vertrieb einschließlich des Kundendienstes in der DDR. Für mich war es eine Zeit des Lernens und harter Arbeit. Nicht zuletzt mußte ich mich auch gegen alteingesessene Zeissianer durchsetzen und deren Vertrauen gewinnen. Schließlich hatten die Zeissianer schon immer ihre eigene Philosophie und Vorbehalte gegenüber jeden, der von außerhalb kam.

Das Kombinat befand sich gerade im Strukturwandel. Neben dem traditionellen wissenschaftlichen Gerätebau und der Optik

wurde nunmehr auch begonnen, moderne Produktionsausrüstungen für die Herstellung mikroelektronischer Bauelemente zu entwickeln und herzustellen. Ich lernte also nicht nur neue Formen und Methoden zur Beherrschung des Leitungsprozesses kennen, sondern gleichzeitig eine für mich neue Seite der Mikroelektronik. Auch Zeiss-Generaldirektor Wolfgang Biermann urteilte rückblickend: „Neue Wege mußten erschlossen werden, um die Wirksamkeit von Wissenschaft und Technik zu gewährleisten. Dazu bedurfte es mehrere Jahre und mancher Experimente ..."[1] Doch der Betrieb wuchs weiterhin rasant: 1984 zählte Zeiss etwa 48.000 Beschäftigte, 1988 arbeiteten fast 70.000 in 24 Betrieben des Kombinates, darunter 13.500 Physiker, Chemiker, Ingenieure, Informatiker, Mathematiker sowie Computer- und Mikroelektronikexperten.

Doch zu diesem Zeitpunkt war ich schon nicht mehr in Jena, da ich im Mai 1978 nach Berlin zurückgerufen wurde. Der Außenhandelsbetrieb Elektronik wurde in Berlin neu gebildet und dem gleichfalls neu geschaffenen Kombinat Mikroelektronik in Erfurt unterstellt. Der Minister für Elektrotechnik und Elektronik übertrug mir die Leitung dieses AHB als Generaldirektor, natürlich wiederum auf Vorschlag der Staatssicherheit.

Hintergrund der Überlegungen war, die guten Erfahrungen des AHB Carl Zeiss Jena auf diesen neuen Außenhandelsbetrieb zu übertragen. Das war freilich schwieriger als gedacht. Die gewünschten raschen positiven Effekte blieben aus. Im Gegensatz zu Zeiss erhielt der AHB Elektronik von seinem Kombinat nicht die erforderliche Unterstützung. Hinzu kam, daß es zwischen dem Generaldirektor des Kombinates Mikroelektronik und mir als Generaldirektor des AHB in wichtigen strategischen Fragen keine Übereinstimmung gab, und auch in der SED-Grundorganisation im AHB fand ich keine Verbündeten. Bald sah ich kaum noch Möglichkeiten, die mir übertragenen Aufgaben erfolgreich zu lösen. Nach gut drei Jahren, Ende 1981, bat ich um Entbindung von meiner Funktion und wurde vom Minister für Elektrotechnik und Elektronik abberufen.

Damit war allerdings eine Bedingung verknüpft, die – wie sollte es anders sein – vom MfS gestellt wurde: Ich sollte als Stellvertreter des Generaldirektors im AHB Elektronik weiterarbeiten. Meine Aufgabenstellung wurde präzisiert: der Aufbau eines speziellen Im-

---

1 Hans Herbert Götz: Manager zwischen Marx und Macht, Freiburg 1988, S. 27.

portbereichs für Mikroelektronik aus der westlichen Welt, im DDR-Deutsch „NSW“: Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet, geheißen.

Ich saß also nun als Stellvertreter des Generaldirektors des AHB Elektronik und Inoffizieller Mitarbeiter der DDR Staatssicherheit in einem Abteil der 1. Klasse im Interzonenzug nach München, um in Bernau am Chiemsee mit einem Geschäftspartner Verhandlungen zu führen.

Der Zug verließ den Grenzbahnhof Probstzella und die DDR fahrplanmäßig und rollte in Richtung Ludwigsstadt, dem Grenzkontrollpunkt der Bundesrepublik. Grenzübertritte in Richtung Westen waren für mich schon Routine. Seit über 20 Jahren kannte ich die Kontrollen auf beiden Seiten, sie hatten nichts Beunruhigendes für mich. Bedenken ob meiner IM-Tätigkeit für das MfS hatte ich bereits vor vielen Jahren verdrängt.

Auf dem kleinen Bahnhof Ludwigsstadt begann die Grenzkontrolle. Die Abteiltür wurde von einem Beamten geöffnet, wir drei Insassen des Abteils höflich begrüßt. Von den beiden älteren Mitreisenden wurden die Reisepässe eingesehen und kommentarlos zurückgegeben. Es waren die blaue Reisepässe der DDR, also handelte es sich um Besuchsreisen von Rentnern. Ich übergab meinen grünen DDR-Paß, der mich als Dienstreisenden auswies.

Wir Dienstreisenden, in der DDR „Reisekader“ genannt, hatten bei der bundesdeutschen Spionageabwehr schon immer besonderes Interesse erregt. Die Verfassungsschutzberichte sprachen von einer Fünften Kolonne des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit, wonach die Mehrzahl der „Reisekader“ inoffiziell für einen östlichen Geheimdienst arbeiten sollten, was wohl tatsächlich auch der Fall war.

Der DDR wiederum war bekannt, daß der Bundesnachrichtendienst (BND) mit seinem Referat 14A ein spezielles Grenzmeldenetz aufgebaut und die Grenzübergangsstellen mit speziellen Fotoausrüstungen ausgestattet hatte, mit denen Reisedokumente abgelichtet wurden. Das Grenzmeldenetz basierte auf Basis der Amtshilfe, die zwischen Bundesgrenzschutz und BND vereinbart war. Die Grenzkontrolle selbst erfolgte auf der Grundlage einer Geheimverfügung des BRD Innenministeriums. Der Abschnitt II dieser Verfügung sah eine Befragung der Reisenden und eine Erfassung der Befragungsergebnisse vor. Die Prüfung bezog sich auf Angaben zur Person, zum Auftraggeber, zum Zeitpunkt des Grenzübertrittes, zum Reisezweck und zum Reiseziel. Oft wurden auch

Fragen zur Übernachtungsadresse, zu mitgeführten dienstlichen Unterlagen und zur Höhe mitgeführter Geldbeträge gestellt. Das Grenzkontrollnetz diente de facto einer weitgefächerten Personenfahndung, deren Ergebnisse dem BND, dem Verfassungsschutz und den BND-Partnerdiensten zugänglich gemacht wurden. Das war sogar uns „Reisekadern" bekannt.

Mein grüner Reisepaß wurde Seite für Seite exakt kontrolliert. In der Regel war das bei Kontrollen im Zug nur Routine, denn hier wurde der Paß nicht abgelichtet. An diesem Tag fiel mir jedoch eine Merkwürdigkeit auf: Der kontrollierende Beamte hielt einen kleinen Zettel in der Hand, auf den ich einen kurzen Blick werfen konnte. Ich glaubte, dort meinen Familiennamen und die Worte „Paß" und „Beschreibung" gelesen zu haben. Der kontrollierende Beamte reichte den aufgeschlagenen Paß mit der Lichtbildseite und den Personalangaben seinem Kollegen. Der schaute sich die beiden Seiten genau an und gab den Paß mit einem leichten Kopfnicken an den ersten Beamten zurück. Dieser winzigen Besonderheit widmete ich aber keine Bedeutung. Ich konnte nicht ahnen, daß man auf bundesdeutscher Seite meine Einreise mit diesem Zug bereits erwartet hatte und nun im Freistaat Bayern hektische Aktivitäten der Sicherheitsorgane nach einem vorbereitetem Plan anliefen ...

Es folgte die übliche Befragung, wobei die Antworten wie immer kommentarlos notiert wurden. Mein wirkliches Reiseziel Bernau gab ich nicht an, sondern nannte die Firma Siemens in München. Auskünfte zum Übernachtungsort in München konnte ich gleichfalls nicht geben. Dankend wurde mir mein Paß zurückgereicht. Kurze Zeit später setzte der Zug seine Fahrt fort.

Am Hauptbahnhof in München wurde ich von Dietmar Scholz, dem Juniorchef der Firma „Alltransistor", abgeholt. Wir fuhren mit seinem Auto über die Autobahn München-Salzburg nach Bernau am Chiemsee, dem Firmen- und Wohnsitz des Geschäftsführers Albert Scholz. Unterwegs mußten wir auf einem Autobahnrastplatz einen Halt einlegen, um einen recht eigenartigen technischen Defekt am Wagen zu beheben. Wir bemerkten nicht, daß wir dabei fotografiert wurden. Tage später sollte ich diese Fotos zu Gesicht bekommen.

Scholz hatte mich auf der herrlich gelegenen Seiser-Alm oberhalb von Bernau untergebracht. Doch ich konnte die Landschaft kaum genießen. Noch am gleichen Abend setzten wir uns im Hause des Seniorchefs zur Geschäftsverhandlung zusammen. Es ging um die kommerzielle Abwicklung abgeschlossener Verträge zur Liefe-

rung von japanischen Ausrüstungen zur Produktion von Leistungstransistoren. Diese Produktionsausrüstungen standen auf der Embargoliste und durften somit nicht in die DDR geliefert werden. Scholz aber unterhielt seit über zwei Jahrzehnten Geschäftsbeziehungen mit der DDR und war als kleine Handelsfirma bereit und interessiert, solche Transaktionen zu tätigen. Schließlich konnte man damit viel Geld verdienen, und das war eine Existenzfrage für diese kleine Firma.

Albert Scholz war schwer herzkrank, so daß die operative Geschäftstätigkeit von seinem Sohn durchgeführt werden mußte. Scholz senior plauderte in der gelösten Atmosphäre am Abend darüber, daß er auch mit Wolfram Zahn, meinen früheren Chef im Direktionsbereich Anlagenimport der VVB Bauelemente und Vakuumtechnik, Geschäfte machte und sogar Funktechnik und Dechiffriergeräte liefern könne. Er verschwieg jedoch tunlichst, daß sein Sohn erst Tage vorher mit Zahn in Ostberlin verhandelt hatte, was sich für mich und für Scholz noch als verhängnisvoll erweisen sollte. Albert Scholz schlug in unseren Gesprächen noch einige weitere Projekte des Technologietransfers vor, für die er Interesse der DDR-Mikroelektronik vermutete und die er mit Hilfe von Freunden bei MBB, dem bayerischen Flugzeugkonzern, und beim Zoll realisieren könnte.

Am nächsten Tag, wir hatten unsere Verhandlungen gut über die Runden gebracht, fuhr mich Scholz junior nachmittags nach München zurück. Ich machte noch einen Stadt- und Einkaufsbummel und besuchte anschließend im Hauptbahnhof das Zeitkino, um die Zeit bis zur Abfahrt des Zuges nach Berlin zu überbrücken. Ich saß in der letzten Reihe und fühlte mich durch zwei männliche Personen gestört, die die ganze Zeit direkt hinter mir standen. Ich kam immer noch nicht auf die Idee, daß deren Aufmerksamkeit ausschließlich meiner Person galt.

Der D-Zug 304 nach Berlin verließ pünktlich den Münchner Hauptbahnhof. Ich belegte ein Schlafwagenabteil 1. Klasse und übergab meinen Dienstpaß und die Fahrkarte dem Mitropa-Schlafwagenschaffner. Normalerweise konnte man somit verhindern, bei der Ausreise aus der Bundesrepublik von den Kontrollorganen geweckt zu werden. Ich war allein im Abteil und machte es mir bequem. Ich ordnete mein Gepäck und entsorgte Zeitungen und Zeitschriften, da deren Einfuhr in die DDR nicht erlaubt war. Auch für mich nicht. Ich genehmigte mir noch eine Flasche des guten Radeberger Pilsners und schlief schnell ein.

Überraschende Verlängerung einer Dienstreise

Durch lautstarkes Klopfen an der Tür meines Schlafwagenabteils wurde ich jäh aus dem Schlaf gerissen. Schlaftrunken erkannte ich die Umrisse von zwei Zivilisten in der Tür. „Herr Ronneberger, Sie sind verhaftet!" Der Satz ging mir durch Mark und Bein, von Schlaftrunkenheit keine Spur mehr.

Wer waren die Männer? Wie spät war es, und wo befand sich der Zug? Befanden wir uns noch im Westen oder schon in der DDR? Die Antwort erübrigte sich sofort, denn hinter den beiden Zivilisten erkannte ich Polizeiuniformen. Es waren nicht die der Volkspolizei.

Ich mußte mich ankleiden, meine Sachen zusammenpacken und mitkommen. Zwischenzeitlich wurde das gesamte Abteil samt Papierkorb durchwühlt. Handschellen legte man mir nicht an, denn es war reichlich Begleitpersonal vorhanden. Sogar der Bahnsteig war abgesichert. Jetzt erst erkannte ich den Grenzbahnhof Ludwigsstadt. Es war der 4. März, kurz nach Mitternacht. An diesem Tag war mein 48. Geburtstag. In ein paar Stunden würden zu Hause in Berlin meine Familie und die Geburtstagsgäste auf mein Kommen warten ...

In Ludwigsstadt wurde ich in eine kahle und nüchtern wirkende Villa gebracht, offensichtlich ein Objekt des Staatsschutzes oder des Nachrichtendienstes. Solche Häuser kannte ich zur Genüge – von meinen Treffs mit meinem Führungsoffizier. Sie haben alle das gleiche Flair.

Hier wurde mir nun eröffnet, daß ich auf Veranlassung der Bundesanwaltschaft wegen Spionageverdachts verhaftet sei. Mein Verlangen nach sofortiger telefonischer Kontaktaufnahme mit der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn wurde brüsk zurückgewiesen. Vielmehr sollte ich mein Gepäck öffnen. Als ich das ablehnte, wurde mein Koffer gewaltsam geöffnet und durchwühlt. Dem schloß sich eine gründliche Leibesvisitation an. Jedes Papierschnipsel wurde sichergestellt. Mit innerer Genugtuung registrierte ich die Enttäuschung auf den Gesichtern der beteiligten Herren, denn wirklich Bedeutsames konnten sie nicht finden.

In meinem Kopf ratterte es wie in einem Computer. Was war der Anlaß der Verhaftung? Lagen Beweise für meine Stasi-Tätigkeit vor? Oder gab es nur Erkenntnisse über die Embargogeschäfte?

Natürlich konnte ich mir diese Fragen nicht beantworten. Gleichwohl mußte ich mir eine Strategie für mein Verhalten in den nächsten Stunden ausdenken, um glaubwürdig zu erscheinen. Meine Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit mußte ich auf alle Fälle in

Abrede stellen. Ich erinnerte mich der Worte meines Führungsoffiziers: „Leugne die MfS-Zugehörigkeit, aber räume Kontakte zum MfS-Mitarbeiter ein, der für deinen Betrieb in Abwehrfragen zuständig ist. Solche Kontakte hat jeder Wirtschaftsfunktionär, wenn du sie verneinst, bist du unglaubwürdig."

Viel Zeit zum Nachdenken blieb mir nicht. Nach einem kurzen Telefonat der Beamten mit ihrer Dienststelle wurde ich mit meinem Reisegepäck zu einen Pkw gebracht, und die Fahrt ging mit unbekanntem Ziel los. Nach kurzer Zeit erreichten wir die Autobahn, ich konnte die Fahrtrichtung München feststellen. Als Reiseziel vermutete ich Pullach, die Zentrale des BND.

Ich stellte mich schlafend. Es schien zu klappen, und ich konnte die von den Beamten leise geführten Gespräche mithören und daraus entnehmen, daß im Raum München parallel eine zweite Aktion durchgeführt und die Firma „Alltransistor" durchsucht wurde. Vermutlich waren also meine Geschäfte mit Scholz aufgedeckt und ich wegen der Verstrickung in Embargogeschäfte verhaftet worden. Somit blieb wenigstens ein kleiner Trost: Bei „Alltransistor" konnte es keine Hinweise auf meine Stasi-Tätigkeit geben. Auf diesen Überlegungen wollte ich meine Verteidigungsstrategie aufbauen: zu den Embargogeschäften bekennen, aber jegliche Tätigkeit für das MfS leugnen, um so die nachrichtendienstlichen Vorwürfe zu entkräften.

Die Verpflichtung

An der Beschilderung der Autobahn erkannte ich, daß wir uns im Raum Nürnberg befanden. Es war also noch Zeit, darüber nachzudenken, was der Gegner von meinen Aktivitäten für die Staatssicherheit wissen und mir zur Last legen konnte.

Seit gut 17 Jahren war ich ja IM, ein „Inoffizieller Mitarbeiter zur operativen Durchdringung und Sicherung des Verantwortungsbereiches", wie es im MfS-Deutsch hieß. Ein „Normal"-IM, der für den jeweiligen Dienstbereich eingesetzt wurde. Ich war kein IMF und damit kein „Inoffizieller Mitarbeiter mit Feindverbindung bzw. zur unmittelbaren Bearbeitung im Verdacht der Feindtätigkeit stehender Personen", die meist von der Hauptabteilung Aufklärung geführt wurden. In der späteren Arbeit sollte ich jedoch merken, daß die Grenzen nicht so eng gezogen wurden.

Mit Artur Wenzel, meinem Führungsoffizier aus der Hauptabteilung XVIII, damals noch Hauptmann, verband mich von Anbeginn eine ganze Menge. Wir waren gleichaltrig und hatten beide eine Ausbildung als Ingenieur für Elektrotechnik absolviert. Wir hatten ähnliche Interessen und vertraten in vielen Fragen übereinstimmende Auffassungen. Somit entwickelte sich ein beiderseitiges vertrauensvolles, freundschaftliches und persönliches Verhältnis, das über die offizielle Zusammenarbeit hinausging. Mit der Zeit lernte Wenzel meine Familie kennen, ohne daß neben meiner Frau jemand wußte, wer er tatsächlich war, und auch ich lernte Wenzels Ehefrau und seine Kinder kennen.

Die Hauptabteilung XVIII des Ministerium für Staatssicherheit, geleitet von General Kleine, gehörte zum Bereich des Stellvertreters des Ministers für Staatssicherheit, Generaloberst Mittig. Sie war verantwortlich für die Sicherung (Abwehrtätigkeit) der Volkswirtschaft, Landwirtschaft, der wirtschaftsleitenden, handelspolitischen und finanzpolitischen Institutionen und volkswirtschaftlich bedeutsamen Einrichtungen der Wissenschaft und Forschung sowie für die Verbindungen zum Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), vom Westen COMECON genannt.

Innerhalb dieser Hauptabteilung war die Abteilung 8 (HA XVIII/8) für das Ministerium für Elektrotechnik/Elektronik (MEE) zuständig. Leiter der Abteilung war zum Zeitpunkt meiner Verpflichtung Erich Lehmann, später wurde Artur Wenzel ihr Chef. Die Abteilung 8 mit ihren 62 Mitarbeitern saß nicht in der berühmt-berüchtigten Zentrale in der Normannenstraße in Berlin-Lichtenberg. Vielmehr hatte sie ihren Sitz im Haus der Elektrotechnik (HdE) am Alexanderplatz 6 in Mitte und war im sogenannten Anbau des HdE, einem Hochsicherheitstrakt, untergebracht.

Die einzelnen Abteilungen der HA XVIII, die es adäquat zur Zentrale in jeder Bezirksverwaltungen (BV) des MfS gab, betrieben eigene Recherchen und Analysen zur Lage der Volkswirtschaft, zum Binnen- und Außenhandel und zur Arbeit in den Ministerien, Kombinaten und Betrieben. Dazu gehörten Informationen an die Partei- und Staatsführung über Zustände und Mängel und über die reale politische Stimmung unter den Leitungskadern, Angestellten und Produktionsarbeitern sowie Stellungnahmen zu Vorlagen, Leitungsentscheidungen und Berichten staatlicher Organe. Dabei stützten sich die Abteilungen auf Zuarbeiten, Einschätzungen und Informationen ihrer IM und Offiziere im besonderen Einsatz (OibE).

Weiterhin hatte die HA XVIII mit der Aufklärung gegnerischer Angriffe auf die Volkswirtschaft der DDR, der Aufdeckung von Wirtschaftskriminalität, Korruption und Mißwirtschaft zu tun. Dazu gehörten auch die Aufdeckung und Verhinderung von Verletzungen gesellschaftlicher Bestimmungen, Gesetze, Geheimhaltungs- und Sicherheitsvorschriften; von Bedingungen, die zu Bränden, Störungen und Havarien führen können und die Aufdeckung schwerer Mängel in der Leitungstätigkeit staatlicher und wirtschaftsleitender Organe, Betriebe, Kombinate und Einrichtungen. Natürlich war es ehernes Prinzip der Staatssicherheit, auf die Personalpolitik in der Wirtschaft und besonders auf die Besetzung von Führungs- und Leitungspositionen gezielt Einfluß zu nehmen. Ging es doch vor allem um die politische Zuverlässigkeit der Leitungskader und die Überwachung von Verwaltung, Produktion und Forschung mit operativen Mitteln und Methoden.

Die Hauptabteilung XVIII war als Abwehreinheit auch für bestimmte äußere Aufgaben zuständig, insbesondere für Konzerne, Einrichtungen und Personen, die unter dem Verdacht standen, daß sie im Rahmen der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zur DDR Aktivitäten gegen uns betrieben. Vorbeugend sollte das Entstehen von sogenannten Konzernstützpunkten in der DDR verhindert werden, wie auch die „Reisekader“ abgesichert und operativ genutzt werden sollten. Dabei führte man auch Doppelagenten. Bei denen handelte es sich um DDR-Bürger, die als Außenhandelskader von westlichen Diensten angeworben wurden, sich aber dem MfS offenbart hatten und nun in dessen Auftrag die Angriffsrichtung und die Mitarbeiter dieser gegnerischen Dienste aufklärten.

Nicht zuletzt war die HA XVIII auch für den Außenhandel und damit bis zur Bildung der „Arbeitsgruppe BKK“ (Bereich Kommerzielle Koordinierung) für diesen Bereich zuständig. Hier ging es beispielsweise um die Absicherung wirtschafts- und handelspolitischer Großveranstaltungen wie der Leipziger Messen und die Nutzung von Auslandsmessen für die Interessen des MfS. Das war auch die Grundlage für die enge Kooperation der HA XVIII zum Sektor Wissenschaft und Technik (SWT) der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA). Kam es doch darauf an, die von SWT bedachten Geheimnisträger und Auswertegruppen abwehrmäßig zu sichern und vorhandener Verbindungen ins Operationsgebiet – also in den Westen – zu nutzen.

Lange Zeit, bevor ich mich als IM verpflichtet hatte, war ich schon ins Blickfeld der „Firma Horch & Guck“, wie die Stasi im DDR-Volksmund genannt wurde, geraten.

Eine erste Berührung mit dem „Schild und Schwert der Partei“ hatte ich 1958. Damals wurde eine Mitarbeiterin des Außenhandelsbetriebes Elektrotechnik, mit der ich in der gleichen Abteilung arbeitete, als Agentin des amerikanischen Geheimdienstes verhaftet. Sie sollte unseren Abteilungsleiter, mit dem sie ein intimes Verhältnis unterhielt, der Gegenseite zuführen. Ich selbst geriet gleichfalls unter Verdacht, weil sie versucht haben soll, auch zu mir ein persönliches Verhältnis aufzubauen, was allerdings nicht den Tatsachen entsprach. Dennoch wurde ich, wie es so schön heißt, vom MfS „aufgeklärt“.

Ins Fadenkreuz der Aufklärer geriet ich erneut, als ich in der Handelsvertretung der DDR in Kairo arbeitete. Genau in jener Zeit verließ der Vater meiner Ehefrau, zu dem wir keine Verbindung unterhielten, illegal die DDR. Der Nebeneffekt: Ich mußte im August 1961 meine Tätigkeit in Kairo beenden.

1961/62 gingen von Kairo aus einige Mitarbeiter in den Westen, zu denen ich Kontakte hatte. Wieder geriet ich in den Beobachtungskreis der Staatssicherheit. Einer der geflüchteten Mitarbeiter namens Werner Bartmann arbeitete für den amerikanischen Geheimdienst und versuchte später, einige ehemalige Angehörige der DDR-Handelsvertretung in Kairo als Spione anzuwerben. Auch ich zählte zu Bartmanns Zielpersonen, worüber das MfS von Doppelagenten informiert wurde. Viele Jahre sollte mich der Verdacht verfolgen, von der CIA kontaktiert worden zu sein.

Meine ersten Spuren in der Staatssicherheit hatte ich somit als „verdächtige Person“ hinterlassen. Die Verdachtsmomente waren zwar alle unbegründet, daß ich aber trotzdem zur Mitarbeit als IM herangezogen wurde, ist gewiß nicht alltäglich gewesen. Wohl auch deshalb wurden mir immer wieder Fragen nach meiner Zuverlässigkeit und Ehrlichkeit gestellt. So ist wahrscheinlich auch zu erklären, daß mich Artur Wenzel sofort nach meiner Unterschrift unter die Verpflichtungserklärung sehr intensiv über die Konsequenzen, insbesondere strafrechtlicher Art, eines Verrats oder Verstoßes gegen die Verpflichtung belehrte. Seine wörtliche Drohung: „Wenn du zum Verräter wirst, werde ich dich persönlich erschießen.“ Nach meiner Verhaftung wiederholte er dies gegenüber meiner Frau wörtlich. Es war alles andere als ein Scherz.

Als frischgebackener IM gab ich meine ersten Berichte zu fachlichen Problemen der Arbeit und zur Situation im Außenhandelsbetrieb Heim-Electric, in dem ich nach Rückkehr aus Kairo als Direktor für Export und Import tätig war. Die geschäftlichen Beziehungen der elektronischen Bauelemente-Industrie mit kapitalistischen Wirtschaftsunternehmen waren dabei nicht ausgeklammert.

Bald kam das erste Problem. Die Stasi klärte seit 1965 einen großen Spionagefall auf, der später als „Spionageprozeß Hüttenrauch-Latinsky" in der Öffentlichkeit bekannt wurde. Hüttenrauch, ein Westberliner Vertreter, arbeitete mit unserem Außenhandelsbetrieb, insbesondere mit dem von mir bis Ende 1964 geleiteten Kontor Rundfunk-/Fernsehgeräte/Phonotechnik sowie dem Bereich elektronische Bauelemente zusammen. Im geheimen jedoch führte er Militärspionage gegen die DDR durch und hatte Jochen Creutzmann als Agent angeworben. Creutzmann war mein technischer Berater in der Funktion als Direktor des Bereiches und nutzte seine Position, um aus den Forschungsbereichen der Betriebe der elektronischen Bauelementeindustrie Informationen für den amerikanischen Geheimdienst abzuzweigen. Zusammen mit Hüttenrauch korrumpierte er einige Mitarbeiter meines Bereiches.

An der Aufklärung dieses Falles war ich gemeinsam mit meinen beiden Stellvertretern Dietrich Kupfer, später Direktor des Anlagenimports, und Horst Schuster, später Chef des KoKo-Unternehmens Kunst und Antiquitäten, beteiligt. Beide waren gleichfalls IM des MfS, was ich natürlich offiziell nicht wußte. Horst Schuster trat im Prozeß gegen Hüttenrauch und Creutzmann als einer der Hauptbelastungszeugen auf. Jahre später enttarnte sich Schuster mit seiner Flucht in die Bundesrepublik selbst als Doppelagent, der nicht nur für das MfS gearbeitet hatte. Hüttenrauch und Creutzmann wurden zu langjährigen Haftstrafen verurteilt.

Vor dem Schalck-Untersuchungsausschuß des Bonner Bundestages outete sich Horst Schuster, der von 1973 bis 1980 als Hauptgeschäftsführer die KoKo-Firma Kunst und Antiquitäten leitete, unter seinem neuen Namen Arthur Schuster von Witzleben, selbst als Agent des amerikanischen Geheimdienstes CIA und bestätigte, außerdem in Diensten von BND und Stasi gestanden zu haben. 1983 organisierte der BND Schusters Flucht über Ungarn in die BRD, um ihn „abzuschöpfen". Er lebt heute in München.

Hüttenrauch plauderte gegenüber seinen MfS-Vernehmern übrigens auch aus, daß er den amerikanischen Geheimdienst laufend

über meine Person, meine Tätigkeit, meine Dienstreisen in das westliche Ausland und meine Kontakte zu westlichen Firmen informieren mußte. Ein ganz gezieltes Interesse des CIA an meiner Person vermochte man jedoch nicht festzustellen.

Mit Aufnahme meiner Funktion als stellvertretender Leiter der Abteilung Anlagenimport in der VVB Bauelemente und Vakuumtechnik konzentrierte sich meine Arbeit mit dem Leiter der Abteilung, Wolfram Zahn, darauf, diese Abteilung schrittweise und systematisch zu einem leistungsfähigen Bereich mit eigenen Außenhandelsrechten auszubauen. Unser erklärtes Ziel: die Beschaffung von Embargowaren. Natürlich war auch das mit Artur Wenzel abgestimmt. Ohne den Segen des MfS ging nichts.

Als IM sollte ich vor allem einige Embargolieferanten auskundschaften. Sie standen unter dem gewiß nicht unbegründeten Verdacht, Verbindungen zu gegnerischen Geheimdiensten zu unterhalten oder Korruptionshandlungen in der DDR begangen zu haben. Dazu gehörten solche Firmen wie „Radio Zemanek", Wien, und „Caramant", Wiesbaden. Ich sollte nun herausfinden, welche unserer Mitarbeiter durch Geld und Sachwerte bestochen wurden. Es galt Schaden abzuwenden und die Konspiration zu wahren.

Meine Tarnung mußte ich auch aufrechterhalten, als ich beispielsweise im November 1970 auf Geschäftsreise nach Wien fuhr. Mein eigentlicher Auftrag: „Aufklärung" der Person Joseph Griesler und der Firmen „Industrie Contact Agent", „Electrofact", „Armaco", „Agrimar de Panama" und „Great Circle Trade".

Im März 1979 brachte mich mein Führungsoffizier mit einem MfS-Mitarbeiter zusammen, der sich als Dr. Hartmann vorstellte. Später erst stelle ich fest, daß sein wirklicher Name Kleine war und es sich um den späteren Leiter der HA XVIII, Generalleutnant Kleine handelte. „Dr. Hartmann" erteilte mir den Auftrag, von Westberlin aus einen Herrn Gerhard Mauershof, leitender Mitarbeiter in einem Konzern des Maschinenbaus, in seiner Wohnung in Westberlin anzurufen. Die bestehenden Kontakte zwischen „Dr. Hartmann" und Mauershof waren offenbar unterbrochen und ich sollte sie wiederherstellen.

Ich telefonierte also in Westberlin mit der Haushälterin von Mauershof, indem ich mich wie festgelegt als Dr. Karl Hartmann und Freund von Mauershof vorstellte. Die Dame erzählte mir vertrauensselig, daß Mauershof gerade eine schwere Operation mit komplizierten und langwierigen Nachwirkungen hinter sich habe. Ich entschuldigte mich, daß ich mich erst jetzt nach dem Befinden

meines Freundes erkundigen könne, da ich erst von einem Auslandsaufenthalt zurückgekehrt sei. Ich fragte, ob ein Telefonanruf im Krankenhaus möglich sei und erhielt eine Telefonnummer und den Namen des Krankenhauses. Ich bat die gute Frau um Übermittlung bester Grüße und Wünsche zur vollen Genesung, da ich noch nicht sagen könne, wann eine Möglichkeit zu einem persönlichen Anruf im Krankenhaus besteht. Damit wollte ich sichern, daß Mauershof von dem Anruf erfährt.

Zurück in Ostberlin, mußte ich meinen Auftraggeber sofort telefonisch informieren und eine schriftliche Notiz anfertigen – das übliche Procedere bis ans Ende der Tage von Staatssicherheit und DDR. Die Kopien und Durchschläge von den Berichten haben überlebt.

Nach seiner Entlassung aus dem Krankenhaus mußte ich Mauershof nochmals anrufen und ihm persönlich die besten Grüße „meines Freundes Gerhard Weiss", Stellvertretender Ministerratsvorsitzender der DDR, übermitteln. In dem Telefongespräch erwiderte Mauershof die Grüße an Gerhard Weiss. Ich bin sicher, der mir vorgegebene Gesprächswortlaut war verschlüsselt. Aber meine Neugier hielt sich in Grenzen, war es doch ein eisernes Gesetz auch für jeden IM der Staatssicherheit, daß er nur das Allernotwendigste wissen durfte.

Insgesamt müssen die Genossen von der „unsichtbaren Front" mit meinen Zuarbeiten zufrieden gewesen sein. Als ich nämlich meine Tätigkeit im Anlagenimport beendete, zeichnete mich Artur Wenzel im Auftrag des Ministers für Staatssicherheit mit der „Verdienstmedaille der Nationalen Volksarmee" in Bronze aus. Ich fühlte mich geehrt. Ebenso Jahre später, als ich für meine Arbeit mit dem gleichen Orden in Gold bzw. mit dem „Kampforden für Verdienste um Volk und Vaterland" in Bronze und Gold belohnt wurde. Alle diese Auszeichnungen durch die Staatssicherheit erfolgten übrigens heimlich, still und leise.

Im Sumpf der Korruption

Mein Bewußtsein, als Informant der Staatssicherheit einer „guten Sache" zu dienen, wurde auch nicht in Jena erschüttert.

Das Kombinat VEB Carl Zeiss hatte eine eigene Objektdienststelle (OD) des MfS, mit der ich in meiner offiziellen Funktion als Generaldirektor des Außenhandelsbetriebes zusammenarbeiten

mußte. Dieser Kontakt war abgedeckt und offiziell, die Mitarbeiter dort wußten nicht, daß ich außerdem als IM bei der „Firma" angebunden war. Von 1973 bis 1978 schätze ich für die HA XVIII die Leitungstätigkeit im Kombinat ein und wertete Führungsdokumente des Kombinates für den Ministerrat und das Zentralkomitee der SED aus, in denen es beispielsweise um die langfristigen Absatzstrategie, die Außenhandelstätigkeit, die Forschungskonzeption und die Kaderarbeit ging.

VEB Carl Zeiss besaß eine eigene Industriekreisleitung der SED (IKL), die im Kombinat einen großen Einfluß auf alle Seiten der Arbeit ausübte. Sie wurde direkt von der Bezirksleitung Gera unter ihrem 1. Sekretär, Herbert Ziegenhahn, angeleitet und in ihrer Rolle bestärkt. Als ich die Funktion des Generaldirektors AHB übernahm, mußte ich bald feststellen, daß einige leitende Mitarbeiter meines Außenhandelsbetriebs jahrelang die Korruption in der SED-Bezirksleitung unterstützt und damit gegen die Gesetzlichkeit verstoßen hatten. So ließ der 1. Sekretär der Kreisleitung, Heinz Titel, über Mitarbeiter unserer Außenhandelsbüros im westlichen Ausland wertvolle Waren und Genußmittel beschaffen, die als Geschenke an die Sekretäre der Bezirksleitung weitergereicht wurden, wenn diese unseren Messestand in Leipzig besuchten. Es war inzwischen Gewohnheit geworden, daß die hohen Genossen von der Bezirksleitung geradezu Bestellisten über Heinz Titel und unseren AHB übergaben. Man watete durch einen regelrechten Sumpf der Korruption.

Ich versuchte, mich dem entgegenzustemmen, indem ich gegenüber Heinz Titel klarstellte, da nicht mitzumachen. Außerdem untersagte ich meinen Leitungskadern jegliche Mitwirkung an solchen Machenschaften. Damit hatte ich zwar mein weiteres Verhältnis zur Kreis- und zur Bezirksleitung der SED selbst definiert, die Korruption aber keineswegs unterbunden. Sie wurde hinter meinem Rükken fortgeführt, und ich war in meiner Funktion ständiger Kritik und persönlicher Angriffe durch die Parteifunktionäre ausgesetzt. Sogar die Staatssicherheit war gegenüber dem Parteiapparat, ihrem obersten Auftraggeber, machtlos.

Es bedurfte erst der Übernahme der Funktion des Generaldirektors im Kombinat durch Wolfgang Biermann, der dem Treiben ein Ende setzte. Sein Vorgänger, Helmut Wunderlich, unter dem ich meine Tätigkeit begann, besaß nicht den Mut und das Hinterland, um sich mit Herbert Ziegenhahn, dem 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung, anzulegen, der im Bezirk Gera wie ein Landesfürst herrschte. Biermann als Mitglied des Zentralkomitees und mit

Günter Mittag befreundet, hatte eine genügend starke Position. Der 1. Sekretär der Kreisleitung wurde abgelöst, und gegen einige Mitbeteiligte, auch meines Außenhandelsbetriebs, wurden Strafverfahren durchgeführt.

Wolfgang Biermann war eine zwiespältige Person. Einerseits war er ohne Zweifel der fähigste und angesehenste Generaldirektor in der Volkswirtschaft der DDR, der auch in jedem westlichen Konzern seine Karriere gemacht hätte. Aber andererseits praktizierte er einen Leitungsstil, der mit sozialistischer Leitungstätigkeit nicht mehr viel zu tun hatte und den ich nur als menschenverachtend charakterisieren kann. Besonders seine engsten Leitungskader behandelte er mit übertriebener Härte, setzte sie Beschimpfungen und Beleidigungen aus. „Ergebnisse werden, wenn es sein muß, herausgedroschen", war seine übliche Sprechweise. Auch ich blieb davon nicht verschont.

Der autoritäre Arbeitsstil von Biermann, der schon während seiner Tätigkeit als Kombinatsdirektor des Werkzeugmaschinenkombinats WMW in Berlin typisch war, stand von Anfang an unter der kritischen Beobachtung durch das MfS. Kein Wunder, daß ich bereits kurze Zeit nach seinem Amtsantritt in Jena von meinem Führungsoffizier, Artur Wenzel, den Auftrag zur Ausarbeitung einer Einschätzung der Leitungstätigkeit von Biermann erhielt.

Dazu heißt es in der Fallstudie „Kadersicherung im Kombinat VEB Carl Zeiss Jena" der Gauck-Behörde[2]:

„So übten schon früh einflußreiche inoffizielle Mitarbeiter massiv, hart und schlüssig Kritik am Leitungsstil Biermanns, dessen Amtsübernahme Ende 1975 bald von mehreren Suiziden überschattet werden sollte. Der Generaldirektor des Außenhandelsbetriebes Carl Zeiss, Gerhardt Ronneberger alias inoffizieller Mitarbeiter (IM) ‚Saale', berichtete bereits am 3. März 1976, nach nur viermonatiger Tätigkeit Biermanns, dem Leiter der Hauptabteilung (HA) XVIII, Abteilung 8 (künftig XVIII/8), Oberstleutnant Artur Wenzel, über diesbezügliche Erfahrungen, die erstaunlicherweise alle wesentlichen Aspekte künftiger Kritik ausführlich und konkret vorwegnahmen (diskriminierend, beleidigend, demotivierend etc.). Danach, so ‚Saale', proklamierte Biermann folgenden ‚besonderen Arbeitsstil':

---

2 Reinhard Buthmann: „Kadersicherung im Kombinat VEB Carl Zeiss Jena – Die Staatssicherheit und das Scheitern des Mikroelektronikprogramms", Berlin 1997, S. 12.

‚Ich werde euch Leitern allen die Schlinge um den Hals legen; ich werde diese Schlinge zuziehen, und dann hinterher wieder öffnen, damit ihr seht, wie schwer es sich, ohne Luft zu atmen, lebt und wie angenehm es sich anschließend wieder lebt, wenn man wieder Luft einatmen kann.‘

Dieser Stil Biermanns scheint in der Tat bis 1989 für ihn charakteristisch gewesen zu sein, glaubt man den vom MfS dazu zahlreich erarbeiteten Informationen. Eine Empfehlung, etwa durch den Leiter der Objektdienststelle (OD) Zeiss Jena, an den Leiter der Hauptabteilung XVIII/8 respektive an Erich Mielke und somit an das Zentralkomitee der SED, Biermann abzusetzen, ist hingegen nicht überliefert. Ganz anders verfuhr es im Umgang mit rangniederem Personal ...

Biermann war – als Mitglied des ZK der SED – von unten nicht absetzbar, also auch nicht vermittels der Leiter der in Frage kommenden Diensteinheiten des MfS.“

Für den „General“, wie er von uns genannt wurde, hatte die Arbeitswoche sechseinhalb Arbeitstage und der Arbeitstag zwölf bis sechzehn Stunden. Alles mußte über seinen Tisch gehen, kein Schriftstück durfte das Kombinat verlassen, das nicht seine Unterschrift trug. Oft saß er noch nach Mitternacht in seinem zweckmäßig eingerichteten Büro hinter einer Unmenge von Unterschriftenmappen, die selbst noch auf dem Fußboden gestapelt waren. Es hieß dann, „im Kreml brennt noch Licht“. Der General erwartete von uns den gleichen Arbeitsstil und oft wurden wir über seine Wechselsprechanlage noch zu nachtschlafender Zeit in sein Büro gerufen.

Ein solcher Ruf beorderte auch mich eines Tages kurz vor Mitternacht im rüden Ton zu sich. Keine seiner drei im Schichtrhythmus arbeitenden Sekretärinnen war zu einem solchen Zeitpunkt noch im Dienst, denn sie waren die einzigen, die er rücksichtsvoll behandelte. Ein Fernsehschirm auf seinen Schreibtisch zeigte ihm, was auf dem Flur vor seinem Büro vor sich ging und kündigte mein Kommen an. Auf dem Schreibtisch lag geöffnet eine meiner Unterschriftenmappen mit einem Informationsbericht an das Ministerium für Elektrotechnik/Elektronik. Mit einer wüsten Schimpfkanonade legte Biermann seine Meinung zum Inhalt des Berichtes dar, er war ihm zu kritisch. Solche ehrlichen Informationen nach Außen duldete er nicht, das Kombinat durfte nicht „beschmutzt“ werden. Als ich ihm widersprach und meinen Standpunkt verteidigte, sprang er erregt auf, nahm die Unterschriftenmappe, packte mich am Arm und zerrte mich auf den Flur. Die Unterschriftenmappe flog im hohen

Bogen über das Geländer vom obersten Stockwerk. Im Parterre durfte ich die einzelnen Seiten auflesen. Der Bericht mußte natürlich von mir „geschönt" neu vorgelegt werden. Das Ansehen des Kombinates war gerettet und konnte weiter als Vorbild herausgestellt werden.

Doch die Stasi mußte sich nicht nur mit der Verhaltensweise des Generaldirektors und dem daraus resultierenden Arbeitsklima unter den Leitungskadern des Kombinates beschäftigen. Den Argusaugen der Sicherheit entgingen auch nicht die praktizierten Methoden, mit denen Pläne manipuliert wurden, so die Erfüllung des NSW-Exportplanes mit Hilfe des Ministers für Außenhandel, Gerhard Beil, unmittelbar nach der Funktionsübernahme von Biermann. Das Kombinat hatte wieder einmal den NSW-Exportplan zum Jahresende in Größenordnungen nicht erfüllt, der einzige Makel in einer sonst guten Jahresbilanz. Das paßte Biermann und auch seinem Freund Günter Mittag nicht in das Konzept, so durfte kein Vorzeigekombinat dastehen. Hektisch suchte Biermann in den letzten Stunden des Jahres seinen Freund Gerhard Beil an seinem Urlaubsort. Das in meinem Beisein geführte Telefongespräch zwischen dem „General" und Beil war erfolgreich. Am ersten Tag des neuen Jahres kam vom Außenhandelsminister eine sogenannte Planpräzisierung für das vergangene Jahr. Der Jahresplan des Kombinates war damit „allseitig erfüllt", das Kombinat hatte eine ungetrübte Bilanz. Mittag konnte Zeiss weiter als Vorbild für alle anderen Kombinate darstellen.

An einer realen Lageeinschätzung im Kombinat habe ich gemeinsam mit anderen IM arbeiten müssen. Verändert haben wir aber sehr wenig. Wieder einmal war das Schwert Staatssicherheit stumpf, wenn es gegen die Führung der Partei gehen sollte.

Fruchtbarer, auch was meine eigene Informantentätigkeit betraf, war da schon die Auswertung wissenschaftlich-technischer Unterlagen. Diese Dokumente waren auf sogenannten operativen Wegen aus dem Westen beschafft und vom MfS in neutraler Form an zentrale Wirtschaftsstellen übergeben worden. Durch die Wissenschaftlich-technische Aufklärung der Hauptverwaltung Aufklärung (WTA/HVA) wurde ich mit Zustimmung der HA XVIII in die Auswertung einbezogen. Die Übergabe solcher Dokumente erfolgte meist über den Beauftragten für Wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit (WTZ) im Ministerium für Wissenschaft und Technik (MWT). Die Staatssicherheit blieb nach außen unbeteiligt, da auch die Auswertung im Rahmen bestehender Forschungs- und Entwicklungsthemen des Kombinates erfolgte.

Eine ganz andere Sache war freilich die militärische Produktion bei Carl Zeiss. Sie unterstand der direkten Leitung von Generaldirektor Biermann und erzielte jährlich einen steigenden Anteil an der Gesamtaufgabenstellung des Kombinates. Hier wirkte ich weder mit noch hatte ich Detailkenntnisse. Ausschlaggebend werden dafür wohl spezielle Sicherheitserfordernisse gewesen sein.

In Jena gehörten zu meinen Aufgaben, in den Technisch-Kommerziellen Büros und in den Gemischten Gesellschaften, die wir als Außenhandelsbetrieb im Westen unterhielten, die Sicherheit zu gewährleisten. Das geschah natürlich in erster Linie über die personelle Besetzung, über die ich mich stets mit dem MfS abstimmte. So auch bei dem von mir geplanten und unter meiner Regie durchgeführten Aufkauf der BRD-Vertreterfirma Werner Jähnert in Göttingen. Wir tarnten die mit DDR-Kapital realisierte Aktion über die DDR-eigene Firma „Anglolux“ in Luxemburg, die als Kapitalgeber auftrat. Zur Sicherung unserer Interessen wurde ein DDR-Bürger als Geschäftsführer eingesetzt, was nach BRD-Rechtslage statthaft war. Der von mir in Absprache mit Artur Wenzel eingesetzte Geschäftsführer, Bruno Müller, war unter dem Decknamen „Herrmann“ ein Doppelagent, der mit Wissen und im Auftrag des MfS für den CIA arbeitete, was mir jedoch zu diesem Zeitpunkt nicht bekannt war. Ich kannte ihn bereits aus der Zeit in Kairo. Jedenfalls war unser Geschäft so erfolgreich, daß die ermittelnden BRD-Organe noch jahrelang im Nebel stocherten.

Im Herbst 1976 nutzte einer meiner Mitarbeiter, Günter Zahn, der nicht mit Wolfram Zahn verwandt war, eine Dienstreise nach England, um im Westen zu bleiben. Frau und Kind ließ er in der DDR zurück. Im Auftrag der Objektdienststelle des MfS nahm ich Verbindung zu seiner Ehefrau auf, die den Schritt ihres Mannes nicht verstehen konnte und nicht die Absicht hatte, ihm in die Bundesrepublik zu folgen. Sie erklärte sich bereit, mit mir zusammenzuarbeiten, wobei sie freilich nicht wußte, wer mein wirklicher Auftraggeber war. Frau Zahn war bereit, mich von Kontaktaufnahmen ihres Mannes zu informieren und stimmte dem Abhören ihres Telefons zu.

Zahn versuchte tatsächlich, seine Frau von einer Familienzusammenführung zu überzeugen. Sie lehnte dies aber ab und forderte ihren Mann auf, in die DDR zurückzukehren. Zahn nahm daraufhin in Göttingen mit Bruno Müller, dem Leiter unserer „Firma Jähnert“, Verbindung auf. Er signalisierte seine Bereitschaft zur Rückkehr in die DDR unter der Bedingung, daß er nicht strafrechtlich verfolgt

wird. In Abstimmung mit der Objektdienststelle des MfS fuhr ich dann nach Hannover und traf im Hotel Intercontinental mit Zahn zusammen, um seine Gründe für die Republikflucht und seines Wunsches zur Heimkehr zu erkunden. Ich konnte ihm sogar die persönliche Garantie geben, daß er bei einer Rückkehr nicht strafrechtlich belangt werde und seine Tätigkeit bei Zeiss wieder aufnehmen könne. Günter Zahn erbat eine Frist zum Nachdenken. Ich fuhr wieder zurück nach Jena.

Die Reise stellte für mich ein ziemliches Risiko dar. Denn es hätte leicht möglich sein können, daß das eine vom gegnerischen Geheimdienst gestellte Falle war, da Zahn ausschließlich mich als Gesprächspartner akzeptierte. Doch das Wagnis hatte sich gelohnt. Zahn kündigte uns über Göttingen seine Bereitschaft zur Rückkehr an. Ich vereinbarte, ihn zu einem bestimmten Zeitpunkt im Oktober 1980 persönlich aus der Bundesrepublik abzuholen. Mit meinem Privat-Pkw fuhr ich dann zu Zahn; von Bebra ging es über Herleshausen in die DDR. Es war wiederum nicht gänzlich ungefährlich, denn unsere Zweifel an den ehrlichen Absichten von Günther Zahn waren nicht ausgeräumt. Nach Passieren der DDR-Grenze wurde Zahn von Mitarbeitern des MfS übernommen. Damit hatte ich in meiner Naivität nicht gerechnet. Eine Verhaftung trotz meiner Garantieerklärung? Das war nicht der Fall. Nach umfassender Befragung konnte er seine Arbeit bei Zeiss wieder aufnehmen, sogar an seinem alten Arbeitsplatz im Außenhandelsbetrieb. Letzteres stieß aber auf Unverständnis bei vielen Kollegen, so daß Günther Zahn selbst später um Versetzung innerhalb des Kombinates bat.

Unser Mann in Rio

Dem Zeitgeist nach der „Wende“ entspricht es leider, daß der Kalte Krieg zwischen den beiden Weltsystemen allzugern als Einbahnstraße dargestellt wird. Doch keine Seite hielt noch die andere Wange hin, wenn auf die eine geschlagen wurde, und der Westen warf gewiß keine Wattebällchen in Richtung Osten. Logischerweise befand sich auch Carl Zeiss Jena im Fadenkreuz westlicher Geheimdienste. Wegen seiner volkswirtschaftlichen Bedeutung und allein schon wegen seiner militärischen Produktion und des Raumforschungsprogramms empfahl es sich als Objekt der Begierde. Ich weiß, wovon ich rede, denn ich gehörte zu den Beteiligten und Betroffenen.

So mußten wir feststellen, daß aus meinem Verantwortungsbereich vertrauliche Erkenntnisse in den Westen abgeflossen waren. Unter Verdacht geriet ein Mitarbeiter der Abteilung Auslandsdienstreisen, der als Kurier oftmals Arbeitsunterlagen von Jena nach Berlin transportierte. Nachdem sich die Verdachtsmomente verdichteten, wurden strafrechtlich relevante Beweise benötigt. Dazu wurden von der Staatssicherheit einige Dokumente präpariert, die dieser Mitarbeiter nach Berlin mitnehmen und dem Leiter meines Berliner Büros, Peer Ikier – IM unter den Decknamen „Olaf" – übergeben sollte. Und in der Tat – die Falle schnappte zu: Die kriminaltechnische Prüfung der Papiere ergab eindeutig, daß sie kopiert worden waren. Weitere zielgerichtete Überprüfungen erhärteten die Beweise für eine Agententätigkeit dieses Mitarbeiters.

Er war freilich nicht der einzige, der von der anderen Seite angeworben wurde. Beispielsweise bemühte sich eine Geheimdienstfiliale in Hamburg jahrelang darum, Agenten unter den Mitarbeitern des Kombinats und des Außenhandelsbetriebs zu rekrutieren, die günstige Aufstiegsmöglichkeiten hatten oder für eine Auslandstätigkeit vorbereitet wurden. Besonders lukrativ erschienen neben der Militärproduktion unsere Arbeit im Rahmen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe und die Tätigkeit der zahlreichen IM für die innere Abwehr. Doch auch diese Strategie blieb uns nicht verborgen. Geeignete Verhütungsmaßnahmen ließen deshalb nicht auf sich warten, die Palette unserer Gegenaktionen reichte von der Überwachung der in Frage kommenden Kader bis zu ausgewählten Desinformationen und Spielmaterialien in Richtung Hamburg. Darüber hinaus gelang es der Hauptabteilung XVIII/8 und der Jenaer Objektdienststelle, über ihre Informanten genau zu ermitteln, welche unserer Reisekader in Hamburg abgeschöpft werden sollten. Daß diese dann recht ordentlich auf die Abwerbungsversuche vorbereitet waren, versteht sich wohl von selbst.

Vor allem der BND und die CIA hatten sich darauf spezialisiert, in unsere Auslandsbüros und westlichen Vertreterfirmen einzudringen. Die Absicht lag auf der Hand: Sowohl unserer Geschäftstätigkeit als auch unserer Verbindungen zu staatlichen Stellen in den westlichen Ländern sollten gestört werden. Obwohl wir auch auf dieser Ebene manches wußten und gegensteuern konnten, waren wir nicht immer erfolgreich.

So war es uns mit Hilfe unserer brasilianischen Vertreterfirma „Jena d' Brasil" und eines einflußreichen und leistungsstarken brasilianischen Vermittlers gelungen, gegen die Konkurrenz namhafter

Konzerne – u. a. Siemens – millionenschwere langfristige Geschäfte zur Ausstattung des staatlichen Gesundheits- und Bildungswesens Brasiliens abzuschließen. Sie waren von enormer handelspolitischer Bedeutung für die DDR. Doch einige Zeit später stand der Verkauf unserer Vertreterfirma zur Diskussion, weil die finanziellen Schwierigkeiten zugenommen hatten und auch die personelle Absicherung aufgrund altersbedingter Fragen nicht mehr gewährleistet war.

Davon mußte die gegnerische Seite Wind bekommen haben, der Zeitpunkt für die Unterwanderung unserer Firma schien günstig zu sein. In diesem Zeitraum also tauchten eine brasilianische Firma namens ODIM und ein Herr von Murko mit seiner Ehefrau in Jena auf. Sie versprachen große Geschäfte und bewarben sich beim brasilianischen Firmeninhaber um den Kauf des Unternehmens.

Hauptinhaber von ODIM war Manolo Sanchez Aquao, ein junger spanischer Emigrant, der nach Ermittlungen des MfS in Spanien radikalen Rechtskräften zugeordnet wurde. Er betrieb in Rio de Janeiro mehrere Nachtclubs, ein Hotel und ein Restaurant. Sein Hauptgeschäft war allerdings nach unseren Erkenntnissen der Diamantenschmuggel. Herr von Murko, Österreicher, hieß laut Paß nur Murko und nicht „von Murko", und seine angebliche Ehefrau war in Wirklichkeit mit einen Araber verheiratet. Murko gab sich nicht nur als kommunistischer Widerstandskämpfer aus, sondern behauptete sogar, mit dem Minister für Staatssicherheit der DDR bekannt zu sein. Tatsächlich war er aber für Erich Mielke nur ein weißer Fleck, wobei allerdings seine Aktivitäten für westliche Dienste kein Geheimnis blieben.

ODIM stand bereits vor der Kontaktaufnahme mit uns im Verdacht nachrichtendienstlicher Arbeit. Laut Auskunft des Ministeriums für Außenhandel hatte ODIM an der Vorbereitung von Republikfluchten von DDR-Bürgern, die in der DDR-Vertretung in Brasilien tätig waren, mitgewirkt. Zudem charakterisierten Bankauskünfte aus Brasilien ODIM als ein sehr fragwürdiges Unternehmen. Und nicht zuletzt waren ODIM und Murko vorher schon anderen DDR-Außenhandelsbetrieben als unseriös aufgefallen: Sie hatten mehr als einmal unverschämt überhöhte Preis für gelieferte Waren gefordert.

In der Zwischenzeit war unser Konkurrent Zeiss Oberkochen an Murko herangetreten. Über ihn und ODIM wollte man heimlich so viele Informationen wie möglich über Zeiss Jena gewinnen.

Trotz all dieser Erkenntnisse lief uns die Sache aus dem Ruder. Ich persönlich reiste sogar nach Brasilien, um in langwierigen Ver-

handlungen den Verkauf unserer brasilianischen Vertreterfirma durch ihre Eigentümer an ODIM zu verhindern. Doch alle Anstrengungen waren umsonst. Eine wesentliche Rolle spielte dabei vermutlich Peter Kästner, unser Leiter des Technisch-Kommerziellen-Büros (TKB) in Rio. Er hatte die ersten Kontakte zu ODIM geknüpft und in der Folge ein enges Verhältnis zu Murko aufgebaut. Jahre später, bei einem weiteren Auslandseinsatz, verließ Peter Kästner die DDR – ein Schelm, der Arges dabei denkt ...

Ein Jahr nach Übernahme unserer Vertreterfirma durch ODIM mußten wir die Vertretung in Brasilien kündigen. Die Umsätze liefen gegen Null, und unsere Verbindungen zu staatlichen Stellen drohten abzureißen Unsere Gegenspieler hatten ihr Ziel erreicht, zumindest teilweise.

Die Probleme, mit denen ich mich seit 1978, dem Beginn meiner Arbeit als Generaldirektor des AHB Elektronik, herumzuschlagen hatte, sahen nicht viel anders aus als in Jena: auch hier ein übler Sumpf von Korruption.

Fleischhauer, der ehemalige Generaldirektor des Außenhandelsbetriebs, der seinerzeit für diese Funktion vom Generaldirektor des Kombinates Mikroelektronik, Heinz Wedler, ausgewählt worden war, saß im Gefängnis. Er war verhaftet worden, weil er sich von westlichen Geschäftspartnern bestechen ließ und diese dann bevorteilte. Doch das war nicht die ganze Wahrheit.

Denn Fleischhauer handelte meist nicht im Alleingang, sondern im Auftrag seines Chefs Heinz Wedler, der früher Direktor des Uhrenkombinates in Ruhla war, das nun zum Kombinat Mikroelektronik gehörte. So führte Fleischhauer mit Wissen von Wedler illegal eine Kasse mit Bargeld – natürlich Westmark –, womit in Westberlin wertvolle Uhren und Schmuck gekauft wurden. Diese dienten freilich nicht als „Entwicklungsmuster" für die DDR-Uhrenindustrie, sondern waren als „Geschenke" gedacht. Wedler verteilte die Präsente großzügig zu besonderen Anlässen, beispielsweise zu Geburtstagen und Staatsfeiertagen, an Politbüromitglieder, Minister und Abteilungsleiter des ZK der SED. Logisch, daß er sich mit solchen spendablen Gesten bei diesem Personenkreis eine hohe Reputation erkaufte. Noch bei meiner Amtsübernahme im AHB fand ich ganze Kartons voll solcher Geschenkartikel aus Fleischhauers Nachlaß vor.

Wedler versuchte natürlich, mich gleichfalls in diese Praktiken einzubinden. Vergeblich. Selbstredend informierte ich sofort die

Staatssicherheit – aber Wedler blieb unangetastet. Er war eben der Günstling solcher hochrangiger Funktionäre wie des SED-Wirtschaftschefs Günter Mittag, die ihn geflissentlich deckten. In solchen Momenten zweifelte ich schon am Sinn und Zweck meiner Arbeit als IM. Zudem mußte ich andererseits mehr als einmal miterleben, wie gegenüber „kleinen" Mitarbeitern bei winzigen Verstößen schon mit arbeits- und strafrechtlichen Konsequenzen vorgegangen wurde.

Doch nicht nur bei Filz und Korruption das gleiche Lied. Auch im Kombinat Elektronik verhielten sich westliche Geheimdienste wie die Maden im Speck. Sie versuchten in unser Unternehmen einzudringen, Mitarbeiter zu bestechen und abzuwerben.

So im Fall Federau. Der Inhaber der Hamburger Firma Blunk, die mit der DDR vor allem mit Textilien handelte, war an der Ausweitung der Geschäfte, sprich an der Lieferung elektronischer Bauelemente interessiert. Er nahm Verbindung zu einem unserer Kombinatsbetriebe, dem VEB Applikationszentrum Berlin, auf. Seltsamerweise war Federau stets in der Lage, uns ganz zielgerichtete Angebote zu unterbreiten – zu überhöhten Preisen, wie wir bald merkten. Des Rätsels Lösung: Norbert Hartig, Mitarbeiter des Berliner Appliklationszentrums, lieferte seit 1980 an Federau geheimzuhaltende Informationen über unseren genauen Bedarf und entsprechende Preisvorstellungen, natürlich nicht ohne saftiges Honorar.

Wir kamen ihnen recht bald auf die Schliche, Federau und Hartig wurden von der Staatssicherheit im Operativvorgang (OV) „Import" überwacht. Am Ende wurde Hartig verhaftet und zu einer Haftstrafe verurteilt.

Anders bei Federau. Dieser wurde zwei Tage lang durch das MfS „befragt". Er gestand zwar seine Mittäterschaft, wurde aber nicht strafrechtlich verfolgt. Vielmehr gab es auf Vorschlag der MfS-Hauptabteilungen XVIII und IX einen Deal: als Schadensersatz mußte Federau 300.000 DM an die DDR zahlen. Der Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke persönlich, bestätigte diesen Handel.[3]

Solche „Wiedergutmachungsleistungen" standen hoch im Kurs, sie gehörten zur üblichen Arbeitsweise. Valutaeinnahmen stellte die Stasi stets über das „sozialistische Recht". Auch im Fall Fleischhauer ging man derartig pragmatisch vor. Dieser hatte, noch als Chef des Uhrenexports von Ruhla, die westdeutsche Firma Raisch als größten Abnehmer bevorteilt. Im Prozeß gegen Fleischhauer er-

---

3 Siehe S. 385.

klärte sich auch Raisch zur Wiedergutmachung bereit, die schließlich über Preiserhöhungen der DDR-Lieferungen im Zeitraum 1979/80 realisiert wurden.

Artur Wenzel, mein Führungsoffizier, war beim Eintreiben von „Wiedergutmachungsleistungen“ besonders emsig. Sogar namhafte Konzerne waren vor ihm nicht sicher, wie das Beispiel AEG zeigte, die an die DDR 676.000 DM zahlen mußte. Letzteres meldete übrigens am 17. Januar 1985 der Leiter der HA XVIII, General Kleine, stolz seinem Minister für Staatssicherheit, und Mielke zeichnete den Vermerk handschriftlich mit „einverstanden“ ab.[4] Wenn es um den jährlichen Bericht zur „Planerfüllung“ ging, nahm Artur Wenzel solche Erfolge mit stolzgeschwellter Brust unter der Rubrik „Sicherheitspolitische Ergebnisse“ auf.[5]

Feindaktivitäten

Auf der Autobahn in Richtung München ließen mir meine Erinnerungen keine Ruhe. Während der langen Autofahrt hatte ich viel Zeit, über den bisherigen Verlauf meiner Reise nachzudenken.

Was wußte man tatsächlich auf der anderen Seite von meiner Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit? Über die Verbindungen zu meinem westdeutschen Geschäftspartner Scholz konnte man kaum auf Details gestoßen sein. Aber gab es Verräter und Agenten, die wir noch nicht enttarnt hatten, die noch mitten unter uns saßen, und die mich ans Messer geliefert hatten? Vermutlich existierte nicht nur ein Werner Stiller innerhalb des MfS ... Und dann im nachhinein diese Merkwürdigkeiten: die Grenzkontrolle bei der Einreise in die Bundesrepublik, der eigenartige Defekt des Pkw auf der Fahrt von München nach Bernau, und dann die hinter mir stehenden Personen im Zeitkino des Münchener Hauptbahnhofes. Untrügliche Zeichen, daß ich in allen Phasen meiner Reise observiert wurde. Woher wußten sie aber von meiner bevorstehenden Einreise, vor allem vom genauen Zeitpunkt? Na klar, ich hatte Scholz per Telex meine Anreise avisiert; sein Telefon und Telex müssen also überwacht worden sein.

Was ich freilich nicht ahnen, geschweige denn wissen konnte, war die Tatsache, daß den wachsamen Genossen der Staatssicher-

---

4 Siehe S. 386 f.
5 Siehe S. 388-391.

heit bereits vor meinem Reiseantritt Erkenntnisse vorlagen, nach denen ich meine Reise gar nicht erst hätte beginnen dürfen. Jedoch – man ließ mich in die Höhle des Löwen tapsen.

Diese Einsicht sollte ich freilich erst 16 Jahre später gewinnen, als ich meine MfS-Akten zu Gesicht bekam. In den Unterlagen ist mit dem Datum 29. März 1982 ein „Sachstandsbericht zu einer operativen Maßnahme des Bundesnachrichtendienstes" abgeheftet. Diesem gehen bereits seit dem 18. Februar 1982 mehrere Einzelinformationen gleichen Inhalts voraus, betitelt mit „Aktion des Landesamtes für Verfassungsschutz Westberlin", „Hinweise zu Maßnahmen der Spionageabwehr des Westdeutschen Verfassungsschutzes" oder „Hinweise zu Handlungen des Bundesnachrichtendienstes".

Was die professionellen Aufklärer der Staatssicherheit herausbekommen hatten, war zwar exakt aufgezeichnet, enthielt aber leider einen eklatanten und unerklärlichen Fehler: Denn bei der Person, die dann im Zug nach München saß, handelte es sich nicht um Wolfram Zahn, sondern um mich – Gerhardt Ronneberger!

Jedenfalls hieß es im Bericht der elektronischen Funkaufklärung des MfS:

„Im Rahmen zielgerichteter Bearbeitung des Bundesnachrichtendienstes wurden im Zeitraum vom 17. 2. bis 2. 3. 1982 mehrere Feindaktivitäten in Westberlin und München festgestellt und unter Kontrolle gehalten Die festgestellten Feindaktivitäten sind Bestandteil einer operativen Maßnahme des BND, die sich gegen bestehende Verbindungen der DDR und der BRD auf dem Gebiet der Elektrotechnik/Elektronik richten und mit hoher Wahrscheinlichkeit der Einhaltung von westlichen Embargobestimmungen auf diesem Gebiet dienen soll.

Im Mittelpunkt der BRD-Handlungen standen dabei die Personen Zahn, Wolfram (Bürger der DDR) und Scholz, Dietmar (Bürger der BRD). Nach vorliegenden Erkenntnissen fanden die BND-Aktivitäten am 4. 3. 1982 mit der Festnahme der Personen Zahn und Scholz ihren vorläufigen Abschluß.

Diese Handlungen schließen bestehende Verdachtsmomente hinsichtlich einer möglichen Zusammenarbeit des Scholz, Dietmar mit dem BND nicht aus. Eine eindeutige Bestätigung kann jedoch nicht erfolgen.

Im einzelnen liegen dazu folgende Angaben vor:

Am 17. und 18. 2. führten Kräfte des Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV) im Auftrage des Bundesnachrichtendienstes Beobachtungs- und Ermittlungshandlungen in Westberlin durch.

Die Maßnahmen richteten sich eindeutig gegen den Bürger der DDR Zahn, Wolfram und gegen den BRD-Bürger Scholz, Dietmar. Die Person Scholz war am 17. 2. 1982 mit dem Flug BA 3058 (Hannover – Westberlin) gegen 12.00 Uhr in Westberlin eingetroffenen. In der Folgezeit fanden in Westberlin und in der Hauptstadt der DDR mehrere Kontakte zwischen den Personen Zahn und Scholz statt. Die Kontakte im Stadtgebiet Westberlin wurden dabei vom Gegner einer lückenlosen konspirativen Kontrolle unterzogen. Am 18. 2. 1982, 12.55 Uhr, verließ Scholz Westberlin wiederum auf dem Luftwege. Er nutzte den Flug PA 687 (Westberlin – Nürnberg – München). Nachdem noch eine kurzzeitige Observation des DDR-Bürgers Zahn erfolgte, wurden die gegnerischen Aktivitäten wenig später abgebrochen.

Am 18. 2. 1982, ab ca. 14.30 Uhr, wurden Aktivitäten des Zentralen Observationskommandos (ZOK) für Spezialaufgaben der BND-Zentrale Standort München im Stadtgebiet München festgestellt, zu dem Zeitpunkt, als die Person Scholz wieder in München eingetroffen war. Offensichtlich richteten sich diese Aktivitäten wiederum gegen Scholz.

Während am 18. 2. 1982 keine weiteren Observationshandlungen registriert wurden, waren am 19. 2. 1982 Handlungen von 7.00 Uhr bis 14.00 Uhr festgestellt worden. Im Mittelpunkt dieser Handlungen stand eine männliche Zielperson und ein Objekt mit der Nr. 34. Obwohl bisher kein beweiskräftiges Material vorliegt, wird aufgrund der Art und Weise der Handlungen geschlußfolgert, daß die Handlungen vom 19. 2. 1982 schwerpunktmäßig zur Absicherung der Zielperson geführt wurden. Dabei sollte offensichtlich ein Nachweis erbracht werden, ob sozialistische Sicherheitsdienste Aktivitäten gegen die Zielperson entfalten.

Im Zeitraum 24. - 26. 2. 1982 wurden weitere Handlungen des ZOK im Zusammenhang mit dieser operativen Maßnahme festgestellt.

Am 24. 2. 1982 stand ein Pkw VW-Golf im Mittelpunkt des gegnerischen Interesses. In den Vormittagsstunden des 25. 2. 1982 konzentrierten sich die BND-Kräfte auf eine männliche Person, die mehrfach ‚Junior' bezeichnet wurde. Diese Person hatte ein Objekt aufgesucht und befand sich nach 9.40 Uhr auf dem Wege zu ihrem Wohnobjekt. Die Bezeichnung ‚Junior' ist deshalb von besonderer Bedeutung, da bekannt ist, daß auch der Vater des Scholz, Dietmar Kontakte zum DDR-Bürger Zahn unterhalten hatte.

Die Zielperson der BND-Aktivitäten vom 25. 2. 1982 war mit einer hellen Jacke bekleidet. Sie hielt sich gegen 11.20 Uhr in der

Nähe eines Pkw, Farbe rot, auf. Mit hoher Wahrscheinlichkeit erfolgten auch die Handlungen am 25. 2. 1982 schwerpunktmäßig zur Absicherung der Zielperson.

Für den 26. 2. 1982 gelangten lediglich folgende Standortangaben der an den Handlungen beteiligten BND-Kräfte zur Kenntnis:

7.00 Uhr ‚Wirtshaus'

7.20 Uhr ‚an der Bushaltestelle bei der kleinen Brücke'

13.30 Uhr ‚bei der großen Firma'.

Am 1. 3. 1982 in der Zeit von 6.40 Uhr bis 13.00 Uhr waren BND-Kräfte im Raum München aktiv. Gegen 7.50 Uhr stellten die Observationskräfte fest, daß sich die Zielperson noch in ihrem Wohnobjekt aufhielt. Zu der nach 9.40 Uhr bekanntgewordenen Standortangabe der BND-Kräfte ‚Frankfurter Ring, wenn man von der Föhringer Straße kommt' konnte bisher nicht geklärt werden, ob sie sich auf die laufenden BND-Aktivitäten bezog. Auch der in diesem Zusammenhang verwendete Begriff ‚Vertretung' kann nicht näher zugeordnet werden.

Am 2. 3. 1982 wurden BND-Handlungen in München von 7.45 Uhr bis 13.00 Uhr festgestellt. Gegen 12.56 Uhr erfolgte der Abschluß der Handlungen. Die BND-Kräfte hatten die Anweisung erhalten, abzubrechen und zu ihrer Zentrale zu kommen.

Dieser Sachverhalt ist von besonderer Bedeutung, da der Gegner zu diesem Zeitpunkt vermutlich Kenntnis von der Einreise des DDR-Bürgers Zahn erhielt, der vom BND offensichtlich unter Einreisefahndung gestellt worden war.

Im Zusammenhang mit der Überwachung des grenzüberschreitenden Schienenreiseverkehrs wurden in dieser Zeit besondere Aktivitäten im Bereich der Grenzkontrollstelle (GKSt) Ludwigsstadt registriert. Die Aufmerksamkeit der gegnerischen Kräfte galt dabei der Abfertigung des Zuges D 303 (Westberlin – München), der gegen 12.00 Uhr abgefertigt wurde.

Durch eine zum damaligen Zeitpunkt unbekannt gebliebene Dienststelle, die in München disloziert ist, war den gegnerischen Kontrollkräften offensichtlich eine Person avisiert worden, die mit diesem Zug in die BRD einreisen sollte. Über die erfolgte Einreise der gesuchten Person sollte fernmündlich die auftraggebende Dienststelle in München unterrichtet werden.

Da zum jetzigen Zeitpunkt bekannt ist, daß der D 303 am 2. 3. 1982 von der Person Zahn, Wolfram genutzt wurde, muß der Abbruch der Observationshandlungen am 2. 3. 1982 12.57 Uhr als Folge einer Informierung des BND über die Einreise des Zahn gesehen werden.

Über weitere aktive Feindhandlungen am 2. und 3. 3. 1982 liegen keine detaillierten Hinweise vor. Mit Sicherheit können jedoch folgende Aussagen getroffen werden:

1. Die Kräfte des BND führten auch am 3. 3. 1982 Observationshandlungen im Raum München durch.

2. Diese richteten sich gegen eine männliche Zielperson.

3. Die observierte Person stand dabei nicht zum ersten Male unter konspirativer Beobachtung durch Kräfte des BND.

Zu den näheren Umständen der Festnahme der Personen Zahn, Wolfram und Scholz, Dietmar liegen keine Angaben vor.

Zum Bereich der exekutiven Maßnahmen ist bisher lediglich bekannt, daß sich seit dem 4. 3. 1982 ein Mitarbeiter der Generalbundesanwaltschaft Karlsruhe in München aufhält. Dieser Aufenthalt steht mit hoher Wahrscheinlichkeit in einer direkten Beziehung zu den erfolgten Festnahmen."

So weit also das offizielle MfS-Dokument aus dem Jahr 1982. Es belegt einmal mehr, was die Genossen alles wußten. Die Adleraugen der Stasi hatten BND-Aktivitäten in Westberlin observiert, und den elektronischen Lauschern entging keine BND-Operationen im Raum München und Ludwigsstadt. Aber warum in der letzten Phase die seltsame, ja schlampige Verwechslung von Zahn mit meiner Person? Warum hatte mich mein Führungsoffizier, der sämtliche Details der bevorstehenden Reise kannte, nicht rechtzeitig gewarnt? Meine bevorstehende Verhaftung war doch seit Kenntnis der hektischen gegnerischen Aktivitäten zu befürchten gewesen. Ließ man mich ins offene Messer? Warum? Antworten auf diese Fragen werde ich vermutlich niemals erhalten.

Der Haftbefehl

Die Autofahrt nach München schien kein Ende zu nehmen. Ich grübelte, überlegte hin und her. Bei allem Für und Wider – von einem war ich fest überzeugt: Es wäre doch gelacht, wenn ich den etwaigen Spionageverdacht nicht eindeutig entkräften und die Herren davon überzeugen könnte, daß Embargogeschäfte für mich als DDR-Bürger strafrechtlich nicht relevant wären. Meiner baldigen Rückreise in die DDR dürfte eigentlich nichts mehr im Wege stehen. Ich sollte mich noch nie so getäuscht haben wie jetzt ...

Von der A 9 fuhren wir über das Autobahnkreuz München-Nord in Richtung Zentrum. Es war kurz nach 7.00 Uhr, als wir auf dem

gut gesicherten Hof des Landeskriminalamtes ankamen. Mit dem Fahrstuhl ging es in eines der obersten Stockwerke des Gebäudes, an der Panzerglastür vor einem nochmals gesondert abgesicherten Bereich stand „Staatsschutz".

Meine beiden Begleiter stellten mich dem Leiter des Staatsschutzes vor, pardon, ab jetzt gelten ja andere Sprachregelungen: Ich wurde ihm vielmehr vorgeführt. An diese Behandlung mußte ich mich nun wohl oder übel gewöhnen, wie auch an die eisige Atmosphäre.

Mit betont scharfen Worten wurde die erste Frage gestellt: „Wie ist Ihr richtiger Name?" Besonnen antwortete ich: „Gerhardt Ronneberger, wie es im Paß steht." „Wie lautet Ihr Deckname als Mitarbeiter des MfS? Welchen Auftrag des MfS haben Sie auf dieser Reise ausgeführt?" So prasselten die weiteren Fragen auf mich ein. Ich selbst war in dieser Phase sehr gefaßt. Auf solch primitive Art und Weise ließ ich mich weder aus der Ruhe bringen noch provozieren: „Ich bin kein Mitarbeiter des MfS, sondern Stellvertreter des Generaldirektors im AHB Elektronik und war zu Geschäftsverhandlungen in der BRD."

„Nun gut, Herr Ronneberger, wir haben Zeit und können auch anders." Mit diesen Worten wurde ich zwei neuen Beamten zugeführt, die mit den konkreten Vernehmungen begannen.

Ich verweigerte nun die Beantwortung der gestellten Frage und forderte erneut ein Telefongespräch mit der Konsularabteilung der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn. Deren Telefonnummer führte ich bei mir. Auch jetzt wurde die Kontaktaufnahme verweigert. Das war zwar nichts rechtens, aber ich konnte nichts dagegen tun. Auch zu einem Rechtsanwalt konnte ich keine Verbindung aufnehmen, denn im Westen kannte ich leider keinen.

Von der Staatssicherheit waren mir für den Fall der Verhaftung zwei Goldene Regeln für die Verhöre eingetrichtert worden. Die erste: Niemals freiwillig Einzelheiten ausplaudern! Die zweite: Niemals eine direkte Lüge auftischen, es sei denn, man kann das bis zum bitteren Ende durchhalten. Ich war bereit, gegen beide Regeln zu verstoßen. Ich sagte meine Aussagebereitschaft unter der Bedingung zu, daß ich keinerlei Protokolle unterzeichnen werde, bevor ich nicht die Ständige Vertretung informiert habe. Eine Flucht nach vorn. Denn ich war immer noch davon überzeugt, die Anschuldigungen in wenigen Stunden entkräften zu können und noch am gleichen Tag wieder auf freien Fuß zu sein.

Zu Beginn meines Verhörs konnte ich nebenbei feststellen, daß im Nebenraum bereits Dietmar Scholz vernommen und in einem

anderen Zimmer ein Aktenberg gestapelt wurde, wahrscheinlich die sichergestellten Unterlagen aus der Firma Scholz.

Die beiden Vernehmer gingen äußerst zielstrebig vor. Sie konzentrierten sich zuerst auf den Kauf von elektronischen Bauelementen und Produktionsausrüstungen durch unseren AHB Elektronik. Ich sah keinen Grund zu lügen und anerkannte sogar großzügig, daß sich darunter einige Positionen befunden haben könnten, die womöglich der Embargoliste unterlagen und genehmigungspflichtig waren. Doch Ausfuhrgenehmigungen zu beantragen, war nun wirklich nicht meine Sache, nicht die Pflicht des Käufers, sondern die des Exporteurs, also von Scholz. Ich war bestenfalls für eventuell erforderliche Einfuhrgenehmigungen in mein Land verantwortlich. Meiner Logik vermochten die Beamten allerdings nicht zu folgen.

Deshalb versuchten sie, mir zu beweisen, daß ich Scholz angestiftet hätte, auf illegale Weise Waren in die DDR zu liefern, zu allem Übel auch noch Waren mit strategischem Charakter. So hielt man mir angebliche Käufe von Erzeugnissen der Nachrichtentechnik vor, die wir als AHB Elektronik tatsächlich niemals getätigt hatten. Es handelte sich dabei um Geräte, deren militärische Bestimmung auch für mich erkennbar war. Doch unser AHB Elektronik hatte sich nie mit Militärtechnik beschäftigt, meine Aussage entsprach somit uneingeschränkt der Wahrheit. Wenn solche Käufe jemals getätigt wurden, so konnte es nur Wolfram Zahn gewesen sein, was ich allerdings fürsorglich für mich behielt.

Um noch einen draufzugeben, beschuldigten mich die Vernehmer, daß wir mit nachrichtendienstlichen Methoden gearbeitet hätten, da die Lieferungen konspirativ über das westliche Ausland, insbesondere über die Schweiz, erfolgten und ein Teil des Schriftverkehrs über Deckadressen in Westberlin abgewickelt würde.

In das Verhör schaltete sich mehrfach ein dritter Beamter ein, offensichtlich ein Mitarbeiter des BND. Er versuchte, mich durch lautes Schreien einzuschüchtern. Ich gab ihm unmißverständlich zu verstehen, daß auch ich brüllen könne. Das verfehlte nicht seine Wirkung. Der Beamte bemühte sich zwar von nun an um Sachlichkeit, blieb aber hart in der Sache. Ihn interessierte vor allem unsere Zusammenarbeit mit der Firma Forgber. Diese war eine Vertreterfirma der DDR, die auf Provisionsbasis westliche Firmen gegenüber DDR Außenhandelsbetrieben vertrat und so auch die Interessen von Scholz gegenüber unserem AHB wahrnahm. Günther Forgber war nach Auffassung der vernehmenden Beamten ein Stasi-Mitarbeiter. Doch der BND-Mann ging noch einen Schritt weiter, indem er be-

hauptete, daß selbst unser Außenhandelsbetrieb dem MfS unterstehe. Doch das entbehrte jeder Grundlage, der AHB Elektronik war ein Betrieb des Kombinates Mikroelektronik und in keiner Weise dem MfS zugehörig oder unterstellt.

Nach über 12 Stunden wurde ich am späten Abend ins Polizeigefängnis München gebracht. Es war erdrückend, für mich brachen Welten zusammen. Die Zelle selbst erinnerte an mittelalterliche Verließe, wie ich sie aus Filmen kannte. Die totale Erschöpfung, ich hatte seit über 20 Stunden nicht geschlafen und war mehr als 12 Stunden dem Streß intensivster Verhöre ausgesetzt gewesen, ließ mich jedoch schnell einschlafen.

Am nächsten Morgen ging die Vernehmung im Staatsschutz weiter. Man gab sich zwar aller erdenkliche Mühe, konnte aber keine Beweise für eine geheimdienstliche Agententätigkeit vorlegen. Mit fortschreitender Zeit wurden die Herren immer ungeduldiger und meine Hoffnungen auf Freilassung immer größer. Schließlich gab es bisher noch keinen einzigen Fall, wo gegen einen Wirtschaftsfunktionär der DDR strafrechtlich vorgegangen wurde, nur weil er die Außenwirtschaftsgesetzgebung der Bundesrepublik verletzt hatte.

Im Brustton tiefster Überzeugung leugnete ich konsequent jegliche Zugehörigkeit zur Staatssicherheit, räumte aber ein, daß ich dienstlich, besonders in Personalfragen, vom zuständigen Mitarbeiter des MfS für unseren Außenhandelsbetrieb kontaktiert wurde. Verbindungen dieser Art hätte jeder leitende Wirtschaftsfunktionär in der DDR, man könne sie nicht verhindern.

Am späten Abend dieses zweiten Tages wurden die Vernehmungen beendet. Die Protokolle wurden mir zur Unterschrift vorgelegt, aber von mir nicht unterzeichnet. Ich wurde dem Ermittlungsrichter des Bayerischen Obersten Landesgerichts vorgeführt.

Ermittlungsrichter Dr. Uschold war ein alter, verknöcherter Justizbeamter, für den das Ergebnis sicher schon vor meiner Befragung feststand. Ihm lagen die Akten vor, und er hatte zu diesem späten Zeitpunkt am Freitagabend keine Lust, sich durch lange Anhörung das bevorstehende Wochenende vermiesen zu lassen. Schnell und oberflächlich fertigte er den Haftbefehl aus:

„Ronneberger Gerhardt, geboren am 4. 3. 1934 in Saalfeld/DDR, verheirateter stellvertretender Generaldirektor, Bürger der DDR, wohnhaft in 1140 Berlin/Ost, Fichtelbergstraße 10

ist zur
Untersuchungshaft
zu bringen.

Der Beschuldigte ist seit 1979 stellvertretender Generaldirektor des volkseigenen DDR-Betriebes Elektronik Import/Export in Ostberlin, Alexanderplatz 6. Dieser Betrieb ist auf dem Gebiet der Einfuhr von elektronischen Bauelementen sowie der Produktionsausrüstung hinsichtlich Elektrotechnik und Elektronik führend. Die weiteren Abnehmer der eingeführten Geräte befinden sich ebenfalls in der DDR. Die Provisionsabrechnungen werden mit der Fa. Forgber in der DDR vorgenommen. Dessen Leiter Guenther Forgber ist Mitarbeiter beim MfS der DDR. Dem MfS untersteht, was dem Beschuldigten bekannt ist, die Fa. Elektronik Import/Export. Der Beschuldigte selbst hat Kontakte mit dem für den Fachbereich seines Betriebes zuständigen MfS-Angehörigen. Seit 1979 unterhält der Beschuldigte in seiner oben bezeichneten Stellung geschäftliche Beziehungen zu der Fa. Scholz. Er hat seitdem den Beschuldigten Dietmar Scholz auf illegale Weise zu Lieferungen von Waren an die DDR veranlaßt, von denen er wußte, daß sie als Embargogut einer Genehmigung seitens der hierfür zuständigen Stellen bedurften. Diese Waren hatten zum Teil strategische Bedeutung. Die Lieferungen erfolgten, was dem Beschuldigten bekannt war, in konspirativer Weise über Staaten des westlichen Auslands (Schweiz). Auf Anweisung des Beschuldigten wurde der schriftliche Verkehr über zwei Westberliner Deckadressen abgewickelt.

Der Beschuldigte ist deshalb dringend verdächtig, für den Geheimdienst einer fremden Macht eine geheimdienstliche Tätigkeit gegen die Bundesrepublik Deutschland ausgeübt zu haben, die auf Lieferung von Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gerichtet ist

– strafbar als ein Vergehen der geheimdienstlichen Agententätigkeit nach § 99 Abs. 1 Nr. 1 StGB –

Der dringende Tatverdacht ergibt sich aus den eigenen Angaben des Beschuldigten, aus den Angaben des Mitbeschuldigten Dietmar Scholz sowie aus dem Ergebnis der bisherigen Ermittlungen.

Es besteht der Haftgrund der Fluchtgefahr, weil der Beschuldigte in der Bundesrepublik Deutschland keinen Wohnsitz hat und zu befürchten ist, daß er sich – in Freiheit gesetzt – dem weiteren Verfahren durch Flucht entzieht (§ 112 Abs. 2 Nr. 2 StPO).

Dr. Uschold“

Kurze Zeit später schlossen sich hinter mir die Tore der Haftanstalt Stadelheim. Jetzt war ich ein Knacki.

Ich befand mich in strenger Einzelhaft. Aller meiner persönlichen Gegenstände entledigt, hatte ich zwei Tage – bis zum Montag

– Zeit, über meine neue Lage und mein weiteres Verhalten nachzudenken. Erschöpft sank ich aufs Bett. Zudem brauchte ich meine Medikamente, die man mir ebenfalls abgenommen hatte. Seit Jahren befand ich mich wegen Bluthochdrucks und Herzrhythmusstörungen in ärztlicher Behandlung, und erst vor wenigen Wochen litt ich akut an einer Angina pectoris. Ein Arzt wurde mir jedoch bei Einlieferung in die Haftanstalt verweigert.

Meine größte Sorge galt in dieser Phase jedoch meiner Familie. Für sie war ich seit zwei Tagen vermißt. Auch jetzt konnte ich meiner Frau keinerlei Informationen zukommen lassen. Hatten meine Genossen im MfS über den Schlafwagenschaffner Informationen über meine Festnahme in Ludwigsstadt erhalten? War dies der Fall, wurde meine Familie sicherlich auch verständigt und von ihnen unterstützt.

Ein Kind des Kalten Krieges

In den ersten Tagen als Untersuchungshäftling in Stadelheim hatte ich viel Zeit zum Nachdenken. Hofgang gab es nicht, und das bedeutete 24 Stunden „Verschluß" in einer etwa acht Quadratmeter großen Zelle, in der ich noch nicht einmal aus dem Fenster sehen konnte. Was ich von der Außenwelt wahrnehmen konnte, war lediglich der Lichtwechsel vom Tag zur Nacht und von der Nacht zum Tag. Die Einsamkeit wurde nur durch das Verabreichen der kargen Gefängniskost unterbrochen, die durch eine Klappe in der Zellentür gereicht wurde und in der Zelle eingenommen werden mußte. Frühmorgens gab es eine dem Malzkaffee ähnliche „Plörre", Brot, einen Klecks billige Margarine und Marmelade. Zum Mittagessen wurde meist Eintopf und hin und wieder auch mal ein kleines Stück Fleisch mit Kartoffeln und Gemüse gereicht. Abends gab es wieder Brot und Margarine, eine Scheibe Wurst und ein gleichfalls recht kleines Stück billigsten Käse. Trotz Bewegungsarmut konnte man davon keinesfalls dick werden.

Um mich körperlich einigermaßen fit zu halten, begann ich bereits vom ersten Tag der Haft an in der Zelle gymnastische Übungen auszuführen.

In meinem Kopf drehte sich alles um die Fragen, wie lange mein Freiheitsentzug dauern könnte und was die nächsten Tage bringen würden. Ich war fest entschlossen, meine Strategie bis zum bitteren Ende durchzustehen. Und wenn es im Volksmund so schön heißt,

wer lügt, muß ein gutes Gedächtnis haben, so vertraute ich auf mein Erinnerungsvermögen und meine Nerven. Schließlich hatte ich in einer Vielzahl anspruchsvoller Geschäftsverhandlungen in den letzten Jahre gut trainiert.

Ich machte also aus der Not eine Tugend und sortierte systematisch meine Gedanken. Logisch, daß mich zuvörderst die Frage beschäftigte, welche Rechtsgrundlage die BRD-Justiz überhaupt für ihr Vorgehen gegen mich hatte. Es ging um nicht mehr und nicht weniger als um das Thema „Embargo".

Das Embargo war eigentlich ein „alter Hut". Es war ein Kind des Kalten Krieges und eines seiner Instrumente. Es war nicht aus purer Menschenliebe erfunden worden, sondern diente eindeutig der wirtschaftlichen Schwächung der sozialistischen Länder und sollte letztlich zu ihrem Zusammenbruch führen.

Bereits im Januar 1947 verfügte US-Präsident Truman die Einstellung sämtlicher Lieferungen, die in einem im Oktober 1945 unterzeichneten Kreditabkommen mit der UdSSR vereinbart waren. Das Exportkontrollgesetz der USA von 1949 sperrte schließlich alle Warenlieferungen, die „der Stärkung des militärischen und ökonomischen Potentials der UdSSR bzw. anderer kommunistischer Staaten" dienen könnten.

Für eben diesen Zweck wurde im November 1949 das COCOM, das Koordinierungskomitee für Ost-West-Handelspolitik, geschaffen. Das Gremium begann seine Arbeit am 1. Januar 1950. Ursprünglich gehörten ihm die USA, Großbritannien, Frankreich, Italien, die Niederlande, Belgien und Luxemburg an. Noch Anfang 1950 schlossen sich Norwegen, Dänemark, Kanada und die BRD, 1952 Portugal und 1953 Japan, Griechenland und die Türkei an. Schweden, die Schweiz, Island, Österreich und Finnland lehnten es ab, COCOM beizutreten. Sie erklärten, daß sie in der Frage der Kontrolle über den Export in die sozialistischen Länder eine neutrale Position beziehen werden. Somit waren 1982 15 Staaten Mitglieder des COCOM: Alle NATO-Länder (mit Ausnahme von Island und Spanien) sowie Japan.

COCOM, dessen Beratungen übrigens ohne rechtsförmlichen institutionellen Rahmen stattfanden, sollte die westlichen Sicherheitsinteressen gegenüber dem Ostblock wahren. Deshalb wurden einvernehmlich solche Waren und Technologien definiert und in Kontrollisten zusammengefaßt, deren Export in den Ostblock einen Beitrag zum militärischen Potential dieser Länder leisten würde.

Gleichzeitig legte man die Hand auch über nichtmilitärische Güter und Technologien, mit denen die Ostblockstaaten Zeit und erhebliche Kosten bei ihrer Forschungs- und Entwicklungsarbeit hätten sparen können. Die Überwindung des technologischen Rückstandes, der gewiß auf vielen Gebieten, nicht nur in der Mikroelektronik, bestand, sollte erschwert oder gar unmöglich gemacht werden.

Die CoCom-Vereinbarungen bildeten die Grundlage für die Exportbeschränkung der Güter, die im einzelnen in die Ausfuhrliste aufgenommen wurden. Die CoCom-Mitgliedsstaaten hatten sich verpflichtet, diese sogenannten CoCom-Listen in ihre nationalen Außenwirtschaftsregelungen zu übernehmen. In der BRD hieß das Aufnahme in die Ausfuhrliste und damit Anwendung der Ausfuhrbeschränkungen gemäß Außenwirtschaftsgesetz (AWG) und Außenwirtschaftsverordnung (AWV). Das Außenwirtschaftsrecht galt jedoch nicht für den sogenannten Innerdeutschen Handel. Gesetzliche Grundlage für den Handel zwischen der Bundesrepublik und der DDR waren das Gesetz Nr. 53 der Militärregierung über Devisenbewirtschaftung und Kontrolle des Güterverkehrs (MRG 53) und die gleichlautenden Verordnung Nr. 500.

Bereits am 18. September 1944 hatte der alliierte Oberkommandierende, Dwight D. Eisenhower, das kurz vor dem totalen Zusammenbruch stehende Deutschland vorsorglich mit einem dichten Netz von Vorschriften in Form von Gesetzen der künftigen Militärregierung überzogen. Dazu gehörte auch das MRG 53, das mit dem Tag der Kapitulation Deutschlands allgemeine Geltung in den Westzonen erlangte. Damit wurden alle Außenhandels- und Devisengeschäfte verboten, Sondergenehmigungen konnte nur die Militärregierung geben. Damals galt das Gebiet außerhalb Deutschlands in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 als „Devisenausland". Nach der Währungsreform wurde das Handels- und Devisenverbot auf den Verkehr mit der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) beschränkt. Das MRG 53, das ursprünglich nur deutsche Vermögenswerte aus Reparationsgründen sicherstellen sollte, war aber auch noch – so anachronistisch das klingen mag – im Jahr 1982 in der BRD gültige Rechtsgrundlage für den Handel zwischen den beiden deutschen Staaten.

Zwar hatte man inzwischen den überwiegenden Teil des Waren- und Dienstleistungsverkehrs mit der DDR allgemein genehmigt, doch für die Lieferung embargorelevanter Waren und die Weitergabe entsprechender, nicht allgemein zugänglicher Kenntnisse über Herstellungsverfahren und sonstige Technologien mußten weiterhin Einzelgenehmigungen beantragt werden, sogenannte Warenbegleit-

scheine (WBS). Hatte einer unserer Geschäftspartner im Westen einen Antrag auf die Erteilung einer Einzelgenehmigung gestellt, so wurde die Ausfuhr von Experten des Bundesamtes für Wirtschaft (BAW) in Eschborn anhand der Spezifikation der beabsichtigten Lieferung unter Zuhilfenahme von Datenblättern und Handbüchern überprüft. Selten wurden Produkte direkt gecheckt oder gar getestet. Neben den technischen Anforderungen untersuchte das BAW auch die Unbedenklichkeit des Endabnehmers und den Verwendungszweck. Entsprechende Informationen wurden nicht selten über das Wirtschaftsministerium vom Bundesnachrichtendienst (BND) angefordert. Die Stellungnahme des BND über ein Unternehmen oder eine Institution im Ostblock galt als letzte Instanz – ein negative Einschätzung bedeutete für den Antragsteller das Aus.

Vom Prinzip her entschieden die COCOM-Partner einstimmig, ob neue Produkte oder Technologien für die Ausfuhr in den Osten verboten oder ob für sie Ausnahmegenehmigungen erteilt werden sollten. Im wirtschaftspolitischen Alltag jedoch bestimmte die NATO-Vormacht USA, die sich zu diesem Zweck ein logistisches Zentrum in der Rue la Boétie 58, einer Außenstelle der US-Botschaft in Paris, eingerichtet hatte.

Erwischten die Amerikaner eine Firma bei illegalen Lieferungen von Embargowaren, erfolgte deren Eintragung auf der sogenannten Schwarzen Liste. Dieses vertrauliche Papier mit der offiziellen Bezeichnung „Denial Orders“ ging nicht nur an amerikanische Unternehmen, sondern an alle Geschäftsführer von US-Niederlassungen im Ausland. Die Schwarze Liste enthielt Firmen und Namen von Personen, mit denen jegliche Art von Geschäften zu vermeiden war. Ein Geschäftsführer, der für diese „Empfehlungen“ kein offenes Ohr hatte, riskierte seinen Job. Die Muttergesellschaft in den USA bekam nämlich unversehens seitens der amerikanischen Behörden Repressalien zu spüren.

Über zweihundert Firmen standen laufend auf der Denial-Liste. 1987 waren es beispielsweise 74 aus den USA, 21 aus Großbritannien, 19 aus Frankreich und je 31 Unternehmen aus Österreich und der Bundesrepublik. Für uns Beschaffer freilich galten diese Listen als Visitenkarte, als eine Art Empfehlung. Denn zahlreiche auf der Liste befindliche Firmen setzten ihre Embargolieferungen ungestört fort, weil sie meist keinerlei juristischen Konsequenzen zu befürchten hatten. So stand die Firma Caramant aus Wiesbaden bereits in den siebziger Jahren auf der Schwarzen Liste, lieferte aber noch in den achtziger Jahren unverdrossen in die DDR.

Selbstverständlich betrachtete die DDR die westlichen Embargomaßnahmen völlig entgegengesetzt: als völkerrechtswidrig. Demnach verstieß die Beschaffung von Embargowaren nicht gegen DDR-Recht, und die DDR sah es als legitim an, solche Importe zu tätigen, selbst wenn sie im Westen unter Verdikt standen. Diese Rechtsposition stützte sich im übrigen auch auf die Auffassungen einiger Rechtsexperten der Bundesrepublik, die in den Strafbestimmungen über ungenehmigten Warenverkehr im innerdeutschen Handel eine Verfassungswidrigkeit sahen.

Die westdeutschen Verfassungsschützer wiederum stellten in ihrem Jahresbericht 1981 lapidar fest:

„Nach vorliegenden Erkenntnissen läuft in den Staaten des kommunistischen Machtbereiches ein systematisches Technologie-Beschaffungsprogramm zur Unterstützung der militärischen Aufrüstung. Dabei gehen diese Staaten zweigleisig vor; offen – so weit wie möglich –, ansonsten mit illegalen Mitteln und Methoden. Nachdem sie während der sechziger und siebziger Jahre elektronische Technologien überwiegend offen erwerben konnten, verstärken sie nunmehr angesichts gewachsenen Problembewußtsein im Westen ihre illegalen Aktivitäten, um die Ausfuhrbestimmungen zu umgehen.“

Und in der Bundestagsdrucksache 9/1907 aus dem Jahre 1982 hieß es:

„Ziele, Mittel und Methoden der Bemühungen um westliche Technologien sind unterschiedlich; dabei spielt es eine Rolle, für welchen Zweck und für welche Phase des Werdegangs einer Technologie (Forschung, Entwicklung, Produktion, Nutzung) Informationen beschafft werden sollen. Die feststellbaren Beschaffungsbemühungen reichen von der Ausnutzung aller offenen Quellen, der Teilnahme an wissenschaftlichen Veranstaltungen über den erlaubten Außenhandel bis zur illegalen Beschaffung von Unterlagen und Gerät durch Nachrichtendienste der Warschauer Pakt-Staaten.

Beschaffungen rüstungstechnisch relevanter Technologien im Westen lassen sich zu einem großen Teil, bei einzelnen Technologiearten überwiegend, auf illegale Handlungen und Operationen östlicher Geheimdienste zurückführen. Derartige Beschaffungen dienen auch zur Feststellung der Leistungsfähigkeit der westlichen Streitkräfte und ihrer Ausrüstung.“

Natürlich hatte die westliche Seite mit solchen Einschätzungen – zumindest aus ihrer Sicht – nicht völlig unrecht. Die NATO-Länder legten den Finger auch auf einen wunden Punkt, indem sie die Mi-

kroelektronik grundsätzlich als rüstungsrelevante Technologie einstuften. Und nicht zuletzt bewies man in Bonn, Brüssel oder Washington, daß man im geheimdienstlichen Geschäft die Hände nun wirklich nicht in den Schoß legte. So verfügte man in der Bundesrepublik seit langem über die Erkenntnis, daß mit der systematischen Beschaffung westlicher Technologie und Embargowaren die Außenhandelsgesellschaften, in den Westen reisende Fachkräfte und Spezialisten sowie die Nachrichtendienste der jeweiligen sozialistischen Länder befaßt waren; vor allem kleine Import-Export-Firmen, die hierfür eigens gegründet wurden. Diesen angeworbenen Händlern oblag es, den Einkauf der Waren so zu verschleiern, daß der Empfänger in den Geschäftspapieren nicht ersichtlich wurde. Doch dazu bedurfte es selten der klassischen nachrichtendienstlichen Methoden.

Vielmehr gelangten ausfuhrbeschränkte Waren meist auf indirektem Weg in den Osten. Damit wurden die wirklichen Endempfänger verschleiert und die Behörden getäuscht Diese Transfers wurden von im jeweiligen westlichen Land ansässigen Firmen und Personen oder über sie abgewickelt. Die BRD, Österreich und die Schweiz hatten sich zur Drehscheibe dieser Geschäfte entwickelt. Nicht zuletzt konnten wir die Zollkontrollen im Westen auch dadurch umgehen, indem der Transfer der Ware auf dem Transitweg nach Westberlin erfolgte, da Frachtsendungen nach Westberlin in der BRD zollrechtlich nicht überwacht wurden. Die Ware wurde auf der Transitstrecke innerhalb der DDR unbeobachtet umgeladen, wozu spezielle Zwischenlager unmittelbar an der Transitstrecke verdeckt eingerichtet wurden.

Die Geschäfte, die ich im Technologietransfer mit abwickeln half, konnte man also von sehr unterschiedlichen Gesichtspunkten betrachten: als normale und übliche Gepflogenheit im legitimen wirtschaftspolitischen Interesse der DDR, die sich damit nur gegen ein Instrument des Kalten Krieges wehrte, oder eben als illegale Beschaffung im nachrichtendienstlichen Auftrag. Das war für mich in meiner acht Quadratmeter großen Gefängniszelle in München-Stadelheim nicht nur eine theoretische oder rhetorische Frage. Vielmehr mußte ich auch damit rechnen, daß die bundesdeutsche Seite den illegalen Technologietransfer mit Industriespionage gleichsetzt.

Dazu heißt es in dem Buch von Jay Tuck und Karlhans Liebl „Direktorat T – Industriespionage des Ostens“:

„Wirtschaftsspionage ist in erster Linie auf die Beschaffung von Informationen ausgerichtet und hat neben technischen Vorlagen und Produktproben auch allgemeine Wirtschaftsdaten zum Ziel. Sie wird ausschließlich von gegnerischen Diensten betrieben.

Schwerpunkt des Technologietransfer ist dagegen die Beschaffung von funktionsfähigen Endprodukten (z. B. Mikrochips, EDV-Programmen oder Computeranlagen). Hierfür sind neben den Nachrichtendiensten auch andere Institutionen, wie zum Beispiel die sowjetischen Außenhandelsvereinigungen und die Akademie der Wissenschaft, mitverantwortlich. Von Nachrichtendiensten wird der größere Teil dessen beschafft, was von westlichen Ländern durch Embargobestimmungen gesetzlich geschützt ist. Die Geheimdienste sind also vornehmlich im Bereich des illegalen Technologietransfers tätig.

Methodische Unterschiede bestehen ebenfalls. Die Wirtschaftsspionage ist primär durch die konspirativen Methoden der klassischen nachrichtendienstlichen Arbeit gekennzeichnet. Technologietransfer – auch illegaler – wird überwiegend auf dem Handelsweg als scheinbar normales Geschäft abgewickelt. In der konkreten Ausprägung und für die Spionageabwehr lassen sich Wirtschaftsspionage und Technologietransfer jedoch oft kaum auseinander halten.

Die Vorgehensweise der Nachrichtendienste bei der Steuerung von Embargogeschäften hat durchaus Ähnlichkeiten mit Beschaffungsbemühungen im Rahmen von bestehenden Ost-West-Geschäftsbeziehungen. Der illegale Technologietransfer ist aber oft mit betrügerischen geschäftlichen und finanziellen Manövern verbunden. Unter dem Deckmantel staatlicher Institutionen und Außenhandelsfirmen bemühen sich oft Mitarbeiter kommunistischer Nachrichtendienste um den Ankauf und Ausfuhr von Embargoware."[6]

Natürlich war mir klar, daß ich mit dem Rechtsstandpunkt der DDR in München keinen Blumentopf gewinnen könnte. Da biß die Maus keinen Faden ab, daß nach BRD-Recht die Ausfuhr oder Weitergabe von Gütern und Informationen, die der Ausfuhrbeschränkung unterliegen, ohne Genehmigung des Bundesamtes für gewerbliche Wirtschaft, illegaler Technologietransfer und somit strafbar ist. Vorsätzliche oder fahrlässige Verstöße gegen die devisenrechtlichen Bestimmungen können nach dem Militärregierungs-

---

6 Jay Tuck/Karlhans Liebl: Direktorat T – Industriespionage des Ostens, Heidelberg 1988, S. 73.

gesetz 53 in Verbindung mit dem Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch mit einer Geldbuße bis zu 50.000 DM oder als Wirtschaftsstraftat mit einer Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren geahndet werden. Auf diese Alternativen hatte ich mich einzustellen.

Ein flexibler Schriftführer der CSU

Um alles in der Welt mußte es mir gelingen nachzuweisen, daß ich nichts, aber auch absolut gar nichts mit Spionage zu tun hatte. Ich mußte überzeugend begründen, daß meine mit Scholz getätigten Geschäfte die Sicherheit der Bundesrepublik überhaupt nicht beeinträchtigten. Das würde dann enorme Auswirkungen darauf haben, ob mein „Vergehen" bloß als Ordnungswidrigkeit oder als Straftat geahndet wird.

Daß das ein Knackpunkt der Anklage und somit meiner Verteidigung werden könnte, ahnte ich bereits während der ersten Vernehmungen, noch bevor der Haftbefehl gegen mich unterschrieben war. Die Herren beim Staatsschutz hatten mich nämlich in jenen Stunden mehrfach mit Transaktionen der Firma Alltransistor konfrontiert, mit denen ich nun wirklich nichts zu tun hatte und die auch in keinerlei Verbindung zu meinem Außenhandelsbetrieb Elektronik standen. Dafür durfte ich mich nicht zur Verantwortung ziehen lassen, zumal es sich dabei um Geschäfte von rüstungsrelevantem Charakter handelte. Andererseits waren die Vorwürfe vermutlich nicht aus dem luftleeren Raum gegriffen. Aber was waren das für Geschäfte, wer hatte sie abgewickelt? Wenn es tatsächlich solche zwischen der DDR und Alltransistor waren, dann konnte es nur Wolfram Zahn gewesen sein. Denn Scholz hatte mir gegenüber einmal vertraulich ausgeplaudert – ohne sich in Einzelheiten zu verlieren –, daß er auch mit Zahn in Verbindung stehe. Aber offiziell hatte ich davon natürlich keine Ahnung.

Ich war also gut beraten, mir vor Beginn der weiteren Verhöre nochmals einen genauen Überblick über die Entwicklung meiner Geschäftsbeziehungen zu Alltransistor und Scholz zu verschaffen.

Meine Bekanntschaft mit Albert Scholz lag erst gut zwei Jahr zurück. Die ersten Geschäftskontakte knüpften wir im November 1979 während der Ausstellung „Productronica" in München. Albert Scholz ließ sich durch Otto Zemanek, einen Unternehmer aus Wien, ein Gespräch mit mir vermitteln. Letzterer war mir bereits seit vie-

len Jahren persönlich bekannt und einer meiner bewährten Embargolieferanten. Offenbar sollte Zemanek von Scholz für zustande gekommene Geschäfte mit uns jeweils eine Vermittlungsprovision erhalten, woran sich Scholz jedoch niemals hielt. Daraufhin versuchte nun Zemanek – allerdings ohne Erfolg –, Kenntnis über die Geschäfte zwischen Scholz und uns zu erlangen und diese zu stören. Aber das nur am Rande ...

Jedenfalls bot mir Scholz Lieferungen für alle Gebiete der Elektrotechnik/Elektronik an. Seine Liefermöglichkeiten würden auf einem raffinierten, aber einfachen Abwicklungsprinzip beruhen: Er hätte beim Rüstungskonzern Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) Vertrauensleute, die in seinem Auftrag beliebige Lieferungen sehr schnell beschaffen könnten, indem MBB als Käufer auftrete. Von MBB würde die Ware an eine Firma in der Schweiz weiterverkauft und dann von dort in die DDR geliefert. Das klang prima, aber ob MBB von Scholz tatsächlich in die Transaktionen einbezogen war, konnte ich nie feststellen.

1980 fütterte ich Alltransistor an, als Test erhielt Scholz von mir Aufträge zur Beschaffung von Waren, die nicht dem Embargo unterlagen. Im Juni 1980 zogen wir die Schraube an, wir erteilten erste Bestellungen von Embargowaren. Scholz lieferte problemlos und pünktlich. Das waren in diesem kurzen Zeitraum Waren für insgesamt 4 Mio. DM, davon etwa die Hälfte Embargowaren, die aber relativ einfach zu beschaffen waren.

Ein Jahr später bezogen wir Alltransistor in die Lieferungen japanischer Unternehmen, so von Toshiba, Mitsui und Tokyo Boeki, mit ein. Dabei ging es auch um ein Gesamtprojekt zur Herstellung von Leistungstransistoren, zu dem das gesamte Know-how und ganze Produktionsanlagen geliefert wurden. Den Vertrag selbst hatte ich zwar direkt mit Toshiba abgeschlossen, die Lieferung der Ausrüstungen sollte jedoch – mit Kenntnis und unter Mitwirkung von Toshiba und anderer japanischer Hersteller – über eine von mir zwischengeschaltete westeuropäische Handelsfirma erfolgen – eben Alltransistor.

Also vermittelten wir zwischen Alltransistor, Toshiba und den anderen japanischen Herstellern den Direktkontakt, und zwischen ihnen erfolgte dann der Vertragsabschluß. Gegenüber Alltransistor wiederum traten wir, Elektronik Export/Import, als Käufer auf. Die Montage und Inbetriebnahme des Gesamtprojektes in der DDR oblag schließlich Toshiba. Das Gesamtgeschäft hatte einen Wertumfang von rund 15 Mio. DM, von denen über 3 Mio. DM auf den Lieferanteil von Alltransistor entfielen.

Zum Zeitpunkt meiner Reise nach Bayern befand sich der Großteil der Anlagen bereits in der DDR, mehr als 12 Mio. DM waren also realisiert. Auch Scholz hatte seine Verträge im wesentlichen schon erfüllt. Bei der Abwicklung eines Teilauftrages von Scholz traten jedoch Schwierigkeiten auf. Für drei Tester, das sind computergesteuerte Meßautomaten für hochintegrierte Schaltkreise, im Wert von 1,1 Mio. DM erkannte plötzlich die Schweizer Bank das von der DDR-Außenhandelsbank eröffnete Akkreditiv, also das Zahlungsversprechen unserer staatlichen Bank, nicht an, da die DDR-Staatsbank offensichtlich Kreditprobleme mit den Schweizern hatte. Also fuhr ich zu Scholz, um mit ihm die Akkreditiveröffnung mit Hilfe der Firma „Exportcontact" in Wien, der Schwesterfirma des DDR-Unternehmens Günther Forgber, über eine österreichische Bank zu vereinbaren und die Lieferungen damit abzusichern. Vom Erfolg meiner Mission, von der Einhaltung aller Verträge hing die termingemäße Inbetriebnahme des Gesamtprojektes Leistungstransistoren ab.

Ich überlegte hin und her, doch die Geschäfte von Wolfram Zahn blieben für mich eine Black Box.

Natürlich konnte ich zum damaligen Zeitpunkt nicht wissen, daß Zahn als Stellvertreter des Generaldirektors im Kombinat Mikroelektronik getarnt in den Westen reiste. Als Beschaffer im Auftrag der Staatssicherheit hatte er seit 1980 gleichfalls mit Scholz Geschäftsbeziehungen aufgebaut und über 70 Objekte mit einem Volumen von mehreren Millionen realisiert. Darunter befand sich „heiße Ware" aus den USA, die eindeutigen militärischen Verwendungszweck hatte, beispielsweise komplette Meß- und Überwachungsplätze für den Funkverkehr, automatische Frequenzanalysatoren, Aufzeichnungsgeräte und komplizierte Meßtechnik.

Zum Zeitpunkt meiner Verhaftung wußte ich auch nicht, daß Wolfram Zahn auf etwa 20 Bestellungen im Wert von 600.000 DM wartete. Dazu gehörten drei komplette Funküberwachungssysteme des amerikanischen Herstellers „Ailtech", für die nur Scholz als Lieferant in Frage kam. Und genauso unbekannt war mir die Tatsache, daß Scholz bis 1977 mit der im Auftrag der Hauptabteilung Aufklärung des MfS tätigen Firma „Cedap" zusammengearbeitet hatte.

Erst aus dem 1995 erschienenen Buch „Der Schattenkrieger"[7] sollte ich erfahren, daß der BND bereits 1977 und 1978 von einem

---

7 Erich Schmidt-Eenboom: Der Schattenkrieger, Düsseldorf 1995, S. 199.

seiner Agenten Hinweise über die Bernauer Firma Scholz erhalten hatte. Diese wurden damals aber offensichtlich nicht ernstgenommen, so daß Scholz, zum damaligen Zeitpunkt angeblich Schriftführer der CSU in Bernau, unbeeindruckt weitermachen konnte.

Von Albert Scholz wußte ich nur, daß er früher in Düsseldorf wohnte und für verschiedene westdeutsche und USA-Firmen gearbeitet hatte, darunter auch für ein Unternehmen in Frankfurt/Main, das in den fünfziger und sechziger Jahren Telefunken im Handel mit der DDR vertreten hatte. Scholz war ein sehr flexibler, aber auch prahlerischer Geschäftspartner. Er kannte viele einflußreiche Personen in der Bundesrepublik und fühlte sich dadurch sicher. Angeblich wollte man ihn auch schon einmal als Informant des BND gewinnen, was er jedoch abgelehnt hätte. Er wisse aufgrund seiner Beziehungen auch, bei welchen Elektronikfirmen im Raum München Telex und Telefone abgehört würden. Seine Firma sei aber davon nicht betroffen. Diese Meinung mußte er sicherlich bei der Verhaftung seines Sohnes korrigieren.

Scholz hatte Ende 1980 einen schweren Herzinfarkt erlitten und war seitdem invalidisiert. Seit diesem Zeitpunkt hatte er seinen Sohn aktiv in die Geschäfte einbezogen und ihm Prokura erteilt. Die Firmenpolitik bestimmte er aber auch weiterhin ausschließlich selbst.

Dietmar Scholz wiederum war ein ruhiger, sachlicher und seriöser Partner. Im Gegensatz zum Vater war er sehr bescheiden. Er hing an Haus und Familie, Frau und zwei Kindern. Ich schätzte ihn allerdings als zu unbeweglich und zu weich ein, um der Konfrontation in den Verhören lange widerstehen zu können. Früher oder später würde man ihn mit Erfolg weichklopfen. Um für sich zu retten, was noch zu retten ist, würde er vermutlich uneingeschränkt aussagen. Ich sollte mit meiner Befürchtung leider recht behalten.

Untersuchungshaft

Ich war nun nicht mehr Stellvertreter des Generaldirektors, sondern einer der vielen Häftlinge in der Justizvollzugsanstalt München-Stadelheim. Ich saß mitten unter Strafgefangenen und Untersuchungshäftlingen – Kriminellen, Mördern, Totschlägern, Drogendealern, Rauschgiftsüchtigen, Taschendieben und anderen großen und kleinen Gaunern. Wohl deshalb wird Stadelheim im Volksmund und von den Knackis spöttisch St. Adelheim genannt.

Am Montagmorgen wurde auch ich „geadelt", d. h. der offiziellen Aufnahmezeremonie unterzogen. Meine Privatkleidung mußte ich gegen die Anstaltskleidung eintauschen und anschließend mit den anderen persönlichen Sachen in der Kammer der Haftanstalt asservieren lassen. Ein Arzt erfüllte mißmutig seine Pflicht und untersuchte meinen Gesundheitszustand. Am gründlichsten erfolgte noch das Messen und Wiegen. Mit Mühe und Not konnte ich ihm verständlich machen, welcher medikamentösen Behandlung ich wegen meiner jahrelangen Herz-Kreislauf-Beschwerden und des zu hohen Blutdruckes bedurfte. Von allein wäre dieser Anstaltsarzt nie darauf gekommen. Ähnliche Auseinandersetzungen sollte ich später mit solchen Äskulap-Jüngern noch des öfteren haben. Es bedurfte mehrerer Beschwerden meines Rechtsanwaltes und der Ständigen Vertretung der DDR bei der Anstaltsleitung, um das notwendige Minimum der ärztlichen Betreuung für mich zu sichern.

Ich durfte auch endlich meine Zelle „beziehen", Einzelbelegung: Ein einfaches, recht hartes Bett, an der Wand ein sehr kleiner festgeschraubter Tisch und eine kleine hölzerne Sitzbank, ein Kleiderschrank im Miniformat, aber es gab ja auch nicht viel zum Unterbringen. Außerdem ein Waschbecken, natürlich nur mit kaltem Wasser, und das Wichtigste, eine Toilette mit Wasserspülung – welch Luxus. Unmittelbar unter der etwa drei Meter hohen Decke befand sich ein Fenster, 1,50 Meter breit und 50 Zentimeter hoch. Das Fenster ließ zwar Tageslicht herein, aber seine Höhe ermöglichte nicht, daß man etwas sehen konnte, den Himmel ausgenommen. Das war zwar auf die Dauer bedrückend, aber ich konnte zumindest frische Luft in die Zelle einlassen. Der Höhepunkt des Komforts war die Heizung, die aber trotz niedriger Außentemperaturen oft kalt blieb. Dafür wurde es dann im Sommer um so heißer.

Am nächsten Morgen wurde ich von zwei Beamten des Landeskriminalamtes zum Verhör abgeholt. Als sie mich in meiner Häftlingskleidung sahen – ich trug die übliche Winterkleidung aus braunem Stoff, wie man ihn für Pferdedecken verwendet –, lehnten sie es ab, mich in dieser Aufmachung mitzunehmen. Ich erhielt die optisch etwas bessere Häftlingskleidung für den Sommer, zu der auch tragbare Halbschuhe anstelle der klobigen Winterstiefel gehörten.

Die Fahrt ging mit einem Pkw wieder zum Staatsschutz im Landeskriminalamt. Die Verhöre wurden jetzt von Kriminalhauptkommissar (KHK) Kallenowski und Kriminaloberkommissar (KOK) Maier übernommen, beide sehr sachliche, höfliche und zielstrebig arbeitende Beamte.

Gleich zu Beginn der Verhöre forderte ich erneut, mit der DDR-Konsularabteilung in Bonn Kontakt aufnehmen zu können. Und wieder Ablehnung, die Benachrichtigung könne nur von der Staatsanwaltschaft auf dem Dienstweg über das Justizministerium und das Kanzleramt zur Ständigen Vertretung der DDR in Bonn erfolgen, und das dauere seine Zeit. Solange blieb ich also für meine Familie verschollen. Nahm man zu Hause vielleicht sogar an, daß ich Republikflucht begangen und mich dem BND offenbart hätte?

Da ich mit der Ständigen Vertretung keine Verbindung aufnehmen durfte, entfiel auch die Möglichkeit, mir von den Genossen dort einen erfahrenen und vertrauenswürdigen Anwalt vermitteln zu lassen. Wie aber konnte ich zu einem Rechtsanwalt kommen? Ohne Anwalt war ich zu keiner weiteren Aussagen bereit.

Kriminalhauptkommissar Kallenowski legte mir das Telefonbuch vor, ich sollte mir daraus einen wählen. Das lehnte ich ab. Ich konnte jedoch feststellen, daß im Nebenraum die Verhöre von Scholz liefen, bei dem sich sein Anwalt befand. Von ihm ließ ich mir über Kallenowski einen Anwalt empfehlen. Das war zwar eine recht eigenwillige Lösung, aber die einzig praktikable. Ich wollte bei den weiteren Ermittlungen keine Zeit verlieren, denn ich glaubte mit Abschluß der Vernehmungen an meine Freilassung und Heimkehr zu meiner Familie.

Dr. Jürgen Flasnöcker war ein junger Rechtsanwalt für Wirtschafts- und Steuerfragen, besaß jedoch weder Erfahrungen in Spionagefällen noch als Strafverteidiger. Er erschien mir aber politisch unvoreingenommen, und ich entschied mich für eine Zusammenarbeit mit ihm. Daß mir aus dieser Wahl später noch Schwierigkeiten in der DDR entstehen sollten, konnte ich zu diesem Zeitpunkt nicht ahnen.

Meine Vernehmer begannen die Verhöre ohne Umschweife – sie wollten mich der nachrichtendienstlichen Tätigkeit überführen. Es war schon erstaunlich, was sie mir da auftischten: So sei die VVB Bauelemente und Vakuumtechnik, in der ich bis 1972 arbeitete, eine erkannte Tarnorganisation des MfS. Wolfram Zahn, dessen Bild man mir vorgelegte, sei als Stasi-Mitarbeiter enttarnt. Und ich selbst sei immerhin sein Stellvertreter gewesen und würde noch dienstliche und private Kontakte zu ihm pflegen. Außerdem arbeite ich seit langem mit der Firma Günther Forgber zusammen und finanziere ihn über Provisionen aus meiner Geschäftstätigkeit, auch aus meinen Geschäften mit Scholz. Laut Kallenowski wäre Forgber bereits in drei Strafprozessen in der BRD als Offizier der Hauptabteilung

Aufklärung des MfS enttarnt worden. Schließlich sei auch der AHB Elektronik nur eine Scheinfirma des MfS zur Beschaffung von Embargowaren, die von mir im Auftrag der Stasi aufgebaut wurde. Alle Embargoimporte würden als strategische Importe eingeschätzt, direkt vom MfS vorbereitet und kontrolliert. Ich sei nicht nur der Verbindungsmann zum MfS, sondern sollte innerhalb des AHB eine spezielle Gruppe für Wirtschaftsspionage und strategische Importe gebildet haben. Diese Truppe, bestehend aus meinen Mitarbeitern Henke, Schöniger und Buch, würde direkt von mir angeleitet und mit Scholz zusammenarbeiten.

Doch damit nicht genug, mir wurde noch stärkerer Tobak verabreicht: So sei ich von der Stasi als Generaldirektor eingesetzt worden, um Firmen und Personen wie Scholz im Westen auszukundschaften. Und das alles mit nachrichtendienstlichen Methoden von der Nutzung von Deckadressen über die Neutralisierung von Waren bis zur Einrichtung von Scheinfirmen. Außerdem hätte ich für die Staatssicherheit, die Nationale Volksarmee und die Volkspolizei Waren von militärstrategischem Charakter beschafft, beispielsweise Sendeanlagen und Teile für Raketenlenkeinrichtungen.

Gewiß, die Herren vom Staatsschutz klopften auf den Busch, konnten aber nichts auf den Tisch legen. Die Profis kamen mit ihren Vorhalten der Wahrheit mitunter bedrohlich nahe, verfügten aber über keine Beweise. Das war mein Glück. So wiederholte ich lediglich das alte Lied, daß ich in meinen bisherigen leitenden Positionen genau wie alle anderen Wirtschaftsfunktionäre der DDR Kontakte zum jeweils für den Betrieb zuständigen Abwehroffizier des MfS unterhalten mußte. Die direkte Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit leugnete ich standhaft, widerlegte sie sogar nach allen Regeln der Kunst – jedenfalls nach meinem Empfinden.

Zwischenzeitlich hatte sich der Ermittlungsrichter seine oberflächliche Arbeit am Haftbefehl angesehen und flugs die Begründung verändert. Jetzt hieß es: „... daß der Beschuldigte eines Vergehens der geheimdienstlichen Agententätigkeit in Strafeinheit mit je einem fortgesetztem Vergehen der Anstiftung zu einem fortgesetztem Vergehen der ungenehmigten Ausfuhr von Embargogut sowie einem fortgesetztem Vergehen des verbotenen Geschäfts dringend verdächtig ist." Ich begriff es kaum, Juristendeutsch ist schwer verständlich, und die vielen vom Ermittlungsrichter herangezogenen Paragraphen waren es auch ...

Tage später wurde ich zum zuständigen Staatsanwalt gebracht. Oberstaatsanwalt Dr. Förster gab sich recht zugänglich und jovial. Er wollte nicht mehr und nicht weniger als meine „Zusammenarbeit und Kooperation". Gleich vom ersten Moment des Gespräches an hatte ich das Gefühl, daß er mich umdrehen, also zum Verrat bewegen wollte.

Darauf war ich freilich gut vorbereitet. Mein Führungsoffizier hatte mir schon vor langer Zeit für diesen Fall der Fälle die entsprechende Order gegeben: Ich sollte mich einem solchen Verlangen zwar nicht verschließen, aber auch nicht sofort mit fliegenden Fahnen darauf einzugehen, denn das sei bei meiner Persönlichkeit unglaubwürdig. Wenzel wörtlich: „Du wirst im Westen zwar nicht als Parteiaktivist, aber auch nicht als DDR-Gegner, sondern als loyaler DDR-Bürger angesehen."

Als Köder wählte Oberstaatsanwalt Förster das Geld, das ich bei meiner Verhaftung mit mir führte: einen fünfstelligen DM-Betrag, die Provisionszahlungen von Scholz an Forgber. Ich hatte sie aus Sicherheitsgründen als persönliche Zuwendung von Scholz an mich deklariert.

Förster zückte Peitsche und Zuckerbrot: „Mit diesem Geldbetrag, Herr Ronneberger, verstoßen Sie gegen die Gesetze der DDR. Sie wurden schon als Generaldirektor abgelöst und erhielten eine Parteistrafe. Sie genießen kein Vertrauen mehr. Man durchwühlt jetzt in Berlin ihr ganzes Büro. Wir aber wollen Ihnen helfen. Bleiben Sie in der Bundesrepublik, Leute wie Sie haben hier ein echte Chance. Wir helfen Ihnen bei der Familienzusammenführung."

Meine Gegenreaktion: „Meine Aussagebereitschaft ist vorhanden, aber was ich nicht weiß, das kann ich auch nicht aussagen. Was ich aber aussage, kann in der DDR als Geheimnisverrat ausgelegt werden. Ich werde trotz aller Risiken in die DDR zurückkehren."

Auch dafür hatte Dr. Förster eine Kompromißlösung zur Hand: separate Protokolle zu diesen Fragen, die einen Geheimhaltungsgrad bekommen sowie die Verpflichtung meines Rechtsanwaltes zur Geheimhaltung. Ich willigte ein. Schließlich hatte ich bisher einige Aussagen verweigert, die aber zur Entlastung vom Spionageverdacht notwendig waren. Es ging dabei um Fragen der Kontaktaufnahme zu Scholz im Jahre 1979, zur Person meines Kontaktmannes im MfS, zu Forgber, Zahn, Schöniger, Henke und Buch sowie zum Inhalt und zur Auswertung von Reiseberichten. In meinen Augen alles keine weltbewegenden Dinge, die der anderen Seite außerdem längst bekannt sein müßten.

Im Zusatzverhör wollte man von mir vor allem unsere weiteren Embargolieferanten wissen. Ich nannte zögerlich einige Firmen im Ausland, mit denen wir schon nicht mehr zusammenarbeiteten. Das war aber nicht von Interesse, man wollte westdeutsche Unternehmen haben. Also nannte ich einige BRD-Lieferanten, die bereits aufgeflogen waren oder wo wir vermuteten, daß sie mit Wissen und Duldung westlicher Geheimdienste mit uns arbeiteten. Bei meiner Salamitaktik bestätigte ich sowohl Artur Wenzel als meinen Verbindungsoffizier zum MfS als auch das Vorhandensein einer MfS-Dienststelle im Haus der Elektroindustrie. Weitere Detailkenntnisse stellte ich in Abrede. Ich war mir sicher, mit dem bisher Ausgesagten nichts zu verraten. Das alles hatte längst ein ehemaliger leitender Mitarbeiter des Außenhandelsbetriebes Elektrotechnik namens Weise beim BND ausgeplaudert, nachdem er in den Westen abgetaucht war.

Die Ergebnisse ließen meine Vernehmer absolut unbefriedigt: Ich sei nicht solch ein unbeschriebenes Blatt, wie ich immer vortäuschen und zu Protokoll geben würde. Ich zuckte mit der Schulter und versuchte, mein Pokerface zu wahren. Bundesdeutsche Staats- und Verfassungsschützer zu beglücken, war nun wirklich nicht mein Parteiauftrag. Also verschwieg ich weiterhin viel, wiederholte bereits Bekanntes und hörte immer dort auf, wo die echten News erst begannen.

Zwischenzeitlich waren endlich auch offizielle Information über meine Verhaftung zur Ständigen Vertretung der DDR in Bonn und damit nach Berlin durchgesickert. Bereits zuvor hatte die Staatssicherheit über den Mitropa-Schlafwagenschaffner von meinem Schicksal erfahren. Er hatte mich auf einem vorgelegten Foto erkannt.

Mit meiner Verhaftung hatte sich mein Führungsoffizier sofort um meine Familie gekümmert und die Regie über den später zwischen mir und meiner Familie geführten Schriftverkehr übernommen. Den Inhalt der Briefe mußte meine Frau vorher mit ihm abstimmen, alle meine Briefe bekam er zur Kenntnis. Die Briefe nutzten wir selbstverständlich, um aktiv Informationen zwischen mir und Artur Wenzel auszutauschen. Schon früher nannte ich meiner Frau gegenüber Wenzel und das MfS „meine Freunde“. So konnte ich auch jetzt die für die Staatssicherheit bestimmten Informationen kenntlich machen. Später gelang es mir sogar, einen mehrseitigen Bericht über die Umstände meiner Verhaftung und

den Stand der Vernehmungen unkontrolliert aus dem Gefängnis zu schmuggeln und über meine Frau an die Stasi weiterzuleiten. Gefängnismauern sind eben doch durchlässig, man muß nur wissen wie. Das „wie“ lernt man im Knast schnell. Der Person, die diesen Bericht aus dem Gefängnis schmuggelte gilt noch heute meine Hochachtung, hat sie doch sehr viel riskiert und sogar die eigene Existenz aufs Spiel gesetzt.

Meine Verhaftung löste im MfS umfangreiche und hektische Aktivitäten aus. Vor allem eine Frage machte die Genossen umtriebig: Wird „Saale“ zum Verräter? Mehrere Leute schrieben sich die Finger wund, um meine Zuverlässigkeit einzuschätzen und zusammenzutragen, was ich im schlimmsten Fall verraten könnte. Wenzel allerdings ließ sich in seinem Vertrauen zu mir nicht erschüttern.

Bald wurde ich auch vom Leiter der Konsularabteilung der Ständigen Vertretung der DDR besucht. Die Gespräche durften zwar nur im Beisein von Kallenowski stattfinden, doch sie waren für mich ganz wichtig: Die Heimat dachte an mich und gab mir in dieser schwierigen Situation jede mögliche moralische und materielle Hilfe. So hatten mir Mitarbeiterinnen der DDR-Vertretung in Bonn liebevoll ein Paket mit Nahrungs- und Genußmitteln zusammengestellt, die Abwechslung in die eintönige Gefängniskost brachten. Ab sofort stand mir auch ausreichend Geld zur Verfügung, um im Gefängnis im erlaubten Umfang einzukaufen und Bücher bestellen zu können.

In dieser Phase bemühten sich die Genossen der Staatssicherheit, mir einen neuen Anwalt zu vermitteln. Er mußte unbedingt ihr uneingeschränktes Vertrauen besitzen, d. h. alle gewünschten Informationen und vor allem die Akten des Ermittlungsverfahrens an sie übergeben, was natürlich für Dr. Flasnöcker nicht zutraf. Auftragsgemäß versuchten also die Mitarbeiter der Konsularabteilung, mich zu bewegen, die Rechtsanwaltskanzlei Hannover einzuschalten, die für die DDR bereits mehrfach gearbeitet hatte. Im Ergebnis führte ich dann auch ein erstes Gespräch mit einem Anwalt dieser Kanzlei, zog aber nachher die von mir erteilte Vertretungsvollmacht wieder zurück.

Zu diesem Entschluß, der alles andere als ein Kurzschluß war, hatten mich Dr. Förster und die Beamten des LKA bewogen: „Wenn Hannover Ihre Interessen vertritt, geht jedes Gericht davon aus, daß sie ein Mann des MfS sind, denn diese Kanzlei arbeitet vorwiegend in Spionage- und Terroristenprozessen. Wir müssen der Kanzlei Hannover dann auch Akteneinsicht in die separaten Ver-

nehmungsprotokolle geben, die diese Kanzlei natürlich an das MfS weiterleiten wird. Bautzen ist Ihnen dann sicher."

Ich befand mich in einer fast ausweglosen Situation. Einerseits hatte Dr. Flasnöcker mein Vertrauen, andererseits mußte ich allem Drängen der DDR-Seite widerstehen und der Kanzlei Hannover meine Vertretung verweigern. Logisch, daß dadurch meine Vertrauenswürdigkeit beim MfS untergraben wurde, was ich in der Folgezeit noch zu spüren bekommen sollte.

Während die Vernehmungen fortgeführt wurden, hatte mein Anwalt Dr. Flasnöcker im März beim Bayerischen Obersten Landesgericht Haftbeschwerde eingelegt. Die Beschwerde wurde zwar umgehend abgeschmettert und als unbegründet verworfen, war aber trotzdem ein erster Erfolg. Denn es wurde nicht mehr und nicht weniger bestätigt, als daß nach der gegenwärtigen Ermittlungslage gegen mich kein dringender Verdacht nach § 99 StGB (geheimdienstliche Agententätigkeit) bestand. Wörtlich:

„... Es läßt sich unter diesen Umständen bei der derzeitigen Ermittlungslage nicht mit der gebotenen Sicherheit feststellen, daß der Beschuldigte an der Aktivität eines geheimdienstlichen Apparates bewußt teilgenommen hat.

Hinzu kommt, daß das Auftreten des Beschuldigten nicht dem äußeren Bild entsprochen hat, das für die Arbeit von Agenten und anderen Hilfspersonen solcher Dienste, die für nachrichtendienstliche Zwecke eingesetzt werden, kennzeichnend ist. Er ist nach den bisherigen Feststellungen unter richtigem Namen sowie mit einem ordnungsgemäßen Paß eingereist und hat sich hier nicht konspirativ verhalten. Auch sein Auftreten im Ermittlungsverfahren entspricht nicht dem, wie es von Agenten an den Tag gelegt wird ..."

Selbstverständlich legten wir beim Bundesgerichtshof (BGH) auch gegen diesen Beschluß Beschwerde ein, und gleiches tat die Staatsanwaltschaft. Während wir aber den Haftbefehl aufheben wollten, bestand die Staatsanwaltschaft unverändert auf der Auffassung, daß ich der geheimdienstlichen Agententätigkeit dringend verdächtig sei. Beide Anträge wurden am 3. Mai 1982 vom 3. Strafsenat des BGH nach Anhörung des Bundesanwalts als unbegründet verworfen.

Somit war ich nun eine Sorge los, also endgültig vom Spionagevorwurf befreit. Gleichwohl blieb das Bayerische Oberste Landesgericht bei seiner Auslegung, daß ich dringend verdächtig war, Scholz Beihilfe bei seinem Embargovergehen geleistet zu haben.

Die Verhöre gingen trotzdem unverändert weiter, und ich blieb bei der von mir gewählten und offenbar erfolgreichen Aussagetaktik. Schließlich war das Ende der gesamten Ermittlungen überhaupt noch nicht erkennbar, mit allen Mitteln versuchte man, mir die Beihilfe an Scholz' Embargogeschäften nachzuweisen. Die Staatsanwaltschaft bemühte sich, einen strafrechtlichen Rahmen zu finden und die Gefährdung der Sicherheit der Bundesrepublik durch diese Geschäfte zu dokumentieren. Gelang es mir, auch dies noch zu widerlegen, konnte ich nur wegen einer Ordnungswidrigkeit belangt werden. Der Staatsanwalt schaltete deshalb das Militärtechnische Institut der Bundeswehr ein, aber es konnten keine Gutachten auf den Tisch gelegt werden.

Interessant war von Anfang an, daß der Öffentlichkeit die Verhaftung von Scholz bekanntgegeben, aber meine Festnahme bis zum Schluß geschwiegen wurde. Keine Notiz zu meiner Person in den Medien! Die Bundesrepublik war an einer Beeinträchtigung der Beziehungen zur DDR in dieser Phase nicht interessiert, auch die DDR hatte kein Verlangen. Immerhin wurden dringend Milliardenkredite gebraucht, und die konnten nur von der Bundesrepublik kommen. Alexander Schalck-Golodkowski war schon längst in die Spur geschickt und mauschelte bereits mit dem Strauß-Intimus Josef März. Nachdem meine Verhaftung bekannt geworden war, erhob zwar der Leiter der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn, Ewald Moldt, schärfsten Protest im Kanzleramt, dabei blieb es aber auch.

Große Unterstützung erhielt ich hingegen von meinem langjährigen Geschäftspartner und Freund Hans-Joachim Majunke. Er war in einem Konzern in leitender Funktion tätig und besaß als FDP-Kommunalpolitiker umfangreiche persönliche Kontakte zu seinen Parteifreunden Lambsdorff, Genscher, Baum und anderen. Er setzte sich massiv für meine Freilassung ein, besuchte mich sogar in Stadelheim und sprach – nicht ohne Unterstützung des Bonner Justizministeriums – mit der Staatsanwaltschaft in München.

Majunke führte auch Sondierungsgespräche mit dem Mitarbeiterstab von Lambsdorff, und zwar im Vorfeld eines geplanten Zusammentreffens des Ministers für Elektrotechnik/Elektronik der DDR, Ottfried Steeger, mit dem damaligen Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff auf der Messe in Hannover. Allerdings mußte er zur Kenntnis nehmen, daß sich der Minister nicht für mich verwenden wollte. Im Hintergrund gab es zwar Diskrepanzen zwischen Bonn und der Landesregierung in München, jedoch war man sich

einig, daß der „Fall Ronneberger“ rein bürokratisch und ohne politisches Spektakel zu erledigen sei.

Und wenn es in deutschen Landen bürokratisch zugeht, dann braucht es natürlich Zeit, viel Zeit. Ich spürte das. Die Vernehmungen liefen immer schleppender, wurden immer öfter und für längere Zeit unterbrochen. Das LKA ermittelte jetzt vor allem im Umfeld und entwickelte bei dem schönen Frühlingswetter eine erstaunliche Reiselust. Zahlreiche meiner Geschäftspartner in Westberlin und anderen Städten der Bundesrepublik wurden befragt. Doch wie man mich wissen ließ, galt ich in ihren Augen als angesehener und seriöser Partner, Belastendes wurde nicht gefunden.

Je länger die Untersuchungshaft dauerte, desto schlechter wurde mein Gesundheitszustand. Die lakonische Bemerkung des Anstaltsarztes: „Sie sind für das Gefängnis nicht geeignet.“ – Mein Gott, wem sagte er das!

Obwohl sich mein Rechtsanwalt und die Ständigen Vertretung mehrfach bei der Gefängnisleitung beschwerten, erfolgte keine wirksame medizinische Behandlung. Ich fühlte mich immer elender, was wohl eine Folge des psychischen Drucks war. Den angestauten Frust ließ ich auch in den Briefen an meine Familie spüren. Insbesondere machte ich kein Hehl daraus, daß ich die kümmerlichen Bemühungen der DDR zu meiner Freilassung überhaupt nicht verstand. Ich fühlte mich allein gelassen,

In dieser Situation wurde die Staatssicherheit endlich aktiver.

Da der Generaldirektor des AHB Elektrotechnik, Roland Winkler, umfangreiche Geschäftsverbindungen zum Siemenskonzern unterhielt, bekam er von seinem Führungsoffizier Artur Wenzel den Auftrag, die Konzernleitung von Siemens zur Vermittlung bei den Münchener Behörden zu bewegen. Gemeinsam mit dem DDR-Anwalt Dr. Genz, der vom MfS als Anwalt meiner Familie und des AHB Elektronik von Anfang an eingeschaltet wurde und bereits mehrfach mit meinem Anwalt Dr. Flasnöcker in München zusammengetroffen war, fuhr Winkler zu Siemens nach München.

Seine Sondierungen verliefen nicht ergebnislos: Siemens erklärte sich bereit, im Rahmen der Möglichkeiten Unterstützung zu gewähren und im Wirtschaftsministerium in München vorstellig zu werden. Denn der „Fall Ronneberger“ könnte die Wirtschaftsbeziehungen Bundesrepublik – DDR durchaus belasten. Als Roland Winkler im Juni ein zweites Mal in München weilte, bestätigte Herr Büscher als Beauftragter von Siemens für den Handel mit der DDR die Vorsprache seines Unternehmens im bayerischen Wirtschaftsministeri-

um. Man hätte wohl versucht, das Justizministerium für die Sache zu interessieren. Von dort sei aber nur die Antwort gekommen, daß man „aufgrund des massekritischen Materials“ im Moment noch keine Aussage treffen könne.

Also empfahl Siemens zunächst einmal, die bekannte Münchner Kanzlei Bossi einzuschalten. Dort kannte man aus den Siemens-Informationen schon den Sachverhalt und vertrat die juristische Auffassung, daß die Grundlage für die Fortdauer der Untersuchungshaft mehr als fraglich sei. Rechtsanwalt Ufer, einer der bekanntesten Strafverteidiger in Bayern, übernahm neben Dr. Flasnöcker ab sofort meine juristische Vertretung.

Herr Seeleg, Vorstandsmitglied von Siemens ließ sich telefonisch von Dr. Winkler über das Gesprächsergebnis in der Bossi-Kanzlei informieren. Er fand den „Stand der Sache als unbefriedigend und gefährlich“. Er erklärte sich bereit, kurzfristig persönlich im Justizministerium des Freistaates vorzusprechen.

Beim Stand der Dinge blieben wir freilich skeptisch. Wir mußten davon ausgehen, daß es wahrscheinlich noch im Sommer des Jahres zu einer Anklageerhebung kommt. Angeblich wurde bereits an der Anklageschrift gebastelt. Da jedoch das Gericht überlastet war, sei erst Anfang 1983 mit einem Prozeß zu rechnen. Das war natürlich eine Zumutung, die ich nur schwer verdauen konnte und die mich psychisch stark belastete. Schließlich wußte ich, daß sich Dietmar Scholz – im Gegensatz zu mir – längst wieder auf freiem Fuß befand.

Hinzu kam, daß ich von Rechtsanwalt Ufer nicht gerade begeistert war. Er besuchte mich zwar umgehend, sprach mir Mut zu und versicherte, daß ich bald frei sein würde. Doch er unternahm wenig Konkretes, um sich mit den Details meines Falles vertraut zu machen. Vieles wirkte auf mich wie heiße Luft und Routine.

Ohne detaillierte Vorbereitungen stellte Ufer im Juli 1982 beim Landgericht München folgende Anträge:

1. Das Verfahren des Beschuldigten vom Verfahren gegen den Beschuldigten Scholz abzutrennen.

2. Den Beschuldigten gegen eine angemessene Sicherheit unter der Auflage, daß der Beschuldigte in München Wohnung nimmt und sich einmal täglich beim zuständigen Polizeirevier meldet, außer Vollzug zu setzen.

Die Anträge waren nicht aus dem luftleeren Raum gegriffen. Denn zum einen stimmten Verteidigung und Staatsanwaltschaft darin überein, daß mein Verfahren entscheidungsreif sei und die weiteren Ermittlungen ausschließlich den Beschuldigten Scholz be-

trafen. Zum anderen stand hinter der Erklärung, daß ich Wohnsitz in München nehmen sollte, ganz offiziell die DDR, die eine solche Zusage noch niemals vorher gegeben hatte.

Doch umsonst – auch diese Anträge wurden abgelehnt. Es war für mich niederschmetternd. Ich mußte nun mit einer monatelangen Untersuchungshaft bis zum Prozeßbeginn rechnen. Ich fürchtete mich nicht vor einem Prozeß, wollte aber das Ende der seit Monaten währenden Ungewißheit. Ein Urteil mit einer Haftstrafe wäre leichter zu verkraften als diese unbestimmte Situation.

Hofgang und Besucher

Die Wochen und Monate im Knast, der ständige physische und psychische Druck hinterließen natürlich ihre Spuren. Für mich, der es immer gewohnt war, geistig rege zu arbeiten, eine Tortur. Manchmal dachte ich, daß mich das Eingesperrtsein in den Wahnsinn treibt. An dem Spruch, daß die Freiheit kaum geschätzt werde, so lange man sie nicht eingebüßt hat, ist tatsächlich viel Wahres dran. So bekam das Wort „Bewegungsfreiheit" für mich eine ganz neue Bedeutung – von einem Zimmer ins andere und ein paar Schritte vor die Tür laufen zu können.

Sicher, jeder hat seine Vorstellungen und Phantasien, wie es in einem Gefängnis zugeht. Doch wenn man selbst eingeliefert ist, wird das alles von der Knastwirklichkeit überholt. Ich jedenfalls hätte mir vorher nie vorstellen können, wie demütigend solch ein Gefängnisaufenthalt ist.

Gegen die Lethargie und Verzweiflung gab es für mich nur ein wirksames Mittel: das Hoffen auf baldige Freiheit. Doch sich dabei täglich immer wieder neu zu klarem Denken und Handeln zu zwingen – das kostete Kraft und Nerven. Aber es lohnte sich, in mir wuchs sogar Kraft zum Widerstand. Entscheidend geholfen hat mir mein Glaube. Nein, ich wurde hinter den Gittern nicht religiös. Ich meine vielmehr den Glauben an die Richtigkeit der „Sache", die ich vertrat, die Gewißheit, daß ich von zu Hause jegliche moralische und praktische Unterstützung erhielt und man mir dort vertraute – meine Familie, die Genossen, der Staat. Mit einem Wort: Solidarität. Ich spürte sie auch durch die Gefängnismauern.

Solidarität, das war schon ein Strauß roter Nelken, den ich zum 1. Mai von der Ständigen Vertretung erhielt. Das waren die monatlichen Besuche des Leiters der Konsularabteilung und die dabei

überreichten liebevollen Geschenkpakete. Meine Freude darüber konnte auch nicht durch provozierende Bemerkungen des einen oder anderen Angehörigen des Gefängnispersonals geschmälert werden. Oder: Wochenlang bemühten sich Rechtsanwalt und Ständige Vertretung darum, daß ich in meiner Zelle einen Fernseher aufstellen durfte. Trotz positiven Entscheids der Staatsanwaltschaft versuchte die Leitung der Haftanstalt, das zu verhindern. Als endlich der Widerstand der Gefängnisleitung gebrochen war, war es ein Wärter, der sich fast die Beine ausriß, damit ich nun schnell in den Besitz des Gerätes kam. Übrigens hatte die Mehrheit des Personals keinerlei Vorbehalte gegen einen Häftling aus der DDR, der unter Spionageverdacht stand.

Solidarität gibt es gleichfalls unter Häftlingen. Nicht alle Einsitzenden sind Schwerverbrecher oder wirkliche Kriminelle. Auch ich fand Anschluß an den einen oder anderen Häftling und konnte mit ihm Gedanken austauschen. Gleichwohl mußte ich dabei vorsichtig sein, denn ich wußte nie, ob jemand als Spitzel der Untersuchungsbehörde auf mich angesetzt war. So machte ich auch vom sogenannten Umschluß, der Möglichkeit, für eine Stunde zu einem anderen Häftlinge in eine Zelle verlegt zu werden, nur selten Gebrauch. Lieber nutzte ich den täglichen einstündigen Hofgang, war aber auch hier bei der Auswahl meiner Gesprächspartner äußerst vorsichtig.

Eines Tages erfuhr ich von einem Mithäftling, daß sich auf einer anderen Etage des gleichen Gefängnisgebäudes ein weiterer DDR-Häftlingen befand. Natürlich wollte ich zu diesem unbedingt Kontakt herstellen.

Nun war es so, daß im Laufe der Woche jeweils nur die Häftlinge einer Etage eines Hauses zum einstündigen Hofgang gingen, so daß es keinen Kontakt zu Mithäftlingen anderer Abteilungen gab. Anders zum Wochenende: Aus Personalgründen marschierten jeweils zwei Abteilungen zum Hofgang. Sie mußten sich allerdings getrennt auf dem Hof bewegen und durften keinen Sprechkontakt untereinander haben. An einem dieser Wochenenden bekam ich von einem Mitgefangenen den Hinweis, daß der andere DDR-Bürger zum gleichen Zeitpunkt in der anderen Gruppe Hofgang hatte. Trotz Überwachung gelang es mir, unbeobachtet in die andere Gruppe zu wechseln und mit ihm zu sprechen. Die Freude war auf beiden Seiten groß. Es handelte sich um einen 70jährigen Rentner aus Zwickau, der im Auftrag der 12. Verwaltung (Aufklärung) des Ministeriums für Nationale Verteidigung der DDR einen Brief in den Raum

München transportiert hatte und dabei verhaftet worden war. Außerdem erfuhr ich, daß sich noch ein Schuldirektor aus Jena und ein weiterer DDR-Bürger in Stadelheim in Haft befanden. Unbemerkt konnte ich nach unserer Unterhaltung wieder in meine Gruppe zurückkehren.

Das wiederholten wir an den folgenden zwei Wochenenden. Dann folgte der Prozeß des Rentners. Ich sah ihn nicht wieder, erfuhr aber von anderen, daß er in die DDR zurückkehren konnte. Ich freute mich für ihn und hoffte für mich auf das gleiche.

Neben den Gesprächen und Kontakten versuchte ich, mich durch Lesen sowie Fernsehen und Radio abzulenken. Mein Taschenradio hatte man mir gleich zu Beginn weggenommen – UKW-Empfang ist verboten, man könnte das als Funkgerät nach außen benutzen. Ein Witz für jeden Fachmann, der das hört oder liest.

Während der Haft las ich ausführlich den Spiegel, die Süddeutscher Zeitung sowie viele Bücher. Den größten Eindruck hinterließ auf mich das eines amerikanischen Autors über den Spionagefall des Oberst Abel. Abel war ein hochrangiger sowjetischer Kundschafter nach dem Zweiten Weltkrieg in den USA. Er wurde zu 30 Jahren Zuchthaus verurteilt und hatte bereits viele Jahre abgesessen, bevor er ausgetauscht wurde und in die UdSSR zurückkehrte. Vermittler des Austausches war übrigens DDR-Anwalt Vogel. Der Autor des Buches, sein amerikanischer Strafverteidiger, spricht mit Hochachtung von den moralischen Qualitäten und der ungebrochenen Treue dieses Menschen zu seinem Land, der UdSSR, trotz jahrelanger Haft. Was dieser Mann würdevoll durchgestanden hat, das rang auch mir Hochachtung ab. Daran konnte ich mich selbst aufrichten oder besser gesagt, ich schämte mich, wenn ich selbst einmal für kurze Zeit den Mut verloren hatte. War doch mein Los keinesfalls mit dem seinen vergleichbar.

In einer solchen Situation der Mutlosigkeit rief ich mir auch das Schicksal der Geschwister Scholl in mein Gedächtnis. Diese mutigen Kämpfer gegen den Hitlerfaschismus hatten hier in Stadelheim eingesessen und waren ungebrochen unter dem Fallbeil gestorben. Der Hofgang führte mich an ihrer Hinrichtungsstätte vorbei und machte mir Mut, durchzuhalten und meine Würde nicht preiszugeben.

Eine freudige, aber auch ganz schwere Stunde in den langen Haftmonaten war der Besuch meiner Frau. Natürlich war er von der Ständigen Vertretung in Abstimmung mit der Staatssicherheit vorbereitet worden. Schließlich mußte die Sicherheit meiner Frau wäh-

rend ihres Aufenthaltes in München gewährleistet werden, die Ermittlungsbehörden durften keine Möglichkeit bekommen, meine Frau in das Verfahren hineinzuziehen. Also begleitete Rechtsanwalt Genz meine Frau auf dem Flug nach München, wo noch der Leiter der Konsularabteilung der Ständigen Vertretung in Bonn hinzu kam. Für meine Frau und mich war es sehr schwer, miteinander offen und unbekümmert zu reden. Die düstere Besucherzelle verfehlte nicht ihre Wirkung, mein Knastanzug erschreckte meine Frau, ich sah gesundheitlich angeschlagen aus. Und dann überwachte Kallenowski mit steinerner Mine unser Gespräch. Meine Frau war sehr tapfer, wenn es ihr auch schwer fiel, die Nerven nicht zu verlieren. Sie sah abgehetzt und angeschlagen aus. Dennoch gab mir ihr Besuch Kraft und moralischen Auftrieb. Ich zehrte noch lange davon.

Ich hatte im Gefängnis unendlich viel Zeit zum Nachdenken und Bilanzieren. Nein, ich bereute nichts, der von mir eingeschlagene Lebensweg war richtig, ich würde ihn immer wieder gehen, egal was kommen wird. Aber es nagten auch Zweifel, ich grübelte über Fehler, die ich gemacht, und Enttäuschungen, die ich erlebt hatte.

Manchmal verfluchte ich meinen Entschluß, von Jena nach Berlin zurückgekehrt zu sein und die Funktion des Generaldirektors im AHB Carl Zeiss Jena gegen die Funktion des Generaldirektors im AHB Elektronik eingetauscht zu haben. Vor allem erschien mir das Verhältnis zum Generaldirektor des Kombinats Mikroelektronik, Professor Wedler, immer unerträglicher. Ich war nicht mehr bereit, unter ihm weiter zu arbeiten, geschweige denn, für ihn den Kopf hinzuhalten. Eine späte und bittere Erkenntnis ...

Anders betrachtete ich meine Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit. Hier bereute ich nichts und war bereit, nach der Haftentlassung den begonnen Weg fortzusetzen, einschließlich des damit verbundenen persönlichen Risikos. Stadelheim bestärkte mich in diesem Entschluß. Aber würde man mir zu Hause noch vertrauen? Mußten die Genossen nicht befürchten, daß ich während der Haft umgedreht worden sei, als Agent des BND angeworben wurde? Mit Sicherheit würde ich als „verbrannt“ gelten.

Entlassung

Freitag, der 27. August 1982. Ein neues langweiliges Wochenende bei schönstem Sommerwetter stand bevor. Das Mittagessen wurde

gerade ausgegeben, da eilte strahlend ein Beamter auf mich zu. Er hatte mich in den vergangenen Monaten immer unterstützt, wir waren uns nicht unsympathisch.

„Herr Ronneberger, sie werden noch heute entlassen!" Ich glaubte, mich verhört zu haben. Trieb er einen üblen Scherz mit mir, wollte er mich verarschen? Nein, er versicherte mir glaubwürdig die Richtigkeit der Information: Er hatte die Mitteilung von der Anstaltsleitung erhalten und wartete nun nur noch auf die offiziellen Entlassungspapiere. Ich verstand nichts mehr. Warum jetzt, so Hals über Kopf, ohne daß ich vorher von meinen Rechtsanwälten informiert worden bin?

Die Antwort auf all diese Fragen war mir eigentlich egal. Hauptsache Freiheit! Auf das Mittagessen verzichtete ich und begann sofort übernervös, meine Habseligkeiten in der Zelle zusammenzupacken. Nach einer Phase ungeduldigen Wartens – noch nie zogen sich die Minuten so schleichend hin –, wurde ich in die Entlassungsabteilung gebracht. Dort tauschte ich die verhaßte Häftlingskleidung gegen meine Zivilsachen und erhielt gegen Quittung alle persönlichen Habe zurück. Mir wurde mein Geld, der Entlassungsschein und ein Strafbefehl übergeben. Ich passierte die vielen Sicherheitsschleusen der Haftanstalt – und stand im Freien. Ein unbeschreibliches Glücksgefühl.

Mit dem Schamgefühl eines Ex-Knackis – der Taxifahrer konnte es mir ansehen, denn wer hier wartet, kennt solche Situationen – bestieg ich ein Taxi. Fahrtziel „Hotel Wolf" am Hauptbahnhof, das ich von vorangegangenen Reisen kannte. Im Hotelzimmer fühlte ich mich nach sechs Monaten Einzelhaft fürstlich untergebracht. Ich beschloß, diese Nacht noch in München zu bleiben, um mich etwas zu akklimatisieren, um überhaupt zu mir zu kommen. Ich war so erschöpft, daß ich die sofortige Fahrt nach Berlin kaum verkraftet hätte.

Als erstes griff ich zum Telefon und rief meine Frau in Berlin an. Vor Überraschung und Freude verstand sie fast nicht, was ich ihr zu sagen hatte. Anschließend telefonierte ich mit dem Leiter der Konsularabteilung in Bonn und vereinbarte meine Abholung für den nächsten Morgen. Er wollte mich persönlich nach Berlin bringen.

Das Abendessen im Hotelrestaurant mundete wie ein Festmahl. Das erste Bier nach sechs Monaten! Ich brauchte ein paar Gläser, bis ich mich wieder an den edlen Geschmack gewöhnt hatte. Ein Wonnegefühl auch das anschließende Wannenbad, das erste nach sechs Monaten. Völlig erschöpft sank ich in das weiche Bett, konnte aber dennoch keinen richtigen Schlaf finden.

Am nächsten Morgen nach dem Frühstück hatte ich Zeit und Muße, den mir ausgehändigten Strafbefehl, ein Schriftstück mit immerhin 16 Seiten, gründlich zu lesen. Das Amtsgericht Traunstein verhängte gegen mich auf Antrag der Staatsanwaltschaft:

„Eine Geldstrafe von 180 Tagessätzen á 75,- DM festgesetzt, an deren Stelle im Falle der Uneinbringlichkeit die Ersatzfreiheitsstrafe in Höhe der Zahl der Tagessätze tritt (§ 43 StGB). Die erlittene Untersuchungshaft wird auf die Geldstrafe angerechnet (§ 51 StGB)." Ich wurde zwar beschuldigt, „vorsätzlich und fortgesetzt anderen bei deren verbotenen Geschäften im Innerdeutschen Handel Hilfe geleistet zu haben", aber von Anstiftung war keine Rede mehr. Auf 13 Seiten wurde der Strafbefehl lang und breit begründet, man bemühte das Militärratsgesetz Nr. 53, das Außenhandelsgesetz und das Wirtschaftsstrafgesetz. Für mich eine Farce und der untaugliche Versuch, mit juristischen Mitteln meine fast sechsmonatige Untersuchungshaft zu rechtfertigen. Im Grunde genommen waren nämlich sämtliche Beschuldigung einer geheimdienstlichen Agententätigkeit gründlich geplatzt. Aber ich durfte einfach nicht unschuldig sein, denn sonst hätte ich Anspruch auf Haftentschädigung gehabt. Das alles konnte ich nur mit einem leichten Lächeln quittieren.

Pünktlich wie vereinbart wurde ich im Hotel vom Leiter der Konsularabteilung abgeholt. Die Fahrt im Auto ging von München über Nürnberg auf der Autobahn in Richtung Berlin. Die Fahrt war bereits von Bonn aus zeitlich exakt mit Berlin abgestimmt, unsere Ankunft am DDR-Grenzkontrollpunkt avisiert. Weder auf West- noch auf Ostseite wurden wir kontrolliert.

Mir war natürlich bekannt, daß bei Rückführung eines im Westen inhaftiert gewesenen DDR-Bürgers der Betroffene zuerst zur Anhörung in eine MfS-Diensstelle überstellt wird. Würde mir das erspart bleiben, könnte ich zuerst meine Familie sehen und sprechen?

In Berlin fuhren wir sofort ins Zentrum, Richtung Alexanderplatz. Vor dem Haus der Elektroindustrie wurde ich vom Personalchef unseres Außenhandelsbetriebs empfangen. Im Fahrstuhl hieß mich Artur Wenzel willkommen. Er hatte nur eine einzige Frage: „Hat dich der BND angeworben?"

Dann folgte die Begrüßung durch den Generaldirektor Kurt Rippich. Die Atmosphäre dabei war alles andere als warm und herzlich, was mich nicht verwunderte. Wir hatten nie ein besonders gutes persönliches Verhältnis zueinander. Rippich war zwar lange Jahre im DDR-Außenhandel tätig, aber eigentlich mehr ein typischer

Partei- denn ein fähiger Wirtschaftsfunktionär. Zur Staatssicherheit hatte er Vorbehalte und ein gespaltenes Verhältnis. Solchen Menschen galt nun nicht unbedingt meine Sympathie, und ich entsprach wohl auch nicht seinen Vorstellungen. Wir akzeptierten uns, bewahrten aber Distanz zueinander.

Am Abend endlich kam ich zu Hause an. Das Wiedersehen im Kreise der Familie, die vollzählig in unserer Wohnung versammelt war, konnte nicht herzlicher sein.

KAPITEL 2

Papierkrieg

Das erste Wochenende in Freiheit hatte ich selbstverständlich mit meiner Familie verbracht. Eine Erkenntnis aus der Haft wollte ich nämlich sofort in die Praxis umzusetzen: Das Leben besteht nicht nur aus Arbeit, es sollte auch gelebt werden.

Dieser Vorsatz ließ sich aber nicht so leicht in die Tat umsetzen. Die Genossen von der Staatssicherheit gaben mir gerade einen Tag Zeit, um mich ärztliche behandeln zu lassen, mein stark angegriffener Gesundheitszustand mußte wieder stabilisiert werden. Ich wurde zwar krank geschrieben, aber darauf nahm das MfS keine Rücksicht. Man drängte auf eine sofortige Auswertung des gesamten Vorgangs.

Jeder Dienstreisende der DDR mußte innerhalb von 24 Stunden nach Beendigung einer Reise in den Westen einen sogenannten Sofortbericht anfertigen und der Reisestelle seines Auftraggebers übergeben. Dafür gab es ein entsprechendes Formular, das auszufüllen und mit einem ausführlichen Textteil zu ergänzen war.[8] Die Reisestelle wiederum war verpflichtet, eine Kopie des Sofortberichts der Stasi zur Auswertung zu übergeben. Diese Sofortberichte waren eine wichtige Informationsquelle, sofern sie sorgfältig angefertigt wurden. Eine unexakte Berichterstattung konnte zur Streichung als Reisekader führen.

In meinem Fall reichte ein ausführlicher Sofortbericht natürlich nicht aus. So zog ich mich mit MfS-Major Gesang für die nächsten vier Wochen in verschiedene konspirative Objekte der Staatssicherheit zurück. Die meisten lagen an der Peripherie von Berlin, herrliche Villen, die beispielsweise als Gästehaus des Ministeriums für Außenhandel getarnt waren.

Mein gesamter Reiseablauf von Berlin nach München, die Verhandlungen mit Scholz, die Rückreise und meine Verhaftung wur-

8 Siehe S. 392 f.

den bis in das kleinste Detail rekonstruiert. Alles wurde auf Tonband mitgeschnitten. Die mehrwöchigen Vernehmungen mußte ich möglichst wörtlich wiedergeben, Fragen und Antworten sollten in allen Feinheiten exakt dargestellt werden. Es wurden genaue Personenbeschreibungen gefordert und Phantombilder angefertigt. Ich mußte die Räume der Untersuchungsbehörden und die Bedingungen in der Haftanstalt genau beschreiben. Nichts wurde ausgelassen. Ich verfüge zwar über ein sehr gutes Erinnerungsvermögen, aber das war eine Tortur. Nach täglich mehrstündiger Befragung war ich am Abend erschöpft und am Ende meiner Leistungsfähigkeit. Die Verhöre beim Staatsschutz in München waren auch nicht anstrengender gewesen.

So entstand bis Ende September 1982 ein Gesamtbericht, ein etwa 300 Seiten dickes Konvolut. Diese Fleißarbeit der Hauptabteilung XVIII wurde der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA), der Arbeitsgruppe Sicherheit (AGS) sowie der Hauptabteilung IX (Untersuchungsorgan) zur Kenntnisnahme und Prüfung übergeben.

Doch damit war die Schreibwut noch nicht gebändigt, Berichte, Einschätzungen und Stellungnahmen wurden wie am Fließband produziert. So gab MfS-Oberstleutnant Fickert Mitte Oktober eine fünfseitige Stellungnahme ab, die eine „Bewertung des strafrechtlichen Vorgehens der BRD-Behörden gegen einen DDR-Wirtschaftsfunktionär wegen ungenehmigten und verbotenen Handels mit BRD-Firmen“ und „zu Problemen und zur Ehrlichkeit des Kandidaten nach dessen Rückkehr in die DDR“ enthielt. Und nicht zuletzt erarbeitete mein Führungsoffizier, Oberstleutnant Wenzel, Ende Oktober eine zusammenfassende „Operative Einschätzung zur widerrechtlichen Inhaftierung des Gen. Ronneberger, Gerhardt, Stellvertreter des Generaldirektors im VE AHB Elektronik Export-Import Berlin, in der BRD vom 4. 3. 1982 bis 27. 8. 1982“, in die die Stellungnahmen und Standpunkte der HVA und der Hauptabteilung IX einflossen.

In der operativen Einschätzung der Hauptabteilung XVIII/8 heißt es u. a. wörtlich:

„... Die widerrechtliche Inhaftierung des Gen. R. (Ronneberger) durch den Staatsschutz der BRD, deren Ausgangspunkt ein vom Militärischen Abschirmdienst (MAD) der Bundeswehr initiiertes und vom Staatsschutz der BRD geführtes Ermittlungsverfahren gegen Scholz sen., Inhaber der Fa. Alltransistor/BRD sowie dessen Sohn war, ist Ausdruck zunehmender Komplexität und Aggressivität gegnerischer Aktivitäten gegen die Mikroelektronik der DDR.

Die Fa. Alltransistor wurde bis 1977 von der HVA/VIII aufgeklärt und der Firmeninhaber kontaktiert. Die Geschäftsbeziehungen zwischen der BRD-Firma Alltransistor und dem AHB Elektronik wurden 1979 von Scholz sen. aufgenommen. Sie wurden seitdem seitens AHB Elektronik durch Gen. R. geleitet. Entsprechend eigenen Angaben gegenüber einem IM sei Scholz sen. vor seiner Aufnahme der Geschäftsbeziehungen zum AHB Elektronik durch den BND-Mitarbeiter Westphal mehrmals aufgesucht worden; er habe jedoch die Zusammenarbeit mit dem BND abgelehnt.

... Die widerrechtliche Inhaftierung des Gen. R. sowie die Maßnahmen gegen die Fa. Alltransistor sind Bestandteil einer seit 1981 laufenden Großfahndungsaktion verschiedener Geheimdienste und Zollorgane der NATO-Länder in den USA und in Westeuropa einschließlich in neutralen Ländern (‚Operation Exodus'), in deren Ergebnis 1981/1982 gegen eine Reihe NSW-Firmen und Einzelpersonen Ermittlungs- und Strafverfahren wegen Industriespionage bzw. Militärspionage sowie Zoll- und Steuerprüfverfahren geführt wurden, u. a. gegen die BRD-Firmen Techma (Bruchhausen), Elektronik, Elmont, Semitec, Elmasch, Hardt, gegen britische Firmen wie Amtest, Metals Research und Firmen in Holland (z. B. Radyne), wie aus der operativen Arbeit bekannt ist bzw. Pressemeldungen im NSW, u. a. Welt vom 13. 10. 82, zu entnehmen ist.

Mit dem Verfahren gegen Gen. R. wurde durch die BRD-Justiz erstmalig gegen einen leitenden DDR-Wirtschaftsfunktionär vorgegangen, der im Auftrage seines AHB kommerzielle Verhandlungen über ein Embargo-Importobjekt in der BRD führte.

Die gegnerischen Maßnahmen gegen Gen. R. und die Fa. Alltransistor bestätigen operative Erkenntnisse, wonach strategische Importe der DDR durch Geheimdienste genutzt werden, um

– die im Bereich der Durchbrechung der Embargobestimmungen wirksam werdenden Personen zu erkennen, aufzuklären und unwirksam bzw. für feindlich subversive Zielstellungen nutzbar zu machen,

– in den staatlichen Importorganen für strategische Elektronikerzeugnisse Fuß zu fassen,

– wirtschaftliche Störtätigkeit und Sanktionen durchzusetzen,

– die operative Basis unseres Organs zu unterlaufen.

Dabei ist ein zunehmend koordiniertes Zusammenwirken der Geheimdienste mit staatlichen Kontroll- und Überwachungsorganen (Zoll, Finanzprüf- und Steuerfahndungsorgane), Konzernen sowie Embargolieferanten zu verzeichnen, was sich u. a. in zunehmenden

Kontaktierungen und Werbungen von im Operationsgbiet eingesetzten DDR-Spezialisten und NSW-Kontrahenten widerspiegelt ...

Die HA XVIII/8 und die HA IX/3 stimmen hinsichtlich der Bewertung des Aussageverhaltens des Gen. R. zur Widerlegung der gegen ihn erhobenen strafrechtlichen Vorwürfe auf nachrichtendienstliche Agententätigkeit und Beihilfe auf Wirtschaftsstrafvergehen überein. Die über diesen Rahmen hinausgehende Aussagebereitschaft unter dem Gesichtspunkt der Geheimhaltungspflicht und politischen Verantwortung als Wirtschaftsfunktionär hätte verweigert werden müssen. Das bezieht sich unter anderem auf Aussagen zu seiner Person, zu Mitarbeitern des AHB Elektronik sowie zur VVS-Stelle des AHB. Bezogen auf die getätigten Aussagen zur Fa. G. Forgber ist zu berücksichtigen, daß beim Gegner dazu bereits umfangreiche und detaillierte Angaben vorlagen, wie das mit der in der Westpresse veröffentlichten Angaben dokumentiert wird.

Das Aussageverhalten des Gen. R. wurde wesentlich mitbestimmt durch Verkennung der konkreten Rechtssituation und der Rechtsauffassung in der BRD hinsichtlich Anwendbarkeit von BRD-Recht auf einen in Wahrnehmung kommerzieller Aufgaben in der BRD eingesetzten DDR-Wirtschaftskader.

Die HVA/AGS vertritt in Kenntnis des Berichtes des Gen. R. vom 30. 9. 1982 demgegenüber den Standpunkt, daß im vorliegendem Fall, analog dem Aussageverhalten von IM der HVA, eine generelle Aussageverweigerung durch Gen. R. notwendig gewesen wäre.

Die inhaltlichen Ausführungen im Bericht vom 30. 9. 1982 lassen – auch in Übereinstimmung mit der HA IX/3 sowie unter Berücksichtigung weiterer operativer Erkenntnisse aus der U-Haft (Einsatz von IM der HA XIII und der HVA/AGS, Abschöpfung der Rechtsanwälte und von NSW-Kontrahenten wie Majunke/FDP-Politiker) – den Schluß auf eine ehrliche Berichterstattung durch Gen. R. zu.

Es kann eingeschätzt werden, daß Gen. R. die während der gesamten Inhaftierungszeit vorgetragenen massiven und erpresserischen Versuche, ihn zum Republikverrat zu veranlassen, konsequent abgewehrt hat. Auch hat er den untersuchungsführenden Organen der BRD keine ihm speziell in seinen Funktionen als Generaldirektor des AHB Carl Zeiss Jena und als Generaldirektor bzw. Stellvertreter des Generaldirektors des AHB Elektronik übertragenen Aufgaben unseres Organs verraten oder in anderer Weise preisgegeben. Diese Einschätzung ergibt sich auch aus Erkenntnissen

von IMB, die zum BND eingesetzt sind und die Person des Gen. R. exakt einschätzen können.

Ausgehend vom Bericht des Gen. R. kann weiterhin eingeschätzt werden:

Der Gegner hat, gestützt auf Kenntnisse aus dem Verrat von Stiller, von Spezialisten, die die DDR widerrechtlich verlassen haben (u. a. Weise, ehem. AHB Elektrotechnik, für Embargoimporte verantwortlich), aus der Nutzung von Geheimdienstagenten, NSW-Kontrahenten und anderen Quellen, die Methoden zur Durchbrechung des Embargos auf dem Elektroniksektor weitestgehend aufgeklärt; er setzt die Einbeziehung der Aufklärungs- und Abwehrlinien des MfS bei der Absicherung der Importe als gegeben voraus ...

Schlußfolgerungen:

– Zum Gen. R. werden über einen längeren Zeitraum operative Kontrollmaßnahmen realisiert. Entsprechend der Einschätzung der HA IX/3 sind zur weiteren Beurteilung der Objektivität der Berichterstattung des Gen. R. weitergehende spezielle Befragungen über seine widerrechtliche Inhaftierung durchzuführen. In weiteren Gesprächen mit Gen. R. ist gleichzeitig zu verdeutlichen, daß er sich in seinem Verhalten gegenüber dem Gegner überschätzt hat und daraus persönliche Lehren ziehen muß.

– Gen. R. wird seine Funktion als SGD im VE AHB Elektronik weiter ausüben, jedoch vorerst nicht in das NSW reisen, obwohl nach Einschätzung der HVA/AGS einer weiteren Reisetätigkeit des Gen. R. nichts entgegenstehen würde.

– Durch Gen. R. wurden erste Schlußfolgerungen für die wirtschaftsleitenden Organe hinsichtlich notwendiger Konsequenzen zur weiteren erfolgreichen Durchbrechung der Embargobestimmungen erarbeitet, die mit inoffiziellen Kräften und Experten beraten werden ...

Spezielle Schlußfolgerungen zur Arbeit mit den NSW-Reisekadern, die zur Abwicklung von strategischen Importen eingesetzt werden, sind auszuarbeiten. Vorgeschlagen wird, in Konsultation mit der HA IX/3 und der HVA/AGS ein für Schulungszwecke von NSW-Reisekadern geeignetes Dokument zu erarbeiten.

– In Übereinstimmung mit Erfordernissen zur Durchsetzung der DA 1/82 ist zu gewährleisten, daß durch NSW-Reisekader, die zur Realisierung strategischer NSW-Importe eingesetzt sind bzw. Aufgaben für Partei- und Staatsführung mit eindeutig politischem Charakter wahrnehmen, keine offensiven agenturischen Aufträge des MfS im Operationsgebiet auszuführen sind (außer in bestimmten

Gefahrensituationen). Ein solches Herangehen wird im Direktorat Anlagenimport des VEB Kombinat Mikroelektronik seit Jahren erfolgreich praktiziert ...

– spezielle operative Kontrollmaßnahmen sind erforderlich

zu Personen aus dem AHB Elektronik, insbesondere zu einem dem Gen. R. unterstelltem Kollektiv, zu denen es operative Anhaltspunkte aus der widerrechtlichen Inhaftierung gibt, daß Informationen an den Gegner abfließen;

zu der von Scholz sen. eingesetzten Schweizer Nachfolgefirma Mitron, die weitere Geschäftsaktivitäten zum AHB Elektronik entwickelt ...

zu dem FDP-Politiker Majunke ..., zu dem neue operative Anhaltspunkte über ein Zusammenwirken mit dem BND bzw. Verfassungsschutz erkennbar sind. (Majunke wurde bis 1977 im OV ‚Intertrans' der Hauptabteilung XVIII/8 bearbeitet).

– Die HVA/AGS und die HA IX/3 sind auf Grund der Ausführlichkeit der Berichterstattung des Gen. R. an Informationen zu den während der widerrechtlichen Inhaftierung in Erscheinung getretenen gegnerischen Kräften sowie an vernehmungstaktischen, strafprozessualen und strafrechtlichen Informationen interessiert.

Auf der Grundlage geführter Konsultationen mit der HA IX/3 und der HVA/AGS wurde entschieden, den vorliegenden Strafbefehl des Landesgerichtes Traunstein/BRD gegen Gen. R. vom 26. 8. 1982 nicht anzufechten, weil formal juristisch die ausgesprochene Sanktion der geltenden BRD-Wirtschaftsgesetzgebung entsprechen und aus handelspolitischer Sicht sowie unter Berücksichtigung der generellen Verschärfung der Embargobestimmungen keine für die DDR positiven juristischen Grundsatzentscheidungen zu erwarten sind."

Die Elektronikexperten der Hauptabteilung XVIII der Staatssicherheit legten darüber hinaus noch ein Papier vor, in dem sie die Schlußfolgerungen für die weitere Arbeit zusammenfaßten. Darin hieß es:

„... Die für die Beschaffung militärischer/militärtechnischer Informationen und Muster eingesetzten inoffiziellen Kräfte operieren ausschließlich vom Territorium der DDR aus, so daß sie von gegnerischen Maßnahmen nicht erfaßt werden können ...

Nach den in der Hauptabteilung XVIII/8 vorliegenden Erkenntnissen zu den mehr als 50 erfaßten Lieferanten von Embargoerzeugnissen und den 40 in der Feindobjektakte „Embargo" registrierten und aufgeklärten Lieferfirmen arbeiten diese außer mit den

genannten Importorganen der DDR teilweise abgedeckt über andere Institutionen mit der HVA, der Verwaltung Aufklärung der NVA sowie mit den Sicherheitsorganen anderer sozialistischer Länder

– z. B. Ulrichshofer/Fa. Elektronik, Wien – wurde der HVA/SWT zur Zusammenarbeit übergeben;

– Potera/Fa. Cerdip, Westberlin – Zusammenarbeit mit Sicherheitsorganen der UVR, operatives Interesse durch VO des KfS (Verbindungsoffizier des KGB im MfS);

– Hrobsky/Fa. Elektronik, Wien – wurde VO des KfS übergeben;

– Stein/Fa. Stock, BRD, mit Verbindungen zum Konzern MBB – Zusammenarbeit mit Verwaltung Aufklärung der NVA;

– Dr. Grahmann/Fa. Leybold Heraeus – Zusammenarbeit mit KfS ... (Dr. Grahmann stand zwar nach der Wende im Verdacht nachrichtendienstlicher Tätigkeit, was aber nicht bewiesen werden konnte. Einen Anwerbungsversuch des MfS unter dem Deckmantel des Forschungsinstituts des Ministeriums für Außenhandel der DDR hatte er angeblich abgelehnt. Wie seine Diplomarbeit zum MfS und anschließend als Geschenk des MfS zum KGB gelangte, konnte nicht ermittelt werden. G. R.)

Die politisch-operative Abwehrarbeit zur Sicherung der Importe von Embargowaren erfordert die konsequente Aufklärung und sicherheitspolitische Bearbeitung des Personenkreises, der mit der Durchführung der Importe beauftragt ist. Das schließt ein die strengste Konspiration bei der inoffiziellen Zusammenarbeit mit NSW-Reisekadern und die Sperrung der Ausreise bei Vorliegen ernsthafter Gefährdungsgründe. So mußten infolge der widerrechtlichen Inhaftierung des stellv. Generaldirektors des AHB Elektronik 5 NSW-Reisekader gesperrt werden, die vom Staatsschutz der BRD in Fahndung gestellt waren ...

Zur politisch-operativen Einflußnahme auf die Auswahl und Nutzung der einbezogenen Lieferfirmen und Personen aus dem NSW und um deren Infiltration von imperialistischen Geheimdiensten rechtzeitig zu erkennen, ist über deren Erfassung die Zusammenführung aller operativ bedeutsamen Hinweise zu gewährleisten und durch ständige Vergleichsarbeit und Analyse sind vorbeugend Gefahrenmomente auszuschließen. Dabei sind in Zusammenarbeit mit der HVA/SWT erforderlichenfalls arbeitsteilige abwehrseitige und aufklärungsseitige Maßnahmen durchzuführen ...“

Als ob mit all den Berichten und Einschätzungen nicht schon genug Papier beschrieben worden war – der Informationshunger des

weitverzweigten Apparats war immer noch nicht gestillt. So ging der Kelch abermals nicht an mir vorbei, und ich wurde beauftragt, Schlußfolgerungen für die weitere Arbeit auf dem Gebiet der Beschaffung von Embargowaren auszuarbeiten. Ich fand das damals alles andere als eine Beschäftigungstherapie, sondern überaus nützlich und wichtig. Schließlich ging es darum, die Risiken unserer Arbeit zu minimieren, und zwar in der Konsequenz für alle beteiligten Beschaffungsorgane, also für uns genauso wie für die Speziellen Beschaffungsorgane der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS (SBO).

Weil bislang – wie meine Verhaftung und andere Pannen dramatisch illustriert hatten – verschiedene Institutionen bei der Beschaffung von Embargowaren unabhängig und unkoordiniert voneinander gehandelt hatten, schlug ich deshalb als wichtigstes vor, unsere Aktionen von der Leitungsebene an zu konzentrieren und abzustimmen. Da es außerdem eine Vielzahl von Beschaffern aus der DDR mit Sonderstatus gab, die zudem von der gegnerischen Seite leicht zu durchschauen waren, empfahl ich, daß sämtliche Embargoimporte nur noch unter dem Namen eines regulären staatlichen Außenhandelsbetriebs erfolgen sollten. Das war kühn gedacht, aber schon im Ansatz halbherzig und völlig illusorisch. Denn die Speziellen Beschaffungsorgane (SBO), die im Auftrag und unter direkter Leitung der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) arbeiteten, standen überhaupt nicht zur Debatte. Sie waren schlichtweg tabu.

Ich regte auch an, künftige Verträge mit ausländischen Partnern so abzuschließen, daß diese die alleinige Verantwortung für die Ausfuhrgenehmigung trugen und wir unser finanzielles Risiko dadurch einschränkten, daß keine Vorauszahlungen mehr erfolgten bzw. nur noch in Abhängigkeit vom Erhalt der Ware. Wichtig erschienen mir gleichfalls die Hinweise, in unserer Handelstätigkeit stärker mit den großen Konzernen und nicht nur mit kleinen Firmen zu kooperieren und den Import von Embargowaren stärker mit dem von nichtlizenzpflichtigen Waren zu verknüpfen.

Ich machte mir auch Gedanken über scheinbare Details und Nebensächlichkeiten. Dazu gehörte die Warnung, daß natürlich unser gesamter Telex-, Telefon- und Postverkehr mit unseren westlichen Geschäftspartner vom Gegner abgehört bzw. gelesen werden und Deckadressen stets auffliegen konnten. Das gleiche betraf Scheinrechnungen und Scheinfilialen von DDR-Unternehmen, weshalb ich dafür plädierte, daß die offiziell der DDR gehörende Firmen im Ausland unter keinen Umständen in die Embargogeschäfte einbezogen werden durften.

Weil einige Betonköpfe im Apparat von Partei und Staatssicherheit meinten, daß die zahlreichen Westreisen unserer Mitarbeiter völlig unnötig seien, schlug ich als Kompromiß zwar vor, diese auf das gesunde notwendige Maß zu reduzieren, betonte aber andererseits ihren Stellenwert. Immerhin importierten wir weder Nestlé-Schokoriegel noch Triumph-Büstenhalter, sondern teure, hochkomplizierte technische Geräte und Anlagen. Und vor deren Kauf gibt es eben unerläßliche Referenzbesichtigungen, Tests beim Hersteller, Probeläufe, Abnahmen usw.

Beim Ausarbeiten dieser Schlußfolgerungen hatte ich mir wirklich – wie es so schön heißt – einen Kopf gemacht. Obwohl ich weiß Gott kein weltfremder Bürger war, hätte ich nie im Traum daran gedacht, daß viele meiner Vorschläge den Interessen des MfS widersprachen und nur gegen den Widerstand der SBO der HVA umgesetzt werden konnten.

So hatte ich in Abstimmung mit meinem Führungsoffizier, Artur Wenzel, angeregt, den von mir im AHB Elektronik geleiteten Importbereich und das Direktorat Anlagenimport im Kombinat Mikroelektronik in einem einheitlichen Importbereich des AHB unter meiner Leitung zusammenzufassen. Doch ich mußte mich eines besseren belehren lassen. Denn gegen diesen Vorschlag liefen Wolfram Zahn, Stellvertretender Generaldirektor des Kombinats Mikroelektronik, und Dietrich Kupfer, Direktor des Anlagenimports, sofort Sturm. Beide besaßen einen nicht zu unterschätzenden Einfluß in der Stasi, der HA XVIII und besonders bei den Speziellen Beschaffungsorganen der HVA. Und beiden ging es darum, ihren Sonderstatus und die zahlreichen Privilegien zu erhalten. Schließlich unterlagen sie im Gegensatz zu uns keinerlei staatlichen Kontrollen und konnten so schalten und walten wie sie es für richtig hielten. In der Tat gelang es ihnen, mit fadenscheinigen Argumenten meinen Plan zu kippen.

Zustande kam lediglich ein fauler Kompromiß: Die Selbständigkeit des Direktorates Anlagenimport blieb zwar erhalten, aber Anlagenimport schloß seine Verträge nicht mehr unter dem Namen der Fa. Forgber, sondern im Namen des AHB ab. Und ich erhielt als Stellvertreter des Generaldirektors des AHB gegenüber dem Direktor Anlagenimport bestimmte Anleitungsaufgaben und Kontrollfunktionen. Damit war jedoch die Konkurrenz zwischen dem von mir geleiteten Importbereich und dem Direktorat Anlagenimport keinesfalls beseitigt, was der Sache nicht dienlich war. Erst viel später, 1986, kam auf es Initiative und unter Führung von Alexan-

der Schalck-Golodkowski zur Bildung eines einheitlichen Bereichs für Embargoimporte und Technologietransfer der Elektronik.

Irgendwann war das nervende Berichteschreiben, Auswerten und Analysieren zu Ende. Gleichsam als Trostpflaster und Höhepunkt wurde mir die Ehre zuteil, mit dem Chef der Hauptabteilung XVIII des MfS, Generalleutnant Kleine, sprechen zu dürfen. Ich hatte ihn vor Jahren schon einmal kennenlernt.. Damals hatte er mir – allerdings unter dem Namen Dr. Hartmann – einen Auftrag erteilt.

Das Zusammentreffen fand im konspirativen Objekt „Moll" an der Ecke Moll-/Hans-Beimler-Straße, gleich hinterm Alexanderplatz, statt. Im Beisein meines Führungsoffiziers durfte ich dem General nochmals persönlich über meine Inhaftierung, das Ermittlungsverfahrens und meine Vorstellungen über die weitere Arbeit bei der Beschaffung von Embargowaren berichten. Generalleutnant Kleine war ein aufmerksamer Zuhörer. Am Ende bedankte er sich für meinen Einsatz, klopfte mir väterlich auf die Schulter und heftete mir einen „Kampforden für Verdienste um Volk und Vaterland in Gold" an die Brust. Eine Haftentschädigung erhielt ich nie.

Der endgültige Schlußpunkt hinter den ganzen Vorgang wurde übrigens erst drei Jahre später gesetzt. Aus der Süddeutschen Zeitung hatten wir im November 1985 erfahren, daß der Prozeß gegen Dietmar Scholz beendet worden war. Wegen verbotener Geschäfte im innerdeutschen Handel hatte ihn die 2. Strafkammer beim Landgericht München II zu eineinhalb Jahren Freiheitsstrafe verurteilt, die gegen 5.000 DM Geldstrafe zur Bewährung ausgesetzt wurde.

KAPITEL 3

Eine Allianz fürs Leben oder: Ein Geheimdienst und seine Quellen

Gewiß meinen viele Menschen von sich, daß sie selbst etwas ganz besonderes seien und daß ihre Tätigkeit einmalig wäre. Ich mache da keine Ausnahme. Und selbstverständlich fühlte ich mich durch die Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit irgendwie zum Ritter geschlagen, als Zugehöriger einer verschworenen Kampfgemeinschaft. Aber so toll mir auch zumute war – ich war nur einer von vielen. Ende der achtziger Jahre waren in der DDR rund 180.000 Bürger in das Informantennetz der Stasi eingebunden, sogar aus der Bundesrepublik standen 20.000 bis 30.000 Menschen in wohlwollendem Kontakt mit dem „Schild und Schwert" der SED. Nur nebenbei: Damit ist auch das „Moralgefälle" – hier die Täter im Osten, dort die Opfer im Westen – ad absurdum geführt.

Dieses „Spitzelheer", wie es heute der deutsche Zeitgeist so schön grobschlächtig und undifferenziert bezeichnet, entstand aus einem ganz simplen Grund: Die Inoffiziellen Mitarbeiter (IM) waren für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR die wichtigste Informationsquelle. Damit allein unterschied man sich freilich nicht von anderen Geheimdiensten auf der Welt, wohl aber durch das quantitative und wirklich flächendeckende Ausmaß. Es gab nichts, was die Stasi nicht interessierte. Entsprechend dann auch die Losung Erich Mielkes, lückenlos aufklären zu müssen, „wer ist wer?"

Selbstverständlich gründete sich auch die Zusammenarbeit mit den Informanten auf geheime Befehle und Beschlüsse, beispielsweise zuletzt festgehalten in der „Richtlinie Nr. 1/79 für die Arbeit mit Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) und Gesellschaftlichen Mitarbeitern für Sicherheit (GMS) – GVS (Geheime Verschlußsache) MfS 0008-1/79".

Darin legte man u. a. großes Augenmerk auf die konspirativen Treffs mit den Führungsoffizieren. Diese Zusammenkünfte hatten

natürlich nach strengsten Geheimhaltungsregeln stattzufinden. Schließlich durfte kein IM durch Unvorsichtigkeiten oder Nachlässigkeiten enttarnt werden. Deshalb traf man sich meist in sogenannten konspirativen Objekten (KO), in der Regel Wohnungen, Appartements oder Häuser und Villen am Stadtrand. Die konspirativen Objekte liefen unter den Namen privater Personen, Firmen oder staatlicher Institutionen, von denen sie auch tatsächlich angemietet waren. Für sie wurden außerdem Decknamen verwendet, so für das IMK „Leuchte", das als Büro des VEB Narva Berlin firmierte und sich in unmittelbarer Nähe dieses Betriebes befand. Der Führungsoffizier mußte stets rechtzeitig den Treffort aufsuchen und beobachten, ob sein IM auf dem Weg zum und vom Treffort eventuell von anderen observiert wurde. Nicht zuletzt dachte man sich zur Abdeckung der heimlichen Treffs glaubwürdige operative Legenden aus, das sind bis ins Detail festgelegte und überprüfbar gemachte Identitäten. So nannte sich mein Führungsoffizier Wenzel unter anderem mit dem Familiennamen Werner und gab sich als Mitarbeiter des Ministerrates aus. Das Namensschild Werner befand sich auch am konspirativen Objekt „Moll".

Ich hatte als AHB Elektronik im Hochhaus in der Berliner Moll-/Ecke Hans-Beimler-Straße ein 1-Raum-Appartement angemietet und es meinem Führungsoffizier zur Verfügung gestellt. Unser Außenhandelsbetrieb bezahlte die Miete, die Staatssicherheit übernahm die Möblierung. Außer der Stasi wußten von der Existenz dieser Wohnung nur meine Sekretärin und eine als Vertrauensperson ausgewählte Mitarbeiterin, die die Wohnung sauber machte. Das KO „Moll" wurde von der Hauptabteilung XVIII/8 für Treffs mit ihren IM, also auch mit mir, genutzt. Wenn Informanten von außerhalb anreisen mußten, übernachteten sie manchmal auch dort. Ich besaß sogar einen Schlüssel für das Appartement und durfte es persönlich nutzen, wenn ich in Abgeschiedenheit arbeiten wollte. Im AHB führten wir zwar fein ordentlich Buch über Reservierung und Auslastung des Objekts, kannten aber weder Namen noch Decknamen der Nutzer. Wer sich wann dort traf bzw. nächtigte, entschied allein Artur Wenzel als Leiter der Abteilung 8 der HV XVIII.

Wie bei allem, bestätigten auch bei den Treffs Ausnahmen die Regel. Weil wir uns seit Jahren kannten, lange und vertrauensvoll zusammengearbeitet hatten und auch persönlichen Kontakte unterhielten, traf ich mich manchmal mit Artur Wenzel in meiner Wohnung oder auf meinem Wochenendgrundstück. Das entsprach weder

den Vorschriften noch den konspirativen Verhaltensregeln, und ich weiß nicht, wie mein Führungsoffizier diese Eigenmächtigkeiten gegenüber seinen Chefs begründet und absegnen lassen hat.

Für die Treffs selbst war ein strenges Reglement vorgeschrieben, nach dem sie auch meist abliefen:

Der Führungsoffizier stellte seinem Informanten konkrete Aufgaben, und der IM berichtete über ihre Erfüllung. Wenn dies mündlich erfolgte, arbeitete der Führungsoffizier die erhaltenen Einschätzungen und Meldungen in den von ihm stets anzufertigenden schriftlichen Treffbericht ein. Mitunter waren dann natürlich der Phantasie des Stasi-Mitarbeiters Tür und Tor geöffnet, Dichtung und Wahrheit gingen manchmal Hand in Hand. Schriftliche Berichte kamen nur in Frage, wenn sie nicht von einer dritten Person, sondern vom IM selbst geschrieben wurden. Es war also undenkbar, daß ich sie etwa meiner Sekretärin hätte diktieren können. Meist sprach ich aber meine Berichte auf Tonband, wofür mich das MfS mit moderner Diktiertechnik ausgerüstet hatte.

Nach erfolgtem Treff hatte sich der Führungsoffizier an den Schreibtisch zu setzen: Für seine Vorgesetzten mußte er einschätzen, inwieweit die gestellten Ziele erreicht wurden und welche weiteren „politisch-operativen Maßnahmen" festzulegen sind. Er mußte alle gewonnenen Informationen lückenlos auswerten, analysieren, verdichten und speichern, damit sie jederzeit zugriffsbereit waren. Logisch, daß auf diese Weise ein gigantischer Informationsberg wuchs, den noch nicht einmal der riesige MfS-Apparat bewältigte, ganz abgesehen davon, daß der Auftraggeber – die SED-Spitze – mit den eingegangenen Auskünften nichts anzufangen wußte oder wollte.

Mitunter nahmen neben dem Führungsoffizier noch weitere MfS-Mitarbeiter an den Treffs teil. Diese waren dann dem IM nur unter einem Decknamen bekannt. Deshalb wurde in dessen Stasi-Akten genau darüber Buch geführt, welche Mitarbeiter unter welchem Namen, egal ob richtiger oder Deckname, ihm vorgestellt wurde. Außerdem hatten wir die strenge Order, bei einem zufälligen Zusammentreffen mit dem Führungsoffizier oder einem anderen bekannten Mitarbeitern des MfS in der Öffentlichkeit so zu tun, als kennen wir uns nicht. Anders verhielt es sich mit den MfS-Angehörigen, mit denen wir nicht als IM zusammenarbeiteten, sondern in unserer offiziellen Funktion mit ihnen als Verbindungsoffiziere für unseren Betrieb oder unsere Institution Kontakte pflegten. Diese Begegnungen waren offizieller Natur und fanden somit in un-

seren Büroräumen statt. Das wiederum schloß nicht aus, daß mit dem gleichen Mitarbeiter auch als IM inoffiziell zusammengearbeitet wurde. Das alles klingt heute ein bißchen verwirrend, kompliziert und konfus – aber so war es eben.

Um bestimmte Informationen schnell auszutauschen und nicht erst den nächsten Treff abwarten zu müssen, konnten sich IM und Führungsoffizier natürlich auch stets telefonisch kontaktieren. Beispielsweise erreichte ich Artur Wenzel nicht nur über die mir bekannte Rufnummer seiner Dienststelle, sondern konnte ihn zu jedem Zeitpunkt in seiner Wohnung und auf seinem Wochenendgrundstück direkt anrufen. Weiterhin war der Diensthabende der Abteilung 8 verpflichtet, mich mit ihm zu verbinden, wenn er nur außerhalb der mir bekannten Rufnummern erreichbar war. Wenn es die operative Situation erforderte, konnten wir uns also jederzeit verständigen und unser Handeln abstimmen.

Barbesuch ausgeschlossen

Die oben erwähnte Richtlinie Nr. 1/79 sah auch vor, daß die Arbeit mit den IM auf der Grundlage individueller Einsatz- und Entwicklungskonzeptionen erfolgte. Eine solche erläuterte mir mein Führungsoffizier beispielsweise Anfang September 1983 in unserem Geheimquartier in der Mollstraße. In dem Papier, das ich freilich erst nach der Wende aus meinen Stasi-Akten zu Gesicht bekam, heißt es u. a.:

„... Während der Inhaftierung des IMS Saale entwickelte der Geschäftspartner des IMS, der Bürger der BRD H. J. Majunke, außergewöhnliche Aktivitäten bei den Behörden der BRD und bei seinen Verbindungen im Parteivorstand der FDP. Diese Aktivitäten konzentrierten sich auf die Person des IMS ‚Saale' und setzen sich seitdem auch unter Einbeziehung der Familie des IMS systematisch fort. M. und dessen Ehefrau nehmen seit Oktober 1982 in Abständen von höchstens 6 Wochen persönlich Kontakt durch Einreisen auf. Dabei wird u. a. die seit Jahren bestehende Geschäftstätigkeit zum AHB Elektronik als offizieller Anlaß genommen ...

Bei den Zusammentreffen mit dem IM wird zunehmend durch die Fragestellung des M. eine nachrichtendienstliche Zielstellung sichtbar. Bei seiner Einreise am 16./17. 6. 83 führte M. den IM mit seiner Mitreisenden, Helga Krips (Lehrerin aus dem Raum Köln), zusammen, deren Einreise nach Auskunft des M. im Auftrage des

Verfassungsschutzes erfolgte und die nach Rückkehr in die BRD schriftlich Bericht erstatte ...

Im Rahmen der geschäftlichen und in der Vergangenheit sehr persönlichen Kontakte zeigt sich zunehmend, daß M. bzw. seine Mitreisende K. im Auftrage des Verfassungsschutzes bzw. BND den IMS ‚Saale' studieren bzw. aufklären. Hinweise auf gezielte nachrichtendienstliche Forderungen an den IM wurden bisher nicht bekannt. In der weiteren Arbeit ist dieser Thematik besondere Beachtung zu widmen und der IM zu befähigen, feindlich relevante Handlungen des M. und dessen Verbindungen zu erkennen und zu dokumentieren.

Gleichfalls ist die Rolle des M. in der FDP und dessen enger Kontakt zur Führungsspitze dieser Partei (Genscher, Lambsdorff) für die Entwicklung der politischen Auffassungen und Zielstellungen dieser Kreise gegenüber der CDU/CSU und in den außenpolitischen Aktivitäten, insbesondere gegenüber der DDR und den anderen sozialistischen Ländern, zu erkunden ..."

In der Konzeption wurden allerdings nicht nur meine Arbeitsaufgaben und -schritte festgelegt, sondern auch die detaillierten Verhaltensmaßregeln, also was ich zu tun und vor allem zu lassen hatte:

„1. Der IMS hat sich gegenüber Kontrahenten entsprechend der geltenden Verhaltensnormen für einen Wirtschaftsfunktionär und ein Parteimitglied zu verhalten, d. h., er muß auch gegenüber M. verdeutlichen, daß er im Interesse seiner persönlichen Sicherheit jeglichen außerdienstlichen Kontakt einzuschränken hat. Sollten solche Kontakte im Rahmen der Geschäfte notwendig sein, sind die Gespräche im Beisein Dritter zu führen.

2. Der IM wird alle Geschenke und Zuwendungen ablehnen, da er verpflichtet ist, entsprechend den laufend durchgeführten Belehrungen im Außenhandel darüber seinen Leiter zu informieren, in diesem Fall den Generaldirektor des AHB Elektronik.

3. Der IMS wird es generell ablehnen, Angebote von M. zur Durchführung gemeinsamer Urlaubsreisen, Beschaffung von Hotelplätzen usw. anzunehmen ...

4. Im Ergebnis der konkreten Berichterstattung des IMS erfolgt besonders zur weiteren Aufklärung des M. eine Präzisierung der Auftragsstruktur. Dabei wird generell davon ausgegangen, daß eine Anwerbung durch einen Geheimdienst nicht zugelassen wird. In Verbindung damit wird auch weiterhin durchgesetzt, das der IMS zumindest im Zeitraum bis Ende 1985 nicht als NSW-Reisekader zum Einsatz kommt und nach dem derzeitigen Stand unserer opera-

tiven Erkenntnisse über mögliche Aktivitäten feindlicher Kräfte auch nicht für Reisen in die Schweiz und Österreich vorgesehen ist.

Der IMS ‚Saale' wird darüber hinaus veranlaßt, sich herauszuhalten aus allen privaten Interessenlagen des M. bei seinen Aufenthalten auf dem Territorium der DDR, insbesondere Kontakten zu weiblichen Personen, Baraufenthalten usw.

Analog muß er sich heraushalten aus allen Verhandlungen des M. mit sowjetischen Partnern, da offensichtlich auch sowjetische Aufklärungsorgane versuchen, Möglichkeiten des M. auszunutzen."

Wie bereits gesagt, mein Führungsoffizier gab mir nicht die vollständige Einsatzkonzeption zur Kenntnis, sondern erläuterte sie nur inhaltlich und informierte mich, wenn sie von Zeit zu Zeit fortgeschrieben und an veränderte Konstellationen angepaßt werden mußte. Insgesamt wurden solche Papiere jedoch vom MfS wie ein Dogma behandelt. Ich dagegen betrachtete sie mehr als Orientierung für meine IM-Arbeit und leitete mein konkretes Handeln lieber aus der jeweiligen Situation ab. Die eisern vorgeschriebenen Verhaltensmuster entsprachen der Denkweise der MfS-Mitarbeiter, mir erschienen sie oft weltfremd und unrealistisch. Wenn ich nach solch ehernen Grundsätzen gehandelt hätte, hätte ich nie ein echtes Vertrauensverhältnis zu meinen ausländischen Partnern aufbauen können. Deren Betrachtungs- und Lebensweise war logischerweise eine ganz andere. Also mußte ich oft von der mir vorgeschriebenen Order abweichen, mich auf meine Geschäftspartner einstellen, zu ihnen schrittweise ein Vertrauensverhältnis aufbauen, wozu letztlich auch private Kontakte gehörten.

Das wiederum stieß bei Artur Wenzel und seinen Vorgesetzten auf wenig Gegenliebe. So in ihr Blickfeld geraten, war ich mehr als einmal der harschen Kritik der Staatssicherheit ausgesetzt. Außerdem war das für die Genossen ein ständiger Anlaß, mittels „sicherheitspolitischer Überprüfungen" meine „Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit" als IM zu kontrollieren. Das sah nicht nur die Richtlinie Nr. 1/79 vor, sondern war auch in meiner „individuellen Einsatz- und Entwicklungskonzeption" festgeschrieben.

Bankgeheimnis

Selbstverständlich war ich nicht so blauäugig, um anzunehmen, daß ich solchen Sicherheitsüberprüfungen nicht unterworfen wäre. Darüber war ich mir stets im klaren und hatte auch Verständnis dafür,

zumal ich nach meiner Haftentlassung und Rückkehr in die DDR für jeden Geheimdienst der Welt als „verbrannt“, als „Sicherheitsrisiko“ gegolten hätte. Doch wie weit diese Überprüfungen gingen, wie umfassend sie waren und welcher perfiden Methoden man sich dabei bediente – das ahnte ich freilich nicht. Das konnte ich erst nach der Wende bei der Durchsicht meiner MfS-Akte feststellen. Zu jenem Zeitpunkt mußte ich mein früheres Verständnis für die „Einsicht in die Notwendigkeit“ grundlegend revidieren.

Nein, die Staatssicherheit analysierte nicht nur die von mir gelieferten Materialien oder verglich Auftragserteilung und -erfüllung. Man studierte keinesfalls nur mein Verhalten bei den Treffs und gab sich auch nicht mit Aufträgen zufrieden, die mir lediglich zur Kontrolle aufgebrummt wurden. Vielmehr ließ man mich durch „andere qualifizierte IM“ überwachen, setzte – natürlich ohne mein Wissen – „operativ-technische Mittel“ ein und ermittelte konspirativ gegen mich. Fast die gesamte Palette des „Überwachungsstaates“ kam zum Einsatz.

Konkret sah das so aus, daß ständig alle von mir und meiner Familie geführten privaten Telefongespräche abgehört und aufgezeichnet wurden. Sogar bei privaten Fahrten mit dem Pkw auf der Transitstrecke innerhalb der DDR wurde ich observiert. Zum Sicherheitscheck gehörte gleichfalls, daß in meinen privaten Bankkonten herumgeschnüffelt wurde. Ich unterhielt meine Bankkonten immer nur in Berlin, auch während meiner Tätigkeit in Jena. So teilte auf Anforderung des MfS der Leiter der Sparkasse Jena mit, daß ich weder bei der Sparkasse in Jena noch bei der Betriebssparkasse Zeiss ein Konto unterhielt. Bankgeheimnis? – Ein Fremdwort für die Staatssicherheit. Weiterhin mußten aus meinem beruflichen und privaten Umfeld mehrere Informanten laufend über mich berichten und schriftliche Einschätzungen abliefern. Doch ich muß sagen, daß mich keiner dieser IM anschwärzte, sondern sachlich und wahrheitsgemäß berichtete.

Problematischer waren hingegen die Informationen von sogenannten IMF, Inoffiziellen Mitarbeitern mit Feindberührung. Einige kolportierten ständig, daß sich gegnerische Geheimdienste für meine Person interessierten. Diese IMF wären von ihren Kontaktpersonen im BND und in der CIA mit meiner Person konfrontiert worden, wobei man sich besonders für meine Reisen in westliche Länder interessiert hätte.

So schilderte 1975 IMF ‚Rolf‘, daß N. – ein BND-Mitarbeiter mit Sitz in Hamburg – detaillierte Informationen über mich haben

wollte. N. soll ‚Rolf' sogar indirekt vor mir gewarnt haben, da er wüßte, daß ich starke Hintermänner hätte. Deshalb hätte er auch die Empfehlung gegeben, mir gegenüber vorsichtig zu sein.

In einer anderen Notiz des MfS vom März 1977 hieß es:

„Bei Gesprächen zwischen IMF ‚Herrmann' und Bartmann im Jahre 1965/66 fiel dem IMF auf, daß bei Unterhaltungen über ehemalige Kollegen der Handelsvertretung der DDR in Kairo die Person Ronneberger von Bartmann immer in der Unterhaltung ausgeklammert wurde, obwohl zwischen Bartmann und ‚Herrmann' über den Verbleib und die Entwicklung der ehemaligen Mitarbeiter der Handelsvertretung sehr ausführlich gesprochen wurde.

Ab 1974 berichtete der IMF ‚Herrmann' bei Treffs mit dem Mitarbeiter des US-Geheimdienstes ‚Thielmann', bedingt durch seine fachliche Arbeit, des öfteren über die Person des Ronneberger, Gerhardt. Als der IMF ‚Herrmann' das erste Mal beim Treff den Namen Ronnberger nannte, stellte ‚Thielmann' die Frage, wer dies sei.

Bei der folgenden Berichterstattung des IMF ‚Herrmann' zu Ronneberger, wo es vorwiegend um Auseinandersetzungen zwischen dem Generaldirektor Biermann und Ronneberger ging, machte ‚Thielmann' keinerlei Bemerkungen und stellte auch keine Fragen zu Ronneberger. Ab März 1976 stellte dann ‚Thielmann' zielgerichtete Fragen zu Ronneberger, ohne daß ihm eine entsprechende Berichterstattung des IMF vorher gegeben wurde ..."

Wer war „Thielmann"? Die Antwort auf diese Frage gibt Markus Wolf in seinem Buch „Spionagechef im geheimen Krieg".[9]

„Wie aber sah es mit den Versuchen der USA aus, meinen Dienst zu infiltrieren oder zumindest Agenten in die DDR einzuschleusen? Im Verlaufe einer intensiven Analyse der CIA-Aktivitäten in der Bundesrepublik, die wir 1973 durchführten, stellten wir fest, daß die CIA DDR-Bürger in der Bundesrepublik anzusprechen versuchte. Indem wir die Leute etwas genauere unter die Lupe nahmen, die bei geselligen Anlässen das Gespräch mit unseren Landsleuten suchten, gelangten wir schnell zu einer Bestandsaufnahme der CIA-Anwerber, und auf diesem Wege kamen wir dem CIA-Agenten mit Codenamen Thielemann auf die Spur, der beauftragt war, Kontakte zu ostdeutschen Diplomaten, Geschäftsleuten und Akademikern herzustellen. ‚Thielemann' operierte von Bonn aus. Nachdem wir ihm auf die Schliche gekommen waren, versorgten wir ihn mit Selbstanbietern, die ihm gezielte Desinformationen übermittelten.

---

9 Markus Wolf: Spionagechef im geheimen Krieg, München 1997, S. 415 f.

Wir waren tatsächlich in der beneidenswerten Lage zu wissen, daß alle vermeintlichen CIA-Spione in der DDR in Wirklichkeit Inoffizielle Mitarbeiter des MfS oder umgedrehte Doppelagenten waren. Nach der Wiedervereinigung wurde mir das von CIA-Mitarbeitern bestätigt."

Weiter: Der IMF „Kleber", ein leitender Mitarbeiter im VEB Halbleiterwerk Frankfurt/Oder, der mich persönlich kannte, berichtete im Februar 1984 dem MfS über sein Zusammentreffen mit seinem Führungsoffizier im BND und über folgende Fragestellung: „‚Ob der Ronneberger mit nach Zürich kommt?' Ich habe dann geantwortet ‚Ich würde das aus meiner Sicht nicht so einschätzen, daß der Ronneberger mit Sicherheit nicht dahin kommt.' Sie grinsten beide und fragten mich, ob ich das schon festgestellt habe, daß der Ronneberger auf dem absteigenden Ast sei. Ich sagte ‚Wenn Ihr das so einschätzt. Sicherlich, er war früher Generaldirektor, jetzt ist er stellv. Generaldirektor, ist das schon ein absteigender Ast.' An dieser Stelle hat der Martin eingeworfen, ich sollte noch mal an seine Worte denken. Der Ronneberger wird demnächst bald von der Bildfläche verschwinden. Das ist nur ein Prozeß. Der Mann hat ausgedient und genau wie jeder andere, der in so eine Situation kommt, wird der Ronneberger früher oder später aus der Schußlinie gezogen.

Ich sollte mir das auch merken, an den Fall Ronneberger, daß hier doch gewisse Parallelitäten zu sehen sind und daß ich damit auch die Arbeitsweise der Staatssicherheit bewerten kann, wer nicht mehr interessant ist, wird ohne Skrupel fallengelassen."

Solche vom Gegner gestreuten Informationen nährten natürlich immer wieder bestimmte Zweifel des MfS an meiner Person. Vermutlich war das auch der Hauptgrund dafür, daß die Stasi beispielsweise im Mai 1977 einen „Maßnahmeplan" ausgearbeitet hatte, nach dem ich auf „operative Indizien" hin durchleuchtet werden sollte. Folgendes hatten sich die eifrigen Genossen ausgedacht:

„– Auswertung der Hinweise in Speichern zum IM, seines Ehepartners und den Angehörigen (Abt.M, HA VI, Abt XII usw.)

– Kontenüberprüfungen, Schriftenvergleiche, Maßnahme A

– konspirative Arbeitsplatz- und Wohnungsdurchsuchung

– Klärung operativer Zusammenhänge zu den in der Personalakte des IM enthaltenen Hinweisen (Gründe für die Abberufung aus Kairo, intime Beziehungen zu operativ angefallenen Personen, Republikflucht des Schwiegervaters, einschließlich der Republikfluchten Bartmann und Glänzel)

– Auswertung der IMF-Ergebnisse von ‚Rolf' und ‚Herrmann'

– Auswertung der Arbeitsakten hinsichtlich der Auftragserteilung zu operativ interessanten Personen und der dazu gegebenen Berichte

– Vorbereitung und Durchführung einer operativen Kombination, kurzfristiger Einsatz in das NSW und Gewährleistung der operativen Kontrolle vor Antritt der Reise und während des Aufenthaltes im NSW durch die HA VIII."

Wie aufgeschrieben, so wurde gehandelt: Man durchsuchte sogar meine Wohnungen, selbstredend konspirativ und ohne richterliche Anordnung. Ich befand mich an jenem Tag mit meiner Familie auf unserem Wochenendgrundstück am Motzener See in der Nähe Berlins, merkte also von alldem nichts. Die Hausdurchsuchung war auch nach DDR-Gesetzen rechtswidrig, aber das MfS hatte seine eigene Auffassung von Recht und Unrecht. Ich erfuhr davon erst nach der Wende bzw. durch Zufall. Einmal plauderte ein Mitarbeiter meines Führungsoffiziers, mit dem ich mich gut verstand, während eines Zusammentreffens in einem MfS-Objekt im leicht angetrunkenen Zustand über eine 1977 in meiner Jenaer Wohnung vorgenommene Durchsuchung, an der er teilgenommen hätte. Das war ein Vertrauensbeweis mir gegenüber, denn er hatte Geheimnisverrat begangen, der – wenn er bekannt geworden wäre – zu strengsten Disziplinarmaßnahmen gegen ihn führen konnte. Für mich war es ein Schock, wenn auch die Durchsuchung selbst für mich folgenlos blieb.

Laut angefertigtem Bericht konnten die Wühlmäuse des MfS in der Wohnung weder Hinweise auf „feindliche Aktivitäten oder Verbindungen" noch „auf Verbindungen zum MfS" feststellen. Betriebliche Unterlagen mit dem Stempel „Vertrauliche Verschlußsache" wurden ebenfalls nicht gefunden. Dafür inspizierte man genau die Wohnungseinrichtung und mußte konstatieren, daß sie meinem Einkommen entsprach. Verschiedene Haushaltsgeräte sowie Unterhaltungselektronik stammten aus dem Westen und wurden als „Ergebnis langjähriger NSW-Reisetätigkeit" eingestuft. Obwohl ich das in meinen Reiseberichten stets angegeben hatte, wurden die Geräte akribisch fotografiert. Auch die vorgefundenen Telefonnummern wurden dokumentiert und anschließend überprüft. Es blieb nicht bei dieser einen illegalen Hausdurchsuchung, noch 1986 erhielt ich in meiner neuen Berliner Wohnung unangemeldeten heimlichen Besuch. Doch auch diese „Maßnahmen" erbrachten keine „operativ relevanten Hinweise", wie es im schönsten MfS-Bürokratendeutsch hieß.

Vielleicht war es für die in ihrem Sicherheitswahn befangenen und um die „revolutionäre Wachsamkeit" besorgten Verantwortlichen im MfS eine Enttäuschung – nach Abschluß dieser komplexen Überprüfung meiner Person mußte man jedenfalls im Mai 1978 feststellen, daß es keine Zweifel an der „Ehrlichkeit der politisch-operativen Aufgabendurchführung" durch mich gibt.

Gleichzeitig kamen die Genossen nicht umhin, folgendes zu betonen:

„Da der IMS ‚Saale' objektiv durch seine jahrelange Reisetätigkeit in das NSW und die daraus resultierenden Kontakte (auch gute persönliche Kontakte zu NSW-Bürgern) im Blickfeld des BND und US-Geheimdienstes steht und umfassend aufgeklärt sein dürfte, sind auch in der weiteren Zusammenarbeit mit dem IMS die Grundsätze einer ständigen Überprüfung zu beachten. So insbesondere über die Aufgabenstruktur, die Erfüllung und Berichterstattung und die Kontrolle seiner NSW-Aufenthalte durch Einsatz mitreisender IM, wobei vordergründig der IMS ‚Saale' analog der Erfahrungen mit anderen IM durch eine Kontrolle des zeitlichen Ablaufs und der dabei in Erscheinung tretenden Gesprächspartner weiter überprüft wird.

Die weiterzuführenden Überprüfungsmaßnahmen erfordern jedoch keine Einschränkungen des politisch-operativen Einsatzes des IM ‚Saale'. Sein neues Aufgabengebiet erfordert weiterhin eine Einbeziehung in die Durchsetzung und Lösung vielfältiger politisch-operativer Maßnahmen bis hin zur Abdeckung von inoffiziellen Kräften und deren Einsatz im Operationsgebiet."

Im Klartext: Ich sollte wieder in die Spur geschickt werden. Marschrichtung: Westen, „Operationsgebiet". Die Volkswirtschaft der DDR brauchte Mikroelektronik und damit Ronneberger.

Die Volkswirtschaft der DDR und die Rolle der Mikroelektronik

Der Kalte Krieg erzeugte nach 1945 nicht nur Nachgeburten wie die DDR und die Bundesrepublik, sondern auch Nachwehen, beispielsweise im wirtschaftlichen Ungleichgewicht zwischen beiden deutschen Staaten. So erhielt Westdeutschland mit dem Marshall-Plan eine Initialzündung und wurde in das sich entwickelnde System der Arbeitsteilung der stärksten Industrienationen der westlichen Welt mit den USA an der Spitze einbezogen. Die DDR hingegen hatte an die UdSSR Reparationen in einem für ein einziges Land bisher unbekannten Maße zu zahlen und wurde von den Westmächten durch Handelsbeschränkungen, Zölle, Verweigerung der Meistbegünstigung und vor allem durch Embargomaßnahmen von der weltweiten Arbeitsteilung ausgeschlossen.

Die COCOM-Bestimmungen des Westens trafen die DDR-Wirtschaft mitten ins Herz, minderten erheblich deren Lebensfähigkeit und machten für uns eine weltmarktfähige internationale Kooperation nahezu unmöglich. Kurzum: COCOM lähmte spürbar die Dynamik der Volkswirtschaft der DDR. In Washington, London, Paris und Bonn wußte man sehr wohl, was man tat in Namen von Freiheit und Demokratie ...

Die Legende von der Autarkie

Andererseits wurde die DDR-Wirtschhaft von Anfang an von den „Bruderländern", insbesondere vom „Großen Bruder" in Moskau, einseitig auf die Befriedigung der Bedürfnisse des RGW ausgerichtet. So wurden durch die dort gefaßten Spezialisierungsbeschlüsse materialintensive Produktionszweige wie der Schiffbau, der Schienenfahrzeugbau und der Schwermaschinenbau forciert,

obwohl es keine entsprechenden metallurgische Basis gab. Die DDR mußte zum einen mit dem größten Teil ihrer Exporte die Rohstofflieferungen aus den RGW-Ländern bezahlen und sich zum anderen nach den Bedürfnissen dieser Abnehmer richten, die selten den harten Weltmarktbedingungen entsprachen. Logisch, daß solche Exporterzeugnisse dann im Westen nicht zu verkaufen waren und ihre Weltmarktfähigkeit ständig abnahm.

Mit dem atemberaubenden Tempo der wissenschaftlich-technischen Revolution in den USA, in Japan und in der EG konnte der RGW nicht mithalten. Im Gegenteil: Der Rückstand wurde immer größer. Es wurde zwar krampfhaft versucht, auf ausgewählten Gebieten, beispielsweise in der Mikroelektronik, den Anschluß an das internationale Niveau nicht zu verpassen, zumindest den Abstand nicht größer werden zu lassen, doch in der Endkonsequenz waren alle Mühen erfolglos.

Hinzu kam, daß das in der UdSSR und in den anderen sozialistischen Ländern vorhandene Forschungs- und Entwicklungspotential auf die Rüstungsindustrie konzentriert wurde. Aber der wahnsinnige Rüstungswettlauf, die Herbeiführung des militär-strategischen Kräftegleichgewichts zwischen Ost und West zehrte von Anbeginn an der wirtschaftlichen Substanz der RGW-Länder. Die ständige Aufrüstung und Modernisierung der Technik in den Armeen verschärften die ökonomischen Disproportionen in den sozialistischen Ländern, die DDR bildete da keine Ausnahme. Auch unsere Wirtschaft war instabil und damit angreifbar. Letztlich hatten die Anstrengungen zur Aufrechterhaltung des militär-strategischen Gleichgewichts ihren Preis. Es gelang, den Russen die Butter vom Brot zu nehmen, wie ein amerikanischer Politiker einst drastisch formulierte – der Sozialismus ließ sich „totrüsten".

In diesen weltpolitischen Kontext war die DDR eingebunden.

„Strafverschärfend" mußte sich auch noch auswirken, daß unsere Wirtschaft in außerordentlich hohem Maße vom Außenhandel abhängig war. Wertmäßig wurden etwa zwei Drittel des Nationaleinkommens über den Außenhandel realisiert. Der Außenhandel war für die DDR lebensnotwendig, um die nötigen Rohstoffe und Ausrüstungen, aber auch Nahrungs- und Konsumgüter zu erhalten. Da aber die Importe immer teuerer eingekauft werden mußten und der Export von Halbfabrikaten und Rohstoffen ein Verlustgeschäft war, konnten wir nur von der Ausfuhr hochveredelter, technologieintensiver Erzeugnisse, insbesondere des Maschinenbaus und der Elektrotechnik und Elektronik, leben.

Doch auch hier war die DDR an der Bruderbund gefesselt oder mit anderen Worten: in einem Teufelskreis gefangen. Rund zwei Drittel des Außenhandelsumsatzes wurden mit den RGW-Ländern abgewickelt, allein vierzig Prozent mit der UdSSR. Es gab sogar Erzeugnisse, die bis zu achtzig Prozent unserer Produktionskapazität in die Sowjetunion geliefert wurden. Und aus der anderen Richtung, aus dem RGW, konnten wir weder Rohstoffe in erforderlicher Menge noch Ausrüstungen entsprechend des Weltstands oder ausreichend moderne Konsumgüter erhalten.

Für die entscheidenden Importe einer modernen Volkswirtschaft – nämlich den notwendigen Ausgangsmaterialien, Halbfabrikaten und Baugruppen – hatte das verheerende Auswirkungen. Einerseits konnten wir von unseren Partnern im RGW keine Zulieferungen für moderne Technologien erwarten, andererseits verhinderten die COCOM-Bestimmungen entsprechende Importe aus dem Westen bzw. nur zu überhöhten Preisen und auf Umwegen. Außerdem wurden die Technologie-Embargos bald um ein Wissenschafts-Embargos erweitert, d. h. wir wurden von bestimmten Kongressen ausgeschlossen und wissenschaftliche Veröffentlichungen wurden unter COCOM-Kuratel gestellt. Zweifellos beeinträchtigte das Embargo nicht nur unsere Technologie, sondern auch insgesamt die Arbeitsproduktivität, es wurde als Streitaxt im weltweiten Konkurrenzkampf gehandhabt.

Mit derart ungleichen Waffen ausgerüstet, führte die DDR ihren wirtschaftlichen Kampf ums Weltniveau eigentlich ohne jede reale Chance. Diese Grundwahrheit verdrängend, versuchten wir aus eigener Kraft, den Rückstand auf Teilgebieten wettzumachen. Mit Produkten „Made in GDR“ sollte das hergestellt werden, was auf internationalen Märkten nicht zu beschaffen war. Aber keine Wunder – diese Eigenentwicklungen entsprachen oft nicht dem letzten technischen Stand und waren natürlich viel zu teuer. Das wiederum schmälerte unsere Konkurrenzfähigkeit und verschlechterte die Devisenrentabilität. Diese Erzeugnisse vermochten wir zwar im RGW reißend abzusetzen, aber im Westen waren sie nicht oder nur mit Verlusten zu verkaufen. Die unausbleiblichen Folgen: Die hochgesteckten Exportziele nach dem Westen konnten nicht mehr erreicht werden, und es wurden nicht genügend konvertierbare Devisen erwirtschaftet. Die Auslandsverschuldung gegenüber dem Westen stieg von Jahr zu Jahr. Hatte die DDR noch 1975 etwa 6 Milliarden Valutamark Auslandschulden, so waren es vier Jahre später bereits 30 Milliarden, um dann 1989 die Summe von 41,8 Milliarden erreicht zu haben, wie es am 28. September 1989 in einer von Ger-

hard Schürer, Gerhard Beil, Alexander Schalck-Golodkowski, Herta König und Werner Polze für den Generalsekretär der SED erarbeiteten „Geheimen Kommandosache" festgestellt wurde.

Mitunter wurde und wird gern vom Autarkiestreben der DDR gesprochen. Ich meine, das ist falsch. Damit tut man sowohl Walter Ulbricht als auch Erich Honecker, und sogar Günter Mittag Unrecht. Denn die DDR hat sich nicht bewußt und schon gar nicht freiwillig in eine solche Position begeben, in der sie weitgehend von der Weltwirtschaft und vom Weltmarkt abgekoppelt war. Vielmehr waren es in erster Linie äußere Einflüsse, die dieses kleine Land in eine solche Situation drängten. Kalter Krieg und Embargo waren keine Erfindungen der Kommunistischen Internationale ...

Eine Frage des wirtschaftlichen Überlebens – Sein oder Nichtsein

Die Bedeutung der Mikroelektronik
für die Volkswirtschaft der DDR

Leider hat es sich nicht nur eingebürgert, sondern gehört fast zur modischen Political Correctness, im nachhinein von der „völlig maroden" DDR-Wirtschaft zu sprechen. Ich kann mit solchen leichtfüßigen Urteilen nicht Schritt halten, zumal sie ein Klumpfuß ziert. Denn trotz aller genannten – und hier bislang ungenannten – Probleme war die DDR ein entwickelter sozialistischer Industriestaat, der beispielsweise auf den Gebieten des Maschinenbaus und der Elektrotechnik beachtliche Leistungen erzielte.

So wurden 1989 über 70 Prozent der produzierten Werkzeug- und Verarbeitungsmaschinen mit Mikroelektronik ausgerüstet. Damit konnte der DDR-Maschinenbau einen Exporterlös von 65 Milliarden Mark der DDR erzielen. Andererseits mußten jährlich für rund 250 Mio. DM Erzeugnisse der Mikroelektronik in Form von elektronischen Bauelementen und Baugruppen gegen konvertierbare Währung – das waren etwa 1 Milliarde Mark der DDR – aus dem Westen importiert werden. Die Zahlen illustrieren zugleich Erfolg und Dilemma der DDR-Wirtschaft.

Für eine derart export- und importabhängige Volkswirtschaft wie die der DDR gewann die Produktion von Maschinen und Ausrüstungen, die dem wissenschaftlich-technischen Höchststand entsprachen und mit der Mikroelektronik verbunden waren, immer größere Tragweite. Anders formuliert: Maschinenbau und -export ohne moderne Mikroelektronik hätte bedeutet, ineffektiv zu sein

und ständig dem Weltniveau hinterherzuhinken. Moderne Konsumgüter sind ohne Mikroelektronik nicht denkbar. Weltraumforschung, Raketentechnik und Rüstungsgüter forderten modernste mikroelektronischen Bauelemente Die Mikroelektronik wurde damit zu einem Schlüsselproblem, zu einer strategischen Aufgabe ersten Ranges.

Das betraf natürlich nicht nur die DDR. Zeigte doch die internationale Entwicklung, daß in der Welt wirtschaftlich jene Länder an der Spitze standen, die auf dem Gebiet der Mikroelektronik führend waren, nämlich Japan und die USA. Die Bundesrepublik kämpfte zu diesem Zeitpunkt verbissen um den Anschluß an die Spitze und befand sich auf bestem Weg, ihn auch zu erreichen. Die Bundesrepublik stand dabei vor der Frage, Mikroelektronik zu kaufen oder selbst zu produzieren. Die Entscheidung war eindeutig, es wurden eigene Anstrengungen unternommen. Jeder andere Entschluß hätte bedeutet, sich von Anfang an in die zweite Reihe zu stellen, ökonomischen Rückstand und Abhängigkeit in Kauf zu nehmen.

Wie sollte es anders sein – auch die DDR stand vor der Alternative, Mikroelektronik zu importieren oder selbst herzustellen. Doch bei der Entscheidungsfindung ging es nicht nur um die Kernfrage des technologischen Know-how. Es ging auch nicht schlechthin um eine wissenschaftlich-technische Entwicklungsrichtung, sondern um die Ökonomie in der gesamten Volkswirtschaft wie in ihren einzelnen Zweigen. Entwicklung, Produktion und Anwendung der Mikroelektronik bedeuteten eine wesentliche Verringerung des Energieverbrauches in gesamtvolkswirtschaftlichem Maßstab, grundlegend neue Voraussetzungen für die Einsparung von Material und vor allem um Voraussetzungen, Exporte in sozialistische und auch westliche Länder durchzuführen und dabei eine höhere Devisenrentabilität zu erzielen.

International hatte der Wettlauf längst begonnen. Im Maschinenbau wie in der Elektrotechnik wurde zunehmend das ganze Spektrum der Erzeugnisse in ihrem Gebrauchswert und in ihrer Wirtschaftlichkeit von der Mikroelektronik bestimmt. Wir liefen Gefahr, überrundet oder gar völlig abgehängt zu werden. Ohne moderne mikroelektronische Ausrüstung wären unsere Maschinen und Anlagen nur noch Ladenhüter geworden. Es ging also für den DDR-Export um weitaus mehr, als lediglich darum, mit der Mikroelektronik bessere Exporterlöse zu erzielen. Auf den Punkt gebracht: Gegenwart und Perspektive der DDR als modernes Industrieland stand oder fiel mit der Entwicklung, Produktion und Anwendung der Mikroelektronik.

Das war im Lande nicht unumstritten. Manche DDR-Politiker und Wirtschaftler verstanden die tiefe ökonomische Bedeutung der Mikroelektronik nicht. Dazu gehörte auch Gerhard Schürer als Vorsitzender der Staatlichen Plankommission und vor allem sein Stellvertreter, Staatssekretär Heinz Klopfer, und einige andere Regierungsmitglieder. Sie sahen in ihr nur ein Prestigeobjekt, das jährlich Milliardeninvestitionen verschlang, insgesamt über 15 Milliarden Mark, die an anderer Stelle in der Volkswirtschaft fehlten. Gewiß, die Investitionen überstiegen die Leistungskraft der DDR. Aber hatten wir eine andere Wahl? Es war nicht so einfach wie in den Sportarenen, wo die DDR-Sportler die Goldmedaillen scheinbar abonniert hatten. Schließlich ging es nicht allein um ein wirtschaftliches Wettrennen mit den Supermächten der Mikroelektronik, sondern einfach um das wirtschaftliche Überleben der DDR.

Hätschelkinder und Sorgenkinder

Die Kombinate der mikroelektronischen Industrie der DDR

„Demokratischer Zentralismus" hieß das Zauberwort, nach dem die gesamte DDR-Gesellschaft funktionieren sollte. Der eherne Grundsatz war das eine, das praktische Leben das andere, nämlich ein weites Feld, auf dem man regelmäßig experimentierte.

So wurde bis Anfang der sechziger Jahre die ganze Volkswirtschaft der DDR zentralistisch durch den Volkswirtschaftsrat geleitet. Innerhalb des Volkswirtschaftsrates gab es Abteilungen, die nach Wirtschaftszweigen gegliedert waren, darunter auch eine Abteilung Elektrotechnik unter Leitung von Ottfried Steeger und eine Abteilung Elektronik unter Leitung von Karl Nendel. Als der Volkswirtschaftsrat aufgelöst und die Industrieministerien im Januar 1966 gebildet wurden, entstand unter anderem das Ministerium für Elektrotechnik/Elektronik unter Führung von Minister Ottfried Steeger; Karl Nendel wurde Staatssekretär in diesem Ministerium.

Den Abteilungen des Volkswirtschaftsrates und später den Industrieministerien waren die Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB) unterstellt, in denen jeweils Unternehmen mit gleichartiger Produktionsstruktur zusammengefaßt waren. Beispielsweise waren in der VVB Bauelemente und Vakuumtechnik Betriebe zur Herstellung elektronischer Bauelemente und Lichtquellen integriert. Aus diesen VVB wurden in den siebziger Jahren die Kombinate gebildet. Jedenfalls entstanden 1977/78 aus der VVB Bauelemente

und Vakuumtechnik die Kombinate Mikroelektronik in Erfurt, Elektronische Bauelemente in Teltow und Narva in Berlin. Das Kombinat Mikroelektronik vereinte die Betriebe zur Entwicklung und Herstellung der sogenannten aktiven Bauelemente, also der mikroelektronischen Schaltkreise. Das Kombinat elektronische Bauelemente dagegen produzierte sogenannte passive Bauelemente wie Widerstände, Kondensatoren, Kontaktbauelemente und Leiterplatten. Es hatte seinen Sitz und Stammbetrieb in Teltow bei Berlin, Produktionsbetriebe gab es auch in Neuruppin, Luckenwalde, Gornsdorf, Kamenz Görlitz, Freiberg, Gera und Lobenstein.

Das Kombinat Mikroelektronik, Herzstück der Mikroelektronik der DDR, hatte sein Zentrum in Erfurt. Dieses war aus dem ehemaligen Funkwerk Erfurt, einem Produzenten von Empfängerröhren und Meßtechnik mit jahrzehntelangen Erfahrungen, hervorgegangen und hatte mit Milliardeninvestitionen neue moderne Fabriken in Erfurt Südost (ESO) erhalten. Das zweite Standbein des Kombinates war das Halbleiterwerk in Frankfurt/Oder, das Anfang der sechziger Jahre aufgebaut wurde und der erste Produzent von Halbleitern in der DDR war. Auch dieses Werk wurde ständig erweitert und modernisiert. Weitere Betriebe des Kombinates zur Herstellung mikroelektronischer Bauelemente befanden sich in Stahnsdorf, Neuhaus, Mühlhausen, Zehdenick, Ruhla und Freiberg.

Zum Kombinat Mikroelektronik gehörte bis 1986 das Zentrum für Mikroelektronik Dresden (ZMD), ein leistungsfähiges Forschungszentrum, das aus der ehemaligen Arbeitsstelle für Mikroelektronik Dresden (AMD) der VVB Bauelemente und Vakuumtechnik hervorging, die seit Anfang der sechziger Jahre Forschung und Entwicklung für mikroelektronische Bauelemente betrieb.

Das Kombinat Carl Zeiss Jena war nicht nur ein Kombinat der Optik und Präzisionsmechanik, sondern auch der Rüstungstechnik und Mikroelektronik und wurde zielstrebig zu einer Hightech-Hochburg ausgebaut. Deshalb wurde zum einen das Zentrum für Mikroelektronik in Dresden Zeiss zugeordnet und zum anderen mit dem Aufbau eines neuen Forschungs- und Entwicklungszentrum des Kombinates Mikroelektronik in Erfurt begonnen. Mit der Übernahme des Zentrums für Mikroelektronik Dresden spielte ab 1986 das Kombinat Zeiss die führende Rolle in der weiteren Entwicklung der Mikroelektronik. Hier wurden jetzt die Grundlagenforschung und die Entwicklung bis zum 1-MBit-Schaltkreis betrieben. Außerdem wurden für die Herstellung dieser Bauelemente in den Betrieben des Kombinates wichtige Produktionsausrüstungen fabriziert.

Mit dem Ausbau von Zeiss Jena zum Zentrum der Hochtechnologie sollten höchste Technologiestandards in der Mikroelektronik erreicht werden, um die mit dem westlichen Embargo belegten Waren, Bauelemente und Produktionsausrüstungen durch Eigenproduktionen zu ersetzen.

Das Kombinat Robotron mit Sitz in Dresden wiederum entwikkelte und produzierte Computertechnik einschließlich peripherer Geräte und Software sowie Bürotechnik. Voraussetzung dafür war, daß Robotron von den bereits genannten Kombinaten die entsprechenden Bauelemente zu Verfügung gestellt bekam. Robotron war ein wichtiger Exporteur in die Länder des RGW und besonders in die UdSSR. Entsprechend erhielt auch dieses Kombinat hohe finanzielle Mittel, um sein Forschungszentrum auszubauen und die Produktionskapazitäten zu erweitern und zu modernisieren. Verständlich auch, daß Robotron von den anderen Kombinaten bei der Beschaffung von Know-how und Software aus westlichen Ländern unterstützt wurde, um den wissenschaftlich-technischen Rückstand aufzuholen.

Das Kombinat Keramische Werke Hermsdorf produzierte in erster Linie Elektrokeramik und Installationsmaterial, war aber auch im begrenzten Umfang auf Teilgebieten der Mikroelektronik tätig, indem beispielsweise Hybridbauelemente entwickelt und hergestellt wurden.

Und nicht zuletzt sei das Kombinat Nachrichtenelektronik mit Sitz in Leipzig genannt, das speziell Nachrichten- und Meßtechnik herstellte. Trotz der enormen Bedeutung vieler Erzeugnisse für die Militärtechnik spielte dieses Kombinat eine untergeordnete Rolle und erhielt nur unwesentliche Unterstützung bei der Lösung der Aufgaben. Deshalb war es ein stetes Sorgenkind des Ministers für Elektrotechnik/Elektronik und seines Staatssekretärs.

Strukturen, Pläne und ein Monopol

Der sozialistische Außenhandel

Das Monopol ist mit Sicherheit keine Entdeckung von Karl Marx oder Wladimir Iljitsch Lenin. Gleichwohl begründete letzterer im Ergebnis der Oktoberrevolution 1917 in Rußland das staatliche Außenhandelsmonopol und setzte es in der volkswirtschaftlichen Praxis durch. Es besagte nicht mehr und nicht weniger, als daß nur der sozialistische Staat berechtigt war, Außenhandelsgeschäfte abzuwickeln. Das staatliche Außenhandelsmonopol wurde ergänzt durch das Valutamonopol des Staates. Diese beiden Essentials sollten in der Folge von allen anderen sozialistischen Staaten als Dogma übernommen und unumstößliche Grundlage ihrer Wirtschaftspolitik werden.

Minister, GDs und SGDs

Der Außenhandel der DDR

Selbstverständlich tanzte da der kleine preußische Bruder nicht aus der Reihe. Und mit deutscher Gründlichkeit wurde der Außenhandel im Artikel 9 der Verfassung der DDR und im Gesetz über den Außenhandel der DDR vom 9. Januar 1958 geregelt.

Nach diesem Edikt und der „Verordnung über die Leitung und Durchführung des Außenhandels“ vom 9. September 1976 war festgelegt, daß der Minister für Außenhandel „in Durchsetzung des staatlichen Außenhandelsmonopols den Außenhandel auf der Grundlage der Beschlüsse von Partei und Regierung einheitlich zu leiten, zu planen, zu organisieren und zu kontrollieren“ hatte. Mit der Abwicklung des Außenhandels beauftragte der Minister volkseigene, sprich staatliche Außenhandelsbetriebe, die allein befugt waren, Außenhandelsverträge abzuschließen und die überhaupt für die Realisierung der staatlichen Planauflagen für den Export und Import verantwortlich waren.

Die staatlichen Außenhandelsbetriebe (AHB) waren juristische Personen, die nach dem sogenannten Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung arbeiteten, d. h. sie waren ökonomisch selbständig, verfügten über eigene finanzielle Mittel und finanzierten sich über eine Handelsspanne. Ihre Gründung oder Auflösung regelte der Minister, gleichfalls ihre Zuständigkeit. Der Minister war auch für die Berufung und Abberufung der Generaldirektoren der AHB, ihrer Stellvertreter und Hauptbuchhalter verantwortlich. Er erließ zudem für den jeweiligen AHB Statuten, in denen das jeweilige Waren- und Leistungsprogramm, das Stammvermögen sowie die Vertreter im Rechtsverkehr festgelegt wurden.

Soweit es um die Warenstruktur im Export und Import, um termingerechte Bereitstellung der Exportwaren und um die Spezifizierung der Importe ging, hatten die jeweils zuständigen Industrieminister Mitverantwortung und ein Mitbestimmungsrecht. So legten die Industrieminister und die Staatliche Plankommission die konkreten Planvorgaben für die über den AHB abzuwickelnden Exporte und Importe fest.

Anders die Kombinate und Betriebe der Industrie und des Binnenhandels, Forschungseinrichtungen und andere Wirtschaftsunternehmen: Sie verfügten nicht über eigene Außenhandelsbefugnisse. Der AHB tätigte den Import oder Export für diese „Bedarfsträger“ auf der Grundlage des vorgegebenen Planes. Sie wurden Import- bzw. Exportbetrieb genannt. Zwischen dem AHB und dem Export- bzw. Importbetrieb wurden auf der Grundlage des Planes sogenannte Wirtschaftsverträge abgeschlossen.

Importe und entsprechende Verträge konnten nur getätigt werden, wenn sie ein „Bedarfsträger“ beantragt hatte. Zuvor bedurfte es freilich einer staatlichen Importgenehmigung. Und bevor diese wiederum erteilt wurde, mußte geprüft werden, ob der Bedarf nicht auch aus der DDR-Produktion oder der eines anderen sozialistischen Staates gedeckt werden konnte. Immerhin kam es stets darauf an, auf Importe gegen frei konvertierbare Währungen, an denen es immer mangelte, möglichst zu verzichten.

Wie sah nun die Struktur eines Außenhandelsbetrieb aus?

Das Herzstück waren die Handelsbereiche, auch Warenbereiche genannt. Die Handelsbereiche waren in der Regel nach der Warenstruktur gegliedert, wobei möglichst ein Warenbereich einem Kombinat zugeordnet war. In einem Handelsbereich wurde sowohl der Export als auch der Import bearbeitet. Nur in einigen AHB gab es

davon abweichend selbständige Importbereiche. Die Handelsbereiche selbst waren in sogenannte Kontore (Abteilungen) untergliedert, entweder wiederum nach Warengruppen – möglichst ein Kontor für einen großen Betrieb – oder nach Export- und Importkontoren getrennt. Innerhalb der Kontore erfolgte eine Aufteilung nach sozialistischem Wirtschaftsgebiet (SW) und nichtsozialistischem Wirtschaftsgebiet (NSW).

Neben den Handels- gab es die Stabsbereiche Planung/Ökonomie und Marktarbeit, teilweise auch Länderbereich genannt. Diese Stabsbereiche waren für alle Fragen der Planung, Preis- und Verkehrsökonomie verantwortlich und in der Regel in diese Abteilungen untergliedert. Die Bereiche Marktarbeit waren für die Durchsetzung der Handelspolitik, die Koordinierung der Marktarbeit der Handelsbereiche in den Ländern und für die Vorbereitung und Durchführung von Auslandsmessen und Ausstellungen verantwortlich. Dem Bereich Marktarbeit unterstanden die Auslandsbüros des AHB, Technisch-Kommerziellen Büros (TKB) genannt, die in den Schwerpunktländern eingerichtet wurden. In den TKB arbeiteten jeweils Mitarbeiter des AHB sowie Verkaufs- und Kundendienstingenieure der wichtigsten Exportbetriebe und Kombinate. Einige AHB hatten in ausgewählten kapitalistischen Ländern eigene Handelsfirmen gegründet, sogenannte gemischte Gesellschaften, die gleichfalls von den Bereichen Marktarbeit angeleitet und kontrolliert wurden.

Alle Bereiche wurden von einem stellvertretenden Generaldirektor gelenkt, die Kontore und Abteilungen von einem Direktor oder Abteilungsleiter.

Ein wichtiger Bereich, den es in allen AHB zwingend gab, war der Hauptbuchhalterbereich mit seinen umfassenden Kontrollrechten und -pflichten für alle ökonomischen Fragen der Arbeit und die Finanzbeziehungen des AHB im In- und Ausland. Die Leitung oblag dem Hauptbuchhalter, der teilweise auch Finanzdirektor genannt wurde. Er hatte bestimmte vom Staat übertragene Kontrollrechte und Pflichten, die auch nicht vom Generaldirektor eingeschränkt werden konnten.

In der Mehrzahl der AHB gab es noch den Bereich, in dem die Vertragsausfertigung und alle Abrechnungsprozesse des Exports und Imports der Handelsbereiche mit moderner Computertechnik zentralisiert wurden. Stabsabteilungen waren das Büro des Generaldirektors, die Kaderabteilung (Personalabteilung), die Abteilung Organisation und Datenverarbeitung, die Allgemeine Verwaltung, die Rechtsabteilung und die Reisestelle, um nur einige zu nennen.

Eine besondere Stellung nahm der Kontrollbeauftragte ein. Er war offizieller Verbindungsmann zur zuständigen Abteilung bei der Staatssicherheit und zu den Kontrollbeauftragten in den Ministerien, Kombinaten und großen Betrieben und für Sicherheitsfragen innerhalb des AHB zuständig. Er hatte genau wie die stellvertretenden Generaldirektoren bei Leitungssitzungen und Beratungen einen ständigen Platz am Tisch des Generaldirektors.

Allein die oben beschriebenen Strukturen und das bürokratische Procedere lassen ahnen, daß das staatliche Außenhandelsmonopol zu Verkrustungen führen mußte. Es war in der Tat ein starres System, das zu einem Hindernis für die erforderliche Flexibilität auf den Auslandsmärkten wurde und die Effektivität des Außenhandels schmälerte. Hinzu kam – wie in allen anderen Wirtschaftszweigen – die schwerfällige Planbürokratie mit ihren umfangreicher Prüfungen, Bestätigungen und Kontrollen. Umständliche Absicherung statt Entscheidungsfreude und Schwerfälligkeit statt Beweglichkeit standen auf der Tagesordnung.

Am schlimmsten waren eigentlich die Hersteller der Exportgüter dran. Sie konnten den Prozeß kaum beeinflussen und waren vom Auslandsmarkt weitgehend isoliert. Diese fehlende Marktkonfrontation führte dazu, daß zu wenig marktgerechte Exporterzeugnisse entwickelt und produziert wurden. Mehr noch: Die Produzenten fühlten sich somit nicht oder nur ungenügend für das Exportergebnis mitverantwortlich. Und umgekehrt führte es bei Importen dazu, daß die „Bedarfsträger“ völlig unzureichende Möglichkeit hatten, die richtigen Erzeugnisses und Lieferanten auszuwählen.

Seit Gründung der Kombinate geriet allerdings das staatliche Außenhandelsmonopol immer stärker unter den Druck der Industrie. Die leistungsstarken Giganten forderten eigene Außenhandelsrechte und versprachen eine höher Effektivität des Außenhandels, die die DDR-Wirtschaft ja auch dringend nötig hatte. Sie drängten auf Veränderungen und die Entwicklung neuer, wirksamerer Formen des Außenhandels.

Doch da stand noch die Betonriege in der SED-Führung davor. Zu einer prinzipiellen Aufgabe des staatlichen Außenhandelsmonopols bestand in der Parteispitze keinerlei Bereitschaft. Rückendeckung erhielt man dazu aus Moskau, sogar unter Gorbatschow hielt man im Kreml an diesem Dogma unwiderruflich fest, widersetzte sich vehement allen Reformen und beargwöhnte alle Ansätze zur Lockerung des Monopols in anderen sozialistischen Staaten.

Mehr getragen denn freudig gesprungen, wagte die SED-Führung einen Kompromiß, „Experiment“ genannt: Einigen wenigen leistungsstarken Kombinaten, die mit ihrem anspruchsvollen wissenschaftlich-technischen Profil und ihrem hohen Exportanteil von besonderer Bedeutung für die Wirtschaft waren, wurden eigene Außenhandelsbetriebe zugeordnet. Dazu gehörten die strukturbestimmenden Kombinate der elektronischen Industrie der DDR, nämlich die Kombinate Robotron, Mikroelektronik und Carl Zeiss. Diese neu gebildeten Außenhandelsbetriebe wurden dem Generaldirektor des jeweiligen Kombinates direkt unterstellt, der die volle Verantwortung für die Export- und Importtätigkeit der Warennomenklatur des Kombinates übertragen bekam. Ungeachtet dessen verblieb beim Minister für Außenhandel die Verantwortung für die Handelspolitik und die Sicherung des Außenhandelsmonopols. Um das abzusichern, wurde die Doppelunterstellung erfunden.

Das sah dann beispielsweise so aus, daß der Generaldirektor des AHB zwar vom Generaldirektor des Kombinats berufen wurde, wozu jedoch vorher die Zustimmung des Ministers für Außenhandel erforderlich war. Der Generaldirektor des AHB war dem des Kombinates unterstellt, aber in bestimmten Fragen gegenüber dem Ministerium für Außenhandel rechenschaftspflichtig. Das klingt heute noch verrückt, und so war es auch manchmal.

Trotz dieser sogenannten Doppelunterstellung war die Einflußmöglichkeit des Ministers für Außenhandel auf diese AHB sehr begrenzt und in der Praxis meist unwirksam. Die Kombinate setzten natürlich über ihre Außenhandelsbetriebe ihre kombinatsinternen Interessen durch und stellten sie über die zentralistischen Bestrebungen und damit auch zum Teil über die volkswirtschaftlichen Gesamtinteressen des Landes. So setzte eben z. B. der AHB Carl Zeiss Jena gegen zwischenstaatliche Preisvereinbarungen DDR/UdSSR sein eigenes Preiskonzept durch, mit dem zwar das Kombinat höhere Exportpreise erzielen konnte, die aber bei anderen DDR-AHB zu höheren Importpreisen und damit zu Verlusten für die DDR führten. Trotz aller Probleme gab es aber insgesamt eine wesentlich höhere Effektivität der Außenhandelstätigkeit und eine hohe Akzeptanz dieser Unternehmen besonders auf den westlichen Märkten.

Obwohl dieses „Experiment“ von den meisten als erfolgreich eingeschätzt wurde, ließ man keine neuen Beispiele folgen. Das Ministerium für Außenhandel (MAH) sah seinen Einfluß schwinden, ohne daß es jedoch von der Gesamtverantwortung für die Erfüllung der Planaufgaben im Export und Import entbunden wurde. Daraus ent-

standen Konflikte zwischen Außenhandels- und den Industrieministerien, die eigentlich für die Kombinate verantwortlich zeichneten.

Alle Außenhandelsgeschäfte wurden auf der Grundlage der Außenhandelspläne vollzogen, die Bestandteil des jährlichen Volkswirtschaftsplanes waren und gleichlautend den AHB und den Kombinaten bzw. den Export- und Importbetrieben durch die Staatliche Plankommission vorgegeben wurden. Der Plan zeichnete alle Details der zu tätigenden Außenhandelsoperationen haarklein vor.

Sowohl für den Export als auch für den Import wurden die jeweiligen Jahresvolumen, nach Quartalen unterteilt, mit einer konkreten Warenstruktur vorgegeben. Die wertmäßigen Vorgaben erfolgten in Valutamark und in Markt der DDR, so daß damit auch die Devisenrentabilität der Geschäfte und die Höhe der Subventionen im Export bzw. die Höhe der Abführungen an den Staat beim Import festgelegt war. Für Export und Import wurde eine genaue Länderstruktur verbindlich festgelegt.

Knackpunkt eines jeden Außenhandelsplanes war stets der Valutaplan, der sogar für den Export den Zeitpunkt des Valutaeingangs und die Währungsart verbindlich vorschrieb und für den Import Zeitpunkt und Währungsart der vom Staat bereitzustellenden Mittel. Der Außenhandelsbetrieb erhielt eine Handelsspanne in Mark der DDR, aus der er seine Kosten, die selbstverständlich wieder eine verbindliche Planvorgabe waren, finanzieren mußte. Für bestimmte Kostenarten stellte der Staat die notwendigen Valutamittel bereit.

Der bürokratische Planungswahn reichte noch weiter: Alle Planaufgaben wurden monatlich über das Rechenzentrum des Außenhandels und die Zentralverwaltung für Statistik abgerechnet. Am Jahresende war vom AHB eine Jahresbilanz zu erstellen und der Staatlichen Finanzrevision des Ministeriums für Finanzen vorzulegen. Auf dieser Grundlage erfolgten durch die Valutakontrollgruppe der Staatlichen Finanzrevision Betriebsprüfungen, d. h. die Betriebsergebnisses und die kommerzielle Arbeit wurden jährlich streng kontrolliert. Erst nach deren Bestätigung konnte die Leitung des Außenhandelsbetriebs „entlastet" werden. Für uns, die sich mit illegalem Technologietransfer und dem Import von Embargowaren aus dem Westen beschäftigten, galten diese gnadenlosen Regelungen gleichermaßen.

Bei der Finanzierung des DDR-Außenhandels gab es allerdings einen feinen Unterschied: Beim planmäßigen Außenhandel wurden die benötigten und zu erwirtschaftenden Finanzmittel geplant, statistisch nachgewiesen und über die Deutsche Außenhandelsbank für die Zahlungsbilanz der DDR bereitgestellt. Der außerplanmäßige

Außenhandel dagegen diente einerseits der Erwirtschaftung zusätzlicher Valuta, mit denen andererseits zusätzliche Importe, besonders von Investitionsgütern, zur Erhöhung der Exportfähigkeit ermöglicht werden sollten.

Die für den außerplanmäßigen Handel erforderlichen Mittel wurden überwiegend durch den Bereich Kommerzielle Koordinierung erwirtschaftet und zum erheblichen Teil für den Aufbau der Mikroelektronik der DDR eingesetzt.

Ein Staat im Staat

Der Bereich Kommerzielle Koordinierung

Der Bereich Kommerzielle Koordinierung (KoKo) war ein Kind der Staatssicherheit der DDR. Der Gedanke für die Bildung dieses Unternehmens wurde in der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS von einem Personenkreis um Generalmajor Hans Fruck, stellvertretender Leiter der HVA, in der ersten Hälfte der sechziger Jahre geboren. Fruck hatte in seiner Funktion auch die Aufgabe alle Aktivitäten der „Firma" bei der Vorbereitung und Durchführung der Leipziger Messen zu koordinieren und dabei die Kontakte zu Günter Mittag, dem Sekretär des ZK der SED für Wirtschaftspolitik, herzustellen und abzusichern.

Natürlich war die HVA bestrebt, ihren Einfluß im Außenhandel wesentlich auszuweiten. So wurde die Leitung der MfS-eigenen Außenhandelsbetriebe wie F. C. Gerlach, Günther Forgber oder Simon Industrievertretungen (Inhaber Simon Goldenberg) einem offiziellem wirtschaftsleitendem Organ unterstellt. Damit sollte einerseits eine bessere Organisation und höher Qualität der Arbeit dieser Firmen gesichert, ihnen aber andererseits ein legaler Anstrich verliehen werden.

Dazu gab der langjährige HVA-Chef Markus Wolf zu Protokoll:

„Für die Zusammenarbeit mit privaten Außenhändlern wie Goldenberg war mein Stellvertreter Hans Fruck zuständig. Er hatte dafür zu sorgen, daß sie einen Teil ihrer Gewinne an die SED abführten und sich auch nachrichtendienstlich nutzbar machten.

Da wir bei der Devisenbeschaffung durch private Händler mehr Ordnung wünschenswert fanden, wurde Mitte der sechziger Jahre begonnen, die Außenhandelsaktivitäten straffer zu koordinieren. Fruck schlug für diese Aufgabe Alexander Schalck-Golodkowski vor, Parteisekretär im Ministerium für Innerdeutschen- und Außenhandel. Schalck baute in den nächsten Jahren eine eigene Handels-

organisation auf, die Kommerzielle Koordinierung (KoKo), arbeitete aber weiter mit den privaten Außenhändlern zusammen. Über Goldenberg stieg er auch in die Strauß-Verbindung ein.

Schalcks Bereich wurde schließlich weitgehend von der HVA abgekoppelt und direkt dem Minister unterstellt. Wie Rechtsanwalt Vogel durfte Schalck allein Mielke berichten. Daß Mielke zwei so wichtige Männer selbst führte, schmeichelte nicht nur seinem Geltungsbedürfnis, sondern erhöhte auch sein politisches Gewicht bei Honecker. Zudem hoffte er, daß die Informationen, an die er so gelangte, die Rolle meines Dienstes bei den Sowjets schmälern würde.

Ich wurde über Schalcks Aktivitäten von Mielke nur noch informiert, wenn es um außenpolitisch besonders relevante Erkenntnisse ging ... Einmal im Jahr traf ich Schalck, um die Aufgaben zu koordinieren. Es ging dabei um die Führung der von der HVA genutzten Firmen und um Devisen, die Schalck für die Arbeit meines Dienstes zur Verfügung stellte."[10]

Günter Mittag beabsichtigte, neue Formen des Außenhandels zu entwickeln. So paradox es wiederum klingen mag – aber der oberste Wirtschaftslenker der SED, der zuvörderst für die Schwerfälligkeit der Planbürokratie verantwortlich zeichnete, wollte diese Trägheit einschränken und zumindest bei einigen ausgewählten Außenhandelsbetrieben überwinden. Diese AHB sollten sich auf die ständig wechselnde Situation im internationalen Handel besser einstellen, KoKo und seine Betriebe sollten den Anforderungen des Marktes wirksamer begegnen können als die durch das Ministerium für Außenhandel zentralistisch geleiteten AHB.

Generalmajor Fruck brachte seinen Auserwählten, Dr. Alexander Schalck-Golodkowski, mit Günter Mittag zusammen. Im Auftrag des MfS und in Abstimmung mit Mittag unterbreitete Schalck am 29. Dezember 1965 Politbüromitglied Hermann Matern den Vorschlag, die bereits existierenden AHB Zentralkommerz, Intrac und Transinter einer einheitlichen Leitung durch einen stellvertretenden Minister oder Hauptabteilungsleiter im Ministerium für Außenhandel zu unterstellen. Gleichzeitig sollte die Vorbereitung und Abwicklung von speziellen Geschäften zur Beschaffung von Devisen einem Verantwortlichen übertragen werden, der unmittelbar Matern oder einem Abteilungsleiter des ZK unterstellt und mit entsprechenden Vollmachten des Ministers für Außenhandel ausgestattet sein sollte, wobei eine enge Zusammenarbeit mit dem MfS notwendig sei.

---

10 Ebenda, S. 190 f.

Wie geplant, so realisiert: Mit der Verfügung Nr. 61/66 ordnete der Ministerrat der DDR am 1. April 1966 an, daß der Minister für Außenhandel die einheitliche Leitung der bereits tätigen AHB Zentralkommerz, Intrac, Transinter, Genex und Intershop zu gewährleisten hat und ein Bevollmächtigter zu berufen ist. Zum Verantwortungsbereich dieses Bevollmächtigten gehörten außerdem die wirtschaftlichen Beziehungen zu den Religionsgemeinschaften und die Abstimmung der Tätigkeit von MfS-Außenhandelsfirmen wie F. C. Gerlach oder G. Simon.

Nur acht Monate später, am 7. Dezember 1966, wurde auf der Grundlage des Ministerratsbeschlusses Nr. 100/I.3/66 Alexander Schalck-Golodkowski als Stellvertreter des Ministers für Außenhandel berufen und mit der Leitung des Bereichs Kommerzielle Koordinierung des Ministeriums für Außenhandel beauftragt.

Seitdem wurden die Rechte und Vollmachten von KoKo beziehungsweise seines Chefs, der in der Folge vom Stellvertretenden Minister zum Staatssekretär avancierte, laufend erweitert. Die Arbeit des Bereiches verselbständigte sich immer mehr, so daß er nur noch dem Namen nach ein Bereich des Ministeriums für Außenhandel war, der die Arbeit von KoKo lediglich abzudecken hatte. Letztlich gab es seit 1972 kein Weisungs-, Auskunfts- oder Kontrollrecht des Ministers für Außenhandel gegenüber KoKo und seinen Staatssekretär mehr.

Schon 1971 wurden Schalck-Golodkowski laut Ministerratsbeschluß Befugnisse für den Bereich der Zollkontrolle übertragen. Mit der Verfügung Nr. 129/72 des Vorsitzenden des Ministerrates vom 14. September 1972 erhielten KoKo und die ihm unterstellten Firmen Intrac, Zentralkommerz, Transinter, F. C. Gerlach, Asimex, Simon, Forgber und Interport den Status von Devisenausländern. Sie konnten nunmehr für den Zahlungsverkehr mit dem Ausland Inhaber von sogenannten Lorokonten bei der Deutschen Außenhandelsbank oder bei der Deutschen Handelsbank AG sein. Diese Lorokonten waren für den Inhaber frei verfügbar, sie unterlagen nicht der allgemeinen Bankenkontrolle, und über sie konnte der Zahlungsverkehr in konvertierbaren Devisen oder in Clearingwährungen, d. h. nicht konvertierbaren zwischenstaatlichen Verrechnungswährungen, abgewickelt werden.

Das Konzept der Arbeit des Bereiches Kommerzielle Koordinierung ist in der Geheimen Verschlußsache des Ministeriums für Staatssicherheit MfS 210-354/70 niedergelegt, der Dissertation, mit der Schalck den Titel eines „Dr. jur." an der Juristischen Hochschule Potsdam erwarb, der „Hochschule" des MfS.

Doktorvater war der Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, der selbst niemals eine Hochschule besucht hat. In der ganzen Arbeit kommt kein einziges juristisches Problem vor. Geschweige denn auch nur die Andeutung eines Lösungsversuches einer juristischen Problematik. So ungefähr schätzte der Völkerrechtler Prof. Dr. Wolfgang Seiffert den Wert der Dissertation ein. Dafür wendete sich Schalck den Fragen zu, die seine Arbeit als Leiter des KoKo-Bereiches in den folgenden Jahren bestimmten, nämlich wie man die Wirtschaftsbeziehungen zum anderen Teil Deutschlands zum Vorteil der DDR ausnutzen und das Staatssäckel der DDR füllen kann, legal oder illegal. Es war ein Konzept der Staatssicherheit, das Konzept des späteren Wirtschaftsimperium von Schalcks KoKo, von der Gründung von „abgedeckten" Vertreterfirmen und Betrieben bzw. Beteiligung an bereits bestehenden Firmen im Westen bis zum Warenschmuggel, der Produktpiraterie und dem Embargohandel. Darin wird auch bereits von Schalck die Aufnahme eines Kredits aus der Bundesrepublik in Höhe von 1 Mrd. DM angeregt.

Schalck hielt es „für gerechtfertigt, in Anbetracht der uns zugefügten Schäden durch den westdeutschen Imperialismus, diesen Klassenauftrag so weit zu fassen:

Dem Feind mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln und Möglichkeiten, durch Anwendung seiner eigenen Methoden und Moralbegriffe, Schaden zuzufügen sowie die sich bietenden Möglichkeiten des feindlichen Wirtschaftspotentials zur allseitigen Stärkung der DDR voll zu nutzen. Bei der Realisierung dieses Klassenauftrages kommt uns die Absicht des Feindes entgegen, die Wirtschaftsbeziehungen zur DDR auszubauen mit dem Ziel, ökonomische Abhängigkeitsverhältnisse der DDR von Westdeutschland und Westberlin zu schaffen."[11]

An anderer Stelle heißt es:

„Unter Zugrundelegung des bewiesenen Rechtsstandpunktes der DDR besteht deshalb das Ziel der Überlegung der Verfasser darin, materielle und finanzielle Fonds des Feindes ganz oder zeitweise für die Beschleunigung des Wachstumstempos der DDR durch den Auf- und Ausbau hocheffektiver moderner volkseigener Industriebetriebe ... für die allseitige Stärkung der DDR zu nutzen."[12]

Schalck hat sich alle seine Vorschläge zu Herzen genommen und in der Arbeit von KoKo umgesetzt.

---

11 Dissertation Schalck, Mai 1977, S. 91.
12 Ebenda, S. 92.

Die Aufgaben des Bereiches KoKo wurden in der Verfügung Nr. 15/1975 des Vorsitzenden des Ministerrates vom 23. August 1975 festgelegt. Ein gutes Jahr später, am 2. November 1976, wurde Schalck mit Beschluß des SED-Politbüros 9. /313 23/76 dem Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der SED, Günter Mittag, direkt unterstellt. In Umsetzung dieser Order arbeitete Schalck-Golodkowski die Vorlagen zur „Zentralen Aufgabenstellung des Bereiches Kommerzielle Koordinierung" und zu „Maßnahmen zur Durchsetzung des Beschlusses des Politbüros des ZK der SED vom 2. November 1976", die dann von Mittag abgesegnet wurden.

Der Bereich Kommerzielle Koordinierung hatte nun folgende offizielle Aufgabenstellung:

– Leitung festgelegter Aufgaben zur Devisenerwirtschaftung für die Staatsdevisenreserve,

– Koordinierung ausgewählter Aktivitäten zur Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik sowie Westberlin,

– Leitung und Koordinierung der Aufgaben zur Errichtung und zum Betrieb des Internationalen Handelszentrums in der Hauptstadt der DDR,

– Leitung, Koordinierung und Kontrolle der außenhandelsseitigen Aufgaben zur Realisierung zentral geplanter Investitionsvorhaben, insbesondere für die Entwicklung der Exportförderbetriebe,

– Regelung der kommerziellen Beziehungen zur evangelischen und katholischen Kirche in der DDR im Zusammenhang mit der materiellen Unterstützung, die diese aus der Bundesrepublik erhalten,

– Koordinierung von Zollfragen zur Durchsetzung des sozialistischen Außenhandelsmonopols,

– Durchführung von Sonderaufgaben im Auftrag der Regierung der DDR,

– Aufgaben zur beschleunigten Entwicklung und Einführung moderner Technologien, insbesondere der Mikroelektronik und Robotertechnik in die Volkswirtschaft der DDR. Finanzierung und Beschaffung spezieller Ausrüstungen und Technologien, darunter Embargoerzeugnisse unter Nutzung und Ausbau geeigneter Linien und Auslandsverbindungen des Bereiches,

– Aufgaben auf dem Gebiet der Vorbereitung und Durchführung des Tourismus aus Staaten des NSW mit dem Ziel der Realisierung der vorgegebenen Valutazielstellungen,

– Vorbereitung des Bereiches auf den Verteidigungszustand.

Günter Mittag war die Schlüsselfigur im Wirtschaftsleben der DDR. Politische Entscheidungen und damit auch Entscheidungen für die Wirtschaft wurden in der DDR nicht im Ministerrat, also in der Regierung, sondern allein in den Führungsgremien der SED getroffen. Aufgrund seiner verschiedenen Funktionen innerhalb des Zentralkomitees der SED und der damit verbundenen Befugnisse verfügte Mittag über umfassende Entscheidungskompetenzen und weitreichenden politischen Einfluß, der sich insbesondere auf die Generalsekretäre der SED, zuerst Walter Ulbricht und dann Erich Honekker, erstreckte.

Mittag sah sich selbst als zweiten Mann im Parteiapparat und damit im Staat an. Seine Position wurde nicht zuletzt gestärkt durch die aus Sicht der Partei- und Staatsführung der DDR erzielten wirtschaftlichen Erfolge von Schalck-Golodkowski in den Verhandlungen mit der BRD über Kredite und Transferleistungen und den Ergebnissen der Devisenerwirtschaftung des außerplanmäßigen Außenhandels der KoKo-Betriebe. So wurde Schalck zum wichtigsten Partner und Intimus von Mittag. In den achtziger Jahren wurde die Wirtschaftspolitik der DDR wesentlich durch Honecker und Mittag im Alleingang bestimmt und – soweit es den außerplanmäßigen Außenhandel und strategische außenwirtschaftliche Fragen betraf – auch durch Schalck mit Hilfe seines Bereiches Kommerzielle Koordinierung.

In den letzten zehn Jahren seines Bestehens wuchs KoKo zu einem Imperium mit einer Vielzahl von Firmen und Firmenbeteiligungen, das sich immer mehr verselbständigte. KoKo verfügte über einen, am gesamten Staatshaushalt der DDR gemessenen, zwar kleinen, aber dennoch erheblichen Bestand an frei verfügbaren Finanzmitteln, insbesondere Valuta. Dies untermauerte Schalcks Sonderstellung, die ihn mächtiger als jeden Minister machte.

In den achtziger Jahren regte sich aber auch innerhalb der SED, sogar unter Mitarbeitern des Zentralkomitees, Kritik an Honeckers und Mittags Wirtschaftspolitik. Zumeist intern, in kleinen Kreisen unter Insidern, hinter vorgehaltener Hand, äußerte man seine Besorgnis oder sein Unverständnis gegenüber der einseitigen Strukturpolitik, der formalistischen Leistungsbewertung, der Überbewertung der Statistik sowie ihrer offensichtlichen Verfälschung und nicht zuletzt auch gegenüber der zunehmenden Verschuldung der DDR gegenüber der BRD und dem Westen. Laut wurden diese Stimmen freilich erst Ende Oktober 1989. Und so verwundert es kaum, daß auch Schalck nach der Wende in einem ganz anderen Licht gesehen wurde.

So sagte Professor Gerstenberger, der nach der Flucht von Schalck im Dezember 1989 von Hans Modrow mit der Leitung und Auflösung des Bereiches KoKo beauftragt wurde, dazu in einer Zeugenvernehmung:

„Herr Schalck hat sich vergangen am Geld der Leute der Deutschen Demokratischen Republik. Die sogenannten Gewinne, die er erwirtschaftet hat, hat er letztendlich der Industrie der Deutschen Demokratischen Republik aus der Tasche gezogen. Seinem Wesen nach hat er den Rigoletto gespielt.

Ich habe Dr. Alexander Schalck seit 1951, aus meiner Zeit beim MAH, gekannt. Ich konnte daher seinen Werdegang verfolgen. Er war vom Typ her der absolute Erfüller. Wenn er einen Auftrag erhalten hat, war das für ihn ein Credo. Dies machte u. a. seine Stärke aus, weil er Zusagen, die er gegeben hat, bedingungslos erfüllte. Er war in diesem von der Art her militärisch organisierten Regime deshalb auch besonders vertrauenswürdig.

Ich halte Herrn Schalck nicht für fähig, daß er wesentlich in die aktive Politik eingegriffen hat. Er hat aber mit seinem System der Beschenkung von hochrangigen Nomenklaturkadern ... sich eine Möglichkeit geschaffen, zu glänzen ... Es lag in der Natur von Herrn Schalck, daß er immer glänzen wollte. Man muß sich ihm im Verhältnis zur Partei- und Staatsspitze als Newcomer vorstellen, der es mit alten Kempen zu tun hatte. Entsprechend seiner Persönlichkeit waren dies für ihn Heroen, und es war sein persönliches Ziel, mit ihnen auf eine Stufe zu kommen. Er hat sich insoweit nach dieser Rolle gedrängt und hat alle Mittel, die man ihm eingeräumt hat, insbesondere auch das Vertrauen, das der Ministerrat bei der Einrichtung des Bereichs Kommerzielle Koordinierung ihm entgegengebracht hat, hierzu ausgenutzt. Er hatte mit dieser Taktik auch Erfolg. So hat er zum Beispiel ein sehr gutes Verhältnis zum ZK-Sekretär für Wirtschaft Herrn Mittag gehabt. Dieser behandelte andere wie Schuhputzer."

Und auch Werner Krolikowski, Poltbüromitglied und Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, hielt Anfang 1990 mit seiner Meinung nicht mehr hinterm Berg:

„Schalck – das war mit seinem Unternehmen ein Staat im Staate – ohne Kontrolle durch das PB (Politbüro der SED – G. R.), durch die Regierung – nur Honecker persönlich war Schalck unterstellt, die ganzen Jahre lang und in der ersten Sitzung nach Krenz seiner Wahl zum Generalsekretär – am 24. 10. 89 hat er sich durch eine Extra-Vorlage sofort Schalck wieder persönlich unterstellt – welch

ein Zufall? – oder welche Gesetzmäßigkeit? Und Krenz verkündete vor dem gesamten PB, daß derjenige Genosse, der ihn in den letzten 5 Jahren in die Fragen der Wirtschaft eingewiesen hat, der Genosse Schalck gewesen sei, das derselbe – da er zur Begründung der Vorlage eingeladen war – im PB sehr genüßlich zur Kenntnis nahm."

Die Konten 0528 und 0628

KoKo im Netz der Stasi

Der Bereich KoKo war in drei Haupt- und vier selbständige Abteilungen gegliedert. [13]

Die Hauptabteilung I, geleitet von Manfred Seidel, OibE des MfS und 1. Stellvertreter von Staatssekretär Schalck-Golodkowski, war verantwortlich für die ökonomischen Beziehungen zu den Kirchen und für die Anleitung und Kontrolle der MfS-Firmen Asimex, Forgber, Gerlach, Camet u. a.

Die Hauptabteilung II, verantwortlich für Planung und Finanzierung, Leitung Meta Blessing, war auch gleichzeitig für die Anleitung und Kontrolle der Außenhandelsbetriebe Intrac, Transinter, Forum und BIEG zuständig.

Die von Dieter Paul geleitete Hauptabteilung III war maßgebend bei der Gestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen zur BRD und bei die Planung und Bearbeitung zentraler Investitionsobjekte.

Die vier zentralen Abteilungen Handelspolitik, Firmen, Tourismus und Kader/Sicherheit waren dem Staatssekretär direkt unterstellt.

Die Arbeit von KoKo war natürlich undenkbar ohne engste Verbindung zur Staatssicherheit. Das wurde schon daran sichtbar, daß das Unternehmen seinen Sitz außerhalb des Ministeriums für Außenhandel hatte, in einem eigenen Gebäude in der Wallstraße in Berlin-Mitte, welches durch Stasi-Mitarbeiter gesichert wurde. Die anderen Außenhandelsbetriebe des Bereichs verfügten ebenfalls über eigene Firmensitze außerhalb der Zentrale in verschiedenen Stadtteilen Berlins.

Erich Mielke, der Minister, hatte zwar gegenüber Schalck-Golodkowski, der im Dienstrang eines Oberst Offizier im besonderen Einsatz (OibE) war, in Fragen der wirtschaftlichen Tätigkeit kein Weisungsrecht, wohl aber in allen Punkten der „Ordnung und

---

13 Siehe S. 349 f.

Sicherheit". Diese harmlos klingende Formulierung besagte nicht mehr und nicht weniger, als daß Schalck in sämtlichen Fragen der Zusammenarbeit mit der Stasi Mielke direkt unterstellt und rechenschaftspflichtig war.

In dem Befehl Nr. 14/83 des Ministers für Staatssicherheit vom 1. September 1983 wurden die Aufgaben zur „politisch-operativen Sicherung" des Bereiches KoKo und die Bildung einer eigenen, speziell für KoKo zuständigen Diensteinheit festgelegt. Diese „Arbeitsgruppe BKK" wurde jedoch nicht – was eigentlich in der Natur der Sache gelegen hätte – der zuständigen Hauptabteilung XVIII, die für die Sicherung der Volkswirtschaft zuständig war, zugeordnet. Vielmehr wurde sie dem 1. Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit, Generaloberst Mittig, direkt unterstellt. Diese Arbeitsgruppe hatte für die geheimdienstliche Absicherung von KoKo zu sorgen und den Bereich auch in jeder anderen Hinsicht zu unterstützen.

Die Arbeitsgruppe BKK hatte zuletzt 113 Mitarbeiter und war in der MfS-Zentrale Normannenstraße, im IHZ und im KoKo-Gebäude in der Wallstraße untergebracht. Hauptaufgabe war die Außen- und Innensicherung des Bereiches Kommerzielle Koordinierung, und so wurden westliche, östliche und eigene Geschäftsleute und deren Kontakte überwacht, Reiseberichte ausgewertet, Observationen bei Verdacht auf strafbare oder geheimdienstliche Tätigkeit veranlaßt und konspirative Durchsuchungen durchgeführt.

Ein Großteil der Informationen wurde durch inoffizielle Mitarbeiter und durch Telefonabhöraktionen erlangt.

Die gesammelten Erkenntnisse bildeten einen Bestand von über 200 Akten recht unterschiedlichen Umfangs, von 1 bis 500 Blatt.

Die von der AG BKK geführten inoffiziellen Mitarbeiter waren sowohl DDR-Bürger als auch Ausländer. So hatte z. B. das Referat 3 (Sicherung von Transinter, IHZ und BIEG) 1987 76 IM zu führen und benutzte dazu 20 konspirative Wohnungen. Diese IM kamen vorwiegend im Ausland zum Einsatz.

Im Zusammenhang mit der Arbeit der BKK entstanden eine Vielzahl von Personen- und Firmendossiers. So wurden von 343 Firmen in aller Welt Informationen gesammelt, ausgewertet und bei Bedarf KoKo zur Verfügung gestellt. Wir als Handelsbereich 4 erhielten jedoch keinen Zugriff zu diesen Unterlagen und Informationen.

Das MfS und vor allem seine Hauptverwaltung Aufklärung hatte in der DDR ein Netz eigener Firmen aufgebaut. Diese sollten zum einen Operationen und Aktivitäten der Stasi abdecken. Zum ande-

ren waren sie in die Beschaffungsaktivitäten des MfS eingebunden und sollten nicht zuletzt die erforderlichen Valutamittel für den „Kampf an der unsichtbaren Front" erwirtschaften.

Genau hierfür war KoKo hervorragend geeignet. KoKo gab Mielke die Garantie, daß die ungestörte Arbeit der Stasi-Firmen gewährleistet und staatlich abgedeckt war. Andererseits konnte Mielke über seinen Oberst Schalck zu jeder Zeit per Befehl KoKo und die anderen Firmen dirigieren.

Zu den Firmen des MfS, die in den Bereich KoKo eingeordnet waren, gehörten u. a. Asimex, Camet und Gerlach. Ihre Arbeit wurde zwar direkt durch die HVA des MfS gesteuert und kontrolliert, aber die ökonomischen Fragen in der Arbeit dieser Firmen wurden im Bereich KoKo entschieden und die Gewinne an KoKo abgeführt.

Freilich wurden von KoKo operative Aufgaben der Stasi, wie man die Spionagetätigkeit der HVA oder anderer Hauptabteilungen vornehm umschrieb, nicht direkt finanziert, dafür war die Finanzabteilung des MfS zuständig. Aber es gab zum Beispiel eine mündliche Vereinbarung zwischen Mielke und Schalck, daß aus den Gewinnen von Asimex jährlich 1 Million DM dem MfS zur Verfügung gestellt werden. Die Firma Gerlach unterhielt und finanzierte ihrerseits eine Reparaturwerkstatt für die Fahrzeuge der HVA. Andererseits gab es auch die Finanzierung von Importen spezieller Technik für das MfS durch KoKo, so das sogenannte Objekt X.

Für diese Zwecke hatte man bei KoKo das Konto 0528 eingerichtet, das von Schalcks Stellvertreter und Leiter der Hauptabteilung I, Oberst Manfred Seidel, geführt wurde. Nach einer Niederschrift Seidels am 5. Dezember 1989 wurde dieses Konto aus folgenden Quellen gespeist:

– Abführungen aus der Außenhandelstätigkeit der Firmen, die der Hauptabteilung I von KoKo unterstellt waren,

– Bartransfer der evangelischen und katholischen Kirche der BRD für die Kirchen der DDR,

– Einnahmen aus Honoraren und Kautionen des Amtes für den Rechtsschutz des Vermögens der DDR,

– Einnahmen aus Sicherheitsleistungen der Generalstaatsanwaltschaft der DDR;

– weiteren diversen operativen Einlagen.

In den Einzahlungen des Amtes für Rechtsschutz war u. a. auch die Auflösung von Sperrguthaben der DDR-Bürger im Ausland und in den Abführungen der Generalstaatsanwaltschaft die Wiedergut-

machungsleistungen von BRD-Bürgern für schuldhaft verursachte Verkehrsunfälle innerhalb der DDR enthalten. Die „diversen operativen Einlagen“ setzten sich vor allem aus Einzahlungen der HV XVIII des MfS aus erpreßten „Wiedergutmachungsleistungen“ von Firmen und Bürgern der BRD und aus Abführung von Zahlungen westlicher Firmen und Vertretern an KoKo im „Interesse guter Geschäftsbeziehungen“ zusammen.

Manfred Seidel versuchte alles, um dieses Konto stets aufzufüllen. Dazu verscherbelte er sogar Asservatenbestände der „Schutz- und Sicherheitsorgane der DDR“. Dabei handelte es sich meist um Antiquitäten, Schmuck, Münz- und Briefmarkensammlungen und andere Gegenstände aus Edelmetallen. So beauftragte er im April 1987 die Kunst- und Antiquitäten GmbH des Bereichs KoKo, „die Ihnen aus den Asservatenlagern der Schutz- und Sicherheitsorgane übergebenen Gegenstände ihrem Charakter nach entsprechend aufzubereiten und sie mit einem maximalen Valutagewinn in das NSW zu exportieren. Dabei ist zu gewährleisten, daß keine Rückschlüsse über die Herkunft der Waren gezogen werden können.“

Laut Manfred Seidel hieß das Konto 0528 bei KoKo nur das „Mielke-Konto“, weil auf Befehl von Mielke „der Großteil von finanziellen Transaktionen mit Devisen aus dem Bereich des MfS bzw. für das MfS“ über das Konto 0528 abgewickelt wurde. Es war die Geldwaschanlage der Stasi.

Anfang Dezember 1989 betrug der Gesamtbestand auf dem Konto 0528 immerhin noch über 38 Mio. DM, von denen 20 Mio. DM bei westlichen Banken, überwiegend in der Schweiz, fest angelegt waren. Jährlich erfolgten Einzahlungen auf dieses Konto in Höhe von 35 bis 40 Mio. DM. Seidel oblag es, mit diesen Geldern alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu nutzen, Valutamittel für die DDR zu „erwirtschaften“. „Dabei gab es“, so Seidel wörtlich, „keine gesetzlichen Bestimmungen zu beachten. Das trifft für Inland und Ausland zu. Wobei im Ausland die Regelungen des jeweiligen Staates eingehalten werden mußten.“ Schalck und KoKo besaßen also den Freibrief, sich außerhalb der Gesetzlichkeit zu bewegen.

Weisungen zu Finanzierungen aus diesem Konto erhielt Seidel nur von Schalck persönlich. Schriftliche Dokumente dazu wurden nie angefertigt, es liegen lediglich Auszahlungsbelege vor, die den Verwendungszweck dokumentieren. Schalcks Entscheidungen beruhten allein auf Befehlen Mielkes und Weisungen Günter Mittags.

Finanziert wurden aus diesem Konto „alle offiziellen Sondergeschäfte der HA I von KoKo und alle operativen Vorgänge“. Eine

blumige Umschreibung. Denn dazu gehörten importierte Technik für die Stasi, Dienstfahrzeuge westlicher Herkunft für das Politbüro und ZK der SED sowie für die Regierung und die Ministerien für Staatssicherheit und des Inneren. 1987/1988 wurden aus diesem Konto dem Ministerium für Elektrotechnik und Elektronik 100 Mio. zum Import von Mikroelektronik bereitgestellt. Aber wie aus einer schwarzen Portokasse wurden daraus auch die persönlichen Jagdfahrzeuge von Honecker und Mittag bezahlt.

Selbstverständlich unterlag dieses Konto 0528, das bereits Anfang der siebziger Jahre bestand, strengster Geheimhaltung. Mielke befahl 1972, daß „Berichterstattungen ausschließlich an ihn persönlich zu erfolgen haben und eine Weitergabe an einen anderen Personenkreis nicht gestattet" wurde. Schalck setzte die gebieterische Geheimorder mit einem schriftlichen Vermerk vom 20. September 1972 gegenüber Seidel um. Es war also tatsächlich ein „Mielke-Konto", verwaltet von KoKo.

Neben dem Konto 0528 existierte noch ein weiteres, nicht weniger geheimes: das Konto 0628, das sogenannte Honecker-Konto. Über dieses war KoKo in den Häftlingsfreikauf eingebunden, fungierte also wiederum als Geldwaschanlage. Das letzteres der westlichen Seite jahrelang verborgen geblieben sein will, dürfte allerdings bezweifelt werden.

Schalcks Stellvertreter, Manfred Seidel, dazu im Januar 1990:

„Das Konto 0628 wurde auf Weisung Honeckers und Mittags 1974 im März eröffnet, und ich erhielt Weisung, auf meinen Namen ein solches Konto zu führen. Ich habe auch in diesem Fall das Konto unter Bezeichnung – Ministerium für Außenhandel M. Seidel – laufen lassen. Somit wurde eine Trennung zwischen den Geschäftsoperationen der Religionsgemeinschaften und dem Häftlingsfreikauf herbeigeführt.

Das Konto 0628 stand nur dem ehemaligen Generalsekretär direkt zur Verfügung, und ich verwaltete das Konto treuhänderisch, und für mich stand die Aufgabe, aus den eingegangenen Beträgen eine angemessene Verwertungssache zu organisieren... Freigaben bzw. Finanzierungen bestimmter Festlegungen und Beschlüsse bzw. Verfügungen liegen ... Ich möchte dazu erklären, wie das Konto gespeist wurde:

Wenn ein Häftlingsfreikauf über MfS mit Prof. Vogel erfolgte, bekam ich eine Gutschrift über Diak. Werk Stuttgart ... Die BRD-Seite war natürlich daran interessiert, Ware aus eigener Produktion zu liefern. Ich entschied dagegen Transit bzw. Devisenware zu er-

halten, um aus dieser Ware Valuta für die DDR zu erwirtschaften und das Bargeld dem Konto 0628 zuzuführen. Die Waren und die Finanzoperation wurden über den AHB Intrac organisiert und auch bei mir ordnungsgemäß abgerechnet ...

Außerdem wurde der Bartransfer der kath. Kirche über das Konto 0628 abgewickelt. Unter den gleichen organisatorischen Bedingungen."

Zugleich legte Seidel eine Bilanz über diese Konto vor. Danach befanden sich über 2,1 Milliarden DM auf dem Konto, von denen 2,08 Milliarden DM bei der Deutschen Handelsbank fest angelegt waren. Viel Geld, sehr viel „Schwarzgeld" zu einem Zeitpunkt, da nach der offiziellen Zahlungsbilanz die DDR kurz vor der Pleite stand.

Entsprechend der von Seidel vorgelegten Bilanz wurden aus diesem Konto seit 1976 über 1,09 Milliarden DM laut Honecker-Weisung finanziert, darunter auch 1978 5,4 Mio. DM für unsere ersten Embargoimporte aus Japan und 1981 für 140 Mio. DM für den Import von Pkw gleichfalls aus Japan. Rund 70 Mio. DM wurden 1981 bis 1988 für die Unterstützung Nicaraguas und 80 Mio. DM 1980 für die Unterstützung der Volksrepublik Polen aufgewendet. Die überwiegende Mehrzahl der finanziellen Mittel wurden jedoch eingesetzt, um kurzzeitig Versorgungslücken in der DDR zu schließen. Dazu gehörte z. B. im Jahr 1976 der Import von Obst und Gemüse im Wert von 48 Mio. DM und 800.000 Paar Schuhe im Wert von 42 Mio. DM wie in der Folgezeit Baumwoll-, Kartoffel- und Getreideimporte. Noch im Oktober 1989 wurden aus diesem Konto 35 Mio. DM für die „Weihnachtsversorgung" der Bevölkerung zur Verfügung gestellt.

Die Stasi nutzte KoKo aber nicht nur als Geldwäsche, sondern auch, um seine vielseitigen eigenen Aktivitäten, beispielsweise zur Beschaffung spezieller Technik für nachrichtendienstliche Zwecke, abzudecken. Zu diesem Zweck wurden auf Befehl Mielkes in der Wallstraße sechs hauptamtliche Mitarbeiter der Rückwärtigen Dienste des MfS stationiert – die Arbeitsgruppe (AG) Baude.

Die AG Baude löste ihre Aufgaben ziemlich selbständig, unterstand nicht KoKo, konnte aber den Bereich KoKo nach außen und innen als Tarnkappe nutzen. Neben eigenen Firmenverbindungen nutzte die AG Baude die Beschaffungsmöglichkeiten über die im Ausland angesiedelten KoKo-Firmen. KoKo hatte im westlichen Ausland, besonders in der Schweiz, zahlreiche eigene Firmen ge-

gründet oder sich an Firmen kapitalmäßig beteiligt. Auch hier nutzte Baude KoKo als Tarnung.

Aber Schalck war mehr als der agil-erfolgreiche Hans-Dampf-in-allen-Gassen, der lediglich Versorgungslücken schließen oder als „Devisenbeschaffer" Löcher im DDR-Staatssäckel stopfen mußte. Vielmehr war er als Vertrauensperson Honeckers der Verhandlungsführer in zahlreichen offiziellen und inoffiziellen Gesprächen und Verhandlungen nicht nur mit Franz Josef Strauß, sondern auch mit Politikern anderer Parteien und der Bundesregierung. Abgeschlossene Vereinbarungen zwischen den Regierungen der DDR und der BRD wurden von ihm vorbereitet und trugen seine Handschrift. Aus dem Hintergrund wirkte stets federführend das MfS.

Generalleutnant Irmler, Leiter der Zentralen Informationsgruppe (ZAIG) des MfS sagte dazu:

„Wir von der ZAIG waren gehalten, Vorschläge zu erarbeiten zu den Beziehungen zwischen DDR und BRD auf konkreten Gebieten, z. B. dem Reiseverkehr. Dies war veranlaßt durch entsprechende Veranlassungen Erich Mielkes. Wir erhielten vom Minister Niederschriften über Gespräche, die Dr. Schalck mit Vertretern der BRD offiziell und vertraulich geführt hat. Unser Auftrag war es dann zu prüfen, welche Vorschläge dort unterbreitet wurden. In der Regel stellte Mielke uns bestimmte Aufgaben, z. B. die Folgen der Einführung von Mehrfach-Berechtigungsscheinen für Westberliner unter sicherheitspolitischen Aspekten zu prüfen ...

Der von Schalck genannte Personenkreis hat, Schalck eingeschlossen, sich über die anstehenden Fragen wiederholt beraten. Die Beratungen fanden in Schalcks Arbeitszimmer statt. Kernpunkte der von uns erarbeiteten Verhandlungspositionen war, daß trotz der damaligen Rüstungskonfrontation die wirtschaftliche Kooperation mit der BRD nicht beeinträchtigt werden durfte. Ferner mußten aus unserer Sicht zusätzliche menschliche Beeinträchtigungen zwischen beiden deutschen Staaten vermieden werden. Dies hätte die wirtschaftliche Entwicklung der damaligen DDR sicher weiter beeinträchtigt und in der Folge die DDR im Inneren erschüttert. Diese Grundposition wirkte sich in den Vorschlägen, die der vorerwähnte Personenkreis, also Karl Seidel, Dieter Paul, Alexander Schalck und meine Person, erarbeitete bis in die Details prägend aus."

Karl Seidel war Abteilungsleiter im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR.

KoKo war also nichts weniger als ein normaler Bereich des Außenhandels der DDR. Das Unternehmen und sein berühmter Chef

waren umfassend ins Netz der DDR-Staatssicherheit eingebunden. Der „Berufsrevolutionär“ und „Parteiarbeiter“ Mielke kontrollierte nicht nur alle Aktivitäten von KoKo, sondern bestimmte ihren Inhalt. Alles, was KoKo tat, war den Interessen des MfS untergeordnet, diente der Staatssicherheit und der SED-Führung. Eine Heilige Dreifaltigkeit, eine unheilige Allianz – die Partei, ihr „Schild und Schwert“ und deren wieselflinker Schildknappe.

Wechselnde Prokura und fehlende Kontrolle

Der Direktionsbereich Anlagenimport

In der VVB Bauelemente und Vakuumtechnik (VVB BuV) wurde in der ersten Hälfte der sechziger Jahre eine Abteilung unter den Namen Anlagenimport gebildet, die von Wolfram Zahn geleitet wurde. Diese Abteilung hatte anfangs nur vier Mitarbeiter und war für die technische Vorbereitung der Importe dieser VVB an Produktionsausrüstungen aus sozialistischen und nichtsozialistischen Ländern verantwortlich. Sie hatte keine Außenhandelsrechte, und so erfolgten die Importe über den Außenhandelsbetrieb Elektrotechnik.

Strategisch zielte die Arbeit jedoch darauf ab, daß neben der technischen Vorbereitung auch geeignete Bezugswege für die Importe ermittelt wurden, auf die der AHB Elektrotechnik zurückgreifen konnte. So wurden erste Möglichkeiten für den Bezug von Embargowaren erschlossen und die erste Produktionslinie für Halbleiterbauelemente für das Halbleiterwerk in Frankfurt/Oder über Liechtenstein importiert. Das Konzept zur Bildung dieser Abteilung wurde im MfS geboren und entsprechend arbeitete bereits zum damaligen Zeitpunkt der Anlagenimport unter Anleitung und Kontrolle der Stasi-Hauptverwaltung XVIII, Abteilung 8. Verantwortlich: mein Führungsoffizier Artur Wenzel.

Er war es auch gewesen, der mich 1965 als Stellvertreter von Wolfram Zahn in die Abteilung Anlagenimport vermittelt hatte. Ich sollte mit meiner Außenhandelserfahrungen diese kleine Abteilung gemeinsam mit Zahn kurzfristig zu einem leistungsfähigen Importbereich aufbauen. Aus der Zielrichtung unserer Arbeit wurde – natürlich streng vertraulich – von Anfang an kein Hehl gemacht: der Import von Embargowaren für den Bereich Elektrotechnik/Elektronik.

Die Minister für Außenhandel und Elektrotechnik/Elektronik schlossen – gleichfalls mit Hilfestellung des MfS – eine Vereinbarung, die eine Überleitung des Importkontors vom AHB Elektro-

technik zur VVB Bauelemente und Vakuumtechnik festlegte. Damit wurde der VVB BuV das Recht zum Abschluß von Importverträgen mit Partnern aus nichtsozialistischen Ländern unter den Namen des AHB Elektrotechnik übertragen, der AHB Elektrotechnik behielt gewissen Kontrollrechte und durfte die Verantwortung für den Importplan tragen.

Auf dieser Grundlage wurde der Direktionsbereich Anlagenimport mit zwei Abteilungen aufgebaut: eine Abteilung für die Vorbereitung und den Abschluß der Verträge, die den Namen Anlagenimport behielt, und eine Abteilung für die Vertragsabwicklung und -abrechnung. Ich wurde Leiter der Abteilung Anlagenimport und Stellvertreter des Direktors Wolfram Zahn. In meiner Zuständigkeit lagen also die Warenbeschaffung und die Auswahl und Zusammenarbeit mit den Lieferanten, einschließlich der Beschaffungslinien für Embargowaren. Als meinen Stellvertreter holte ich mir aus dem AHB Heim-Electric Dietrich Kupfer, der bereits dort als einer meiner Abteilungsleiter tätig war und gleichfalls über langjährige Außenhandelserfahrungen verfügte.

Gemeinsam mit Kupfer konzentrierte ich mich sofort darauf, Beschaffungslinien für Embargowaren aufzubauen. Und in der Tat vermochten wir recht kurzfristig, erste Erfolge zu erzielen und erstmalig computergesteuerte Meßautomaten für das noch junge Halbleiterwerk in Frankfurt/Oder über die BRD zu beschaffen. Zugute kamen uns dabei unsere langjährigen Verbindungen zu Firmen und Konzernen in der westlichen Welt. Mit meinen Ausscheiden aus der VVB Ende 1972 übernahm Dietrich Kupfer meine Funktion und wurde Stellvertreter von Zahn.

Mit der Auflösung der VVB und der Bildung des Kombinats Mikroelektronik wurde der Direktionsbereich Anlagenimport in das Kombinat Mikroelektronik übergeleitet, und Wolfram Zahn übernahm als Leiter des Direktorats auch die Funktion eines Stellvertreters des Generaldirektors. Das war eine formale Zuordnung, denn der Generaldirektor des Kombinats, Heinz Wedler, besaß keinerlei Weisungsbefugnis zur inhaltlichen Arbeit dieses Direktorats oder gegenüber Zahn.

Nicht ohne Zutun der Staatssicherheit hatte sich zwischenzeitlich die Tätigkeit des Direktorats längst verselbständigt. Die Arbeit erfolgte auch nicht mehr unter dem Tarnnamen des AHB Elektrotechnik, sondern alle Verträge wurden unter dem Namen der Fa. Günther Forgber, der bereits genannten Vertreterfirma unter Regie von KoKo und MfS, abgeschlossen. Forgber verfügte allerdings über

keinerlei Kontrollrechte oder Möglichkeiten der Einflußnahme auf das Direktorat Anlagenimport. Wolfram Zahn dagegen erhielt Prokura für die Fa. Günther Forgber.

Einfach weil der Bedarf stetig anwuchs, entwickelte sich Anlagenimport zum leistungsfähigsten Beschaffungsorgan von Embargowaren der Elektrotechnik/Elektronik und zu einem schlagkräftigen Instrument des MfS. Der Außenhandel blieb ohne reale Einflußmöglichkeiten, eine wirksame Überprüfung durch staatliche Organe, insbesondere eine Kontrolle der Finanzbeziehungen durch die Staatliche Finanzrevision, war nicht mehr gegeben. Die Stasi konnte schalten und walten wie sie wollte. Über Wenzel und seine Abteilung wurde das Direktorat Anlagenimport für die eigenen Zwecke voll genutzt, eigene Aktivitäten abgedeckt und mit vorhandenen Mitteln manipuliert, indem vom Einkaufspreis der Ware ein bestimmter Prozentsatz als sogenannte Provisionszahlung automatisch einbehalten und dem MfS für seine Zwecke zur Verfügung gestellt wurde. Zahn persönlich wurde immer stärker für spezifische Beschaffungsaufgaben der Stasi herangezogen. Bald überließ er die Arbeit des Direktorats Dietrich Kupfer. Dieser avancierte zum Leiter des Direktorats Anlagenimport, und Zahn in seiner Funktion als Stellvertreter des Generaldirektors beschränkte sich fast ausschließlich auf die formale und oberflächliche Kontrolle von Kupfer und seines Direktorats.

Nicht ohne Rückendeckung durch das MfS widersetzten sich Zahn und Kupfer allen Versuchen des Außenhandels und des Finanzministeriums mit Erfolg, die Arbeit des Direktorats Anlagenimport zu kontrollieren. Ende 1982 mußten sie jedoch knirschend zustimmen, daß die Arbeit auf dem Markt nicht mehr unter den Namen der Fa. Günther Forgber, sondern unter dem des AHB Elektronik fortgesetzt werden sollte. Damit wurde dem AHB in meiner Person als Stellvertreter des Generaldirektors zumindest eine eingeschränkte Kontroll- und Anleitungsfunktion übertragen. Gewiß keine einfache Situation für mich, der einmal mehr zwischen allen Stühlen saß.

Eine befriedigendere Lösung wurde dann 1986 gefunden, als das Direktorat Anlagenimport aus dem Kombinat Mikroelektronik ausgegliedert und in den neu gegründeten Handelsbereich 4 einbezogen wurde. Dieser wiederum unterstand nur KoKo, d. h. Zahn konnte seinen Einflußmöglichkeiten nur noch hinterherwinken. Dennoch wurde der Schein aufrechterhalten: Zahn verblieb als Stellvertreter des Generaldirektors formal im Kombinat Mikroelek-

tronik, löste spezifische Beschaffungsaufgaben für die Stasi und koordinierte das Zusammenwirken mit den speziellen Beschaffungsorganen (SBO) des MfS.

Die Spezialisten

SWT – der Sektor Wissenschaft und Technik in der HVA des MfS

Spionage ist fast so alt wie die Menschheit. So wird bereits im Alten Testament davon berichtet, daß Moses Männer ausschickte, die Kanaan erkunden sollten, jenes Land, wo Milch und Honig fließen. Und seitdem moderne Industriestaaten existieren, gibt es auch Industriespionage. Diese richtet sich nicht nur gegen den Feind, sondern ist auch zwischen Bundesgenossen üblich, wie u. a. Peter Schweizer in seinem Buch „Diebstahl bei Freunden“[14] überzeugend schildert. Japaner, Deutsche, Franzosen, Südkoreaner, Israelis oder US-Amerikaner – sie alle sind zwar Verbündete, zugleich aber auch Konkurrenten auf dem Weltmarkt. Alle haben ein Heer von Agenten in Marsch gesetzt, um bei den Freunden geistiges Eigentum zu stehlen und somit der eigenen Volkswirtschaft einen Vorsprung zu verschaffen. Die Späher der Nachrichtendienste konzentrieren sich zunehmend auf Wirtschaft, Wissenschaft und Industrie in anderen Ländern. Sie plündern wissenschaftliche Entdeckungen und technisches Know-how, beschaffen illegal technologische Verfahren, deren Eigenentwicklung ansonsten Jahre dauern und Millionen kosten würde. Ein äußerst profitables Geschäft.

Natürlich hatten auch die sozialistischen Staaten ihre Kundschafter ausschwärmen lassen, um aus dem Westen „Milch und Honig“ heimzutragen. Die DDR machte da keine Ausnahme.

So darf es kaum verwundern, daß innerhalb der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS die ökonomische und wissenschaftlich-technische Spionage einen Schwerpunkt darstellte. Verantwortlich dafür war vor allem der Sektor Wissenschaft und Technik (SWT) unter seinem Chef Generalmajor Horst Vogel, der gleichzeitig Stellvertreter des Leiters der HVA war.

Die Objekte der Begierde von SWT waren moderne industrielle Fertigungs- und Schlüsseltechnologien, besonders die der Mikroelektronik. Neueste wissenschaftlich-technischer Lösungen, interne wirtschaftsstrategische Dokumente, Muster neuer Erzeugnisse und

---

14 Peter Schweizer: Diebstahl bei Freunden, Reinbek bei Hamburg 1993.

Werkstoffe, Dokumentationen aus Forschung, Entwicklung und Produktion wurden heimlich beschafft und ausgewertet. Oder volkstümlich ausgedrückt: Sämtliches, was im Westen nicht niet- und nagelfest war, der ökonomischen Entwicklung der DDR diente, Produktivität und Effektivität steigerte, Entwicklungszeiten und -kosten sparte, das regte den Appetit der Staatssicherheit an. Selbstverständlich zählte dazu auch all das, was sich zum Unterlaufen des CoCom-Embargos eignete.

Da bei der Stasi nun wirklich nichts dem Zufall überlassen wurde, gab es dafür gleichfalls eine ausgeklügelte Instruktion: Gemäß Befehl 2/87 des Ministers für Staatssicherheit vom 12. März 1987 war Generalmajor Horst Vogel für die Durchsetzung aller Maßnahmen des gesamten MfS bei der Beschaffung von Embargogütern verantwortlich. Er leitete die Arbeitsgruppe „Embargo“, in die außerdem die Leiter der Hauptabteilung XVIII, des Operativtechnischen Sektors (OTS), der Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung (BKK), der SWT-Abteilungen XIV und V und der Arbeitsgruppe XV/BVs einbezogen waren.

Folge Aufgaben der Arbeitsgruppe wurden im Befehl festgelegt:

– Erfassung aller Möglichkeiten und Beziehungen des MfS zur Beschaffung von Embargogütern,

– Prüfung der Voraussetzungen für neue Beschaffungswege,

– Organisation der Beschaffung durch die einzelnen Diensteinheiten,

– Anregungen zum Erlassen zweckdienlicher Weisungen über die Beschaffung und ihre operative Sicherung,

– Abstimmung von Aufträgen und Beschaffungsmöglichkeiten mit den Erfordernissen der Volkswirtschaft.

Bei der Beschaffung von Embargowaren wickelte SWT im weitesten Sinne auch Außenhandelsgeschäfte ab. Vor allem aber war man damit beschäftigt, militärisch bedeutsame Embargogüter zu besorgen und dort quasi als Feuerwehr einzuspringen, wo andere Stellen Schwierigkeiten oder gar keine Möglichkeiten hatten. Logisch, daß sich viele Mitarbeiter von SWT nicht nur als Elite des MfS, sondern sogar innerhalb der Hauptverwaltung Aufklärung fühlten.

Das Spektrum des Auskundschaftens war bei SWT breit gefächert:

Drei Abteilungen und eine Arbeitsgruppe beschäftigten sich allein mit der operativen Arbeit in Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Handel.

Die Abteilung VIII war für den Bereich Grundlagenforschung und -entwicklung, Chemie, Biologie, Medizin, Kernphysik, Agrowissenschaften, Gentechnologie und neuartige Forschungsgebiete zuständig.

Die Abteilung XIV arbeitete im Bereich der Forschung, Entwicklung und Produktion der Elektrotechnik/Elektronik und damit schwerpunktmäßig vor allem für die zivile und militärische Fernmeldetechnik, die Mikroelektronik, Optoelektronik, Lasertechnik, Computertechnik einschließlich Software, die Feinmechanik/Optik und den wissenschaftlichen Gerätebau. Leiter dieser Abteilung war Oberst Horst Müller. Ein Referat dieser Abteilung unter Leitung von Oberst Reichmuth war im Kombinat Carl Zeiss in Jena stationiert.

Die Abteilung XV arbeitete für den Maschinen-, Anlagen- und Fahrzeugbau, für den Schiffbau sowie die Luft- und Raumfahrt.

Die Abteilung V formulierte die Aufgabenstellungen für die operativen Abteilungen (Beschaffung) und war das Auswertungsorgan von SWT. Sie wertete beschaffte Dokumentationen nicht selbst aus, sondern konzentrierte sich darauf, den Informationsfluß zu steuern, die beschafften Informationen an die Bedarfsträger weiterzuleiten sowie die Aufklärungsresultate zu verwalten und administrativ und finanztechnisch zu bearbeiten. Im Alltag sah das so aus, daß die Abteilung die ermächtigten Leiter in den Industrieministerien, Kombinaten, Forschungseinrichtungen und Streitkräften kontaktierte, deren Wünsche zur Informationsbeschaffung entgegennahm und an die operativen Beschaffungsorgane weiterleitete. Nach Abschluß einer Aktion wurden die Resultate an die betreffenden Stellen weitergeleitet. Die Auswertung selbst erfolgte beim jeweiligen Empfänger, die Auswerter oder Auswertegruppen waren freilich vorher von SWT handverlesen, bestätigt und zur Geheimhaltung verpflichtet worden.

Nicht zuletzt wurde SWT vom Operativ-technischen Sektor des MfS (OTS) – Operativ- und Kriminaltechnik – unterstützt, der seinerseits wiederum diesen Sektor mit moderner Kriminal- und Spionagetechnik ausrüstete.

Um an Informationen und Dokumentationen heranzukommen, gibt es sicherlich mehr als tausend Wege. Einer der beliebtesten und einfachsten ist der der Abschöpfung. Die Abschöpfung liegt im Graubereich zwischen offener und geheimer Nachrichtenbeschaffung. Sie beginnt beispielsweise dann, wenn ein Wissenschaftler oder Techniker – der von einem Nachrichtendienst gesteuert ist,

ohne jedoch den wahren Hintergrund zu kennen – eine Fachsimpelei initiiert und seinen gutgläubigen Gesprächspartner dazu bringt, mit seinen Kenntnissen und wissenschaftlichen Erfolgen öffentlich zu prahlen. Solche Abschöpfungsarbeit haben selbstverständlich auch wir als KoKo-Außenhändler betrieben, denn wenn wir mit den Fachexperten von Toshiba oder Sharp in Tokio im Teehaus saßen, wurde nicht nur über hübsche Geishas geplaudert.

Ist dagegen eine Information nicht frei zugänglich und kann sie auch nicht durch Abschöpfung gewonnen werden, beginnt die eigentliche nachrichtendienstliche Tätigkeit. Das reicht dann von der Aufzeichnung des Fernmeldeverkehrs über das Abhören von Betriebsstätten, Labors und Wohnungen bis zum Einsatz von Agenten. Letzteres ist nicht nur Sahnehäubchen, sondern Rohkornbrot jeglicher nachrichtendienstlichen Tätigkeit.

Davon weiß auch Heribert Hellenbroich, ehemaliger Präsident des BND, zu berichten:

„Es gibt die Möglichkeit, in das auszuspähende Objekt den Mann/Frau seines Vertrauens ‚einzuschleusen'. Der Agent kann dabei unter seiner wahren Identität, aber auch unter falschen Personalien auftreten. Letzteres haben beispielsweise die Nachrichtendienste der DDR über die Jahre hinweg erfolgreich praktiziert, indem sie DDR-Bürger mit den Personalien ausgewanderter Bundesbürger ausgestattet haben ... Die andere Möglichkeit besteht darin, einem im Objekt bereits tätigen Mitarbeiter als Agenten zu ‚werben' ...

Nachrichtendienste haben die Erfahrung machen müssen, daß der Agent, sofern er im Betrieb untergeordnete Funktionen ausübt, nicht in der Lage ist, die von ihm gelieferten Dokumente zu erläutern, Widersprüche aufzuklären oder die Erkenntnisse zu kommentieren (bei der politischen Spionage sprechen die Dokumente für sich selbst!). Also muß an den Mitarbeiter herangegangen werden, der an verantwortlicher Stelle im Betrieb, beispielsweise in der Abteilung ‚Forschung und Entwicklung', arbeitet und damit in der Lage ist, die hochkomplizierten Formeln und Berechnungen zu erklären ...

Wie schon angedeutet, spielt bei der Spionage auf diesem Sektor das ‚Dokument' die entscheidende Rolle. Die zu beschaffenden Informationen sind so kompliziert, daß beim bloß mündlichen Bericht zu viele Fehler und Lücken entstehen würden."[15]

In den operativen Abteilungen von SWT waren fähige Spezialisten eingesetzt, die sehr wohl in der Lage waren, auf dem Gebiet

---

15 Udo Ulfkotte: Verschlußsache BND, München 1997, S. 329 f.

der Wirtschafts- und Industriespionage erfolgreich zu agieren. SWT verfügte zudem über einige Tarnfirmen in der DDR, über die zahlreiche Operationen, besonders zur Beschaffung von Embargowaren, als Außenhandelsgeschäfte abgewickelt wurden. Dazu gehörten solche Firmen wie Interport und Intertechna. Logischerweise unterstanden sie weder dem Ministerium für Außenhandel noch Schalcks Bereich Kommerzielle Koordinierung, sonder direkt der HVA.

Die Beschaffer von SWT arbeiteten natürlich nicht mit den üblichen kommerziellen, sondern mit speziellen, geheimdienstlichen Methoden. Wie diese aussahen, wurde in einem Strafverfahren wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit im März/April 1992 vor dem Oberlandesgericht Stuttgart (4 OS 14/91) deutlich. In der Urteilsbegründung heißt es:

„Während der Herbstmesse 1986 in Leipzig lernte der Angeklagte den damaligen Leiter des Betriebsteils Backofenbau des VEB Fortschritt in Bautzen, Lothar Paulick, kennen. Neben den geschäftlichen Beziehungen entwickelte sich auch ein freundschaftliches Verhältnis zwischen den beiden. Paulick war aber, was der Angeklagte nicht wußte, inoffizieller Mitarbeiter des MfS der DDR. Er lieferte unter dem Decknamen ‚Peter Becher‘ Berichte an den Geheimdienst über sämtliche Kontakte, die er zu ‚Westpersonen‘ unterhielt, insbesondere nach Reisen in das ‚nichtsozialistische Ausland‘. Nach einem Zusammentreffen mit dem Angeklagten im März 1987 in der Bundesrepublik berichtete er seinem Verbindungsoffizier über dessen persönliche und wirtschaftliche Situation. Insbesondere aufgrund seiner finanziellen Notlage erschien ihnen der Angeklagte für eine nachrichtendienstliche Anwerbung interessant.

Paulick vermittelte daraufhin ein Treffen am 20. Mai 1987 im Hotel ‚Newa‘ in Dresden zwischen dem Angeklagten und zwei Mitarbeitern des MfS, Major Petruschke und Oberstleutnant Naumann, die sich unter den Namen ‚Steinert‘ und ‚Hauptmann‘ zunächst als Mitarbeiter des Ministerrates der DDR ausgaben. (Eine Legende, die in vielen Fällen von den MfS-Offizieren genutzt wurde. G. R.) Sie sprachen mit ihm über die Möglichkeiten für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit auf den verschiedensten Gebieten. Insbesondere interessierten sie sich dafür, ob er bereit sei, ihnen unter Umgehung der bestehenden Embargobestimmungen Waren aus dem Bereich der Hochtechnologie und Elektronik für die DDR zu beschaffen. Der Angeklagte zeigte sich ... nicht abgeneigt und vereinbarte eine neue Zusammenkunft für den 6. Juli 1987.

Da er zutreffend erkannt hatte, daß er für einen fremden Nachrichtendienst angeworben werden sollte, wandte er sich an das Landesamt für Verfassungsschutz.

... Spätestens am 14. September entschloß sich der Angeklagte aber doch für das MfS nachrichtendienstlich tätig zu werden. Er kam an diesem Tag erneut mit Petruschke und Naumann im Hotel ‚Newa' in Dresden zusammen und brachte ihnen gewünschte Unterlagen über Sprechfunkgeräte mit. Naumann gab sich ihm gegenüber dieses Mal offen als geheimdienstlicher Mitarbeiter der ‚Sicherheitsorgane' der DDR zu erkennen und forderte ihn auf, künftig für das MfS zu arbeiten. Der Angeklagte sollte einerseits gegen Zahlung von Provisionen Embargowaren und andere wertvolle elektronische Geräte beschaffen ...

Andererseits sollte er Informationen aus dem Bereich der Wirtschaft und Hinweise auf Fachleute aus der Elektronikbranche geben, die sich für eine nachrichtendienstliche Tätigkeit eigneten. Naumann schlug dem Angeklagten vor, deshalb im Raum Sindelfingen/Böblingen Kontakt zu Mitarbeitern der Firma IBM aufzunehmen, die in der Lage wären, Quellcodes für Betriebssysteme von IBM-kompatiblen Computern und Vier-Mega-Bit-Chips zu besorgen. Er richtete auch das Ansinnen an ihn, eventuell eine konspirative Wohnung auf den Fildern – bei Stuttgart – anzumieten.

Der Angeklagte erklärte sich grundsätzlich bereit, für das MfS zu arbeiten. Zum einen versprach er sich dadurch finanzielle Vorteile, zum anderen Vergünstigungen für sich und seine zukünftige Frau, die er Mitte 1987 kennengelernt hatte. Er unterschrieb eine Verschwiegenheitserklärung und erhielt daraufhin für Terminabsprachen Deckadressen und -telefonnummern.

Beim Landesamt für Verfassungsschutz verschwieg der Angeklagte ... den wahren Inhalt des Gesprächs vom 14. September 1987. Er spiegelte dem Verfassungsschützer Eckert vor, er werde dessen Rat befolgen und den Kontakt zu den MfS-Leuten abbrechen ...Es fanden insgesamt mindestens 24 nachrichtendienstliche Treffs in Dresden und Ostberlin mit dem Angeklagten statt."

Um die Arbeitsweise von SWT richtig zu verstehen, ist vor allem folgender Auszug aus dem Urteil noch zu sehen.

„Im Mai 1987 lernte der Angeklagte in Dresden seine jetzige Ehefrau kennen, die er im April 1989 heiratete. Anfang Juni 1989 wurde ihr von den Behörden der DDR die Ausreise nach Westberlin gestattet ..."

Der zeitliche Zusammenhang des Kennenlernens seiner späteren Ehefrau und des ersten Kontaktes zum MfS wirft natürlich die Frage auf, ob das nicht ein Arrangement des MfS war. Eine übliche Methode der Geheimdienste, speziell auch des MfS. Ein umgekehrter Romeo-Fall. Eine Julia statt ein Romeo? Methoden dieser Art haben wir niemals praktiziert. Wir hatten sie nicht nötig.

Außer der „nebenberuflichen" IM-Tätigkeit vieler Mitarbeiter von KoKo, einschließlich des Handelsbereichs 4, gab es zahlreiche Berührungspunkte zwischen SWT-Aufklärern und Schalcks Unternehmen. So wurde eng mit der HA XVIII zusammengearbeitet, um die Auswerter und Auswertegruppen abwehrmäßig abzusichern, um die vorhandenen Verbindungen dieser Hauptabteilung in das „Operationsgebiet" zu nutzen oder um die Embargoimporte, die durch zivile Organe unter Anleitung und Kontrolle der HA XVIII realisiert wurden, untereinander abzustimmen. Weiterhin arbeiteten schon aufgrund der Organisations- und Befehlsstruktur im MfS SWT und die Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung unter Leitung von Oberst Karl Heinz Herbrig eng zusammen. Beispielsweise dann, wenn die Verbindungen von KoKo genutzt werden mußten, um Muster und Geräte aus dem „Operationsgebiet" zu beschaffen, zu denen SWT keinen eigenen Zugriff hatte.

Von all diesen Aktivitäten hatten wir im Handelsbereich 4 bei KoKo höchstens eine dunkle Ahnung, wie wir auch nicht an direkten nachrichtendienstlichen Aktivitäten zur illegalen Beschaffung von wissenschaftlich-technischen Dokumenten beteiligt waren. Aber natürlich nutzten wir alle sich bietenden Möglichkeiten, um unsere Partner im Westen bei Verhandlungen über wichtige Importobjekte voll abzuschöpfen. Parteiauftrag und Jägerinstinkt gingen eben Hand in Hand.

Die Mikroelektronik in der Wirtschaftspolitik der SED-Führung

Schmuggelwege über Liechtenstein

Die Entwicklung der DDR-Mikroelektronik vor dem XI. Parteitag

Die Elektroindustrie der DDR kam nicht aus einem schwarzen Loch (auch wenn sie dann viel später fast gänzlich darin verschwand). Vielmehr hatte sie Tradition und war sogar durchaus leistungsfähig. So hatte die Produktion konventioneller elektronischer Bauelemente von Anfang einen hohen volkswirtschaftlichen Stellenwert. Und nach dem Erscheinen des Transistors auf dem Weltmarkt wurden umgehend eigene Aktivitäten zur Entwicklung und Produktion von Halbleiterbauelementen entfaltet. Anfang der sechziger Jahre wurde als erster moderner Betrieb zur Herstellung von Halbleiterbauelementen das Halbleiterwerk Frankfurt/Oder, ein Neubau auf grüner Wiese, errichtet, und mit der Arbeitsstelle für Molekularelektronik in Dresden entstand das erste Forschungszentrum für Mikroelektronik. Ab Mitte der sechziger Jahre wurden über den Aufbau eines speziellen Applikationszentrum für Elektronik verstärkte Anstrengungen unternommen, um elektronische Bauelemente in allen Bereichen der DDR-Industrie anzuwenden, d. h. die Mikroelektronik als moderne Technologie einzuführen.

Doch bereits zu diesem Zeitpunkt war ein Großteil der notwendigen Produktionsausrüstungen und Geräte für die Forschung und Entwicklung nur aus dem Westen zu beschaffen. Die erste Produktionsstraße für Transistoren in Frankfurt/Oder mußte konspirativ über Liechtenstein ins Land geschmuggelt werden. Dabei sammelten wir im Direktionsbereich Anlagenimport der VVB Bauelemente und Vakuumtechnik unsere ersten Erfahrungen im Embargohandel.

In den siebziger Jahren zeichnete sich auf diesem wichtigen Gebiet von Wissenschaft und Technologie weltweit eine völlig neue Entwicklungsetappe ab. Die SED-Führung reagierte darauf im August 1979 – wie sollte es anders sein? – mit einem Politbürobe-

schluß über die „Langfristige Konzeption zur beschleunigten Entwicklung und Anwendung der Mikroelektronik in der DDR“. In der Folge stand die Mikroelektronik in der DDR unter ständiger Obhut von Erich Honecker und Günter Mittag. Obwohl sich die Parteiführung als Über-Vater um alles kümmerte, auch um sämtliche wirtschaftliche Belange, war die Sache diesmal nicht so einfach administrativ zu regeln wie etwa die Versorgung der Bevölkerung mit Damenschlüpfern oder Klopapier. Im Gegenteil: Die DDR vermochte nicht, in der Mikroelektronik mit dem internationalen Tempo Schritt zu halten, geschweige denn den Rückstand aufzuholen. Also schob man gut zwei Jahre später, im Dezember 1981, einen neuen Beschluß nach – „Zur weiteren beschleunigten Entwicklung und Einführung der Mikroelektronik in der Volkswirtschaft der DDR“. Nicht, daß die führenden Genossen willens oder imstande gewesen wären, die Situation realistisch und selbstkritisch einzuschätzen – da war Honeckers Losung „Das Erreichte ist nicht das Erreichbare“ schon das höchste der Gefühle. Nein, man beweihräucherte sich, propagierte Spruchblasen, wonach alles nur „noch besser“, „noch wirksamer“ oder „weiter beschleunigt“ werden müßte ...

Aber bei aller Erfolgshascherei kam man selbst im SED-Führungszirkel nicht an volkswirtschaftlichen Sachzwängen vorbei. So an der Einsicht, daß für die Entwicklung von Mikroelektronik und Hochtechnologien umfangreiche Investitionen mit einem enormen Finanzbedarf erforderlich waren. Diese Erkenntnis spiegelte sich u. a. in einem „Investitionsprogramm der Mikroelektronik“ wider, welches das SED-Politbüro im September 1985 verabschiedet hatte. Dafür sollten im Zeitraum von 1986 bis 1990 16,5 Milliarden Mark/DDR bereitgestellt werden. Allein für notwendige Westimporte waren 1,3 Milliarden Valutamark vorgesehen, in Mark der DDR waren das 5,2 Milliarden, etwa ein Drittel der notwendigen Investitionen mußte also aus dem Westen kommen. Der Parteiführung war zugleich bekannt, das dies zu einem beträchtlichen Teil nur durch Embargoimporte geschehen konnte und daß damit die vorgegebenen Ziele äußerst risikobehaftet waren. – Mit anderen Worten: Die Zukunft der Mikroelektronik der DDR stand in den Sternen, und ausgerechnet wir sollten diese vom Himmel holen.

Die Karte stimmt, die Landschaft ist falsch!

Der Beschluß des XI. Parteitages zur weiteren Entwicklung der Mikroelektronik

Anfang 1986 liefen die Vorbereitungen zum XI. Parteitag der SED auf Hochtouren. Das gesamte Leben in der DDR war auf diesen „gesellschaftlichen Höhepunkt" zugeschnitten. Die Zeitungen langweilten ihre Leser mehr als zuvor mit dem seitenlangen Abdruck von „Wettbewerbs-" und „Kampfprogrammen" sowie Huldigungs- und Ergebenheitsadressen an das ZK der SED sowie seinen ersten Mann. Und fast überall versprach man, „die Aktivitäten zur beschleunigten Entwicklung der Mikroelektronik allseitig" zu verstärken. Ganz im Sinne von Günter Mittag, der die Mikroelektronik nicht nur in den „Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik der SED" gerückt, sondern zur Chefsache gemacht hatte. Er war ihr eifrigster Verfechter und Einpeitscher.

Die Bürger der Republik kannten solchen Rummel zur Genüge. Den propagandistischen Gefechtslärm um die Mikroelektronik betrachteten viele als pure Phrasendrescherei („Chip-Chip-Hurra!"), zumal sie die hehren Ziele und Versprechungen mit der Wirklichkeit vergleichen konnten. Und die war ernüchternd genug: Ein Farbfernseher kostete für einen Normalverdiener fast ein Vermögen, moderne Unterhaltungselektronik zu erschwinglichen Preisen – fast Fehlanzeige. 1989 gab es den ersten DDR-Walkman zu kaufen, 1985 verließen endlich die ersten selbstproduzierten modernen Büro- und Personalcomputer die Manufakturen des Landes. Ein in der DDR produzierter schlichter Schultaschenrechner kostete schlappe 123 Mark. Witze über solche Spitzenleistungen machten schnell die Runde: Die DDR baut die größten und schwersten Mini-Taschenrechner der Welt.

In der Tat waren die Mängel und Schwächen beim Wettlauf zum internationalen Technologieniveau selbst für Gutwillige nicht zu übersehen. Das erkannten auch zahlreiche Wissenschaftler und Wirtschaftsfunktionäre. Sie richteten eine Vielzahl guter Vorschläge zur Überwindung bestehender Probleme an die Parteiführung. So wandte sich der Direktor des Zentralinstitutes für Kybernetik und Informationsprozesse der Akademie der Wissenschaften der DDR, Professor Kempe, ein in der DDR angesehener und einflußreicher Wissenschaftler mit internationaler Reputation, Anfang Januar 1986 an Honecker. In seinem Aufsatz „Schlüsseltechnologie Rechentechnik" äußert er seine Besorgnis darüber, daß die DDR den Anschluß an das internationale Technologieniveau nicht errei-

chen könnte. Er zeigte konkret Mängel bei der Entwicklung und Produktion mikroelektronischer Erzeugnisse auf und unterbreitete Empfehlungen, um diese zu abzustellen.

Bereits einen Monat später, am 5. Februar 1986, wurde dem Rat der Götter, wie das SED-Politbüro hinter vorgehaltener Hand genannt wurde, eine Vorlage auf den Tisch gelegt. Sie war ausgearbeitet worden von Alexander Schalck-Golodkowski, dem Minister für Elektrotechnik/Elektronik Felix Meier und von Professor Biermann, dem Generaldirektor des Kombinates VEB Carl Zeiss Jena. Kerngedanke des Papiers war, Zeiss zu einem Zentrum der Hochtechnologie auszubauen, um die Eigenproduktion von Hochtechnologie-Erzeugnissen spürbar zu beschleunigen. Denn diese mußten immer noch zu einem Großteil aus dem Westen importiert werden und waren dort mit Embargo belegt. Diesem Ziel diente auch der Vorschlag, neue Entwicklungs- und Produktionsstätten für Schaltkreise im Betriebsteil Erfurt Südost des Stammbetriebes des VEB Kombinat Mikroelektronik aufzubauen.

Dienstbeflissen und eifrig wie er war, hatte Schalck-Golodkowski schon Mitte Januar im ZK der SED seinen Bilanzbericht vorgelegt. Schließlich sollten die führenden Genossen Bescheid wissen, welche Aktivitäten KoKo zusammen mit dem Ministerium für Elektrotechnik/Elektronik und den speziellen Beschaffungsorganen der Staatssicherheit unternommen hatten, um mikroelektronische Erzeugnisse ins Land zu holen. Denn das war gar nicht so wenig. So wurden allein 1985/86 über 350 leistungsfähige Rechner mit 16- und 32-Bit-Technologie einschließlich Software importiert und den Betrieben, Forschungszentren und wissenschaftlichen Einrichtungen der DDR zur Verfügung gestellt. Dadurch war die DDR in der Lage, mit der Einführung der CAD/CAM-Technik zu beginnen. Natürlich unterlagen auch diese Rechner – wie so vieles andere – dem Embargo. Den größten Teil der für diese Importe erforderlichen Valutamittel stellte KoKo aus den von ihm erwirtschafteten Mitteln bereit – immerhin 489 Mio. Valutamark.

Da dieses Finanzierungsmodell gut funktionierte, unterzeichneten Ende Januar 1986 Schalck, der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission (SPK), Gerhard Schürer, und der Minister für Elektrotechnik/Elektronik (MEE), Felix Meier, eine weitere Vereinbarung. Sie beinhaltete die Finanzierung und Refinanzierung von NSW-Importen für die beschleunigte Entwicklung und Einführung der Schlüsseltechnologien Mikroelektronik und CAD/CAM Technik für die Jahre 1987 bis 1990. KoKo sollte der Staatlichen Plankom-

mission (SPK) für fünf Jahre insgesamt 1,25 Milliarden DM als verzinsliches Darlehen bereitstellen und die notwendigen Zinsen übernehmen. Diese Mittel standen zusätzlich zu den von der SPK geplanten Importfonds für diesen Zeitraum als Finanzierung für das MEE zur Verfügung.

All das fand – wie gesagt – im Vorfeld des XI. Parteitags statt. Im April 1986, im Palast der Republik, auf dem höchsten und wichtigsten Gremium der Partei selbst durften die Delegierten freilich nur noch bejubeln und abnicken, was die Führung schon längst beschlossen hatte. So auch die „Direktive des XI. Parteitages der SED zum Fünfjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1986 bis 1990“. Im Mittelpunkt des bombastischen Plans stand – welche Verblüffung! – die „rasche Entwicklung und umfassende Anwendung der Schlüsseltechnologie Mikroelektronik“. Konkret orientierte die Direktive auf die Erweiterung des Schaltkreissortimentes, die Entwicklung, Produktion und Einführung der CAD/CAM-Technik und die Entwicklung durchgängig automatisierter Produktionslinien.

Entgegen den offiziellen Ovationen und Beifallsstürmen auf dem Parteitag war der Beschluß allerdings nicht unumstritten. Zahlreiche Parteifunktionäre, Minister und Generaldirektoren der Industriekombinate erkannten, daß dadurch das Leistungsvermögen der DDR-Wirtschaft überfordert wurde und zu Lasten einer proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft gehen mußte. Aber gab es Alternativen, wo auf der einen Seite im RGW entsprechende Leistungen fehlten und wo auf der anderen Seite das westliche Embargo uns fast die Atemluft abdrückte?

Erst im nachhinein waren viele schlauer. Günther Kleiber, Politbüromitglied und Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates, schrieb dazu in seiner Ausarbeitung „Zu einigen Ursachen der politischen und ökonomischen Krise in der DDR“, die er Ende 1989/Anfang 1990 in der Untersuchungshaftanstalt handschriftlich verfaßt hatte:

„Zur Verschärfung der Disproportionen in der DDR trug die Entwicklung der Mikroelektronik bei. In ihr sah E. Honecker und G. Mittag ein Prestigeobjekt sowohl gegenüber der UdSSR, als auch zu den kapitalistischen Ländern. Natürlich ist die Elektronikproduktion für die DDR eine geeignete Linie. Sie ist rohstoffarm und intelligenzintensiv. Sie erfordert aber den hochwertigen Elektronikmaschinenbau und eine Anwendung in großer Breite. Sie wurde bei uns aus dem Boden gestampft (siehe Mikroelektronik Er-

furt). Bis zum ersten Versuchsmuster von 1 MBit und der Pilotfertigung von 256 KBit wurden offiziell 14,3 Milliarden Mark Investitionen eingesetzt (was ich nicht glaube) und weit über eine Milliarde NSW-Mittel (genaue Zahl ist nicht bekannt, da dies alles nur über Mittag und Schalcks ‚KoKo' ging).

Jeder noch so vorsichtige Widerspruch wurde hierzu im Keime erstickt. Was ist das Ergebnis, es wurden vorrangig Investitionen in einem Zweig getätigt, der zu einem Rückstand in anderen Zweigen und Bereichen, wie Hydraulik, Gußerzeugnisse, Wälzlager und Normteile sowie Ersatzteile, führte. Zum anderen, und das ist weit schlimmer, sind diese Investitionen nicht zu amortisieren. Die Japaner und Amerikaner produzieren solche mikroelektronischen Bauelemente zu Hunderten von Millionen zu niedrigen Preisen und amortisieren über Unterhaltungselektronik und Computertechnik, Autoelektronik und Numerik, um nur einige zu nennen. Die DDR-Mikroelektronik spürte kein Bürger über die Unterhaltungselektronik (weder Qualität noch Preis) und damit ist die Glaubwürdigkeit verlorengegangen. Aber sie ist auch nicht in kapitalistische Länder devisenrentabel verkaufbar und damit nicht zu amortisieren.

Das Kombinat Robotron kann z. B. keinen Computer in das NSW verkaufen, da er nicht patentrein und zum anderen vollkommen unrentabel ist, so daß das große Kombinat praktisch im NSW-Export nur von mechanischen und elektronischen Schreibmaschinen (Schreibmaschinenwerk Dresden) und Drucker für Computer (Sömmerda) lebt.

An diesem gesamten Komplex wird m. E. sichtbar, wie durch Arroganz und Subjektivismus eine Volkswirtschaft an den Rand des Abgrundes gebracht werden kann."

Gerhard Schürer, gleichfalls Politbüromitglied und Vorsitzender der Staatlichen Plankommission, sagte am 16. Februar 1990 in einer Vernehmung:

„So hat er (Günter Mittag – G. R.) z. B. durch völlig ungenügendes eigenes Wissen auf dem Gebiet der Mikroelektronik mit der Zuarbeit von Leuten, die ihn unterstützten wie z. B. Prof. Biermannn, ein für die DDR ökonomisch überdimensioniertes Projekt der Mikroelektronik durchgesetzt, was aufgrund der zu großen Breite des Profils mit bedeutenden ökonomischen Verlusten verbunden ist. Ich habe ihn mehrfach, insbesondere mit meinem Material vom Mai 1988, darauf hingewiesen. Er war jedoch von seinem eigenen Wissen so überzeugt und beschuldigte mich, die Rolle der Schlüsselindustrie nicht zu verstehen und sogar zu bremsen."

Allerdings waren weder Krolikowski, Kleiber, Schürer noch die anderen Kritiker des Mikroelektronikprogrammes in der Lage, eine sinnvolle volkswirtschaftliche Alternative aufzuzeigen. Somit wurde der Parteitagsbeschluß zum richtungsweisenden und für alle verbindlichen Fahrplan. Die Maschinerie, einmal ins Rollen gebracht, überforderte das Leistungsvermögen der DDR-Ökonomie nun endgültig und konnte in der Folge den wirtschaftlichen Verfall der DDR und letztlich ihren Zusammenbruch nicht mehr aufhalten. Die greise SED-Führung klammerte sich krampfhaft an ihre eigenen Dogmen. Sie benahm sich wie der hohe preußische Offizier, der sich mit seiner Truppe im Gelände verirrt hatte und unbeirrt auf die Generalstabskarte pochte: Die Karte stimmt, die Landschaft ist falsch!

Heißer Draht

Die Arbeitsgruppe Mikroelektronik
beim ZK der SED

Vermutlich ist es in fast allen Parlamenten und Parteien dieser Welt gang und gäbe, Gutachter-, Experten- und Arbeitsgruppen, Untersuchungs- und Kontrollausschüsse zu bilden und deren Tätigkeit mit verändernder praktischer Arbeit gleichzusetzen. Die Politiker können somit einerseits demonstrieren, daß sie sich sehr wohl einen Kopf machen und sich ums Gemeinwohl kümmern, anderseits können sie sich – wenn die Sache schiefgeht – elegant aus der Affäre ziehen und anderen die Schuld am Versagen geben.

Wie dem auch sei – auch in der SED waren Arbeitsgruppen zu allen möglichen und unmöglichen Anlässen ein äußerst beliebtes Mittel. Und so hätte es schon mit dem Teufel zugehen müssen, wenn 1985 in Vorbereitung auf den XI. Parteitag nicht eine „Arbeitsgruppe Mikroelektronik" gebildet worden wäre. Leitung: Abteilung Maschinenbau und Metallurgie des ZK; Sinn und Zweck der Übung: die „straffere Koordinierung und Leitung der Entwicklung unter Führung und verstärkter Einflußnahme der Partei".

Zu ständigen Mitgliedern dieser Arbeitsgruppe wurden Siegfried Wenzel, Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatlichen Plankommission, Felix Meier, Minister für Elektrotechnik/Elektronik, Karl Nendel, Staatssekretär im Ministerium für Elektrotechnik/Elektronik, KoKo-Chef Schalck-Golodkowski und ein Vertreter der Abteilung Planung und Finanzen des ZK bestimmt. Bei den Zusammenkünften der Arbeitsgruppe wurden dann noch, entsprechend der jeweili-

gen Tagesordnung, verantwortliche Minister, Leiter staatlicher Organe oder Generaldirektoren der Kombinate heranzitiert.

Die Arbeitsgruppe hatte die Aufgabe – kleiner und bescheidener wollte man es nicht formulieren –, die „Tätigkeit der staatlichen Organe bei der Ausführung der Parteibeschlüsse auf dem Gebiet der Mikroelektronik“ zu koordinieren und „Vorschläge für die Parteiführung“ zu erarbeiten. Man durfte sich zwar als das höchste Fachgremium im Auftrag der SED-Führung bezeichnen, verfügte jedoch über keinerlei Entscheidungsgewalt. Diese behielt sich allein Günter Mittag vor.

Sämtliche Vorschläge und Beschlußentwürfe, die man sich in der Arbeitsgruppe ausgeklügelt hatte, mußten ihm vorgelegt werden. Mittag entschied höchstpersönlich, was, wann und wie in der Wirtschaftskommission des Politbüros behandelt oder dem Politbüro oder dem Ministerrat zur Beschlußfassung vorgelegt wurde. Die Schlüsselfigur im Wirtschaftssystem der DDR nutzte die für sie maßgeschneiderte „Richtlinienkompetenz“ gnadenlos aus.

Dazu gehörte auch, daß ihm Schalck-Golodkowski und KoKo direkt unterstanden. Mehr noch: Mittag und Schalck waren nicht nur durch enge Arbeitskontakte verbunden, sondern pflegten auch privaten Umgang. Regelmäßig traf man sich in Wandlitz oder frönte an Wochenenden der gemeinsamen Jagdleidenschaft. Auf dem Hochstand oder in der Kellerbar wurde manches ausklamüsert, was wir dann am nächsten Montagfrüh auf den Schreibtisch gepackt bekamen. So, wenn Mittags Schwiegersohn, Ingenieur im VEB Stern Radio Berlin, am heimischen Tisch über fehlende Bauelemente in seinem Betrieb berichtete. Schalcks Befehl am Montagmorgen an uns: die Bauelemente in einer Blitzaktion sofort beschaffen, koste es was es wolle.

Der direkte heiße Draht zu Mittag – neben der Connection zu Mielke und zur Staatssicherheit – ermöglichte Schalck natürlich eine Sonderrolle im Wirtschaftsleben der DDR. Entsprechend groß war sein Einfluß auf die Arbeitsgruppe Mikroelektronik des ZK. Das wiederum war für uns nicht unbedingt ein Nachteil. Mit Schalcks Rückendeckung und in seinem Fahrtwind konnten wir ganz anders agieren, um das westliche Embargo immer wieder zu knacken. Nicht zuletzt sicherte uns Schalcks starke Position in der Parteiführung auch anderweitige Unterstützung und Anerkennung.

Vollmachten

Der Regierungsbeauftragte für Mikroelektronik
und die Arbeitsgruppe Nendel

Was die Partei beschlossen hatte, mußte der Staat umsetzen. So besagt es zumindest ein ehernes Gesetz des „real-existierenden Sozialismus". Für die Mikroelektronik war das Ministerium für Elektrotechnik/Elektronik (MEE), und innerhalb dieses Ministeriums Staatssekretär Karl Nendel verantwortlich.

Ende 1985 wurde er als Regierungsbeauftragter für die Mikroelektronik eingesetzt. Das war keine Funktion, die nur auf dem Papier stand. Vielmehr erhielt er weitgehende Vollmachten, insbesondere gegenüber anderen Fachministerien und Staatsorganen, um die Wirtschaftspolitik der SED auf dem Gebiet der Mikroelektronik wirksam durchzusetzen. So bedurften z. B. alle von anderen Ministerien vorgesehenen Importe von Computern seiner Prüfung und Genehmigung, wobei selbst die Spezifikation von ihm geändert werden konnte, um sie mit dem Interessen der DDR-Mikroelektronik in Übereinstimmung zu bringen.

Tatkräftig sekundiert wurde er dabei von keinen Geringeren als Mittag und Schalck. Bei Entscheidungen ersparte schon das allein lange Umwege sowie zeit- und kraftraubende Erklärungen.

Im Gegensatz zu seinem Minister Meier war Karl Nendel nicht der Typ eines „Parteiarbeiters" oder Staatsfunktionärs, sondern durch und durch ein fähiger Elektronikfachmann. Als solcher war er im ganzen Wirtschaftsbereich Elektrotechnik/Elektronik und darüber hinaus anerkannt und geschätzt. Ihn zeichneten Konsequenz und Härte bei der Durchsetzung von Aufgaben aus, was sich in seinem Spitznamen „Revolver-Karl" ausdrückt.

Nendel wurden gleich mehrere Gruppen zur Seite bzw. unterstellt. Innerhalb des Ministeriums für Elektrotechnik/Elektronik u. a. die Koordinierungsgruppe Schlüsseltechnologien, die Führungsgruppe CAD/CAM-Anwendung, der Sektor Bauelemente und Gerätebau und der Sektor für Kompensationsinvestitionen und NSW-Importvorhaben. Unabhängig davon gab es noch die von ihm geleitete Arbeitsgruppe zur Planung, Finanzierung und Beschaffung von Bauelementen, Baugruppen, Technologien und technologischen Spezialausrüstungen, kurz „Arbeitsgruppe Nendel" genannt. Zu dieser gehörten der Sektorenleiter Kompensationsinvestitionen und NSW-Importvorhaben des MEE, Werner Engler, der Sektorenleiter der Hauptabteilung III des Bereiches KoKo, Siegfried Stöckert, der

Stellvertreter des Generaldirektors im Kombinat Mikroelektronik als Verbindungsmann zu den speziellen Beschaffungsorganen des MfS, Wolfram Zahn, und in der Funktion des Leiters des Handelsbereiches 4 des AHB Elektronik – oder besser gesagt des Importbereiches von KoKo –, Gerhardt Ronneberger, also ich selbst.

Wir hatten uns hauptsächlich darum zu kümmern, die NSW-Importe von technologischen Spezialausrüstungen und den Technologietransfers für den Bereich Mikroelektronik zu koordinieren. D. h. wir diskutierten und beratschlagten im Gremium, und Staatssekretär Nendel legte entsprechend der volkswirtschaftlicher Dringlichkeit dann fest, welche Bedarfsträger welche Importvorhaben realisieren durften, wer und wie diese Objekte beschafft und finanziert werden sollten.

Bevor die Arbeitsgruppe jeweils zusammenkam, stimmte ich mich stets mit Wolfram Zahn ab. Beispielsweise darüber, ob unser Handelsbereich 4 als offizielle Importfirma oder die Speziellen Beschaffungsorgane des Sektors Wissenschaft und Technik der Stasi die jeweiligen Güter importieren sollten. In der Regel wurde unsere Entscheidung von Nendel abgesegnet. Meist wurden solche Vorhaben durch den Handelsbereich 4 und über dessen Bezugslinien abgewickelt, was auch die ökonomische günstigste Variante war. Nur in Ausnahmefällen, wo wir keine Realisierungsmöglichkeit hatten, wurde die Beschaffung den SBO übertragen.

In der Arbeitsgruppe Nendel wurden sämtliche Termine laufend streng kontrolliert. So konnten wir bei eintretenden Lieferschwierigkeiten oder wenn bestimmte Embargoobjekte tatsächlich nicht zu besorgen waren, schnell die notwendigen Konsequenzen ziehen. Ansonsten hätte es zu unübersehbaren negativen Auswirkungen auf wichtige Entwicklungs- und Investitionsvorhaben kommen können. Viele kritische Situationen konnten so durch Zusammenwirken innerhalb der Arbeitsgruppe überwunden werden.

KAPITEL 7

Der Handelsbereich 4 – Importbereich von KOKO

Partisanentaktik und Versteckspiel

Die Bildung des Handelsbereiches 4

Für Außenstehende schien es gewiß ein Degradierung zu sein, zumindest war es ungewöhnlich und irgendwie seltsam. Denn nach meiner Ablösung als Generaldirektor des Außenhandelsbetriebs Elektronik im Jahr 1982 verschwand ich nicht etwa von der Bildfläche, sondern baute im selben Unternehmen einen speziellen Bereich für Importe aus nichtsozialistischen Ländern (NSW) auf. Mein unsichtbarer, aber stets und überall gegenwärtiger Auftraggeber – die Staatssicherheit. Der Platz, auf den mich die Partei nun gerückt hatte, nannte sich Handelsbereich 4, in Kurzform H 4. Ich wurde – welch Abstieg! – Stellvertreter des Generaldirektors Kurt Rippich und unterstand diesem in meiner Funktion als Leiter des H 4.

Dieser Handelsbereich realisierte bis 1986 die meisten der erforderlichen Importe an elektronischen Bauelementen, Produktionsausrüstungen und Fertigungslinien für die Mikroelektronik. Zudem waren wir für den Technologietransfer aus dem Westen verantwortlich. Schritt für Schritt bauten wir Beschaffungslinien für Embargowaren auf und konzentrierten uns – es war mehr als ein persönlichers Faible – dabei besonders auf Japan. Es lag in der Natur der Sache, daß sich in meiner neuen Funktion auch vielfältige Arbeitskontakte zu KOKO ergaben. Mit dem wachsenden Berg von Aufgaben wurde meine Zusammenarbeit mit Alexander Schalck-Golodkowski immer enger, es entwickelten sich sogar persönliche Kontakte und ein echtes Vertrauensverhältnis.

Natürlich waren wir von H 4 nicht die einzigen, die dem „Klassenfeind" heimlich Embargowaren aus den Tresoren klauten. Die Genossen des Direktionsbereichs Anlagenimport des Kombinates Mikroelektronik und die Speziellen Beschaffungsorgane der HVA des MfS waren auch nicht faul. Allerdings hatten wir – im Gegen-

satz zu ihnen – zu diesem Zeitpunkt keinerlei offizielle Verbindungen zur Stasi. Und auch gegenüber dem Leiter des Anlagenimports hatte ich nur äußerst begrenzte Anleitungs- und Kontrollfunktionen, die mir zwar einen gewissen Einblick in die Arbeit dieses Bereichs ermöglichten, aber keinerlei Rechte einer Einflußnahme auf den Inhalt der Arbeit gaben.

Das grundsätzliche Problem aber war, daß Schalck, der für den Außenhandel mit der Mikroelektronik längst die alleinige Verantwortung trug und das auch noch finanzieren mußte, drei verschiedene Partner gegenüberstanden. Er erkannte sofort, daß dies seine Arbeit erschweren und damit auch die Ergebnisse negativ beeinträchtigten mußte. Was wollte und konnte er also tun?

Selbstverständlich waren auch für ihn die Beschaffer der Stasi unantastbar. Ein solches Tabu galt aber nicht für eine angestrebte einheitliche Leitung von H 4 und Anlagenimport, schon gar nicht, wenn man Schalck-Golodkowski hieß und über starke Verbündete beim MfS und in der Parteiführung verfügte. Kurz, er vermochte es, sich gegen die Widerständler der Stasi-Hauptabteilung XVIII, deren Ziehkind der Anlagenimport war, erfolgreich durchzusetzen.

Während der Leipziger Frühjahrsmesse 1986 wurde ich von Siegfried Stöckert, Sektorenleiter in der Hauptabteilung III von KoKo und IM unter dem Decknamen „Leo“, informiert, daß er von Schalck den Auftrag erhalten hätte, ein Konzept zur Bildung eines einheitlichen Importbereiches von KoKo zu erarbeiten, in den der H 4 und der Anlagenimport zu integrieren seien. Und fast nebenbei erklärte er, daß der „Staatssekretär“, so wurde Schalck von seinen Mitarbeitern genannt, meine Mitarbeit bereits festgelegt habe – natürlich ohne mich nach meiner Zustimmung zu fragen.

Das war aber auch gar nicht nötig. Denn Stöckert kannte ich schon aus unserer gemeinsamen Tätigkeit im AHB Elektrotechnik. Wir verstanden uns gut und vertrauten uns seit Jahren. Klar, daß er auch von meinen vergeblichen Bemühungen zur Zusammenführung von H 4 und Anlagenimport und meinem Konzept von 1982 wußte. Diesen Entwurf nahmen wir nun als Grundlage für den neu zu erarbeiteten Vorschlag.

Dabei mußten wir uns – so unglaublich es heute klingen mag – in gewissem Maße einer Partisanentaktik bedienen. Schnell waren wir uns einig, daß weder Kupfer als Leiter des Anlagenimportes noch die Hauptabteilung XVIII des MfS davon erfahren durfte. Sie hätte mit Sicherheit – in des Wortes doppelter Bedeutung – unser Konzept zu verhindern versucht. Schließlich lief es zwangsläufig darauf

hinaus, den Einfluß der Hauptabteilung XVIII einzuschränken und den der für KoKo zuständigen Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung zu erweitern. Zwischen beiden Truppenteilen der Stasi bestand aber nicht nur eine begrenzte Zusammenarbeit, was für die einzelnen Struktureinheiten des MfS typisch war, sondern sie waren auch in gewissem Maße Konkurrenten.

Also durfte ich unter keinen Umständen meinen Führungsoffizier Artur Wenzel davon informieren. Das wiederum verstieß gegen meine Pflichten als IM und hätte böse Konsequenzen für mich haben können. Wie nun aus dieser Zwickmühle herauskommen? Ich baute auf die Rückendeckung durch Schalck. Wir mußten die Gegner unseres Konzepts durch Schnelligkeit überrumpeln. Mit Stökkert vereinbarte ich deshalb die Ausarbeitung der Konzeption an einem Freitag und die Übergabe an Dr. Schalck-Golodkowski am Sonnabend. Wie wir Schalck kannten, erwartete er von uns eine zügige Erledigung, und wir konnten davon ausgehen, daß er dieses Konzept sofort durcharbeiten und noch am gleichen Wochenende bei einem der üblichen persönlichen Treffen mit Mittag beraten würde. Ein solcher Zeitablauf erlaubte mir, meinen Führungsoffizier erst am Montag zu informieren. Ein Schal(c)k, wer Arges dabei denkt. Zu diesem Zeitpunkt waren aber schon alle Messen gelesen, er und seine MfS-Abteilung würden uns nicht mehr ins Handwerk pfuschen können, zumal ich Wenzel auch nicht heimlich eine Kopie übergeben konnte, da ich aufgrund der Geheimhaltungsstufe selbst keine besitzen durfte.

Wie wir es ausgetüftelt hatten, so lief es auch: Das Papier, das Schalck Mittag überreichte, wurde umgehend durch die Parteiführung bestätigt. Vermutlich war das nur mit Zustimmung des Ministers für Staatssicherheit möglich. Damit gab es keine Chance mehr, die Bildung eines einheitlichen Importbereiches unter der Regie von KoKo zu verhindern. So, wie der Minister für Außenhandel dies nur noch zur Kenntnis nehmen durfte, so konnten die bisherigen Privilegien des Direktionsbereichs Anlagenimport auch nicht mehr durch die HA XVIII/8 des MfS gerettet werden. Der Anlagenimport stand überrascht vor der Tatsache, seine bisherige Selbständigkeit verloren zu haben.

Im Ergebnis unseres erfolgreichen Blitzfeldzuges wurde zwischen dem Ministerium für Außenhandel, dem Bereich Kommerzielle Koordinierung und dem Ministerium für Elektrotechnik/Elektronik eine „Gemeinsame Festlegungen zur Wahrnehmung außenwirtschaftlicher Aufgaben zur beschleunigten Entwicklung und Anwendung der

Mikroelektronik, CAD/CAM-Technik und Rechentechnik im Zeitraum 1986-1990" unterzeichnet. Diese Geheime Verschlußsache war das staatliche Gründungsdokument des Handelsbereiches 4.

Wir waren nun als eigenständiger Importbereich Diener zweier Herren. D. h., daß ich es als Chef mit einer Doppelunterstellung zu tun hatte – zum einen unter die von Staatssekretär Nendel (MEE) und zum anderen unter die von Schalck-Golodkowski (KoKo).

Nicht weniger kompliziert war die Tatsache, daß wir nach außen hin unter den Namen des Außenhandelsbetriebes Elektronik auftreten sollten. Unter dem Tarnmantel eines bereits bestehenden und auch im westlichen Ausland als ordnungsgemäß und seriös angesehenen staatlichen Außenhandelsbetriebes sollte der Hauptinhalt unserer Arbeit, nämlich Embargoimporte, versteckt werden. Aus Gründen der Konspiration durften wir weder inner- noch außerhalb der DDR als Importbereich von KoKo in Erscheinung treten. Verständlich, daß schon aus diesem Grund alle Mitarbeiter als Geheimnisträger verpflichtet wurden und sämtliche Vorgänge der Geheimhaltung unterlagen und als Vertrauliche Verschlußsache behandelt wurden. Insgesamt arbeiteten im Bereich rund 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, alle gut ausgebildet und mit jahrelanger praktischer Außenhandelserfahrung – auch in Embargogeschäften – sowie aufgrund der Sicherheitsanforderungen handverlesen. Das Personal des alten Bereiches H 4 im AHB Elektronik und des Anlagenimports wurde von uns weitgehend übernommen.

Die Struktur des Importbereichs entsprach seiner umfangreichen Aufgabenstellung:

– vier Importkontore gegliedert nach Warenstruktur, die für die Vorbereitung, den Abschluß und die Realisierung der Importverträge verantwortlich waren;

– Bereich Ökonomie mit Verantwortlichkeit für die Planung und Abrechnung der Importe;

– die Buchhaltung mit Verantwortung für Zahlungsverkehr und Kontenführung;

– die Abteilung Personal/Sicherheit/Reisestelle für Auslandsdienstreisen;

– die Abteilung Verwaltung.

Kernstück des Bereiches waren die vier Importkontore, von deren Erfolg oder Mißerfolg die gesamten Erfolge des Importbereiches abhängig waren:

– Kontor 40 hatte die Aufgabe des Importes von Meßtechnik und Computertechnik einschließlich Peripherie und Software;

– Kontor 42 war für den Import elektronischer Bauelemente und von Materialien für die Mikroelektronik, z. B. Silizium, verantwortlich;

– Kontor 44 importierte Maschinen, Ausrüstungen und komplette Anlagen, sofern es sich nicht um spezifische Ausrüstungen für die Mikroelektronik handelte und sie damit auch nicht dem Embargo unterlagen;

– Kontor 45 war das Importkontor für die spezifischen Ausrüstungen für die Mikroelektronik. Entsprechend dem Charakter dieser Produktionsausrüstungen wurden in diesem Kontor und im Kontor 40 die strategischen Embargoimporte realisiert.

Als Sitz des Handelsbereiches 4 wurde das Haus der Elektroindustrie am Alexanderplatz 6 in Berlin-Mitte, wo auch der Außenhandelsbetrieb Elektronik untergebracht war, festgelegt. Damit sollte die Zugehörigkeit zu diesem AHB vorgetäuscht werden. Im gleichen Haus befanden sich auch das Ministerium für Elektrotechnik und die Abteilung 8 der Hauptabteilung XVIII des MfS, so daß ein enges Zusammenwirken stets gegeben war. Ein eigenes Lager erhielt der Bereich aus Gründen der Tarnung auf dem Gelände des KoKo-Unternehmens BIEG in der Semmelweisstraße in Berlin-Altglienicke.

Nachdem unseres Bereich seine Arbeit ausgenommen hatte, wurde seine Aufgabenstellung nochmals erweitert. Auf Antrag des Ministers für Elektrotechnik/Elektronik wurde noch eine 40köpfige Abteilung Wissenschaftsstrategie angegliedert, geleitet von Professor Rolf Jähn. Sie befaßten sich für das MEE mit analytischer und konzeptioneller Arbeit auf den Gebieten von Wissenschaft, Technik und Ökonomie der Elektrotechnik und Elektronik und waren gleichzeitig als Auswerter für den Sektor Wissenschaft und Technik (SWT) des MfS tätig. Ich erhielt zwar die Disziplinarbefugnis, durfte mich aber in die inhaltliche Arbeit nicht einmischen. Die fachliche Anleitung und Kontrolle oblag allein Staatssekretär Karl Nendel. Zum anderen flossen bestimmte Erkenntnisse dieser Abteilung in unsere praktische Importtätigkeit ein, wie wir die Kollegen auch unsererseits mit ausgewählten Informationen und Dokumentationen unterstützten.

Die Idee, die Abteilung Wissenschaftsstrategie in unseren Handelsbereich einzugliedern, kam übrigens von meinem Führungsoffizier Artur Wenzel. Ursprünglich wollte er sogar noch einen Schritt weitergehen und eine eigene Vertreterfirma nach dem Vorbild der Firma Günther Forgber bilden. Diese Vertreterfirma sollte nicht

dem Verband Transinter angehören, wie dies für Vertreterfirmen der DDR zwingend war, sondern unserem Bereich, um damit genau wie bei Forgber den direkten Einfluß des MfS zu sichern. Diese Vertreterfirma sollte zudem nur Embargolieferanten in der DDR vertreten und absichern, daß Transinter auf diese Firmen und die Embargogeschäfte keinen Einfluß hat und daß dadurch eine absolute Geheimhaltung der Lieferanten gewährleistet war.

Als Intimus von Wenzel hatte ich die Ehre, in seinem Auftrag einen „Vorschlag zur Bildung einer bereichsspezifischen Vertreterorganisation“ ausarbeiten. Von diesem Plan durfte wiederum Schalck nichts erfahren, da Wenzel von dessen Seite Einspruch erwartete. Das Konzept sollte wahrscheinlich im Alleingang der HA XVIII des MfS umgesetzt werden, weil Wenzel seinen Einfluß sichern und die Arbeitsgruppe BKK ausschalten wollte. Solches Konkurrenzverhalten zwischen einzelnen Bereichen innerhalb des MfS war durchaus üblich, aber mich nervte dieses Versteckspiel der Stasi-Indianer sowie meiner Befehls- und Brötchengeber zusehends.

Wenzel hatte sogar schon den zukünftigen Leiter dieser spezifischen Vertreterorganisation ausgewählt: mein Stellvertreter Dietrich Kupfer. Seine Ablösung als mein Stellvertreter war – unabhängig von diesem Konzept – in Übereinstimmung mit KoKo bereits ins Auge gefaßt worden, da er in dieser Funktion nicht mehr den Anforderungen gewachsen war. Kupfer war als IM „Messing“ für Wenzel eine Vertrauensperson. Über die vorgesehene neue Funktion für seinen verdienstvollen Zuträger wollte Wenzel ihm das Gnadenbrot geben und ihn weiter im Geschäft des MfS mitmischen lassen. Allerdings ist es zum Aufbau dieser Vertreterfirma nicht mehr gekommen, die Wende kam zuvor.

Den Schalck im Nacken

Dr. Schalck-Golodkowski – mein Chef

Unmittelbar, nachdem der Beschluß zur Bildung des Handelsbereichs 4 gefaßt war, wurde ich zu „Alex“, so wurde Schalck von seinen Mitarbeitern genannt, gerufen. Es fand ein langes persönliches Gespräch unter vier Augen statt. Und es lief wie üblich ab: in der gewohnten zwanglosen und freimütigen Atmosphäre; er redete nie um den heißen Brei, sondern kam stets schnell auf den Punkt.

Wenn Schalck Aufgaben erläuterte, die er anderen übertragen wollte, zeichnete er sich durch starke Überzeugungskraft aus. Er

besaß die seltene Gabe, seine Mitarbeiter wirklich zu motivieren. Er räumte stets die Möglichkeit ein, daß man seinen Standpunkt artikulieren und eigene Vorschläge unterbreiten konnte. Kein Demokratiespielchen zwischen Chef und Untergebenem, denn er akzeptierte andere Gedanken, wenn sie der Sache dienlich waren. Mit Schalck zu sprechen, war meist ein intellektuelles Vergnügen, weil es konstruktiv und schöpferisch zuging.

Schalck selbst arbeitete sehr hart und zielstrebig, und gleiches verlangte er auch von allen Mitarbeitern. Oft ging ihm alles viel zu langsam. Unmögliches gab es für ihn nicht. Bei aller Umgänglichkeit und Aufgeschlossenheit konnte er aber auch eiskalt sein, vor allem, wenn es ums Fachliche und ums Geschäft ging. Bei ihm zählte nicht die Ideologie, sondern die bedingungslose Erfüllung gestellter Aufgaben und der Erfolg. Um das zu erreichen, erhielt man von Schalck stets alle notwendigen Vollmachten und freie Hand, Entscheidungen traf er sofort und unbürokratisch. Hatte sich der Erfolg eingestellt, wurde er von Schlack hoch anerkannt und honoriert.

Dieser unorthodoxe flexible Arbeitsstil unterschied sich grundsätzlich von der Arbeitsweise in allen anderen Bereichen der Planwirtschaft. Er war auch der Schlüssel für die Erfolge des Bereichs Kommerzielle Koordinierung. Schalck befähigte uns durch sein Vorbild, das System der kapitalistischen Marktwirtschaft zu verstehen und für die Erfüllung der uns gestellten Aufgaben erfolgreich zu nutzen.

Das Gespräch fand in Schalcks bescheiden eingerichtetem Arbeitszimmer statt. Wie immer dezent im Busineß-Look gekleidet, erhob er sich von seinem großen, etwas altertümlich wirkenden und mit zahlreichen Telefonapparaten bestückten Schreibtisch. Wie üblich mußte ich dann am Konferenztisch Platz nehmen, der direkt an seinen Schreibtisch angestellt war. Er selbst blieb am Schreibtisch sitzen, damit er die über seine Direktleitungen laufenden Telefongespräche jederzeit entgegennehmen konnte, und das war im Laufe eines Gesprächs recht oft. Für ganz persönliche Gespräche gab es im Zimmer noch einen kleinen runden Tisch mit einer Sitzgruppe für vier Personen. Die Einrichtung des 30 Quadratmeter großen Arbeitszimmers wurde nur noch durch einen Bücherschrank ergänzt, insgesamt wirkte es recht kahl und nüchtern. Daß Schalck ein Sammler von Gemälden war, konnte man hier noch nicht einmal spüren.

In besagtem Gespräch ließ sich Schalck von mir nochmals meinen bisherigen Entwicklungsweg schildern, obwohl er ihn eigent-

lich schon kannte. Und dann saß ihm tatsächlich der Schalk im Nacken, als er mich nämlich spitzbübisch nach meiner „Anbindung an das MfS" fragte, obwohl er natürlich wußte, daß ich darauf nicht antworten durfte. Ich wich der Frage aus, was er aber nicht akzeptierte. Vielmehr machte er mir klar, daß „wir in einer solchen Funktion alle mit dem MfS zusammenarbeiten" würden, „denn sonst säßen wir beide heute hier nicht zusammen". „Du kennst ja Artur (gemeint war mein Führungsoffizier Artur Wenzel – G. R.) sehr gut, er ist doch dein Führungsoffizier." Was sollte ich da noch herumeiern?

Kurzum: Meine neue Funktion lautete offiziell 1. Stellvertreter des Generaldirektors AHB Elektronik. Ich bekam die uneingeschränkten Rechte und Pflichten eine Generaldirektors übertragen und wurde dem Staatssekretär Dr. Schalck-Golodkowski direkt unterstellt. Nun war Schalck also mein Chef. Entsprechend der getroffenen Festlegungen wurde ich gleichzeitig dem Staatssekretär im MEE und Regierungsbeauftragten für die Mikroelektronik, Karl Nendel, unterstellt. Der Generaldirektor des AHB Elektronik hatte ab sofort mir gegenüber keinerlei Befugnisse mehr.

Im Bereich KoKo wurde mein Handelsbereich der Hauptabteilung III unter Dieter Paul zugeordnet. Innerhalb dieser Hauptabteilung war der Sektorenleiter Siegfried Stöckert für die Anleitung und Kontrolle unseres Bereichs zuständig, der gleichzeitig Mitglied des Arbeitsstabs Nendel war. Weisungsbefugt gegenüber mir war jedoch nur Schalck. Ich war nur ihm rechenschaftspflichtig. Die Erfolge unserer Arbeit waren Erfolge der Arbeit seines Bereiches KoKo, über die er die Parteiführung stolz informierte.[16] Mit dieser Struktur wurden zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Zum einen entstand eine direkte Führungslinie vom Staatssekretär Schalck-Golodkowski zu mir als Leiter des Importbereichs, zum anderen gab es gleichzeitig eine wirkungsvolle Verflechtung mit der Arbeitsgruppe Nendel und von da aus mit den Generaldirektoren der Mikroelektronik-Kombinate als Endabnehmer der importierten Waren.

Die Aufgabenabgrenzung zwischen KoKo, MEE und H 4 stellte Schalck vor dem Untersuchungsausschuß des Bundestages später wie folgt dar:

„Was den Teil Mikroelektronik anbetraf, also Embargo, gab es Beschlüsse des Parteitages, des Politbüros, des Ministerrates, mein

---

16 Siehe S. 396-399.

Beitrag war, 1.250 Mio. DM Devisen für fünf Jahre bereitzustellen und als Kredit der staatlichen Plankommission zur Verfügung zu stellen. Diesen Kredit haben wir zur Verfügung gestellt und haben uns verpflichtet, im Ergebnis des X. Parteitages die Zinsen zu erwirtschaften. Die Verantwortung, wie diese Mittel ausspezifiziert und ausgestattet wurden, die konnte ich sachlich überhaupt nicht treffen, dazu bin ich überhaupt nicht imstande. Diese Entscheidung hat der Regierungsbeauftragte der Mikroelektronik, Karl Nendel, der verantwortliche Minister getroffen und hat dem Außenhandel – und jetzt kommt Gerhardt Ronneberger, der für mich – das muß ich einmal sagen – ein ganz erfahrener Fachmann war. Ohne Gerhardt Ronneberger hätten wir diese Funktion, die uns übertragen wurde, sicherlich nicht erfolgreich durchführen können. Und die Mitarbeiter in seinem Bereich, die er dort hatte, waren ja alle Leute, die schon vorher im Außenhandel sich mit diesen Problemen beschäftigt haben. Und in dieser Führungspyramide war natürlich der Leiter des Bereiches dafür verantwortlich, daß die Spezifikationen, die der Regierungsbeauftragte vorgegeben hatte, durch den zuständigen Außenhandelsbetrieb beschafft werden. Und da hatte Gerhardt Ronnberger natürlich ständig von mir über die Berichterstattung und die Lageinformation Druck gekriegt auf der einen Seite, auf der anderen Seite auch hohe materielle Stimulierung, um diese Aufgabenstellung zum Termin zu erfüllen.

Also die Verantwortung als Staatssekretär liegt ja nicht darin, alles selber zu machen, sondern die Verantwortung liegt darin, daß diese zentralen Weisungen im Rahmen der Fonds, die dafür zur Verfügung stehen, eingehalten werden. Und die Funktion, muß ich sagen, habe ich nach meiner Erinnerung ordentlich durchgeführt."[17]

Zwischen zwei Stühlen

Der H 4 und die Rolle von HA XVIII und BKK

Der von mir geleitete neue Handelsbereich 4 blieb im Verantwortungsbereich der Stasi-Hauptabteilung XVIII. Das war insofern eine Besonderheit, als alle anderen Bereiche und Abteilungen von KoKo der MfS-Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung un-

17 Stenographisches Protokoll der 168. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses „Kommerzielle Koordimierung" des Deutschen Bundestages am 2. Dezember 1993, S. 65 f.

terstanden. Das war ein gewisser Widerspruch und offensichtlich ein Kompromiß gegenüber der HA XVIII, um deren Einfluß auf die Embargoprozesse, die sie seit Jahren erfolgreich geführt hatte, nicht einzuschränken. Die BKK nahm somit auf unsere Arbeit keinen Einfluß, hatte aber die Möglichkeit, über ihre IM bei KoKo, so über den Siegfried Stöckert, ständig informiert zu sein, uns zu kontrollieren und indirekt zu beeinflussen. Für mich als Chef des Importbereichs eine nicht unkomplizierte Konstellation.

Als mein Führungsoffizier Artur Wenzel von meinem neuen Job erfuhr, war er sehr überrascht. Offensichtlich war er vor meinem Einsatz nicht von Schalck konsultiert worden, obwohl dieser wußte, daß Wenzel mein Führungsoffizier war. Vor einem Einsatz als Bereichsleiter war auf alle Fälle die Zustimmung des MfS einzuholen. Das hatte Schalck auch mit Sicherheit getan, aber eben nicht bei dem für ihn subalternen Wenzel.

Wenzel machte aus seinem Herzen keine Mördergrube: „Du sitzt jetzt zwischen zwei Stühlen. Es ist ein Schleudersitz, den ich zu jedem Zeitpunkt auslösen kann. Vergiß das nicht. Wir und nicht die BKK sind dein Partner.“ Er meinte es ernst.

In der Folge bemühte ich mich, Wenzel bei Laune zu halten. Ich mied den Kontakt zur BKK und stimmte mich in allen Grundsatzfragen vorher mit Wenzel ab. Alle Informationen an KoKo oder das MEE erhielt er zeitgleich, so daß stets ein gleicher Informationsstand vorhanden war. Personalfragen und Auslandsdienstreisen meiner Mitarbeiter bedurften seiner vorherigen Zustimmung. Personalvorschläge für Neueinstellungen kamen überwiegend von seiner Abteilung – es handelte sich dabei meist um Leute, die zum Teil aus den Familien von MfS-Mitarbeitern kamen oder bewährte IM waren.

Andererseits waren die Genossen der Hauptabteilung XVIII/8 unsere Schutzengel. Sie lieferten mir sämtliche notwendigen Informationen, um erfolgreich handeln zu können. Wenn sie beispielsweise davon Kenntnis hatten, daß die westliche Seite unsere Geschäfte mit Partnern aus der Bundesrepublik stören wollte, wurden wir rechtzeitig gewarnt und konnten Gegen- und Schutzmaßnahmen ergreifen. Oft erhielten wir Informationen über bevorstehende Kontrollen westlicher Zoll- oder Untersuchungsorgane und konnten damit auch unseren Geschäftspartnern einen Wink geben.

Durch die Verzahnung der HA XVIII mit anderen Diensteinheiten des MfS bekamen wir nicht zuletzt mehr Sicherheit, mit wel-

fein raus – schließlich würde es sich um eine Sendung an eine andere westliche Firma handeln, und die wäre nicht durch die Behörden genehmigungspflichtig. Meist jedoch beschafften wir die Embargowaren über zwischengeschaltete Firmen, d. h. ohne Wissen und ohne Mitwirkung der Hersteller und wickelten die Geschäfte über Drittländer im Westen ab. Manchmal nutzten wir auch die Tatsache aus, daß einigen östlichen Ländern gegenüber die Embargovorschriften erheblich flexibler gehandhabt bzw. Embargolieferungen genehmigt wurden. So bezogen wir über Jugoslawien Computer aus den USA.

Die Auswahl geeigneter Handelsfirmen zur Zwischenschaltung war das schwierigste. Sie mußten vertrauenswürdig und verschwiegen sein, über die erforderlichen Verbindungen verfügen, möglichst in der Branche als seriös gelten und zumindest über ein Minimum an Fachkenntnissen verfügen. Zudem mußten sie das Geschäft auf eigenes Risiko, auch in finanzieller Hinsicht, betreiben, da wir ihnen die Ware erst nach Erhalt auf dem Territorium der DDR bezahlten.

Solche Handelsfirmen zu finden, kam fast der Quadratur des Kreises gleich. Es gab in der Regel nur ein Motiv für die Zusammenarbeit mit uns: das schnelle Geld. Und Verdienstspannen von 30 bis 40 Prozent, darunter ging es nur selten. Beim Teamwork mit den speziellen Beschaffungsorganen der Stasi konnten diese Firmen wesentlich höhere Verdienstspannen erwarten. Das war natürlich eine besondere Verlockung, zumal von diesen Geschäften kein Finanzamt erfuhr.

Bei der Musterung von Lieferanten nutzten wir langjährige persönliche Kontakte und Vertrauensverhältnisse, meist führten wir die Partner ganz behutsam an die Geschäfte heran. Das erforderte kluge Mitarbeiter, die sich nicht nur durch Geduld auszeichneten, sondern auch durch großes psychologisches Einfühlungsvermögen. Wir gingen ganz behutsam vor: Zuerst testeten wir die Auserwählten, indem sie im Rahmen normaler Geschäfte, die wir als Handelsbereich 4 im großen Umfang abwickelten, leicht zu beschaffende Embargoposition für uns besorgen sollten. Manchmal deuteten wir an, daß es sich um Embargowaren handelte, manchmal stellten wir uns völlig taub und stumm. Waren die Firmen nach unserer Einschätzung bereit und fähig, wurden sie schrittweise in weitere Geschäfte einbezogen. Und bekanntlich kommt der Appetit beim Essen. Das leicht verdiente Geld half, etwaige anfangs vorhandene moralische Bedenken zu überwinden. Manche, die uns zuerst nur einen Gefallen tun wollten, waren nun selbst an diesen Geschäften interessiert und wurden fast zum treibenden Keil.

Gar nicht so selten kam es vor, daß sich uns bislang unbekannte Firmen anboten, Embargowaren zu liefern. Hier war äußerste Vorsicht geboten. Schließlich wußten wir, daß gegnerische Geheimdienste über diesen Weg ihre Agenten und Informanten bei uns einschleusen wollten. Deshalb wurden diese Bewerber durch die Hauptabteilung XVIII/8 gründlich durchleuchtet. Meist lehnten wir die Zusammenarbeit mit solchen Selbstanbietern ab. Manchmal kam es aber auch vor, daß wie uns bewußt mit Lieferanten einließen, die unter dem Verdacht standen, westlichen Geheimdiensten, insbesondere CIA und BND, zu dienen. Sie wurden freilich nie für strategische Objekte eingesetzt und standen unter ganz besonderer Obhut der Staatssicherheit, die dadurch diese Firmen aufklären oder auch eigene Agenten (IM) einschleusen konnte, die sich als Doppelagenten anwerben lassen mußten.

Oft gab es auch seitens des MfS Tips, mit welchen Firmen im Westen wir zusammenarbeiten sollten. Ich war da immer skeptisch. Es bestand nämlich nicht nur die Gefahr der direkten Informationsabschöpfung durch die Stasi, sondern auch die des Mißbrauchs dieser Verbindung durch den Lieferanten, der seine Verbindung zum MfS nutzte um seine Interessen gegen uns durchzusetzen und überhöhte Preise zu erzielen oder unsere berechtigten Reklamationen abzuschmettern.

Ähnlich verhielt es sich mit Hinweisen und Empfehlungen, die uns andere Außenhandelsbetriebe oder DDR-Institutionen gaben. Obwohl sie mit den Westfirmen positive Erfahrungen gesammelt hatten, prüften wir auch diese Vorschläge sehr kritisch und griffen sie nur selten auf. Wir mußten immerhin jedes Risiko ausschalten, daß über die DDR-Unternehmen ungewollt Informationen abfließen, die unserer Geschäfte gefährdet hätten.

Kurz und gut: Die Entscheidung, welche Westfirmen wir als Embargolieferanten auswählten, lag ausschließlich in der Verantwortung unseres Handelsbereiches. Sie war Chefsache, also meine. Weder KoKo noch MfS haben letztlich diese Entscheidungsbefugnis eingeschränkt oder direkt beeinflußt.

Bei der Auswahl von Embargolieferanten galt ein ungeschriebenes Gesetz: Es wurden von uns keine Firmen angerührt, die die DDR im westlichen Ausland unterhielt, beispielsweise die „Gemischten Gesellschaften", oder solche, die sich im Besitz kommunistischer Parteien im westlichen Ausland befanden. Tabu waren auch Unternehmen, an denen die DDR kapitalmäßig beteiligt war. Wir wollten deren Arbeit nicht noch mehr gefährden, wo sie sowie-

so schon im Visier gegnerischer Dienste standen. Daß der Westen von ihrer Existenz und den Verbindungen erst nach 1989 erfahren haben will, gehört übrigens zu einer der meist kolportierten Legenden nach der Wende.

Ein Beispiel ist die Firma Intrac in Lugano, an der KoKo kapitalmäßig beteiligt war. Über Intrac wurden jahrelang riesige Importvolumen abgewickelt, darunter jedoch keine Embargowaren. Unser Handelsbereich kaufte über Intrac selbst zwei schlüsselfertige Leiterplattenfabriken im Gesamtwert von rund 350 Mio. DM. In jeder Fabrik befand sich eine einzige Embargoposition – ein computergesteuertes Prüfgerät. Diese Position wurde aus dem Vertrag mit Intrac ausgeklammert und von uns über eine andere Firma in der Schweiz erstanden.

Bei der Mehrzahl unserer Embargolieferanten handelte es sich um Handelsfirmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland, in der Schweiz, Österreich, Frankreich Japan, Taiwan und Israel. Wir verfügten stets über eine ausreichende Anzahl leistungsfähiger Lieferanten in diesen Ländern, mit deren Hilfe wir die uns gestellten Aufgaben erfolgreich und effektiv erfüllen konnten. Aus ihrem Kreis konnten wir jeweils den geeignetsten und ökonomisch günstigsten auswählen.

Nicht nur in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht erfolgten die Embargogeschäfte in beiderseitigem Interesse. Unsere Lieferanten aus dem Westen erwarteten von uns natürlich auch, daß ihre Sicherheit gewährleistet wird. Ihre Bedenken galten dabei weniger dem Westen, denn sie wußten, daß wir ihnen dort kaum helfen konnten. Vielmehr befürchteten sie, daß aus der DDR, besonders von den Endempfängern der jeweiligen Embargowaren, Informationen in den Westen abfließen. Diese Ängste waren mitunter nicht unbegründet. So gelang es dem BND in den achtziger Jahren, einen Blick durchs Schlüsselloch auf die DDR-Mikroelektronik zu werfen. Der eifrige Aufklärer arbeitete im Stammbetrieb des Kombinats Mikroelektronik in Erfurt und war durch seinen Verwandten aus der Bundesrepublik zu diesem klandestinen Nebenjob animiert worden.[18]

Logisch, daß sich die Wirtschaftsspionage der westlichen Geheimdienste gleichfalls auf KoKo und damit auch auf unseren Importbereich konzentrierte. Darüber lagen beim MfS genügend gesicherte Erkenntnisse vor, wir mußten uns nur darauf einstellen.

---

18 Erich Schmidt Eenbohm: Schnüffler ohne Nase – Der BND die unheimliche Macht im Staate, Düsseldorf 1993, S. 83.

Dies begann mit dem Grundsatz, daß jeder Mitarbeiter des Importbereiches nur so viel wissen durfte, wie für seine Arbeit unbedingt nötig war. Keiner sollte Lieferanten kennen, mit denen er nicht selbst zusammenarbeitete. Alle Geschäftsunterlagen wurden als Vertrauliche Verschlußsache behandelt.

Natürlich durften auch die Endabnehmer in der DDR nicht erfahren, von wem die Embargowaren stammten. Nur von der Stasi handverlesene und zur Geheimhaltung verpflichtete Spezialisten der Endabnehmer wurden von uns bei Bedarf in Verhandlungen einbezogen. Die Lieferung der Embargowaren erfolgte – im Gegensatz zu den legalen Importen – nicht direkt an die Endabnehmer, sondern an unser Lager in Berlin. Hier wurde die Ware neutralisiert, d. h. die Typenschilder, Fabrikationsnummern und Herstellerschriftzüge wurden entfernt und in allen mitgelieferten Dokumenten die Hinweise auf die Herkunft, den Lieferanten und den Abwicklungsweg beseitigt.

Anlieferung und Abholung der Ware wurden von uns so organisiert, daß jeweils nur ein Lieferant bzw. Abholer anwesend war und keinen Einblick in das Lager erhielt. Trotz aller Vorsichtsmaßnahmen stand das Lager unter der Observation westdeutscher Sicherheitsorgane. Wie wir wiederum von der Aufklärern der Staatssicherheit erfuhren, wurden dort zumindest die Kennzeichen von zahlreichen westlichen Fahrzeugen notiert, die uns Ware angeliefert hatten.

Eine direkte Anlieferung der Embargowaren beim Endabnehmer erfolgte nur in Ausnahmefällen, wo die Ware durch Servicetechniker der Hersteller oder Lieferanten montiert und in Betrieb genommen wurden. Auch hier mußten wir mittels Geheimhaltung und straffer Ablauforganisation verhindern, daß Anlieferung, Montage und Inbetriebnahme von westlichen Informanten beobachtet wird.

Nicht zuletzt legten uns die Sicherheitsvorschriften nahe, bei den Embargoimporten auf die sonst zwingende Einschaltung von Vertreterorganisationen des Transinter-Verbandes zu verzichten. Also wählten wir als Vertreter entweder die dem MfS zugehörige Vertreterfirma Günther Forgber, aus oder wir schlossen mit den Lieferanten eigene Provisions- und Bonusvereinbarungen ab, wozu wir von KoKo ermächtigt wurden. Die Erlöse wurden dann wieder an KoKo abgeführt. Damit konnte der Kreis derjenigen, die mit dem Vorgang zu tun hatten, eingeengt und das Risiko minimiert werden. Als Fazit bleibt jedenfalls, daß es in all den Jahren keine Lieferanten durch uns ernsthaft gefährdet wurden.

Die Japan-Connection

Die Beziehungen zwischen Japan und der DDR waren nicht die schlechtesten. Ganz im Gegenteil. Sie basierten auf der Anerkennung der staatlichen Souveränität der DDR und des Prinzips der Gleichberechtigung ohne jegliche politische Vorbedingungen. Die Japaner waren sehr an wirtschaftlichen, aber auch an kulturellen und touristischen Verbindungen mit der DDR interessiert. Die Wirtschaftsbeziehungen zur DDR wurden beispielsweise tatkräftig durch die Präsidenten des Kaidanren, des bedeutenden Unternehmerverbandes in Japan, gefördert. Kaidanren widmete auch der Arbeit des seit Jahren bestehenden und erfolgreich arbeitenden Wirtschaftsausschusses Japan – DDR große Aufmerksamkeit. So war es wohl kein Zufall, daß mehrfach hochrangige Wirtschaftsdelegationen unter Leitung von Günter Mittag zu Verhandlungen nach Japan reisten oder daß Erich Honecker während seines Staatsbesuchs 1981 von der Nihon-Universität die Ehrendoktorwürde verliehen bekam.

Japan hat in der DDR mehrere große Industrieanlagen errichtet, zum Beispiel zur effektiven Spaltung und Verarbeitung von Erdöl und ein modernes Werk zur Herstellung von Farbbildröhren. Beachtliches wurde von Japan beim Bau attraktiver Hotels zur Förderung des internationalen Tourismus in der DDR geleistet. Das Internationale Handelszentrum in Berlin (IHZ) wurde zum Aushängeschild der Japaner in der DDR.

Diese vertrauensvolle Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil war auch die Grundlage für die von der DDR angestrebte Kooperation auf dem Gebiet der Mikroelektronik. Sie war für uns lebensnotwendig. Japan und die USA waren die führenden Länder auf dem Gebiet der Mikroelektronik. Hier wurden nicht nur die modernsten Bauelemente, Geräte und Computer hergestellt, sondern auch die zu ihrer Herstellung notwendigen Produktionsausrüstungen. Ohne diese Ausrüstungen konnte kein Produzent von Mikroelektronik in der Welt, auch nicht die DDR, auskommen. Nur in japanischen oder amerikanischen Konzernen waren das moderne Know-how für die Mikroelektronik und die entsprechenden Produktionsanlagen vorhanden. Da aber zwischen der DDR und den USA keine zufriedenstellenden zwischenstaatlichen Beziehungen bestanden, kamen die USA als Beschaffungsland für uns nicht in Frage. Es mußten also langfristige Beziehungen zu Japan und seinen Elektronikkonzernen aufgebaut, gehegt und gepflegt werden.

Ich persönlich konnte da auf recht gute Erfahrungen zurückgreifen: Bereits Anfang der sechziger Jahre hatte Heim-Electric die ersten Transistoren aus Japan importiert. Die Verhandlungen mit dem Handelshaus Nichimen und dem Produzenten Hitachi hatten damals meine Mitarbeiter und ich als Direktor des zuständigen Importbereichs geführt. Das Embargo war für die Japan schon damals kein Tabu. Seitdem wurde Japan zu einem Schwerpunkt meiner Arbeit.

Als Generaldirektor des Außenhandelsbetriebes Carl Zeiss Jena reiste ich dann Mitte der siebziger Jahre erstmals selbst nach Japan. In ziemlich komplizierten Verhandlungen mit der Leitung von Nichimen sammelte ich erste Erfahrungen auf dem japanischen Markt. Vor allem konnte ich die für Europäer mitunter schwer verständliche Mentalität der Japaner und ihre Verhandlungsführung studieren.

Japaner verstehen es, mit Wörtern Abstand voneinander zu halten – gerade indem sie stundenlang miteinander reden, scherzen und lachen. Sie vermeiden scharfe Auseinandersetzungen und stimmen viel häufiger mit unverbindlichen Worten dem zu, was ein Widersacher sagt. Konträre Meinungen werden nicht wie von uns Europäern knallhart geäußert. Es ist in Japan eine allseitig geschätzte Tugend, wenn man nachgibt, sich anpaßt und einfügt. Nur indem man die eigene Meinung mit der des anderen verschmilzt, kann man ihr Gehör verschaffen und sie durchsetzen. Die japanische Weisheit – durch nachgeben gewinnen – funktioniert erstaunlich gut. Die bei uns Deutschen übliche Form des Sich-unbedingt-durchsetzen-Wollens führt in Japan nicht zum Ziel. Es war für mich eine gute Schule, die sich später auszahlen sollte.

Ende 1977 weilte eine DDR-Wirtschaftsdelegation unter Leitung von Günter Mittag in Japan. Zu ihr gehörten Generaldirektoren von Außenhandelsbetrieben und Kombinaten, darunter auch der Generaldirektor des Kombinats Mikroelektronik, Professor Wedler. Bei den Verhandlungen wurden erste Kontakte zu Sharp, Toshiba und einigen anderen Konzernen geknüpft und konkrete Importwünsche der DDR auf dem Gebiet der Mikroelektronik geäußert. Die Sondierungsgespräche stießen bei den Japanern auf alles andere als auf Ablehnung. Das Embargo war kein Gesprächsgegenstand. Weitere konkrete Gespräche wurden für 1978 vereinbart.

Als ich Anfang 1978 die Leitung des neugebildeten AHB Elektronik im Kombinat Mikroelektronik übernahm, wurde ich beauftragt, Verhandlungen in Japan vorzubereiten. Es ging zum einen um erste konkrete Importobjekte, wie Schaltkreise für unsere Taschen-

rechnerproduktion und zum anderen um den Aufbau langfristiger Beziehungen zu Elektronikkonzernen.

Die Botschaft der DDR in Japan wurde durch den Minister für Außenhandel verpflichtet, meine Aktivitäten in Japan mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen. So geschah es auch. Botschafter Horst Brie hatte meine ersten Kontakte zu den Konzernspitzen von Sharp und Toshiba gut vorbereitet.

Im Mai 1978 wurde ich in Osaka vom damaligen Präsidenten von Sharp, Akira Saeki, empfangen. Nicht nur ich betrat Neuland. Denn wir waren die ersten Vertreter eines sozialistischen Landes, mit denen Sharp zusammentraf und in der Folge Verträge abschloß.

Während dieses Aufenthaltes in Japan wurde ich in Tokio auch in der Konzernzentrale vom Vizepräsidenten und Direktor für Forschung, Dr. Nagai, begrüßt. Auch dieses Spitzengespräch fand in einer warmen, äußerst freundschaftlichen Atmosphäre statt, und wir konnten den Grundstein für ein vertrauensvolles Verhältnis legen.

Im Ergebnis der Verhandlungen mit Sharp wurden zwei Verträge zur Herstellung von Schaltkreisen und LCD-Anzeigen für elektronische Uhren und Taschenrechner abgeschlossen. Allerdings war Sharp nicht bereit, das Embargo heimlich zu umgehen. Das Unternehmen machte die Abwicklung der Verträge davon abhängig, ob die japanischen Behörden eine Exportlizenz erteilten.

Ein Vertrag wurde schnell lizensiert und von Sharp ordnungsgemäß realisiert. Für den zweiten Vertrag erhielt Sharp keine Lizenz, da die Schaltkreise für Uhren und Rechner zum damaligen Zeitpunkt unter Embargo standen. Damit wollten wir uns freilich nicht abfinden und intervenierten bei Sharp. Ich sprach nochmals bei Präsident Saeki in der Konzernzentrale vor, Außenhandelsministers Dr. Beil überreichte im Wirtschaftsministerium (MITI) ein Aide-memoire, und auch der Wirtschaftsausschuß Japan – DDR wurde eingeschaltet. Leider alles vergeblich: Wir konnten weder eine Lizenzerteilung erreichen noch Sharp animieren, das Embargo zu umgehen. Sharp trat vom Vertrag zurück. In der Folge verhandelten wir mit Sharp keine neuen Objekte, denn wir wollten uns nicht in Abhängigkeit von Lizenzerteilungen begeben.

Aber selten ein Schaden ohne Nutzen: Zwischen dem Stellvertreter des Generaldirektors im Kombinat Mikroelektronik, Dr. Rolf Hillig, der in den Japangeschäften als mein Verantwortlicher für wissenschaftlich-technischen Fragen mitwirkte, und dem Forschungsdirektor von Sharp, Dr. Tadashi Sasaki, hatte sich eine persönliche Freundschaft entwickelt. So konnten in späteren inoffizi-

ellen Zusammentreffen zahlreiche für uns wichtige Informationen und fachliche Erkenntnisse gesammelt werden. Wir haben kräftig „abgeschöpft". Als Dank haben wir ihm zu Gastvorlesungen und der Ehrendoktorwürde der Technischen Universität Dresden verholfen.

Anders Toshiba. Dort bewegte man sich wesentlich flexibler als bei Sharp. Bereits in den ersten Vertragsverhandlungen stießen wir zwar auch hier auf das Problem Embargo, fanden aber mit der Hilfe von Dr. Nagai einen Lösungsweg. Nagai brachte nämlich eine Firma O. A. Machinery Corporation und ihren Präsidenten Matsuda ins Spiel. Nagai war mit dem Vater von Matsuda, einem einflußreichen japanischen Geschäftsmann, befreundet. Damit vertraute er dem Präsidenten Matsuda und seiner Firma O. A. Machinery.

Matsuda saß also dann stets mit am Verhandlungstisch bei Toshiba. D. h. es wurden jeweils zwei Verträge verhandelt und abgeschlossen: Der Hauptvertrag war frei von Embargopositionen und konnte zwischen Elektronik Export/Import und Toshiba direkt abgeschlossen werden. Für ihn wurde dann auch die erforderliche Exportlizenz problemlos erteilt, und Toshiba konnte risikolos an uns liefern. Die Embargopositionen wurden zwischen Elektronik Export/Import und O. A. Machinery vertraglich vereinbart. Alsdann stellte Toshiba bei seinen Unterlieferanten in Japan und in den Geschäftsbereichen des eigenen Konzerns die Weichen, so daß O. A. Machinery die notwendigen Ausrüstungen auch geliefert bekam. Für uns bestand der Vorteil, daß Toshiba für beide Verträge und damit für das Gesamtobjekt die technische Verantwortung übernahm. Das Unternehmen führte in der DDR die Teile wieder zusammen und übernahm Montage, Garantieverpflichtungen, technische Einweisung und Ersatzteilversorgung.

Dies wurde solange erfolgreich praktiziert, wie Dr. Nagai in seiner Funktion tätig war. Rechtzeitig vor seiner Pensionierung band er seinen späteren Nachfolger, Kosuke Miyoshi, in unsere Geschäftsbeziehungen ein. Dadurch konnte ein gleitender Übergang gesichert werden. Miyoshi jedoch stützte sich dann nicht mehr so stark auf Matsuda, sondern nutzte teilweise andere Abwicklungsmöglickeiten und Partner, vor allem das Handelshaus Mitsui. Partner bei Mitsui war der General-Manager der Ost-West Handelssektion, Hiro Reizei, zu dem Miyoshi mehr Vertrauen als zu Matsuda hatte.

Natürlich legten wir allergrößten Wert darauf, uns einen solch zuverlässigen und wichtigen Partner warmzuhalten und nicht ins Messer laufen zu lassen. Deshalb akzeptierten wir den Vorschlag von Toshiba und schlossen bereits in der Anfangsphase unserer Zusammenarbeit im

Rahmen des Wirtschaftsausschusses Japan – DDR mit dem Kombinat Mikroelektronik pro forma einen offizieller Vertrag über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit ab. Der Vertrag wurde von den japanischen Behörden genehmigt und diente Toshiba als wirksame Legende für die zahlreichen inoffiziellen Expertenbesuche von uns in Japan sowie für die Reisen japanischer Experten in die DDR.

Unser Entgegenkommen ging freilich noch weiter. Wir kauften seitdem bei Toshiba nicht nur alle möglichen Nichtambargowaren ein, sondern zogen mit Hilfe des Ministeriums für Außenhandel und anderer Außenhandelsbetriebe alle größeren Anlagenprojekte aus Westeuropa ab und lenkten sie in Richtung Japan, möglichst zu Toshiba. So verlagerte ich unsere eigenen Importe von Farbbildröhren aus Frankreich zu Toshiba, und der AHB Industrieanlagenimport kaufte u. a. komplette Fertigungslinien zur Herstellung von Allgebrauchs- und Leuchtstofflampen sowie ein komplettes Farbbildröhrenwerk von Toshiba. Natürlich vergaßen wir bei diesen Riesengeschäften nie, die japanischen Geschäftsfreunde an unsere Forderungen und Wünschen nach Mikroelektronik zu erinnern. Eine Hand wäscht schließlich die andere.

Toshiba und O. A. Machinery wurden zwar schnell unsere wichtigsten Partnern im Elektronikland, sie waren aber nicht die einzigen. Systematisch nutzte ich meine zahlreichen Reisen nach Japan nicht nur für ständige Marktanalysen, sondern auch zur Gewinnung neuer Lieferanten. Gab es doch in Japan fast alles, wonach die ausgedörrten Seelen der DDR-Mikroelektronik lechzten.

Durch unsere Zusammenarbeit mit Toshiba, Sharp und einigen Handelshäusern blieben wir auf dem Markt keine Nobodys mehr. Das öffnete uns bei fast allen Firmen die Türen, einige fanden sogar von sich aus den Weg zu uns. Nur die Tore von NEC blieben uns trotz aller Bemühungen verschlossen, das Unternehmen hatte zu starke Bindungen an die USA. Auf der Erfolgsseite konnten wir solche ausgezeichnete Verbindungen wie die des Kombinats Robotron zu EPSON verbuchen. Der international renommierte Produzent von Druckern lieferte solche im größeren Umfang in die DDR, und Experten von Robotron bekamen die Möglichkeit, die Fertigungsstätte in Japan zu besichtigen und mit den dortigen Kollegen zu fachsimpeln und sie auch „abzuschöpfen“. Außerdem arbeitete man gemeinsam an einem Konzept für eine neue Produktionsstätte für Drucker in Sömmerda, das aber durch die Wende nicht mehr realisiert wurde.

Über unsere Beschaffungslinien in Japan realisierten wir nicht nur den Technologietransfer und komplette Projekte der Mikro-

elektronik, sondern hatten auf diesen Wegen auch Zugriff auf moderne Produktionsausrüstungen beispielsweise von Canon oder auf leistungsfähige Testsysteme, ohne die kein Schaltkreisproduzent auskommen kann.

Aus der langen Reihe erfolgreicher Partnerschaft mit japanischen Unternehemen seien nur noch zwei genannt: Von Nihon Dempo Kogyo (NDK) konnten wir trotz Embargo das Know-how und die Produktionsausrüstungen für eine moderne Produktion von Schwingquarzen für Uhren erwerben, und bei Mitsubishi Electric verfügten wir über ausgezeichnete Verbindungen in die Führungsetage, was für uns einen wertvollen Informationsaustausch zur Folge hatte.

Gleichwohl war Japan – bei allen genannten Vorzügen fürs Embargogeschäft – kein Schlaraffenland, wo einem die gebratenen Täubchen in den Mund fliegen. Vielmehr mußte ich auch hier bei meinen Aufenthalten die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen sorgfältig beachten. Japan verfügt zwar nur über einen kleinen, aber besonders in der Wirtschaftsspionage wirkungsvollen Apparat. Das Geheimdienstnetz wird weitgehend über andere Institutionen betrieben, die über beträchtliche Ressourcen verfügen. In diesem System spielt das Wirtschaftsministerium (MITI) mit seinen spezifischen Organen die wichtigste Rolle. MITI entstand 1949 aus dem ehemaligen Rüstungsministerium als Zentrum der japanischen Wirtschaftspolitik und förderte mit Milliardengeldern gezielt jene Industrien, in denen sich Japan die besten Wettbewerbschancen ausrechnete. Das sah man besonders in der Automobilindustrie, der Biochemie und der Mikroelektronik und Computertechnik.

Bereits 1972 hatte das japanische Abgeordnetenhaus die Einrichtung eines Electronics Industry Deliberation Council angeordnet, der die japanischen Elektronikkonzerne bei der systematischen Informationsbeschaffung beraten und lenken sollte. Die Anleitung und Aufsicht über diese Institution wurde MITI, dem Ministry for International Trade and Industry, übertragen. MITI selbst richtete in der Abteilung Schwerindustrie eine sogenannte Informationsstelle ein, deren Sonderbeobachtergruppe weltweit Informationen für die Elektronikindustrie beschaffte. Unter Leitung von MITI wurde in der Folge ein effektiv arbeitendes Netz der japanischen Wirtschaftsspionage errichtet. Darin spielt die Japan External Trade Organisation, auch als Jetro bekannt, eine besondere Rolle.

JETRO, offiziell als Institution zur Förderung des japanischen Exports getarnt, ist in dem Netz der Aufklärungs- und Spionagetätigkeit das wichtigste Bindeglied zwischen den halboffiziellen japa-

nischen Institutionen und Beamten, die Wirtschaftsspionage betreiben, und dem MITI. Jetro wird international als ein reiner wirtschaftlicher und politischer Nachrichtendienst Japans eingeschätzt, der ähnlich wie die CIA aufgebaut ist.[19]

In dieses System ist auch die dem MITI zuzuordnende Japan Economic Foundation (J. E. F.) einzureihen, in der als Executive Managing Director Yoshimichi Hori tätig war. Genau jener Mann, der zum Zeitpunkt unserer beginnenden Geschäftsbeziehungen zu Toshiba noch als Vertrauensperson von Dr. Nagai mein wichtigster Gesprächspartner war. Er war bereits damals gleichzeitig der wichtigste Kontaktmann von Toshiba zum MITI. Nebenberuflich arbeitete er trotz seiner Funktion in JETRO auch noch als Berater für Toshiba und deren Verbindungsmann zu MITI weiter. Verständlich, daß ich zu ihm auch in seiner neuen Funktion die Kontakte aufrechterhielt und ihm manches Stück Meißner Porzellan als Geschenk aus der DDR mitbrachte ...

Neben den staatlichen und „halbstaatlichen" Abwehr- und Spionageorganisationen unterhalten auch die großen japanischen Konzerne eigene Gruppen von Mitarbeitern, die Informationen „beschaffen" und nachrichtendienstlich arbeiten. Sie arbeiten wiederum eng mit MITI zusammen. Das war für uns natürlich kein Geheimnis, wir wußten stets, daß solche „Experten" beispielsweise von Toshiba immer mit am Verhandlungstisch in Japan saßen oder zu den Delegationen gehörten, die zu uns in die DDR kamen.

Zu den bereits angedeuteten Sicherheitsmaßnahmen gehörte, daß ich meine Reisen nach Japan mit einem Diplomatenpaß der DDR durchführte, den mir Schalck besorgt hatte. Damit wurde den japanischen Behörden signalisiert, daß ich im offiziellen staatlichen Auftrag der DDR handelte. Er sollte mir bei eventuell auftretenden Problemen im Gastland einen gewissen Schutz bieten. Vermutlich hätte er mir aber in der Praxis, im Falle des Auffliegens unserer Aktivitäten, wenig geholfen.

Jedenfalls mußten wir während unserer Japanaufenthalte immer davon ausgehen, nachrichtendienstlich überwacht zu werden. Um das der Gegenseite wenigstens zu erschweren, wählten wir in Tokio stets das Hotel New Otani aus, eines der größten im Zentrum gelegenen Hotels. Es wurde überwiegend von der internationalen Geschäftswelt genutzt und bot die beste Chance, uns weitgehend un-

---

19 Peter Schweizer: Diebstahl bei Freunden, Reinbek bei Hamburg 1993, S. 120 ff.

kontrolliert bewegen zu können. Um andere Risiken von vornherein auszuschließen, deponierten wir die Unterlagen prinzipiell nur in den Räumen der DDR-Botschaft und führten notwendige Beratungen unserer Verhandlungsdelegationen stets in den abhörsicheren Konferenzräumen des Botschaftsgebäudes durch.

Erstaunlicherweise – oder besser: logischerweise? – gab es während meiner zahlreichen Japanreisen nie Probleme mit japanischen Sicherheitsorganen oder Diensten. Dabei bin ich nicht so naiv anzunehmen, daß wir völlig unbeobachtet und unaufgeklärt agieren konnten. Vielmehr wurden unsere Aktivitäten offensichtlich geduldet und inoffiziell abgedeckt. Sah doch die japanische Wirtschaft im Embargo vor allem ein Instrument ihres Konkurrenten USA, dem man schon aus geschäftlichen Gründen ein Schnippchen schlagen wollte. Dabei mußte noch nicht einmal das Argument bemüht werden, sich für die freie Entwicklung des Welthandels einsetzen zu wollen. Erklärlich also auch, daß der Staat im Interesse der japanischen Wirtschaft über vieles großzügig hinwegsah oder erst dann einschritt, wenn die Verbündeten davon Wind bekamen und Embargoverstöße öffentlichkeitswirksam aufgedeckt wurden.

Gin Tonic unter vier Augen

Toshiba

Unsere Beziehungen zu Toshiba zeichneten sich durch etwas ganz Besonderes aus. In den Verhandlungen gingen beide Seiten nicht nur konstruktiv, freimütig und vertrauensvoll miteinander um, und die Japaner hatten nicht nur kommerzielles Interesse an einer Zusammenarbeit mit uns. Vielmehr machten sie kein Hehl aus ihrer großen Sympathie gegenüber allen Deutschen, wobei sie nicht zwischen Ost und West unterschieden. Allen voran Vizepräsident Dr. Nagai, aber auch Yoshimichi Hori, Assistant General Manager des für die internationale Zusammenarbeit zuständigen Bereichs International Operations-Producer Goods.

Nagai, ein sehr gebildeter und geistig vielseitig interessierter Mensch, betrachtete zwar als echter Japaner Japan als einzigartig, als Anfang und Mittelpunkt der Welt, kannte sich aber gut in der deutschen Geschichte und Kultur aus und besaß ein großes Verständnis für deutsche Mentalität, die sich wesentlich von der japanischen unterscheidet. Schnell kam es zwischen uns zu echten freundschaftlichen und persönlichen Kontakten. Sein hohes Alter, seine

langjährige Führungsrolle im Konzern und seine persönliche Ausstrahlungskraft auf Mitarbeiter sicherten ihm hohes Ansehen und Einfluß innerhalb des Konzerns und bei Toshibas Geschäftspartnern im internationalen Geschäft. Gegenüber sozialistischen Partnern hatte er keine Vorbehalte, Politik war für ihn kein Gesprächsgegenstand.

Yoshimichi Hori stand vor seiner Tätigkeit bei Toshiba im diplomatischen Dienst und war japanischer Handelsrat in der UdSSR. Hieraus resultierten auch seine engen Verbindungen zu MITI. Als ehemaliger Handelsrat in Moskau war er natürlich mit den Bedingungen in sozialistischen Ländern vertraut. Vor allem zur DDR, die er als Teil Deutschlands und der deutschen Kultur betrachtete, hatte er ein besonderes Verhältnis. Auch er zeigte großes Interesse an deutscher Tradition und Kultur, eine Eigenschaft, die bei jüngeren Japanern nur noch selten anzutreffen ist. Ihre Denk- und Verhaltensweisen sind amerikanisch geprägt, was sich auch in ihrer Einstellung zu Geschäften und in ihrem Arbeitsstil widerspiegelt.

Dr. Nagai hatte für die Zusammenarbeit mit der DDR ein fähiges Team von überwiegend jungen Mitarbeitern zusammengestellt. Hori arbeitete für Dr. Nagai als Berater und war zweifellos die graue Eminenz. Die konzeptionelle Arbeit leistete vor allem Yoshihiko Sento, Manager der Europa-Gruppe der Abteilung Export von Industrieanlagen, der auch die konkreten Vertragsverhandlungen zu den einzelnen Objekten führte. Zum Team gehörte weiterhin Hideaki Imamura, Senior Manager der Abteilung Export von Industrieanlagen, ein sehr wortkarger und verschlossener Mensch. Seine Rolle war uns nie ganz klar, aber manches deutete darauf hin, daß er nachrichtendienstlich angebunden war.

In die Verhandlungen mit uns wurden von Nagai und seiner Mannschaft stets weitere Top-Manager und Experten der jeweiligen Toshiba-Betriebe hinzugezogen. Somit umfaßte der Kreis der Mitwisser bei jedem Projekt immerhin etwa zehn Personen. Doch Toshiba vertraute auf die in japanischen Firmen übliche Loyalität der Mitarbeiter.

Bereits nach meinen ersten Gesprächen in Tokio nahm Dr. Nagai eine Einladung des Generaldirektors des Kombinats Mikroelektronik zu einem DDR-Besuch an. Er wurde dabei von Hori und von Matsuda, dem Präsidenten von O. A. Machinery, begleitet. Ich hatte die dankbare Aufgabe, die Japaner während ihres DDR-Aufenthalts zu betreuen. Sie wurden fast wie hochrangige Staatsgäste behandelt. Die Delegation wurde nämlich offiziell von Ottfried Steeger, dem Minister für Elektrotechnik/Elektronik, und von Hans Modrow, damals 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Dresden und Vorsitzen-

der der Freundschaftsgesellschaft DDR – Japan der DDR-Volkskammer empfangen. Das Treffen mit Modrow fand im Dresdner Gästehaus der SED statt und verlief keinesfalls nach steifen Protokollregeln. Hans Modrow ließ sich vor dem Zusammentreffen von mir ausführlich über unsere Absichten mit Toshiba informieren. Im Gespräch mit Toshiba kam Modrows bescheidenes und sachkundiges Auftreten und seine Argumentation außerordentlich überzeugend an und stärkte auch meine Position gegenüber Dr. Nagai. Im Gästehaus herrschte eine angenehme Atmosphäre, nichts von den sonst üblichen Protz bei ähnlichen Veranstaltungen anderer SED-Spitzenfunktionäre. Noch oft kam Dr. Nagai später auf dieses für ihn beeindruckende Treffen zurück. Modrows einzige Sorge mir gegenüber nach dieser Veranstaltung: Habe ich es richtig gemacht und konnte ich euch helfen?

Zur Pflichtkür des Besuchsprogramms gehörte zwar auch eine Stippvisite im Kombinat Mikroelektronik, doch hauptsächlich bemühten wir uns, den japanischen Gästen jeden Wunsch von den Lippen abzulesen. Dazu gehörte die Besichtigung der Dresdner Gemäldegalerie, der Porzellanmanufaktur Meißen und der Goethe- und Schiller-Gedenkstätten in Weimar. Im Ergebnis des Besuches konnte Dr. Nagai seine bereits umfangreiche Sammlung Meißner Porzellans um einige wertvolle Stücke ergänzen, die wir ihm als Geschenk übergaben.

Handfeste Geschäftsabschlüsse, meßbar in Dollar oder Yen, gab es im Ergebnis dieses Besuchs freilich nicht. Das hatten wir auch gar nicht vorgesehen, es ging erst einmal darum, die Kontakte zu vertiefen und persönliche Bindungen herzustellen. Die damals gegebenen Absichtserklärungen für die weitere Zusammenarbeit wurden in der Folgezeit untermauert, beispielsweise als Nagai und Hori mehrmals die Leipziger Messe besuchten. Jedenfalls hatten wir für die Zusammenarbeit mit Toshiba einen solides Fundament geschaffen, auf dem sich Stück für Stück aufbauen ließ. So hatten die ersten Verträge mit Toshiba noch ein relativ bescheidenes Volumen und ein niedriges wissenschaftlich-technisches Niveau. Diese Lieferungen der Japaner dienten dem Aufbau der Produktion von Taschenrechnern und elektronischen Uhren. Doch schon bald wurde die Latte höher gelegt.

Die konkreten Vertragsverhandlungen wurden von Seiten Toshibas stets unter Regie von Sento geführt, zu dem ich recht schnell ein gutes Verhältnis herstellen konnte. Er war ein gebildeter und flexibler junger Mensch, der sich den japanischen Traditionen kaum

noch verpflichtet fühlte, sondern ausgeprägte amerikanische Lebensauffassungen vertrat. Die Haltung gegenüber Amerikanischem war schon immer und ist auch heute noch in Japan ambivalent, sie schwankt zwischen Bewunderung und Verachtung. Sentos Schwiegervater war ehemals japanischer Botschafter in Spanien. Entsprechend seiner Lebensauffassungen war auch der Geschäftsstil und die Verhandlungsführung von Sento.

Stieß ich in den Verhandlungen mit Sento auf scheinbar unüberwindbare Hindernisse, so unterbrachen wir die Besprechung und arrangierten ein Zusammentreffen mit Nagai bzw. später mit seinem Nachfolger Miyoshi. Vorher mußte jedoch Sento der Führungsebene seine Vorschläge zur Bestätigung vorgelegt haben. Denn er befand sich in der Firmenhierarchie noch auf einer Position, wo man keine eigenständigen Entscheidungen trifft, sondern nur Firmenrepräsentant ist und den Verantwortungsträgern zuarbeitet.

Ich kannte natürlich diese Facette der japanischer Psyche und beteiligte mich an dem taktischen Spiel. Also ging ich darauf ein, daß Sento in Vorbereitungen seiner Entscheidungsvorschläge diese vorher mit mir abstimmte. So konnte er ziemlich sicher zu sein, daß sie dann auch von mir gegenüber seinen Chefs akzeptiert wurden, sonst hätte er leicht sein Gesicht verlieren können.

Bei diesen Gesprächen unter vier Augen, die wie alle offiziellen Verhandlungen auf Englisch geführt wurden, ging Sento sehr unkonventionell und, seinem jugendlichen Alter entsprechend, teils auch respektlos vor. Während der Verhandlungen arbeitete er Tag und Nacht und schlief auch schon mal nachts im Büro, um sich den langen Heimweg zu ersparen. Gilt doch noch heute der alte Samurai-Spruch: Was gibt es Schöneres, als sein Leben für den Herrn zu opfern. Sentos Herr war der Konzern Toshiba. So passierte es nicht selten, daß er mich mitternachts im Hotel anrief und um ein sofortiges Zusammentreffen bat. In einer Bar oder einem Club diskutierten wir dann bis in die frühen Morgenstunden hinein seine Vorschläge für die Führungsetage. Solche Treffen bei sündhaft teuren Drinks und befreienden Scherzen der „mama-san“, so nennt man die „Chefin“ des Clubs, sind im japanischen Geschäftsleben typisch. „Shabu-shabu“, ein schmackhaftes Suppenfondue, oder „Tempura“, ein paniertes Gericht, von hübschen Geishas gereicht, gehörte oft dazu. Beides gilt als japanische Spezialität. Im ritualisierten Japan läuft ohne dieses „Settai“-System kein Geschäft. Da läßt man schnell für einen wichtigen Geschäftspartner einige Tausend DM am Abend springen.

Hatten wir endlich Übereinstimmung erzielt, wurde das formlos auf einem Stück Papier, z. B. einer Serviette, festgehalten. Und dann wurde der Erfolg meist nicht mit japanischen Sake, sondern mit Whisky und Gin Tonic gefeiert. Das war zwar für mich sehr anstrengend, doch ich konnte sicher sein, daß ich am nächsten Morgen beim Zusammentreffen mit Nagai oder Miyoshi nicht überrascht wurde. Das Ergebnis der nächtlichen Arbeit mit Sento wurde mir als Entscheidung oder Vorschlag von Toshiba vorgetragen.

Diese unkonventionelle Art von Verhandlungsführungen entsprachen natürlich nicht unseren Sicherheitserfordernissen und waren in den Augen des MfS völlig suspekt. Sie führten aber zum Erfolg.

Die Handelsbeziehungen mit Toshiba schritten in Siebenmeilenstiefeln voran. So lieferten uns die Japaner Technologie und Fertigungsausrüstungen zur Herstellungen von LED-Anzeigen im VEB Werk für Fernsehelektronik Berlin, eine komplette Roboterlinie zur Bestückung von Leiterplatten im Fernsehgerätewerk Staßfurt und die Produktionsausrüstungen für Leistungselektronik (Transistoren und Dioden) in Stahnsdorf.

Vor allem das letztgenannte Projekt gestaltete sich recht kompliziert, da ein ähnliches Toshiba-Vorhaben mit der ČSSR bereits fehlgeschlagen war. Die Schwierigkeit bestand im sehr hohen Anteil notwendiger Embargoausrüstungen, die zwar in Japan, aber zum großen Teil nicht von Toshiba hergestellt wurden und für die das MITI keine Exportlizenz erteilte. Außerdem wollten die Japaner in diesem Fall nicht O. A. Machinery einschalten. Ich schlug deshalb vor, mir bekannte Embargolieferanten aus Westeuropa zwischenzuschalten, für die ich auch gegenüber Toshiba die Bürgschaft übernahm. Zu diesen Firmen gehörte u. a. Alltransistor (Scholz). Meine Idee wurde von Nagai akzeptiert.

Einmal mehr arbeiteten wir nach dem Prinzip, das Gesamtobjektes in mehrere Verträge aufzuteilen. Toshiba zeichnete für das Gesamtprojekt verantwortlich, lieferte das Know-how, einen Teil der Ausrüstungen und übernahm Montage, Inbetriebnahme und Garantieleistungen. Die meisten Embargopositionen, vor allem jene von japanischen Unterlieferanten, vereinbarten wir allerdings auf Grundlage der vorliegenden Spezifikationen mit den von uns vorgeschlagenen westdeutschen Embargolieferanten. Toshiba blieb dabei nicht draußen vor der Tür, sondern Sento saß als Konzernvertreter stets mit am Verhandlungstisch, auch bei Scholz in Bernau. Sogar die Unterlieferanten von Toshiba, so Tokio-Boeki, bezogen wir direkt in die Verhandlungen mit ein.

Als unsere Transaktion mit Scholz 1982 aufflog und ich mit Scholz jr. in der Bundesrepublik verhaftet wurde, wurden leider auch die Verbindungen zu Toshiba sichtbar. Obwohl entsprechende Informationen über BND und CIA bis nach Japan durchsickerten, hatte das dort weder für Toshiba noch für die beteiligten Mitarbeiter wie Sento Konsequenzen. Toshiba setzte die Geschäfte mit uns unbeeindruckt fort, das Vertauen zu meiner Person blieb unerschüttert. Nie war das Thema Scholz offizieller Gesprächsgegenstand mit Toshiba, nur ein einziges Mal sprach ich auf der „Arbeitsebene“ unter vier Augen mit Sento darüber.

Unsere Zusammenarbeit mit Toshiba konzentrierte sich immer stärker auf den Technologietransfer. Ausrüstungen konnten wir schließlich über unsere anderen Beschaffungslinien ins Land holen, jedoch nicht das echte Produktions-Know-how. Auch die von den speziellen Beschaffungsorganen illegal aufgetriebenen schriftlichen Dokumentationen reichten nicht aus. Notwendig war vielmehr das direkte Zusammenwirken der Experten unserer Betriebe mit den Fachleuten des jeweiligen Know-how-Trägers.

Also realisierten wir den Technologietransfer nicht nur über den Kauf von Know-how, sondern auch durch einen umfassenden Erfahrungsaustausch zwischen den Spezialisten beider Seiten. Zahlreiche Spitzenkräfte des Kombinats Mikroelektronik inspizierten die Fabriken, Labors und Entwicklungszentren von Toshiba, andererseits entsandte Toshiba seine Fachleute in die DDR. Ein beiderseitiges Geben und Nehmen.

SOS ins Große Haus

Technologietransfer 1-MBit-Schaltkreis

Unser wichtigstes Ziel beim Technologietransfer bestand darin, hochintegrierte Schaltkreise und das dazu erforderliche Know-how zu beschaffen. Ohne das wäre die wirtschaftliche Fertigung von Mikroprozessoren und Speicherschaltkreisen undenkbar gewesen. Doch genau da lag das Problem: In den Forschungs- und Entwicklungszentren der DDR war man zwar durchaus in der Lage, moderne hochintegrierte Schaltkreise zu entwickeln, aber die bescheidene Technologie gestattete keine Massenproduktion mit hoher Ausbeute. Die quasi handgeschmiedeten Schaltkreise waren einfach viel zu teuer und international überhaupt nicht konkurrenzfähig.

Die Produktion von hochintegrierten Schaltkreisen, besonders von Speicherschaltkreisen hatte bei Toshiba internationales Spitzenniveau. Die DDR ihrerseits war zum Aufholen des technischen Rückstandes und zum Erreichen des Spitzenniveaus bei diesen Schaltkreisen im Interesse der Produktion moderner Computer bei Robotron gezwungen. Schaltkreise mit 64 und 256 KBit wurden zwar selbst entwickelt, aber die Erhöhung der Ausbeute auf ein ökonomisch notwendiges Maß gelang nicht. Zum anderen wurde im Mikroelektronik-Forschungszentrum von Zeiss in Dresden bereits am 1-MBit-Schaltkreis gebastelt, der aber nur dann serienmäßig hergestellt werden konnte, wenn man die Produktionstechnologie von 64- und 256-KBit-Schaltkreisen mit hoher Ausbeute sicher beherrschte.

Was also tun, wollte die DDR bei der Produktion von hochintegrierten Schaltkreisen den technischen Rückstand aufholen?

Es war Ende 1985, noch vor Bildung des einheitlichen Handelsbereich H 4, als ich mit Kupfer, damals noch Leiter des Anlagenimportes, Dr. Schalck-Golodkowski gerufen wurde. In seinem Arbeitszimmer informierte er uns, daß der Generaldirektor des Kombinats Mikroelektronik an Günter Mittag im ZK einen Hilferuf gesendet habe. Demnach konnte weder die Produktion des Schaltkreises 64 K DRAM noch der bei Zeiss in Dresden entwickelte 256 K DRAM in die Massenproduktion im Stammbetrieb des Kombinats in Erfurt-Südost übergeleitet werden. Schlimmer noch: In dieser Chipfabrik, die mit hohen Investitionsaufwendungen und umfangreichen Embargoimporten ganz neu errichtet war, sollten in absehbarer Zeit 1-MBit-Chips produziert werden, was freilich eine wesentlich noch ausgefeiltere Technologie erforderlich machte.

Zu allen Übeln gesellten sich noch hausgemachte Zwistigkeiten: Das Kombinat Mikroelektronik war nicht bereit, die von Zeiss entwickelte Technologie zu übernehmen. In Erfurt schätzte man ein, daß Zeiss zwar in der Lage sei, einen 1-MBit-Schaltkreis zu entwickeln, aber niemals eine produktionsreife Technologie dafür. Die zwischen den beiden Kombinaten schon immer bestehenden Auseinandersetzungen spitzten sich mit dieser Einschätzung weiter zu.

Das SOS der Wirtschaftskapitäne brachte das Große Haus, wie das ZK-Gebäude in Berlin genannt wurde, auf Trab. Die Parteiführung aber wollte ihre ehrgeizigen Ziele erreichen. Wie so oft griff Mittag zu seinem Rettungsanker Schalck. Und dieser stellte den Befehl umgehend zu uns durch. Man erwartete von uns nicht nur Lösungen für die bereits entwickelten und in Produktion bzw. im

Überleitungsprozeß befindlichen Schaltkreise, sondern auch für die 1-MBit-Technologie. Auf Teufel-komm-raus sollte die kleine DDR eine Wirtschafts- und Weltwunder herbeizaubern.

Wie hochgeschraubt die Vorstellungen der Politbüro-Riege waren, zeigte schon die Tatsache, daß zu diesem Zeitpunkt kein einziger Produzent in Westeuropa diese Technologie beherrschte. Anders dagegen die Situation in den USA und Japan. Auch Toshiba zählte zu jenen, die das Weltniveau, besonders bei der Herstellung von Speicherschaltkreisen, den sogenannten DRAM, bestimmten. Wir mußten also alles versuchen, um mit den Japanern ins Geschäft zu kommen.

Kupfer konnte über seinen Bereich Anlagenimport keinen brauchbaren Lösungsvorschlag unterbreiten. Durch meine engen Verbindungen zu Toshiba wußte ich allerdings, daß die Japaner gerade dabei waren, einen Transfer ihrer 1-MBit-Technologie mit Siemens zu realisieren, um die Westdeutschen zur Produktion dieses Schaltkreises zu befähigen. Hier sah ich unsere einzige Chance, was ich auch Schalck darlegte. Sofort wollte er von mir einen Entscheidungsvorschlag ausgearbeitet haben.

Ohne Zeit zu verlieren, setzte ich mich an den Schreibtisch. In dem Schalck übergebenen Papier empfahl ich, im Zeitraum 1987/88 mit dem Import des Know-how und der Produktionsausrüstungen zu beginnen. Ohne eigene Entwicklungsarbeit und in verkürzter Zeitspanne sollte so eine komplette Fertigungsstätte entstehen, in der jährlich 20 bis 30 Mio. Speicherschaltkreise 256 K DRAM produziert werden könnten. Daran sollte sich der Erwerb des Know-how für den 1-MBit-Schaltkreises anschließen.

Wörtlich schrieb ich:

„Die Leitung dieses Vorhabens erfolgt nach dem Leitungsausnahmeprinzip unter persönlicher Anleitung und Kontrolle des Staatssekretärs, Genossen Dr. Schalck. Das Vorhaben ist wie GVS (Geheime Verschlußsache) zu behandeln.

Die Realisierung dieses komplexen Objektes unterliegt den schärfsten Embargobestimmungen, die es zu durchbrechen gilt. Bereits allgemeine technische Unterlagen und Informationen und die Musterbereitstellung unterliegen diesem Embargo, da es sich um strategisch bedeutsame Bauelemente handelt.

Embargoobjekte mit solch komplexen Charakter und Schwierigkeitsgrad wurden bisher auf dem Gebiet der Mikroelektronik noch nicht realisiert. Das Objekt ist als geschlossener Komplex nur gemeinsam mit einem leistungsfähigen Hersteller dieser Schaltkreise und nicht mit einem Handelshaus, Handelsunternehmen oder eine

Consultingfirma möglich. Die Zwischenschaltung solcher Firmen ist zwar als Tarnung durchaus denkbar und unter Umständen auch notwendig, aber eine direkte oder indirekte Mitwirkung eines Herstellers ist objektiv notwendig.

Mit dem gegenwärtigen Stand der Erkenntnisse gibt es noch keine Erfolgsgarantien für das Vorhaben.

Der Schwierigkeitsgrad liegt in der objektiven Notwendigkeit der Beschaffung des Know-how (Technologie) und der zu dieser Technologie gehörenden spezifischen Ausrüstungen einschließlich der erforderlichen Chefmontage und der Schulung der DDR-Spezialisten. Eine Trennung von Technologie und Ausrüstungen ist objektiv nicht möglich.

Die Realisierung eines solchen Objektes ist in allen Phasen der Bearbeitung allseitig mit einem hohen Risiko verbunden, beginnend mit einem hohen persönlichen Sicherheitsrisiko für die an einem solchen Projekt auf beiden Seiten arbeitenden Personen bis zu einem zur Zeit noch nicht abgrenzbaren finanziellen Risiko für uns und den Partner.

Das Gesamtrisiko für die DDR ist einzuengen, indem eine schrittweise Realisierung des Vorhabens erfolgt."

Natürlich schlug ich aufgrund meiner guten persönlichen Beziehungen und der guten Erfahrungen in der bisherigen Zusammenarbeit Toshiba als Partner vor. Als Ausweichvariante war der südkoreanische Konzern Samsung vorgesehen, zu dem wir über die Firma Caramant in Wiesbaden Kontakte aufbauen wollten.

Schalck, wie immer von schnellem Entschluß, bestätigte meine Gedanken zum Technologietransfer von Toshiba. Darin eingeschlossen war auch der Erwerb von Schaltkreisentwürfen, sogenannten Schablonen. Das hieß also, daß wir dann nach den Schablonen der Japaner und nicht nach denen von Zeiss produzieren würden. Eine klare Schlappe für Zeiss, die Generaldirektor Biermann mit seinem direkten Draht zu Günter Mittag kaum so einfach hinnehmen würde. Das befürchtete auch Schalck.

Dennoch legte er das Konzept Mittag vor, der es – fast eine Sensation – ohne Abstriche bestätigte. Der Ehrgeiz der SED-Spitze, der Weltöffentlichkeit vorzuführen, daß die DDR einen 1-MBit-Schaltkreis nicht nur entwickeln, sondern auch produzieren kann, obsiegte über dem Prestige von Zeiss.

Gleichwohl wurde Jena angehalten, an der eigenen Entwicklung weiterzuarbeiten. Diese Doppelgleisigkeit diente unserer eigenen Sicherheit. Schließlich gab es noch keine Vereinbarung mit Toshi-

ba, und selbst nach Abschluß einer solchen konnte in jeder Phase eine Situation eintreten, die unsere Unternehmung gefährdet.

Schalck informierte Staatssekretär Nendel, und ich wurde angewiesen, mit Siegfried Stöckert nach Jena zu fahren. Dort sollten wir mit Biermann und seinem Forschungsdirektor für Mikroelektronik, Professor Klaus Mütze, das Konzept abzustimmen. Der für Biermann schwer verdauliche Happen sollte ihm wenigstens versüßt werden. Also hatten wir den Jenensern klarzumachen, daß der Technologietransfer aus Japan nicht gegen, sondern mit Zeiss erfolgen würde. Alle Erkenntnisse und Dokumentationen sollten nicht nur dem Kombinat Mikroelektronik, sondern auch Zeiss zur Verfügung gestellt werden, damit sie in die eigene Forschung und Entwicklung einfließen konnten.

Trotz des mitgebrachten Zuckerbrots blieb unsere Aufgabe in Jena schwer und undankbar. Sie wurde zwar durch meine langjährigen persönlichen Kontakte zu Biermann und Mütze etwas erleichtert, aber erfolgreich waren wir nur dadurch, daß wir im Windschatten von Schalck segelten. Biermann wandt sich wie eine Schlange, die einen Igel verspeist hatte. Er vertraute immer noch auf die hehren Versprechungen des Ministeriums für elektronische Industrie der UdSSR. Gemeinsam mit Zeiss wollten sie die erforderlichen Fertigungslinien produzieren und sich bei den zu entwikkelnden und zu produzierenden Einzelausrüstungen gegenseitig austauschen. Wie es eben unter Brüdern üblich sei ... Nur daß es in diesem Fall einen kleinen und einen großen Bruder gab und wir nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag warten konnten.

Jedenfalls erkannte Biermann in seiner Selbstüberschätzung keine Notwendigkeit und keine zeitlichen und ökonomischen Vorteile, wenn die DDR das komplette Know-how einschließlich der Produktionsausrüstungen aus dem Westen erwerben würde. Eine größere Fehleinschätzung hat es wohl selten gegeben. Einen solchen Optimismus konnte selbst die SED-Führung nicht mittragen. Da aber hinter unserem Konzept kein geringerer als Günter Mittag stand, kam dessen enger Freund Biermann nicht umhin – wenn auch zähneknirschend und widerwillig – seine Zustimmung zu geben. Professor Mütze wurde von ihm für dieses Projekt als mein Kontaktmann bei Zeiss festgelegt. Nur er und Biermann hatten auch nachfolgend bei Zeiss Kenntnis vom Projekt, aber keinerlei Kontakte zu Toshiba.

Als wissenschaftlich-technischen Berater, der mit mir gemeinsam alle Verhandlungen mit Toshiba führen und innerhalb des

Kombinates Mikroelektronik alle erforderlichen Schritte einleiten sollte, hatte ich Rolf Hillig, den Stellvertreter des Generaldirektors des Kombinats, vorgeschlagen. Er hatte mit mir bereits an anderen Toshiba-Projekten zusammengearbeitet und wurde von den Japanern als Fachmann geschätzt und anerkannt. Er genoß nicht nur mein Vertrauen und das der Staatssicherheit, sondern auch das von Dr. Nagei und Miyoshi. Später wurde noch Dr. Rehak, ein Vertrauter von Hillig, als Experte mit einbezogen. Auch er war Toshiba bereits aus anderen Projekten bekannt.

Unter strengster Geheimhaltung in der DDR, besonders im Kombinat Mikroelektronik, begannen wir mit der Arbeit. Die erste Reise nach Tokio zu Sondierungsgesprächen in der Konzernzentrale von Toshiba führte ich alleine durch, denn es mußten im Sicherheitsinteresse Toshibas zuerst Gespräche unter vier Augen sein. Miyoshi war mein Gesprächspartner. Mein Anliegen stieß bei ihm auf offene Ohren, ich wurde nicht abgewiesen. Nach langer Konversation, in der ich unsere Wünsche und Vorstellungen ausführlich beschreiben konnte, bat er um eine Auszeit. Er mußte sich mit Nagai beraten.

In der nächsten Gesprächsrunde stimmte Nagai prinzipiell der von uns gewünschten Zusammenarbeit zu. Er zögerte aber noch, sich zu konkreten Vereinbarungen zu äußern. Toshiba bezweifelte wohl, daß wir trotz ihrer Hilfe in der Lage wären, so kurzfristig die Technologie eines 1-MBit-Schaltkreises zu beherrschen. Es bedurfte nach Auffassung der Japaner einer mehrjährigen Unterstützung, um dieses Niveau zu erreichen. Japaner sind eben Realisten. Aus dieser Sicht wollte Toshiba in die nächste Verhandlungsrunde gehen.

Und mit diesem Zwischenergebnis – einerseits die prinzipiellen Bereitschaft zur Zusammenarbeit, andererseits aber Vorstellungen, die ganz und gar nicht in unser Zeitkonzept paßten – trat ich den Rückflug an. Es war sicherlich noch viel Arbeit nötig, um Toshiba voll auf unsere Linie zu bringen, was ich aber für möglich hielt. Noch im Flugzeug, die Route führte über Moskau, und der Flug nach Berlin dauerte mit Zwischenlandung immer über 14 Stunden, schrieb ich meinen Bericht. Sofort nach Ankunft in Berlin mußte ich ihn noch um Mitternacht in der Zentrale von KoKo abgeben. Schnurstracks wurde er per Kurier zu Schalck in die Wohnung gebracht. Am nächsten Morgen lag er bereits auf dem Tisch von Günter Mittag im Großen Haus.

G. M., wie der oberste Wirtschaftslenker der SED gern von „seinen“ Kombinats- bzw. Generaldirektoren im kleinen Kreis genannt wurde, stimmte weiteren Verhandlungen zu. Aber er drängte

auf ein höheres Arbeitstempo. Irgendwie verständlich, stand er doch bei der Entwicklung des 1-MBit-Schaltkreises unter ungeheurem Erfolgsdruck. Honecker baute auf sein Versprechen, hatte es selbst lauthals und öffentlich publik gemacht. Der Schaltkreis war längst zum Prestigeobjekt der DDR geworden.

Im Juli 1986 reiste eine Wirtschaftsdelegation zur Tagung des Wirtschaftsausschusses Japan – DDR nach Tokio. Höher angebunden ging es kaum noch – Leitung: Günter Mittag; dann Gerhard Beil, der Minister für Außenhandel, und Staatssekretär Schalck-Golodkowski sowie zahlreiche Generaldirektoren aus Außenhandel und Industrie der DDR.

Ich selbst durfte dafür in Tokio den Boden düngen. Also reiste ich mit Dr. Hillig vorher nach Japan. Unser „Klassenauftrag": eine unterschriftsreife Vereinbarung, die G. M. nur noch bestätigen brauchte, wenn er mit der Delegation in Tokio eintraf. Und der von Schalck gewollte Nebeneffekt: Der Parteiführung sollten wieder einmal Leistungsfähigkeit und Unentbehrlichkeit von KoKo demonstriert werden.

Indes gestalteten sich die Verhandlungen äußerst kompliziert. Toshiba zweifelte immer noch an unseren Fähigkeiten und rückte die Gewährleistung seiner Sicherheit in den Mittelpunkt. Man befürchtete wohl weniger Probleme in Japan als vielmehr ein mögliches Leck innerhalb der DDR.

In die Detailverhandlungen wurde diesmal nicht Sento, sondern Imamura einbezogen, der unser Partner für dieses Projekt wurde. Die Abwicklung sollte dann unter aktiver Mitwirkung des Handelshauses Mitsui erfolgen. In die Verhandlungen wurde deshalb der General Manager der Ost-West-Sektion des Handelshauses, Hiro Reizei, einbezogen. Er war auch in der Realisierungsphase unser ständiger Partner.

Trotz allen Bemühens war Toshiba aus Sicherheitsgründen nicht bereit, zum Abschluß einen schriftlichen Vertrag zu unterzeichnen. Ein mündliches Gentlemen Agreement auf der Basis beiderseitigen Vertrauens sollte zwischen Miyoshi und mir abgeschlossen werden. Diese Vereinbarung beinhaltete jedoch noch nicht den 1-MBit-Schaltkreis, sondern nur die ersten Etappen bis zur Herstellung des 256 K DRAM. Außerdem verlangten die Japaner eine Vergütung in Höhe von 25 Mio. US-Dollar. Eine Summe, die wesentlich höher war, als wir sie aus Alpträumen kannten.

Sofort nachdem die Delegation mit Mittag im Hotel New Otani eingetroffen war, informierte ich Schalck. Den verständlicherweise unbefriedigenden Verhandlungsstand trug er wiederum G. M. vor.

Im Ergebnis dieser Beratungen erhielt ich die Vollmacht zum Abschluß des Gentlemen Agreements sowie die Zusage, daß die 25 Mio. Dollar von KoKo finanziert werden. Das Gentlemen Agreement wurde dann am 4. Juli 1986 abgeschlossen. Über den Inhalt informierte ich Schalck und Mittag wie folgt:

„1. Im Interesse der Geheimhaltung und der Sicherheit der beteiligten Partner wird die Vereinbarung als mündliches Gentlemen Agreement abgeschlossen. Es sind keinerlei vertragliche (schriftliche) Vereinbarungen und Festlegungen möglich.

2. Der Inhalt des Gentlemen Agreement besteht darin, daß die Fa. Toshiba das Know-how zur Herstellung eines 256 K DRAM auf internationaler Vergleichsbasis in die DDR überträgt und dafür eine Zahlung in Höhe von 25 Mio. U$ erhält. Die Zahlung erfolgt in drei Etappen entsprechend eines 3-Stufen-Programmes, und zwar

11,0 Mio. U$ nach Abschluß der 1. Stufe,

8,5 Mio. U$ nach Abschluß der 2. Stufe,

5,5 Mio. U$ nach Abschluß der 3. Stufe.

3. Das 3-Stufen-Programm besteht inhaltlich aus folgendem Leistungsumfang von Toshiba:

die komplette technologische Beschreibung (Drehbuch),

die technologische Teilschrittbeschreibung (flow chart),

ein kompletter, vervielfältigungsfähiger Schablonensatz (reticle set),

die komplette Ausrüstungsliste.

Die Leistungen von Toshiba erfolgen in Form der Übergabe der Unterlagen und ingenieurtechnischen Leistungen in den Labors und Fertigungsstätten von Toshiba und im Betrieb ESO des VEB Kombinat Mikroelektronik in Erfurt.

Mit diesen Unterlagen und dieser Unterstützung sind die Voraussetzungen in der DDR vorhanden, den 256 K DRAM mit einer Chipfläche von 37,84 qmm (Internationaler Spitzenwert) und einer Ausbeute >50 % zu produzieren.

4. Das 3-Stufen-Programm wurde als terminlich fixiertes Arbeitsprogramm von Toshiba erarbeitet und uns übergeben.

5. Der zeitliche Ablauf des Arbeitsprogrammes wurde so vereinbart, daß die erforderlichen Masken für den 256 K DRAM ab 1. 1987 dem KME zur Verfügung stehen, so daß die ersten 256 K DRAM als Muster aus der Fertigung ESO im II. Halbjahr bereitgestellt werden können.

Mit der Realisierung des Arbeitsprogrammes und unter weiterer Verkürzung des Zeitplanes durch eine straff organisierte Leitung

des Projektes in der DDR kann gesichert werden, daß mit Inbetriebnahme des Investvorhabens ESO III die Massenproduktion des 256 K DRAM aufgenommen wird.

6. Nicht zum Leistungsumfang von Toshiba gehört die Lieferung notwendiger Ergänzungseinrichtungen, wie Stepper, Ätzer und Implantationsanlagen, die aber auch unabhängig von der Toshiba-Technologie notwendig werden. Toshiba liefert im Rahmen der Ausrüstungslisten die detaillierte Spezifikation, leistet Hilfe bei der Beschaffung und vor allem bei erforderlichen Anpassungsarbeiten an die Toshiba-Technologie."

Nun stand der raschen und zielstrebigen Inangriffnahme des Projekts nichts mehr im Wege. Mit der technischen Abwicklung wurde von Toshiba der junge Senior Manager Takeshi Suzuki beauftragt, der bereits in der Vorbereitungsphase die Arbeitsprogramme erarbeitet hatte. Er war ein hochqualifizierter Ingenieur und für unsere Zusammenarbeit besonders geeignet, denn er betreute zum gleichen Zeitpunkt die Toshiba-Verträge mit Siemens.

Seine Reisen zu Siemens konnte Suzuki hervorragend mit seinen anschließenden unauffälligen Besuchen in Erfurt verbinden. Wir sorgten dafür, daß er in die DDR ohne Visum und ohne Vermerk im Reisepaß ein- und wieder ausreisen konnte. Das forderte schon Toshiba, um Suzukis Sicherheit zu gewährleisten. Entsprechend einer Festlegung von Schalck regelte ich dafür sämtliche Formalitäten bei den Grenz- und Zollorganen über Helmut Schindler, den Generaldirektor von Transinter. Die Grenzorgane bekamen dazu von uns den vorgesehenen Grenzkontrollpunkt, Tag, Uhrzeit, Paß-Nr. und das Pkw-Kennzeichen avisiert. Um bei anderen Reisenden keinen Verdacht zu wecken, mußte Suzuki zwar seinen Paß vorgelegen, aber im Paß selbst wurden die sonst üblichen Sichtvermerke nicht eingetragen. Als in einem Fall irgendein DDR-Grenzer trotz unserer rechtzeitigen Voranmeldung die vereinbarten Spielregeln nicht einhielt, ging Toshiba auf die Barrikade und drohte, die gesamte Zusammenarbeit abzubrechen. Erst als die verantwortlichen Grenzoffiziere zur Verantwortung gezogen und von uns erneute Garantieerklärungen abgegeben wurden, konnte die Zusammenarbeit fortgesetzt werden.

Das Procedere für die sogenannte Grenzfreimachung funktionierte auch für Reizei, der die Dokumentationen eigenhändig von Tokio nach Berlin brachte und im Büro von Mitsui im Internationalen Handelszentrum (IHZ) in Ostberlin an uns übergab. Das im IHZ residierende Büro von Toshiba war übrigens in das Geschäft nicht einbezogen.

Fortan ging alles wie am Schnürchen, unser Gentlemen Agreement wurde zügig realisiert. Toshiba studierte in Erfurt den Stand unserer Technologie, und wir weilten mehrfach zu Konsultationen in den Labors und Fertigungsstätten von Toshiba. In Erfurt wurden mit den Dokumentationen in der Produktion Versuche gefahren, deren Ergebnisse wiederum bei Toshiba analysiert wurden. Die daraus resultierende Verbesserungsvorschläge fanden sofort in unserer Technologie ihren Niederschlag. Die Ausbeute der Produktion unseres 64 K DRAM stieg rasch an, auf die ersten ökonomischen Ergebnissen konnten wir stolz sein.

Im Rahmen der Arbeitsetappe für den 256 K DRAM übergab uns Toshiba aus Sicherheitsgründen nicht den Orginalschaltkreisentwurf (Schablonen), nach dem der Konzern selbst produzierte, sondern einen leicht abgeänderten Entwurf mit gleichen technischen Parametern. Damit sollte dem vorgebeugt werden, daß die Konkurrenz später Rückschlüsse auf die Toshiba-Technologie ziehen konnte, wenn sie die bei uns produzierten Schaltkreises analysierte. Es wurde eben an alles gedacht, um Pannen zu vermeiden.

Als im Januar 1987 erste Zahlungen fällig wurden, schlugen Toshiba und Mitsui vor, daß Reizei und ich einen Scheinvertrag über die Lieferung von Dokumentationen für Leistungstransistoren im Werte von 8,5 Mio. U$ abschließen. Dieser Vertrag wurde von Mitsui beim MITI zur Genehmigung eingereicht, von MITI genehmigt, und wir konnten im März die erste Rate offiziell überweisen. Gleichzeitig unterzeichneten wir ein Protokoll, mit dem der Vertrag mit Ausnahme der Zahlungsverpflichtung für null und nichtig erklärt wurde. Wiederum aus Sicherheitsgründen für den Partner wurde dieses Protokoll nur im Original ausgefertigt und gelangte nicht in die Akten bei Mitsui, sondern blieb im persönlichen Besitz von Reizei.

Ein weiterer Posten in Höhe von 0,7 Mio. U$-Dollar sollte auf Wunsch von Toshiba ohne schriftliche Vereinbarung in bar oder durch Überweisung auf ein Drittland-Konto abgewickelt werden. Hier handelte es sich offensichtlich um einen Betrag, der einer persönlichen Verwendung der beteiligten japanischen Personen oblag. Jedenfalls überwiesen wir unser gutes Geld nach England.

Wie gesagt – alles lief anfangs nach unseren Wünschen. Aber es sollte noch anders kommen.

Japaner auf einer Erfurter Müllkippe

Die Toshiba-Kongsberg-Affäre

Die sowjetische U-Boot-Flotte war die größte der Welt. Ständig wurden die westlichen Militärs durch neue und leistungsfähigere Modelle überrascht, die zum Teil den westlichen Booten weit überlegen waren. In ihnen steckte viel westliches Know-how. So lieferten bereit 1978 japanische Firmen ganz legal ein riesiges Trockendock in die UdSSR, das für Atom-U-Boote, Zerstörer und Raketenträger der Nordflotte der UdSSR in Murmansk eingesetzt wurde.[20]

Der Schwachpunkt eines U-Bootes im Unterwassereinsatz besteht darin, daß die Geräusche seines Antriebs und vor allem des Propellers geortet werden und damit das Boot vernichtet werden kann. Deshalb werden geräuscharme Schrauben benötigt.

Bereit seit 1979 liefen in der Sowjetunion Forschungs- und Entwicklungsarbeiten für moderne Marinepropeller. Die UdSSR verfügte allerdings nur über eine fünfachsige Walzmaschine sowie eine numerische CAD/CAM-Steuerungsanlage von Kongsberg aus Norwegen. Damit konnten nur kleinere Prototypen in niedrigen Stückzahlen gefertigt werden. Eine Massenproduktion leistungsfähiger und vor allem auch größerer Typen erforderte dagegen vollautomatisierte spezifische Werkzeugmaschinen.

Mit deren Beschaffung beauftragte das sowjetischen Außenhandelsunternehmen Techmashimport 1980 die japanische Handelsfirma Wako Koeki Companie. Diese recherchierte im eigenen Land und fand das Geeignete bei Toshiba Machine, einer Tochter von Toshiba Electric Corporation. In den Verhandlungen bestand Toshiba Machine darauf, das Geschäft über das Handelshaus C. Itoh & Co. abzuwickeln, denn die Walzmaschinen MBP-110 unterlagen dem Embargo. Zur Tarnung wurde nicht nur C. Itoh, sondern auch die norwegische Firma Kongsberg Trade, eine Tochter der Kongsberg Vapenfabriken, zwischengeschaltet. Kongsberg war bereit, den Sowjets die notwendige CAD/CAM-Computeranlage und die Anwendersoftware zu liefern.

Im April 1981 wurden die Verträge zwischen Techmashimport und C. Itoh sowie zwischen Techmashimport und Kongsberg in Moskau abgeschlossen. In falschen Exporterklärungen täuschten beide Lieferanten bei ihren Behörden einen zivilen Einsatz der Ware vor. Jedenfalls kam die Bestellung beim Auftraggeber an, und die

---

20 Jay Tuck: Die Computerspione, München 1984, S. 142 ff.

vier Anlagen wurden 1983 auf der Baltischen Werft bei Leningrad montiert. Die neunachsigen Walzmaschinen mit zwei Spindeln und hoher Schneidkraft arbeiteten dank der CAD/CAM-Steuerung von Kongsberg vollautomatisiert. Damit konnten nicht nur die größten Propeller – möglich waren Durchmesser bis 11 Meter – mit einer Genauigkeit von 0,01 Millimetern hergestellt, sondern gleichzeitig zwei Flügeln auf fünf Arbeitsachsen bearbeitet werden. Das betraf selbstverständlich auch Schrauben mit weitgehend identischen Mehrfachflügeln, die mit solch hoher Präzision hergestellt werden, daß sie allerhöchsten Anforderungen an geräuscharmer Schiffsschrauben auch für modernste U-Boote entsprechen. Neben den Qualitätsparametern beeindruckten die neuen Anlagen auf der Baltischen Werft auch durch ihren Produktionsausstoß: Die Kapazität reichte aus, um alle alten U-Boote um- und die neuerbauten aufs modernste auszurüsten.[21]

Bekannt wurde diese Geschäfte von Toshiba mit den Sowjets erst 1987, als sich ein Mitarbeiter von Wako Koeki Company offenbarte. Umgehend wurden die Büroräume von Toshiba Machine durchsucht und zwei Manager der Firma im Mai 1987 verhaftet. Eine Regierungskommission zur Untersuchung der Affäre wurde gebildet. Der Toshiba-Vorstand trat zurück, weltweit geriet der gesamte Konzern ins Kreuzfeuer. Die USA verhängten gegen Toshiba ein Embargo, COCOM setzte die Affäre in Paris auf die Tagesordnung, auf einer NATO-Tagung kam es zu heftigen Auseinandersetzungen. Die Toshiba-Transaktion wurde als der wahrscheinlich bedrohlichste illegale Transfer westlicher Technologie in die Sowjetunion seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges eingeschätzt – eine empfindliche Schlappe für die NATO.

Toshiba entschuldigte sich „beim amerikanischen Volk" über Anzeigen in allen großen Zeitungen und Zeitschriften der USA. Um den Schaden für das gesamte Exportgeschäft Japans mit den USA möglichst gering zu halten, reiste der japanische Wirtschaftsminister umgehend zu Verhandlungen in die Staaten. Der damalige Premier Nakasone bezichtigte Toshiba, nicht nur die nationale Verteidigung geschädigt zu haben. Vielmehr hätte sich der Konzern eines Verbrechens schuldig gemacht, indem das japanische Volk verraten worden wäre. Nur langsam verzog sich der Pulverdampf dieser hitzigen Auseinandersetzungen.

---

21 Jay Tuck/Karlhans Liebl: Direktorat T – Industriespione des Ostens, Heidelberg 1988, S. 127 ff.

Toshiba kam noch einmal relativ ungeschoren davon und konnte seine Position auf dem US-Markt wieder festigen. Allmählich konnte man bei Toshiba wieder zum Alltagsgeschäft übergehen, wozu nichtsdestotrotz – bei aller nun gebotenen Vorsicht – der Embargohandel gehörte.

Für uns war das Dumme an dieser Affäre, die in der Weltpresse wie eine Bombe einschlug, daß die USA den Skandal nicht nur nutzten, um den Transfer westlicher Militärtechnologie in die UdSSR anzuprangern. Vielmehr wurden auch unsere Geschäfte mit Leistungstransistoren aus den Jahren 1981/82 ans Licht der Öffentlichkeit gezerrt, von denen allerdings die Amerikaner spätestens seit dem Auffliegen von Scholz und meiner Verhaftung in der Bundesrepublik gewußt hatten. Das Projekt Leistungstransistoren spielte laut Toshiba „in den Aufmerksamkeiten des amerikanischen Geheimdienste nach wie vor eine große Rolle".

Nun bekamen Toshiba und Mitsui kalte Füße. Toshiba befürchtete, das seine Embargoverstöße im Handel mit der DDR publik werden könnten. Die Arbeit wurde zwar noch fortgesetzt, aber alle Aktivitäten zeitlich verzögert und der Austausch von Expertenbesuchen vorläufig eingestellt. Wir brauchten aber auf alle Fälle schnell die Schablonen für den 256 K DRAM, da ohne sie die bereits vorliegenden technischen Dokumentationen ihren Nutzen für uns weitgehend verloren hätten. Ich mußte also erneut nach Tokio, wo ich in zähen Verhandlungen mein Ziel erreichen konnte.

Aber im weiteren Verlauf der Ermittlungen durch MITI drängten die Amerikaner darauf, zu untersuchen, ob und in welchem Umfang Toshiba der DDR bei der Entwicklung des 256 K DRAM behilflich war. Das MITI vernahm deshalb sogar Mitarbeiter von Toshiba.

Miyoshi forderte deshalb im Januar 1988 die Einstellung unserer Zusammenarbeit und „das Verwischen aller Spuren, die auch nur den geringsten Verdacht auslösen könnten". Dazu stellte er das Ansinnen, daß wir die Produktion des 64 K DRAM nach Toshiba-Technologie einstellen und die uns von Toshiba übergebenen Schablonen für den 256 K DRAM zurückgeben. Mit japanischer Höflichkeit, doch auch mit Nachdruck bat er um Verständnis, daß „weitestgehend kein Kontakt von Vertretern Toshibas zum AHB Elektronik und seinen verantwortlichen Persönlichkeiten gegenwärtig möglich ist". Uns blieb nur übrig, zur Regelung der notwendigen Details ein letztes konspiratives Treffen zu arrangieren.

Es fand auf neutralem Boden, im Hotel Intercontinental in Wien, statt. Unter ständigen Sicherheitschecks traf ich mich mit Imamura.

Immerhin konnten wir noch einen kleinen Kompromiß aushandeln: Toshiba war bereit, uns die bereits übergebenen technischen Dokumentationen zu belassen, forderte aber die Rückgabe seiner Originalschablonen, damit wir nicht danach produzieren konnten. Als Gegenleistung würde Toshiba alle erhaltenen Zahlungen uneingeschränkt rücküberweisen. Wenn sich die derzeit äußerst kritische Lage wieder entspannt habe, würde Toshiba über neue Möglichkeit einer weiteren Zusammenarbeit befinden.

Nach Berlin zurückgekehrt, zerbrachen wir uns den Kopf, um aus der brenzligen Situation herauszukommen. Hillig unterbreitete den Vorschlag, die Schablonen einfach zu kopieren, die Originale an Toshiba zurückzugeben und unsere Arbeit fortzusetzen. Das war natürlich keine ganz saubere Lösung, aber anders hätten wir unser Ziel – die Produktion des 256 K DRAM – kaum erreichen können. Ein kleines Trostpflaster blieb uns dabei, denn wir waren nicht allein auf die kopierten Toshiba-Schablonen und -Dokumentationen angewiesen, sondern konnten auch auf die von Zeiss in Entwicklung befindliche Technologie eines 1-MBit-Schaltkreises zurückgreifen, an der man in Jena – parallel zu unseren Aktivitäten – weitergewerkelt hatte.

Den Wermutstropfen schluckten auch Schalck und Nendel. Ihnen wie uns bliebt nichts anderes übrig, als die Teilniederlage zu verkraften.

Zu guter Letzt – aber was heißt hier „gut"? – kam Imamura nach Erfurt. Um sicher zu gehen, offerierte er uns, die Schablonen nicht körperlich mit nach Japan zurücknehmen zu wollen, sondern sie mit uns gemeinsam auf einer Mülldeponie zu zertrümmern, um alle Spuren zu verwischen. Wir mußten uns also noch nicht einmal großartige Tricks ausdenken, um die Originalschablonen zu behalten und an ihrer Stelle die Kopien zu vernichten.

Nach getaner gemeinsamer Zerstörungsarbeit reiste Imamura zufrieden nach Tokio zurück. Als Fachmann wird er wohl geahnt haben, daß wir Duplikate angefertigt hatten. Jedenfalls sah ich noch tagelang jenes Bild vor mir: ein japanischer Manager im dunklen Nadelstreifen auf einer Erfurter Müllkippe! Ein Bild für die Götter, wie es sich BND oder CIA gar nicht vorstellen konnten. Leider waren von diesem Zeitpunkt an alle unsere Verbindungen zu Toshiba unterbrochen.

O. A. Machinery

Das 1973 gegründete Handelshaus O. A. Machinery mit Sitz in Tokyo war neben Toshiba unser wichtigster Partner in Japan. Die Firma war eine Aktiengesellschaft. Hauptaktionär und Präsident war Hirokuni Matsuda, der Sohn eines einflußreichen Geschäftsmannes mit umfangreichen Beziehungen zu japanischen Wirtschaftskreisen und Politikern. Darauf bauten auch fast sämtliche Geschäftsbeziehungen von O. A. Machinery Corporation. Die Aktiengesellschaft selbst hatte 26 Aktionäre, darunter die Mitsubishi Bank, wobei Matsuda die Aktienmehrheit besaß.

Seit Jahren verfügte Matsudas Unternehmen über gute Verbindungen in die DDR. So bestand ein recht enges Verhältnis zum Institut von Professor Dr. Manfred von Ardenne in Dresden. Zwischen Matsuda und Helmut Schindler, dem Generaldirektor von Transinter, dem Verband der DDR-Vertreterorganisationen, gab es ebensolche fruchtbaren Beziehungen wie zu Roland Winkler, dem Generaldirektor des Außenhandelsbetriebs Elektrotechnik. Von letzterem wurden u. a. Plasmaschweißanlagen an Matsuda verkauft. Und nicht zuletzt nutzten die DDR-Botschaft in Japan und besonders unser Handelsrat Matsuda als Informationsquelle und Kontaktvermittler zu japanischen Wirtschaftskreisen und Politikern, wobei sein Vater als Zwischenglied fungierte.

Matsuda war allerdings ein schwieriger Partner: impulsiv, rechthaberisch und oft unbeherrscht. Er liebte das süße Leben und weniger die Arbeit. Er war mehr in seinen Clubs anzutreffen als im Büro. Wegen seiner Körperfülle bekam er von uns den Codenamen „der Dicke“ verpaßt. Matsudas ausschweifender Lebensstil kostete freilich Geld, viel Geld, das mit normalen Geschäften eines Vertreters nicht zu verdienen war, wohl aber mit dem Embargohandel. Für diese Unternehmungen waren die Connections und der Einfluß des Vaters, der sich jedoch nicht mit diesen Geschäften seines Sohnes identifizierte, eine sehr gute Voraussetzung. Sie öffneten ihm die Türen in den Chefetagen.

Jahrelang galt Matsuda für uns als zuverlässiger Erfüllungsgehilfe. Was wir auch benötigten – Matsuda fand fast immer den erforderlichen Zugriff. Beispielsweise auf die Ausrüstungen von Canon, die weltweit bei Chipproduzenten unentbehrlich waren. Vom gleichen Unternehmen versorgte uns Matsuda problemlos mit mehreren Justier- und Belichtungseinrichtungen, auch Stepper genannt. Allein

1988 hatten wir acht Stück im Wert von über 35 Mio. DM unter Vertrag, die für die neue Chipfabrik in Erfurt vorgesehen waren. Zu den Lieferungen von Matsuda gehörten auch Laser-Repair-Stationen und moderne Testsysteme der Type Asia 720, an deren Beschaffung die speziellen Beschaffungsorgane des MfS gescheitert waren. Oder als 1987 das Mikroelektronik-Forschungszentrum von Zeiss in Dresden dringend ein Chip-Check-System benötigte – im Wert von über 11 Mio. DM – nur O. A. Machinery konnte helfen.

Matsuda lieferte meist auf Umwegen, so über die Firma Seong Ju Machinery in Südkorea oder über China (Schanghai). Das war für uns weniger ein Problem als vielmehr die Tatsache, daß wir aufgrund des hohen Auftragsvolumens teilweise Anzahlungen leisten mußten, da Matsuda bei diesen Summen in Finanzierungsschwierigkeiten kam. Unsere Anzahlungen waren durch persönliche Wechsel von Matsuda abgesichert, aber dafür hätten wir uns im Notfall nichts kaufen können. Sie besaßen mehr einen moralischen Wert.

Zwar war die Zusammenarbeit mit Matsuda immer etwas schwierig und problembehaftet, doch erfüllte er bis Ende 1987 alle eingegangenen Lieferverpflichtungen.

Mitte 1988, das Unternehmen hatte sich inzwischen in Prometron Technics Corporation umbenannt, traten erste Schwierigkeiten auf. Vertraglich vereinbarte Termine konnten von Matsuda nicht eingehalten werden, wodurch wichtige Vorhaben in der DDR gefährdet wurden. Es ging um ein Gesamtvolumen von rund 60 Mio. DM, und wir hatten immerhin schon 13,5 Mio. angezahlt. Sofort schrillten bei uns die Alarmglocken.

Ich informierte Schalck über das außerordentlich hohe finanzielle Risiko, welches wie ein Damoklesschwert über uns schwebte. Und dessen Faden schien jeden Augenblick zu reißen angesichts der zunehmenden Unzuverlässigkeit Matsudas und seiner nicht eingehaltenen Lieferterminzusagen. Da Schalck auf der bevorstehenden Leipziger Herbstmesse sowieso mit Matsuda zusammentreffen wollte, bat ich ihn um persönliche Unterstützung. Er sollte gegenüber den Japanern seinen Unwillen zum Ausdruck bringen und auf der Einhaltung der zugesagten Liefertermin bestehen.

Gewiß, wir stellten zu diesem Zeitpunkt die weitere Zusammenarbeit mit Matsuda noch nicht grundsätzlich in Frage, denn solch ein Lieferant war in Kürze nicht ersetzbar. Jedoch drohten wir vorsichtig mit dem pädagogischen Zeigefinger und übertrugen Matsuda vorerst keine neuen Aufträge. Wir wollten abwarten, bis die Firma ihre Zuverlässigkeit erneut unter Beweis gestellt hat. Es half wenig.

Die Verträge wurden zwar weiter realisiert, aber nur schleppend und mit ständigen Terminverzögerungen.

Anfang Mai 1989 befand ich mich mit Experten von Robotron in Japan zu Sondierungsgesprächen. Wir verhandelten mit EPSON über den Bau einer modernen Druckerfabrik im Sömmerdaer Betrieb des Kombinats. Logisch, daß ich den Aufenthalt nutzte, um mit Matsuda zu sprechen und ihm die beschleunigte Erfüllung der noch offenen Verträge ans Herz legte. Ich konnte nicht wissen, daß es wahrscheinlich ein glücklicher Umstand war, als Beratungsort nicht das Prometron-Büro, sondern den Privat-Club Spa im Hotel New Otani zu nutzen, in dem Tokyos Spitzenmanager relaxten und auch Matsuda Mitglied war.

Denn kurze Zeit nach meiner Rückkehr wurden wir von einer Blitzinformation der DDR-Botschaft in Tokio überrascht: Prometron war mit seinen Embargogeschäften aufgeflogen, und ab dem 8. Mai liefen offizielle Untersuchungen durch die japanischen Behörden wegen Verstoßes gegen die Embargobestimmungen. Die bisherigen Ermittlungen hatten ergeben, daß Hafnium-Metall sowie ein Gerät zum Mitschneiden von Telefongesprächen in die DDR geliefert worden wären. Weiterhin würde es sich dabei um Transaktionen zwischen Matsuda mit dem DDR-Außenhandelsbetrieb Elektrotechnik handeln.

Toll – erst jetzt erfuhren wir, daß auch der AHB Elektrotechnik über sein Büro in Tokio mit Matsuda Embargogeschäfte abwickelte. Es ging um hochreine Metalle, die Matsuda und seine Mitarbeiter in die DDR geschmuggelt hatten. Alle anderen Darstellungen – wie die des einstigen Pressesprechers des DDR-Generalstaatsanwalt Peter Przybylski – entsprechen leider nicht den Tatsachen.[22] Es sind höchstens schön erzählte Legenden, die aber dadurch nicht an Wahrheitsgehalt gewinnen. Deshalb mußte auch Beil als verantwortlicher Minister für Außenhandel und nicht Schalck die Parteiführung informieren.

Unabhängig davon berichteten selbstverständlich auch wir über unsere Geschäfte, wozu Schalck die entsprechenden Fallmeldungen abgab. Noch standen zwar unsere Verbindungen mit Matsuda nicht im Blickpunkt der Untersuchungen in Japan, doch unsere vorbeugenden Maßnahmen sollten sich schnell als nützlich erweisen.

Indessen ging in Tokio alles Schlag auf Schlag. Der Leiter des Technisch-Kommerziellen-Büros des Außenhandelsbetriebs Elek-

---

22 Peter Przybylski: Tatort Politbüro, Band 2, Berlin 1992, S. 270 ff.

trotechnik, der keinen diplomatischen Status hatte, konnte sich durch sofortige Ausreise in ein asiatisches Drittland einer möglichen Verhaftung entziehen. Er hatte bereits eine Vorladung zur Vernehmung erhalten. Vermutlich befand auch ich mich in ähnlicher Gefahr, wurde doch die Firma Prometron schon längere Zeit duch die japanischen Sicherheitsorgane überwacht. Doch zum Glück verhandelte ich ja – wie schon beschrieben – mit Matsuda nicht in dessen Firmenbüro.

Anders dagegen das Tokyoer Büro von Elektronik Export/Import – es wurde von den japanischen Behörden nicht verdächtigt. Tatsächlich waren diese Mitarbeiter von uns niemals in Embargogeschäfte eingeweiht oder gar einbezogen worden. Sie waren nur für die Exporte zuständig, die im bescheidenen Umfang und mit wenig Erfolg von Elektronik Export/Import mit O. A. Machinery bzw. Prometron abgewickelt wurden.

Mit der folgenden Verhaftung von Matsuda ging in allen englischsprachigen und japanischen Zeitungen, im Fernsehen und im Rundfunk ein großer Medienrummel in Japan los. So kommentierte der Fernsehsender NHK am 6. Juli 1989:

„Im Zusammenhang mit der Verletzung des COCOM-Gesetzes wurde heute nachmittag der Präsident der Firma Prometron Technics, Herr Hrokuni Matsuda, von der Polizei verhaftet. H. Matsuda wird verdächtigt, Hafnium, welches einem COCOM-Exportverbot in kommunistische Länder unterliegt, von den USA importiert und 1987 zweimal in einer Gesamtmenge von 10 kg für 4,3 Mio. Yen nach Ostdeutschland exportiert zu haben. Dieser Preis war doppelt so hoch wie der Importpreis. Hafnium wird als Steuerstab in Atomreaktoren verwendet. Es wird auch für militärische Zwecke eingesetzt, wie zum Beispiel in Atom-U-Booten. Deshalb ist der Export von Hafnium in kommunistische Länder beschränkt.

Die japanische Polizei hat seit Mai dieses Jahres Hausdurchsuchungen und Vernehmungen beteiligter Personen durchgeführt. Im Ergebnis dessen kann festgestellt werden, daß Matsuda die Angestellten von Prometron Technics angewiesen hat, bei ihren Reisen nach Ostdeutschland Hafnium in ihren Koffern nach Ostdeutschland zu bringen. In diesen Export war die ganze Firma einbezogen. Es ist nicht auf eine Einzelperson zu reduzieren. Unter diesen Verdachtsmomenten wurde Herr Matsuda heute wegen Verstoßes gegen das Devisengesetz und das Steuergesetz verhaftet.

Prometron Technics hat im Mai 1980 in Ostberlin ein Büro eröffnet. Seitdem wurden in 12 Fällen insgesamt etwa 58 kg Hafnium,

das entspricht etwa 22 Mio. Yen, illegal exportiert. Ein Teil dieser Exporte ist jedoch bereits verjährt ...

‚Frage: Entspricht es den Tatsachen, daß Sie Hafnium nach Ostdeutschland exportiert haben?

Antwort: Naja, wir haben eine technische Lizenz von der DDR gekauft und forschen gemeinsam an der Entwicklung von Elektroden. Hafnium könnte als ein Material für die Forschungsarbeit exportiert worden sein.

Frage: Obwohl Sie wissen, daß es gegen das COCOM-Gesetz verstößt?

Antwort: Ich kann nicht sagen, daß ich davon wußte. Ich kann lediglich sagen, daß ich mir nicht so viel Gedanken darüber machte.‘

Die japanische Polizei verdächtigt Prometron Technics außerdem, daß die Firma neben Hafnium auch Maschinen zur Herstellung von Halbleitern über Korea oder Hong Kong illegal nach Ostdeutschland exportiert hat.“

Es dauerte gar nicht lange, bis mit den fortschreitenden Untersuchungen sowohl unsere umfangreichen Geschäfte mit Produktionsausrüstungen als auch die Abwicklungswege aufgedeckt wurden. Das japanische Sicherheitsamt ging weiter von einem „mengenmäßig großen Export von Radargeräten, Werkzeugmaschinen etc. über die firmeneigene Filiale in Singapur bzw. eine Scheinfirma in Hong Kong“ aus. Die Strohfirma von Prometron in Südkorea wurde nicht nur enttarnt, sondern aufgrund des Rechtshilfeabkommens zwischen Japan und Südkorea geschlossen, ihr Aufsichtsratsvorsitzender wurde in Südkorea verhaftet.

Ab August 1989 wurde die Prometron-Affäre in den japanischen Medien ein zweites Mal aufgekocht. Nur daß sich diesmal zahlreiche Veröffentlichungen mit der tatsächlichen und angeblichen Spionagetätigkeit der DDR beschäftigten. Sogar meine Person geriet ins Scheinwerferlicht der japanischen Öffentlichkeit, auch wenn ich nicht immer namentlich genannt wurde. So schrieb Sankei Shimbum am 2. August in einer Mixtur aus Spekulationen, Vermutungen und Erkenntnissen:

„Im Falle der COCOM-Verletzungen durch die Firma Prometron hat sich in der Abteilung für öffentliche Sicherheit der Polizeibehörde bis zum 2. 8. der Verdacht verstärkt, daß eine Reihe von in Tokio stationierten Mitarbeitern von Außenhandelsbetrieben Ostdeutschlands, die zum Geheimdienst Ostdeutschlands gehören, an den ungesetzlichen Exporten von Hochtechnologieprodukten durch den Firmenchef Matsuda beteiligt sind.

Es sind Deutsche, die zum ostdeutschen Geheimdienst (Ministerium für Staatssicherheit) gehören. Danach sagte Matsuda aus, daß in Tokio stationierte Mitarbeiter von Außenhandelsfirmen einen ungesetzlichen Handel mit großen Mengen von COCOM-Waren zu hohen Preisen aufgrund deren Einstufung als gefährliche Waren führten.

In der Abteilung für öffentliche Sicherheit ist bereits bekannt, daß ein führender Mitarbeiter einer Außenhandelsfirma Ostdeutschlands als Spezialist für Hochtechnologiefragen Mitarbeiter des MfS-Geheimdienstes ist. Diese Person wurde durch den sowjetischen Spionagedienst KGB ausgebildet und wurde vor einigen Jahren durch die westdeutsche Regierung wegen des Verdachts der Spionage des Landes verwiesen. Die gleiche Person kam für geheime Gespräche mit Matsuda dreimal nach Japan."

Bemerkenswert war, daß Matsuda nicht durch japanische Sicherheitsdienste oder Behörden aufgeklärt wurde. Vielmehr hatte ihn ein abtrünniger leitender Mitarbeitern verraten. Kein Wunder, pflegte er doch gegenüber seinen Untergebenen stets ein sehr unpersönliches Verhältnis. Matsuda war ihnen gegenüber unberechenbar, unbeherrscht und ungerecht. Ein wirkliches Vertrauensverhältnis, das für solche diffizilen Geschäfte erforderlich ist, existierte zwischen ihm und seinen Mitarbeitern überhaupt nicht. Das von ihnen eingegangene hohe persönliche Risiko verstand er niemals zu würdigen, geschweige denn finanziell zu belohnen. So wurde er mit der anonymen Anzeige das Opfer seines eigenen Verhaltens. Der Denunziant nannte ihn bei den Behörden einen Top-Verbrecher. Matsuda half kein Leugnen, alle Beweise lagen auf dem Tisch. Er packte vollständig aus.

Der Prozeß gegen Matsuda fand im Oktober 1989 statt. Er wurde zu einer Gefängnisstrafe auf Bewährung und zu einer geringen Geldstrafe verurteilt. Mitarbeiter seiner Firma wurden gerichtlich nicht zur Verantwortung gezogen.

Prometron wurde auch nicht aufgelöst, sondern arbeitete als Aktiengesellschaft mit etwa 20 Mitarbeitern weiter. Das gleiche betraf das Berliner Büro der Firma, dem seit Jahren Toshiaki Sasaki als Leiter vorstand. Sasaki, der wie Matsuda deutsch sprach, war übrigens unser Vertrauensmann, über den wir alle firmeninternen Informationen erhielten.

Nachdem Sasaki aus Tokio zurückgekehrt war, wo er auch verhört wurde, überbrachte er uns Anfang November 1989 schlimme Neuigkeiten: Mit einer Realisierung der zu diesem Zeitpunkt noch

ausstehenden Lieferungen könne nicht mehr gerechnet werden, und außerdem sei es unwahrscheinlich, daß unsere bereits geleistete Anzahlungen in Höhe von 5,9 Mio. DM zurückgezahlt werde. Das Geld sei zwar von den Lieferanten an die Mitsubishi Bank zurückgeflossen und wäre auch nicht von den staatlichen Stellen Japans konfisziert, aber die Mitsubishi Bank würde es anstelle der Matsuda gewährten Kredite einbehalten.

Bei so vielen schlechten Nachrichten mußten wir erst einmal nach Atemluft schnappen. Unmöglich konnte solch ein Betrag von Matsuda innerhalb seiner Firma aufgebraucht worden sein! Doch Sasaki schilderte uns äußerst anschaulich, wie Matsuda Millionenbeträge verpulvert hatte, um sein kostspieliges Privatleben zu finanzieren. Da war es für uns nur ein schwacher Trost, daß dies auch gegenüber den anderen Aktionären in Japan eine zivilrechtliche Fehlhandlung darstellte.

Dennoch versuchten wir alles erdenkliche, um wieder an unser Geld zu kommen. Die Firma Prometron verfügte zwar nicht mehr über ausreichende finanzielle Mittel, um von dort eine Rückzahlung erwarten zu können. Doch schätzte Sasaki ein, daß das Privatvermögen von Matsuda mindestens ausreichen müßte, um die fälligen Schulden an uns zurückzuzahlen.

Und wir hatten ja noch die persönliche Wechsel von Matsuda in der Hand. Gleichwohl brachten sie uns gar nichts. Unter Nutzung der persönlichen Verbindungen meines Stellvertreters Kupfer hatten wir im Februar 1990 sogar die Bayerische Vereinsbank zum Geldeintreiben eingeschaltet. Doch das stattliche Inkassohonorar von 20 Prozent, das wir den Bankern bei Erfolg zugesichert hatten, konnte bzw. brauchte nicht ausgezahlt werden. Außerdem trudelte die DDR damals schon ihrem endgültigen Zusammenbruch entgegen.

Unterm Strich stand also wenig: Lieferungen erfolgten von Prometron nicht mehr. Trotz Intervention der DDR-Botschaft in Tokio äußerte sich Matsuda zu seinen finanziellen Verpflichtungen uns gegenüber überhaupt nicht mehr. Sein Vater war natürlich nicht bereit, die früher mündlich ausgesprochene Bürgschaft für seinen Sohn einzulösen. Für uns blieb nicht nur ein hoher finanzieller Verlust, sondern eine bittere Niederlage.

Wiener Charme

Österreich als Drehscheibe des Embargohandels

Der Eiserne Vorhang in Europa hatte ein paar Tore. Eines der wichtigsten war Österreich, vor allem seine Hauptstadt Wien. Während des Kalten Krieges begegneten sich hier Diplomaten zum vertraulichen Ost-West-Dialog, hier tummelten sich die Geheimdienste beider Seiten, hier residierten Waffenschieber. Und natürlich war das Transitland Österreich sowohl Treffpunkt als auch Residenz zahlreicher ausländischer Embargohändler. Nicht nur letztere genossen die Vorzüge des Landes: die geographische Lage, seine Neutralität, d. h. die Nichtzugehörigkeit zu NATO und COCOM, sowie das lasche Sicherheitssystem mit seinen großzügigen Zollorganen. Und nicht zu vergessen die österreichischen Firmen, die sich vom Kuchen ein dickes Stück mit Rosinen abschneiden wollten.

Dutzende westeuropäische Konzerne und namhafte Unternehmen nutzten ihre Filialen in Österreich, um hier Ostgeschäfte abzuwikkeln. Die US-Geheimdienste wollen herausgefunden haben, daß insgesamt mehr als 100 Firmen von oder über Österreich Embargogeschäfte tätigten. Sie konnten weitgehend ungestört arbeiten. Denn der lukrative illegale Handel war den österreichischen Behörden meist irgendwie bekannt, doch man sah großzügig darüber hinweg, duldete stillschweigend und unternahm ganz selten etwas dagegen. Nur wenn mit öffentlicher Begleitmusik handhabbare Beweise über konkrete Einzelaktivitäten auf den Tisch gepackt wurden, begannen die österreichischen Behörden zu agieren. Und das geschah dann auch meist charmant und larmoyant, um nicht zu sagen nachlässig und oberflächlich. So verliefen die Untersuchungen schnell wieder im Sande. Konsequenzen blieben aus, die Geschäfte konnten weitergehen.

Die COCOM-Staaten, allen voran die USA, protestierten stets lautstark gegen die Gepflogenheiten im Wiener Embargo-Eldorado, aber ohne Erfolg. Da die Österreicher untätig blieben, mußten die COCOM-Staaten selbst aktiv werden. In ihren Botschaften in Wien wurden die Geheimdienstresidenzen aufgestockt, gemeinsam mit Beamten des US-Außenministeriums durchforsteten Zollfahnder, CIA-Spezialisten und Agenten des Pentagon-Nachrichtendienstes den Embargodschungel, auf dem Wiener Flughafen und in wichtigen österreichischen Speditionen wurden Spitzel eingeschleust, die den Amerikanern Hinweise liefern sollten.

Wir wußten natürlich davon und berücksichtigten es als feste Größe bei der Planung unserer Außenhandelsgeschäfte.

Bereits seit Mitte der sechziger Jahre hatte das Direktorat Anlagenimport – und später selbstverständlich auch unser Handelsbereich 4 – Verbindungen zu Embargolieferanten, die in Wien ansässig waren bzw. zu ausländischen Unternehmen, die ihren Firmensitz nach Österreich verlagert hatten. So arbeitete Anlagenimport mit den Firmen von Dietmar Ulrichshofer zusammen, einem Partner des international bekannten Münchner Kaufmanns Werner Jürgen Bruchhausen.[23] Dieser war mit seinen Firmen neben dem Kaufmann Richard Müller aus Jesteburg im Hamburger Elbevorland, dem sogenannten Moneten-Müller[24], einer der Hauptlieferanten von amerikanischer Elektronik und Computertechnik für die UdSSR. Ulrichshofer wurde als Partner von Bruchhausen in der Öffentlichkeit bekannt, als beim Eintreffen einer Embargolieferung aus dem USA auf dem Flughafen Wien-Schwechat in den Kisten nicht die erwarteten Spezialöfen, für die die Sowjetunion 1,5 Mio. DM zahlen wollte, enthalten waren, sondern reiner Sand. Ulrichshofer blieb die Spucke weg. Die Amerikaner waren rechtzeitig hinter das Geschäft gekommen und hatten von ihren Spezialagenten rechtzeitig die in mehreren Kisten verpackten Geräte mit einem Gesamtgewicht von fünf Tonnen gegen Sand ausgetauscht und die Lieferung von den USA bis nach Wien genau verfolgt.

Bruchhausen wurde später verhaftet, in die USA ausgeliefert und verurteilt. Ulrichshofer konnte dem Schicksal entgehen und im kleinen Rahmen auch danach seine Geschäfte weiterführen.

Daran war unser Handelsbereich 4 allerdings nicht beteiligt, da eine Zusammenarbeit mit dem einstigen Partner von Bruchhausen zu viele Risiken in sich barg. Geschäfte mit jemandem zu tätigen, der gleichzeitig die UdSSR oder andere sozialistische Länder belieferte, waren uns zu heikel. Verwicklungen mit den sowjetischen Partnern und vor allem mit den sowjetischen Geheimdiensten wollten wir vermeiden. Die Genossen Einkäufer von den Speziellen Beschaffungsorganen der Staatssicherheit sahen das freilich nicht so eng. Sie arbeiteten noch im begrenzten Umfang mit Ulrichshofers BfB Betriebs- und Finanzierungs GmbH Wien zusammen und unterstützten auch tatkräftig „Moneten-Müller“ in seiner Zusammenarbeit mit der UdSSR.

---

23 Friedrich Wilhelm Schorlemmer: Operationsgebiet Bundesrepublik, München 1986, S. 255 f. – Jay Tuck: Die Computerspione, München 1984, S. 42 ff.

24 Schorlemmer: ebenda, S. 256 f. –Tuck: ebenda, S. 84 ff.

Unser Interesse an der Kooperation mit österreichischen Firmen hing vor allem davon ab, ob wir über sie Meßtechnik, leistungsfähige Computer, Software und periphere Geräte beziehen konnten. Als Hersteller dieser Erzeugnisse kamen vor allem Hewlett & Packard (HP), Textronix, Digital Equipment Corporation (DEC) und Convex in Frage, also die führenden US-Firmen auf diesen Gebieten. Und in der Tat gelang es uns, über zwei leistungsfähige Lieferanten in Wien den größten Teil unseres Bedarfs problemlos zu decken. Ging es um andere Embargowaren oder Produktionsausrüstungen, orientierten wir uns an kleineren österreichischen Partnern. Zu diesen zählten Premaberg Industrieanlagen, Schlumberger Technologies, Aristo Instrumente Dennert KG – Filiale Wien, Packmatik Handelsgesellschaft, Exportcontact und Radio Zemanek.

Einer unserer wichtigsten Lieferanten in Österreich stammte aus dem Umfeld von Ulrichshofer aus der Zeit seiner Zusammenarbeit mit Bruchhausen. Günther Gath, der Direktor meines Kontors 40, verantwortlich für Computer- und Meßtechnik, hatte bereits während seiner Arbeit im Direktionsbereich Anlagenimport die von Leopold Hrobsky gebildete Firma Sepoco AG zu einem sehr leistungsfähigen Embargolieferanten aufgebaut. Hrobsky war gleichzeitig Geschäftsführer der Schweizer Unternehmens IPAVAG, seine Ehefrau betrieb in Wien die Handelsagentur Ursula Hrobsky. Leo, wie wir ihn kurz nannten, besaß ausgezeichnete Verbindungen zu den Filialen von DEC, Textronix und HP in Wien. Hinzu kamen gute Beziehungen zum Wiener Zoll, von dem er auch schon mal dezente Hinweise bekam, wann Kontrollen oder Razzien zu befürchten waren. Leo war immer informiert und konnte rechtzeitig reagieren. Leo arbeitete auch mit anderen sozialistischen Ländern zusammen, und wir vermuteten, daß er direkte Kontakte zum MfS und zum Komitee für Staatssicherheit der UdSSR (KfS) unterhielt.

Die Ware, in erster Linie hochleistungsfähige Rechnersysteme VAX unterschiedlichster Konfigurationen, lieferte Leo meist mit seinen Fahrzeugen selbst an. Sein Weg führte ihn von Österreich über die ČSSR direkt in die DDR. Beim Grenzübergang in Zinnwald hatten wir für ihn natürlich eine „Zollfreimachung" organisiert. In den letzten Jahren hatte Leo in Ungarn ein Zollfreilager eingerichtet. Von dort konnte nunmehr auch über Speditionen ausgefahren werden, da der rapide gestiegene Lieferumfang nicht mehr nur mit eigen Fahrzeugen zu bewältigen war. Besonders erfolgreich war Leo bei der Beschaffung von Software, mit der seit Einführung der CAD/CAM-Technik in der DDR die Computerlieferungen erst

wirtschaftlich nutzbar wurden. Was Leo außerdem vor anderen Lieferanten auszeichnete, war die Tatsache, daß wir über ihn auch Schulungen, Kundendienste und Reparaturleistungen absichern konnten. Das alles machte Leo für uns so wertvoll, der bis zur Wende erfolgreich mit uns zusammenarbeitete.

Unser zweiter wichtiger Lieferant war Suny, die Firma eines in Österreich lebenden Jugoslawen. Er hatte die günstige Gelegenheit beim Schopfe gepackt, daß Jugoslawien von den COCOM-Behörden und vor allem von den USA immer freizügiger behandelt wurde als die anderen sozialistischen Länder. Die über ihn beschaffte Ware hatte in der Regel den Bestimmungsort Jugoslawien und ging auf dem Schiffsweg zum jugoslawischen Hafen und von dort risikolos per Landtransport im Transit über andere sozialistische Länder in die DDR. Ein Glanzstück in der Zusammenarbeit mit Suny war der erste Großrechner Convex, den wir über diese Linie abwickelten. Eine hochleistungsfähige Konfiguration, die weit über der Leistungsfähikeit der VAX-Typen von DEC lag, etwa 5,7 Mio. US-Dollar kostete, und die wir im Januar 1988 im Zentralinstitut für Kybernetik und Informationsprozesse der Akademie der Wissenschaften installierten.

In unserer jahrelangen Arbeit auf dem österreichischen Markt ist es trotz der liberalen Haltung der österreichischen Behörden leider nicht gelungen, staatliche Unternehmen oder Konzerne für Embargogeschäfte zu gewinnen. Sogar ein Versuch von Gerhard Beil, des DDR-Außenhandelsministers, die VOEST-Alpine AG zur Lieferung von Computertechnik und anderen Embargowaren für die DDR-Elektronik zu begeistern, schlug fehl. Beil besaß nicht nur beste persönliche Kontakte zur Konzernspitze, sondern dem Unternehmen wurde immerhin der Kauf von zwei kompletten Leiterplattenfabriken im Wert von mehreren Hundert Millionen DM in Aussicht gestellt.

Auf Einladung von Beil reiste zwar eine hochrangige Verhandlungsdelegation unter Leitung der beiden Vorstandsmitglieder Othmar Pühringer und Peter Strahammer mit Elektronik-Experten nach Berlin, aber die unter meiner Leitung geführten Gespräche ergaben sehr schnell, daß die Österreicher ausschließlich am Bau von zwei schlüsselfertigen Leiterplattenfabriken in Dresden und Berlin interessiert waren. VOEST wollte Generalauftragnehmer werden, Technologie und die Produktionsausrüstungen sollten aus Japan kommen. Also war ich mehr als überrascht, als mein Toshiba-Partner Sento als Delegationsmitglied von VOEST in der Verhand-

lung auftauchte. Verständlich, daß wir auf VOEST als Vermittler verzichteten und Direktverhandlungen mit Toshiba aufnahmen.

Letztlich kauften wir auch nicht bei Toshiba, weil die Japaner zwar die modernste Technologie der Welt mit dem höchsten Automatisierungsgrad anboten, aber zu einem Preis, der nicht akzeptabel war. Den Auftrag im Wert von rund 350 Mio. DM für beide schlüsselfertigen Fabriken vergaben wir an die Firma Intrac in Lugano/Schweiz als Generalauftragnehmer, Technologie und Produktionsausrüstungen, die nicht dem Embargo unterlagen, lieferte Hans Kolbe & Co – Fuba – aus Bad Salzdetfurt in der Bundesrepublik.

Ein Shop für Diplomaten

Radio Zemanek Wien

In der Joergerstraße 27 im XVI. Bezirk von Wien befand sich ein kleines, aber feines Einzelhandelsfachgeschäft für Radio-, Elektro- und Fernsehgeräte. Obwohl der Laden auch im Exportgeschäft mit dem Osten mitmischte, war es alles in allem ein bescheidenes Geschäft: Nach einer offiziellen Bankauskunft der Ersten Österreichischen Sparkasse betrug der Einzelhandelsumsatz 1968 2.500.000 öS und der Export 2.400.000 öS.

Inhaber war Otto Zemanek, der die Firma im März 1938 von dem jüdischen Inhaber Alfred Weiss übernommen hatte. Das Geschäft wurde also „arisiert", und man vermutete aus gutem Grund, daß Otto Zemanek den Nazis nahegestanden haben soll. Zemanek selbst war zwar kein Ingenieur, aber als typischer Wiener sprach er mich immer mit „Herr Ingenieur" an, und so bekam er von uns diesen Decknamen verpaßt.

Radio Zemanek war ein Familienbetrieb, in dem die Ehefrau, der Sohn und die Schwiegertochter mitarbeiteten; außerdem waren noch zwei Servicetechniker beschäftigt. Im Laden selbst wurden überwiegend Philips-Geräte verkauft, so daß zu dieser Firma besonders gute Kontakte bestanden, die Zemanek auch für seine Exportgeschäfte nutzte. Philips fragte nicht nach den Endabnehmer der Ware, Embargo war also ein Fremdwort.

Zur Stammkundschaft von Zemanek gehörten die Mitarbeiter der sowjetischen Botschaft in Wien, deren Angehörige sowie natürlich die Dienstreisenden aus Moskau. Sie deckten hier – selbstverständlich im zollfreien Einkauf – ihren gesamten Bedarf an elektrischen

Haushaltsgeräten, Radios, Fernsehern, HiFi-Anlagen, Lampen oder Installationsmaterial. Ein einträgliches Geschäft. Aber nicht nur das.

Zemanek erhielt damit einen guten Überblick über Personalveränderungen innerhalb der Botschaft sowie andere nützliche Informationen. Denn bei den Einkäufen der Diplomaten wurde natürlich auch mit Wiener Charme geplaudert und manches ausgeplaudert, was für westliche Geheimdienste von Interesse war.

Die DDR hatte bereits seit 1968 Kontakte zu Zemanek, als der AHB Elektrotechnik mit ihm einen ersten Vertrag zur Lieferung von Embargowaren zu günstigen Konditionen abwickeln konnte. Das Ganze wurde damals von Philips vermittelt, weil der Konzern nicht bereit war, die heiße Ware an den vom AHB Elektrotechnik vorgesehenen Partner zu liefern. Ich persönlich nahm erstmalig im August 1969 als Mitarbeiter von Anlagenimport Verbindung zu Zemanek auf und setzte dann die Zusammenarbeit mit ihm auch im Anlagenimport und später im Handelsbereich 4 bis Ende 1989 fort. Zemanek war es schließlich, der mich 1979 mit der Firma Alltransistor in Verbindung brachte.

Die ersten Vertragsabschlüsse 1969 kamen rasch zustande, das Auftragsvolumen betrug bereits Ende 1969 etwa 400.000 DM. Wir bezogen von Zemanek elektronische Bauelemente und vor allem Meßtechnik. Auch der erste DEC-Computer vom Typ PDP-8, damals ein moderner Typ, der dem Embargo unterlag, wurde mit offizieller Exportgenehmigung der USA von ihm geliefert. Der Vorteil dieser Lieferung bestand darin, daß wir volle Garantieleistungen von DEC, die Schulung unserer Mitarbeiter bei DEC in München und die Aufstellung durch DEC-Personal beim Bedarfsträger gewährt bekamen. Unsere Versuche, noch strengere Embargowaren mit offizieller Exportgenehmigung, wie den modernen computergesteuerten Meßautomaten für Halbleiterbauelemente vom Typ J 259 der US-Firma Teradyne, zu bekommen, scheiterten allerdings.

Als im Laufe der Zeit der Westen seine Embargomaßnahmen verschärfte, stieß Zemanek schnell an seine Grenzen. Seine Leistungsfähigkeit war eben eingeschränkt, der Umsatz aus den Geschäften mit uns ging zurück. Obwohl er als Lieferant für uns uninteressant geworden war, arbeiteten wir jedoch weiterhin mit ihm zusammen. Die Gründe dafür lagen auf der Hand.

Bereits bei meinem ersten Besuch in Wien im August 1969 konnte ich nämlich unseren Verdacht erhärten, daß Zemanek enge Verbindungen zur amerikanischen Botschaft in Wien unterhielt. War er doch schon allein wegen seiner Kenntnisse und Beziehun-

gen zur UdSSR-Botschaft und ihrem Personal für die Amerikaner äußerst nützlich. Mehr noch: Offensichtlich wurde auch ein Teil der Embargogeschäfte mit Wissen und Unterstützung des Wirtschaftssekretärs der US-Botschaft abgewickelt.

So hatte mir Zemanek den Schriftwechsel mit den Amerikanern gezeigt, aus dem hervorging, daß die Lizenzerteilung für unseren PDP-8-Computer vom Wirtschaftssekretär der US-Botschaft unterstützt worden war. Der Preis für das Entgegenkommen der Amerikaner: Zemanek sollte ihnen alle seine Embargogeschäfte offenlegen, inklusive Endabnehmer, Aufstellungsort und Verwendungszweck der gelieferten Ware. Er willigte unter der Bedingung ein, daß er von der Wirtschaftsabteilung der US-Botschaft eine generelle Zustimmung für sämtliche Lieferungen von Embargowaren amerikanischen Ursprungs bekäme. Einen solchen Persilschein stellte man ihm natürlich nicht aus, aber die Amerikaner hielten an Zemanek als gutem Freund fest. Sie ermunterten ihren Informanten sogar, die Geschäfte mit uns fortzusetzen.

Das taktische Spielchen durchschauten wir schnell: Hier sollte der Boden gedüngt werden, um an wirtschaftspolitische Informationen aus der DDR heranzukommen. Man wollte zum Schein mit uns Geschäfte anbahnen, um dann auf lange Sicht nachrichtendienstlich abschöpfen zu können.

Mich hatte man als potentielle Plaudertasche auserkoren. Um meine Gesprächsfreude zu fördern, schreckte Otto Zemanek nicht vor ungenierten Bestechungsversuchen zurück. Schon während einer Dienstreise nach Wien im Dezember 1969 bot er mir für alle Lieferungen eine zusätzliche persönliche Provisionszahlung in Höhe von drei Prozent des Warenwertes an – unabhängig von den offiziellen Provisionen an unsere Vertreterfirma Günther Forgber. Selbstverständlich sollten davon weder seine Familienmitglieder erfahren noch schriftliche Vereinbarungen angefertigt werden. Die Auszahlung könne in bar erfolgen, aber auch die Einrichtung eines Kontos in Westberlin, Westdeutschland oder Österreich wäre möglich. Zemanek empfahl, das Geld des Kontos zu Einkäufen zu verwenden, die von mir aus jedem Land telefonisch geordert werden könnten. Die Waren würden an eine von mir zu benennende Adresse geschickt, und ich dürfe mich nicht wundern, wenn nicht er, sondern einer seiner Freunde in München als Absender in Erscheinung trete.

Diesem köstlichen Zubrot konnte ich freilich nicht widerstehen – logischerweise erst nach erfolgter Abstimmung mit meinem Führungsoffizier Artur Wenzel. Die Eröffnung eines Kontos lehnte ich

allerdings ab, die Auszahlungen an mich erfolgten cash. Aber wie gewonnen, so zerronnen – das „ergaunerte“ Bargeld führte ich stets auf Heller und Pfennig ans MfS ab. Mitunter durfte ich Teilbeträge behalten, um dann und wann bei Zemanek einzukaufen. Schließlich mußte ich ja ihm wie auch den Amerikanern gegenüber meine Glaubwürdigkeit untermauern.

Zemaneks direkter Partner in der Wirtschaftsabteilung der US-Botschaft war ein gewisser Lommers, angeblich ein gebürtiger Engländer. Er sprach gut deutsch und trat laut Zemanek nicht wie ein Amerikaner, sondern wie ein Österreicher auf. Lommers würde im Auftrag des FBI auf kommerziellem Gebiet arbeiten und vor allem den Osthandel kontrollieren.

Da mich Zemanek und die Amerikaner mittlerweile mit den Provisionszahlungen reichlich angefüttert hatten, hielten sie mit ihren Forderungen nicht lange hinterm Berg. Als es beispielsweise um die Exportlizenz für den unter strengem Embargo stehenden computergesteuerten Meßautomaten J 259 ging, kam Lommers fix zur Sache. Über Zemanek forderte er von mir einen Brief, in dem ich ihn über den Charakter der Firma Günther Forgber aufklären sollte. Also über jenes DDR-Unternehmen, in dessen Namen wir als Anlagenimport alle Verträge abschließen mußten und das damals schon unter dem Verdacht der Arbeit für die Stasi stand. Weiterhin sollte ich über die VVB Bauelemente und Vakuumtechnik sowie ihre Betriebe Auskunft geben, den Aufstellungsort des Meßautomaten nennen und genau erläutern, welche Bauelemente in welchen Stückzahlen gemessen werden sollten. Außerdem wurden Betriebsbesuche am Aufstellungsort, Garantien für Einreisevisa und sogar Informationen über andere Firmen, die Waren amerikanischen Ursprungs an uns lieferten, gefordert. – Starker Tobak, denn es waren alles Angaben, bei denen die Amerikaner ganz genau wußten, daß wir sie aus Sicherheitsgründen vorher niemals gegeben hatten.

Anfangs zierte ich mich noch ein wenig, das von mir Verlangte zu erledigen. Doch dann schrieb ich natürlich den Brief zum Importobjekt J 259. Und wie sollte es anders sein – Artur Wenzel diktierte ihn mir in die Feder. Wir nannten sogar Lieferfirmen von amerikanischen Waren, freilich nur solche, die unter Kontrolle des MfS standen. Als ich Zemanek den Brief überreichte, gab ich ihm mit Verschwörermiene zu verstehen, daß ich ihn weder mit offizieller Duldung meines Vorgesetzten, Wolfram Zahn, noch mit Zustimmung des Generaldirektors geschrieben hätte, sondern stillschweigend und im alleinigen im Interesse der Vertragsrealisierung.

Als ob das alles noch nicht genügte, gab Zemanek noch einen drauf. Er fragte mich über einen Herrn Weise aus, den Direktor des Importkontors im AHB Elektrotechnik, das ebenfalls Embargowaren, besonders für die Akademie der Wissenschaften der DDR, heranschaffte. Zemanek hatte von Lommers den Tip bekommen, daß sich Weise anläßlich der Wiener Messe auf dem Stand der DDR befinden würde. Zemanek solle Weise dort besuchen und mit ihm Kooperationsmöglichkeiten besprechen. Ein Zufall, daß Weise später die DDR verließ und seine Insiderkenntnisse über Embargogeschäfte den westlichen Geheimdiensten offenbarte?

Trotz aller Liebesmühe wurde der Vertrag in der Folge durch die US-Behörden nicht lizensiert und mußte von uns storniert werden. Wir erledigten die Angelegenheit dann über unsere westdeutsche Bezugslinie Maju. Doch, wie schon gesagt, selten ein Schaden ohne Nutzen: Durch den Flop wurde die Aufgabe von Lommers und seiner Brötchengeber deutlich sichtbar – die Verhinderung von Embargolieferungen und Spionage gegen die DDR und die anderen sozialistischen Ländern.

Unsere Erkenntnisse, die wir bei Zemanek über Lommers und seine Mitarbeiter gewannen, deckten sich mit denen, die seit langem im MfS vorlagen. Wir ließen uns bewußt auf diese Spielchen ein, ohne die Sicherheit unserer Geschäfte jemals zu gefährden.

Die Staatssicherheit ging von Anfang an davon aus – und ließ es mich auch wissen –, daß mich Zemanek als Agent weichklopfen wollte, um dann am Ende von der CIA offen angeworben zu werden. Darauf war ich vorbereitet, aber niemals erfolgte auch nur der Versuch einer Anwerbung. So konnte ich niemals für einen westlichen Geheimdienst, auch nicht für die CIA, tätig werden.

In diesem Kontext muß ich übrigens auch meinem einstigen Chef widersprechen: Alexander Schalck-Golodkowski hatte mich nämlich in der 168. Sitzung des Bundestagsuntersuchungsausschusses Kommerzielle Koordinierung am 2. Dezember 1993[25] als „Doppeladler“ tituliert. Somit als einen Geheimdienstmitarbeiter, der von einem anderen Dienst zur Zusammenarbeit gewonnen wurde, also schlechthin einen Doppelagenten.

Gewiß könnte ich jetzt aus dem Sprücheschatz meiner Großmutter zitieren („Was ich selber denk und tu, das trau ich auch andren

25 Stenographisches Protokoll der 168. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses „Kommerzielle Koordinierung“ des Bundestages am 20. Januar 1994, S. 189.

zu“), aber was soll’s? Manche Behauptungen werden auch dadurch nicht wahrer, wenn sie von der Stasi-Führungsspitze kommen, so wie die von Oberst Herbrig, des ehemaligen Leiters der Bereichs Kommerzielle Koordinierung, die er nach der Wende gegenüber Schalck auf dessen Anfrage aufstellte. Die hohen Genossen hätten es besser wissen müssen, wenn sie sich in ihrem eigenen Ministerium erkundigt hätten.

Klar, ich stand stets im Blickfeld westlicher Geheimdienste, schon seit Ende der fünfziger Jahre. Als IM beobachteten mich ständig BND und CIA, was wiederum durch Informationen von anderen IM dokumentiert ist, die tatsächlich im Auftrag der Stasi als „Doppeladler“ gearbeitet hatten. Ich wurde aber niemals vom Westen angeworben und somit auch nicht – wie von Herbrig unterstellt – in den sechziger Jahren abgeschaltet. Diese Erkenntnisse, und keine anderen lagen bei der Stasi vor. Ich habe ausschließlich als Informeller Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR gearbeitet.

Organisierte Undurchsichtigkeit

Embargo – Fremdwort für die Schweiz

„Es grenzt ans Unmögliche, das Wesen der Schweiz zu begreifen. Ich kenne auf der ganzen Welt keine Gesellschaft, die so wenig über sich selbst Bescheid weiß, die so erstarrt, so geheimniskrämerisch, so sehr jeder Selbstkritik abhold und so wild entschlossen ist, ihre eigene Undurchsichtigkeit zu organisieren, wie die Schweizerische Eidgenossenschaft.“[26] Was Jean Ziegler in seinem Aufsehen erregenden Buch „Die Schweiz wäscht weißer“ schrieb, trifft in vielfacher Hinsicht zu.

Die Schweiz galt und gilt als Weltbankenplatz, aber auch als Finanzdrehscheibe des internationalen Verbrechens. Ermöglicht durch das Bankgeheimnis, das per Gesetz vom 8. November 1934 begründet wurde und Berge von Gold, Devisen und Wertpapieren vor neugierigen Blicken schützt. Die Schweiz gilt aber auch als Eldorado der Waffenschieber. Die Mehrzahl der Waffengeschäfte wird über dieses Land abgewickelt, das selbst über leistungsfähige Rüstungsfabriken verfügt und nach Israel das am stärksten militari-

---

26 Jan Ziegler: Die Schweiz wäscht weißer, München 1980, S. 11.

sierte Land der Welt ist (650.000 Soldaten und Offiziere bei einer Bevölkerung von 5,8 Mio. Einwohnern).[27]

Wo der Waffenhandel blüht, da gedeiht auch das Geschäft mit Embargowaren. Nicht selten sind es dieselben Lieferanten. So entwickelte sich die Schweiz während des Kalten Krieges zu einer Oase des Embargohandels. Die Schweiz widersetzte sich den CoCom-Bestimmungen und ließ sich selbst von den USA nicht erpressen, wirkungsvolle Maßnahmen gegen diese Transaktionen zu ergreifen, die über ihr Territorium abgewickelt wurden. Denn die Alpenrepublik mit ihren Speditionen war ein beliebtes Transitland für die Abwicklung von Schwarzgeschäften und Geschäften in der Grauzone, zu denen Embargogeschäfte gerechnet werden können. Bei diesem Stelldichein mischten wir und unsere Lieferanten natürlich kräftig mit, einige von ihnen hatten in Zürich, Genf, Bern oder Lausanne eigene Firmen etabliert, ihren Stammsitz aber in der Bundesrepublik behalten.

Die Eidgenossen unternahmen gleichfalls nichts dagegen, daß Erzeugnisse aus der Produktion Schweizer Firmen, die auf der CoCom-Liste standen, unbegrenzt in sozialistische Länder geliefert wurden. Kein Wunder, daß zahlreiche ausländische Unternehmen zu diesem Zweck Firmen in der Schweiz oder Briefkastenfirmen in Liechtenstein gründeten.

Die wichtigste Rolle spielten aber auch im internationalen Embargogeschäft die Schweizer Banken. Ohne sie hätte das Geschäft nie so floriert. Sie dienten Embargohändlern in der ganzen Welt als sicherster Ort, um die finanzielle Seite dieser Geschäfte abzuwikkeln. Auch wir tätigten die meisten Zahlungen auf Wunsch unserer Lieferanten über Schweizer Banken, sofern nicht Konten bei der DDR-Handelsbank geführt oder Barzahlung gefordert wurden. Letztere landeten am Ende aber auch wieder auf Schweizer Konten.

Die Schweiz wie auch Liechtenstein hat einige leistungsfähige Hersteller von Ausrüstungen, die für die Mikroelektronik der DDR äußerst interessant waren. Von ihnen konnten wir die Waren ohne Schwierigkeiten direkt beziehen, ohne die sonst üblichen Preisaufschläge. Einer der wichtigste Partner war für uns die Balzers Aktiengesellschaft für Hochvakuumtechnik und dünne Schichten im Fürstentum Liechtenstein. Über sie bezogen wir Ausrüstungen, die wir sonst nur in der Bundesrepublik bei der Firma Leybold beschaffen konnten. Mit Balzers arbeiteten wir so eng zusammen, daß sie

---

27 Ebenda, S. 175.

sogar Neuentwicklungen in Angriff nahmen, die unseren speziellen Anforderungen entsprachen und die von Leybold bezogene Typen ersetzen sollten.

Was sonst im Fürstentum üblich ist, scheuten wir wie der Teufel das Weihwasser: Briefkastenfirmen in Liechtenstein wurden von uns prinzipiell gemieden, da sie grundsätzlich anrüchig waren und meist sehr schnell aufflogen.

In der Schweiz konzentrierten wie unsere Aktivitäten auf große, zum Teil schlüsselfertiger Projekte, die nicht unter Embargo standen. Unsere Partner bei diesen Projekten waren die Intrac S.A. Lugano, Suter + Suter AG Basel, ASADA S.A. Zug und Allimex Zug. Mit diesen Firmen wurden beispielsweise die bereits genannten zwei schlüsselfertigen Leiterplattenfabriken in Dresden und Berlin und ein Produktionszentrum für Mikromotoren in Lobenstein/Thüringen errichtet.

Eine direkte Zusammenarbeit im Embargogeschäft gab es dagegen mit solchen Herstellern wie Micafil AG, Meteor AG Maschinenfabrik Rüschlikon-Zürich, AGIE AG für industrielle Elektronik, PB-Technik AG, Helmut Seier GmbH und FELA Electronik AG bzw. FELA E. Uhlmann AG für gedruckte Schaltungen, um nur einige zu nennen.

Wir vermieden es tunlichst, im großen Umfang Embargogeschäfte über Handelsfirmen in der Schweiz abzuwickeln. Schließlich wußten wir, daß – ähnlich wie in Österreich – solche Unternehmungen verstärkt durch westliche Geheimdienste, besonders die CIA, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln ausspioniert wurden, um den fehlenden Aktivitäten Schweizer Behörden entgegenzuwirken. Eine Ausnahme von dieser Regel war 1988/89 das sogenannte Objekt X, ein Sonderbeschaffungsauftrag für die Staatssicherheit, über das noch gesondert zu berichten sein wird.

Geld stinkt nicht

Leybold – ein zuverlässiger Partner

Seit langer Zeit arbeitete die DDR mit einem äußerst zuverlässigen und potenten Partner aus der Bundesrepublik zusammen: mit der Leybold AG. Das Unternehmen hat seinen Sitz in Hanau und ist seit September 1987 eine hundertprozentige Tochter der Degussa AG. Hervorgegangen ist sie aus der Leybold Heraeus GmbH, die 1967

durch Fusion der E. Leybolds Nachfolger GmbH mit der Heraeus Hochvakuum GmbH entstand.

Leybold produziert und handelt mit vakuum- und gasdichten Pumpen und Bauelementen, Meß- und Analysegeräten für Gase, Flüssigkeiten und Festkörper, Geräten und Anlagen für Vakuum und Schutzgasverfahren, Geräten und Anlagen für die Energietechnik, Tieftemperaturtechnik und medizinisch-biologische Technik. Die Firma verfügt über mehrere Unternehmensbereiche, Niederlassungen und technische Büros in allen Teilen der Bundesrepublik. Die Leybold AG hält zahlreiche Beteiligungen an anderen Firmen in Deutschland und weltweit 100prozentige Beteiligungen an gleichgelagerten Firmen. Ein weites Feld also, das sich uns anbot.

Besonders schmackhaft war für uns die Zusammenarbeit mit dem Unternehmensbereich UC Beschichtungstechnik, Elektronik/Optik in Alzenau, der von Dr. Gunther Samm geleitet wurde. Hier produzierte man unter anderem Kristallzieh-, Kathodenzerstäubungs- und Plasmaätzanlagen auf höchstem technischen Standard. Produkte, bei denen uns das Wasser im Mund zusammenlief, denn wir benötigten sie dringend für die Halbleitertechnologie in den Kombinaten Mikroelektronik und Carl Zeiss Jena. Die Anlagen von Leybold konnten wunderbar in der Forschung und Entwicklung, beispielsweise für den 1-MBit-Chip, sowie in der Produktion von hochintegrierten Schaltkreisen und Mikroprozessoren, so des 256 K DRAM, eingesetzt werden.

Leybolds Produktpalette weckte auch im VEB Spurenmetalle Freiberg des Kombinats Mikroelektronik (KME) Begehrlichkeiten. Dort wurden – sowohl aus eigener Produktion als auch aus Embargoimporten – aus dem Rohmaterial Reinstsilizium die für die Mikrochip-Produktion erforderlichen Siliziumscheiben, auch Wafer genannt, produziert. Voraussetzung dafür waren moderne Anlagen, auf denen Kristalle mit Durchmessern von 4 bis 6 Zoll gezogen werden konnten, die wiederum erst eine hohe Ausbeute in der Schaltkreisproduktion mit 6-Zoll-Wafern ermöglichten.

Die in Freiberg hergestellten Wafer wurden dann bei Zeiss in Dresden und im KME in Erfurt zu sogenannten strukturierten Wafern weiterverarbeitet. In diesem technologischen Prozeß wurden einerseits für die Beschichtung Kathodenzerstäubungsanlagen und andererseits für das Ätzen Plasmaätzanlagen benötigt. Die Kathodenzerstäubungsanlagen waren mit Magnetronkathoden ausgerüstet, die eine saubere Bearbeitungsfläche und damit hohe Ausbeute sichern. Die Plasmaätzer ermöglichen ein Ätzen im Trockenverfahren

mit höchster Ätzrate und saubereren und feineren Strukturen, die für hochintegrierte Schaltkreise unabdingbar sind.

Eine Eigenproduktion dieser hochmodernen und unverzichtbaren Ausrüstungen stand in den Sternen, wir konnten sie weder aus der Sowjetunion noch aus anderen sozialistischen Ländern beziehen. Wohl aber aus dem Westen. Aber dort unterlagen sie leider dem Embargo. Um diese Anlagen dennoch von westlichen Herstellern zu besorgen, mußten wir uns also wieder in dunkle Kanäle begeben.

Beispielsweise zur französischen Firma Alcatel, von der wir Plasmaätzer kauften. Diese entsprachen aber bald nicht mehr dem erforderlichen Technologieniveau. Ebenso wurden die Drei-Zoll-Kristallziehanlagen kaum noch dem internationalen Standard gerecht und waren wirtschaftlich wenig sinnvoll. Anders die Leybold-Anlagen – sie konnten je nach Heizeinrichtung bis zu 8 Zoll ziehen. Wollte die DDR dem Weltniveau nicht wieder von vornherein hinterherhinken, mußte der technologische Prozeß des Schmelzens und Ziehens der Kristalle, die später zu Wafern weiterverarbeitet werden, mit den Anlagen von Leybold vorgenommen werden. Die Westdeutschen wurden rasch unser einziger Lieferant, von dem wir mehrfach abhängig waren.

Geschäftskontakte zwischen Leybold und der DDR bestanden seit langem. Die Zusammenarbeit begann vor Jahrzehnten, initiiert vom Anlagenimport, der seine Lieferquelle später mit in unseren Handelsbereich 4 einbrachte. Siegfried Schürer, Direktor des Kontors 45 und IM des MfS unter den Decknamen „Burmeister", hatte bereits als Mitarbeiter des Anlagenimports diese Bezugslinie aufgebaut und betreut. Seine Beziehungen zu Leybold sorgten auch für enge Kontakte zum Leiter des Unternehmensbereiches UC Beschichtungstechnik, Elektronik/Optik, Dr. Gunther Samm, seinem Leiter des Technischen Vertriebs, Dr. Sommerkamp, und dem Leiter der Zweigniederlassung Berlin, Dr. Heinz Grahmann. Sogar zum Vorstandsvorsitzenden der Leybold AG, Dr. Alfred Hauff, besaß Schürer einen heißen Draht. Der Vorstandsvorsitzende deckte die Embargogeschäfte, und nur so war für Dr. Samm deren Abwicklung möglich. Alfred Hauff hatte mehrfach die DDR besucht und Spitzengespräche, so mit Generaldirektor Biermann im Jenaer Zeiss-Kombinat, geführt. Experten der DDR weilten im Unternehmensbereich von Leybold, deren Techniker führten in der DDR Montage- und Kundendienstleistungen aus. Ein einträgliches Geben und Nehmen für beide Seiten.

Allein im Zeitraum 1984 bis 1989 lieferte die Leybold AG insgesamt

– 14 Kristallziehanlagen im Gesamtwert von rund 26 Mio. DM,

– 15 Kathodenzerstäubungsanlagen im Gesamtwert von rund 35 Mio. DM,

– 19 Plasmaätzanlagen im Gesamtwert von rund 33 Mio. DM.

Natürlich waren alle diese „Geräte zur Be- und Verarbeitung von Halbleitermaterialien sowie Geräte für die Herstellung von elektronischen Einrichtungen, Baugruppen und Materialien“ einzelgenehmigungspflichtig, sie unterlagen dem Embargo und hätten keine Exportgenehmigung bekommen. Doch wir hätten unseren Beruf verfehlt, wenn wir das nicht umgehen konnten. Beim tiefen Griff in die Trickkiste waren sowohl wir als auch unsere westdeutschen Partner ziemlich hemmungslos.

So wurden die Kathodenzerstäubungsanlagen von Leybold im Rahmen des „innerdeutschen Handels“ (IDH) mittels eines eigentlich nicht zulässigen Warenbegleitscheins AG Nr. 2 (L) angeliefert. Bei den Kristallziehanlagen wurden nicht nur die Vorteile des „innerdeutschen Handels“ ausgekostet, sondern Einzelwarenbegleitscheine ausgestellt, die allerdings nur aufgrund einer frisierten Spezifikation erteilt wurden. War dieser Weg nicht gangbar, wickelten wir die Transaktion über die Firma Premaberg in Wien ab.

Das Frisieren einer Spezifikation war für Leybold relativ einfach: Da das Embargo nur Anlagen betraf, die Kristalle mit Durchmesser größer als 3 Zoll ziehen konnten, wurden die Apparaturen einfach mit 3 Zoll statt 4 Zoll oder größer deklariert. Welcher Zöllner konnte oder wollte da schon nachmessen? Tatsächlich wurden dann aber die modernen Kristallziehanlagen bis 6 bzw. 8 Zoll geliefert. Mitunter half sich Leybold auch mit profanen Falschdeklarationen. Beispielsweise im Dezember 1987, als Plasmaätzanlagen von Leybold als modulare Zweikammer-HF-Diodensputteranlagen bzw. Dreikammer-HF-Diodensputteranlagen per LKW an das Mikroelektronik Forschungszentrum Dresden des Kombinates VEB Carl Zeiss Jena geliefert wurden. Vor dem Antransport waren Teile der Reaktoren ausgetauscht worden. In der DDR erfolgte durch Leybold wieder ein Umbau in die von uns bestellten Ätzanlagen. Die für den Versand ausgewählten Teile wurden postwendend von uns an Leybold zurückgeschickt.

Bei einer 1989 gelieferten Kristallziehanlage wurde der obere Teil des Ziehkessels aus Sicherheitsgründen so ausgelegt, daß er

tatsächlich nur für Kristalle bis 3 Zoll geeignet war. Vorstandsmitglied Gliem, sonst nicht gerade ein Freund des Osthandels, gab höchstpersönlich die Auslieferung frei. In der DDR wurde die Anlage dann kurzerhand umgebaut, d. h. wir ergänzten sie nachträglich mit einer sogenannten MCCZ-Einrichtung, eine Gemeinschaftsentwicklung von Leybold und Wacker-Chemie. Die Anlage war das Spitzenmodell von Leybold, sie erlaubte mit dieser Nachchargierung das kontinuierliche Ziehen von Kristallen mit großen Durchmessern, nämlich bis 200 Millimetern Durchmesser bei einer maximalen Ziehlänge von zwei Metern.

Nicht selten wandten wir den Kunstgriff an, die Lieferungen dadurch zu tarnen, indem ein anderer Empfänger als der tatsächliche angegeben wurde. Damit war es für Außenstehende kaum möglich, den beabsichtigten Einsatz der Ausrüstungen in der Schaltkreisproduktion erkennen. So wurde in einem Vertrag als Endabnehmer der VEB Elektronik Gera, einem Betrieb des Kombinates Elektronische Bauelemente Teltow, der nur passive Bauelemente und keine Schaltkreise produzierte, genannt, die Ware aber im Direkttransport per LKW an das Werk Erfurt-Südost des Kombinats Mikroelektronik geliefert.

Waren die Ausrüstungen im jeweiligen Betrieb angekommen, wurden sie von ausgewählten und zur Geheimhaltung verpflichteten Mitarbeitern neutralisiert. Dazu war ein strenges Arbeitsregime einzuhalten, wie es in einem Schreiben des Handelsbereichs 4 an den Direktor des Forschungszentrums Mikroelektronik Dresden im November 1987 vorgegeben war:

„... unmittelbar nach Eintreffen der Anlagen sind noch erforderliche Neutralisierungsarbeiten auszuführen.

– Absicherung des Aufstellungsortes dahingehend, daß unbefugte bzw. nichtberechtigte Personen keine Informationen zu dieser Anlagentechnik erhalten.

– Es ist ein solches Arbeitsregime zu organisieren, das sichert, daß in keiner Weise der Hersteller der Anlagen erkennbar wird. Hierzu gehört auch, daß ab sofort solche Formulierungen wie ‚LH-Zinken‘, Angaben auf Unterlagen und Zeichnungen, die auf den Hersteller schließen lassen, usw. nicht mehr existent sind.

– Ausgehend davon, daß die zum Einsatz kommenden Mitarbeiter des ZMD zum bestätigten Personenkreis gehören, ist vor Beginn der Aufstellungs- und Montagearbeiten eine aktenkundige Belehrung durchzuführen.

– Wir bitten, allen Mitarbeitern zu untersagen, telefonische, fernschriftliche oder briefliche Kontakte zum Lieferanten aufzu-

nehmen. Wir haben für den Zeitraum Montage/Inbetriebnahme-Arbeiten mit unserem Vertragspartner vereinbart, daß der verantwortliche Bauleiter, Herr Wolff, für Rückfragen zu seiner Firma eine Möglichkeit zum Telefonieren im ZMD erhält. Herr Wolff ist von seiner Geschäftsleitung belehrt, d. h. er weiß die Grundregeln des Verhaltens beim Telefonieren und weiß auch, mit wem er Kontakt aufnehmen darf.

Es ist abzusichern, daß keine betriebsfremde sowie unberechtigte Person diese TSA besichtigen kann.

Wir bitten Ihre verantwortlichen Mitarbeiter, darauf einzuwirken, daß die grundsätzlichen Sicherungsmaßnahmen auch von den Mitarbeitern der Lieferfirma eingehalten werden. Die Mitarbeiter sind von ihrer Geschäftsleitung diesbezüglich belehrt worden, aber sind vielleicht nicht so diszipliniert erzogen worden, wie wir das von unseren Mitarbeitern voraussetzen müssen."[28]

Daß scheinbare Randprobleme große Auswirkungen haben können, spürten wir gleichfalls bei den von Leybold gelieferten Kristallziehanlagen. Damit sie richtig funktionierten, benötigten wir verschiedene Verbrauchsmaterialien, vor allem Graphitteile und Quarztiegel. Diese Teile waren anlagenbezogen und zeichnungsgebunden, wurden aber von Leybold nicht selbst hergestellt. Da Leybold an ihrer Lieferung nicht besonders interessiert war, mußten sie von uns woanders gekauft werden. Allerdings unterlagen sie gleichfalls dem Embargo.

Wir mußten also wieder einmal einen anderen Beschaffungsweg finden. Die Lösung bot sich in Person von Heinz Grahmann an, des Chefs der Berliner Niederlassung von Leybold, der zu diesem Zweck 1986 eine eigene Firma gegründet hatte, ohne daß Leybold davon wußte. Die in Berlin-West ansässige Grati Handelsgesellschaft für verfahrenstechnisches Zubehör mbH befaßte sich laut Eintragung in das Handelsregister mit dem „Handel und Vertrieb von Komponenten für verfahrenstechnische Anlagen, bestehend aus Graphitteilen und Quarztiegeln sowie ähnlichen und artverwandten Materialien". Gesellschafter des Unternehmens waren Dr. Heinz Grahmann, sein Vater sowie Ehefrau Ute, die gleichzeitig als Geschäftsführerin agierte. Grahmann witterte die Chance, zu seinem guten Einkommen bei Leybold, wo er neben seinem Festgehalt für alle Geschäfte, einschließlich der umfangreichen Embargolieferun-

---

28 Brief des H 4 an den Direktor des Forschungszentrums Mikroelektronik Dresden vom 9. November 1987.

gen, noch Provisionen erhielt, zusätzlich schnelles Geld zu machen und empfahl sich als möglicher Lieferant.

Grahmann sah keine Schwierigkeiten für die Geschäfte von Grati, sollte sich aber schnell eines besseren belehren lassen. Sein erster Versuch nach zeichnungsgebundenen Graphitteilen beim Hersteller führte postwendend zu einer Rückfrage bei Leybold. Natürlich war man dort beunruhigt, daß eine bislang unbekannte Firma auf der Grundlage von Leybold-Zeichnungen nach Teilen anfragte. Schnell kam man auf uns als die Verursacher der geplanten Transaktion. Doch wir logen, daß sich die Balken bogen und konnten glaubhaft versichern, daß diese Aktivitäten nicht von uns ausgelöst wurden. Daraufhin wurden für die zeichnungsgebundenen Graphitteile der von Leybold gefertigten Anlagen im VEB Spurenmetalle Freiberg neue Zeichnungen angefertigt, die keinen Rückschluß mehr auf Leybold ermöglichten. Dennoch kam Heinz Grahmann in der Folge nicht umhin, seinen Chef in Hanau, Alfred Hauff, über die wahren Zusammenhänge der Firma Grati aufzuklären.

Grati lieferte entweder direkt an uns oder über die Firma Premaberg in Österreich. Alle Sendungen erfolgten zu unserer Zufriedenheit. Und außerdem waren sie ökonomisch günstiger, als wenn wir sie direkt von Leybold bezogen hätten. Leybold arbeitete bei Zukaufteilen mit einer Kalkulationsspanne von 30 Prozent, Grati aber nur mit 15 Prozent. Trotzdem war es ein mehr als lukratives Geschäft für Dr. Grahmann. Denn zwischen 1987 und 1990 wurden Lieferungen im Gesamtwert von über 11 Mio. DM abgewickelt, was bei seiner Kalkulation mindestens 1,5 Mio. DM Erlös vor Steuer bedeutete.

Ende 1987 deuteten sich erste Probleme bei den Embargogeschäften mit Leybold an. Die Hanauer befürchteten – wohl nicht ohne Grund –, daß die bisherige Falschdeklarierung der Plasmaätzanlagen als Sputteranlagen irgendwann einmal auffliegen könnte, weil Bauform und Ausführung nur wenig mit einer richtigen Sputteranlage zu tun haben. Über einen Ausweg berieten Anfang Dezember 1987 Gunther Samm und Siegfried Schürer. Als günstigste Variante tüftelten sie die Lieferung über ein Drittland aus, wobei Schürer Taiwan vorschlug. Dort hatte mein Stellvertreter Dietrich Kupfer die Bezugslinie „Shih“ aufgebaut.

Wir geplant, so vollzogen: Die Verhandlungen mit Leybold zum Kauf der Plasmaätzanlagen führte unser Vertrauensmann Jack Shih, Präsident der Firma C & E Associates Inc. Taipai/Taiwan. Bei seinen Besuchen bei Leybold agierte er als Beauftragter der Firma Ad-

vanced Microcircuit Product Inc. Taipai/Taiwan sowie eines nichtgenannten Endabnehmers. Shih wünschte eine Lieferung ohne Pumpstände, was von Leybold akzeptiert wurde, und im Mai 1988 erfolgte die schriftliche Bestellung. Das Vorgehen von Shih war vorher von Schürer mit Leybold abgestimmt, der Kontakt von Shih zu Leybold wurde gleichfalls von Schürer vermittelt. Für die Seriosität von Shih übernahmen wir gegenüber Leybold die Bürgschaft. Schließlich kannten wir ihn aus vorangegangenen Geschäften als zuverlässigen Partner.

Insgesamt wurden 1988/89 über Shih acht Plasmaätzanlagen geliefert, wobei die zugehörigen Pumpstände auf direktem Weg von Leybold mit Warenbegleitschein an uns zur Auslieferung gelangten.

Der Gesamtwert der Lieferungen betrug fast 17 Mio. DM. Die ganze Transaktion war ein Paradebeispiel ausgeklügelter Logistik. Die verschlungenen Pfade der Anlieferung beschrieb Siegfried Schürer in einem Verhandlungsbericht vom 2. Dezember 1988 folgendermaßen:

„Die Ätzer werden zur Zeit über die Firma C und E in Taiwan abgewickelt, das heißt, es werden die Ätzer auseinandergenommen, es wird der unmittelbare Ätzteil als Ätzmodul über Taiwan abgewickelt. Die Pumpstände und die Schaltschränke, die etwa drei Viertel des Gewichtsvolumens ausmachen, werden anders deklariert, in einem anderen Geschäftsbereich bei Leybold abgewickelt und als Pumpstände der unterschiedlichen Einsatzrichtung deklariert. Über diesen Weg wurden bisher drei Anlagen realisiert, vier weitere befinden sich auf dem Transport.

Der Ablauf erfolgt kurz geschildert so: Die Ätzmodule werden offiziell nach Taiwan geliefert, dort eingeführt, verzollt und von der Firma C und E wieder exportiert. Beim Verlassen der Liefergrenze Taiwan werden die einzelnen Kolli von der Firma TTS, die wir eingeschaltet hatten, übernommen und der Transport zum Endabnehmer in Dresden abgewickelt. Die Abwicklung erfolgt von Herrn Urban (TTS) durch ins Vertrauen gezogene Spediteure über Kopenhagen per Luftfracht und von Kopenhagen per Lkw-Transport in die DDR. Die bereits erwähnte Lieferung von den ersten drei Anlagen wurde von Deutrans auf dem Weg Kopenhagen – Dresden speditiert." In Dresden wurden dann die Anlagen von Leybold montiert und in Betrieb genommen, die auch den Service garantierten.

Die Geschäfte zwischen Leybold und der DDR hätten jahrelang so reibungslos funktionieren können. Doch leider wurde das vertrauliche Miteinander 1988 ernsthaft gefährdet. Die Degussa, seit

gut einem Jahr Alleinaktionär von Leybold, hatte nämlich Wind von den Unternehmungen ihrer Tochter Leybold bekommen.

Kurz und bündig wurde Leybold von der Mutter angewiesen, keinerlei Geschäfte mehr zu tätigen, die im Widerspruch zu gesetzlichen Regelungen der Bundesrepublik stehen. Um dem Nachdruck zu verleihen, mußten die Vorstandsmitglieder schriftlich erklären, diese Weisung bedingungslos durchzusetzen. Zu den harten Bandagen, die nun geschnürt wurden, gehörte auch, daß allen nachgeordneten Leitungsebenen für den Fall eines Verstoßes fristlose Entlassung und Entzug des Pensionsanspruches angedroht wurde.

Was war der Grund für diese knallharte Entscheidung?

Wie Siegfried Schürer in einem Verhandlungsbericht vom Februar 1989 notierte, wurden die Auflagen der Degussa nach Meinung seines bundesdeutschen Partners Dr. Gunther Samm von folgendem beeinflußt:

„Die grundsätzlichen Ansichten zu Geschäften mit den sozialistischen Ländern und auch anderen unterscheiden sich zwischen der Degussa und Leybold erheblich. Die Degussa geht vom Verstand eines seriösen Edelmetallhändlers aus, und die Steigerung der Geschäftsumsätze von Leybold resultieren auch aus dem Handel mit dem sozialistischen Wirtschaftsgebiet (High-Tech-Produkte).

Hauptanlaß für die gegenwärtige Situation – so Dr. Samm – sind die Probleme mit dem Bau der Chemieanlage in Libyen, wo eine Reihe von Firmen der BRD Schwierigkeiten bekommen hat und noch wird. Er bezeichnete diese Situation als irre und verrückt, da das ganze Gerede eine Breitenwirksamkeit haben wird, die auch die Bereiche der Hochtechnologie für die Halbleiterindustrie treffen wird. Darauf haben bestimmte Kreise schon lange gewartet und nutzen die Situation für ihre Interessen aus. Die Degussa (Mehrheitseigner ist der Henkel-Konzern) kann sich dieses negative politische Image nicht leisten.

Wie im Fall Chemieanlagen Libyen für jedermann sichtbar wird, stehen hinter diesen Dingen die Amerikaner. Dies ist für Dr. Samm keinesfalls neu, aber offensichtlich begreifen es leitende Mitarbeiter der Degussa und anderer großer Firmen der BRD jetzt erst. Die Reaktion dieser Herren ist Angst und daraus resultieren Gehorsam in Blickrichtung Amerikaner.

Dr. Samm ging mit der Bemerkung, das kann die Degussa noch mal 100 Mio. kosten, auf die Größenordnung der von den Maßnahmen betroffenen Projekte der Firma Leybold. Hiernach betrifft es – so seine Äußerung – nur bedingt seinen Unternehmensbereich, viel härter würde es den Unternehmensbereich industrielle Vaku-

ummetallurgie und Gesamtanlagen, der von Herrn Bothe geleitet wird, treffen (Pulvermetallurgie, Vakuumgießöfen für die Herstellung von Turbinenschaufeln, Sintermetallurgie usw.)."

Die obersten Chefs der Degussa beließen es freilich nicht bei rhetorischen Drohgebärden, sondern tüftelen 1989 eine Wachablösung an der Spitze von Leybold aus. Vor diesem Hintergrund schrieb Alfred Hauff in der Betriebszeitung Blick...punkte für die Belegschaft:

„Nun werden Sie sich fragen, warum ich zu diesem Zeitpunkt vom Vorstandsvorsitz in den Aufsichtsrat wechsele. Lassen Sie mich dazu folgendes sagen: Ich habe 27 Jahre dem Unternehmen angehört und seine Entwicklung in hohem Maße geprägt. Ich werde in diesem Jahr sechzig Jahre alt, und es gehört zur Erkenntnis eines reifen Lebens, daß man nicht alle Dinge, die man sich vorgenommen hat, immer zu Ende führen kann. Es ist also nur eine Frage des richtigen Zeitpunktes, den Stab in die Hände des Nachfolgers zu legen.

Die Entscheidung der Degussa, des hundertprozentigen Anteilseigners, zwei erfahrene Herren ihres Unternehmens in den Vorstand zu bringen, war bedeutsam und spricht für den Anteilseigner. Damit zeigt er, daß er gewillt ist, das Äußerste einzubringen für eine positive Zukunft von Leybold. Die Berufserfahrung der Herren Gliem und Reuter beruht auf ihrer langjährigen, erfolgreichen Tätigkeit innerhalb des Degussa-Konzerns. Meine innere Unabhängigkeit und Selbständigkeit resultiert aus der langjährigen Führung des Unternehmens Leybold. Nachdem mit dem Eintritt von Herrn Gliem gleichzeitig meine Nachfolge angesprochen worden war, hielt ich den Zeitpunkt für geeignet, im Interesse des Unternehmens Klarheit zu schaffen. Das Unternehmen braucht in dieser nicht einfachen Situation schon heute die Führung, die auch morgen noch in der Verantwortung steht. Ich habe deshalb im Interesse des Unternehmens und seiner sicheren Führung den Weg gewählt, vom Vorstand in den Aufsichtsrat zu wechseln.

Kontinuität ist das Gebot der Stunde. Ich werde zum 30. September dieses Jahres als Vorsitzender des Vorstands im Unternehmen tätig sein und werde auch anschließend mit meiner Erfahrung dem Unternehmen als Aufsichtsrat und im Technischen Ausschuß zu Verfügung stehen."

Wohlgewählte Worte. Sie sagten allerdings nichts über den wahren Grund des Ausscheidens des ehemaligen Leybold-Chefs – nämlich ungeschminkt: Ablösung.

Vorstandsmitglied Gliem übernahm im September von Samm den Vorsitz des Vorstandes. Bereits anderthalb Monate vorher, also zu einem Zeitpunkt, da Hauff noch Vorstandsvorsitzender war, beauftragten Gliem und Reuter leitende Mitarbeiter von Leybold, inzwischen geperrte Ostaufträge auf ihren Embargocharakter zu abzuklopfen. In einer internen Hausmitteilung vom 13. Juli 1989 verkündeten sie völlig unsentimental:

„Wie mit Ihnen besprochen, haben wir Sie beauftragt, die in beiliegender Liste aufgeführten Ostaufträge dahingehend zu überprüfen, inwieweit sie mit den Bestimmungen nach dem Außenwirtschaftsgesetz einschließlich der entsprechenden Verordnungen im Einklang stehen.

Sie handeln als Beratungsteam für den Vorstand und die jeweils betroffenen Unternehmensbereichsleiter. In diesem Zusammenhang verweisen wir auf den Vorstandsbeschluß vom 10. 10. 1988 bezüglich Außenwirtschaftsrecht sowie auf das Vorstandsschreiben vom 14. 3. 1989 in gleicher Angelegenheit. Falls in Einzelfällen erforderlich, können Sie Herrn RA Roth zur Beratung hinzuziehen.

Ihre Prüfungsaufgabe umfaßt folgende Punkte:

1. Überprüfung der Auftragsbestätigungen und der dazugehörigen technischen Spezifikationen. Sämtliche in diesem Zusammenhang bereits erarbeiteten Stellungnahmen sind Ihnen in vollem Umfang zugänglich. Das umfaßt auch Gespräche mit allen Personen, die brauchbare Informationen zur Verfügung stellen können.

2. Feststellung, inwieweit zusätzliche Absprachen (z. B. side letters) getroffen sind durch Befragen der zuständigen Mitarbeiter von LH.

3. Durchführung einer eingeschränkten Nämlichkeitsprüfung unter Hinzuziehung von internen Fachleuten.

4. Die Reihenfolge der Überprüfung soll in erster Priorität nach Dringlichkeit und in zweiter Priorität nach Einfachheit der jeweiligen Aufträge festgelegt werden. Sie berichten für jeden Auftrag in schriftlicher Form unmittelbar an die Unterzeichner."[29]

Heinz Grahmann, Chef der Leybold-Zweigniederlassung in Berlin, beschrieb die neue Situation in einer Verhandlung mit Siegfried Schürer wie folgt:

„In der Vergangenheit hat Dr. Hauff die von den Unternehmensbereichen konzipierten Liefermodelle mitgetragen und hat offensichtlich auch aufgrund seiner persönlichen Verbindungen zu Re-

---

29 Interne Hausmitteilung Gliem/Reuter an Roth/Bächler vom 13. Juli 1989.

gierungsstellen in Bonn für die erforderliche Sicherheit der Firma Leybold Sorge getragen. Dies wird in der gegenwärtigen Phase durch seinen Nachfolger Herrn Gliem bzw. die Degussa nicht mehr getragen.“

Nach Auffassung von Grahmann erklärte sich das Verhalten der Degussa vor allem aus den umfangreichen Umsätzen in den USA. Die wolle man auf keinen Fall gefährden, und schon gar nicht durch Embargolieferungen, die in erster Linie gegen die Interessen der USA verstoßen würden. Der jährliche Umsatz von Degussa in den USA lag bei rund 4,5 Milliarden DM, die Lieferungen in die sozialistischen Länder betrugen dagegen nur etwa 400 Mio. DM, und auf letztere könne man verzichten, wenn es notwendig sei.

Wie Siegfried Schürer notierte, machte Grahmann noch auf einen weiteren Sachverhalt aufmerksam:

„Bezüglich der Lieferung von Pulvermetallurgieanlagen in die sozialistischen Länder hat die Degussa von Bonner Regierungsstellen (oder auch anderen, was mir nicht bekannt ist) eine dringende Empfehlung bekommen, eine eigene Prüfung bei der Tochter Leybold durchzuführen und im Ergebnis dessen eine sogenannte Selbstanzeige zu machen. Die Degussa hat daraufhin ein Untersuchungsteam, bestehend aus Degussa-Angestellten, keiner von Leybold, zusammengestellt, die in allen Unternehmensbereichen der Firma Leybold alle Vorgänge zu prüfen haben, ob und in welcher Form und mit welchen Auswirkungen Lieferungen getätigt wurden, die gegen die Ausfuhrgesetze der BRD verstoßen. Zu diesem Team gehören Techniker und Juristen (Anm.: zwei Techniker namens Bächler und Mohr, ein Rechtsanwalt namens Roth), die – so Dr. Grahmann – absolut nicht hinters Licht zu führen sind. Es gibt weiter eine Aufstellung von Aufträgen, die nur mit Genehmigung des Herrn Gliem zur Auslieferung kommen können. Dr. Grahmann kennt diese Aufstellung nicht, und er wird sie auch nicht offiziell erhalten. Er ist sich ziemlich sicher, daß unsere in den nächsten Wochen zu Auslieferung anstehenden Anlagen dazu gehören.“

Das war natürlich für uns ein Schlag. Die Zusammenarbeit mit Leybold wurde damit außerordentlich kompliziert, konnte aber trotzdem bis zum Zusammenbruch der DDR fortgesetzt werden konnte.

Ähnlich wie mit der DDR wickelte Leybold auch mit der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern dubiose Geschäfte ab. Auch gegenüber Ländern in der Dritten Welt war man bei einschlägigen Transaktionen wenig zimperlich. Dabei hielt man sich stets an das uralte bewährte Geschäftsprinzip: pecunia non olet –

Geld stinkt nicht. Mit Embargowaren ließ sich nicht nur der übliche Profit, sondern stets ein Surplusprofit erzielen.

Die Geschäfte florierten bestens – zumindest so lange, bis etwas ruchbar wurde. Für die Leybold-Manager war das der Zeitpunkt, als ihre illegalen Verbindungen zum Irak und zu Pakistan ins Zwielicht der internationalen Öffentlichkeit gerieten.

Schon 1988 schrieb Egmont R. Koch:

„Der deutsche Industriekonzern Leybold Heraeus sei maßgeblich am Bau einer zweiten pakistanischen ‚Butterfabrik' beteiligt. Seine Chefmanager Heilingbrunner, Lerch und Durnez hätten illegale Geschäfte für Khans Bombenprojekt getätigt."[30]

Als „Butterfabrik" werden mitunter die Urananreicherungsanlagen zur Herstellung von Atombomben genannt.

Diese Erkenntnisse führten zu Aufregung und Krach im Bonner Bundestag. Eine Anfrage der Grünen beantwortet der damalige Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, Dr. Erich Riedel:

„Die Bundesregierung geht seit 1983 Hinweisen über angebliche illegale Ausfuhr von Komponenten für Atomanlagen durch deutsche Firmen nach Pakistan nach. Dabei ist festgestellt worden, daß deutsche Unternehmen zwischen 1981 und 1983 in Einzelfällen Geräte, die für die Urananreicherungstechnik von Bedeutung sind, ohne Genehmigung in Staaten des westlichen Auslands exportiert haben. Anhaltspunkte für eine Weiterleitung nach Pakistan ergaben sich nicht. Seit 1986 wird gegen eine Firma ermittelt wegen des Verdachts der ungenehmigten Lieferung von Konstruktionszeichnungen für den Bau von Urananreicherungsanlagen über die Schweiz nach Pakistan."

Die Entrüstung der Bundesregierung über die neuesten Atombombentests in Indien und Pakistan können nach diesen Fakten nur als heuchlerisch gewertet werden.

„Nach den Ermittlungen der SOKO Nuklear stehen 16 Manager und Mitarbeiter von Firmen wie der Frankfurter Degussa AG, der Hanauer Leybold AG und der Dieburger Reutlingen GmbH i. L. im Verdacht, gegen die Außenwirtschaftsbestimmungen verstoßen zu haben, weil sie am Raketen- und GUZ-Programm[31] des Iraks beteiligt gewesen seien. Insgesamt geht es um Lieferungen im Wert von über 21 Mio. Mark.

---

30 Egmont R. Koch: Grenzenlose Geschäfte, München 1988, S. 223 ff.

31 Gasultrazentrifugentechnik dienen der Hochanreicherung von Uran 235 als Grundstoff für die Atombombe.

Genau so diskret wie geplant konnte die SOKO Nuklear offenbar nicht arbeiten. Bereits vier Wochen vor der Durchsuchung der Firma wußten dem Abschlußbericht zufolge Leybold-Manager, daß ein Ermittlungsverfahren vorbereitet wird. Der Tipgeber könnte Mitarbeiter eines Bonner Ministeriums sein. „Belastende Unterlagen", so die Fahnder, seien nach Zeugenaussagen vermutlich „vernichtet oder beiseite geschafft worden".

Die im Bericht genannten Firmen bestreiten die Vernichtung von Unterlagen und jede Verwicklung in illegale Irak-Geschäfte. Doch ein Großteil der Beweisstücke stammt aus irakischen Aktenschränken und Tresoren, die von Inspekteuren gefilzt wurden.[32]

Mittels Telefax Nr. 255 aus Wien wurde am 11. Dezember 1991 das Auswärtige Amt in Bonn über den Inspektionsbericht der IAEO (Internationale Atomenergie Organisation) informiert[33], in dem Lieferungen von Leybold und anderer westdeutscher Firmen im Rahmen des irakischen Nuklearprorammes angeprangert wurden, die bei UN-Inspektionen im Irak ermittelt wurden.

Die Lieferungen selbst sind auch von Leybold unumstritten, auch daß es sich zum Teil um direkte Lieferungen an die Iraqui Atomic Energie Commision handelte. Bestritten wurde jedoch, daß nicht in einem einzigen Fall anwendungsspezifische Haltevorrichtungen zum Schweißen von Ultrazentrifugen von Leybold geliefert wurden. Das dürfte aber kein unüberwindbares Problem für den Irak gewesen sein.

Für Leybold gab es noch nicht einmal einen Hinderungsgrund für die Lieferungen einer solchen Anlage an einen anderen staatlichen Abnehmer im Irak, der als Anwendungszweck „Allgemeine militärische Anwendungen wie z. B. Triebwerkreparaturen, Raketengehäuse etc." nannte. Die Lieferungen erfolgten mit offizieller Exportgenehmigung. Die Montage der Anlage erfolgte durch Leybold-Personal im Irak.

Die Leybol-Geschäfte mit dem Irak kamen zum großen Teil durch Vermittlung der Firmen Inwako und H&M Metalform zustande, beide bereits einschlägig bei den Behörden bekannt.

Immerhin beschloß der Konzernvorstand am 17. März 1992, also nach bereits eingeleiteten Ermittlungen gegen Leybold, „Unternehmenspolitische Grundsätze zur internen Exportkontrolle für den Nuklearbereich". Damit bekennen sich die Herren „uneingeschränkt und nachdrücklich zur Politik der Nichtverbreitung von Kernwaffen

32 „Ich bin nur ein Techniker", in: Der Spiegel 38/96, S. 30.
33 Siehe S. 400 f.

und hierfür geeigneter Trägersysteme“ sowie zur Einhaltung der Exportkontrollgesetze. Nicht nur die einstigen Außen- und Embargohändler der DDR können darüber lächeln ...

Ende 1988/Anfang 1989 war uns freilich nicht nach Lachen zumute. Die Propagandamaschinerie der DDR lief auf Hochtouren, wonach frischweg verkündet wurde, daß das Ländchen an der Eigenentwicklung des 1-MBit- sowie eines 4-MBit-Schaltkreises arbeit. In ihrem unübertrefflichen Ehrgeiz hatten Honecker und Mittag unsere strategischen Zielstellungen auf dem Gebiet der Mikroelektronik offenbart. Nur leider war die von Zeiss bewußt gemachte Aussage, alles mit eigener Technik zu leisten, wenig glaubwürdig. So ließ der Bumerang aus dem Westen nicht auf sich warten: Die Kontrolle der Embargowaren wurde drastisch verschärft, alle Nachrichtendienste bemühten sich hektisch, um unsere Helfer zu demaskieren.

Aber nicht nur das. Auch eine Reihe von Konzernen entwickelte fieberhafte Aktivitäten, um uns auf den Zahn zu fühlen. Unter ihnen Siemens, die sich durch die kleine DDR provoziert und irgendwie in ihrer Ehre gekränkt fühlten, war doch ihr 1-MBit-Chip keine Eigenentwicklung, sondern nur möglich dank der Hilfestellung von Toshiba. So traten Siemens-Leute an einige ihrer Lieferanten heran, befragten sie nach der Zusammenarbeit mit der DDR und stellten sie vor die Alternative, die Kooperation mit uns zu beenden oder Siemens als Kunden zu verlieren. Das bestätigte auch Gunther Samm gegenüber Siegfried Schürer:

„Es gibt bei der Firma Siemens, nicht in der Geschäftsleitung, einen Herrn Dr. Schuster-Wotran, der hier stänkert. Dieser Herr ist prinzipiell Leybold-Gegner und nutzt jede Gelegenheit, gegen die Firma zu intrigieren. Durch ihn wurde über den Einkauf von Siemens an die Firma Leybold die Frage gestellt, ob diese Ätztechnik in die DDR liefert und ob hier ein fernöstliches Land einbezogen sei. Dies wurde von Leybold verneint und zurückgewiesen.“

Fast noch größere Sorgen wurde Dr. Samm – und natürlich auch uns – durch die Tatsache bereitet, daß seit Mitte 1989 verstärkt Fachleute aus dem Bereich Mikroelektronik die DDR verließen und in der Bundesrepublik eine Arbeitsstelle suchten. Es war nicht auszuschließen, daß sich darunter auch Eingeweihte unserer Leybold-Geschäfte befanden und daß sie ihr Wissen den neuen Arbeitgebern und westlichen Geheimdiensten offenbaren würden. Solche Geheimnisträger bewarben sich sogar direkt bei Leybold. Unter ihnen beispielsweise ein ehemaliger Mitarbeiter der Technischen Univer-

sität Dresden, der im Forschungszentrum Mikroelektronik von Zeiss tätig war und dort Kenntnis über die von Leybold gelieferten Sputter- und Ätzanlagen erhalten hatte. Er wie die anderen wurden eingestellt, um sie besser unter Kontrolle halten zu können. Sie wurden allerdings nicht in der Zentrale in Hanau, sondern in Köln, in einem anderen Unternehmensbereich, eingesetzt. Konnte der Schaden hier noch einigermaßen eingegrenzt werden, war es hingegen problematischer, wenn die einstigen DDR-Experten bei anderen Halbleiterproduzenten wie Siemens ihr Insiderwissen als Einstiegskapital feilboten.

Tarnbezeichnung „Röhre“

Der Nachbau von Plasmaätzern

Bei all unseren Aktivitäten war es natürlich erklärtes Ziel der DDR-Wirtschaftslenker, Devisen zu sparen und uns von Embargoimporten unabhängig zu machen. Das galt um so mehr für das Mikroelektronikprogramm, bei dem auch die Entwicklung neuer Produktionsausrüstungen, einschließlich technologischer Spezialausrüstungen (TSA), auf die Tagesordnung gesetzt wurde, beispielsweise im Kombinat Carl Zeiss Jena. Obwohl wir in der Hochvakuumtechnik mit dem zum Zeiss-Kombinat gehörenden VEB Hochvakuumtechnik Dresden über ein begrenztes Know-how sowie bescheidene Entwicklungs- und Produktionskapazitäten verfügten, reichte die Kraft nicht aus, um die Leybold-Importe durch Eigenproduktionen ersetzen zu können.

Mit den schon beschriebenen wachsenden Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Plasmaätzern stellte stellte sich jedoch für uns die Frage der Eigenproduktion neu. Wieder wurde Siegfried Schürer in die Spur geschickt, um vorab bei Leybold abzutasten, ob sie uns dabei unterstützen könnten. Offensichtlich war man sich auch in der Hanauer Führungsetage darüber im klaren, daß die Embargogeschäfte nach altbewährtem Muster nicht mehr unbegrenzt fortgesetzt werden könnten. Jedenfalls erklärte man sich bereit, uns die technischen Dokumentationen für eine Eigenproduktion der Plasmaätzanlage MPE 3002 zur Verfügung zu stellen, befristet Baugruppen der Anlagen zu liefern und auch ingenieur-technische Hilfe bei der Produktionsaufnahme zu gewähren. In seinem Bericht über eine Dienstreise zu Leybold im November 1988 konnte Schürer zufrieden festhalten, daß die Herren Samm, Sommerkamp, Grahmann

und Katscher zugesagt hatten, uns „die Ätzer in der ersten Phase hundertprozentig in Baugruppen zu liefern, uns in Lizenz die Eigenfertigung zu übertragen mit dem Ziel, schrittweise die Einzelbaugruppen durch Eigenfertigung abzulösen und die Unterstützung durch LAG (Leybold) beim Aufbau einer modernen Eigenfertigung zu geben".

Das war für uns eine echte Chance. Wir konnten uns damit nicht nur vom Embargo des Westens abnabeln, sondern es boten sich auch große Exportchancen im RGW an.

Nach den erfolgreichen Sondierungen im Vorfeld unterbreitete ich dem Regierungsbeauftragten für Mikroelektronik, Staatssekretär Karl Nendel, sowie Alexander Schalck-Golodkowski einen detaillierten Vorschlag zur Aufnahme der Eigenproduktion von Plasmaätzern bei Zeiss. Eigentlich gab es nur ein Problem: Biermann mußte als Generaldirektor überzeugt werden, daß diese Aufgabe von Jena zusätzlich zu den geplanten Entwicklungsvorhaben und Überleitungsaufgaben für neue Erzeugnisse zu übernehmen ist. Einen anderen möglichen Produzenten gab es in der DDR nicht.

Nach entsprechender Weichenstellung durch Nendel bei Biermann erhielt ich den Auftrag, mit Zeiss das Detailkonzept zu erarbeiten und umgehend zu realisieren. Partner bei Zeiss waren für mich neben Biermann der Forschungsdirektor für Mikroelektronik, Professor Dr. Mütze; im Handelsbereich 4 unterstützten mich Siegfried Schürer und Dietrich Kupfer. Die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen für diesen Technologietransfer wurden mit unserem Freund und Helfer, der Stasi-Hauptabteilung XVIII/8 abgestimmt. Nur ein kleiner, von der Objektdienststelle Zeiss der HA XVIII handverlesener Personenkreis wurde in das Projekt eingeweiht und einbezogen. Das Objekt Ätzer-Eigenfertigung lief unter dem Codenamen „Röhre".

Im April 1989 erhielten wir die ersten Dokumentationen in Form von elf Ordnern und im September weitere sechs Ordner. Die Übergabe erfolgte von Leybold in Berlin an Schürer. Die fast konspirative Form, in der uns das Material ausgehändigt wurde, ließ vermuten, daß sowohl der Vorstand von Leybold und auch der von Degussa keine Ahnung davon hatte. Ob der damals noch amtierende Vorstandschef Alfred Hauff etwas wußte, war uns unklar und auch ziemlich bedeutungslos. Ich reichte die Unterlagen anschließend sofort an die HA XVIII/8 weiter. Die Spezialisten des MfS neutralisierten die Dokumente, damit keinerlei Rückschlüsse auf deren Herkunft mehr möglich waren. Erst danach wurden sie an Professor

Mütze in Jena übergeben. Die Auswertung bei Zeiss konnte beginnen. Die Baugruppenkomplettierung einer ersten Anlage wurde vorbereitet, wobei wir mit Unterstützung von Leybold erste Erfahrungen für die spätere serienmäßige Komplettierung und Montage der Ätzer sammeln wollten.

Leybold lieferte noch im November und Dezember 1989 in drei Teilsendungen und einer Zubehörlieferung über Taiwan, Österreich und auf direktem Wege dem Betriebsteil Gera des VEB Carl Zeiss Jena einen in Baugruppen zerlegten Plasmaätzer. Außerdem erklärte sich Dr. Samm bereit, uns noch die Rechnersoftware einschließlich des Betriebsystems zu übergeben – gegen zusätzliche Bezahlung, versteht sich. Der Montage des ersten Ätzers stand nun nichts mehr im Wege.

Damit war es uns gelungen, einen echten Technologietransfer für eine Schwerpunktposition dringend benötigter Produktionsausrüstungen der Mikroelektronik zu realisieren, der uns, abgesehen vom Kaufpreis der Baugruppen, im Prinzip nichts kostete, uns aber zukünftig bei dieser Position vom Embargoimport unabhängig machen sollte.

Die Zusammenarbeit mit Leybold beschränkte sich – wie schon mehrfach angedeutet – nicht nur auf den Bezug von Embargowaren. Sie war vielfältiger und umfassender. Und sie war gewiß keine einseitige Vorteilnahme.

So erwarb Leybold von Zeiss das im Forschungszentrum Mikroelektronik in Dresden mit den Leybold-Anlagen gewonnene Produktions-Know-how. Dafür mußte Zeiss über einen Zeitraum von vier Jahren Leistungen erbringen, für die Leybold wiederum zur Zahlung von 3 Mio. DM bereit war. Diese 3 Mio. DM brauchte Leybold jedoch nicht an uns zu zahlen, sondern sie wurden von uns erlassen als Gegenleistung für die von Leybold gelieferten Dokumentationen der Plasmaätzer. Eine Hand wäscht die andere.

Weiterhin verkaufte uns Leybold – diesmal mit offizieller Genehmigung der BRD-Behörden – eine Produktionslizenz für Kryopumpen einschließlich der erforderlichen Maschinen, Geräte und Materialien. Zeiss seinerseits war bereit, den Vakuumpumpen-Service für Leybold schrittweise für die ganze DDR zu übernehmen und ein Servicezentrum aufzubauen.

Sodann unterstützten wir Leybold gegenüber anderen Außenhandelsbetrieben der DDR, wie beim AHB Industrieanlagenimport mit einem Objekt Brillenfertigung im VEB Rathenower Optische Werke des Kombinats Zeiss oder beim AHB Metallurgiehandel mit einem Objekt der Pulvermetallurgie. Wir selbst bezogen Leybold 1989 als Anbieter von Fertigungslinien für Schablonenglas im VEB

Schott des Kombinats Zeiss ein und halfen dabei tatkräftig, daß sich die Hanauer gegen japanische Konkurrenten durchsetzen konnten.

Im März 1988 besuchten die Leybold-Vorständler Dr. Hauff und Dr. Samm Zeiss in Jena, wo ihnen Generaldirektor Prof. Dr. Biermann unseren Wunsch offenbarte, Hochstromimplanter gemeinsam zu entwickeln und zu bauen, zu denen wir zu diesem Zeitpunkt noch keine Zugriffsmöglichkeit hatten. Leybold willigte ein, von der Konkurrenz einen Prototypen zu kaufen und im Leyboldbetrieb Dornichheim aufzustellen. Man stellte auch eine Expertengruppe für weitere Gespräche mit Zeiss zusammen, wie auch für das Projekt ein Fachmann bei Leybold neu eingestellt werden sollte. Leybold war außerdem bereit, alle erforderlichen Unterlagen über Konkurrenzerzeugnisse zu beschaffen und entsprechende Forschungskapazitäten im Frauenhofer Institut mit einfließen zu lassen. Ging es doch um nicht mehr und nicht weniger als um ein gemeinsames Spitzenprodukt, das den Anschluß an die Technologien in den USA und in Japan ermöglicht hätte.

Zeiss ging davon aus, daß die Baugruppen bei Leybold gefertigt werden sollten und die Montage in Jena erfolgt. Wie sich im Verhandlungsverlauf in den folgenden Monaten zeigte, ging dieses Konzept leider nicht auf. Nach Studium der bei Siemens und im Frauenhofer-Institut vorliegenden Unterlagen zu Implantern der Firmen Eaton und Varian, die wir später als Kopien von Leybold erhielten, zeigte sich, daß die Fertigung der Anlagen schwieriger war, als sich Leybold das anfangs vorgestellt hatte. Für wichtige Baugruppen hatten alle US-Hersteller den gleichen Unterlieferanten, die bisher bei Leybold für Standardsysteme eingesetzten Steuerungen waren auch modifiziert nicht für Implanter einsetzbar, und so ging es weiter. Der Forschungs- und Entwicklungsaufwand wurde als enorm eingeschätzt und war nur zu bewältigen, wenn Zeiss höhere Eigenleistungen erbringt. Jena sollte also selbst wichtige Baugruppen produzieren und nicht nur montieren.

Trotz dieser unüberwindlich scheinenden Hürden wurde das Gemeinschaftsprojekt nicht fallengelassen, wenn auch außer den Vorbereitungsarbeiten bis zur Wende keine greifbaren Ergebnisse erzielt wurden.

Die Hartnäckigkeit unserer Bemühungen erklärte sich dadurch, daß die DDR einen realen Bedarf an mehr als 25 solcher Hochstromimplanter hatte. Doch weder uns noch den speziellen Beschaffungsorganen der Stasi gelang es, auch nur einen einzigen solchen Implanter ins Land zu holen. Und schon gar nicht vermochten uns

jene Embargolieferanten zu helfen, mit denen wir mehrere Lieferverträge dazu abgeschlossen hatten. Wir konnten uns drehen und wenden, wie wir wollten: Bei dieser strategisch wichtigen Position, ohne die keine Serienproduktion des 1-MBit-Schaltkreises möglich war, wirkte das Embargo voll. Wir brauchten das Geld für einen Hochstromimplanter – damals immerhin zwischen 6 und 9 Mio. DM – nicht ausgeben. – Bei den Geschäften zwischen der DDR und Leybold ging es wahrlich nicht um Peanuts.

Der große Unbekannte

Als die ersten Schwierigkeiten bei den Embargogeschäften mit der DDR auftauchten, suchte man auch bei Leybold nach neuen Abwicklungsmöglichkeiten. So informierte Gunther Samm im September 1988 Siegfried Schürer über seine Vorstellungen.

Er kenne persönlich in Wien ein Unternehmen, dessen Namen er uns nicht nennen, sondern nur als Firma X bezeichnen will. X handele offiziell mit Textilien und Holz, freilich nur als Tarnung für Embargogeschäfte. Die Firma habe ihr Büro im Zentrum von Wien und hätte bei Dr. Samm den Eindruck eines gut florierenden Geschäfts hinterlassen. Es gäbe Kontakte zu Israel und Südafrika und außerdem – nach eigener Aussage von X gegenüber Samm – gute Geschäftsbeziehungen und persönliche Verbindungen zu „höchsten Stellen“ in der DDR bis zur Ebene eines stellvertretenden Ministers namens Horst Schulze. Nur – einen stellvertretenden Minister dieses Namens gab es nicht. Offensichtlich war das ein Codewort. Wir vermuteten dahinter Verbindungen zur Staatssicherheit, genauer zu den Speziellen Beschaffungsorganen des Sektors Wissenschaft und Technik (SWT) der HVA. Schließlich hatte X gegenüber Samm ausgeplaudert, daß er bereits von seinem DDR-Partner hinsichtlich der Beschaffung von Hochstromimplantern angesprochen wurde, die er aber nicht anbieten könne. Und um solche Implanter bemühten sich in der DDR nur wir selbst – und das MfS.

Weiterhin verfüge X über sehr gute Verbindungen zu glaubhaften Endabnehmern. Ein finanzielles Risiko sei bei dieser Firma nicht zu befürchten, auch wenn X nicht billig wäre. Wenn wir an einer Zusammenarbeit Interesse hätten, wolle X mit seinem Partner Schulze in der DDR sprechen, damit dieser die Zusammenarbeit mit uns bestätigt. Da der ominöse DDR-Partner von X mit hoher Wahrscheinlichkeit nur das MfS sein konnte, lehnten wir die Kooperation

dankend ab. Ein Prinzip, dem wir immer treu geblieben sind, sofern wir selbst entscheiden konnten. Wir bauten lieber unseren eigenen Bezugsweg über Taiwan auf.

In einem anderen Gespräch mit Siegfried Schürer brachte Gunther Samm die Rede auf ein Geschäft mit Festplattenspeichern zwischen einer österreichischen Firma und der DDR. Samm staunte nicht schlecht, daß Schürer dieses Objekt nicht kannte. Samm räumte nun ein, daß Leybold mit den Österreichern wegen einer Kathodenzerstäubungsanlage in Kontakt stünde, wobei durch den Vertragspartner darauf hingewiesen wurde, daß diese Anlage zur Beschichtung von Uhrengehäusen deklariert und dem VEB Uhrenwerke Ruhla geliefert werden sollten, obwohl Leybold genau wußte, daß die Anlage für das Objekt Festplattenspeicher an einem anderen Standort in der Nähe von Erfurt bestimmt war. Als Käufer der Leybold-Anlage nannte Samm eine Daten Modul Produktionsgesellschaft, die uns völlig unbekannt war. Er verschwieg allerdings, daß es sich bei dieser Firma auch um X handelte.

Bis zur Wende bekamen wir den Namen von X nie zur Kenntnis. Aus Presseveröffentlichungen nach der Wende wurde mir jedoch klar, daß es sich bei Gunther Samms großen Unbekannten X um die Robert Placzek AG handelt. Ihr Inhaber, Martin Schlaff, wurde von der Stasi als IM „Landgraf" geführt und war in der DDR wohlbekannt – als Exporteur von Holz und Textilien sowie als Lieferant von Embargowaren. So ließ er der DDR über die Firma BIEG von KOKO Festplatten für Robotron zukommen. Seit Mitte 1986 hatte er mit BIEG einen Vertrag zur Lieferung einer kompletten Fabrik zur Produktion von Festplattenspeichern für das Kombinat Robotron in Zella-Mehlis bzw. Meiningen. Das Projekt wurde vom Sektor Wissenschaft und Technik (SWT) der HVA über Interport[34] konspirativ vorbereitet. Es ging um einen Realisierungszeitraum vom 1. Januar 1987 bis 30. März 1990 sowie um einen Wert von 192 Mio. DM, die von KOKO über das Konto mit dem Kennwort „Susanne" finanziert wurden.[35] Da die Geheimdienstexperten von SWT ein solch großes Objekt mit Anlagencharakter nicht selbständig realisieren konnten, suchten sie einen Erfüllungsgehilfe. Und der konnte nur bei KOKO gefunden werden.

---

34 Anne Worst: Das Ende eines Geheimdienstes, Berlin 1991, S. 139 ff.

35 Stenographisches Protokoll der 171. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses „Kommerzielle Koordinierung" des Deutschen Bundestages am 3. Dezember 1993, S. 28.

Kurz vor Abschluß des Vertrages wurde ich zu meinem Chef Alexander Schalck gerufen. Er drückte mir den Vorgang in die Hand und forderte mich auf, zu entscheiden, ob ich das mit meinem Mitarbeiterstab realisieren könnte. Das Konzept sah vor, in einem nicht genannten westlichen Land durch eine befreundete Firma eine Fabrik zur Herstellung von Festplattenspeichern errichten zu lassen, die Produktion eine befristete Zeit weiterzuführen und die Festplatten an Robotron zu liefern, wo sie dringend gebraucht wurden. Zwischenzeitlich sollten bei Robotron die für eine solche gleiche Fabrik benötigten Produktionsräume neu geschaffen, die im westlichen Ausland gekauften Ausrüstungen abgebaut und in die DDR verbracht werden, wo dann bei Robotron die Festplattenspeicher, die selbstverständlich genau wie die Technologie und die Mehrzahl der Produktionsausrüstungen Embargo waren, selbst produziert werden sollten.

Ich bestätigte Schalck die Machbarkeit eines solchen Projekts. Gleichzeitig bat ich ihn aber zu prüfen, ob es nicht einen andern Partner für die Realisierung gebe, da unsere Bearbeitungskapazitäten bereits mehr als ausgelastet waren. So wurde nicht unser Handelsbereich 4, sondern BIEG von Schalck beauftragt, dieses Vorhaben gemeinsam mit SWT der Staatssicherheit in Angriff zu nehmen. Ich bezahlte lediglich die gelieferten Festplatten, die Finanzierung der Ausrüstungsimporte von BIEG erfolgte direkt durch KOKO, und zwar aus den Mitteln, die dem Ministerium für Elektrotechnik/Elektronik für das Mikroelektronikprogramm bei KOKO zur Verfügung standen. Diese Beträge gingen nur als Zahl in die Auslastungsbilanz der von mir verwalteten finanziellen Mittel ein.

Mit dieser Entscheidung von Schalck sollten mir viele Probleme erspart bleiben. Denn das Firmenkonglomerat von Martin Schlaff – IM „Landgraf" der HVA – war nicht nur mit seiner KUCO Holzhandelsgesellschaft mbH, der Danubia Warenhandels GmbH oder der DMB Daten Modul Produktionsgesellschaft in umfangreiche Embargogeschäfte mit dem Osten eingebunden. Vielmehr war er auch in fragliche Geschäfts- und Finanzmanipulationen der Wendezeit verwickelt, die in den Medien Furore machten und Gegenstand von Ermittlungsverfahren der deutschen Justiz waren.[36]

36 „Das dicke Ende", in: Der Spiegel 33/96, S. 26/27. – „Millionen für ‚IM Landgraf'", in: Der Spiegel 25/98, S. 58/59.

Stützpunkt Taiwan

Mit der Verschärfung der Embargokontrollen in Europa und den beginnenden Problemen in Japan waren wir gezwungen, schnellstens neue Beschaffungsmöglichkeiten außerhalb der bisherigen traditionellen Regionen zu finden. Voraussetzung war, daß in den künftigen Operationsgebieten auf alle Fälle eine Elektronikindustrie ansässig sein mußte. Deshalb nahmen wir solche Länder wie Südkorea, Taiwan, Israel und Südafrika ins Visier.

Ich beauftragte meinen Stellvertreter Dietrich Kupfer, in Taiwan zu sondieren. Auf der Insel war nicht nur eine recht leistungsfähige Elektronikindustrie angesiedelt, sondern es war auch ein Land, das durch seine strategische Rolle stets auf die Unterstützung der USA bauen konnte. Wie ich es von ihm gewöhnt war, arbeitete Kupfer rasch und erfolgreich.

Erste Kontakte knüpften wir bei einem Besuch von Mitgliedern der Handelskammer Taiwan in der DDR, in dessen Vorbereitung und Durchführung wir vom Ministerium für Außenhandel einbezogen wurden. Anschließend reiste Kupfer nach Taiwan, um an Ort und Stelle den geeigneten Partner für unser strategisches Ziel auszuwählen. Wir fanden ihn in dem Unternehmen C & E Associates Inc. in Taipei mit ihrem Präsidenten Chew an der Spitze. Unser ständiger Partner in der Firma war Jack Shih, der die Geschäfte auch unter dem Firmennamen Advanced Microcircuit Product Inc. Taipai abwickelte.

Um den Taiwanesen langfristig zu einem Hauptlieferanten von Hochtechnologie zu entwickeln und ihnen einen entsprechenden Background zu geben, beschritten wir erstmalig einen völlig neuen Weg. Denn ein solcher Lieferant mußte nicht nur eine Handelsfirma sein, sondern ein glaubhafter Produzent. D. h. er mußte die Ware in einer eigenen Produktionsstätte fertigen können. Nur so durfte das sogenannte end-user-certificat ausgestellt werden, welches für die Erteilung einer Exportlizenz im Land des Herstellers der Ausrüstungen und Meßtechnik benötigt wurde. Anders als bei einer reinen Handelsfirma konnte zudem über einen solchen Produzenten auch der Know-how-Transfer abgewickelt, die Schulung unserer Fachexperten an neuen Ausrüstungen durchgeführt und Service- und Reparaturleistungen abgesichert werden.

Jack Shih schlug uns vor, in Taiwan eine eigene Fabrik zur Schaltkreisherstellung aufzubauen. Die produzierten Schaltkreise wollte Shih in Taiwan verkaufen oder exportieren, wobei in der

Anlaufphase in erster Linie jene Schaltkreise hergestellt werden sollten, die wir in der DDR benötigten und somit von Shih kaufen konnten. Die Sache hatte nur einen Haken: Shih war nicht in der Lage, den Aufbau einer solchen Fabrik selbst zu finanzieren. Deshalb bat er uns um die Gewährung eines zinsfreien Darlehens. Die Rückzahlung sollte in Etappen erfolgen und mit unseren Importen von Ausrüstungen verrechnet werden. Das Vorhaben war zwar risikobeladen, aber wir hatten keinen Grund, Shih zu mißtrauen.

Also griffen wir den Gedanken auf und erarbeiteten im Juli 1987 einen Entscheidungsvorschlag zur Bestätigung durch Schalck. Schließlich konnte das an Shih auszureichenden Darlehen in Höhe von mehreren Millionen US-Dollar nur aus KoKo-Mitteln finanziert werden. Es gelang mir, Schalck von der Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit unseres Konzeptes zu überzeugen. Einmal mehr hatte er uneingeschränktes Vertrauen in die Seriosität unserer Arbeit und in unsere Erfahrungen im schwierigen Embargogeschäft.

Bereits im Januar 1988 besuchte uns Shih in Ostberlin und legte uns sein sein endgültiges Konzept für den Aufbau der Fabrik vor. In den Informationen zu diesen Verhandlungsergebnissen, die ich Schalck zur Bestätigung überreichte, hieß es:

„– C und E erwirbt ein geeignetes Gebäude in der Nähe von Taipai (jedoch außerhalb des „Halbleiterdorfes“), in welchem eine komplette Halbleiterfertigung mit Cleanroom Kl. 100 und entsprechenden Einrichtungen aufgebaut wird mit den Prozeßschritten

Maskentechnik
Fotolitographie
Dotierung/Beschichtung
Assembling
Teststation

Die Ausstattung wird weitgehend mit sogenannten Second-Hand-Geräten vorgenommen, so daß ein Limit von ca. 20 bis 25 Mio. $ nicht überschritten wird.

– Es ist vorgesehen, diese Anlagentechnik für Produktion bzw. Serviceleistungen zu nutzen (z. B. Meßtechnik). Die Installation wird bereits Ende 2. Halbjahr 1988 abgeschlossen sein.

– Es wird gebeten zu prüfen, ob wir bereit wären, uns durch Vorfinanzierung mit einem Betrag von 5,5 bis 7 Mio. US $ daran zu beteiligen, wobei sich dieser Betrag einschließlich erforderlicher Abwicklungskosten versteht und mit Warenlieferungen binnen 2 bis 3 Jahren zur Rückzahlung gelangt und zwar in Form von Abschlägen bei Berechnung von einzelnen Liefermengen.

– Es wird gebeten, hierzu Anfang März unsere Antwort zu geben. Im positiven Fall beabsichtigt M. Chew, Präsident von C und E, nach der LFM (Leipziger Frühjahrsmesse) 1988 in die DDR zu kommen, um eine Vereinbarung abzuschließen.

– Nach den finanziellen Sicherheiten befragt, muß die Form offizieller Bank-Rückzahlungsgarantien ausgeschlossen werden. Es wird vorgeschlagen, eine Firmengarantie mit Wechsel zu geben. (Dies hätte für uns weniger juristischen, wohl aber moralischen Wert).

– Dieses Konzept ist für uns insofern interessant, als die Finanzierung im wesentlichen durch eigene Mittel der Firma C und E vorgenommen wird (die Einrichtung wird unter einem anderen Namen – Optoelectronics o. ä. – firmieren) und nach meiner Einschätzung die Realisierung eines hohen Volumens an Embargoimporten, darunter einigen Problempositionen, erwarten läßt ..."

„Problemposition" war unsere vornehm-bürokratische Umschreibung von Embargowaren, auf die wir ansonsten keinen Zugriff hatten, in diesem Fall u. a. Speichertester, Plasmaätzer, Implanter und Keramikgehäuse in einem Warenwert von mindestens 100 Mio. DM.

Schalck bestätigte den Vorschlag und ließ das Darlehen an Shih auf der Grundlage einer abgeschlossenen Vereinbarung ausreichen. Shih baute die Fabrik, richtete als Europastützpunkt in Wien ein Büro ein, lieferte zuverlässig die von uns bestellten Embargoausrüstungen und begann sogar mit der vorfristigen etappenweisen Rückzahlung der Gelder.

Auch alles andere klappte wie am Schnürchen, wir hatten ein prächtiges Potjemkinsches Dorf hingezaubert: Wir lieferten aus DDR-Produktion 100.000 Chips des 64 K DRAM nach Taiwan, um gleich am Anfang den Background für die neuerbaute Fertigungsstätte zu stabilisieren. Die Chips wurden genau zu einem Zeitpunkt in Taiwan zugestellt, als gerade für uns bestimmte Tester in der Fabrik angeliefert wurden und deren Installation und Inbetriebnahme vom Hersteller erfolgte. Damit konnten die Chips für die Erprobung der Testsysteme zur Verfügung gestellt werden. Das Täuschungsmanöver gelang, die Chips wurden anschließend verkappt, d. h. nach der üblichen Methode mit Kunststoff ummantelt, und als fertige Bauelemente verkauft.

Shih ließ seine Experten beim jeweiligen Hersteller der Ausrüstungen ausbilden, damit die Erkenntnisse von ihnen dann in Taipai oder bei den Abnehmern in der DDR an unsere Fachleute weitergegeben werden konnten. Als beispielsweise ein völlig neuer VLSI-

Testers der Firma Ando gekauft wurde, den bislang weder wir noch Shih kannten, reisten C & E-Spezialisten für vierzehn Tage zur Schulung nach Japan. Anschließend wurde das Testsystem in Taipai installiert und dort für die Routiniers des Kombinats Mikroelektronik ein Software- und Hardwaretraining durchgeführt. Danach wurde das System wieder abgebaut und in Erfurt angeliefert und installiert.

Über unseren Partner C & E konnten wir bis Anfang 1990 umfangreiche Embargogüter beschaffen, darunter wichtige Justier- und Belichtungseinrichtungen von Perkin-Elmer (USA) und Canon (Japan), Asic-Verification-Systeme von Hilevel Technologie (USA), Ätzer von Leybold (BRD), Logik-Analyse Meßtechnik, 32-Bit-Entwicklungssysteme oder Keramikgehäuse von Kyozera (Japan). Taiwan bewährte sich in jeder Hinsicht.

Das galt gleichfalls für unsere Kunststücke mit doppeltem Boden. Sie bestanden jeden Härtetest. So hatte Canon, bevor sie ihr Angebot an C & E unterbreiteten, tatsächlich die Fertigungsstätte in Taipai inspiziert und für glaubwürdig befunden. Sogar deren Landsleute vom MITI konnten bei ihrer Kontrolle nichts Anrüchiges finden.

Das war besonders wichtig, da Anfang 1989 die Amerikaner in Taiwan erneute Verhandlungen mit der Regierung führten, um das Land zum COCOM-Beitritt zu bewegen. In Taiwan selbst gab es darüber unterschiedliche Auffassungen. Die erste Gruppe war vornehmlich repräsentiert durch Kreise der Forschung und Entwicklung in Industrie und staatlichen Institutionen. Diese waren auf Unterstützung aus den USA angewiesen und von einer Kooperation mit großen amerikanischen Firmen und Konzernen weitgehend abhängig. Sie konnten und wollten natürlich nicht zulassen, daß sich Taiwan diese Möglichkeiten verbaut. Die andere Gruppe, bestehend aus Kreisen der Industrie, vertrat die Position, daß man sich keinesfalls in weitere politische Abhängigkeiten von den USA begeben dürfe, da dies den Exportinteressen der taiwanesischen Industrie völlig zuwider laufe. Doch die USA hatten wirksame ökonomische und handelspolitische Druckmittel in der Hand, um Taiwan empfindlich zu treffen, falls man sich den Forderungen der USA widersetzen sollte.

Doch auch für den Fall der Fälle, den möglichen COCOM-Beitritt von Taiwan, waren wir und C & E mit seiner Fertigungsstätte gut vorbereitet. Sogar unter solchen neuen Bedingungen hätte Shih Produktionsausrüstungen direkt von US-amerikanischen Herstellern mit größerer Sicherheit beziehen können, als dies über Handelsfirmen in Westeuropa möglich war. Die Hersteller der Ausrüstungen

konnten sich außerdem vor Ort davon überzeugen, daß ihre Anlagen tatsächlich vorhanden sind oder sie eigenhändig in Betrieb nehmen. Bei späteren Kontrollen amerikanischer Behörden Ort in Taipai konnten, wenn notwendig, überdies vorher die Ausrüstungen für die Zeitdauer der Überprüfung aus der DDR wieder nach Taiwan verbracht werden, was wir auch in einem Fall überzeugend praktizierten. Selbst für notwendige Reparaturen konnten die Geräte zeitweilig nach Taiwan rückgeführt werden.

Wir hatte also mehr als einen Grund, zufrieden zu sein.

Codewort Maju

Maju war kein großer Unbekannter, sondern das interne Codewort unseres Handelsbereichs 4 für einen unserer wichtigsten und zuverlässigsten Lieferanten in der Bundesrepublik: die Firma P. M. Majunke in Wesseling, einem kleinen Ort am Rhein zwischen Köln und Bonn. Maju war eine Bezugslinie, die über viele Jahre problemlos funktionierte – bis zum 23. Mai 1989. Sie wurde von mir aufgebaut und bis zur Wende von mir persönlich betreut.

Hans-Joachim Majunke, ein hochqualifizierter Diplom-Wirtschaftler, hatte an der Technischen Hochschule in Dresden studiert und mit seiner Familie 1957 die DDR verlassen. Über die Elektronikfirma Intermetall in Freiburg, damals zum amerikanischen Konzern ITT gehörend, kam er nach Wesseling zur Union Kraftstoff AG, wo er zuletzt Geschäftsführer der Union Schmierstoffgesellschaft mbH und einer der Geschäftsführer der BMV Mineralölversorgungsgesellschaft mbH in Berlin wurde.

Die Eltern seiner Frau Pia-Monika waren mir bekannt, denn sie betrieben in Radeberg (Sachsen) eine Gaststätte mit Hotelbetrieb, wo ich stets übernachtete, wenn ich mich zwischen 1961 und 1963 zu zahlreichen Dienstreisen in der VVB Rundfunk und Fernsehen und im VEB Rafena in Radeberg aufhielt.

Pia-Monika Majunke unterhielt in Wesseling seit vielen Jahren die Firma P. M. Majunke Vertretung und Großhandel Elektronischer Geräte. In den sechziger Jahren wurde dazu noch ein Einzelhandelsgeschäft für elektrische Haushaltsgeräte und Unterhaltungselektronik in Wesseling betrieben.

Als Direktor im AHB Heim-Electric kam ich Anfang der sechziger Jahre in Kontakt mit P. M. Majunke. Die Firma vertrat damals offiziell das Unternehmen Intermetall im Handel mit der DDR und

stellte dessen Erzeugnisse zu den Leipziger Messen aus. Intermetall, seinerzeit einer der führenden Produzenten von Halbleiterbauelementen in Europa, war mit seinen Produkten für uns sehr interessant. Unter direkter Mitwirkung von Intermetall wurden von P. M. Majunke zahlreiche Importe von Bauelementen mit uns abgewickelt, darunter auch Embargoware.

Gleich bei meinem ersten Besuch in Wesseling lernte ich Hans-Joachim Majunke und seine ganze Familie kennen. Bei meinen folgenden Visiten diskutierten wir in seiner Wohnung oft bis in die frühen Morgenstunden über politische Fragen. Trotz unterschiedlicher Standpunkte fanden wir viele Gemeinsamkeiten. Wir hatten beide, er als Freidemokrat und ich als Kommunist, unseren gesunden Menschenverstand und den Blick für Realitäten behalten. Majunke war ein überzeugter Verfechter liberaler Ideen und ein aktiver Funktionär der FPD. Er war Vorsitzender des FDP-Kreisverbandes Erftkreis und Vorsitzender des FDP-Landesfachausschusses Wirtschafts- und Mittelstandspolitik. 1989 war er im Erftkreis Spitzenkandidat seiner Partei für die nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen. Jahre vorher hatte er ohne Erfolg für den Bundestag kandidiert. Zu zahlreichen FDP-Spitzenpolitikern, so Lambsdorff, Genscher oder Baum, hatte er gute persönliche Kontakte. Genscher, der von den Geschäftsbeziehungen Majunkes zur DDR wußte, sagte einmal zu ihm: „Hilf unseren Freunden im Osten, wenn du kannst."

Als ich 1966 Heim-Electric verließ und meine Tätigkeit im Direktorat Anlagenimport der VVB Bauelemente und Vakuumtechnik aufnahm, wollte ich die Kontakte zu Majunke natürlich nicht abreißen lassen. Das stieß bei ihm auf Gegenseitigkeit. Schnell kurbelten wir das erste konkrete Geschäft an, Majunke lieferte uns Meßgeräte, die auf der Embargoliste standen.

1970 benötigten wir dann für das Halbleiterwerk Frankfurt/Oder (HFO) einen computergesteuerten Meßautomaten des Typs J 259 der USA-Firma Teradyn, der mit einem DEC-Computer ausgestattet war, zum damaligen Zeitpunkt ein Spitzengerät. Sämtliche vorangegangenen Beschaffungsversuche über andere Wege waren im Sand verlaufen. Mit Majunke tüftelten wir generalstabsmäßig einen Plan aus, der uns allen umsetzbar, sicher und glaubwürdig erschien:

Maju sollte gegenüber Teradyne als Käufer und Endabnehmer des J 259 auftreten. Wir legitimierten dies durch die Legende, daß P. M. Majunke im Lohnauftrag Messungen an Halbleiterbauelementen für namhafte westdeutsche Hersteller vornehmen würde. Und zwar für Typen, die nach Kundenforderung speziell ausgemes-

sen werden mußten, was für die Hersteller im eigenen Betrieb unökonomisch war. Zu diesem Zweck schloß P.M. Majunke mit Hilfe von Freunden aus der Leitungsebene von Intermetall pro forma eine entsprechende Vereinbarung ab. Später sollte dieser Kontrakt wieder gekündigt werden, da ITT angeblich keine Meßaufträge mehr vergibt. Das war auch die Begründung dafür, daß Maju den Meßautomaten später wieder veräußern mußte. Der Verkauf sollte hinterher nach Holland erfolgen, die Lieferung aber an uns gehen.

Wie ausgedacht, so wurde es erledigt: Teradyn und DEC lieferten an P. M. Majunke nach Wesseling, wo der Meßautomat in extra dafür angemieteten Räumen aufgestellt und von diesen Firmen auch in Betrieb genommen wurde. Ein Experte des späteren Endabnehmers, des Halbleiterwerks Frankfurt/Oder, konnte an der Inbetriebnahme teilnehmen und mit Hilfe der Ingenieure von Teradyne und DEC Versuche mit dem Meßautomaten durchführen. Der DDR-Spezialist war von uns ausgewählt und von Maju in seine Aufgabenstellung eingewiesen worden. Er trat gegenüber Teradyn und DEC als bundesdeutscher Mitarbeiter von Majunke auf. Um seine Tarnung perfekt zu machen, hatten wir ihn vollständig mit westdeutscher Kleidung ausstaffiert und aus Sicherheitsgründen alle Personalunterlagen, DDR-Geldbeträge, Notizbücher und Kugelschreiber abgenommen. Ich selbst befand mich auch in Wesseling, trat aber gegenüber den Herstellern nie in Erscheinung. Damit auch ja nichts schiefgeht, hatten wir für unseren Mann wie in einem Filmdrehbuch alles festgehalten und vorher geprobt. Er spielte seine Rolle hervorragend. Demnach erzählte er den Leuten von Teradyn und DEC, daß er nach erfolgter Inbetriebnahme von Majunke eingestellt werden soll, um die Leitung der Meßprozesse zu übernehmen. Gegenwärtig würde er sich nur in Wesseling aufhalten, um zu testen, ob ihn der neue Job wirklich reizen könne. Er sei zwar Fachmann für Meßtechnik, kenne aber den Meßautomaten bislang nicht. Seinen derzeitigen Arbeitgeber möchte er nicht nennen, da dieser nicht ahne, daß er ihn wahrscheinlich verlassen werde. – Fürwahr kunstpreisverdächtig, was der Mann da gleichzeitig als Schauspieler und Elektronikexperte geleistet hat. In dieses Ensemble paßten die Techniker der Lieferanten hervorragend. Ihrer Mentalität entsprach es, keine Fragen zu stellen, die nicht mit den fachlichen Aufgaben im Zusammenhang standen. Sie waren nur daran interessiert, ihren Job in möglichst kurzer Zeit zu erledigen.

In der Folge wurden – auf dem Papier – auch die Lohnaufträge abgewickelt, aber der Meßautomat sehr schnell wieder abgebaut.

Majunke verkaufte ihn an eine Bonner Firma, die ihn wiederum an Nedimtrans in Holland weiterverkaufte. Ein Spediteur der Bonner Firma übernahm den Meßautomaten in Wesseling und lieferte ihn vom Flughafen Köln-Bonn per Luftfracht nach Amsterdam, wobei keinerlei ausfuhr- bzw. zollrechtliche Probleme auftraten. Nach Eintreffen der Ware in Amsterdam übernahm Nedimtrans den Meßautomaten, und mit einer Transitgenehmigung ohne genaue Warenbezeichnung, sondern unter dem Globalbegriff „elektronische Teile", wurde er per Luftfracht mit der KLM nach Berlin-Schönefeld gebracht.

Bei der ganzen Transaktion konnten wir sehr viel lernen, was für unsere spätere Arbeit sehr nützlich war. Das Wagnis der Abwicklung hatte sich gelohnt. Denn wir konnten nicht nur das Risiko beim Import technisch komplizierter Geräte reduzieren, sondern am Rande zusätzliche wertvolle Informationen abschöpfen. Und nicht zuletzt hatte Maju seine Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit unter Beweis gestellt und sich für zukünftige Aufgaben empfohlen.

Bei der Abwicklung war nur ein einziges Problem aufgetreten: Wir hatten nämlich im Vertrag einen Festpreis in US-Dollar vereinbart, doch in der Realisierungsphase hatte sich der Wechselkurs zwischen Dollar und DM derart ungünstig verändert, daß Majunke einen hohen Verlust erlitten hätte. Ich kam also seiner Bitte nach, einen neuen Preis zu vereinbaren, so daß sein ursprünglich kalkulierter Gewinn erhalten blieb. Mein großzügiges Entgegenkommen wertete mir Majunke sehr hoch an und vergaß es nie. Das war dann die Basis für alle künftigen Geschäfte und natürlich auch für unsere persönliche Beziehung.

Nach meinem Weggang von Anlagenimport liefen dort die Geschäfte mit Majunke auf Sparflamme, nicht aber die mit Heim-Electric. In meiner neuen Tätigkeit als Generaldirektor des AHB Carl Zeiss Jena boten sich zwar keine kommerziellen Beziehungen zu Maju an, doch wir ließen unsere persönlichen Kontakte nicht abreißen und trafen uns beispielsweise stets auf den Leipziger Messen. Als ich 1978 Generaldirektor des AHB Elektronik wurde, konnten wir auch unsere Geschäftsbeziehungen neu beleben. Maju lieferte uns Meßtechnik und Produktionsausrüstungen für die Mikroelektronik, ich konnte ihn in die Abwicklung einiger Japangeschäfte mit Toshiba einbeziehen.

Einen ungeheuren Aufschwung nahmen unsere Geschäfte in der achtziger Jahren, nachdem unser Handelsbereich 4 gebildet worden war und im Vorfeld des XI. SED-Parteitags die Importaufgaben sprunghaft wuchsen. Dabei ging es nicht nur um Embargoimporte,

sondern auch um dringend benötigten Produktions- und Forschungsbedarf im völlig legalen Bereich. Maju war stets reaktionsschnell und lieferte zuverlässig. Er scheute sich auch nicht vor persönlichen Belastungen und die seiner Familie. Denn das war mitunter notwendig, um die Terminzielstellungen oft auf den Tag genau einzuhalten, damit kein Produktionsstillstand beispielsweise bei Robotron in Sömmerda eintrat.

Maju machte sich bei unseren Betrieben und Forschungszentren einen guten Namen, weil er immer akkurat und pünktlich lieferte. Darunter elektronische Bauelemente im Wert von mehreren Millionen DM, Disketten und Diskettenlaufwerke für die Produktion von PCs im Wert von über 10 Mio. DM, Mikromotoren für Diskettenlaufwerke für etwa eine Million DM, Plotter für über 4 Mio. sowie Monitore als periphere Geräte für Robotron-PCs für über 20 Mio. DM. Schwerpunkt der Embargolieferungen waren vor allem elektronische Bauelemente und Baugruppen, Reinstsilizium für die Waferproduktion, leistungsfähige PCs, 32-Bit-Rechner von DEC sowie Computerperipherie. Dazu zählten auch ausgewählte Produktionsausrüstungen, wie zum Beispiel zwei automatische Bandstraßen für Siebdruck einschließlich Prozeßsteuersystem für den Bereich Mikroelektronik im VEB Kombinat Keramische Werke Hermsdorf im Wert von 2 Mio. DM.

Bei elektronischen Bauelemente kannte Maju besonders leistungsfähige Quellen, über die selbst Waren beschaffbar waren, die andere Embargolieferanten nie besorgen konnten. Das war 1985 der Fall, als es um die Lieferung von SAM 2 und SAM 5, d. h. um spezielle Bauelemente für die Funktechnik in größeren Stückzahlen und um Laser-Dioden ging. Sogar den Profis von den Speziellen Beschaffungsorganen des MfS gelang es nicht, die Dinger, für die die Stasi Eigenbedarf hatte, ins Land zu schmuggeln. Doch davon wußte Majunke natürlich nichts. In einem Verhandlungsbericht vom März 1985 schrieb ich dazu:

„Majunke stellte gleichzeitig die Forderung, daß bei Auslieferung der Bauelemente von seinen Unterlieferanten an die Firma Majunke eine umgehende Weiterlieferung innerhalb von höchstens 24 Stunden durch körperliche Übergabe an uns erfolgen muß. Majunke geht davon aus, daß bei event. Schwierigkeiten von Behörden, die durchaus auftreten können, die Zeit von 24 Stunden ausreichend ist, um event. bei Hausdurchsuchungen oder ähnlichen Aktivitäten die Ware in Sicherheit zu bringen. Die Übernahme der Ware in Berlin oder einem anderen Ort innerhalb der DDR ist von uns auch an Sonn- und Feiertagen zu sichern. Dies wurde zugesagt.

Es handelt sich um eine äußerst komplizierte Ware, wo bisher alle anderen Beschaffungsaktivitäten seit ungefähr September vorigen Jahres ergebnislos verlaufen sind."

Zur Erfolgsbilanz von Majunke gehören auch die Lieferung von Reinstsilizium im Zeitraum 1987 bis 1988 für den VEB Spurenmetalle Freiberg im Gesamtwert von über 15 Mio. DM sowie von Rechentechnik im Wert von über 4 Mio. für verschiedenen Bedarfsträger in der DDR. Und nicht zu vergessen sind die Computerimporte, die er bereits vor Bildung des Handelsbereiches 4 für mich als AHB Elektronik tätigte. Bei den meisten handelte es sich um Erzeugnisse der USA-Firma DEC, da sich die DDR beim Import und vor allem auch bei der Entwicklung neuer Computergenerationen im Kombinat Robotron einheitlich auf die DEC-Technologie konzentrierte, weil diese im internationalen Rahmen Spitzentechnologie verkörperte. Maju lieferte VAX 861 XA-AI, VAX 8000, MicroVAX II und III und ein komplettes Ehternet-Netzwerk, zum damaligen Zeitpunkt alles moderne leistungsfähige 32-Bit-Technik.

Überhaupt, es war schon bewunderungswürdig, was Majunke, unsere einzige Bezugsquelle, an technischen Dokumentationen, Baugruppen und Bauelementen von DEC-Computern für uns beschaffte. Ohne Majus Hilfe hätte es keinen 32-Bit-Rechner bei Robotron gegeben. Und vielleicht würden Honecker und Mittag noch heute auf ihren 1-MBit-Chip made in GDR warten ...

Die Mehrzahl aller Geschäftsabwicklungen erfolgte direkt zwischen Maju und uns als Handelsbereich 4, aber für einige Verträge wurde die holländische Firma Marcus Broere in Boxtel zwischengeschaltet. Inhaberin und Geschäftsführerin war Frau Broere, Majunke hatte Prokura. Oft lieferte Majunke persönlich mit seinem Auto die Waren in der DDR an, wofür er von uns die übliche „Zollfreimachung" erhielt. Meist wurden jedoch die Transporte von Speditionen über Holland abgewickelt.

Mit den steigenden Umsätzen nahm auch die Zahl der unerläßlichen Verhandlungen zu. Allerdings konnten diese meist nur an Wochenenden oder nachts stattfinden, weil Majunke ja noch als Geschäftsführer einer Tochterfirma der Union Kraftstoff AG arbeitet und außerdem die Geschäfte der eigenen Firma von ihm und nicht seiner Ehefrau bearbeitet wurden. Also mietete Maju im Ostberliner Palasthotel ein Appartement, das er mit der erforderlichen Bürotechnik ausstattete und das als Verhandlungsort diente. Das diese Räume durch das MfS vorher verwanzt wurden, konnten wir nur vermuten, aber in unserer Gesprächsführung berücksichtigen. Man-

ches vertrauliche Gespräch konnte nur außerhalb des Appartements, im Freien, geführt werden. Damit brauchte er unsere Büroräume im Haus der Elektroindustrie nur in Ausnahmefällen betreten und konnte nicht von anderen Lieferanten gesehen werden. Diese Praxis hatte sich schon mit anderen Partnern bestens bewährt.

Als ich im März 1982 in der Bundesrepublik wegen des Verdachts nachrichtendienstlicher Tätigkeit verhaftet wurde, hatte sich Majunke mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln für meine sofortige Freilassung eingesetzt. Das wurde sogar in Stasi-Dokumenten festgehalten, wo es im MfS-Deutsch zur „Zielperson" Majunke heißt:

„Die Zielperson stand 1982 nachweisbar im Blickfeld von BND und Verfassungsschutz der BRD im Zusammenhang mit der widerrechtlichen Inhaftierung des stellv. Generaldirektors des AHB Elektronik in der BRD. Im Ergebnis der operativen Nutzung von Verbindungen der Zielperson in die Führungsspitze der FDP konnten wesentliche Voraussetzungen dafür geschaffen werden, das die gegen den DDR-Kader ursprünglich erhobene Anklage der geheimdienstlichen Agententätigkeit zurückgezogen werden mußte. Die BRD-Organe begründeten ihre Anklage mit der Unterstellung, daß die Geschäftstätigkeit des DDR-Kaders bzw. die des AHB durch das MfS gesteuert wird. Es besteht Grund für die Annahme, daß die Zielperson und ihre Geschäfte weiter unter Kontrolle von BRD-Abwehrorganen standen – um so mehr, da sie nach 1982 ihre Geschäftstätigkeit und Geschäftskontakte zum AHB Elektronik forcierte."

Die FAZ ergänzte dazu im Jahr 1993, „daß Majunke nicht nur als Lieferant eine ‚erste Adresse' war. Als Ronneberger 1982, also lange vor der jetzt in Köln zur Debatte stehenden schweren Wirtschaftsstraftat, bei einer Reise zu einem anderen Embargo-Lieferanten in Bayern verhaftet wurde, hatte sich Majunke massiv für seine Freilassung eingesetzt. Die Intervention des FDP-Kommunalpolitikers bei Innenminister Baum (FDP) und Wirtschaftsminister Lambsdorff (FDP) zeigten zwar keinen direkten Nutzen, weil es, wie der Vorgesetzte Ronnebergers nach einem Gespräch mit Majunke festhielt, Diskrepanzen zwischen der bayerischen Landesregierung (CDU/CSU) und der Bundesregierung (damals sozial-liberal) über die Behandlung des Falls Ronneberger gab. Dennoch wurde der Spezialist der DDR bald freigelassen – und die Geschäfte zwischen Majunke und der DDR konnten weitergehen."[37]

---

37 Wolfgang Stock: „Embargoschmuggel im Wohnmobil", in: FAZ, 26./27. September1993.

Durch diese Hilfe von Majunke fühlte ich mich zu großem Dank verpflichtet. Vor allem kamen wir uns dadurch persönlich noch näher. Es entwickelte sich eine enge und tiefe Freundschaft, in die gleichfalls unsere Frauen und Familien einbezogen waren und die auch die Wendezeit überstand. Uns verbanden viele schöne gemeinsame Erlebnisse, so ein Besuch in der Semper-Oper in Dresden oder eine gemeinsamer Silvesterfeier im Palasthotel in Berlin.

Das war natürlich ein Dorn im Auge der Stasi, besonders meines Führungsoffiziers Artur Wenzel. Mehrfach forderte er mich auf, die privaten Kontakte zur Familie Majunke einzuschränken. Wirklich eingeschränkt habe ich sie nie, nur nicht mehr so offen gepflegt, wofür Hans und Pia Verständnis hatten. Manchmal kam ich mir deshalb wie ein Tänzer auf dem Drahtseil vor: Auf der einen Seite Staatssicherheit und Partei mit ihrem Sicherheitswahn, auf der anderen die Erfordernisse einer brisanten Geschäftstätigkeit sowie vor allem eine echte Freundschaft. Für mich war klar, daß eine schöpferischen Atmosphäre und erfolgreiche Zusammenarbeit auf einem wahrlich nicht ungefährlichen Terrain nur mit einem Partner möglich waren, zu dem ein gegenseitiges uneingeschränktes Vertrauensverhältnis bestand. Ehrliche und offene menschliche Beziehungen spielten dabei eine wesentliche Rolle. Der Erfolg gab uns letztlich recht.

Wenn auch nicht gern gesehen, wurden die persönlichen Kontakte zwischen mir und Majunke vom MfS im gewissen Umfang toleriert. Schließlich ging es um Geschäfte, an denen die „Firma" interessiert und eingebunden war. Das hielt „Horch & Guck" freilich nicht ab, uns ständig konspirativ zu überwachen. Berichte von Telefonabhöraktionen und Observation sind stapelweise in meinen MfS-Akten zu finden.

Trotz seiner ehrlichen und wichtigen Arbeit für die DDR stand Majunke selbst unter fast lückenloser Überwachung durch das MfS. Er wurde eben nicht nur bis 1977 im Operativvorgang (OV) „Intertrans" der Hauptabteilung XVIII/8 „bearbeitet", sondern auch noch danach „aufgeklärt". So gibt es den Bericht eines Oberstleutnant Lühr der Stasi-Bezirksverwaltung Leipzig vom 9. September 1985, in dem eine „zuverlässige Quelle", der IM „Göpfert" informiert. Bei dem IM handelt es sich um den ehemaligen Forschungsdirektor des VEB Funkwerk Leipzig, den Majunke persönlich seit Jahren kannte und vertraute und bei dem er während der Leipziger Messen als Stammgast sein Privatquartier in dessen Wohnung in Großpösna bei Leipzig bezog.

„Mit dem Ronneburger [gemeint ist Ronneberger] führte der M. am 31. 8. 85 ein gemeinsames Abendessen im Ratskeller Grimma durch. Durch die Quelle wurde dabei festgestellt, daß der M. seinem Sohn ausdrücklich eine Teilnahme an diesem Essen verweigerte. Nach den Äußerungen des M. habe er allein mit dem R. zu reden. Bis gegen 23.00 Uhr weilte der M. mit dem R. im Ratskeller Grimma.

Am nächsten Tag, dem 01. 09. 85, führte der M. mit dem R. offizielle Verhandlungen auf der technischen Messe. Am 01. 09. 85 abends erklärte der M. gegenüber der Quelle, daß er noch am Abend nach Berlin (Hauptstadt der DDR) abreisen müsse, weil er im Palasthotel einen Vertrag mit dem dortigen technischen Direktor Larisch abschließen müsse über die Dauermietung eines Appartements auf seinen Namen. Dies sei mit dem Ronneburger abgestimmt worden."

Doch das Mißtrauen der Staatssicherheit gegenüber Majunke ging noch weiter. Immer wieder verdächtigte mein Führungsoffizier Majunke, ein Spion zu sein, der für den BND oder den Verfassungsschutz nicht nur mich ausschnüffeln sollte, sondern überhaupt unsere Embargogeschäfte mit anderen westdeutschen Firmen. Wasser auf diese Mühlen gab es beispielsweise im Juni 1983. Damals brachte Majunke eine Frau Helga Krips, angeblich Lehrerin aus der Kölner Gegend, mit nach Berlin ins Palasthotel, wo wir uns trafen. Majunke hatte mich vorher vertraulich informiert, daß es sich bei der Dame um eine Mitarbeiterin des Verfassungsschutzes handeln würde, die er im Auftrag des Verfassungsschutzes mit mir in Kontakt bringen sollte und die nach ihrer Rückkehr in den Westen ihrem Arbeitgeber schriftlich berichten müsse. Logisch, daß Frau Krips während ihres DDR-Aufenthaltes vom MfS observiert wurde, denn ich hatte selbstverständlich vor dem Zusammentreffen mit ihr die Zustimmung der Staatssicherheit eingeholt. Daß die elegante Dame gezielte nachrichtendienstliche Forderungen an mich herantrug, konnte ich nicht feststellen. Wahrscheinlich wollte mich der Verfassungsschutz nach meiner Haftentlassung in der Bundesrepublik nur studieren und aufklären.

Sicher, ich ahnte schon, daß sowohl in der DDR als auch im Westen still und leise noch irgend etwas gegen mich lief. Nun wurde es fast zur Gewißheit. Hatte mir doch Hans-Joachim Majunke bereits vorher mehrfach versichert, daß ich nach meiner Haftentlassung in der Bundesrepublik rehabilitiert sei, ich also bei einer Einreise in das Land von dort nichts mehr zu befürchten hätte. Er bot mir sogar eine offizielle Erklärung gegenüber der Ständigen Vertretung in Bonn an. Davon konnte ich jedoch keinen Gebrauch machen, denn

ich hatte sowieso vom MfS Reiseverbot für die BRD und das gesamte westliche Ausland mit Ausnahme Japan.

Andererseits warnte mich Majunke, daß er von dem „politischen Kommissar", wie er die Krips nannte, erfahren habe, daß die DDR über meinen ehemaligen Rechtsanwalt Ufer und andere Personen im Westen versuchen würde, Informationen über mein Verhalten während der Haftzeit in Stadelheim zu erhalten. Gleichzeitig versicherte er mir, dafür Sorge getragen zu haben, daß alle Vernehmungsprotokolle unter Verschluß der Staatsanwaltschaft gehalten werden und auch für die Rechtsanwälte unzugänglich bleiben.

Freilich, es wurmte mich schon, als ich mitbekam, daß mir meine Genossen mißtrauten. Doch davon ging die Welt nicht unter. Es war nur ein Ränkespiel unter vielen, zudem noch ein kleines und unwichtiges.

Die teuerste Zigarette der Welt

Silizium im Wohnmobil

War aus Sicht des Westens, genauer der CoCom-Staaten, noch irgendwie zu verstehen, daß sie das Embargo als ökonomische und politische Keule gegen den Ostblock benutzten, so grenzte es dennoch oft an totalen Irrsinn. Zum Beispiel beim Silizium in hoher Qualität – es stand auf der Embargoliste.

Monokristallines Reinstsilizium ist der Rohstoff, aus dem auf Kristallziehanlagen Stäbe gezogen werden, die anschließend in Scheiben zersägt und weiterverarbeitet die Wafer für die Schaltkreis–produktion ergeben. Dieses Reinstsilizium war in der DDR aus Eigenaufkommen vorhanden. Es wurde im VEB Spurenmetalle Freiberg des Kombinats Mikroelektronik nach modernen Technologien mit den von Leybold gelieferten Kristallziehanlagen in ausgezeichneter Qualität verarbeitet. Daraus wurden die besagten Wafer hergestellt, die den höchsten Ansprüchen der Schaltkreisproduktion entsprachen. Der VEB Spurenmetalle schaffte übrigens nach der Wende den Sprung in die Marktwirtschaft mit Bravour, sein Know-how stammt aus DDR-Zeiten.[38]

Obwohl wir also sehr wohl dieses Silizium eigenhändig herstellten, reichte die produzierte Menge bei weitem nicht aus. Der Bedarf an diesem Rohstoff stieg enorm an; angekurbelt von der wachsen-

38 „Alles made in GDR", in: Der Spiegel 40/95, S. 154.

den Schaltkreisproduktion und den Importen von Kristallziehanlagen wurden immer mehr Wafer hergestellt. Die Bedarfslücke konnte nur duch den Import von Silizium geschlossen werden.

Und genau hier gab in jener Zeit eine dieser mit gesundem Menschenverstand nicht zu erklärenden Verrücktheiten: Einerseits produzierten wir in der DDR dieses Silizium selbst in entsprechender Qualität, andererseits durften wir es aus dem Westen nicht offiziell importieren. Es stand unter COCOM-Kuratel. Auch für Unternehmen in der Bundesrepublik gab es keine Chance, dafür eine Exportlizenz zu erhalten.

Wacker-Chemie, das Reinstsilizium produzierte und weltweit vertrieb, verstand diesen Irrsinn so wenig wie wir. Das ist wohl auch der Grund gewesen, daß unsere zielgerichteten Beschaffungsaktivitäten schnell erfolgreich waren. Anders ist nicht zu verstehen, daß ein kleiner Händler jahrelang große Mengen Silizium von Wacker geliefert bekam, ohne daß auch nur eine peinliche Frage gestellt wurde. Und man überging in dem Konzern auch großzügig die sonst übliche Praxis, daß die Produzenten von Bauelementen ihr Silizium nicht über Händler, sondern direkt vom Hersteller beziehen.

Der kleine Händler war Maju. Er kaufte erstmalig 1984 Reinstsilizium bei der Wacker-Chemitronic in Burghausen, es war nur ein kleiner Posten für 175.000 DM. Auf dem Papier verkaufte Maju das meiste Silizium an einen nicht existierenden Herrn Schmidtmann in Düsseldorf. Tatsächlich aber brachte er es mit seinem Fahrzeug in die DDR. Ein Teil der Ware wurde an die Firma Broere nach Holland verkauft und von dort mit einer Spedition offiziell in die DDR geliefert. Denn nachdem das Volumen unserer Siliziumkäufe stark angewachsen war, konnte es Maju nicht mehr nur mit seinem Pkw oder Kleintransporter abwickeln. Insgesamt wurden zwischen 1987 und 1989 17 Verträge über Reinstsilizium mit einem Verkaufswert von über 12,5 Mio. DM realisiert. Geliefert wurden polykristallines und monokristallines Silizium, Polysiliziumrohre und -kappen, polierte Scheiben und andere Siliziumprodukte. Mehr als 7.000 Kilo waren zu transportieren.

Wenn Maju persönlich anlieferte, verlief alles reibungslos. Um für ihn den Lieferweg zu verkürzen, hatten wir inzwischen vereinbart, daß Majunke nicht mehr in Berlin anliefert, sondern in Erfurt. Dort wurde das Material übernommen und heimlich in ein Lager des Kombinates Mikroelektronik gebracht, wo es dann später vom VEB Spurenmetalle Freiberg abgeholt wurde. Zur besseren Tar-

nung gegenüber den Grenzbehörden in der Bundesrepublik benutzte Maju oft ein Wohnmobil.

Wie gesagt, alles klappte ohne Probleme – bis zum 6. April 1986. Am Vorabend befand ich mich mit meiner Frau zu einem Galaabend im Palasthotel und schlief anschließend in Majus Hotelappartement. Da er selbst in dieser Nacht nach Erfurt Silizium anliefern wollte, kannte er natürlich meinen Aufenthaltsort, um mich bei eventuell auftretenden Schwierigkeiten, beispielsweise beim Grenzübergang, jederzeit erreichen zu können. In den frühen Morgenstunden wurde ich von einem Telefonanruf aufgeschreckt. Maju am Apparat: „Das Wohnmobil steht brennend vor dem Hotel Erfurter Hof! Ich brauche deine Hilfe!"

Ich machte umgehend eine telefonische Meldung an meinen Führungsoffizier Wenzel und raste nach Erfurt. Dort wurde ich bereits von Mitarbeiter der Bezirksverwaltung des MfS erwartet, die von Wenzel alarmiert worden waren und den Fall untersuchten. Was war passiert?

Majunke hatte mit seinem Wohnmobil, einem Leihwagen von Interrent, Silizium-Scheiben und elektronische Bauelemente von Wesseling abtransportiert und gegen 2.00 Uhr bei Wartha die Grenze überschritten. Im Fahrzeug befanden sich außerdem erste Muster von neuentwickelten Gallium-Arsenid-Scheiben der Firma Wacker, aus denen hochwertige Chips hergestellt werden können und die als Entwicklungsmuster im VEB Spurenmetalle verwendet werden sollten. Am Hotel Erfurter Hof angekommen, hatte Maju auf dem Bahnhofsvorplatz das Fahrzeug abgestellt und an der Hotelbar noch einen Schluck getrunken, um sich dann von der langen Fahrt erschöpft schlafen zu legen. Kurz darauf wurde er geweckt. Die Hotelrezeption hatte den Brand des Fahrzeuges bemerkt und bereits die Feuerwehr gerufen. Trotz sofortiger Löscharbeiten brannte das Fahrzeug völlig aus, und der größte Teil der Ladung wurde vernichtet.

Feuerwehr und Kriminalpolizei begannen umgehend mit der Untersuchung der Brandursache, wurden aber von den eintreffenden MfS-Mitarbeitern schleunigst aus dem Verkehr gezogen. Nachdem diese das Wohnmobil aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit genommen hatten, begann die Arbeit der Untersuchungsabteilung des MfS. Es war nicht, wie anfangs befürchtet, Brandstiftung oder Sabotage, sondern Fahrlässigkeit von Majunke. Als starker Raucher hatte er im Fahrzeug eine glimmende Zigarettenkippe fallengelassen, ohne es zu bemerken. Majunke war durch die zahlreichen Lie-

ferungen physisch einfach fertig gewesen. Immerhin hatte er ja stets einen anstrengenden full-time-Job hinter sich, wenn er sich dann noch abends für mehrere Stunden an das Steuer seines Fahrzeugs setzte.

Fazit: ein Totalschaden des Wohnmobils im Wert von rund 50.000 DM und die teilweisen Vernichtung der transportierten Ware im Gesamtwert von 200.000 bis 250.000 DM. Natürlich war die Ware nicht versichert, wie sollte das bei Embargoschmuggel auch machbar sein. Also mußten wir den finanziellen Verlust selbst tragen. Majunke konnten und wollten wir damit nicht belasten, er mußte die Ware nur nochmals beschaffen.

Aber in jenen dramatischen Stunden beschäftigte uns eine viel wichtigere Sache. Denn es mußte unbedingt abgesichert werden, daß keine Informationen über den Brand und seine Zusammenhänge an die Öffentlichkeit gelangten oder gar westliche Geheimdienste davon Wind bekommen. Dann wäre zumindest Majunke als Person gefährdet worden und unsere schöne Beschaffungslinie futsch gewesen.

Für ihn bestand sowieso ein Risiko, weil der Brand in der Bundesrepublik der Leihwagenfirma und damit auch der Versicherung gemeldet werden mußte. Er benötigte somit ein Protokoll der Feuerwehr über das Vorkommnis, aus dem aber nicht die Art der Ladung hervorgehen durfte. Da wir aber damit rechnen mußten, daß das ausgebrannte Wohnmobil nochmals von Brandexperten der westdeutschen Versicherungsgesellschaft untersucht wird, durften sie nicht auf die kleinste Spur der tatsächlichen Ladung stoßen. Die Experten des MfS hatten also alle Hände voll zu tun. Sie leisteten ganze Arbeit und sorgten für ein hieb- und stichfestes Gutachten der Feuerwehr. Die verbliebenen Trümmer des Fahrzeuges wurden so behandelt, daß kein Fingerzeig von der Ladung mehr feststellbar war. Maju konnte beruhigt sein.

Es entstanden auch in der Folge niemals Probleme aus diesem Vorfall. Nichts drang in die Öffentlichkeit, erst nach der Wende sollte das Ganze in den Medien für Schlagzeilen sorgen. Doch da waren bereits alle Messen gesungen. Nur für uns blieb es die teuerste Zigarette, die jemals auf der Welt geraucht wurde.

Eine Bezugslinie fliegt auf

Majunke war sich seiner Sache immer sehr sicher. Niemals äußerte er Bedenken über eventuelle Schwierigkeiten. Ja, er war sogar in

gewissem Maße sorglos. Er gab er mir zwar oft wichtige und richtige Hinweise, die unsere anderen Lieferanten berücksichtigten sollten, damit sie nicht in Kalamitäten kommen, hielt sich aber selbst selten daran.

Am 19. April 1989 kam Majunke wieder einmal nach Ostberlin. Wie üblich, wenn Ware übernommen oder Vertragsgespräche geführt werden mußten, trafen wir uns abends im Palasthotel. Doch diesmal war alles anders. Unser Zusammentreffen beendeten wir auch nicht zu mitternächtlicher Stunde mit einem gemeinsamen Besuch der Sinus-Bar des Hotels. Denn Maju hatte viel zu berichten.

Am Vormittag des selben Tages hatte seine Familie nämlich unangemeldeten Besuch erhalten, unangenehmen noch dazu: Im Wohnhaus, in dem sich auch die Geschäftsräume der Firma P. M. Majunke befanden, waren zwei Beamte der Oberfinanzdirektion Köln bei seiner Ehefrau aufgetaucht. Sie legten einen schriftlichen Kontrollauftrag vor, der sie zur Prüfung aller Geschäftsvorgänge bevollmächtigte. Normalerweise erfolgen solche Kontrollen nach Voranmeldung, das Amtspapier wies aber aus, daß im öffentlichen Interesse eine sofortige Prüfung zu erfolgen habe.

Majunke reagierte gelassen. Vermutete er doch, daß für diese Sofortprüfung kein aktueller Tatbestand vorlag, sondern daß er mit seinen umfangreichen Geschäften ganz allgemein ins Blickfeld geraten sei. Welch Irrtum!

Schließlich konnte er nicht wissen, daß Wacker-Chemitronik inzwischen kalte Füße und von der Mutter eins auf den Hut bekommen hatte. Wie Majunke später über einen Vertrauten aus der Abteilung Vertrieb Inland erfuhr, hatte eine andere Handelsfirma über die Exportabteilung von Wacker gleichfalls Silizium gekauft und in andere sozialistische Länder geliefert. Dieser Schmuggelpfad war enttarnt, und das war der Grund für die Überprüfung aller Wackerlieferungen an Handelsfirmen und damit auch Majunkes. Das war auch der Anstoß dafür, daß die Konzernmutter am 22. März 1989 beim Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft indirekt Selbstanzeige und sieben Tage später bei Ministerialrat Hahn im Referat VA 8 des Bundesministeriums für Wirtschaft, mit dem ausdrücklichen Vermerk „persönlich und vertraulich“, Anzeige gegen Majunke erstattete. In diesem Brief hieß es scheinheilig:

„Wir wissen nicht, ob seitens der Firma Majunke im Falle eines Exportes die erforderlichen Genehmigungen eingeholt wurden. Angesichts unseres bedeutende globalen Geschäfts (insbesondere in USA und weltweit operierenden US-Unternehmen) sowie des ana-

logen Geschäfts unserer Muttergesellschaft, der Wacker Chemie GmbH, müssen wir im besonderen Maße auf ein korrektes Verhalten bedacht sein. Wir zeigen deshalb den Vorgang nach der Ihnen inzwischen bekanntgewordenen Vorsprache der Geschäftsführung unserer Muttergesellschaft im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, München, am 22. März d. J. hiermit vorsorglich an und bitten Sie zu veranlassen, daß mit größtmöglicher Diskretion geprüft wird, ob die Weiterlieferungen seitens der Firma Majunke ordnungsgemäß verlaufen sind. Um jedes Aufsehen zu vermeiden, haben wir die noch ausstehenden Lieferungen gegenüber der Firma Majunke aus einem vorliegenden Auftrag einstweilen unter Berufung auf technische Probleme gestoppt."

Die Finanzbeamten wollten von Frau Majunke nicht nur Rechnungen und Lieferscheine sehen, sondern stellten auch Fragen zu – dem nicht existierenden – Herrn Schmidtmann in Düsseldorf. Auch das hielt Majunke noch für unverfänglich, da der Verkauf von Silizium innerhalb der Bundesrepublik rechtens und er nicht verpflichtet sei, die reale Existenz eines Geschäftspartners zu überprüfen. Da ihm strafrechtliche Konsequenzen nur drohen würden, wenn man ihm die Ausfuhr der Ware aus der BRD beweise, könne er im ungünstigsten Fall also höchstens mit einem Ordnungsgeld belegt werden. Majunke meinte schließlich, daß er den Beamten glaubhaft versichert habe, die Vertreterfirma von Broere zu sein, als man gezielt nach den Holländern fragte.

Im Gegensatz zu mir war Majunke weder aufgeregt noch beunruhigt. Alle meine Bedenken fegte er vom Tisch. Sogar vor einer möglichen Hausdurchsuchung oder ähnlichen Schritten hatte er keine Angst, denn eine Verletzung des Außenwirtschaftsgesetzes könne ihm nicht nachgewiesen werden. Vielmehr wolle er seine Arbeit für uns unverdrossen fortsetzen. Das einzige, was ich erreichen konnte, waren zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen für unseren Telefon-, Telex- und Telefaxverkehr für die kommenden Tage, der nur noch über Holland abgewickelt wurde.

Eine Woche später traf ich mich erneut mit Majunke. Abermals hatte er viel zu berichten. Doch wie ich befürchtet hatte, waren es keine guten Nachrichten. So waren in den Abendstunden des 21. April drei Untersuchungsbeamte der Zollfahndung bei ihm zu Hause aufgekreuzt. Sie informierten nicht nur lapidar darüber, daß gegen Majunke ein Zollermittlungsverfahren eingeleitet sei, sondern daß sie auch die Genehmigung hätten, alle Wohn- und Geschäftsräume zu durchsuchen und sämtliche Geschäftsunterlagen

sicherzustellen. Majunke, naiv und gutgläubig wie er war, sah immer noch keinen Grund, sie hinzuhalten, auszutricksen oder sich dagegen zu wehren.

So wurden dann nicht nur Akten beschlagnahmt, sondern alle vorhandenen Disketten des eingesetzten Personalcomputers sowie die vollständigen Verzeichnisse über den ein- und ausgegangenen Telefon- und Telefaxverkehr. Der Segen der Technik wurde uns zum Verhängnis: Im Speicher der Telefonanlage waren alle Angaben zu Firmen, Personen und Telefonnummern enthalten, natürlich auch die unseres Handelsbereichs 4 und die Namen der Mitarbeiter, die Gesprächspartner von Majunke waren.

Zu allen Übeln gesellte sich noch ein weiteres: In der Garage von Majunke fand man 50 Kilo Silizium, die erst in den Nachmittagsstunden von Wacker angeliefert worden waren. Zufall, Fahnderglück? Wohl kaum. Da, wie oben belegt, Wacker seine Lieferungen an Majunke erst einmal gestoppt hatte, erfolgten diese Lieferung wohl auf Anregung der Zollorgane, und zwar genau an besagtem Tag, damit bei der Durchsuchung greifbare Beweise vorgefunden werden konnten. Der Coup der westdeutschen Zollfahndung war gelungen. Sie hatten nunmehr hieb- und stichfeste Belege in der Hand, daß Embargolieferungen auf dem Gebiet der Computertechnik und elektronischer Bauelemente erfolgt waren.

Majunke hatte zwischenzeitlich Rechtsanwälte eingeschaltet, die ziemlich renommiert und ihm von seinem Parteifreund Graf Lambsdorff vermittelt worden waren. Sie stellten ihm ein monatelanges Untersuchungsverfahren in Aussicht, an dessen Ende ein Prozeß zu erwarten sei. Der würde wahrscheinlich nur mit einer hohen Ordnungsstrafe enden, da weder Steuerbetrug vorliege noch Lieferdokumente gefälscht oder falsche Warenbezeichnungen verwendet wurden. Da auch nicht versucht worden sei, Zollbeamte zu bestechen oder Zollbetrug zu begehen, handele es sich schließlich um kein kriminelles Delikt, welches unweigerlich die Gefahr der Inhaftierung und einer nachfolgenden Haftstrafe heraufbeschworen hätte.

Weiterhin hatten die Rechtsanwälte Majunke empfohlen, seine Verhaltensweise und seine Geschäftstätigkeit möglichst im bisherigen Rahmen fortzusetzen. Nach ihrer Meinung wäre es falsch, die Geschäftstätigkeit einzustellen oder auf die bisher üblichen Dienstreisen nach Berlin zu verzichten. Da aber Majunke nun damit rechnen müsse, daß seine Nachrichtenverbindungen und alle seine Schritte überwacht würden, wäre illegaler Warentransport freilich nicht mehr möglich.

Als mir Majunke am Abend dieses 26. April das alles brühwarm erzählte, war er noch immer voller Optimismus. Er bastelte schon an neuen Plänen, wie unsere Zusammenarbeit fortgesetzt werden könnte. Nach wie vor betrachtete er sich persönlich nicht als gefährdet. Er nahm die Untersuchung jetzt zwar ernst, sah aber nicht ein, nach bundesdeutschem Recht ein kriminelles Delikt begangen zu haben. Für ihn – wie für die meisten anderen Embargohändler – war die Verletzung von COCOM-Bestimmungen nur ein Kavaliersdelikt, mit dem man leben konnte. Völlig ruhig reiste er am nächsten Morgen nach Wesseling zurück.

Doch mein Freund und Geschäftspartner sowie seine Rechtsanwälte hatten die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Das Unheil nahm seinen Lauf.

Ich hatte gerade meinen Urlaub angetreten, da rief am 24. Mai Frau Broere aus Holland bei meiner Sekretärin an. Ich rief am nächsten Tag zurück und erfuhr, daß Majunke am 13. Mai zum Verhör abgeholt und anschließend wegen Fluchtgefahr inhaftiert worden war.

An eine Fortsetzung des Urlaubs war natürlich nicht mehr zu denken. Ich setzte mich sofort hin und schrieb für Schalck-Golodkowski eine ausführliche Meldung, von der mein Führungsoffizier wie immer seine Kopie erhielt. Um größeren Schaden zu verhindern, durften wir keine Minute mehr verlieren. Denn in einem solchen Fall befürchtete die DDR immer, daß eine Kampagne in den Medien der Bundesrepublik einsetzen und unangenehme Fragen gestellt werden könnten. Deshalb mußte eine solche Fallmeldung stets eine entsprechende Argumentation beinhalten, um auf mögliche Rückfragen schlüssige Antworten geben zu können. Für die offizielle Argumentation schlugen wir in diesem Fall folgendes vor:

„– Es ist zutreffend, daß der Außenhandelsbetrieb Elektronik Export-Import langjährig Geschäfts-Kontakte zur Firma P. M. Majunke unterhält.

– Es wurden auf der Grundlage der gesetzlichen Vorschriften der DDR zum beiderseitigen Vorteil Geschäftsabschlüsse getätigt und realisiert. So wurden u. a. große Stückzahlen Schwarzweiß-Monitore und für mehrere Millionen Mark Bauelemente zur Produktion von Farbfernsehgeräten über die Firma P. M. Majunke bezogen.

– Die Firma Majunke hat sich dabei als zuverlässiger Handelspartner erwiesen, und diese Geschäfte stellten einen wichtigen Beitrag zur Ausweitung der Handelsbeziehungen dar.

– Inwieweit bei diesen Geschäften irgendwelche Vorschriften oder Bestimmungen durch die Firma P. M. Majunke nicht eingehalten oder nicht beachtet worden sind, entzieht sich unserer Kenntnis, und es ist auch nicht Aufgabe der Außenhandelsbetriebe der DDR, beim Abschluß der Geschäfte danach zu fragen oder darauf zu achten. Dies ist ausschließlich Aufgabe des Lieferanten und nicht des Käufers."

Daß eine solche Argumentation natürlich nicht die volle Wahrheit enthielt, dürfte wohl verständlich sein.

Es dauerte nicht lange, bis in bundesdeutschen Medien auf regionaler und überregionaler Ebene die ersten Meldungen auftauchten. Die erste Veröffentlichung erfolgte am 8. Juni im Kölner Stadtanzeiger mit einem umfassenden Bericht und Bildern von H.-J. Majunke und seiner Ehefrau. Als Quelle dieser Publikation gab Majunkes Sohn die Presseabteilung der FDP in Bonn an. Hans-Joachim Majunke war als FDP-Spitzenkandidat in Nordrhein-Westfalen für seinen Landkreis vorgesehen, und die Wahlen fanden in den nachfolgenden Wochen statt. Aufgrund der Verhaftung und des eingeleiteten Ermittlungsverfahrens mußte die FDP seine Kandidatur zurückziehen und diesen Schritt in der Öffentlichkeit begründen.

Unmittelbar nach Erscheinen des Artikels setzte die Medienhatz ein: Majunkes Haus wurde umlagert, ununterbrochen klingelte das Telefon. Der Westdeutsche Rundfunk, Spiegel, Stern und andere sahen eine heiße Story, lechzten nach Hinweisen, Hintergrundinformationen und Interviews. Umsonst, Familie Majunke blockte alles ab. Einen Tag nach der der FDP setzte die Staatsanwaltschaft ihre offizielle Pressemitteilung drauf, was die Medienmeute noch mehr anheizte. So recherchierten sie bei der Union-Kraftstoff AG. Doch auch hier war die Ausbeute eher gering, da sich der Arbeitgeber von Majunke sehr bedeckt gab und dem Ergebnis der Untersuchung nicht vorgreifen wollte.

Alexander Majunke informierte mich auch über eine Veröffentlichung des Bonner Generalanzeigers, in der erstmalig eine Spionagetätigkeit seines Vaters angesprochen wurde: „Der Fall Majunke – ein zweiter Fall Guillaume?" Nicht mehr als eine Schlagzeile, die jeder Grundlage entbehrte, sich aber gut vermarkten ließ.

Über diese Pressemeldungen wie auch eine Veröffentlichung von AP vom 9. Juni informierte die DDR-Nachrichtenagentur ADN, natürlich nicht öffentlich, sondern mit einer internen Dienstmeldung für einen kleinen Kreis von Kadern. Damit waren die staatlichen Organe der DDR zumindest auf diese Weise informiert.

Selbstverständlich machten sich nicht zuletzt die Genossen der Staatssicherheit große Sorgen. Das spiegelte sich beispielsweise in einer geheimen Vorlage der HA XVIII vom 8. Mai an Minister Erich Mielke wider:

„Aufgrund der eingangs dargelegten sicherheitspolitisch bedeutsamen Prämissen kann nicht ausgeschlossen werden, daß mit dem laufenden Verfahren doch noch ein ‚Embargo-Präzedenzfall' geschaffen werden soll, mit der Zielstellung nachzuweisen, daß die Geschäftstätigkeit des AHB Elektronik durch das MfS gesteuert ist – eine bereits mit der widerrechtlichen Inhaftierung des stellv. Generaldirektors des AHB Elektronik 1982 angesteuerte Zielstellung."

Doch die Sorgen des MfS waren diesmal unbegründet. Und auch das, was einige von uns befürchtet hatten, trat glücklicherweise nicht ein: Zu diesem Fall gab es keine Fragen an die DDR, in den Westmedien wurde keine Kampagne entfacht. Im Gegenteil, es wurde einfach so getan, als wäre die DDR nicht existent, kein Hinweise auf einen beteiligten Außenhandelsbetrieb oder Personen in der DDR.

Wir konnten als Handelsbereich 4 ungestört weiterarbeiten und uns auf die Schadensbegrenzung konzentrieren. Zu den weiteren Embargoimporten zählten übrigens auch solche, zu denen wir über Majunke Verträge abgeschlossenen, aber noch nicht realisiert hatten. So ging auch die Lieferung von Bauelementen über die Firma Broere ungehindert weiter. Mitte Juni rechneten wir mit dem Eintreffen hochsensibler Bauelemente aus den USA. Es handelte sich hierbei um ultraschnelle Prozessoren für den Forschungsbedarf des VEB Numerik Karl-Marx-Stadt, um deren Beschaffung wir uns über ein Jahr lang vergeblich bemüht hatten. Die Lieferung aus den USA erfolgte mit dem begehrten end-user-certificate, dem Endverbraucher-Nachweis, an einen „Vertauenslieferanten" von Majunke. Vor Lieferfreigabe wurde diese Firma sogar durch einen Mitarbeiter des amerikanischen Konsulats in Hamburg persönlich durchgecheckt, doch der Endverbraucher-Nachweis hielt auch dieser Überprüfung stand.

Trotzdem vereinbarten wir im Interesse der Sicherheit, daß die Lieferung im Wert von 200.000 DM vorerst beim „Vertrauenslieferanten" verbleiben sollte, um sie zu einem günstigeren späteren Zeitpunkt zu erhalten. Um Majunke und seine Familie zu schützen, legten wir außerdem konkret fest, zu welchen Unterlieferanten die bisherigen Verbindungen sofort abzubrechen sind und welche von uns direkt weitergeführt werden.

Denn alle Taue sofort zu kappen, ging leider nicht, da noch eine Reihe von Auslieferungen offen stand. So gelang es uns, wichtige

Waren, besonders Computertechnik, zu beziehen. Nicht zuletzt bewahrten wir uns und Majunkes Firma damit vor finanziellen Verlusten. So wurden Bauelemente, die zwischenzeitlich aus Bestellungen noch bei Majunke in Wesseling eintrafen, trotz des damit verbundenen hohen Risikos noch als Reisegepäck von Familie Majunke im Flugzeug über Tegel nach Ostberlin verbracht.

Alles in allem konnten wir unserer Importaufgaben erfüllen, auch wenn die Beschaffungslinie Maju aufgeflogen war und unser Partner verhaftet worden war.

Darüber, wie es seinem Vater im Gefängnis ging, wie der Stand des Ermittlungsverfahrens war, welche Anschuldigungen die Staatsanwaltschaft vorbrachte und welche Aktivitäten die Verteidiger unternahmen, hielt uns Majunke junior auf dem laufenden.

Majunkes Gesundheitszustand, der schon seit langem angeschlagen war, hatte sich während der monatelangen Untersuchungshaft rapide verschlechtert. Deshalb setzte das Amtsgericht Brühl im Februar 1990 den weiteren Vollzug unter Auflagen aus. Um so härter traf es seine Frau. Gegen sie wurde überraschend ein Jahr später, am 18. Februar 1991 Haftbefehl angeordnet. Da man Hans-Joachim Majunke infolge seines Gesundheitszustandes nicht belangen konnte, wollte sich die Staatsanwaltschaft ersatzweise an seiner Ehefrau schadlos halten. Sie wurde beschuldigt, „als Inhaberin der Einzelfirma P. M. Majunke das Unternehmen gemeinsam mit ihrem Ehemann geführt und gemeinschaftlich handelnd illegalen Transfer von Waren und fortgesetzt Einkommensteuer-, Gewerbesteuer- und Umsatzsteuerhinterziehung begangen zu haben". Als Hauptschuldiger für den illegalen Transfer wurde unverändert ihr Ehemann betrachtet. Auf Beschluß des Oberlandesgerichts Köln vom 13. September1991 wurde die Haftfortdauer für Pia-Monika Majunke trotz dringenden Tatverdachts gegen Kaution ausgesetzt.

Die deutsche Justiz brauchte mittlerweile weiß Gott eine Flucht der Majunkes zu befürchten. Wohin hätten diese auch gehen sollen, nachdem es keine DDR und keinen Ostblock mehr gab? Und die Behörden konnten sich bei ihren Ermittlungen Zeit lassen. Erst am 1. April 1993 erhob die Staatsanwaltschaft bei der 10. Großen Strafkammer des Landgerichts Köln gegen Hans-Joachim Majunke und seine Ehefrau Anklage wegen „fortgesetztem Verstoß gegen Art. 1 d und 2 des Militärregierungsgesetzes Nr. 53 (Neufassung vom 18. 9. 1949) durch nichtgenehmigten Warentransfer aus der BRD in die DDR und wegen steuerlich erheblicher unrichtiger Angaben gegenüber Finanzbehörden und damit verbundener Verkürzung von Steuern".

In der Zwischenzeit ging es Hans-Joachim Majunke gesundheitlich so schlecht, daß er nicht mehr verhandlungsfähig war. So mußte seine Frau allein vor Gericht treten. Im Ergebnis der Hauptverhandlung vom September bis November 1993 wurde sie zu einer Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt, nachdem sich die Familie vorher mit dem Finanzamt Köln über die Höhe der Steuerfestsetzung geeinigt hatte. Einen Revisionsantrag gegen das Urteil verwarf der Bundesgerichtshof im Dezember 1994 mit folgender Begründung:

„Die Beschwerdeführerin vertritt die Auffassung, mit der Herstellung der deutschen Einheit sei die Grundlage dieser Verurteilung weggefallen; auch ohne förmliche Aufhebung des Militärregierungsgesetzes Nr. 53 müsse im Sinne des § 2 Abs. 3 StGB von einer Gesetzesänderung ausgegangen werden, die Strafbarkeit beseitigt habe und deshalb nach § 2 Abs. 3 StGB die Bestrafung zurückliegender Verstöße gegen das Militärregierungsgesetz Nr. 53 ausschließe. Dem folgt der Senat nicht."

Hans-Joachim Majunke überstand zwar erfolgreich eine komplizierte Herzoperation, doch unmittelbar danach erlag er seinem schweren Herzleiden. Ich verlor einen guten Freund.

Die Israel-Südafrika-Connection

In den sechziger Jahren arbeitete der Anlagenimport mit der Firma F. C. Gerlach zusammen, die zwar in Vaduz (Liechtenstein) registriert war, aber von Berlin-Weißensee aus agierte. Geschäftsführer war „Mischa" Wischnewski, in der Welt der Geheimdienste seit langem wohlbekannt. „Mischa" Wischnewski hieß eigentlich Hersz Libermann und war polnischer Abstammung. Sein Unternehmen war eine Tarnfirma des MfS und der Hauptabteilung I des Bereichs Kommerzielle Koordinierung zugeordnet, die von Manfred Seidel, Stellvertreter von Schalck, geleitet wurde. Gerlach arbeitete auf Provisionsbasis als Vertreter für westliche Firmen und Konzerne, die mit der DDR Geschäftsbeziehungen unterhielten. Dazu gehörten solche renommierte Konzerne wie Thyssen, Mannesmann, Krupp und Klöckner. Außerdem mischte „Mischa" im Fleischexport mit und besaß beste Verbindungen zu diesen Kreisen in Westeuropa. Zu seinen besten Kunden gehörte die Firma Gebr. März KG. (Marox) in Rosenheim.

Kompagnon von „Mischa" Wischnewski war Simon Goldenberg, Inhaber der privaten Außenhandelsfirma Simon Industrievertretungen in Ostberlin, gleichfalls eine schillernde Figur im Dunst-

kreis der Geheimdienste und seit 1956 Partner östlicher Geheimdienste, inklusive des MfS.[39] Er war gleichzeitig Hauptaktionär der Gemischten Gesellschaft (DDR/Frankreich) namens Tradimex Paris und befreundet mit den Firmeninhabern der Gebr. März KG, Andreas und Willi März. Er zog im Mai 1976 mit seiner Familie von Ostberlin nach Rosenheim um.

Goldenberg war natürlich auch für den langjährigen HVA-Chef Markus Wolf kein Unbekannter:

„Ende der siebziger Jahre war ich noch einmal mit einem Problem der Strauß-Verbindung befaßt. Der Initiator des Kontakts, Simon Goldenberg, meldete sich von einer Geschäftsreise ins westliche Ausland. Er war erkrankt, lag in einem Wiener Hospital und erklärte, daß er nicht in die DDR zurückkehren werde.

Die Erklärung für diesen Schritt lag nahe. Die Abwehr hatte Goldenberg seit langem im Visier und wollte ihn verhaften lassen, denn manche seiner Geschäfte waren selbst bei großzügigster Auslegung auch mit DDR-Recht unvereinbar. Da Schalck die wichtigsten seiner Verbindungen übernommen hatte, war Goldenberg auch nicht mehr unentbehrlich.

Andererseits war es ohne Beispiel, daß sich ein nicht ganz unbedeutender inoffizieller Mitarbeiter des MfS einfach fernmündlich aus der DDR abmeldete – und das, als wäre nichts weiter dabei. Er verlangte noch, daß seiner Frau die Ausreise in den Westen gestattet würde und daß er sein luxuriöses Anwesen in Berlin verkaufen könne. Seltsam war es dann, daß Mielke, der sonst jedem Fahnenflüchtigen Tod und Teufel an den Hals wünschte, von Fruck nicht lange dazu überredet werden mußte, Goldenbergs Wünschen nachzugeben.

Goldenbergs Ansinnen wunderte mich auch deshalb, weil wir wußten, daß in der Bundesrepublik ein Haftbefehl gegen ihn vorlag. Dort war nicht nur seine Verbindung zum MfS bekannt geworden, ihm wurde auch die Beteiligung an einer Entführung vorgeworfen. Um so erstaunlicher war es, daß wir ihn wenig später in Bayern orteten, wo er unbehelligt seinen Lebensabend genoß. Es muß eine starke Hand gewesen sein, die ihn vor Verfassungsschutz und der bundesdeutsche Justiz schützte."[40]

Als Anlagenimport kauften selbstverständlich auch wir über Gerlach Embargowaren ein, insbesondere Meßtechnik. Eines Tages

---

39 Hannes Bahrmann/Peter-Michael Fritsch, Sumpf: Privilegien, Amtsmißbrauch, Schiebergeschäfte, Berlin 1990, S. 38 ff.

40 Markus Wolf: Spionagechef im geheimen Krieg, München 1997, S. 192.

machten die Mitarbeiter von „Mischa" Wischnewski allerdings einen Fehler. Wie sonst üblich, neutralisierten sie eine Lieferung an uns nicht. So konnten wir dann aus der Verpackung entnehmen, daß die Ware von einer Firma transimpex in Westberlin geliefert wurde, die ihren Sitz im Europa-Center hatte. Ich machte mich also schnurstracks auf den Weg nach Westberlin zum Tauentzien. Im Büro von transimpex traf ich auf Herbert Rübler als Gesprächspartner, dessen Ehefrau die Inhaberin der Firma war. Ich hielt mich nicht bei langer Vorrede auf und spielte mit offenen Karten, erklärte, daß wir bisher mit Gerlach zusammengearbeitet hatten. Rübler und ich wurden uns schnell einig. Der Umweg über Gerlach war nicht mehr notwendig, „Mischas" Verdienstspanne konnten wir einsparen.

Seit diesem Zeitpunkt bezogen wir Meßtechnik über transimpex, deren Möglichkeiten sicherlich begrenzt waren, die wir aber dennoch als zuverlässigen Partner schätzten. In der Folge verhandelten wir entweder in Westberlin oder während der Leipziger Messen auf dem Messestand des bundesdeutschen Fleischimporteurs Moksel, dessen Interessen Rübler damals in der DDR ebenfalls vertrat. Zwar versuchte Gerlach immer wieder ins Geschäft zu kommen, aber er bereitete uns keine Schwierigkeiten.

Mit meinem Ausscheiden aus dem Direktionsbereich Anlagenimport schlief die Zusammenarbeit mit transimpex langsam ein. Meinen persönlichen Kontakt zu Rübler hielt ich aber auch von Jena aus aufrecht, so daß ich die Verbindung später als Generaldirektor des AHB Elektronik wieder aufnehmen und in den neu gebildeten Handelsbereich 4 überleiten konnte.

Herbert Rübler war Österreicher, wohnte in Westberlin und arbeitete „nebenberuflich" für die Hauptverwaltung Aufklärung des MfS. Innerhalb der Stasi hatte er nützliche Kontakte, Generalmajor Hans Fruck war sein Freund und „Pate" und ähnlich wie beim Beginn der MfS-Kariere von Schalck der Geburtshelfer.

Als Geschäftsmann war Rübler ein „Hans Dampf in allen Gassen". Er verfügte nicht nur in der DDR über ausgezeichnete Verbindungen, sondern mischte in vielen großen Importgeschäften mit, egal ob es um Kohle aus Südafrika oder um Öl aus dem Iran ging. Seine von ihm gezogenen Fäden reichten bis nach Israel oder Österreich, wo er gemeinsam mit einem Herrn Prokesch die Firma Eximpol betrieb.

Rübler wurde über das Industriebüro Carl Zeiss Jena vertreten, das im Auftrag von Günther Forgber arbeitete und seinen Sitz in der Leipziger Straße in Berlin-Mitte hatte. Dieses Zeiss-Büro bestand

schon vor Aufnahme meiner Tätigkeit als Generaldirektor des AHB Carl Zeiss Jena und war anfangs ein Koordinierungsbüro unserer Gemischten Gesellschaft in London, der CZ Scientific and Instruments Ltd. Die Aufgaben des Büros wurde unter Leitung des von mir eingesetzten Chefs, Peer Ikier, IM-Deckname „Olaf", schrittweise erweitert und in Abstimmung mit der Stasi-Hauptabteilung XVIII/8 zum Industriebüro von Forgber profiliert. Neben den Interessen von Rübler wurden die zahlreicher weiterer Firmen vertreten, darunter auch die von Caramant Wiesbaden.

Rübler unterhielt in den letzten Jahren vor dem Zusammenbruch der DDR sein Büro nicht mehr in Westberlin sondern in der Luxussuite 8026/8027 des Palasthotels in Berlin-Mitte. Hier führte ich mit ihm Geschäftsverhandlungen oder traf mit Partnern zusammen, zu denen er die Verbindung hergestellt hatte.

Rübler war ein sehr geschwätziger Mann, was für unsere Art von Geschäften gewiß nicht vorteilhaft war. Wenn wir uns trafen, prahlte er fast immer mit seinen Connections zur Stasi, insbesondere zur Generalität, die sich bei ihm die Türklinke in die Hand geben würde. Er machte auch keinen Hehl aus seinen Beschaffungsaktivitäten für die lamettabehangenen Schild- und Schwertträger der SED. Er stattete nämlich Objekte des MfS mit westlicher Technik und Luxusgütern aus, freilich nicht die gewöhnlichen Dienstobjekte, sondern vor allem Luxusherbergen, Freizeiteinrichtungen, private Urlaubs- und Wochenendhäuser und Villen der MfS-Prominenz.

Mit mir darüber so unbefangen und offen zu plaudern, war für ihn gefährlich. Warum er es trotzdem tat, bleibt mir bis heute schleierhaft. Abgesehen davon, daß er nicht hundertprozentig wissen konnte, mit wem er es bei mir zu tun hat, war er nicht naiv und mußte sich doch darüber im klaren sein, daß seine Suite vom MfS verwanzt wurde. Obwohl ich befürchten mußte, daß Rübler an anderen Stellen auch so blauäugig über unsere Zusammenarbeit schwadroniert, fand ich dies nie bestätigt. Seine Geschäfte wickelte er stets seriös und zuverlässig ab.

Nachdem Rübler für uns zahlreiche kleinere Embargoprojekte erfolgreich erledigt hatte, wollte er auch ins Computergeschäft einsteigen und uns DEC-Großcomputer der Typenreihe VAX liefern. Er war Teilhaber der israelischen Firma RÜBLER TUCHLER LTD. in Tel-Aviv und in Herzliya (Israel). Sein Teilhaber Tuchler war ein in Israel lebender Deutscher, dessen Verwandte zum Teil noch in Ostberlin wohnten.

Die erste Lieferung über diese Firma wurde gerade vorbereitet, als ernsthafte Probleme auftraten. Da sie sein Partner Tuchler zu verantworten hatte, reiste dieser von Israel nach Ostberlin.

Tuchler war im Gegensatz zu Rübler ein sehr schwieriger Partner und wurde von uns als nicht seriös eingeschätzt. Wir vermuteten, daß der bereits bezahlte und zur Auslieferung in der Bundesrepublik bereitstehende Computer von gegnerischen Diensten observiert wurde. Rübler mußte in die Bresche springen. Unter hohem persönlichen Risiko transportierte er den Computer selbst mit einem angemieteten Fahrzeug von der Bundesrepublik über Westberlin zu uns, was uns vor einem großen finanziellen Verlust bewahrte.

Hatten wir ursprünglich geplant, RÜBLER TUCHLER LTD. zu einer neuen Importlinie auszubauen, verzichteten wir nach dieser schweißtreibenden und nervenaufreibenden Erfahrung darauf. Herbert Rübler hatte Verständnis dafür, daß wir mit seinem Teilhaber nicht mehr zusammenarbeiten wollten. Als Alternative brachte er uns einige Zeit später mit Moshe Nathan, einem jungen Israeli, zusammen. Nachdem der Kontakt hergestellt war, überließ uns Rübler das Feld, wobei er weiterhin mit Nathan zusammenarbeitete und auch an dessen Geschäftsergebnissen beteiligt wurde.

Moshe Nathan war in Bulgarien geboren, hatte dort seine Kindheit und Jugend verbracht und war später nach Israel ausgewandert. Verwandte lebten noch in Bulgarien und hatten dort zum Teil einflußreiche Stellungen, so war ein Onkel von ihm ein bekannter bulgarischer Professor. Moshe selbst war auch recht gebildet und beherrschte mehrere Sprachen.

Moshe Nathan besaß in Israel gute Verbindungen zur Armee und vor allem zur Rüstungsindustrie. Er machte kein Geheimnis daraus, daß er während seiner Armeezeit für den militärischen Nachrichtendienst Israels gearbeitet hatte. Wir waren fest davon überzeugt, daß diese Kontakte zum israelischen Geheimdienst immer noch bestanden und den Hintergrund für seine Geschäfte im Embargobereich bildeten. Es störte uns allerdings wenig, schließlich waren wir uns darüber im klaren, daß auch andere Lieferanten für fremde Dienste arbeiteten, ohne daß wir es wußten. Bei Moshe Nathan hatten wir wenigstens die Gewißheit und konnten uns darauf einstellen.

Selbstverständlich befand sich Moshe Nathan stets im Fadenkreuz der Stasi. Für Aufklärung dieses Mannes sorgten zum einen unsere Verhandlungsberichte, zum anderen wurde er auch direkt kontrolliert und bearbeitet. So beeinflußte IM „Olaf" die Arbeit von

Nathan, wie er auch dessen Aktivitäten gegenüber anderen DDR-Außenhandelsbetrieben überwachte. Um sich die Gunst seiner Geschäftspartner in der DDR, sprich weitere lukrative Aufträge, zu erhalten, geizte Nathan nicht mit materiellen und finanziellen Zuwendungen. Beispielsweise hatte er im März 1988 im Westen ein spezielles Konto aufgelöst und den Leiter des Industriebüros Forgber, Peer Ikier, mit 75.000 DM in bar geschmiert. Selbstverständlich reichte IM „Olaf" dieses Geld zum Auffüllen der MfS-Kassen weiter.

Wir wunderten uns auch kaum, daß Moshe Nathan von Anfang an konspirative Methoden anwandte. Er selbst bat uns um Zusammenarbeit unter dem Decknamen „Kolja", den wir dann auch verwendeten, nur innerhalb unseres Handelsbereiches nannten wir ihn „Victor". Sein Wunsch war es auch, daß wir im notwendigen Telefonverkehr seinen Deckname sowie andere von ihm vorgegebene verschlüsselte Worte verwendeten. Schriftwechsel mit „Kolja-Victor" gab es nicht. Bei seinen mehrfachen Einreisen nach Ostberlin arrangierten wir selbstverständlich, daß auf den obligatorischen Sichtvermerk in seinem Paß verzichtet wurde. Logisch, daß wir uns in der Öffentlichkeit niemals mit ihm sehen ließen.

Sowohl als Geheimdienst- als auch als Geschäftsmann war Moshe Nathan ein Multitalent. Er trat als Executive Manager der Firmen Export and Promotion of Israeli Technologie, Herzelia, Unicom-Universal Computers Ltd. und Ramat Hasharon (Israel) auf, deren Inhaber er war. Unter diesen Firmennamen schloß er auch die Verträge mit uns ab. Für die Firmen RAM Robots, Automation & Manufacturing Systems Ltd. und Ramat Hasharon bezeichnete er sich als Manager Components Department, wobei uns nicht bekannt war, ob es sich ebenfalls um seine eigenen Unternehmen handelte.

Schon nach unserem ersten Zusammentreffen wurden wir uns handelseinig. Wir schlossen probeweise die ersten Verträge ab, die „Victor" exakt einhielt. In der Folge konzentrierten wir uns auf schwer beschaffbaren Embargo-Bauelemente, zu denen Israel einen guten Zugriff hatte, da sie von der Elektronik- und Rüstungsindustrie des Landes ebenfalls eingesetzt wurden. Die meisten dieser Verträge wickelte „Victor" über ein Land ab, zu dem Israel gute offizielle und inoffizielle Kontakte hatte – Südafrika. Von dort kamen die Lieferungen per Luftfracht nach Ostberlin.

Moral und Politik spielten auch hier eine untergeordnete Rolle, d. h. der DDR-Führung war oftmals das Hemd näher als die Jacke. So hatten wir Südafrika als Beschaffungsland bereits seit langer

Zeit im Visier. Wir waren daran interessiert, dort einen leistungsfähigen Lieferanten für Embargowaren zu finden und einen Teil unserer Importe nicht mehr über Westeuropa, sondern über das Kap der guten Hoffnung zu beziehen. Leider gelang uns das aus eigener Kraft nicht, denn aufgrund der Apartheidpolitik Südafrikas gab es mit der DDR weder politische noch Handelsbeziehungen und damit auch keine offiziellen Kontakte zu Firmen dieses Landes. Andererseits schien uns das Land mit seiner industriellen Struktur prädestiniert, als Endabnehmer von Mikroelektronik und Produktionsausrüstungen zu ihrer Herstellung glaubwürdig und damit für uns geeignet zu sein.

Und nun war uns Moshe Nathan in die Arme gelaufen und bot uns die Chance, eine solche leistungsfähige Bezugslinie aufzubauen. Wir entwickelten mit ihm gemeinsam ein Konzept. Dabei ging es uns nicht um einmalige rasche Erfolge, sondern um Langfristigkeit. Wir wollten uns systematisch an besonders schwer zu beschaffende Produktionsausrüstungen mit Spitzenparametern, wie sie nur von wenigen Produzenten in Japan und den USA hergestellt wurden, herantasten. Zum Beispiel Hochstromimplanter, um die sich sowohl wir als auch die Speziellen Beschaffungsorgane des MfS bis dahin vergeblich bemüht hatten, da kein glaubwürdiger Endabnehmer zur Zusammenarbeit mit uns bereit war. Außerdem kamen als solche nur Firmen in Frage, die zumindest 1-MBit-Schaltkreise serienmäßig herstellen konnten. Zu diesem Zeitpunkt vermochte das in Europa nur Siemens, und sogar in Taiwan konnten diese Ausrüstungen nicht eingesetzt werden, womit auch diese Beschaffungslinie für uns ausfiel.

Das mit „Victor" erarbeitete Konzept entsprach annähernd unserem Taiwan-Projekt: Auch für Südafrika mußten wir vorfinanzieren und somit ein relativ hohes Risiko eingehen. Da das die Sache allemal wert war, schlossen wir einen ersten konkreten Vertrag ab und leisteten zur Finanzierung der notwendigen Schritte eine Anzahlung. Die Beschaffungsaktivitäten von „Victor" liefen gut an, aber das Vorhaben wurde nicht mehr verwirklicht. – Die Wende in der DDR nahm ihren Lauf ... „Victor-Kolja" tauchte ab, er war für uns nicht mehr erreichbar – und damit auch unser bereits eingezahltes Geld.

Auch Herbert Rübler konnten wir nicht mehr um Hilfe bitten, geschweige denn uns an ihm schadlos halten. Er war bereits im März auf mysteriöse Art und Weise, erst 68 Jahre alt, ums Leben gekommen. Es gab keine offizielle Information über sein Ableben. Ge-

rüchteweise hieß es, er habe im Ostberliner Grand-Hotel einen Herzinfarkt erlitten. Andere meinten, er sei im Palasthotel in der Badewanne seiner Suite ausgerutscht und tödlich verunglückt, was auch dann im nachhinein teilweise bestätigt wurde. Ich erinnere mich jedenfalls, daß er mir bei einem Zusammentreffen noch Anfang 1989 sagte, sein Büro vom Palasthotel in das Grand-Hotel verlegen zu wollen, da er mit der Leitung des Palasthotels Ärger habe.

Tatsache ist auch, daß Rübler bereits in der Nachkriegszeit zu einem Kreis von Schmugglern und Spekulanten gehörte, darüber seine Verbindungen zu Mischa Wischnewski und Simon Goldenberg aufbaute und in den Dunstkreis internationaler Geheimdienste geriet. Wie Wischnewski und Goldenberg war er ein Mann der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS. Doch IM „Rübe" wurde bereits Anfang der achtziger Jahre verdächtigt, ein Doppelagent zu sein, der gleichzeitig für den BND arbeitet. Die Stasi fand zwar trotz Überwachung keine Beweise, ließ aber ihren Verdacht niemals fallen. Das hinderte das MfS freilich nicht, die Kontakte Rüblers zu Israel auszunutzen, auch wenn man hier wiederum argwöhnte, er könnte dem Mossad über israelische Geschäftspartner Zugang in der DDR Zugang verschaffen oder sogar selbst im Mossad-Auftrag tätig sein.

Wie dem auch sei, Herbert Rübler und sein Tod bleiben ein Rätsel. Ob ein Zusammenhang zwischen seiner Geschwätzigkeit, seinen privaten „Dienstleistungen" für die MfS-Generalität und seinem späteren mysteriösen Tod in der Suite des Palasthotels besteht, wird wohl genauso ungelöst bleiben wie die Vermutung, ob er ein Doppel- oder gar Mehrfachagent war. Zumindest ist der Mordverdacht immer noch nicht aus der Welt geräumt.

Die Verbindung Rübler – Nathan war nicht unsere einzige Bezugslinie, über die wir aus Südafrika Embargowaren erhielten. Einige andere Lieferanten benutzten gleichfalls diesen Weg, der so günstige Bedingungen für einen glaubhaften Endverbraucher-Nachweis bot. Dennoch war es alles andere als ein Kinderspiel, weil die Südafrikaner mitunter die Echtheit des Nachweises sehr ernsthaft kontrollierten.

So platzte einmal der vorgesehene Transport über Kapstadt, nur weil Siemens zum Spielverderber wurde. Der Konzern war nämlich nicht nur in Deutschland, sondern sogar in Südafrika auf seinen Ruf bedacht und sorgte sich auch hier um die Einhaltung der Embargobestimmungen. Jedenfalls hatte Siemens bei einer Lieferung den Endverbraucher besonders gründlich überprüft und Verdacht

geschöpft, daß die Ware in ein sozialistisches Land gehen soll. Sofort zogen die Westdeutschen ihre Lieferung zurück.

Überhaupt gab es für uns in Embargofragen viel sympathischere und angenehmere Hersteller als Siemens. Deshalb versuchten wir weder Beziehungen zu Siemens aufzubauen noch orientierten wir auf den Kauf seiner Erzeugnissen. Und mit Distanz verfolgten wir einige Versuche von KoKo oder des AHB Elektrotechnik, mit diesem Unternehmen zusammenzuarbeiten.

Das beste Beispiel war der Vertrag zur Lieferung einer Paketvermittlungsanlage für die DDR-Post, die den Aufbau eines Netzes zur Datenübertragung in der DDR ermöglichen sollte. Die Anlage stand im Westen unter Embargo. Ich sollte mich als erster darum kümmern und versuchte, einen Lieferanten in Westeuropa oder Japan zu gewinnen. Doch selbst die Japaner sahen sich trotz unserer guten Zusammenarbeit nicht in der Lage, eine solche Anlage zu liefern. Den Beschaffungsauftrag übernahm dann der AHB Elektrotechnik und schloß einen Liefervertrag mit Siemens ab. Diese machten die Realisierung von einer Genehmigung durch CoCom Paris abhängig, wobei man allerdings den DDR-Partner über die Chancen täuschte. Kurzum: Die Genehmigung wurde nie erteilt, und die DDR bekam die dringend benötigte Anlage für die Post bis zur Wende nicht. Meine Bedenken zur Realität der Versprechungen von Siemens, die ich vor Vertragsabschluß mit Siemens gegenüber Schalck äußerte, hatten sich bestätigt.

Versteckspiel

Caramant – Eine gefährliche Gratwanderung

„Hätte man in den USA die Rakete nicht schon geklaut und in die Sowjetunion verbracht, und wir als Caramant hätten sie liefern sollen, was ja gar nicht ausgeschlossen ist, dann wäre das ein äußerster Schwierigkeitsgrad gewesen, für den 100 Prozent Preisaufschlag in Frage kommen." Antworten solcher Art, wie die auf meine Frage, was er unter schwer zu beschaffender Embargoware verstünde, hörte ich später noch oft. Der Mann, der um derartige Sprüche nie verlegen war, hieß Christoph Brandt und war Mitarbeiter der Firma Caramant, Gesellschaft für Technik und Industrie mbH und Co. KG. in Wiesbaden.

Ich hatte ihn auf der Leipziger Frühjahrsmesse 1967 kennengelernt. Damals sprach Brandt mit dem verantwortlichen Mitarbeiter

für den Import von Produktionsausrüstungen im VEB Halbleiterwerk Frankfurt/Oder (HFO) über die Lieferung von elektronischen Bauelementen. Von Anfang an redete Brandt nicht um den heißen Brei, sondern machte uns den Mund wässrig, auch Embargowaren beschaffen zu können. Beispielsweise sei man sehr an der Lieferung von technologischen Ausrüstungen für die Herstellung von Bauelementen und besonders für Festkörperschaltkreise interessiert. Caramant, die seit zwei Jahren vergeblich versucht hatten, mit dem AHB Heim-Electric ins Geschäft zu kommen, wurden von den Frankfurtern an Anlagenimport vermittelt, weil das in unsere Zuständigkeit fiel. Also führte ich das erste Kontaktgespräch mit Christoph Brandt und betreute in der Folge Caramant. Eine Zusammenarbeit, die sich mit kurzen Unterbrechungen bis zur Wende erstreckte.

Brandt beschrieb seine Firma als ein in vier Geschäftsbereiche gegliedertes Handelsunternehmen. Caramant hätte in der Bundesrepublik gute Kontakte zu staatlichen Stellen, vor allem zum Wirtschaftsministerium, so daß man für „leichte" Embargowaren ohne Probleme Exportgenehmigungen erhalten könne. Außerdem sei kein Geschäft unmöglich, da man schwierige Embargogeschäfte über Umwege durch Zwischenschaltung ausländischer Geschäftspartner abwickeln würde. Als Beispiel für die Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit anderen Ländern nannte er den ungarischen Außenhandelsbetrieb Elektroimpex, an den man computergesteuerte Endmeßtechnik für Festkörperschaltkreise von der amerikanischen Firma Fairchild geliefert habe. Schließlich verfügte Caramant bereits über Geschäftsbeziehungen zu anderen DDR-Außenhandelsunternehmen. So verkaufte Caramant Spinndüsen aus DDR-Produktion an westdeutsche Kunstfaserproduzenten und importierte gebrauchte Werkzeugmaschinen über den AHB Intrac und vertrieb sie mit großem Erfolg und hohen Verdienstspannen in der Bundesrepublik. Ja, die DDR verfügte über große Stückzahlen „ausrangierter", aber noch funktions- und leistungsfähiger Maschinen, die von kleineren Betrieben in der BRD gern gekauft wurden – sie waren besonders preisgünstig.

Das alles klang nicht uninteressant. Um unseren Appetit anzudeuten und seinen anzuregen, übergab ich Brandt erste Spezifikationen für Meßtechnik der Firma H & P, die er uns besorgen sollte. Sodann schlug ich ein nächstes Treffen in Wiesbaden nach der Messe in Hannover vor, um die Firma und seinen Chef persönlich kennenzulernen. Wieder reagierte Brandt recht großspurig – eine

Art, die ich bald als Stil der Firma und besonders ihres Chefs kennenlernen sollte: Er könne mich zu jeder Zeit an jedem beliebigen Ort in der Bundesrepublik abholen, entweder mit dem Pkw oder mit eigenem Flugzeug, da er gegenwärtig gerade seinen Flugschein mache und dann ein Sportflugzeug besäße. Nun, ein Sportflugzeug habe ich in den folgenden Jahren weder bei ihm noch bei der Caramant gesehen. Aber wir waren mittlerweile Sprücheklopferei gewöhnt und ließen uns davon nicht sonderlich beeindrucken.

Insgesamt blieb Christoph Brandt für mich ein undurchsichtiger Mann. So informierte er mich zu späterer Zeit über seine Absicht, bei Caramant auszusteigen und eine eigene Firma zu gründen. Seine Frage, ob ich dann auch mit ihm zusammenarbeiten würde, ergänzte er mit dem dezenten Hinweis, daß meine Anstrengungen überdies entsprechend entlohnt würden. Zu dieser Firmengründung ist es nie gekommen. Vermutlich war es nur eine taktische Variante, mit diesem Unternehmen eine neue Filiale oder Schwesterfirma von Caramant zu schaffen.

Einige Jahre später, während einer Leipziger Messe, mußte ich gemäß Weisung meines Führungsoffiziers auf dem Zeiss-Messestand ein Zusammentreffen zwischen Brandt und einem Mitarbeiter der HA XVIII/8 vermitteln. Ich staunte nicht schlecht, daß beide sich bereits kannten. Also mußte Brandt – wissentlich oder unwissentlich – mit der Stasi zusammenarbeiten. Diese Vermutung wurde ich auch nicht los, nachdem Christoph Brandt Caramant verlassen und ich noch sporadischen Kontakt zu ihm hatte. Er firmierte entweder unter dem Namen CB Promotion in Maintal oder trat als Journalist auf. Seine wirkliche Rolle blieb für mich immer fraglich.

Nachdem ich mit Manfred Hardt, dem Geschäftsführer von Caramant, in Wiesbaden zum ersten Mal zusammengetroffen war, machte dieser die Geschäftsbeziehungen mit uns zur Chefsache. Oftmals besuchte er uns in Ostberlin, nicht selten ohne konkreten Anlaß.

Hardt war ein cleverer Geschäftsmann. In zahlreichen Gesprächen tastete er nicht nur unsere Rolle und Einflußmöglichkeiten innerhalb der DDR-Elektronik ab, sondern studierte auch andere Unternehmen, Betriebe und staatliche Stellen. Gemäß dem Motto, daß Beziehungen nur demjenigen schaden, der keine hat, versuchte er zudem, über uns Verbindungen zu diesen Institutionen oder zu Einzelpersonen zu knüpfen. In der Tat kannte er sich innerhalb der DDR gut aus. Er verfügte sogar über sehr gute und vertrauliche Informationen, die er nicht aus Geschäftsverhandlungen mit uns ge-

wonnen haben konnte. Auffällig war, daß sich Manfred Hardt im Laufe der Zeit immer stärker auf das Gebiet der DDR-Datenverarbeitung konzentrierte. Er kannte Details und Namen über – wie er es nannte – „eine Stelle im Ministerium für Elektrotechnik und im Staatssekretariat für Datenverarbeitung, die Importe an Datentechnik straff koordinieren“ würde. Da lag er nicht gänzlich falsch, auch wenn er irrtümlicherweise davon ausging, das von hier gleichermaßen unsere Arbeit gesteuert würde.

Bei seiner intensiven Kontaktsuche nach neuen Partnern in der DDR nahm Hardt gern meine Hilfe in Anspruch. Ihn interessierten vor allem Datenverarbeitung und Bürotechnik, das Institut für Energetik und die chemische, speziell die petrolchemische Industrie der DDR einschließlich der zugehörigen Außenhandelsbetriebe. So bemühte er sich auch um Zusammenarbeit mit Interver, einer zum Transinter-Verband gehörenden Vertreterfirma, die als Vertreter für Caramant arbeiten wollte. Doch Caramant war schon nach kurzer Zeit mit der Arbeit von Interver unzufrieden, da keine Geschäfte vermittelt wurden. Ich war hingegen in der Lage, ihm zu einem Vertrag über Meßtechnik in Höhe von über einer Million DM für den AHB Elektrotechnik zu verhelfen. Als Dankeschön schlug mir deshalb Caramant über Christoph Brandt vor, in die Kalkulation der Geschäfte einen angemessenen Betrag aufzunehmen, der meine Bemühungen abgelten sollte und über den ich dann persönlich in geeigneter Form verfügen könnte. Es sollte nicht bei diesem einmaligen Angebot bleiben.

Wenn Manfred Hardt uns in Ostberlin besuchte, drängte er uns in den Konversationen immer wieder das Thema der Strategie in der DDR-Elektronik auf. Gönnerhaft dozierte er dann: „Wir studieren die Entwicklung unserer Geschäfte sehr augenfällig und müssen dabei feststellen, daß sie immer das Modernste und Neueste kaufen und dafür vom Staat alle Mittel zur Verfügung gestellt bekommen. Es ist bei uns der Eindruck vorhanden, daß sie aus solchen Lehren, die die Chemie der DDR ziehen mußte, gelernt haben und hier wirklich eine Entwicklung zum Weltstand der Technik erreichen wollen und sich das etwas kosten lassen.“ Solche Sätze garnierte er dann und wann mit versteckten Andeutungen, daß Caramant durchaus über einen Teil unserer anderen Embargolieferanten informiert wäre. Natürlich wollte Hardt auf den Busch klopfen und unsere Reaktionen testen, was wir allerdings geschickt abblockten. Aber es war wohl alles andere als Zufall, daß Hardt mit uns gerade zu einem Zeitpunkt über Österreich plauderte und durchblicken ließ, daß ei-

nige Firmen ihre Lieferverpflichtungen uns gegenüber nicht erfüllen würden, als wir Schwierigkeiten mit Zemanek in Wien hatten.

Später bekam ich mit, daß man bei Caramant auch Kenntnis darüber hatte, daß sich die DDR um eine direkte Zusammenarbeit mit der amerikanischen Firma General Instruments bemühte oder daß mein Chef, Wolfram Zahn, IBM einen Besuch abgestattet hatte. All dies konnten nur Auskünfte sein, die Caramant von offiziellen Stellen zugespielt wurden, da selbst innerhalb dieser Firmen der Kreis der Informationsträger sehr begrenzt und für Außenstehende nicht zugänglich war.

Wir hatten also durchaus guten Grund zu der Annahme, daß Manfred Hardt von bundesdeutschen Behörden oder anderen „Institutionen" über unsere Geschäftsbeziehungen unterrichtet wurde, einschließlich meiner Reisen in den Westen. Jedenfalls notierte ich am 29. April 1970 in einem Verhandlungsbericht, „daß die Firma Caramant, vertreten durch Herrn Hardt, die Bemerkung machte, daß ich mich ja gegenwärtig recht oft in Westdeutschland aufhalten würde und wahrscheinlich auch immer mehr unterwegs sei, als zu Hause. Ich hatte tatsächlich zwei Reisen kurzfristig hintereinander nach Westdeutschland durchgeführt und die Firma Caramant konnte nur von einer solchen Reise offiziell wissen, da ich mich telefonisch von unterwegs gemeldet hatte. Es kann angenommen werden, daß eine Benachrichtigung der Fa. Caramant durch westdeutsche Behörden erfolgte, da es sich bei den Bemerkungen des Herrn Hardt nicht nur um eine schnell dahingeworfene Behauptung handelte."

Als Mann der Tat zögerte Hart auch nicht, mich gleich zu Beginn unserer Zusammenarbeit zu korrumpieren. Ich zierte mich nicht lange und hielt die Hand hin – selbstverständlich wieder nur mit Zustimmung und Duldung meines Führungsoffiziers. Einmal mehr wurde damit das Vertrauen eines Geschäftspartners in meine Person gestärkt, es ergaben sich günstige Ansatzpunkte für intensivere Kontakte, und nicht zuletzt konnte ich dadurch viel über Caramant erfahren. In gewohnter Manier hielt ich im bereits oben zitierten Verhandlungsbericht fest:

„Die Firma Caramant hat mir in den letzten Tagen einen Diaprojektor als Geschenk übermittelt. Aus einem vor Wochen bzw. vor Monaten geführten Gespräch mußte offensichtlich die Firma Caramant entnehmen können, daß ich noch nicht im Besitz eines solchen Gerätes bin. Auf Grund dessen wurde mir dieses Gerät per Post an die Adresse Sonntagstraße zugeschickt. Das Paket war in der DDR von einem Caramant-Mitarbeiter aufgegeben worden. Die

persönliche Übergabe erfolgte nach Aussage von Herrn Hardt nicht, da man mir keine Schwierigkeiten machen wollte, was doch eventl. bei einem persönlichen Mitbringen beim Überschreiten der Grenze der Fall gewesen sein könnte. Sie hätten sowieso die Erfahrung gesammelt, daß eine gute Möglichkeit zum Hereinbringen von Waren in die DDR ohne Kontrolle durch die DDR-Organe darin bestehe, wenn man Transitreisen von Westdeutschland über den Flugplatz Schönefeld dazu benutzen würde. Hier werden angeblich so gut wie keine Kontrollen durchgeführt. Er hat mir weiterhin angeboten, in bestimmten Fragen bei der Beschaffung von Gegenständen behilflich zu sein. Ich brauchte in dieser Hinsicht keine Hemmungen zu haben, man würde keinen Gebrauch davon machen, daß es sich um Sachen handelt, die man mir gibt. In den Belegen der Firma brauchte mein Name nicht in Erscheinung zu treten. Die Finanzierung würde aus Werbe- und Repräsentationskosten erfolgen, die in recht erheblichen Umfang vorhanden und deren Abrechnung die Nennung von Namen in Unterlagen, Akten u.ä. nicht erforderlich macht."

Bei Bestechung kannte Manfred Hardt wirklich keine Skrupel. Wenn ich in Wiesbaden war, übernahm er die Übernachtungskosten, übergab mir aber die Quittungen, damit ich diese in der DDR nochmals abrechnen könne. Zusätzlich überreichte er mir stets in einem verschlossenen Briefumschlag mehrere hundert Mark in bar – als „Zuschuß zu den Reisespesen". Persönliche Geschenke für mich und meine Familie wurden zu einer Selbstverständlichkeit und rundeten den Freundschaftsdienst ab. Zu Hause in der DDR dann das bekannte Procedere: Die Geldbeträge wanderten in die Kasse des MfS, die persönlichen Geschenke durfte ich behalten, sie wurden aber sorgfältig in den Stasi-Unterlagen erfaßt. Damit hatten die Genossen sicherheitshalber eine Fußangel ausgelegt ...

Da Manfred Hardt ständig neue Geschäftsfelder sondierte, wollte er mich auch in späteren Gesprächen immer wieder als inoffiziellen Vermittler neuer Transaktionen mit der DDR gewinnen. Er bot mir sogar den Abschluß einer entsprechenden Vereinbarung an, wonach er mir monatlich einen Festbetrag auf ein Konto in Westdeutschland oder der Schweiz überweisen würde. Auch auf diesen Vorschlag ging ich ein, nachdem mein Führungsoffizier abgenickt hatte. Rechneten wir doch fest damit, daß ich durch den Bakschisch erpressbar gemacht und für einen gegnerischen Geheimdienst angeworben werden sollte. Leider ging dieses strategische Planspiel des MfS nie auf. Es kam auch weder zu der angekündigten Vereinbarungen noch zur Zahlung der Festbeträge an mich. Keiner der Vor-

schläge von Caramant wurde verwirklicht, aber Manfred Hardt schmierte und korrumpierte locker weiter, als ob wir uns über alle Grundfragen einig wären.

Wenn ich mit Caramant verhandelte, waren Christoph Brandt, Manfred Hardt und dessen jüngerer Bruder meine direkten Partner. Werner Hardt war zwar nicht in die konkreten Einzelgeschäfte einbezogen, trug aber die Verantwortung für alle finanziellen Fragen der Firma. Er war ein nüchtern denkender Mensch, der bescheiden auftrat. Er wohnte mit seiner Familie in einem gepflegten, aber bescheidenen Einfamilienhaus. Das ganze Gegenteil sein Bruder Manfred. Dieser hatte das Auftreten eines typischen Neureichen. Er gab sich stets allwissend, wirkte überheblich und lebte gern auf großem Fuß. Repräsentation bedeutete ihm alles, Hauptsache edel und teuer. Er bewohnte immer luxuriöse Villen oder zeitweilig eine ganze Etage im Nobelhotel Schwarzer Bock in Wiesbaden. Der Lebensstil von Manfred Hardt prägte auch den Geschäftsstil der Firma und das Auftreten leitender Mitarbeiter. Die Büroräume waren modern und großzügig eingerichtet. Auch hier war Repräsentation angesagt.

Aber Klappern gehört nun mal zum Geschäft, und das von Caramant war nicht das schlechteste. So war Manfred Hardt an mehreren Unternehmen im Ausland beteiligt, wo er auch selbst welche unterhielt. In Österreich war es die Firma System Ingeneering Austria, in Vaduz, Liechtenstein, Interlignum und in Pforzheim die kleine Produktionsfirma für Fernsehkameras namens Systel.

Insgesamt kein schlechter Boden, um kontinuierlich mit Caramant zusammenzuarbeiten. Recht schnell wurden die Wiesbadener unser Hauptlieferant von Meßtechnik der US-Firmen H & P und Tektronix sowie der westdeutschen Firmen Rohde & Schwarz und Wandel & Goldermann. Caramant versorgte uns aus den USA mit modernen Testsystemen von Teradyn genauso wie mit Vergußmasse zum Verkapseln von Halbleiterbauelementen von Dow Corning.

Im Mai 1970 konnten wir durch Vermittlung von Caramant die Halbleiterfertigung in München besichtigen, um die praktischen Erfahrungen von Siemens beim Einsatz von Fairchild-Meßautomaten zu studieren. Natürlich nicht ohne Gegenleistung. Denn Siemens hatte sich auf unseren Besuch gut vorbereitet und von der Filiale Berlin, mit der ich seit meiner Zeit bei Heim-Electric in Verbindung stand, genaue Informationen zu meiner Person eingeholt. Dr. Buchmann, damaliger Abteilungsbevollmächtigter für Grundsatz-

fragen des Vertriebs, bat mich dann auch um Unterstützung, damit sein Unternehmen die Halbleiterfertigung in Frankfurt/Oder ansehen könne. Ein Fingerzeig dafür, daß der Konzern sehr wohl an detaillierten Informationen über die Entwicklung der Elektronikindustrie und speziell der Halbleitertechnik in der DDR interessiert war. Die Fabriktore in Frankfurt/Oder blieben jedoch für Siemens verschlossen,

Ein anderer namhafter westdeutscher Partner von Caramant war Telefunken, zum damaligen Zeitpunkt ebenfalls Produzent von Halbleitern. Caramant verkaufte sie für Telefunken mit gutem Erfolg. Als Gegenleistung hatte Telefunken angeblich schriftlich zugesichert, Erzeugnisse aus dem Produktionsprogramm der Firma Tektronix bis zu einem jährlichen Volumen von einer Million DM zu kaufen und an Caramant zu liefern, damit diese dann von Caramant in sozialistische Länder exportiert werden können.

Wir nutzten unsere Verbindungen zu Caramant insbesondere dazu, um Waren zu beschaffen, die nicht mit serienmäßigen Produkten westlicher Hersteller abgedeckt werden konnten. In einem Fall ging es um die Lieferung spezieller Farbteiler für neu zu entwikkelnde industrielle Farbfernsehkameras des VEB Studiotechnik Berlin, die im Gebäude des Zentralkomitees der SED, im Palast der Republik und bei den Sicherheitsorganen eingesetzt werden sollten. Caramant hatte als Produzenten Boxton-Beel in New-York ausfindig gemacht, einen Produzenten, der Spezialoptik für das Raumfahrt- und Rüstungsprogramm der USA herstellte. Vor allem waren die Amerikaner bereit, die Sonderfertigung zu produzieren, obgleich sie wußten, daß die Lieferungen in die DDR gingen. Besser noch: Spezialisten des VEB Studiotechnik konnten in Wiesbaden mit dem Chefingenieur der amerikanischen Firma zusammenkommen. Zugute kam uns dabei sicherlich, daß dieser Chefingenieur der Sohn eines Optikers von Zeiss Jena war, der vor dem Zweiten Weltkrieg in die USA auswanderte und noch Verwandte in Jena hatte.

Heimlich gab mir Manfred Hardt auch den Wink, daß diese US-Firma führend sei auf dem Gebiet der Periskope, also bei der Herstellung von Nachtsichtgeräten für Panzer, und keine Scheu hätte, mit anderen Ländern zusammenzuarbeiten. Er selbst würde gegenwärtig in aussichtsreichen Verhandlungen mit dem Verteidigungsministerium in Kairo stehen, um solche Apparate zu liefern, die speziell an sowjetische Panzertypen wie den T 54 angepaßt wurden. Natürlich sei er auch daran interessiert, diese Geräte in die DDR

und andere sozialistische Länder zu liefern, nur fehle ihm bei uns ein Kontaktmann, über den solche delikate Gespräche anlaufen könnten. Da ich ihm bereits einige Kontakte außerhalb unseres unmittelbaren Arbeitsgebiets vermittelt hatte, fragte er mich kurzentschlossen nach solcher Hilfeleistung.

Schnurstracks gab ich meinem Führungsoffizier Bescheid. Der reagierte anfangs sehr interessiert, pfiff mich aber schnell zurück. Mir blieb nur die Verwunderung, daß ein Embargo-Bonbon wie eine heiße Kartoffel fallengelassen wurde. Konnte ich zu diesem Zeitpunkt doch nicht ahnen, daß Manfred Hardt von 1961 bis 1967 für die Verwaltung Aufklärung beim Ministerium für Nationale Verteidigung der DDR arbeitete. Sein Auftrag: Beschaffung technischer und militärischer Informationen. Nachdem Hardt zuerst auswertbare Information geliefert hatte, entwickelte er später keine nennenswerten Aktivitäten, so daß er wieder „abgeschaltet" wurde. Ihn zu reanimieren verspürte man wenig Lust, weil die Spionageabwehr der DDR Hardt verdächtigte, daß er bereits früher nur im Auftrag eines westlichen Geheimdienstes mit der Verwaltung Aufklärung der NVA zusammengearbeitet habe. Damit war auch das Thema Periskope vom Tisch. Nur mich ließ man völlig im dunkeln tappen.

So problemlos, wie zunächst angelaufen, wurde das Geschäft mit den Farbteilern leider nicht abgewickelt. Weder wurden die ursprünglich zugesagten technischen Parameter eingehalten noch erfolgten die Lieferungen termingemäß. Die Folge – bei uns kam es zu Störungen im Produktionsprozeß. Ähnliches wiederholte sich später mehrfach. Uns drängte sich die Vermutung auf, daß Caramant bewußt solche Störungen verursachte.

Somit verdichteten sich die Anzeichen, daß Manfred Hardt nicht nur kommerziell, sondern auch nachrichtendienstlich tätig war, höchstwahrscheinlich für die CIA. Schließlich war Caramant früher schon einmal als Lieferant von amerikanischen Embargowaren aufgeflogen. Die Firma wurde zwar von den Amerikanern auf die Schwarze Liste gesetzt, durfte aber seltsamerweise weiter ungestört von US-Unternehmen beliefert werden. Hardt selbst pflegte enge persönliche Kontakte zu Amerikanern, von denen ich ein paar auf einer Party in seinem Haus in Wiesbaden kennenlernen durfte. Und nicht zuletzt hielten sich Manfred Hardt und einige seiner leitenden Mitarbeiter mehrfach für längere Zeit in den USA auf, wofür es unseres Erachtens nicht nur geschäftliche Zwänge gab.

Verständlich, daß Manfred Hardt von der Staatssicherheit verdächtigt wurde, gegen die DDR und andere sozialistischen Ländern

zu spionieren. Die Hauptabteilung XVIII/7 und andere Diensteinheiten durchleuchteten seine Aktivitäten, konnte aber keine ausreichenden strafrechtlich relevanten Beweise finden.

Mein Argwohn erhärtete sich, als ich 1970 Wiesbaden besuchte. Ich lernte damals Herrn Bergefeld, den verantwortlichen Mitarbeiter für das Werkzeugmaschinengeschäft mit der DDR, kennen. In einem Gespräch unter vier Augen mahnte er mich zur Vorsicht gegenüber seinem Arbeitgeber, denn das sei nicht nur eine Handels-, sondern eine geheimdienstlich gesteuerte Firma, und nur so wären Embargogeschäfte möglich. Er selbst fühle sich sehr unwohl bei dieser gewonnenen Erkenntnis, müsse aber mit den Wölfen heulen.

Als ich bei späteren Visiten bei Caramant Bergefeld nicht mehr entdeckte, fragte ich Werner Hardt unverfänglich nach dessen Verbleib. Seine Antwort: Bergefeld sei nicht mehr in die Außendiensttätigkeit mit dem Ostblock einbezogen, sondern nunmehr für Pipelinemontagen in der Bundesrepublik und damit auch für den Einsatz von Arbeitskräften aus sozialistischen Ländern verantwortlich. Und als ich mich bei Christoph Brandt nach Bergefeld erkundigte, meinte er vieldeutig, daß es sich bei einigen Caramant-Leuten nicht schlechthin um Fachkräfte handeln würde, sondern um Personen, die darüber hinaus offensichtlich noch andere Interessen hätten. Vorsichtig deutete er Geheimdiensttätigkeiten an, ohne zu sagen für welche Seite. Jedenfalls sei Bergefeld aus der Firma geflogen und nun in der Bundesrepublik für einen anderen Betrieb tätig. Meine Bedenken, Bergefeld könnte über die Embargogeschäfte von Caramant gegenüber den Behörden plaudern, entkräftete Brandt: „Er kann nicht mehr sagen als das, was dort ohnehin schon bekannt ist. Der Besuch von staatlichen Stellen der Bundesrepublik innerhalb der Firma Caramant ist normal und nicht selten. Mit einer solchen Sache muß man immer rechnen. Darauf sind wir vorbereitet, und das beinhaltet für uns kein Risiko."

Nun war ich nicht viel schlauer als vorher. Mit Gewißheit betrieb Caramant ein Verwirrspiel. Aber für wen und gegen wen? Arbeitete die Firma mit staatlicher Duldung und Unterstützung des Verfassungsschutzes, des BND oder der CIA, und konnte deshalb Bergefeld seine Kenntnisse nicht vermarkten? Oder arbeitete Bergefeld für den Geheimdienst der ČSSR und schleuste Agenten in den Westen? Fragen über Fragen, die wir leider nicht beantworten konnten.

Bei allem Versteckspiel wurde jedoch eins deutlich: Caramant kontaktierte mit Vorliebe Embargolieferanten, die in Schwierigkeiten geraten waren und ihren Verpflichtungen uns gegenüber nicht

mehr nachkommen konnten. Meist handelte es sich dabei nicht um Partner des Anlagenimports, sondern um solche von Hartwig Müller. Der ehemaliger Mitarbeiter der VVB Bauelemente und Vakuumtechnik war bei Exportkontakt, einer Schwesterfirma von Günther Forgber, tätig. Ohne unser Mittun, aber Hand in Hand mit der Stasi, kümmerte sich Müller gleichfalls um spezifische Importe der Mikroelektronik für das MfS als direkten Bedarfsträger. Bei den gegnerischen Geheimdiensten galt er als guter alter Bekannter. Bereits Anfang der sechziger Jahre, also in der Gründungsphase von Anlagenimport, hatte er Pionierarbeit bei der Realisierung von Embargoimporten geleistet. Mit diesen Unternehmen, meist mit Sitz in Liechtenstein und der Schweiz, arbeitete er weiter zusammen. Einer dieser früheren Lieferanten von Müller war die Firma Otavi, die Anfang der sechziger Jahre die erste Produktionsstraße für Transistoren im Halbleiterwerk Frankfurt/Oder besorgt hatte.

Zur Leipziger Frühjahrsmesse 1970 informierte mich Manfred Hardt darüber, daß die DDR mit irgendeiner Firma im Westen einen Vertrag zur Lieferung eines Prüfautomaten Teradyn T 331 abgeschlossen hätte, und daß der Partner aber nicht in der Lage wäre, das Gerät zu liefern. Er bot seine Hilfe an, obwohl er wußte, daß wir als Anlagenimport nicht der Vertragspartner waren. Wenngleich ich nichts von dem Vorgang wußte, leitet ich dieses Angebot natürlich weiter. Später sickerte die Information durch, daß sich Hartwig Müller hilfesuchend an Caramant gewandt hatte.

Bei einem Besuch im Juli 1970 in Wiesbaden erzählte mir dann Hardt, daß er das Gerät geliefert habe und daß es bereits durch einen Caramant-Spezialisten im Funkwerk Erfurt in Betrieb genommen worden sei. Fast beiläufig verkündete er, daß es ohne die wertvollen Hinweise von Hartwig Müller nicht machbar gewesen wäre, diesen festgefahrenen Vertrag wieder in Bewegung zu bringen. Und schlitzohrig ergänzte er, daß er sich nun neue Gedanken über die Realisierung von Embargoimporten machen müsse. Was er so elegant durch die Blume sagte, war ein deutlicher Fingerzeig, nicht auf uns und unsere Preisangebote angewiesen zu sein, da es in der DDR bessere Partner und Verdienstmöglichkeiten gäbe. Ich erlebte somit zum ersten Mal, wie unkoordiniert die verschiedenen Beschaffungsorgane der DDR agierten. Anstatt uns abzustimmen, warfen wir uns Knüppel zwischen die Beine, schwächten unserer Position und gaben unseren Partnern die Chance, uns gegeneinander auszuspielen. Von den Valutamitteln, die die DDR damit unnötigerweise ausgab, ganz zu schweigen.

Ein sinnfälliges Beispiel dafür war auch die illegale Beschaffung eines Maskensatzes für Leseverstärker von der Firma Texas Instruments (TI). Mit diesem Maskensatz wollten wir die Voraussetzungen schaffen, um dieses dringend benötigte Bauelement selbständig herzustellen. Manfred Hardt hatte sich verpflichtet, die Ware für uns zu besorgen und war schon in die Spur gegangen. Doch mitten in der Realisierungsphase mußte Caramant Erstaunliches feststellen: Hartwig Müller stand nämlich inzwischen im Direktkontakt mit Texas Instruments, und die Amerikaner waren unter Zwischenschaltung einer Drittfirma zur Zusammenarbeit bereit. Caramant kannte den Namen dieser Firma und brach sämtliche Beschaffungsaktivitäten für den Maskensatz sofort ab. Fürwahr, die Wiesbadener wurden in der Zusammenarbeit mit dem „Spezi" Müller selten glücklich, zumal er deren Aktivitäten mehrfach hinter ihrem Rükken durchkreuzte.

Die Geschäfte zwischen Caramant und Anlagenimport wurden von mir bis zu meinem Ausscheiden Ende 1972 fortgeführt, dann von einem anderen Mitarbeiter übernommen und liefen langsam aus. Ich brach die persönlichen Kontakte zu Manfred und Werner Hardt sowie zu Christoph Brandt auch während meiner Tätigkeit als Generaldirektor des AHB Carl Zeiss Jena nicht ab, was nicht zuletzt im Interesse des MfS war. Außerdem hatte zu diesem Zeitpunkt das Industriebüro Zeiss, das meiner Weisungsbefugnis als Generaldirektor unterstand, mit der Interessenvertretung von Caramant in der DDR begonnen.

Später, als Generaldirektor des AHB Elektronik, nahm ich wieder offizielle Kontakte zu Caramant auf. Im geringen Umfang kauften wir beispielsweise über eine Schwesterfirma von Caramant in der Schweiz Schaltkreise und andere elektronische Bauelemente. Manfred Hardt trat dabei nur wenig in Erscheinung. Zwischen uns herrschte auf einmal eine völlig veränderte Atmosphäre: formal und kühl, als hätten wir beide keine gemeinsame Vergangenheit. Er unternahm keinerlei Versuche, die alten Verbindungen wieder zu beleben und hatte auch kein großes Interesse, die Zusammenarbeit auszuweiten. Für dieses Verhalten fand ich keine Erklärung. Die geschrumpften Geschäftsbeziehungen wurden auf Mitarbeiterebene abgewickelt. Ich fühlte mich irgendwie erleichtert, für mich war eine gefährliche Gratwanderung beendet Ich konnte noch nicht wissen, daß sie noch weitergehen sollte.

Alles, was wir über Caramant in Erfahrung bringen konnten, was Manfred Hardt und seine Mitarbeiter trieben und äußerten, ging natürlich postwendend zur Staatssicherheit. Dort wurden die Berichte von der HA XVIII/8 gründlich ausgewertet, ebenso die gleichlautenden Auskünfte von zahlreichen anderen Verhandlungspartnern Hardts aus dem Außenhandel und der Industrie der DDR. Und wen wundert's – dabei war auch stets die Rede von fortlaufenden Bestechungsversuchen durch Manfred Hardt. Ich war also kein Einzelfall.

Wie in einem Papier der Hauptabteilung XVIII/8 festgehalten wurde, erhärteten alle diese Berichte „das Ausgangsmaterial zur Fa. Caramant. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit einer weiteren Aufklärung der Verbindungen der Firma in die DDR". Und in Auswertung eines meiner Verhandlungsberichte wurde auch die Rolle definiert, die ich laut Drehbuch zu spielen hatte: „Mit dem IMS Saale wurde ein Eingehen auf das Angebot von Brandt festgelegt. (Motiv: materielle Interessen, große Familie, Stagnieren der beruflichen Entwicklung – Gründe: Vorzeitige Abberufung aus Kairo, Kündigung im Außenhandel) – Forderung nach persönlicher Sicherheit."

Um Manfred Hardt kümmerte man sich ganz besonders. Er wurde unter „operative Personenkontrolle" (OPK) mit der Vorgangsbezeichnung „Karat" gestellt, das heißt er wurde laufend überwacht. Um festzustellen, ob er gegen die DDR spioniert, gab man sich jedoch damit nicht zufrieden. So nahm neben der Berliner Zentrale die Bezirksverwaltung (BV) Suhl des MfS ihrerseits Caramant mit dem Operativvorgang „Kristall" unter Bearbeitung.

Aber sämtliche Recherchen und Observationen brachten keine strafrechtlich verwertbaren Ergebnisse. Die Stasi stellte 1988 ihre „operative Personenkontrolle" ein und schwenkte auf eine andere Taktik um. Das Ganze nannte sich dann „operative Nutzung" von Manfred Hardt. Die Fußangeln dafür waren – wie schon erwähnt – längst ausgelegt. Wozu hatte man schließlich die umfangreiche Dokumentation angelegt, in der die zahlreichen Bestechungs- und Korruptionshandlungen von Manfred Hardt gegenüber mehreren DDR-Wirtschaftskadern fein säuberlich festgehalten waren, eines Tatbestandes übrigens, der laut Strafgesetzbuch der DDR kriminell war.

Am 19. April 1988 schnappte die Falle zu. Manfred Hardt wurde in das konspirativen Objekt „Kiefer" in Blankenfelde bei Berlin gebracht und dort von Offizieren der HA XVIII/8 und HA IX/3, der

Untersuchungsabteilung des MfS, in die Mangel genommen. Seine Schmiergeldaffären lagen als Beweis auf dem Tisch, er hatte keine Chance zu leugnen. Um einer strafrechtlichen Verfolgung entgehen zu können, legten ihm die Stasi-Offiziere nahe, zur „Wiedergutmachung“ ein „Bußgeld“ zu zahlen. Natürlich erklärte sich Hardt damit einverstanden. Er war keine Ausnahme, die Erpressung solcher „Wiedergutmachungsleistungen“ gehörte zur standardmäßigen Ausrüstung der MfS-Trickkiste. Die Gelder flossen stets in Mielkes „Kriegskasse“.

Damit war allerdings für Manfred Hardt die Sache längst nicht ausgestanden. Bei zahlreichen weiteren Treffen mit MfS-Offizieren wurde er für eine Zusammenarbeit weichgeklopft. Er wurde als IM von der HA XVIII/8 erfaßt und von einem Mitarbeiter dieser Abteilung geführt. Hardt verpflichte sich in der Folge wieder Embargowaren, wissenschaftlich-technische Informationen und Unterlagen zu liefern. In der Praxis sah das aber anders aus.

Artur Wenzel, mein Führungsoffizier und Chef der Abteilung 8 in der HA XVIII, informierte mich über die Kontakte der „Firma“ zu Manfred Hardt, freilich ohne mich in Details einzuweihen. Er erzählte mir auch, daß es bei der „Unterredung“ mit Hardt auch um die Korruptionshandlungen mir gegenüber ging. Aber Manfred Hardt hätte sich mir gegenüber sehr loyal verhalten und sich nur positiv über mich geäußert. Ich wiederum fand, daß meine bisherige Ehrlichkeit gegenüber meinem Führungsoffizier in Sachen Caramant nun bestätigt wurde. Das war nach der Gratwanderung in der Vergangenheit für mich sehr wichtig.

Obwohl Manfred Hardt die Stasi im Nacken hatte und sich redliche Mühe gab, konnten wir von seiner Seite bis auf ein paar Bauelemente keine nennenswerten Lieferungen mehr verzeichnen. Er bemühte sich wohl auch nicht ernsthaft um eine Leistungssteigerung. Ich vermutete damals, daß er an die Grenzen seiner Möglichkeiten gestoßen war, zumal sich inzwischen die Voraussetzungen für solche Geschäfte entscheidend verändert hatten und unsere Anforderungen an den zu beschaffenden Ausrüstungen enorm gestiegen waren.

Dennoch versuchten wir immer wieder, eine langfristige Zusammenarbeit mit Caramant aufzubauen. Die Ermunterung dazu kam von Artur Wenzel. Zugleich koordinierte er persönlich alle Aktivitäten von Manfred Hardt, wobei ich nicht genau wußte, ob er stets selbst mit ihm zusammentraf. Wenzel kündigte mir nur immer vorher an, wann Hardt wieder bei mir vorsprechen würde. Er verriet

mir auch immer das Gesprächsthema und die Vorschläge, die Hardt mir in der jeweiligen Verhandlung unterbreiten wolle. Also waren alle Fragen vorher zwischen der Stasi und Hardt abgestimmt, ich selbst hatte in den Besprechungen nur noch begrenzte Entscheidungsmöglichkeiten. Im nachhinein nicht mehr als ein lustiges Ringelspiel, allerdings ein sehr zeit- und kräfteraubendes.

Um ein solches handelte es sich auch 1988, als mir Wenzel vorschlug, eine neue Bezugslinie in Südkorea aufzubauen. Das sollte unter Vermittlung und aktiver Mitarbeit von Manfred Hardt geschehen, der angeblich über die erforderlichen Verbindungen verfügte. Gemeinsam mit Hardt und einigen ausgewählten DDR-Mikroelektronikexperten sollte ich im Januar 1989 nach Südkorea fliegen, um dort Fertigungsstätten in Augenschein zu nehmen und Kontakte für die weitere Zusammenarbeit zu knüpfen. Da ich immer noch aus Sicherheitsgründen Reiseverbot hatte, sollte ich genau wie für Japan vom MfS eine Ausnahmegenehmigung erhalten. Aus dem Gespräch mit Wenzel konnte ich entnehmen, daß er alle Fragen bereits detailliert mit Hardt abgesprochen hatte. Tatsächlich kam dann Hardt mit dem bereits bekannten Sachverhalt zu mir und unterbreitete ihn als seinen Vorschlag. In der Folge verhandelten wir mehrfach über dieses wichtige Projekt, wobei Hardt immer wieder neue Argumente dafür fand, daß sich alle geplanten Aktivitäten verzögerten. Ich wußte nicht genau, ob er nicht wollte oder nicht konnte. Doch mein Führungsoffizier akzeptierte meine Zweifel nicht und verordnete weiter Optimismus. Bis zum Herbst 1989 ...

Trotz dieses sich bereits abzeichnenden Desasters wurde Hardt beauftragt, den Besuch einer Expertengruppe der DDR bei BASF vorzubereiten und zu organisieren. Bei der Besichtigung der Fertigungsstätten für Festplattenspeicher – an der Spitze der DDR-Delegation stand übrigens Staatssekretär Nendel – nahm Hardt dann auch persönlich teil. Das geschah zu einem Zeitpunkt, als für ein solches Importvorhaben bereits von den Speziellen Beschaffungsorganen der Stasi und BIEG die Verträge mit der Robert Placzek AG abgeschlossen waren. Man fuhr also einmal mehr doppelgleisig. Jedenfalls übergab Hardt einen internen Abschlußbericht der BASF-Konzernspitze über diesen Besuch von Nendel an die Stasi. Dort wurde er als inhaltlich nicht wertvoll eingeschätzt, bevor ihn mir Wenzel übergab, damit ich ihn an Nendel zur Auswertung weiterleiten konnte.

Auch die Informationen und Unterlagen aus dem Technologiebereich, die Hardt in der Folgezeit an das MfS lieferte, wurden alle unter der Kategorie „nicht besonders wertvoll“ und „nicht auf-

schlußreich“ eingestuft. Zum Teil handelte es sich nur um ausführliches Prospektmaterial oder um Artikel aus Fachzeitschriften, die allgemein zugänglich waren. Das konnte das MfS keinesfalls zufriedenstellen, aber wahrscheinlich wollten die Genossen Hardt langfristig als Agent aufbauen.

Nach der Wende wurde gegen Manfred Hardt ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts geheimdienstlicher Agententätigkeit durchgeführt. Das Oberlandesgericht Frankfurt am Main stellte fest, daß das Verhalten von Manfred Hardt ab April 1988 strafrechtlich relevant sei und er sich gegenüber dem MfS zu einer geheimdienstlichen Tätigkeit gegen die Bundesrepublik bereiterklärt und bis 1989 Gegenstände und Erkenntnisse für einen Nachrichtendienst der DDR geliefert habe. Allerdings wurde durch Beschluß vom 3. September 1992 das Ermittlungsverfahren gegen eine Geldbuße von 100.000 DM eingestellt. Das Gericht sprach von einer „geringen Schuld“ und ging davon aus, daß „das öffentliche Interesse an der Strafverfolgung des bisher unbestraften Kaufmanns (...) durch eine Geldzahlung an die Staatskasse beseitigt werden“ könnte.

Präsente über Genex

Der Import von Embargo-Bauelementen

Die Wiederholung mag manchem müßig erscheinen, doch die Wirtschaft der DDR war keine Wüstenei. Und in der Elektronikbranche arbeiteten gewiß keine Holzfäller, denn sonst hätten sich nicht nach der Wende Siemens und andere führende Mikroelektronik-Produzenten um den Standort Dresden gerangelt, um dort ein Zentrum modernster Hochtechnologie der Mikroelektronik aufzubauen. Dort arbeiten heute die gleichen Wissenschaftler, Ingenieure und Facharbeiter wie zu DDR-Zeiten.

So ist es eine Tatsache, daß die meisten elektronischen Bauelemente in der DDR produziert wurden. Aber die Produktionskapazitäten reichten oft nicht aus, moderne Schaltkreise befanden sich noch im Entwicklungsstadium oder waren erst als Prototypen vorhanden. Dann mußten sie eben aus dem Ausland besorgt werden.

Unser Handelsbereich 4 importierte elektronische Bauelemente für alle Bereiche der Volkswirtschaft der DDR, für Forschungseinrichtungen und die sogenannten Sonderbedarfsträger. Diese Einfuhren, auch LVO-Importe genannt, waren für die „bewaffneten Organe“ bestimmt, also für die Nationale Volksarmee, das Ministerium

für Staatssicherheit und das Ministerium des Innern, sprich Volkspolizei und Zoll.

Die meisten der von uns benötigten Bauelemente unterlagen nicht dem Embargo. Anders freilich hochintegrierte Speicherschaltkreise und schnelle Mikroprozessoren – sie standen auf den CoCom-Listen. Trotz des Embargos war ihre Beschaffung recht einfach. Elektronische Bauelemente werden von Konzernen, mittleren und kleineren Geräteproduzenten oder von Servicewerkstätten benötigt. Nur Großabnehmer beziehen direkt vom Hersteller, alle anderen kaufen bei den Groß- oder bei kleineren Fachhändlern. Eine Kontrolle des Verbleibs der Ware über den Kreis der Händler ist kaum möglich, denn oft werden auch größere Stückzahlen über den Ladentisch verkauft. Nur bei wenigen speziellen Bauelementen mußten die Großhändler bei ihrem Einkauf dem Hersteller einen Nachweis über die weitere Verwendung, also ein end-user-certificat, vorlegen.

So ist es nicht verwunderlich, daß die Embargolieferanten elektronischer Bauelemente in der Regel Fachhändler waren. Noch in den sechziger Jahren lieferten die Hersteller in der Bundesrepublik, ob Embargo oder nicht, nicht direkt in den Osten, sondern schalteten Zwischenhändler ein, die autorisiert im Alleinvertrieb arbeiteten. Erst später, nachdem der „innerdeutsche Handel" vom Westen nicht mehr so diskriminiert und reglementiert wurde, nahmen die Bauelementekonzerne Direktbeziehungen zum DDR-Außenhandel auf und kündigten die Vertretungen durch die Handelsfirmen. Diese wurden damit brotlos und begannen sich als Embargolieferanten zu profilieren, da die Konzerne auf dieser Strecke zumindest übervorsichtig waren.

Meist rekrutierten wir als unsere Lieferanten von Bauelementen Fachhändler aus Westdeutschland und Westberlin und nicht aus anderen Ländern. Denn diese Geschäfte waren äußerst schnellebig, oft stand alles unter Termindruck, knappe Reaktionszeiten und kurze Lieferwege waren erforderlich. Nur selten wurden Speditionen eingeschaltet, vielmehr brachten die Händler selbst die Ware in die DDR. Zu den Lieferanten von Bauelementen in Westberlin gehörten solche Handelsfirmen wie Cerdip Vertrieb von elektronischen Bauelementen GmbH, elmitec electronic components, SEV Electronic Vertriebs-GmbH und die Berliga, um nur einige zu nennen.

Die Mehrzahl der Lieferanten waren Fachhändler ohne Lager und mit wenigen Beschäftigten, wenn nicht sogar Einmann-Firmen. Ihre Partner saßen nicht nur in der DDR, sondern im gesamten Ostblock. Um die illegalen Transaktionen zu tarnen, betrieben sie auch

im geringen Umfang Inlandsgeschäfte. Aber hauptsächlich lebten sie von der Weiterleitung von Bauelementen an uns. Es waren vorzügliche Geschäfte, denn das Umsatzvolumen allein mit uns betrug für einen Lieferanten jährlich mehrere Millionen DM, und die Verdienstspannen waren wesentlich höher als im Inlandsgeschäft. Das verleitete den einen oder anderen Embargolieferanten, sich den Bearbeiter in der DDR gegenüber erkenntlich zu zeigen: ein kleines Geschenk als Dankeschön für einen erhaltenen Auftrag, eine winzige Aufmerksamkeit, um eine neue Besorgung übernehmen zu können, eine nette Aufwandsentschädigung, weil Provision oder Preis überdurchschnittlich hoch waren.

Wir wußten dies natürlich und hatten vorgesorgt. So gab es in unserem Handelsbereich 4 eine klare Regelung, wie mit Geschenken und Zuwendungen von Geschäftspartnern zu verfahren ist. Wertvolle Geschenke und höhere Geldbeträge waren zurückzuweisen. Präsente „im geschäftsüblichen Rahmen", etwa anläßlich eines Geburtstages oder zu Weihnachten, durften angenommen, mußten aber im Verhandlungsbericht gemeldet werden. Diese „Aufmerksamkeiten" wurden erfaßt, aber meist dem Empfänger überlassen. Nur wenige Gegenstände wurden eingezogen. Wenn sie dafür geeignet waren, übergaben wir sie einem Kinderheim zur Nutzung, wenn nicht, führten wir sie an KoKo ab, z. B. Uhren, Schmuck aus Edelmetallen usw. Eingezogen wurden besonders wertvolle Geschenke oder dann, wenn sich solche bei einem Mitarbeiter anhäuften. Das war eine großzügige Regelung, wie sie sonst im Außenhandel nicht praktiziert wurde. Wir setzten auf die Integrität und Ehrlichkeit unserer Mitarbeiter. Doch manchmal war es um die „sozialistische Moral" nicht gut bestellt.

Zu denen, die das gnadenlos ausnutzten, gehörte u. a. die Westberliner Firma Systemzubehör. Seit 1986 hatte sie uns Bauelemente mit einem Umsatz von 15 Mio. DM geliefert. Die beiden Inhaber, die auch die alleinigen Verhandlungspartner unseres zuständigen Kontors 42 waren, erfreuten sich der fürsorglichen Betreuung durch die Stasi, standen also unter „operativer Personenkontrolle". Die Codeworte für diese OPK waren „Grand I" und „Grand II". Jedenfalls fanden die MfS-Aufklärer schnell heraus, daß sich die beiden regelmäßig mit drei Mitarbeiterinnen unseres Kontors 42 außerhalb Berlins trafen und ihnen dort wertvolle Sachgeschenke überreichten. Also wurden die Kolleginnen gleichfalls unter die Lupe genommen und unter den Codewörtern „Amsel I, II und III" längere Zeit vom MfS observiert. Auch ich wurde in abgestimmte Kon-

trollmaßnahmen am Arbeitsplatz einbezogen, nach Arbeitsschluß wurden die Schreibtische der Mitarbeiter durchsucht und Akten fotokopiert. Wir wurden rasch fündig: Die Damen waren von den Westberlinern mit Farbfernsehern bestochen worden und Pkws wurden zur Lieferung über Genex, dem Geschenkdienst der DDR gegen Valutaüberweisungen aus dem Westen, angeboten.

Im Ergebnis der Ermittlungen durch die Untersuchungsabteilung der Staatssicherheit verzichtete man großherzig auf eine strafrechtliche Verfolgung der Beteiligten. Die beiden Firmeninhaber durften zur „Wiedergutmachung" ein „Bußgeld" in Höhe von 340.000 DM zahlen. Zwei Mitarbeiterinnen wurden von mir fristlos entlassen, die dritte wurde auf Empfehlung des MfS nur verwarnt und weiterbeschäftigt, da sie während der Ermittlung konstruktiv zur Aufklärung beigetragen hatte.

Natürlich waren solche kriminellen Handlungen nicht typisch, weder für unsere Mitarbeiter noch für die Lieferanten. Doch die Korruptionsgefahr schwebte stets wie ein Damoklesschwert über KoKo, dem Außenhandel und dem Haus der Elektroindustrie. Zudem drohten andere Fährnisse und Risiken, beispielsweise aus merkwürdigen Allianzen.

Eine solche war der Geschäftsführer von Cerdip, Jürgen R. Potera, eingegangen. Unter unseren Geschäftspartnern war er eine der schillerndsten Figuren. Er handelte nicht nur mit Bauelementen, sondern auch mit Ausrüstungen, Computer- und Meßtechnik. Er war mit der DDR sowie mit anderen sozialistischen Ländern im Geschäft. Er belieferte nicht nur unseren Handelsbereich 4 mit Embargowaren, sondern vor allem die „Speziellen Beschaffungsorgane" der Stasi. Er verfügte über enge Verbindungen sowohl zu Wolfram Zahn als auch zur HA XVIII/8. Als wir einmal technische Probleme mit einer Embargolieferung von Potera an die Zentralstelle für Forschungsbedarf des Ministeriums für Wissenschaft und Technik der DDR hatten, wandte sich Potera hilfesuchend an seinen Kontaktoffizier in der HA XVIII/8. Wie ein Bumerang landete das von dort wieder auf meinen Tisch. Für uns war das Anlaß genug, die Zusammenarbeit mit Potera einzuschränken. Denn eine solche Einflußnahme auf unsere Geschäftstätigkeit, außerdem hinter unserem Rücken und mit Gefälle „von oben nach unten", war gar nicht nach unserem Geschmack. Es schränkte unseren Verhandlungsspielraum ein, nahm uns aber nicht unsere alleinige Verantwortung ab.

Ein ähnlich bunter Vogel war auch Reinhard K. Kroll. Wir hatten ihn bereits Anfang der sechziger Jahre kennengelernt, als Elektronik

Export-Import spezifische Embargobauelemente von der US-Firma Comspace bezog. Comspace, in Deutschland durch ihren in Westberlin wohnenden Mitarbeiter Michael G. Wolf vertreten, konnte nicht mehr direkt liefern. Präsident Becker kam in die DDR, um uns einen neuen Vorschlag zu unterbreiten. Als Dolmetscher brachte Becker den Westdeutschen Kroll mit. Becker regte an, daß zukünftig Wolf mit einer eigenen Firma als unser Lieferant für die Comspace-Erzeugnisse auftreten sollte, was wir akzeptierten.

Zu diesem Zeitpunkt versuchte die USA-Botschaft in der DDR zu uns Direktkontakte zu knüpfen. Offensichtlich hatten die Amerikaner von unseren Embargogeschäften mit Comspace Lunte gerochen. An solchen Kontakten waren wir natürlich keinesfalls interessiert, sie konnten unsere Arbeit nur stören und uns verstärkt ins Blickfeld der COCOM-Behörden rücken. Also setzten wir weiter auf unsere Beschaffungslinie Wolf. Nachdem die Comspace-Geschäfte über ihn gut angelaufen waren, wurde Wolf plötzlich von Kroll aus dem Geschäft gedrängt, und zwar mit Hilfe einer dritten Seite, die für uns aber im Dunkeln blieb.

Natürlich wollte sich Michael G. Wolf den Handel mit uns nicht so einfach vermiesen lassen. Er versuchte, ins Geschäft zurückzudrängen, wobei er den dummen Fehler beging, uns unter Druck zu setzen. Außerdem wurde er unseriös und schwatzte indiskret über unsere Arbeit gegenüber Dritten. Es dauerte nicht lange, und er war in der DDR weg vom Fenster. Er gab sein Handelsunternehmen auf und wurde Mitarbeiter in der Firma elmitec, mit der wir ebenfalls kooperierten. Da elmitec seine Aufträge von uns nicht verlieren wollte, entsprachen sie unserer drängenden Bitte und bezogen Wolf in die Zusammenarbeit mit uns nicht ein.

Kroll wiederum arbeitete unter verschiedenen Firmennamen wie WICO GmbH Dietzenbach/Frankfurt und Kroll & Co Economical and Industrial Cooperation Ltd. Dietzenbach/Frankfurt. Doch auch mit ihm verlief die Zusammenarbeit alles andere als erfreulich. So versuchte Kroll mehrfach, zu unseren Bedarfsträgern Direktbeziehungen aufzubauen und gewonnene Auskünfte gegen uns auszuspielen. Weiterhin jonglierte er stets mit internen Informationen über unsere Geschäfte und unser Auftreten gegenüber anderen Lieferanten. Dieses Insiderwissen konnte er nicht selbst gewonnen haben, sondern es mußte ihm von Kennern der Embargo-Szene im Westen zugespielt worden sein.

Diese Einsicht sowie Krolls gesamter Geschäftsstil ließen den Verdacht reifen, daß seine Arbeit wahrscheinlich durch die CIA ge-

trollmaßnahmen am Arbeitsplatz einbezogen, nach Arbeitsschluß wurden die Schreibtische der Mitarbeiter durchsucht und Akten fotokopiert. Wir wurden rasch fündig: Die Damen waren von den Westberlinern mit Farbfernsehern bestochen worden und Pkws wurden zur Lieferung über Genex, dem Geschenkdienst der DDR gegen Valutaüberweisungen aus dem Westen, angeboten.

Im Ergebnis der Ermittlungen durch die Untersuchungsabteilung der Staatssicherheit verzichtete man großherzig auf eine strafrechtliche Verfolgung der Beteiligten. Die beiden Firmeninhaber durften zur „Wiedergutmachung" ein „Bußgeld" in Höhe von 340.000 DM zahlen. Zwei Mitarbeiterinnen wurden von mir fristlos entlassen, die dritte wurde auf Empfehlung des MfS nur verwarnt und weiterbeschäftigt, da sie während der Ermittlung konstruktiv zur Aufklärung beigetragen hatte.

Natürlich waren solche kriminellen Handlungen nicht typisch, weder für unsere Mitarbeiter noch für die Lieferanten. Doch die Korruptionsgefahr schwebte stets wie ein Damoklesschwert über KoKo, dem Außenhandel und dem Haus der Elektroindustrie. Zudem drohten andere Fährnisse und Risiken, beispielsweise aus merkwürdigen Allianzen.

Eine solche war der Geschäftsführer von Cerdip, Jürgen R. Potera, eingegangen. Unter unseren Geschäftspartnern war er eine der schillerndsten Figuren. Er handelte nicht nur mit Bauelementen, sondern auch mit Ausrüstungen, Computer- und Meßtechnik. Er war mit der DDR sowie mit anderen sozialistischen Ländern im Geschäft. Er belieferte nicht nur unseren Handelsbereich 4 mit Embargowaren, sondern vor allem die „Speziellen Beschaffungsorgane" der Stasi. Er verfügte über enge Verbindungen sowohl zu Wolfram Zahn als auch zur HA XVIII/8. Als wir einmal technische Probleme mit einer Embargolieferung von Potera an die Zentralstelle für Forschungsbedarf des Ministeriums für Wissenschaft und Technik der DDR hatten, wandte sich Potera hilfesuchend an seinen Kontaktoffizier in der HA XVIII/8. Wie ein Bumerang landete das von dort wieder auf meinen Tisch. Für uns war das Anlaß genug, die Zusammenarbeit mit Potera einzuschränken. Denn eine solche Einflußnahme auf unsere Geschäftstätigkeit, außerdem hinter unserem Rücken und mit Gefälle „von oben nach unten", war gar nicht nach unserem Geschmack. Es schränkte unseren Verhandlungsspielraum ein, nahm uns aber nicht unsere alleinige Verantwortung ab.

Ein ähnlich bunter Vogel war auch Reinhard K. Kroll. Wir hatten ihn bereits Anfang der sechziger Jahre kennengelernt, als Elektronik

Export-Import spezifische Embargobauelemente von der US-Firma Comspace bezog. Comspace, in Deutschland durch ihren in Westberlin wohnenden Mitarbeiter Michael G. Wolf vertreten, konnte nicht mehr direkt liefern. Präsident Becker kam in die DDR, um uns einen neuen Vorschlag zu unterbreiten. Als Dolmetscher brachte Becker den Westdeutschen Kroll mit. Becker regte an, daß zukünftig Wolf mit einer eigenen Firma als unser Lieferant für die Comspace-Erzeugnisse auftreten sollte, was wir akzeptierten.

Zu diesem Zeitpunkt versuchte die USA-Botschaft in der DDR zu uns Direktkontakte zu knüpfen. Offensichtlich hatten die Amerikaner von unseren Embargogeschäften mit Comspace Lunte gerochen. An solchen Kontakten waren wir natürlich keinesfalls interessiert, sie konnten unsere Arbeit nur stören und uns verstärkt ins Blickfeld der CoCom-Behörden rücken. Also setzten wir weiter auf unsere Beschaffungslinie Wolf. Nachdem die Comspace-Geschäfte über ihn gut angelaufen waren, wurde Wolf plötzlich von Kroll aus dem Geschäft gedrängt, und zwar mit Hilfe einer dritten Seite, die für uns aber im Dunkeln blieb.

Natürlich wollte sich Michael G. Wolf den Handel mit uns nicht so einfach vermiesen lassen. Er versuchte, ins Geschäft zurückzudrängen, wobei er den dummen Fehler beging, uns unter Druck zu setzen. Außerdem wurde er unseriös und schwatzte indiskret über unsere Arbeit gegenüber Dritten. Es dauerte nicht lange, und er war in der DDR weg vom Fenster. Er gab sein Handelsunternehmen auf und wurde Mitarbeiter in der Firma elmitec, mit der wir ebenfalls kooperierten. Da elmitec seine Aufträge von uns nicht verlieren wollte, entsprachen sie unserer drängenden Bitte und bezogen Wolf in die Zusammenarbeit mit uns nicht ein.

Kroll wiederum arbeitete unter verschiedenen Firmennamen wie WICO GmbH Dietzenbach/Frankfurt und Kroll & Co Economical and Industrial Cooperation Ltd. Dietzenbach/Frankfurt. Doch auch mit ihm verlief die Zusammenarbeit alles andere als erfreulich. So versuchte Kroll mehrfach, zu unseren Bedarfsträgern Direktbeziehungen aufzubauen und gewonnene Auskünfte gegen uns auszuspielen. Weiterhin jonglierte er stets mit internen Informationen über unsere Geschäfte und unser Auftreten gegenüber anderen Lieferanten. Dieses Insiderwissen konnte er nicht selbst gewonnen haben, sondern es mußte ihm von Kennern der Embargo-Szene im Westen zugespielt worden sein.

Diese Einsicht sowie Krolls gesamter Geschäftsstil ließen den Verdacht reifen, daß seine Arbeit wahrscheinlich durch die CIA ge-

steuert wurde. Die Güterabwägung fiel uns nicht schwer: Einerseits war er als Lieferant für uns von geringer Bedeutung, andererseits konnte Krolls mögliche Spionagetätigkeit für einen westlichen Dienst der DDR durchaus zum Schaden gereichen. Also fuhren wir die Zusammenarbeit mit ihm langsam gegen Null.

Ungeachtet dessen verschwand Reinhard K. Kroll nicht von der Bildfläche. Man konnte ihn noch oft im Ostberliner Palasthotel treffen oder auf den Transitstrecken, wenn er gen Osten reiste.

Donnerwetter beim Staatssekretär

Die Zusammenarbeit mit den Beschaffungslinien der SBO

Wie schon mehrfach belegt, waren KoKo und unser Handelsbereich 4 unmittelbar in das engmaschige Netz der Staatssicherheit eingebunden, wo auch verschiedene MfS-Abteilungen existierten, die sich die Besorgung von Embargogütern auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Da gab es nicht nur Abstimmung und Arbeitsteilung, sondern auch Unterschiede in der Aufgabenstellung und nicht zuletzt Konkurrenz und Geheimniskrämerei.

Hand in Hand arbeiteten beispielsweise die Hauptverwaltung Aufklärung (HVA), zuständig für Aufklärung und Spionage im Westen, und die Hauptabteilung XVIII, die eigentlich für die „geheimdienstliche Absicherung der Volkswirtschaft" verantwortlich war. Als etwa Oberst Wenzel am 8. Januar 1986 die Arbeitsergebnisse der HA XVIII/8 abrechnete, nannte er stolz die von seiner Truppe geführten Quellen „Leo I" und „Leo II", die über Jahre Unterlagen und Informationen von militär-wissenschaftlichen Tagungen, von Kongressen westeuropäischer und amerikanischer Konzerne und Wissenschaftseinrichtungen sowie aus den Bereichen Infrarottechnik, Optoelektronik, Wärmebildtechnik und NATO-Kampftechnik beschafft hatten.

Eigene versteckte Wege gingen die Speziellen Beschaffungsorgane des Sektors Wissenschaft und Technik (SWT) der HVA, von uns kurz SBO genannt. Deren Bezugslinien wurden natürlich vom MfS streng geheimgehalten und waren uns im Grunde genommen nicht bekannt. Wir hatten auch keine direkten Verbindungen zu den SBO. Aber geschwätzig wie die Welt nun mal ist, konnten wir aus Indiskretionen einiger unserer Lieferanten entnehmen, wer von ihnen an der Angelschnur der Stasi hing. Die strenge Konspiration begründete das MfS damit, daß diese Beschaffungslinien meist

nicht nur Embargowaren heranschleppten, sondern für die Aufklärung arbeiteten, sprich Spionagetätigkeit ausübten. Sie kundschafteten im Westen die verschiedensten Wirtschaftsbereiche, besonders Militärtechnik und Rüstungsindustrie, aus und besorgten illegal wissenschaftlich-technische Erkenntnisse und Dokumentationen. Unser Handelsbereich 4 war nicht in die Aktivitäten der HVA einbezogen, das heißt von uns spionierte niemand im klassischen Sinne, und von Militärtechnik und Rüstungsindustrie ließen wir die Finger.

Im Gegensatz zu uns als offizieller Außenhandelsbetrieb der DDR agierten die MfS-eigenen Firmen und Unternehmen, über die die SBO ihre Geschäfte abgewickelten, im dunklen. Bis zur Wende blieben mir diese MfS-Betriebe unbekannt – bis auf zwei Ausnahmen.

Der eine war Intertechna mit seinem Geschäftsführer Herbert Brosch. Er war Anfang der sechziger Jahre bei Heim-Electric stellvertretender Direktor in dem damals von mir geleiteten Kontor für Rundfunk- und Fernsehgeräte. Intertechna verfügte über beste Kontakte zu IBM und importierte aus Japan Testsysteme für das Kombinat Mikroelektronik. Durch Zufall – oder besser gesagt, weil man irgendwo „oben" schlecht koordiniert hatte – stießen wir mit unseren Expertengruppen im Flugzeug nach Japan aufeinander. Also selbst in Japan, unserer Domäne, arbeiteten die Beschaffungsorgane des MfS unabgestimmt und sicherlich nicht zum ökonomischen Vorteil für das DDR-Staatssäckel. Interessant an diesem Zusammentreffen war, daß der eine MfS-Experte ein Ingenieur des Kombinates Mikroelektronik war, der gleichzeitig als unser Experte für Meßtechnik im Taiwan-Geschäft tätig war.

Die andere MfS-Firma war Günther Forgber. Günther Forgber war eine Vertreterfirma und in dieser Funktion arbeiteten wir eng mit ihr zusammen. Sie vertrat auch Firmen, die unsere Lieferanten waren und zum Teil auch Embargowaren lieferten. Wenn allerdings seit der Wende in den Medien oft davon gesprochen wird, daß Forgber einer der wichtigsten Embargolieferanten für die DDR war, ist dies falsch. Vielmehr benutzte Wolfram Zahn den Namen von Forgber, um als verlängerter Arm der Speziellen Beschaffungsorgane für die Stasi Embargoimporte zu realisieren, was früher auch der Anlagenimport getan hatte. Forgber selbst verfügte gar nicht über das Personal, um größere Embargogeschäfte eigenständig abzuwickeln.

Als „Kampfgenossen" zogen wir wohl alle an einem Strang, aber wir waren recht unterschiedliche Brüder, auch innerhalb der Staatssicherheit. Während bei uns im H 4 nichts ohne die Hauptabteilung XVIII/8 ging, mußte diese wiederum sämtliche Verhandlungsbe-

richte, Firmenanalysen und alle Informationen über unsere Geschäfte und Geschäftspartner den SBO in Kopie übergeben. Sie wurden dort nochmals gründlich ausgewertet und standen dann im Prinzip der gesamten Aufklärung zur Verfügung. Keine Frage, wer dann beim Beschaffungspoker die Asse aus dem Ärmel ziehen konnte.

Doch neben diesem Ungleichgewicht der Kräfte nervte das unkoordinierte Arbeiten noch mehr. Mitunter sabotierte uns nicht der „Klassengegner“ sondern wir störten uns in unseren Beschaffungsaktivitäten gegenseitig und produzierten außerdem ökonomische Verluste für die DDR. Diese groteske Situation wurde von einigen Geschäftspartnern, die sowohl für uns als auch für die Staatssicherheit arbeiteten, skrupellos ausgenutzt.

Als ich mich wieder einmal vergeblich bei der HA XVIII/8 darum bemüht hatte, daß die Arbeit zwischen uns und den SBO besser abgestimmt wird, war ich so verärgert, daß ich Schalck um Hilfe ersuchte. Schalck fragte mich: „Kennst du Horst Vogel nicht?“ Ich kannte ihn tatsächlich nicht und habe ihn auch nie kennengelernt. Doch selbst Schalck konnte mit seinem heißen Draht ins ZK und zu Mielke bei Vogel nichts ausrichten. Der Chef des Sektors Wissenschaft und Technik, Generalmajor Horst Vogel, schmetterte jeden Koordinierungsvorschlag und sogar den minimalen beiderseitigen Informationsaustausch energisch ab.

Alexander Schalck sagte dazu später vor dem Untersuchungsausschuß des Deutschen Bundestages:

„Wir vermuteten, d. h. Ronneberger hat mich ein bißchen auf die Spur gebracht, wo das Zeug herkommt, was über Zahn kam, möglicherweise von dieselben Lieferanten, die er auch hat. Das war eine Vermutung. Und er glaubte, daß wir preislich ausgespielt werden. Daraufhin habe ich den Versuch unternommen, mal den Leiter der HVA zu fragen: Kann man das nicht ein bißchen abstimmen? Da wurde es ganz finster. Sie haben gesagt: Wir können zusammen Abendbrot essen, wir können zusammen diskutieren, aber diese Stelle ist für uns unannehmbar, es gibt keine Zusammenarbeit; wir müssen die Quellen schützen. Das war nun die Hauptbegründung, die war auch einleuchtend für mich. Damit war das Thema erledigt, und wir mußten allein weitermachen. Denn wir hätten ganz gerne gesehen, daß man vielleicht dadurch Geld gespart hätte.“[41]

---

41 Stenographisches Protokoll der 168. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses „Kommerzielle Koordinierung“ des Bundestages am 2. Dezember 1993, S. 256 f.

Es gab nur eine einzige Abweichung von dieser Grundregel. Da wollte man aus der Not eine Tugend machen, um zu retten, was noch zu retten ist: Schalck hatte ein Koordinierungsgespräch in meinem Büro vermittelt, und zwar zwischen dem Leiter der Abteilung XIV von SWT, Oberst Horst Müller, einem gewissen Oberst Rösener, dessen Funktion im MfS mir nicht genannt wurde, und mir.

Das passierte zu einem Zeitpunkt Anfang 1988, als in den Kombinaten Carl Zeiss und Mikroelektronik die Produktionsaufnahme neu entwickelter Schaltkreise gefährdet war, weil SBO mehrere Beschaffungsobjekte nicht realisieren konnte. Wir tauschten in unserer Krisensitzung Informationen und Einschätzungen über die aktuelle Lage bei der Beschaffung von Embargowaren aus und verständigten uns unkompliziert über die notwendige Schritte, um die fehlenden Embargowaren schnell heranzuschaffen. Diesem einen Gedankenaustausch, der für beide Seiten nützlich war, folgte leider kein zweiter.

So blieb es im wesentlichen dabei, daß die Stasi oftmals leichtfertig die Bearbeitung von Embargoobjekten übernahm und Liefertermine zusagte, die später nicht eingehalten werden konnten. Teilweise wurden Projekte von einem Jahr in das andere verschoben oder letztlich ganz fallengelassen, was zu erheblichen Schwierigkeiten in den Betrieben, Kombinaten und Forschungseinrichtungen führte. Wenn in den Massenmedien der DDR propagandistisch über die Mikroelektronik und den „Wettlauf mit der Zeit" gejubelt wurde, sah es in der Wirklichkeit beispielsweise so aus, daß Importobjekte der SBO, die bereits 1987/1988 realisiert werden sollten und die einen Gesamtwert von 42 Mio. DM hatten, noch im Februar 1989 in das Folgejahr verlagert wurden. Nicht selten kam es außerdem vor, daß die über die Staatssicherheit erfolgten Lieferungen nicht die entsprechende Spezifikation hatten, nicht komplett und somit nicht einsatzfähig waren. In ihrer Misere, vor allem, wenn es um ausstehenden Service ging, wendeten sich dann die Bedarfsträger hilfesuchend an uns oder an KoKo.

Zu einem Riesenkrach kam es 1986. Die MfS-Aufklärer hatten dem Zeiss-Forschungszentrum für Mikroelektronik in Dresden für die Entwicklung des 1-MBit-Schaltkreises eine Rechnerkonfiguration VAX 8600 geliefert. Diese Triumphmeldung reichten die Stasi-Oberen sofort an Günter Mittag ins ZK weiter. Dieser ließ nicht lange warten, um sich gleichfalls im Erfolg zu sonnen. Doch als Mittag kurz darauf das Forschungszentrum inspizierte, stellte sich heraus, daß das ganze System nicht betriebsfähig war. G. M. bekam ein Tobsuchtsanfall, und im Arbeitsstab Nendel gab es ein gewalti-

ges Donnerwetter, weil die Genossen von SBO das Problem nicht lösen konnten. Schalck kommandierte mich nach Dresden ab, um vor Ort die Sache zu untersuchen. Es stellte sich heraus, daß eine kurzfristige Inbetriebnahme überhaupt nicht möglich war: Der Rechner war mit einer Stromversorgung 120 Volt/50 Herz ausgelegt, zudem fehlten Kontroller für die Magnetbandeinheit und die Winchesterlaufwerke sowie Zubehör, Kabel, Steckverbinder, Starterkit, Diagnosesoftware und die gesamte Dokumentation. Uns blieb nichts übrig, als so rasch wie möglich eine Ersatzkonfiguration des Rechnersystems zu beschaffen, um die Entwicklung des 1-MBit-Schaltkreises zu gewährleisten. Da dies kein Einzelfall war, kann man sich gut vorstellen, welchen Ruf die Beschaffer von der Staatssicherheit bei den Bedarfsträgern hatten.

Dem Kompetenzgerangel auf der einen Seite stand die Finanzierung auf der anderen Seite gegenüber. Im Klartext: Was die Staatssicherheit für die Mikroelektronikindustrie der DDR besorgte, mußte aus den zur Verfügung stehenden Importmitteln bezahlt werden, die ich im Auftrag von KoKo und des Ministeriums für Elektrotechnik/Elektronik verwaltete. Was die Kombinate an Embargoimporten für erforderlich hielten und planten, wurde durch das Ministerium bestätigt und dann über die Arbeitsgruppe Nendel eingeordnet und finanziert. Dazu stimmte ich mich mit Wolfram Zahn ab, was von unserem Handelsbereich 4 oder von den SBO beschafft werden sollte. Klar, daß sich die Geheimdienstprofis stets die Objekte heraussuchten, an denen sie vorher schon gearbeitet hatten. Einspruchsmöglichkeiten meinerseits gab es da nicht. Wohl konnte ich aber die Genossen von SBO bitten, ein Objekt zu übernehmen, wenn wir selbst keine Chance der Beschaffung sahen.

Über die Finanzierung der eingeordneten Objekte hatte ich stets eine komplette Übersicht. Somit wußte ich zwar, welche Aufgaben von der Stasi übernommen wurden, aber es blieb undurchsichtig, wer ihre Lieferanten waren und wie die Transaktionen abgewickelt wurden. Mein Partner für SBO war ausschließlich Wolfram Zahn, der aber auch nur dann Detailkenntnisse hatte, wenn er selbst etwas für SBO besorgen mußte. Wenn die Stasi-Beschaffer einen Import bezahlen wollten, forderte Zahn das Geld von mir an, bekam es auf sein Konto überwiesen und wickelte die Zahlung mit SBO in einer Art und Weise ab, die mir nicht bekannt war.

Kurzum: Wolfram Zahn war das Bindeglied zwischen den Speziellen Beschaffungsorganen der Staatssicherheit, dem Ministerium für Elektroindustrie/Elektronik und unserem Handelsbereich.

Zahn sagte dazu in einer Vernehmung durch das Bundeskriminalamt:

„Meiner Einschätzung nach wurde ich auf Vorschlag von Nendel oder Wenzel von der HVA als Vertrauensperson zur Abdeckung der von SBO übernommenen und getätigten Importe eingesetzt ... Auf meine Rolle als Vertrauensperson, aber doch nicht voll eingeweihter Mittelsmann, weisen auch folgende Fakten hin: Es gab in der Arbeitsberatung Nendel immer wieder neue Objekte, die auf der Liste nachgetragen werden mußten, die aber nur Nendel kannte (offensichtlich in einer direkten Abstimmung mit einem Rößler) ... Rößler ist mir persönlich nicht bekannt. Auf den Namen bin ich nur gestoßen, wenn Nendel neue Objekte in die SBO-Liste aufnehmen ließ, die auch meinem Partner, Herrn Müller, nicht bekannt waren. Sie wurden zwar später von ihm bestätigt mit dem Hinweis, ‚das erfolgte in Direktabstimmung Nendel – Rößner'. Es ist sicher, daß Rößler zur HVA gehörte, möglicherweise zum Bereich SWT ... Solche Objekte, die Nendel mit Rößner persönlich absprach, hatten dann auch meist einen besonderen Geheimhaltungsgrad und waren von besonderer volkswirtschaftlicher Bedeutung."

(Mit Rößler bzw. Rößner meint Zahn den auch mir bekannten Oberst Roesener – G. R.)

Es besteht somit kein Zweifel, daß es zwischen Staatssekretär Nendel des Ministeriums für Elektrotechnik/Elektronik und der Leitung des Sektors Wissenschaft und Technik der HVA ein direktes Zusammenwirken gab. Und man höre und staune – darin war noch nicht einmal Oberst Müller, der Chef der zuständigen Abteilung XVI von SWT einbezogen. Wenn ich mich also mit Wolfram Zahn abstimmte, waren auf der Königsebene die Würfel längst gefallen: Die Embargoobjekte waren verteilt, die jeweils Verantwortlichen für die Bearbeitung zugeordnet und die Vorlaufinformationen an SWT übermittelt. Infolgedessen verfügten die Beschaffer der Staatssicherheit stets über einen Zeitvorsprung gegenüber unserem Importbereich, um ihre Möglichkeiten in Ruhe zu sondieren und vorzubereiten.

Im Bereich Kommerzielle Koordinierung war unter Leitung von Heinz Baude, OibE des MfS, eine ganz besondere Gruppe von Mitarbeitern stationiert. Sie bildeten eine Struktureinheit der Rückwärtigen Dienste der Staatssicherheit und waren ebenfalls für die materiell-technische Versorgung der „Firma" mit Embargowaren zuständig. Sie besorgten die Importe entweder direkt über westliche

Lieferanten oder durch Zwischenschaltung von Beschaffungsorganen der DDR. Baude war in den fünfziger Jahren mit seiner Ehefrau als Agent der HVA in Westdeutschland eingeschleust worden, flog jedoch schnell auf. Ein Mann mit Erfahrungen, wenn auch nicht gerade erfolgreich.

Einer seiner Beschaffer war Zahn. Dessen Importe hatten zum Teil militärisch-relevanten Charakter, beispielsweise Nachrichtentechnik für die Funkaufklärung des MfS und das Abhören von Telefonverbindungen zwischen Westdeutschland und Westberlin. Unser Handelsbereich organisierte nur in einigen wenigen Fällen spezifische Bauelemente für Baude.

Baude verfügte über eigene Finanzen, die direkt von der Stasi kamen. Doch das Geld war freilich nicht aus heiterem Himmel in die Zentrale an der Ostberliner Normannenstraße gefallen, sondern teilweise von Schalck aus den erwirtschafteten Mitteln von KoKo bereitgestellt worden. Stolz verwies Schalck auf diese Leistung, wenn er beim „Lieben Genossen Minister“ – so sprach er Mielke stets an – abrechnete. 1989 waren es immerhin noch 17 Mio. DM und rund 75 Mio. Mark der DDR.[42]

Noch während meiner Tätigkeit im AHB Elektronik wurde ich eines Tages von einem Herrn Hans-Jürgen König aufgesucht. Er agierte unter verschiedenen Firmennamen, so als Elmasch GmbH Bonn, Workshop Equipment Bonn und König und Schneider GmbH + Co. KG Bonn. Ohne Umschweife bot er sich als Lieferant von Embargowaren an. Sein Auftreten kam mir ziemlich fragwürdig vor, nicht nur weil er offen damit prahlte, daß ihm selbst das Waffengeschäft nicht fremd sei. Unbeeindruckt ließ ich kein Interesse an einer Zusammenarbeit erkennen. Wenige Tage später schwadronierte er gegenüber anderen Gesprächspartnern, daß ich bei ihm nach Waffenlieferung angefragt hätte. Eine Information, die sofort meinem Führungsoffizier auf den Tisch flatterte.

Ich war nicht der einzige Kontaktpartner von König. Er sprach später auch im Anlagenimport vor, der in der Folge mit ihm auch einige Geschäfte tätigte. Doch hatte der gute Mann leichtfertig Lieferzusagen gegeben, die er nicht halten konnte. So mußte er dann eine Vorauskasse in Höhe von einer Million US-Dollar zurückzahlen, da er die Embargoware nicht beschaffen konnte. Außerdem präsentierte ihm Wolfram Zahn, nachdem er sich mit Artur Wenzel abgestimmt hatte, eine Zinsrechnung in Höhe von 145.000 US-

42 Siehe S. 402.

Dollar. Während weder Anlagenimport noch unser Handelsbereich 4 die bisherige Kooperation mit König fortsetzten, begann hier das Teamwork zwischen Wolfram Zahn und König. Zahn arbeitete im Stasi-Auftrag unter folgender Zielstellung mit König zusammen:

– weitere Aufklärung von K. im Hinblick auf den bei ihm mit hoher Wahrscheinlichkeit vorhandenen nachrichtendienstlichen Hintergrund

– weiterer Prüfung von K. hinsichtlich seiner Möglichkeiten und Hintermänner bei der Lieferung heißer Embargowaren

– Anerkennung einer Wiedergutmachungspflicht seitens K. aufgrund nicht erfolgter Vertragsrealisierung gegenüber Anlagenimport.

König war schnell weichgekocht. Da er sich nicht das eigene Unternehmergrab schaufeln wollte, erklärte er sich natürlich zur „Wiedergutmachung" bereit. Er wollte seine Schulden dadurch abtragen, indem bei realisierten Embargoaufträgen ein Teil der Beschaffungskosten durch Zahn einbehalten werden sollte. Und Wolfram Zahn testete seinen „Kunden" auf Herz und Nieren.

Aber König war eifrig und emsig und schleppte für das MfS eine Reihe schwer beschaffbarer Embargowaren heran. Darunter ein komplettes automatisches Funkpeil- und Empfangssystem mit Meß- und Aufzeichnungstechnik von Fairchild (USA) und Schlumberger (Frankreich) und zehn Hochfrequenzverstärker von Avantek (USA). Beide Positionen waren seitens der Amerikaner strengsten Kontrollen unterworfen, da sie militärisch bedeutsam waren und für Sicherheitsdienste in der elektronischen Aufklärung im Äther gebraucht wurden. Weiter lieferte König ein hochsensibles elektronisches Meß- und Überwachungssystem für Lichtleiterkabel von Anritsu (Japan), zum damaligen Zeitpunkt ein Spitzengerät mit höchster Reichweite und Präzision. Hinzu kam schließlich noch ein aus zehn Einzelposten bestehendes Präzisionsmeßsystem für Lichtwellenleiterübertragungstechnik der Firma Wandel und Goldermann (BRD). Diese Anlagen vervollständigten die Ausrüstungen, die Zahn von Siemens und ANT beschafft hatte. Sie ermöglichten den Zugriff auf fremde Lichtwellenleiterstrecken und waren für das Abhören der Übertragungsstrecke Westberlin – Bundesrepublik bestimmt. Keine Frage, daß diese Dinger schärfsten Lieferbeschränkungen seitens der COCOM-Staaten unterlagen.

Allein die Tatsache, daß Hans-Jürgen König all diese schwierigen Beschaffungsaufträge scheinbar spielend und in kürzester Zeit erledigte, war bemerkenswert. Das deutete darauf hin, daß er Hin-

termänner hatte, die im Kinofilm gern Sonnenbrille, Trenchcoat und Schlapphut tragen. Andererseits bemerkte Wolfram Zahn, seit 1988 alleiniger Partner von König, bei ihm keinen Tatendrang, der auf irgendwelche Spionageabsichten westlicher Dienste schließen ließ.

Trotzdem wurden die Stasi den Verdacht nicht los, daß der Westen König schrittweise und langfristig als „Geschäftspartner" der DDR aufbauen wollte. Diese Mutmaßung wurde bestätigt, als er von sich aus, ohne von uns darum gebeten worden zu sein, einen Eaton-Höchststromimplanter anbot. Das war damals ein Hightech-Produkt, welches weder mein Bereich noch die SBO beschaffen konnte und von dem die Produktion des 1-MBit-Schaltkreises in der DDR abhängig war.

Kein Wunder, daß aus König ein „Kaiser" wurde – zumindest laut Bezeichnung im Operativen Vorgang (OV), mit dem ihn die Stasi-Hauptabteilungen IX/3 und XVIII/8 unter ständiger Kontrolle hielten. Und auch Wolfram Zahn erteilte seine Aufträge an König nicht nach eigenem Gusto, sondern nach Konsultation der Aufklärer von SWT. Zumindest hier, wo es um die Abwehr möglicher Spionage gegen die DDR ging, gab es ein koordiniertes Vorgehen der verschiedenen Stellen.

Einer anderer, nicht minder fragwürdiger Lieferant war Knut Stökker aus Waibligen. Er arbeitete unter dem Firmennamen Heidler in Waiblingen und SHE Zug (Schweiz) mit uns zusammen. Den Kontakt zu ihm hatte einst Dr. Conrad, ein leitender Mitarbeiter des Applikationszentrums Erfurt des Kombinats Mikroelektronik, hergestellt. Nicht nur er hatte wohl einen speziellen „Parteiauftrag" und agierte als IM der Bezirksverwaltung Erfurt des MfS, sondern auch sein Schützling Stöcker wurde für die Erfurter Genossen in Marsch gesetzt. Und daraus entwickelte sich ein kurioses Kabinettstück des „demokratischen Zentralismus". Das Prinzip, nach dem der ganze „real-existierende Sozialismus" funktionierte, daß nämlich die Zentrale bestimmte, was die Basis wollte und sollte, wurde hier teilweise auf den Kopf gestellt.

Zuerst lief alles wie gehabt: Wir erhielten von „oben" Order, nahmen widerwillig die Zusammenarbeit mit Stöcker auf und testeten ihn. Er lieferte auch brav elektronische Bauelemente und Computertechnik, versprach freilich mehr, als er halten konnte. Schlimmer jedoch war, daß er über Insiderkenntnisse aus dem Kombinat Mikroelektronik verfügte, die sich auf unsere Zusammenarbeit negativ auswirkten, und daß sich Dr. Conrad mehrfach

ungebeten und störend direkt in unsere Aktivitäten mit Stöcker einmischte und ihm interne Bedarfsinformationen zukommen ließ, bevor wir sie offiziell erhielten. Stöcker kannte sich auch in der handelspolitischen, besonders in der Embargoszene gut aus. Als er indes erkennen ließ, daß er im übrigen über einige unserer anderen westdeutschen Embargolieferanten Bescheid wußte, konnten wir uns über seine Informationsquellen nur noch wundern.

Schnell hatte sich Stöcker mit seinem Verhalten den Unwillen seiner Verhandlungspartner aus unserem Handelsbereich zugezogen. Wir wollten uns deshalb von ihm wieder abwenden, wurden aber von der Staatssicherheit zurückgepfiffen. Oberst Wenzel, mein Führungsoffizier, verstand zwar meine Bedenken, war aber diesmal komischerweise in seiner Handlungsfreiheit eingeschränkt. Die Stasi-Provinzfürsten aus Erfurt hatten sich gewissermaßen gegenüber der Zentrale in der Hauptstadt stark gemacht. Offensichtlich ging diesmal Landes- über Bundesrecht. Nach Absprache mit Wenzel tauchten im März 1987 die Offiziere Backhaus und Thoma der Abteilung XVIII der Erfurter Bezirksverwaltung bei mir auf. Sie machten mir ihr „operatives Interesse" klar, die Zusammenarbeit mit Stöcker unbedingt fortsetzen zu wollen und verdonnerten mich, Dr. Conrad in diese Aktionen einzubeziehen. Außerdem wurde ich festgenagelt, für Dr. Conrad Reisen nach Westdeutschland zu Stökker und zum Besuch von Messen zu ermöglichen.

Solches Drunter und Drüber in der Arbeit und die äußere Einmischung von Subalternen empfand ich natürlich als störend, mußte mich aber letztlich den Eingriffen beugen. Weil sie von den Konsequenzen in ihrer Tätigkeit unmittelbarer betroffen waren, hatten meine Mitarbeiter dafür weniger Verständnis. Obwohl die meisten wußten, wo der Hase im Pfeffer liegt, lästerten sie bei auftretenden Problemen immer über „meinem Freund Stöcker". Unsere einzige Gegenwehr bestand darin, die Zusammenarbeit mit Stöcker auf Sparflamme köcheln zu lassen.

Trotz ihrer Vormachtstellung war die MfS-Prätorianergarde des Sektors Wissenschaft und Technik (SWT) manchmal auch auf „fremde" Hilfe angewiesen. Da sie über ihre eigenen Firmen kaum komplexe Objekte und Anlagen abwickeln konnte, mußte sie in solchen Fällen Außenhandelsunternehmen, KoKo oder unseren Handelsbereich einschalten.

So bekam ich in der Phase, als gerade H 4 gebildet wurde, Besuch von einem Offiziers namens Gierke. Er war der Japan-

Spezialist bei SWT. Er hatte zuvor mehrere Jahre in der Botschaft der DDR in Tokio gearbeitet und dort mit diplomatischem Status für die Hauptverwaltung Aufklärung des MfS wissenschaftlich-technische Aufklärung, sprich Spionage, betrieben. Gierke war auch für einige Mitarbeiter des Anlagenimports kein Unbekannter. Seine Bitte, die mehr einem Befehl gleichkam: Wir sollten für die Staatssicherheit einen großen Importkomplex mit Anlagencharakter abwickeln. Im Mittelpunkt standen dabei das Know-how und die Produktionsausrüstungen zur Herstellung von Diskettenlaufwerken. Endabnehmer in der DDR war ein Robotron-Betrieb in Karl-Marx-Stadt, und es existierte bereits ein Vertrag, den SWT mit einer westdeutschen Handelsfirma ausgehandelt hatte und der von uns nachträglich nicht mehr beeinflußt werden konnte. Gierke und ich vereinbarten, daß er mir seinen westdeutschen Mitspieler zuführt und daß ich Günther Gath, meinen Kontordirektor für Computer- und Meßtechnik mit der Abwicklung beauftragte. Als Vertragspartner wurde uns dann Gerd Pinkowski als Chef der Firma Midas GmbH Nürnberg, der auch unter RIMEC GmbH Nürnberg firmierte, vorgestellt.

Pinkowski war ein äußerst unbequemer Partner. Er spielte seine Stasi-Connection voll gegen uns aus, um seinen persönlichen Vorteil durchzusetzen. Denn wir hatten schnell herausgefunden, daß sein Vertrag mit SWT überhaupt nicht den Embargobestimmungen unterlag. Mit unseren Verbindungen in Japan wären wir durchaus in der Lage gewesen wären, das Geschäft mit dem Hersteller offiziell und direkt abzuwickeln, was der DDR mindestens eine Million DM erspart hätte.

Wieder einmal wurde also das Grundproblem sichtbar, wenn Beschaffungsaktivitäten von der Stasi ausgingen: Die Westlieferanten zockten völlig überhöhte Preise ab, und die Spezialisten von der MfS-Aufklärung erkannten diese meist ohne Wimpernzucken an. Betrugen doch die üblichen Embargoaufschläge, von ganz heißen Positionen abgesehen, bei unseren Lieferanten je nach Schwierigkeitsgrad zwischen 30 und 40 Prozent, während SWT in der Regel zwischen 50 und 80 Prozent und teilweise noch mehr zahlte. Somit wurden hier wertvolle Valutamittel der DDR verschleudert, insbesondere dann, wenn eine Beschaffung über die verschlungenen Stasi-Pfade überhaupt nicht notwendig war. Es war für die Staatssicherheit eine reine Prestigefrage, trotz fehlender Voraussetzungen beim Embargoimport mitzuhalten. Sie wollten ihr Licht nicht unter den Scheffel stellen, da beschaffte Embargogüter hohe Anerkennung durch die Partei- und Staatsführung einbrachten. Es zählte al-

lein das Ergebnis, nach den Kosten wurde nicht gefragt. Der Volksmund hatte schon recht: Die DDR spart mit jedem Pfennig, koste es, was es wolle.

Natürlich wollten wir uns mit dem Dilemma nicht abfinden und versuchten, in harten Verhandlungen mit Pinkowski Preiskorrekturen durchzusetzen. Er lehnte allerdings ab und beschwerte sich bei Gierke. So mußten wir die Verträge realisieren, wie sie abgeschlossen waren. Den Nachteil davon hatte aber letztlich wieder Pinkowski. Denn Ergänzungslieferungen und Baugruppen haben wir dann nicht über ihn, sondern über seriösere und preiswertere Partner bestellt.

Wenn wir als Beteiligte und Mitbetroffene damals schon darüber grübelten, so muß Außenstehenden heutzutage die Frage noch unsinniger erscheinen: Wie konnte die Staatssicherheit solche Verträge zusammenschustern, vorbei an allen Experten des Außenhandels, von KoKo oder auch unseres Handelsbereichs?

Nun, die Antwort ist nicht so kompliziert, wie sie klingt: Die Beschaffer der MfS-Aufklärung hatten in allen Ministerien und Kombinaten ihre Verbindungsleute sitzen und auch Direktkontakte zu den jeweiligen Ministern und Generaldirektoren. Aufgrund dieser Protektionen konnten sie Vorlaufinformationen einholen, wußten also zu einem Zeitpunkt, wo wir noch völlig ahnungslos gelassen wurden, über den künftigen Bedarf an Know-how und Produktionsausrüstungen Bescheid. Im Gegensatz zu uns konnte SWT frühzeitig mit Recherchen auf dem Markt beginnen und Fakten schaffen. Wurde das Objekt dann später in die Beschaffungsaufgaben offiziell eingeordnet, meldete SWT seine Ansprüche an. Die Staatssicherheit bekam es schließlich zur Bearbeitung übertragen und es wurde ein SBO-Objekt, auch wenn wir bessere und preisgünstigere Beschaffungsmöglichkeiten sahen.

Beispielsweise hatte Pinkowski nicht nur beste Kontakte zu SWT, sondern auch zu Wolfgang Lungershausen, dem Generaldirektor des Kombinats Elektronische Bauelemente Teltow. Dieser wiederum pflegte enge Beziehungen zu Gierke und SWT. In dieser Dreiecksverbindung entstanden die für Pinkowski so wichtigen und lukrativen Beschaffungsaufträge. Da wurde auch schnell etwas in den Vertrag geschmuggelt, was überhaupt nicht zum Objekt gehörte. Es ließ sich auch gut manipulieren und die Gesetzlichkeit der DDR umgehen.

Mitunter ging aber auch bei diesen ausgeklügelten Transaktionen etwas schief. So als der DDR-Zoll keine Rücksicht auf die Dreierverbindung nahm und eine manipulierte Lieferung im Rahmen eines Kondensatorengeschäfts auffliegen ließ. Das war zwar peinlich,

aber weder dem Kombinatsdirektor noch Pinkowski passierte etwas. Da hielt die Stasi ihre schützende Hand drüber. Hätten wir uns solch eine fatale Affäre geleistet, hätte es im Handelsbereich zumindest Disziplinarstrafen gehagelt.

Es gab freilich noch andere Spielarten der Zusammenarbeit zwischen unserem Handelsbereich und den Speziellen Beschaffungsorganen der Stasi. In einigen Fällen ließ Wolfram Zahn seine Waren in unser Lager anliefern. In anderen Fällen mißbrauchte offensichtlich SBO unseren Name Elektronik Export-Import, indem sich Stasi-Angehörige als unsere Mitarbeiter ausgaben, wenn sie beispielsweise westliche Messestände im In- und Ausland besuchten.

Manchmal stellten sich bei uns Embargolieferanten vor, die für die Staatssicherheit arbeiteten und von dort zu uns geschickt wurden. So ähnlich war es auch bei Stefan Jebe aus Reinbek bei Hamburg. Jebe wurde mir vom Generaldirektor des für Waffenhandel zuständigen KoKo-Unternehmen IMES vorgeschlagen, da er mit ihm bereits gute Erfahrungen gemacht hätte. Später merkte ich, daß die Empfehlung eigentlich vom MfS kam, denn Jebe hatte Verbindungen zur Stasi-Tarnfirma VAMA Ingenieurtechnik Berlin, die er genau wie uns belieferte. Umfangreiche Geschäftsbeziehungen unterhielt er auch zu sowjetischen Außenhandelsunternehmen, die er regekmäßig in Moskau besuchte.

Nachdem Stefan Jebe wegen des Verdachts geheimdienstlicher Agententätigkeit in der Bundesrepublik festgenommen war, sagte er 1990 im Ermittlungsverfahren der Bundesanwaltschaft folgendes über seine Kontakte zu IMES aus:

„Vermutlich im Mai 1987 fand im Büro meines Schwiegervaters ein Treffen zwischen den Herren Emil Müller, Klaus Müller und mir statt. Das Gespräch kam auf Vermittlung meines Schwiegervaters zustande ... Durch meinen Schwiegervater weiß ich, daß Herr Emil Müller Iran- und Ostblockgeschäfte tätigt. Emil Müller fragte, ob er niemanden kenne, der Computer verkaufe. Mein Schwiegervater dachte dabei an mich und so kam das Treffen zustande ...

Ich zeigte Interesse an einer solchen Lieferung und traf mich eine Woche später mit den Herren Müller in Ost-Berlin vor dem internationalen Handelszentrum (IHZ). Beide Herren brachten mich zur im IHZ ansässigen Firma Witra GmbH. Bei der Firma Witra handelt es sich um eine Tochterfirma der Firma IMES. Es kam zu einem ca. einstündigen Gespräch zwischen den in meiner früheren Vernehmung erwähnten Herren Husemann und Krüger sowie Emil und Klaus Müller und mir als Neuling ...

Auf Vermittlung von Herrn Krüger kam ca. 1 Woche später ein Treffen in Rostock mit Herrn Dr. Lochotzke vom Institut des Binnenhandels zustande. Herr Lochotzke machte mich mit einem Herrn Andreas Kaul, dem späteren Jörg Walter von der Firma VAMA bekannt ... Ca. eine weitere Woche später fuhr ich auf Einladung von Herrn Krüger in sein Büro im IHZ in Ost-Berlin. Von dort fuhren wir gemeinsam in das Ministerium für Elektrotechnik am Alexanderplatz. Hier nahmen wir einen durch Herrn Krüger vorbereiteten Termin wahr, an dem 6-7 Herren und die mir zu diesem Zeitpunkt noch unbekannte Frau Ronneberger teil. Geschäftsführer war ein älterer Herr namens Kupfer. Weitere Gesprächspartner waren die Herren Schürer, Zschernigk und Herr Ronneberger, der aber nur kurz an dem Gespräch teilnahm ..."

Jebe arbeitete unter meiner persönlichen Regie für uns zuverlässig und lieferte preiswerte Computertechnik. Wir schätzten seine recht guten Fachkenntnisse und auch die Serviceleistungen, die sein einziger Mitarbeiter erbrachte. Von seinem tatsächlichen Hauptgeschäft hatten wir allerdings keine Ahnung. Bestanden diese doch in der Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den Speziellen Beschaffungsorganen der Stasi. Letztere statteten ihn mit den notwendigen Einreiseunterlagen aus, sorgten für die Eröffnung von Nummernkonten bei der Deutschen Handelsbank AG in Ostberlin und arrangierten die „Zollfreimachungen" an der DDR-Grenze. Jebe genoß in der DDR Narrenfreiheit.

Während der ganzen Zeit unserer Zusammenarbeit wußten wir nicht, daß Jebe in den Jahren 1976 bis 1982 wegen verschiedener Delikte in der Bundesrepublik straffällig geworden und 1982 sogar wegen räuberischer Erpressung eines Hamburger Taxifahrers zu einer Haftstrafe von fünf Jahren und sechs Monaten verurteilt worden war, von denen er vier Jahre absitzen mußte. Daß Jebe aber ein illustrer Typ war, merkten wir, als er mehrfach hinter unserem Rükken mit einigen unserer Endabnehmer manipulierte und unseren guten Namen für andere Geschäfte mißbrauchte. Nach der Wende versuchte er seine Haut zu retten, indem er mich und seinen unmittelbaren Verhandlungspartner Günther Gath bei der Bundesanwaltschaft verleumdete. Er schreckte auch nicht davor zurück, uns der Untreue zu bezichtigen, um seine eigenen finanziellen Transaktionen auf den DABA-Konten und das damit verbundene Steuerdelikt zu verschleiern. Im August 1992 entzog er sich seiner Verantwortung durch Selbstmord.

KAPITEL 9

Wettlauf gegen die Zeit

Überrundet

Der Import technologischer Spezialausrüstungen – TSA

Da die Mikroelektronik der DDR weit hinter dem Entwicklungsstand der führenden Produzenten im Weltmaßstab lag, war der Faktor Zeit auch für unsere Embargoimporte, besonders an Knowhow, Produktionsausrüstungen und modernster Computertechnik, bestimmend. Denn Mikroelektronik ist ohne spezifische Meßtechnik und technologische Spezialausrüstungen, von uns kurz TSA genannt undenkbar. Von diesen unterlagen natürlich die meisten gleichfalls dem Embargo. Darauf mußten wir uns also von vornherein einstellen, um unser hochgestecktes strategisches Ziel zu erreichen: der Aufbau einer modernen und leistungsstarken Produktionsbasis für elektronische Bauelemente zur Entwicklung von Computertechnik einschließlich peripherer Geräte. Dabei waren wir freilich nicht so naiv anzunehmen, den Weltmarkt aufrollen zu können. Vielmehr sahen wir unsere Perspektiven im Osten, im expansiven Export in die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder. Der RGW war für uns ein großer Markt.

Als Voraussetzung dafür mußten wir nicht nur neue Produktionsstätten errichten, sondern uns auf die Entwicklung und Herstellung elektronischer Bauelemente konzentrieren, die vor allem auf die Erfordernisse des Kombinats Robotron ausgerichtet war. Schwerpunkte waren dabei hochintegrierte Schaltkreise und schnelle Mikroprozessoren als Herzstück eines jeden Computers.

Denn hochintegrierte Speicherschaltkreise wurden und werden vor allem in den USA und Japan entwickelt und hergestellt. Bei Mikroprozessoren dominieren die USA, Marktführer ist die Firma Intel, die seit Anfang der siebziger Jahre ihre Entwicklung und Produktion maßgeblich bestimmt. Über diesen Aufstieg gab Intel-Mitbegründer Gordon Moore folgendes zu Protokoll:

„So hatten wir in den achtziger Jahren starke Befürchtungen, die japanische Industrie könnte in das Mikroprozessorgeschäft einstei-

gen, wie sie es ja bei Speicherchips getan hat. In jedem Bereich, indem wir unsere Fabrikation mit jener der führenden japanischen Firmen vergleichen konnten, zeigte sich, daß sie besser waren. Sie hatten eine höhere Ausbeute in den Fabrikationsprozessen, sie konnten mit weniger Personal produzieren ... Innerhalb von 10 Jahren konnten wir den Spieß umdrehen. Ich glaube, heute sind wir so effektiv wie jeder japanische Hersteller."[43]

Etwa drei Jahre lang bleibt der Prozessor-Typ aktuell, während dieser Zeit verkleinern die Designer die Schaltung weiter, dadurch steigt die Ausbeute an Chips pro Siliziumscheibe, der Preis fällt. Was bis dahin zu den Mittelklassemodellen zählte, wird zum Wegwerfartikel und verschwindet schließlich ganz aus dem Sortiment. Die Optimierung der Schaltung bewirkt immer auch eine Steigerung der Arbeitsgeschwindigkeiten.

In der Tat ist der Mikroprozessor das schnellebigste Bauelement eines Computers. Alle 18 Monate erfolgt im Prinzip eine Leistungsverdopplung. Mit jedem neuen Mikroprozessor entsteht eine neue Generation von Computern mit mehr Leistung, weniger Stromverbrauch und geringeren Produktionskosten. Ein neuer Prozessor ermöglicht eine neue Software, die neue Software braucht einen neuen Prozessor, so daß sich die Computertechnik auf dieser Spirale zu immer neuen Rechenleistungen hin bewegt.

Um einen Mikroprozessor herzustellen, sind etwa 250 Teilschritte nötig; zwanzig verschiedene Strukturen werden auf lichtempfindlichen Lack projiziert und durch Ätzprozesse und Aufbringen von metallischen oder isolierenden Schichten auf der Siliziumscheibe festgehalten. Die Schaltkreisproduktion ist ein komplexes Wechselspiel von chemischen und physikalischen Prozessen mit höchster Präzision. Heute werden mit dieser Technologie Strukturen von einem Viertel Mikrometer gefertigt, Ende der achtziger Jahre rang die DDR-Mikroelektronik noch um den Anschluß an die Ein-Mikrometer-Technologie. Was sowohl die DDR als auch die Sowjetunion damals an Ausrüstungen zur Schaltkreisherstellung produzierte, war fernab moderner Spitzentechnologien. Uns blieb nur der Import aus dem Westen unter Embargobedingungen.

Wolfgang Biermann, der ehemalige Generaldirektor des Kombinats Carl Zeiss Jena, sagte 1990 in einem Interview zur Entwicklung des 1-MBit-Chips durch das Forschungszentrum Mikroelektronik:

---

43 „Nur wer vorn ist, überlebt", in: Der Spiegel 42/1996, S. 221 ff.

„Daß wir die CoCom-Listen mit unseren Eigenentwicklungen hintergangen haben, ist ein Tatsache. Ein bundesdeutsches Magazin schrieb damals, irgendwelche Leute hätten diese Schaltkreise organisiert, und die wären dann dem Staatsratsvorsitzenden untergeschoben worden. Das ist ja nun inzwischen widerlegt. Mir kann man vorwerfen, ich hätte gelogen, als ich sagte, es sei alles auf eigenen und sowjetischen Maschinen gemacht worden. Aber unter CoCom -Bedingungen konnte ich damals nichts anderes sagen, das ist wohl verständlich.

Wir wußten, welche Chips wir herstellen wollten und was man dafür brauchte, schnelle Rechner für die Entwerfer beispielsweise, bestimmte technologische Ausrüstungen. Da gab es Anlagen, die für uns erreichbar waren, weil wir sie selbst hatten oder aus der Sowjetunion beziehen konnten. Und es gab Maschinen, die kannten wir nur den Namen nach. Für diese Zwecke gab es den Außenhandelsbetrieb Elektrotechnik/Elektronik (gemeint ist der Handelsbereich 4 – G. R.), dem übergaben wir unsere Bestellungen. Er beschaffte die Maschinen, die dann auch von den Monteuren der Lieferanten aufgestellt wurden. Natürlich haben wir nicht immer alles bekommen. Manches klappte, manches nicht, vieles mußte improvisiert werden."

Auf die Frage: „Wieviel dieser Technik verdanken Sie Schalck-Golodkowski ?" antwortete Biermann weiter:

„Ich habe mit den Leuten nie verhandelt, es war eine ausdrückliche Vorbedingung, daß die Außenhändler so etwas selbst machten. Aber ich möchte nicht in Abrede stellen, daß der Bereich von Dr. Schalck-Golodkowski in diese Beschaffungsaktionen einbezogen war. Die Maschinen wurden von den Lieferanten neutral, das heißt ohne Firmenzeichen, geschickt. Wie das alles praktisch organisiert wurde, hat mich nicht interessiert. Für mich war von Bedeutung, daß wir unsere Termin einhalten konnten. Da hatten wir genug zu tun."[44]

Auch wenn Biermann einige Erinnerungslücken hat, was sein Beisein zu Verhandlungen betrifft, so hat er schon recht, daß wie für ihn so einiges beschafften. Für hochintegrierte Schaltkreise und schnelle Mikroprozessoren mußte wirklich fast alles importiert werden: Das begann mit der Entwurfstechnik für die Schaltkreise, bestehend aus Computern von DEC (USA) und der Software für den Schaltkreisentwurf, reichte über Kristallzieh-, Sputter-, Diffusi-

---

44 „Es war ein Leben umsonst", in: Neues Deutschland, 7. Mai 1990, S. 6.

ons-, Justier- und Belichtungsanlagen, Ätzer, Maskeninspektionsgeräte (chip-check-Systeme), Laser-Repair-Stationen, Mittel- und Hochstromimplanter, Speichertester sowie Laserscannmikroskope bis zu bestimmten Fotolacken, Ätzgasen und Keramikgehäusen, um nur einige Positionen zu nennen. Dazu gehörten auch Baugruppen, mit denen die aus der UdSSR importierten Produktionsausrüstungen, beispielsweise Alu-Ätzer, umgebaut und damit leistungsfähiger gemacht wurden. Wenn wir schließlich nicht die Software für den Schaltkreisentwurf und die dazugehörige Entwurfstechnik besorgt hätten, wäre die Entwicklung des 1-MBit-Schaltkreises um Jahre verzögert, wenn nicht sogar unmöglich gemacht worden.

Im Mikroelektronikprogramm wurde uns auch die Aufgabe gestellt, die Importe zu reduzieren und uns zumindest auf einigen Teilgebieten vom westlichen Embargo abzunabeln. Mit anderen Worten – die DDR sollte moderne technologische Spezialausrüstungen selbst entwickeln und produzieren. Dafür war in erster Linie das Kombinat Zeiss verantwortlich. Und dort leistete man durchaus Beachtliches: So entstanden neue Generationen fotolithografischer Ausrüstungen, Elektronenstrahlbelichtungsanlagen, automatische Überdeckungsrepeater, Defektkontroll- und Schablonenvergleichsgeräte. Bei allem Stolz auf diese Eigenentwicklungen blieb allerdings zu konstatieren, daß sie nicht dem Spitzenniveau der Höchstintegration moderner Schaltkreise und schneller Mikroprozessoren entsprachen.

Hinzu kam eine generelle Schwierigkeit, vor der auch westliche Länder und Großunternehmen standen: Die Kosten, beginnend in der Forschung und Entwicklung, waren so enorm, daß sie das Leistungsvermögen der DDR-Volkswirtschaft überforderten. Unmittelbar nach der Wende schätzte der stellvertretende Direktor des Deutschen Instituts für Marktforschung in Ostberlin, Hans-Jürgen Wunderlich, ein:

„Ein Problem bei der Fertigung von Mikroprozessoren und Speicherbausteinen sind die notwendigen Investitionen in Produktionsanlagen sowie Forschung und Entwicklung. Bei Speicherbausteinen steigen diese Kosten von Generation zu Generation stark an. Pro Unternehmen lagen bzw. liegen die Kosten für Forschung und Entwicklung bei:

220 Mio. DM (64 KBit)
510 Mio. DM (256 KBit)
750 Mio. DM (1 MBit)

Die Anforderungen überstiegen zunehmend des wirtschaftlich Potential der DDR. Selbst führende internationale Konzerne sind heute von dieser Entwicklung bedroht."[45]

Wolfgang Biermann ergänzte diese Einschätzung:

„Es ist heute doch bekannt, was das alles gekostet hat. 14 Milliarden etwa bis Ende 1989. Zeiss hat davon rund 7 Milliarden bekommen, von den 3 Milliarden Valutamitteln ungefähr 600 Mio. Bei Philips oder Siemens ist das alles nicht viel billiger gewesen."[46]

Bei der Entwicklung der Bauelemente gingen wir arbeitsteilig vor: Die Mikroprozessoren wurden im Forschungszentrum des Kombinats Mikroelektronik in Erfurt gebaut, wobei man sich an Intel „orientierte"; die Speicherschaltkreise hingegen wurden nach dem Vorbild Toshiba im Forschungsszentrum Mikroelektronik des Kombinats Zeiss in Dresden hergestellt. Sowohl die relativ kurzfristige „Eigenentwicklung" des 1-MBit-Schaltkreises als auch das 1989 vorgelegte erste funktionsfähige Muster eines 32-Bit-Mikroprozessorensystems stellten eine strategisch wichtige Leistung dar. Beide Kombinate hatten an neuralgischen Stellen das westliche Embargo durchbrochen, um die DDR auf diesem Gebiet künftig unabhängig zu machen.

Von diesem Gelingen berauscht, verkündete Günter Mittag Ende August 1989 auf einer internen Beratung mit den Generaldirektoren der Kombinate in Leipzig:

„Es werden die Voraussetzungen geschaffen, um mit diesen 32-Bit-Mikroprozessoren die moderne hochleistungsfähige Rechentechnik in Gestalt von 32-Bit-Ingenieurarbeitsstationen wesentlich ökonomischer, mit besseren Gebrauchseigenschaften und in größeren Stückzahlen herzustellen ... Das 32-Bit-Mikroprozessorsystem findet zusammen mit dem 1-Megabit-Schaltkreis Einsatz für diese neuen Rechner. Damit führt der erreichte Entwicklungsstand auf dem Gebiet der Mikroelektronik in wesentlich breiterem Maße als bisher zu ökonomischen Auswirkungen in der Volkswirtschaft."[47]

Auch wenn der SED-Wirtschaftslenker maßlos übertrieb, war nicht alles bloße Erfolgspropaganda. Praktisch wurden Speicherschaltkreise und Mikroprozessoren in Dresden und Erfurt entwik-

45 „Knock-out durch den Markt", in: Elektronik, 19. August 1990, S. 46.
46 „Es war ein Leben umsonst", in: Neues Deutschland, 7. Mai 1990, S. 6.
47 Referat von Günter Mittag, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, auf der Kontrollberatung des ZK der SED mit den Generaldirektoren der Kombinate und den Parteiorganisatoren des ZK am 31. August 1989 in Leipzig – Parteiinternes Material, S. 46 f.

kelt, ihre Fertigung erfolgte im Kombinat Mikroelektronik in Erfurt Südost (ESO). Diesen Schwerpunkten entsprechend, konzentrierten wir auch unsere Importe auf die Forschungszentren von Zeiss in Dresden und des Kombinats Mikroelektronik in Erfurt sowie auf den Bau neuer Chipfabriken in Erfurt Südost. Dieser erfolgte in vier Ausbaustufen. ESO I bis III waren bis 1988 abgeschlossen, hier wurden Schaltkreise bis 256 KBit produziert. ESO IV befand sich noch in der Planungsphase und sollte die Produktionsstätte für den 1-MBit-Schaltkreis und das 32-Bit-Mikroprossorsystem werden. Für die Fabrik, die im Juli 1991 den Probebetrieb aufnehmen sollte, waren Gesamtinvestitionen in Höhe von 1.450 Mio. DDR-Mark veranschlagt. Parallel dazu war außerdem der Bau eines neuen Forschungszentrums in Erfurt geplant.

Bereits in der Anfangsphase waren wir in all diese Plan- und Vorbereitungsspiele einbezogen. So konzentrierten wir die Importe bei passiven Bauelementen auf die Erweiterung und Modernisierung der Leiterplattenproduktion im Kombinat Elektronische Bauelement Teltow, auf den Neubau moderner Leiterplattenfabriken in Dresden für das Kombinat Robotron und für das Kombinat Automatisierungsanlagen in Berlin. Allein für Robotron beschafften wir umfangreiche Produktionskapazitäten für Computer und periphere Geräte, beispielsweise automatisierte Linien für die Bestückung von Leiterplatten, Blechbearbeitungszentren für das Gefäßsystem für PCs und Großrechner sowie moderne Meß- und Prüftechnik.

Aber was die Volkswirtschaft der DDR insgesamt betraf, charakterisierte auch die Importtätigkeit: Durch die Konzentration auf die Mikroelektronik wurden andere Bereiche der Elektronik völlig vernachlässigt. Sie fielen in ihrer Leistungsfähigkeit weit zurück, unser Abstand zum internationalen Niveau vergrößerte sich ständig. Ein markantes Beispiel dafür war die Nachrichtenelektronik, was nicht nur im desolaten DDR-Telefonnetz sichtbar wurde.

Insgesamt konnte die Bilanz einer ineffektiven Wirtschaft nicht durch ein modernes Teilsegment verbessert werden. Und trotz aller politischen Prioritäten, gigantischen Investitionen und aufwendigen Importe gelang es nicht, die Mikroelektronik der DDR ans internationale Spitzenniveau heranzuführen. Im Gegenteil: Bei Speicherschaltkreisen lagen wir etwa fünf Jahre zurück, bei Mikroprozessoren war der Abstand noch größer. Wir fuhren zwar im höchsten Gang, und der Motor war schon heißgelaufen, doch wir waren längst überrundet.

Die Entwicklung und Produktion moderner Rechentechnik und Software

Der versuchten Abschottung vom Weltmarkt durch die COCOM-Staaten setzten die sozialistischen Länder die Zusammenarbeit im RGW entgegen. So wurde auf dem Gebiet der Datentechnik das sogenannte System Einheitlicher Rechentechnik entwickelt, kurz ESER genannt. ESER wurde durch den Rat der Chefkonstrukteure geleitet, in dem ein Vertreter jedes RGW-Mitgliedslandes einen Sitz hatte. Der Rat der Chefkonstrukteure plante und koordinierte die Entwicklung und Produktion der Computer und Computerperipherie der beteiligten Länder.

Das System einheitlicher Rechentechnik nahm sich die Computerfamilien von IBM zum Vorbild und „organisierte" eine Nachentwicklung, die allerdings den enormen Rückstand zum internationale Niveau nie wettmachen konnte. Echte Eigenentwicklungen waren spärlich, wobei sich Robotron unter den EDV-Produzenten des RGW noch eine beachtenswerte Position erarbeitete. Dies wurde sogar von westlichen Beobachtern anerkannt. So schrieb Jay Tuck in seinem bereits 1984 erschienenen Buch „Die Computer-Spione":

„Dort nämlich waren Forschungs- und Entwicklungsteams seit Jahren dabei, den IBM-360-Rechner nachzubauen. Den deutschen Design-Dieben des VEB Kombinat Robotron war schon mal eine passable Kopie des IBM-1401-Rechners gelungen, und die Erfolgsaussichten standen auch diesmal erheblich besser, als bei dem gescheiterten sowjetischen Versuch in Sewerodonetsk. Pläne für das neue DDR-Modell R-40 sahen einen völlig IBM-kompatiblen Computer vor: von der Bedienung, über Zusatzgeräte und Software, bis hin zu dem IBM-Betriebssystem DOS. In das Elektronengehirn pflanzten sie Kopien der Texas Instrument Chips (Serie TI-7400). Unter westlichen Sicherheitsexperten besteht inzwischen kein Zweifel, daß die Muster für die Robotron-Raubkopien illegal aus Westeuropa besorgt wurden ...

Im Mai 1972, als die ersten Robotron-Computer auf den Markt kamen, waren die Minsker Maschinen bereits wegen ‚Anpassungsarbeiten' ans Werk wieder zurückgeschickt worden. Die Sowjets waren ein zweites Mal gescheitert.

Im nächsten Jahr rollten Robotron-Rechner mit einer Jahresproduktion von etwa 100 Einheiten vom Band. Die DDR war nicht gerade dabei, die Entwicklung bei IBM zu überholen, dennoch war

die Produktion dieser Computer ein beachtlicher Erfolg, und das ostdeutsche R-40-Modell avancierte schnell zur Schlüsselmaschine der RYAD-Reihe und erhielt die sowjetische Bezeichnung ES-1040. Dem amerikanischen Computerunternehmen Controll Data gelang es, ein Exemplar der R-40 zu kaufen und zu Labortests in seine US-Zentrale zu bringen. Der RYAD -Rechner – so das US-Testresultat – war eine vollkompatible Kopie des IBM-Modells S/260/50. Mit der Ausführung hatten die DDR-Ingenieure allerdings einige Probleme gehabt. So war der Stromverbrauch des Speichers etwa doppelt so hoch wie bei IBM, was zur Folge hatte, daß der Computer weit unter Kapazität gefahren werden mußte, um Überhitzungen zu vermeiden. Speicher und die Qualität des Zubehörs waren auch weit unter westlichem Normen. Trotz seiner sämtlichen Schwächen wurde RYAD-1 im Ostblock mit Begeisterung aufgenommen. Die Produktion lief bald auf Hochtouren, und 1974 gingen Dutzende von Anlagen ans Netz."[48]

Für die Robotron-Erzeugnisse war im RGW ein unersättlicher Markt vorhanden, obwohl die Geräte dem Weltniveau hinterherhinkten und sogar in den „Bruderländern" mitunter nur noch widerwillig eingesetzt wurden. Besonders in den Abkommen mit der UdSSR nahmen sie eine strategisch wichtige Position ein, gab es doch für diese Computer und die Peripherie von den Sowjets wichtige Rohstoffe als Gegenleistung. Insgesamt konnte weder im RGW noch in der DDR der Bedarf gedeckt werden. Somit reichte es nicht mehr aus, lediglich mehr Computer zu bauen und die Produktionskapazitäten zu erweitern.

Vielmehr wurden neue Rechnergenerationen und neue Software benötigt.

Einmal mehr lag es also in der Logik der Sache, daß die DDR auf die Entwicklung moderner Schaltkreise orientierte. Es ging namentlich darum, Robotron in die Lage zu versetzten, moderne 16-Bit-Personalcomputer und leistungsfähige 32-Bit-Rechner in großen Stückzahlen und mit hoher Effektivität zu produzieren.

Das volkswirtschaftliche Konzept sah vor allem einen Einsatz als CAD/CAM-Arbeitsstationen und in der Prozeßautomatisierung vor, um in der Arbeitsproduktivität den notwendigen Schub nach vorn zu erreichen. Mitte der achtziger Jahre war die SED-Parteiführung von dem Ehrgeiz besessen, in allen Industrie- und Baukombinaten der DDR CAD/CAM-Systeme einzuführen. Wie utopisch diese Vor-

---

48 Jay Tuck: Die Computerspione, München 1984, S. 170 ff.

stellungen waren, zeigt allein die Tatsache, daß die dafür benötigten Rechner und die Software in der Anfangsphase von uns aus dem Westen importiert werden mußten, zu einem Zeitpunkt, wo bereits jede Valutamark in DDR-Volkswirtschaft fehlte.

Aber schließlich stand der XI. Parteitag vor der Tür, und von den im Vorfeld verkündeten CAD/CAM-Plänen wollten Honecker, Mittag & Co. nicht mehr abrücken. Also wurde der Bereich Kommerzielle Koordinierung anewiesen, 600 Mio. DM für den Import moderner Rechentechnik und der zugehörigen Software zur Verfügung zu stellen. Um gleichzeitig die Produktionskapazitäten bei Robotron zu erweitern, mußten auch Bauelemente, Baugruppen und periphere Geräte wie Monitore, Drucker und Plotter aus dem Westen herangeschafft werden. Doch auf unserer Einkaufsliste stand noch weitaus mehr: beispielsweise über 1.000 16-Bit-Computer von IBM, selbstredend Embargogeräte, und weit über 100 Rechnersysteme hoher Leistungsfähigkeit der VAX-Reihe von DEC und einige Großrechner wie die Convex. Zudem besorgten wir sowohl die Softwarepakete CADIS 2-D und 3-D für die Konstruktion in Bearbeitungszentren mit NC-gesteuerten Werkzeugmaschinen als auch die für den Schaltkreis- und Leiterplattenentwurf und die mechanische Konstruktion mittels der 32-Bit-Rechner VAX von DEC. Dabei ging es nicht nur schlechthin um Raubkopien der Software, sondern auch um die sogenannten Quelle-codes dieser Softwarepakete. Wir brauchten sie, um die illegal beschaffte Software an die bei uns eingesetzte Hardware anzupassen und weiterentwickeln zu können. Um ihre Produkte zu schützen, werden genau diese Quelle-codes von den Herstellern nicht mitgeliefert, noch nicht einmal an renommierte Anwender im eigenen Lager. Aber wir besorgten sie trotzdem.

Mit Hilfe von KOKO wurden räumliche, rechentechnische und ausrüstungsseitige Voraussetzungen geschaffen, so daß die Experten des ZKE der Akademie der Wissenschaften der DDR gemeinsam mit Partnern der späteren Anwenderkombinate die illegale Software ungestört neutralisieren, angepassen und vervielfältigen und Anwenderschulungen durchgeführen konnten. Die so präparierte Software wurde an die Anwenderkombinate der importierten 32-Bit-Rechentechnik verkauft und gleichfalls für die von Robotron produzierten Rechner genutzt. Eigene Entwicklungskapazität für Software und Kosten in Millionenhöhe konnten gespart werden.

Unmittelbar vor dem XI. SED-Parteitag im April 1986 organisierte Schalck-Golodkowski in den Räumlichkeiten von KOKO in der Wallstraße in Berlins historischer Mitte eine kleine interne Aus-

stellung mit den von uns beschafften Geräten und Programmen. Sinn und Zweck der Übung: eine Schauvorführung für Günter Mittag. So demonstrierte Günther Gath, unser Kontordirektor, der auch Computerspezialist war, eindrucksvoll, wie auf einem IBM-Computer CAD-Technik für ein Architekturbüro oder für Montagepläne von Rohrleitungen im Chemieanlagenbau angewendet werden kann. GM war begeistert.

Großzügig bestätigte er auch das Konzept zur kurzfristigen Ablösung der Westimporte durch eigene Entwicklung und Produktion in ausreichender Stückzahl im Kombinat Robotron, das Staatssekretär Nendel vorgetragen hatte. Dieses Konzept machte Mittag in der Folge zu seiner Chefsache, es wurde Teil der Wirtschaftsstrategie der SED.

Das war für das MEE und vor allem für Robotron alles andere als einfach, denn dies war eine grundsätzlich neue Entwicklungsphilosophie: die sich bei Großrechnern nicht mehr an IBM anlehnte, sondern an die Produktion von DEC (USA). Wir hatten zwar noch Personalcomputer von IBM importiert, aber sonst bereits ausschließlich die modernen Rechnergenerationen von DEC beschafft, die als „Vorbild“ für die Neuentwicklungen von Robotron dienten.

Robotron war mit seinen 70.000 Mitarbeitern in 20 Betrieben eines der größten und leistungsfähigsten Kombinate der DDR. Aus diesem Potential führte Dieter Walter, der stellvertretende Generaldirektor, die fähigsten Wissenschaftler und Technologen in einem Entwicklungskollektiv zusammen, das eng mit der Akademie der Wissenschaften der DDR und der Technischen Universität Dresden kooperierte. Es wurde außerdem von einer Arbeitsgruppe unter Leitung von Staatssekretär Nendel unterstützt, in der neben Robotron auch je ein Vertreter der Kombinate Mikroelektronik und elektronische Bauelemente und ich als Leiter des Importbereichs von KOKO saßen. Hier konnten alle notwendigen Maßnahmen beraten und sofort am Tisch, ohne bürokratische Umwege entschieden werden. Weiterhin wurden mit den Robotron-Leuten lukrative, an den Erfolg gebundene Sonderentlohnungs- und Prämiensysteme vereinbart. Doch die Truppe war nicht nur durch den finanziellen Anreiz hochmotiviert, sondern wurde durch Dieter Walter förmlich mitgerissen, der das Konzept wesentlich mitgestaltet hatte, ja, davon besessen war. Somit wurde unter materiellen und geistigen Bedingungen und in einer Atmosphäre gearbeitet, die wohl mehr für eine dynamische Marktwirtschaft, nicht aber für eine verkrustete Planwirtschaft typisch sind.

Dr. Walter hat nach dem erfolgreichen Abschluß der Arbeit gesagt:

„Als wir die Entwicklung des 32-Bit-Rechners beschlossen, haben viele Leute gesagt, der Walter läuft nicht mehr ganz rund. Aber es hat auch viele andere gegeben, die gesagt haben, Mensch, wenn der das ernst meint, dann sind wir bereit, mehr als acht Stunden am Tag über die Umsetzung dieser Idee nachzudenken."

Als Mitglied der Arbeitsgruppe Nendel hatte ich selbst sehr viel mit Dieter Walter und seiner Mannschaft zu tun. Ich kümmerte mich persönlich um die Umsetzung der Aufgaben, die unserem Bereich zukamen. Zwischen mir und Dieter Walter entstand nicht nur ein enger Arbeitskontakt, sondern eine echte Freundschaft.

Mit der erfolgreichen Entwicklung eines 16-Bit-Personalcomputers und des 32-Bit-Rechners war ein Durchbruch gelungen, der zu diesem Zeitpunkt in den anderen sozialistischen Ländern große Beachtung fand, aber international gesehen ein recht bescheidener Erfolg war.

Die Entwicklung des ersten 32-Bit-Rechners durch Robotron, mit der das West-Embargo durchbrochen wurde, würdigte auch Günter Mittag. Auf dem „Seminar des ZK der SED mit den Generaldirektoren der Kombinate und den Parteiorganisatoren des ZK" im März 1988, wie seine Lieblingsveranstaltung offiziell genannt wurde, wo er regelmäßig während der Leipziger Messen Befehle, Tadel und Streicheleinheiten verteilte, war seine Brust vor Stolz geschwellt.

Und die Partei- und Staatsführung ließ sich den Triumph etwas kosten: Die an dieser Arbeit beteiligten Wissenschaftler und Ingenieure von Robotron wurden mit dem Nationalpreis für Wissenschaft und Technik geehrt, ich erhielt zum zweiten Mal den Orden Banner der Arbeit (Stufe I). Bereits vorher waren wir auf diese Weise angespornt worden: Im Mai 1986 wurde ich mit der Verdienstmedaille der DDR ausgezeichnet, und am 7. Oktober des gleichen Jahres gemeinsam mit meinem Stellvertreter, Dietrich Kupfer, und dem Direktor des zuständigen Kontors, Günther Gath, mit dem Vaterländischen Verdienstorden in Bronze.

Weder ich noch die anderen fanden diese Ehrungen ungerechtfertigt. Als nämlich 1986 zusätzlich zum Plan in Sömmerda 10.000 8-Bit-Personalcomputer und 1987 in Dresden 10.000 16-Bit-Arbeitsplatzcomputer hergestellt wurden, war dies nur möglich, indem KoKo dafür die Valutamittel bereitstellte und wir die notwendigen zusätzlichen Baugruppen und Bauelemente aus dem Westen besorgten. Gemeinsam war es uns innerhalb von nicht einmal zwei Jahren gelungen, den Schritt von der 8-Bit- direkt zur 32-Bit-Rechentechnik zu gehen, und zwar auf einem Niveau, das mit dem

früherer Großrechner vergleichbar war. Mit den entwickelten 16- und 32-Bit-Mikroprozessoren, Speicherschaltkreisen mit 256 KBit und 1 MBit oder den flexiblen Leiterplatten konnten nunmehr Rechner auf der Grundlage eigener Baugruppen und Bauelemente produziert werden.

Hatte Wirtschaftsoberguru Mittag noch im März 1988 kritisiert, daß die Anwendung der modernen Rechentechnik hinter den sich entwickelnden Möglichkeiten in der DDR zurückbliebe und daß sich insbesondere die moderne CAD/CAM-Technik noch ungenügend auf die Effektivität des gesamten Reproduktionsprozesses auswirken würde, so sah die Bilanz anderthalb Jahre später schon etwas anders aus. Ende August 1989 verkündete GM vor „seinen Generälen" selbstüberzeugt:

„In der DDR ist seit 1986, dem Jahr des XI. Parteitages, eine leistungsfähige Basis der modernen Rechentechnik geschaffen worden; bei Personal- und Arbeitsplatzcomputern wurde die Kapazität verdoppelt. Zugleich sind neue Generationen von Rechnern in die Produktion gegangen. Das betrifft 16-Bit-Personalcomputer und 32-Bit-Rechner für Ingenieurarbeitsstationen. Der Einsatz von über 82.000 CAD/CAM-Arbeitsstationen in der Volkswirtschaft mit dem Stand 1. Halbjahr 1989 bedeutet, daß jetzt auf je 1.000 Beschäftigte in der Industrie 15,9 CAD/CAM-Arbeitsstationen kommen. Im Vergleich zu 1986 ist in der Volkswirtschaft, bezogen auf je 1.000 Beschäftigte, nahezu das 3fache an CAD/CAM-Arbeitsstationen im Einsatz."[49]

Doch „vergaß" Günter Mittag ein Vierteljahr vor der Implosion der DDR, etwas Wesentliches aufzuführen. Ohne KoKo wäre Robotrons Meisterstück schlichtweg unmöglich gewesen. Immerhin wurden von 1986 bis 1990 für den Import von Ausrüstungen, Bauelementen und Computertechnik, die zum Großteil dem Embargo unterlagen, fast 2 Milliarden DM ausgegeben. Rechnet man die jährlichen Bauelementeimporte zwischen 100 und 150 Mio. DM hinzu, die aus den offiziellen Planmitteln der Staatlichen Plankommission finanziert wurden und für deren Realisierung unser Importbereich die Verantwortung trug, so verschlang die Mikroelektronik in diesem Zeitraum sogar über 2,5 Milliarden DM.

Das waren Valutamittel, mit denen die DDR nie reichlich gesegnet war und die natürlich an anderen Stellen fehlten. Das war viel

---

49 Referat von Günter Mittag, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, auf der Kontrollberatung mit den Generaldirektoren der Kombinate und den Parteiorganisatoren des ZK am 31. August 1989 in Leipzig – Parteiinternes Material, S. 47.

Geld für die lädierte Volkswirtschaft eines Landes, das in eine politische Krise taumelte. Teuer erkauft, hatten wir in der Mikroelektronik zwar den Rückstand zum internationalen Spitzenniveau in bescheidenem Maße reduziert, aber keinesfalls aufgeholt. Doch – das war die Hauptsache – dem Prestigestreben der SED-Führung war Genüge getan.

Lego, Daisy und andere

Der 32-Bit-Rechner

Die Entwicklung des 32-Bit-Rechners war ein echtes Re-engeneering. Mit anderen Worten: Wir erfanden das Fahrrad zum zweiten Mal.

Unsere Unterstützung der Entwicklungsarbeiten in Dresden begann damit, daß wir zwei Vorbildtypen des VAX-Rechners von DEC bereitstellten. Das war noch am einfachsten. Darüber hinaus benötigten wir für den Rechnertyp alle vorhandenen technischen Dokumentationen des Herstellers und die Serviceunterlagen, einschließlich Schalt- und Stromlaufpläne sowie die Spezifikationen einzelner Baugruppen. Das waren Dokumente, die noch nicht einmal in westlichen Servicewerkstätten oder bei Fachhändlern verfügbar waren. Und einen Direktkontakt zu DEC mußten wir tunlichst vermeiden, ganz abgesehen davon, daß wir von dort die Unterlagen auch nicht bekommen und nur auf unsere Absichten aufmerksam gemacht hätten.

Guter Rat war also wieder einmal teuer. Doch es gelang uns, die Mehrzahl der erforderlichen Dokumentationen zu beschaffen. Mit von der Partie waren unsere Partner Hrobsky und Majunke.

Als erstes analysierte man bei Robotron die Philosophie des DEC-Vorbildtyps, die Funktion der einzelnen Baugruppen wurde ermittelt, notwendige Meßprozesse zur Erfassung der Parameter der einzelnen Baugruppen, die nicht in Dokumentationen ausgewiesen werden, wurden durchgeführt. Dann begann man, den Computer in seine einzelnen Baugruppen und Bauteile zu zerlegen. Die chirurgische Puzzlearbeit war notwendig, weil der neue Computer ohne aus dem Westen importierte elektronische Bauelemente und Baugruppen produziert werden sollte und wir dagegen nur solche einsetzen wollten, die in der DDR oder anderen sozialistischen Ländern hergestellt werden konnten.

Alle von DEC eingesetzten Bauelemente mußten also ausgetauscht werden. Das war leichter gesagt als getan. Denn bei den

substituierten Teilen mußten die technischen Parameter mit ihren Toleranzen exakt übereinstimmen. Sonst wären das Konzept des Rechners negativ beeinflußt und die Leistungsparameter eingeschränkt worden, und wir hätten unter Umständen ganze Baugruppen neu entwickeln müssen. Dabei ist es durchaus üblich, daß Bauelementespezifikationen in Detailparametern voneinander abweichen, selbst wenn es nur das Temperaturverhalten eines Bauelements ist. Nur war der Hersteller DEC so gewieft, daß die besagten technischen Detailparameter weder aus den Dokumentationen noch aus den Bauelementen ersichtlich waren. Wir mußten also vom Hersteller – selbstverständlich über Umwege – für jedes einzelne eingesetzte Bauelement die technischen Spezifikationen einholen und einzelne Parameter konkret abfragen, Muster von Bauelementen beschaffen, Äquivalenttypen ermitteln und ebenfalls bemustern.

Monatelang schinderte mein Freund Majunke wie Sisyphus, ohne es uns in Rechnung zu stellen. Zentnerweise schleppte er Unterlagen heran. Diese wurden dann meinem Kontaktmann Georg Gieszinger, Ingenieur bei Robotron, zur Auswertung übergeben. In mühevoller Kleinarbeit gelang es uns tatsächlich, alle serienmäßigen Bauelemente zu substituieren. Dann tauchte ein weiteres Problem auf: eine Handvoll spezifischer Bauelemente, die Kernstück der Anlage waren und von DEC selbst entwickelt und produziert wurden, somit nicht handelsüblich waren. Für diese Bauelemente gab es weder Dokumentationen noch technische Spezifikationen. Schlimmer noch – ihre Funktion war uns anfangs sogar völlig unbekannt.

Hier mußten also die Tüftler von Robotron ran. Gieszinger und seiner kleinen Mannschaft gelang es wirklich, das Geheimnis der DEC-Winzlinge zu lüften und ein Pflichtenheft (detaillierte Spezifikation) für jedes einzelne Bauelement zu erarbeiten. Die fixierten Anforderungen konnten nun der spezifischen Entwicklung und Produktion der neuen Schaltkreise zugrunde gelegt werden. Eine schwierige und zeitaufwendige Methode, doch Gieszinger und seinen Spezialisten blieb nichts anderes übrig.

Insgesamt wurden freilich keine Abstriche daran gemacht, schnellstmöglich das erste Entwicklungsmuster des neuen Computers herzustellen. Um das zu schaffen, mußten wir ein Experiment durchführen. Das Projekt des 32-Bit-Rechners wurde nämlich realisiert, indem sich Robotron über den in der DDR administrativ verbindlichen und umständlichen Weg der Arbeit nach den Schritten eines Pflichtenheftes, das jeden einzelnen Entwicklungsschritt für den Computer und jede seiner einzelnen Baugruppen enthalten

mußte, hinwegsetzen durfte. Das widersprach allen DDR-Planungsmethoden, aber so wurde die Entwicklungszeit spürbar verkürzt.

Unser Sturmlauf, der eigentlich mehr ein Hindernislauf war, ging weiter. Einerseits konnten wir nicht auf die Entwicklung der eigenen neuen Schaltkreise warten. Und andererseits konnten wir die DEC-Originalschaltkreise natürlich nicht auf einer Shoppingtour im Bauelementehandel kaufen. Sogar der DEC-Service verfügte nicht über sie, da im Reparaturfall einfach die Baugruppe bzw. Platine ausgetauscht wurde. Auf Umwegen, wofür selbstredend hohe „Maut-Gebühren“ zu entrichten waren, mußten wir an unser Objekt der Begierde heranschleichen. Doch dann hatten wir die Platinen, auch Module genannt, auf denen sich die spezifischen Schaltkreise befanden, in der Hand. Mit diesen Modulen wurde das erste Entwicklungsmuster aufgebaut. Auf der nächsten Stufe wurden die Schaltkreise von den DEC-Platinen abgelötet und auf die von Robotron entwickelten Platinen aufgebracht, um auch diese im Dauerlauf zu testen.

Dabei mußten wir erneut eine Hürde überspringen – die Beschaffung der DEC-Module. In Europa war auch beim DEC-Service an die Platinen nicht heranzukommen. Wir hatten zwar mehrere zuverlässige Lieferanten von DEC-Computern jeder Leistungsklasse, aber keiner war in der Lage, uns die Module zu beschaffen. So mußte wieder einmal mein Freund Majunke in die Bresche springen. Er fand in seiner Nähe einen kleinen Händler für DEC-Computer, die Firma Computer Products Ullrich (CPU), der diese Module direkt aus den USA bezog und sie nicht wie sonst üblich gegen die Rücklieferung defekter Platinen austauschen mußte. Wie er das für andere Firmen Unmögliche schaffte, konnten wir nie in Erfahrung bringen.

Übrigens sprach nach der Wende der DEC-Sicherheitschef für Europa mit seinem Verantwortlichen in der Bundesrepublik bei mir vor, um in Erfahrung zu bringen, über welche Kanäle bei DEC wir die Module beschafft hätten. Ich mußte ihn enttäuschen. Wir hatten keine Helfer bei DEC und von vornherein alle Kontakte zu den Amerikanern aus Sicherheitsgründen vermieden. Die Herren kamen wohl nie auf den Gedanken, daß es ein kleiner deutscher Händler war, der uns die Herzstücke eines DEC-Computers problemlos und in größer Stückzahl beschaffte. Immerhin waren es insgesamt weit über 100 solcher Platinen und etwa 30 Einzellieferungen im Gesamtwert von über einer Million DM.

Nachdem wir die Module beschafft hatten, waren wir unserem Ziel ein gutes Stück näher gekommen. Um den Zeitablaufplan für

die Entwicklung des ersten funktionsfähigen Prototyps einzuhalten, ging es nun „nur" noch darum, die Produktion der „eigenen" DEC-spezifischen Schaltkreise zu sichern. Das war allerdings der schwierigste Teil des Vorhabens. Wir schalteten wieder Majunke ein und arbeiteten mit der Reikotronik GmbH in Oldesloe zusammen, die bereits Monitore für Robotron gefertigt hatte. Bei dieser Firma gab es sowohl geeignete Fachleute als auch einen glaubwürdigen Hintergrund, der uns als tatsächlichen Auftraggeber tarnte.

Die Entwicklung und Produktion DEC-spezifischer Bauelemente lief bei uns unter dem Decknamen „Lego". Im Importbereich trug ich dafür die persönliche Verantwortung, kein Mitarbeiter wurde in die inhaltliche Arbeit einbezogen. Lediglich meine Frau, die im Kontor von Günther Gath arbeitete, übernahm die kommerzielle Abwicklung des Geschäfts. Der Partner bei Robotron war ausschließlich Georg Gieszinger. Wir mußten einfach den Kreis der Wissensträger radikal einschränken, um die Sicherheit des Projekts und der daran beteiligten Personen zu gewährleisten.

Am Ende der ersten Arbeitsetappe hatten wir mit Hilfe von Reikotronik ein Unternehmen ausfindig gemacht, das die drei Schaltkreise entsprechend des von Robotron erarbeiteten Pflichtenheftes produzieren und liefern konnte – die Firma Ferranti in Großbritannien. Reikotronik kaufte von den Engländern die drei Schaltkreise, die wir SK 1, SK 2 und SK 3 nannten, angeblich für ein neu von Reikotronik entwickeltes Gerät. Das schien für Ferranti glaubwürdig, weil ja die Oldesloer tatsächlich Computerperipherie herstellten. Die Lieferungen von Reikotronik an uns erfolgte dann problemlos. Wir deckten uns gleich mit dem Gesamtbedarf für drei Jahre ein, um bei einem eventuellen Auffliegen dieser Bezugslinie einen ausreichenden Vorrat zu haben und die Serienproduktion nicht zu gefährden. Dieser Hamstereinkauf kostete uns rund 3 Mio. DM, für Reikotronik und Majunke ein lukratives Geschäft.

Hauptsächlich drehte es sich jedoch beim Projekt „Lego" um die Entwicklung und Produktion von sogenannten ASICs, also kundenspezifischen Schaltkreisen nach den technischen Vorgaben von Robotron. Es ging immerhin um nicht weniger als 60 verschieden Typen von ASICs; die technischen Vorgaben mußten aus den Spezifikationen der DEC-spezifischen Schaltkreise abgeleitet sein. Die ASICs waren erforderlich, um uns völlig vom Embargoimport unabhängig zu machen. Auch hier arbeiteten wir auf der bewährten Linie Majunke – Reikotronik. Reikotronik sollte recherchieren, welcher potentielle westliche ASIC-Hersteller für uns in Frage

kommt. Dabei mußten die notwendigen Voraussetzungen des erforderlichen CAD-Systems und die mögliche Erstellung des ASIC-Entwurfes einschließlich der Logiksimulation beim Kunden berücksichtigt werden.

Nachdem man u. a. Valvo und Fujitsu in Augenschein genommen hatte, wurde uns von Reikotronik Anfang April 1988 Siemens empfohlen. Der Konzern war in der Lage, mit der Siemens-Bibliothek für DAISY-Workstation die technischen Anforderungen der Schaltkreise zu erfüllen. Außerdem verfügte man dort über eine AT-kompatible Workstation für den Entwurf im Einsatz, die eine Erstellung des Entwurfes beim Kunden, also bei Robotron bzw. Reikotronik, ermöglichte.

In einer gemeinsamen Beratung mit Majunke und Reikotronik entschieden wir uns im Juni 1988 für die Zusammenarbeit mit Siemens. Unter dem Deckmantel weiterer Verhandlungen zwischen Reikotronik und Siemens starteten wir ein kühnes Unterfangen. Gieszinger von Robotron besuchte gemeinsam mit dem bei Reikotronik verantwortlichen Mitarbeiter für unser Projekt noch im gleichen Monat ein Seminar bei Siemens, wobei sich Gieszinger als Reikotronik-Mitarbeiter tarnte. Natürlich war das ein Vabanquespiel. Doch es ging gut, Gieszinger wurde nicht als DDR-Bürger geoutet.

Auch in der Folge klappte alles reibungslos. Da Siemens mit der DAISY-Software und einer AT-kompatiblen Workstation auf der Basis 80 386 mit ganz konkreten Anforderungen an diese Hardware arbeitete, mußten wir gleichfalls die notwendigen Voraussetzungen für unsere Arbeit schaffen. Dazu besorgten wir zwei dieser Computersysteme, von denen das eine bei Reikotronik und das andere bei Majunke installiert wurde. Außerdem besuchte der Projektverantwortliche von Reikotronik, Ing. Manthey noch im August einen DAISY -Systemlehrgang und anschließend zwei weitere Seminare bei Siemens. Er gab nicht nur die auf diesen Schulungen gewonnenen Erkenntnisse an Gieszinger weiter, sondern auch Kopien von den Dokumentationen der DAISY-Software.

Wir waren uns von Anfang an darüber im klaren, daß für die spätere Lieferung der ASICs in den Ostblock keine Exportgenehmigung erteilt würde. Daher vereinbarten wir, die Bauelemente an einen Dritten zu liefern. Dieser Produzent sollte unsere Firma C & E in Taiwan sein, was wir jedoch zu diesem Zeitpunkt aus Sicherheitsgründen weder Majunke noch Reikotronik wissen ließen. Die Verhandlungen mit Siemens zur Entwicklung der Bauelemente blieben erst einmal ausschließlich in den Händen von Reikotronik.

Über die Details der Zusammenarbeit wurden zwischen uns und Majunke sowie zwischen Majunke und Reikotronik schriftliche Verträge abgeschlossen. Darin wurde die Aufgabenstellung fixiert, die einzelnen Aktivitäten und Verantwortlichkeiten vereinbart und die Bezahlung der Leistungen geregelt. Die Firma P. M. Majunke trat in der Vereinbarung mit Reikotronik zwar als Partner auf, die von ihr gegenüber Reikotronik übernommenen Verpflichtungen waren aber selbstverständlich von Robotron zu erfüllen. Sodann kauften wir und Robotron über Reikotronik die Hard- und Software ein, hernach wurde einer der beiden Sätze auf Leihvertragsbasis Reikotronik wieder zur Verfügung gestellt. Kostenpunkt: fast eine Million DM. Nach Inbetriebnahme wurde eins der beiden Computersysteme nach Dresden umgesetzt, und die Arbeit von Gieszinger und seinem kleinen Team konnte beginnen.

Bis Ende 1988 konnte Robotron den ersten Entwurf eines Versuchs-ASIC fertigstellen, einschließlich der Simulation und Freigabe an Siemens. Dann war es Gieszingers Aufgabe, Reikotronik in die Lage zu versetzen, diese Entwurfsarbeit nachzuvollziehen und die sogenannten Customer-Dokumente zu erstellen. Die ganze Sache mußte also erst von Robotron freigegeben werden, bevor Reikotronik die Übergabe an Siemens vornehmen konnte. Die Regeln dieses Ringelspiels mußten eingehalten werden. Doch Gieszinger und Manthey lösten auch das mit Bravour. Gleich der erste Versuch gelang. Reikotronik überreichte die erarbeiteten Unterlagen an Siemens, und dort wurde mit der Entwicklungsarbeit begonnen. Wenn Fragen auftraten, wurden sie im Zusammenwirken Siemens – Reikotronik geklärt, freilich immer mit Robotron als Souffleur im Hintergrund. Siemens schöpfte keinen Verdacht und stellte kaum Fragen zum Einsatz der ASICs. Robotron konnte mit der Entwicklung der nächsten Schaltkreisen beginnen.

Anfang April 1989 übergab uns – also in diesem Falle unsrem Double Reikotronik – der Vertrieb Bauteile der Hanseatischen Zweigniederlassung von Siemens das offizielle Angebot zur Entwicklung, Fertigung und Lieferung der von uns gewünschten ASICs. Die Anteile der Entwicklungskosten sollten je Schaltkreis und Ausführung zwischen 70.000 und 100.000 DM betragen und außerdem die Lieferung von zehn Prototypen beinhalten. Siemens erklärte sich bereit, je Monat drei Schaltkreisentwürfe zu machen, innerhalb von fünf bis sechs Wochen die Prototypen zu liefern und mit dem Serienlauf innerhalb von etwa 16 Wochen nach Musterfreigabe und Auftragserteilung zu beginnen. Ein Schaltkreis aus der Serienpro-

duktion würde zwischen 180 und 350 DM kosten. Das waren akzeptable Bedingungen, die unserem Konzept entsprachen.

Auf dieser Grundlage liefen die Arbeiten zügig weiter. Doch dann wurde Mitte Mai 1989 Hans-Jürgen Majunke verhaftet, und mit ihm rückte auch Reikotronik ins Visier der westdeutschen Untersuchungsbehörden. Anfang Juli kam Herr Reitemeier, Chef von Reikotronik zu mir nach Berlin. Er informierte mich, daß auch gegen ihn und Manthey ein Ermittlungsverfahren eingeleitet sei und daß die Büroräume und die Wohnung durchsucht worden wären. Vor allem hätte man nach einem Großcomputer gesucht, der aber niemals bei Reikotronik vorhanden war. Die Ermittlungsbeamten wären enttäuscht gewesen, hätten aber die vorhandenen PCs und die DAISY-Anlage beschlagnahmt, einschließlich der Software, die man zuerst vergessen habe.

Reitemeier hatte sich recht gut mit der Situation abgefunden und zeigte sich nicht verunsichert. Er rechnete lediglich mit einer Ordnungsstrafe. Anders sein Mitarbeiter Mantey. Der hatte offensichtlich Angst bekommen und lehnte jeden weiteren DDR-Besuch und die Zusammenarbeit mit uns kategorisch ab. Reitemeier dagegen war bereit, die Arbeit an „Lego“ fortzusetzen. Er wollte praktisch beweisen, daß er im guten Glauben gehandelt und nicht ernsthaft gegen die COCOM-Regelungen verstoßen hätte. Wir sahen das nicht nur anders, sondern wußten es besser und stellten die Zusammenarbeit mit ihm vorerst ein.

Um alle Spuren in die DDR zu verwischen, hatten wir vorher vorsichtshalber die in Dresden bei Robotron stationierte zweite DAISY-Anlage nach Westberlin geschmuggelt, wo Majunke Räume angemietet hatte. Die Anlage wurde dann später tatsächlich dort gefunden und beschlagnahmt. Unser Täuschungsmanöver schlug fehl: Aus den bei Reitemeier und Majunke sichergestellten Unterlagen konnten die bundesdeutschen Untersuchungsorgane feststellen, wer der wirkliche Auftraggeber und spätere Abnehmer der ASICs war. Damit war letztlich auch Gieszinger gefährdet und konnte nicht mehr in den Westen reisen.

Auch wenn dann der Zusammenbruch der DDR die weiteren Arbeiten am Projekt „Lego“ gegenstandslos machte, waren die ersten Rechner bereits produziert. Sie hatten sogar auf der Leipziger Frühjahrs Messe 1989 für Furore gesorgt und westliche Geheimdienste auf den Plan gerufen. So konnte eine Schnüffelnase der CIA einen gutwilligen Mitarbeiter am Robotron-Messestand dazu animieren, den Computer zu öffnen, um ungehindert ins Innere zu spä-

hen. Ein gelungener Coup, schließlich vermochte jeder Fachmann erkennen, daß unser Konzept mit einem DEC-Computer sehr „artverwandt“ war. Die ersten Kaufinteressenten aus dem Westen ließen dann auch nicht lange auf sich warten. Doch es war wohl weniger kommerzielles Interesse für unseren neuen 32-Bit-Rechner als vielmehr nachrichtendienstliche Neugier und Aufklärungsarbeit von DEC, um herauszubekommen, wie wir das wohl alles gemacht haben, und unseren weiteren Aktivitäten einen Riegel vorzuschieben. Trotzdem hegten einige Robotron-Leute die Illusion, den Rechner ins NSW exportieren zu können. Davon abgesehen, daß dies – wenn überhaupt – höchstens zu unglaublichen Dumpingpreisen möglich gewesen wäre, wußten wir das zu verhindern. Wir hatten weder die Karten für ein Null-Ouvert noch wollten wir unsere Embargoaktivitäten offenlegen oder unsere Partner gefährden. Erst nach der Wende purzelten die Geheimakten in die Hände der Fahnder.

Ein anonymes Fernschreiben

Hochstromimplanter und 1-MBit-Schaltkreis

Jede neue Schaltkreisgeneration stellt neue Anforderung an die im technologischen Herstellungsprozeß erforderlichen Ausrüstungen. Wir spürten das bei der Entwicklung des 1-MBit-Schaltkreises. Das Funktionsmuster konnten wir zwar labormäßig mit den vorhandenen Produktionsausrüstungen zusammenbasteln, aber eine Massenproduktion war damit nicht möglich. Besonders hohe Ansprüche wurden an die Implanter gestellt, die eine Schlüsselfunktion innerhalb der unentbehrlichen Apparaturen einnehmen. Die bisherigen Technologien waren mit sogenannten Mittelstromimplantern realisierbar, nunmehr wurden Hochstromimplanter benötigt. Diese ermöglichen nämlich dank ihrer höheren Stromstärken eine hohe Ausbeute der neuen Schaltkreisgeneration mit geringeren Strukturbreiten.

Für Mittelstromimplanter gab es in den USA, Japan und Westeuropa mehrere Hersteller, die ihre Produkte auf dem internationalen Markt feilboten. Über unserer Embargolieferanten hatten wir natürlich darauf Zugriff, wobei es uns die westeuropäischen Produzenten besonders leicht machten. Auch die UdSSR stellte solche Implanter her, die wir teilweise einsetzten. Allerdings entsprachen die bald nicht mehr den technologischen Anforderungen.

Bei Hochstromimplantern sah die Sache völlig anders aus. Da waren nicht nur wir oder die Sowjets auf Importe aus dem Westen angewiesen, sondern auch in Westeuropa wurden diese nicht hergestellt, sondern nur in den USA und Japan. Doch gerade diese Implanter benötigten wir unbedingt für die Technologie des 1-MBit-Schaltkreises und der nachfolgenden Generationen. Da es damals weltweit nur wenige Produzenten des 1-MBit-Schaltkreises gab, war die Beschaffung dieser Implanter für uns eine äußerst schwierige Aufgabe. Sogar den trickreichsten und erfahrensten Embargohändlern gelang es kaum, einen hieb- und stichfesten und Endverbrauchernachweis zu erbringen.

Die Hersteller – Marktführer war übrigens die US-Firma Eaton – unterwarfen jeden verkauften Hochstromimplanter einer lückenlosen Kontrolle. Das begann bereits vor Angebotsabgabe mit der Überprüfung der anfragenden Firma, beinhaltete eine Beaufsichtigung der Transportwege und reichte bis zur Abnahme der Montage. Selbst wenn beim Endabnehmer die Inbetriebnahme erfolgt war, kam es zu überraschenden Inspektionen, um sich vom ordnungsgemäßen Verbleib der Ausrüstungen zu überzeugen.

Dieses wirkungsvolle Kontrollsystem zu unterlaufen, war fast unmöglich. Aber eben nur fast. Wir brauchten glaubhafte Endverbraucher, die in diesem Spiel skrupellos und mit hoher Risikobereitschaft mitmischten. Und diese Beschaffer waren nur mit extrem hohen Verdienstspannen zu ködern. Während wir Mittelstromimplanter noch mit den üblichen Preisaufschlägen für Embargowaren von etwa 30 bis 40 Prozent besorgen konnten, waren es bei den Hochstromgeräten schon wesentlich höhere Aufschläge.

Zu denen, die für uns die erforderliche Anzahl von Mittelstromimplantern stets ohne Schwierigkeiten besorgten, gehörte u. a. Münchener Firma Diastar. Sie lieferte uns beispielsweise Geräte vom Typ 350 D der Firma Varian, die vorher bei Matra-Philips eingesetzt waren. Matra wiederum stellte den Antrag, die Apparate als Gebrauchtanlagen nach Südafrika zu liefern. Diastar gab als end-user Siemens in Südafrika an. Und von dort kamen die Implanter ohne Probleme in die DDR, ins Zentrum für Mikroelektronik von Zeiss in Dresden.

Neben den Implantern von Varian hatten wir auch Typen des Liechtensteiner Unternehmens Balzers im Einsatz. Mit Balzers verband uns eine jahrelange enge Zusammenarbeit, Embargo war für sie ein Fremdwort. Vor allem hatte die Firma den Vorteil, daß sie auf direktem Weg, also ohne Zwischenhändler an uns lieferte. Balzers kannte unseren Bedarf an Hochstromimplantern, hatte aber die-

se Typen nicht im Produktionsprogramm. Sie waren allerdings an der Kooperation mit Carl Zeiss Jena interessiert und prinzipiell bereit, solche Implanter entsprechend der von uns vorzugebenden Spezifikation zu entwickeln und herzustellen. Doch als Nägel mit Köpfen gemacht werden sollten, war es schon zu spät ... Die DDR brach zusammen.

Überhaupt war die klammheimliche Besorgung von Hochstromimplantern nicht unbedingt eine Erfolgsstory.

Nachdem wir unseren künftigen Bedarf kannten, hatten wir rechtzeitig die erforderlichen Schritte eingeleitet und mit unseren leistungsfähigsten Lieferanten Konzepte entwickelt. Von Anfang an fuhren wir mehrgleisig, d. h. es wurden mehr Aufträge über unterschiedliche Beschaffungswege ausgelöst, als tatsächlich Implanter benötigt wurden. Uns war von vornherein klar, daß bei der Kompliziertheit des Vorhabens nicht alle Pläne aufgehen konnten. So schlossen nicht nur wir erste konkrete Verträge über die Lieferung dieser wichtigen Ausrüstungen ab. Vielmehr waren auch die Speziellen Beschaffungsorgane der Staatssicherheit in die Spur geschickt worden. Aber kein einziger Vertrag konnte realisiert werden. Für uns und die Stasi eine empfindliche Niederlage, die uns die Grenzen unserer „Kanalarbeit“ zeigte.

Am erfolgversprechendsten waren noch die Bemühungen über unsere französische Beschaffungslinie Pellegrin. Yvon Pellegrin war Inhaber und Präsident der Firma Semco Engineering S.A. in Montpellier. Mit ihr hatten wir bereits seit einigen Jahren erfolgreich zusammengearbeitet und Embargowaren im Gesamtwert von rund 20 Mio. DM problemlos umgesetzt. Semco besaß in der Bundesrepublik eine Schwesterfirma gleichen Namens, deren Geschäftsführer Werner Geissler war. Semco lieferte an uns, aber auch an andere sozialistische Länder technische Spezialausrüstungen, die auf den Embargolisten standen.

Pellegrin selbst war ein in Algerien geborener französischer Staatsbürger, der über gute Kontakte im arabischen Raum verfügte. Er hatte in namhaften französischen Halbleiterfirmen als Ingenieur gearbeitet und galt in Frankreich als Spitzenkraft in dieser Branche. „Pelle“, so sein Deckname bei uns, besaß nach wie vor beste Verbindungen zu französischen Elektronikfirmen wie auch zum Eaton-Vertreter in Frankreich, Mit diesem war er nicht nur befreundet, sondern er hatte mit dessen Hilfe bereits Mittelstromimplanter von Eaton nach China und Jugoslawien geliefert. Wir brauchten Hochstromimplanter, und so wurde „Pelle“ unser Mann in Paris.

Seit Ende 1987 bereitete Pellegrin den Import der Eaton-Hochstromimplantern vor. In einem ersten Anlauf stellte er in den USA den offiziellen Antrag zur Lieferung von technisch total umgerüsteten Hochstromimplantern in die DDR. Was er den Amerikanern freilich verschwieg: Diese abgespeckten Varianten sollten nach Anlieferung in der DDR von Pellegrin mit Unterstützung eines französischen Spezialisten aus dem Implanterservice der französischen Filiale des US-Konzerns Motorola auf den erforderlichen technischen Höchststandard wieder aufgerüstet werden. Der Motorola-Spezialist stand bei Pellegrin unter Honorarvertrag.

Der Anwalt von Eaton verlangte von Pellegrin umfassende Informationen über den vorgesehenen Einsatz der Implanter in der DDR, über das Fertigungsprogramm unserer Halbleiterwerke und zu den bisher von uns eingesetzten Implantertypen. Selbstverständlich gaben wir bereitwillig Auskunft. Nur anstelle der tatsächlich eingesetzten Geräte westlicher Herkunft gaben wir die Spezifikationen der sowjetischen Implantertypen an. Leider wurde unser Taschenspielertrick durchschaut. Wie wir bereits ahnten, wurde uns mitgeteilt, „daß für diese Waren auch bisher grundsätzlich keine Exportgenehmigungen in das vorgesehene Bestimmungsland erteilt wurden". Einmal mehr mußte also „die Gefährdung der nationalen Sicherheit der USA" durch die kleine DDR als Begründung herhalten.

Wir ließen uns dadurch die Stimmung nicht verdrießen. Bereits im April 1988 legte Pellegrin bei Siegfried Schürer aus unserem Handelsbereich ein neues Konzept vor. Er wollte diesmal zwei Eaton-Hochstromimplanter mit Originalspezifikation, also keine technische abgerüsteten Varianten besorgen. Die Transaktion sollte über den Lieferweg Algerien und „eine bewährte Organisation mit Exportlizenz der USA" für einen nicht von ihm genannten end-user erfolgen. Pellegrin wollte dabei mit einem ihm bekannten Schweizer Unternehmen zusammenarbeiten, das seit zwanzig Jahren zur internationalen Waffenhändlerszene gehöre und früher in Spanien einen Reparaturbetrieb für Militärtechnik betrieben hätte. Wir kannten diese Truppe nicht, noch standen wir mit ihr jemals in Kontakt. Später trat zwar in Schaan (Liechtenstein) eine Firma Newmac Anstalt als Subsidiary of Newmac Group in Erscheinung, aber ob es sich dabei um die Waffenhändler handelte, konnten wir nicht feststellen.

Pellegrins Plan war gewiß eine heiße Kiste. Doch ohne die damit verbundenen Probleme zu unterschätzen, sahen wir eine reelle

Chance. Gleich welchen Beschaffungsweg wir wählten – eine Variante ohne Risiko, aber mit Erfolgsgarantie gab es nicht.

Am 15. April 1988 unterbreitete „Pelle“ ein spezifiziertes Angebot zur Lieferung von zwei Hochstromimplantern mit einem Angebotswert von 4.960.000 US-Dollar. Die Auftragserteilung müßte allerdings sofort erfolgen, und als Zahlungsbedingung wurde ein Akkreditiv gefordert, das bei Erteilung der Exportlizenz durch die USA zu eröffnen war und nach Wareneingang in der DDR einlösbar sein sollte. Das stellte für uns kein finanzielles Risiko dar, und wir akzeptierten. Noch am gleichen Tag wurde Pellegrin der Auftrag erteilt.

Dreieinhalb Monate später rief uns Pellegrin aus Genf an. Er teilte mit, daß die Transaktion nunmehr sicher sei und daß der erste Implanter im November 1988 und der zweite im Februar/März 1989 geliefert werden könnte. Allerdings sei der Beschaffungsweg über Algerien geplatzt, da seine Partner Nachprüfungen der US-Behörden befürchteten. Er hätte jedoch einen neuen und absolut sicheren Weg gefunden. Außerdem könne jetzt der Lizenzantrag in den USA gestellt werden. Dazu sei eine Vorauszahlung – eigentlich das Bestechungsgeld für die Firma, die das end-user Zertifikat austellt – in Höhe von 100.000 Dollar nötig, die er leider kurzfristig nicht selbst aufbringen könne.

Da sich Pellegrin für das Geld verbürgte und wir ihn bislang nur als absolut zuverlässiger Partner kannten, übernahmen wir diese Vorleistung. Nicht zuletzt waren wir von „Pelles“ neuem Konzept überzeugt. Denn als Käufer der beiden Implanter trat jetzt bei Eaton die staatliche Einkaufsbehörde des argentinischen Militärs auf, zu der Pellegrins Waffenhändler langjährige Kontakte unterhielt. Die Argentinier verfügten über einen eigenen militärisch-industriellen Komplex und waren damit ein glaubwürdiger Endabnehmer, bei dem auch keine Nachprüfungen durch die US-Behörden zu befürchten waren. Die Lieferungen selbst sollten dann von den Boston (USA) nach Argentinien und von dort auf dem Luftweg über ein arabisches Land in die DDR erfolgen.

Nachdem uns die Mitteilung vorlag, daß die US-Behörde für zwei Hochstromimplanter die Exportlizenz erteilt hätte, mußte das Akkreditiv eröffnet werden. Die Zustimmung dafür wie zur Bereitstellung der finanziellen Mittel gab Schalck am 11. Oktober 1988. Die persönliche Bestätigung meines Chefs war schon deshalb erforderlich, weil ich das hohe finanzielle Risiko für dieses Geschäft nicht allein tragen konnte.

Bei der Tragweite und Größenordnung der Unternehmung hatten wir Schalck das gesamte Beschaffungskonzept bereits in der Vorbereitungsphase zur Bestätigung vorgelegt. Auch in der Folgezeit wollte er laufend über den Stand der Realisierung informiert werden. Für auftretende Schwierigkeiten hatte er zwar durchaus Verständnis, aber eigentlich erwartete er nur Erfolgsmeldungen. Schließlich war die Beschaffung des ersten Hochstromimplanters für die DDR auch ein Wettlauf zwischen KoKo und Stasi. Jeder wollte der Erste sein, um der Parteiführung die Erfolgsmeldung zu servieren: Das Embargo ist durchbrochen! Mit keinem anderen Objekt ließ sich die eigene Leistungsfähigkeit besser dokumentieren. Auch Alexander Schalck war nicht frei davon, damit sein Image aufpolieren zu wollen. Die Besorgung der Hochstromimplanter war längst zur Prestigefrage mutiert.

Ungeachtet dessen sollte das Akkreditiv zuerst zugunsten von Fiduciaire Aberlay S.A. Genf erfolgen, aber dann wurde eine Eröffnung bei der Banco Arabe Espanole S.A. in Madrid zugunsten der Newmac Anstalt in Liechtenstein vereinbart. Das Akkreditiv war nur gegen Vorlage unserer schriftlichen Bestätigung über Quantität und Qualität der gelieferte Waren möglich, also nachdem wir den ordnungsgemäßen Erhalt der Ware attestiert hatten. Diese Bestimmung stellte für uns eine ausreichende finanzielle Sicherheit dar.

Nach Akkreditiveröffnung wurden wir am 1. Dezember 1988 darüber informiert, daß beide Implanter durch Beauftragte von Pellegrin gemeinsam mit argentinischen Spezialisten ab 6. Dezember in den Fertigungsstätten von Eaton in den USA abgenommen würden. Noch zwischen dem 14. und 20. Dezember sollten beide Geräte auf dem Luftweg in Berlin-Schönefeld eintreffen. Die Anlieferung war mit einer Boeing 747-124 F und der Flugreferenz B.A.-MCO-B auf der Route Buenos Aires – Marokko – Belgrad – Berlin-Schönefeld geplant, das Kennzeichen der Maschine und die Namen der vier Besatzungsmitglieder wollte uns man noch genau benennen. Als Lieferumfang eines Implanters kündigte man uns 14 Colli unterschiedlicher Größe mit einem Gesamtgewicht von 15.000 Kilo an.

Der Countdown lief. Nun waren unsere Organisatoren gefordert. Bis ins kleinste Detail war eine generalstabsmäßige Vorbereitung notwendig. Es gab nur eine Unbekannte – den genauen Zeitpunkt der Anlieferung, den Tag X.

Für die Abfertigung in Schönefeld benötigten wir das Know-how von KoKo. Denn zum einen mußte die Maschine in einem Sperrbereich des Flughafens unter Ausschluß der Öffentlichkeit entladen

werden. Zum anderen war die Anwesenheit unserer Experten notwendig, die sofort an Ort und Stelle den Lieferumfang und die Spezifikation überprüfen mußten, wovon die Einlösung des Akkreditivs abhängig war.

Nach meiner Rücksprache mit Schalck wurde Dieter Uhlig mit den Vorbereitungen in Schönefeld beauftragt. Er verfügte aus den KoKo-Waffenexporten und ähnlichen „Sondergeschäften" über die notwendigen Verbindungen und Erfahrungen auf dem Flughafen und konnte uns helfen, daß zum Weitertransport spezielle luftgefederte Lkws auf Abruf bereitstehen.

Am 13. Dezember lagen uns alle exakten Daten über die Abwicklung des Flugs Argentinien – DDR vor. Das Wichtigste – unser Tag X war der 28. Dezember. Wir schlossen sämtliche Vorbereitungen ab und installierten einen Operativstab. Dieser sollte noch in den Nachtstunden, nachdem die Maschine in den DDR-Luftraum eingeflogen war, alle notwendigen Aktivitäten auslösen und koordinieren. So die sofortige Anreise der Spezialisten von Zeiss aus Dresden, die Anfahrt des Spezialfahrzeuges von Deutrans, die Information des DDR-Zolls und der Mannschaft für den Sperrbereich des Flughafens.

Gemeinsam mit Siegfried Schürer, meinem verantwortlichen Kontordirektor, und Oskar Lutz, dem Bearbeiter des Importvorgangs, richtete ich mein Büro für die Nacht vom 27. zum 28. Dezember ein. Wir waren nervös und standen unter Erwartungsdruck, der 28. Dezember sollte der Tag unseres größten Erfolgs werden. Noch ahnten wir nicht im geringsten, daß uns die größte Niederlage bevorstand ... Am 27. Dezember erhielten wir in den Vormittagsstunden überraschend ein anonymes Fernschreiben in gebrochenem Deutsch. Der Text war so rätselhaft wie schockierend:

„an die person die sich um den skanner 10-160 kuemmert. hergestellt von eaton.corp.

nach informationen hier in portugal indiskret sollen sie auf keine faelle die 2 skanner bekommen. pelerin aus frankreich soll sehr ueberwacht sein und ein george starkmann aus genf soll alles maniganisieren. das lc aus portugal ist einkassiert und im wasser fuer euch. nach unseren info wurden oder werden sie aus genf reingelegt. wir haben es auch nicht immer so gern. eine hand waescht die andere. hoffen es nicht zu spaet für sie.

alf"

In der Tat, wir verbrachten die folgende Nacht völlig umsonst in meinem Büro. Der Telefondraht zwischen uns und Pellegrin glühte

zwar, aber die Boeing ließ auf sich warten. Angeblich hatte sich die Besatzung geweigert, den Flug von Marokko aus in die DDR fortzusetzen, da der Auftraggeber die vereinbarten Zahlungen an die Crew nicht geleistet hätte. So lautete einerseits die Information aus Marokko. Andererseits das anonyme Fernschreiben – sollte uns der Verfasser etwa die Wahrheit übermittelt haben? Wenn ja, wer war er, und woher bezog er seine Informationen?

Wir saßen in einer Zwickmühle. Nachdem wir nämlich den Ankunftstermin der Implanter in Schönefeld erfahren hatten, hatte ich dies selbstverständlich Schalck umgehend gemeldet. Schalck wiederum informierte sofort Mittag und damit auch Honecker, um die Überlegenheit von KoKo gegenüber den speziellen Beschaffungsorganen des MfS zu demonstrieren. Die voreilige Erfolgsmeldung mußte nun korrigiert werden. Wie peinlich für Schalck – und uns!

Unverzüglich nach Erhalt des ominösen Fernschreibens begannen wir zu rotieren. Ich schaltete umgehend meinen Führungsoffizier ein, damit dieser den ganzen Stasi-Apparat in Gang setzen konnte, um den Vorgang aufzuklären. Aber Artur Wenzel legte als erstes nur fest, gegenüber Schalck und dem ZK Stillschweigen zu wahren.

Das Fernschreiben wurde auch in der Folgezeit totgeschwiegen, wir erfuhren nichts über irgendwelche Erkenntnisse der Staatssicherheit und erhielten von dort keinerlei brauchbare Unterstützung, um aus der verworrenen Situation herauszukommen. So blieb unser Verdacht müßig, von einem gegnerischen Geheimdienst, wahrscheinlich der CIA, zum Spielball gemacht worden zu sein. Viel augenscheinlicher war dagegen der Grund für die scheinbare Tatenlosigkeit der Stasi: die Konkurrenzsituation zwischen unserem Handelsbereich 4 und den Speziellen Beschaffungsorganen. Da diese bei der Beschaffung von Hochstromimplantern glücklos blieben, war man auch an unserem Erfolg nicht sonderlich interessiert. Dabei hatte die Aufklärung nach unserem Dafürhalten durchaus Möglichkeiten, die aufgetretenen Kalamitäten in Marokko und später in Portugal zu überprüfen. Aber nichts geschah. Begnügte sich die HVA mit der Nutzung aller vorliegenden Informationen zum eigenen Vorteil? Denkbar ist alles.

Wie dem auch damals war –wir mußten etwas unternehmen.

Um die Anlieferung der Implanter zu sichern, konsultierten wir nochmals KoKo und das MfS. Im Januar 1989 übergaben wir Pellegrin weitere 100.000 DM in bar, damit er die Crew, die sich mit der Fracht angeblich nach wie vor in Marokko befand, bezahlen

konnte. Nach erfolgter Zahlung wurde uns die Sendung erneut angekündigt, diesmal über die Route Marokko – Libyen – Jugoslawien – Ungarn – ČSSR und Schönefeld. Und wieder warteten wir vergeblich. Anstelle der Implanter gab es die Erklärung, daß die Ware nach Portugal gebracht worden sei. Die Crew habe sich geweigert, den durch den USA-Libyen-Konflikt gefährdeten Luftkorridor zu durchqueren und Schönefeld oder einen anderen DRR-Flughafen anzufliegen. „George" – einer von Pellegrins Partnern – hätte die Implanter in einem Militärobjekt in der Nähe von Lissabon zwischengelagert. Von dort wolle man sie an uns weiterleiten, wenn sich die Situation wieder beruhigt hat.

Wir saßen wie auf glühenden Kohlen. Und uns wurde noch unbehaglicher, als wir zwischenzeitlich feststellen mußten, daß unser Akkreditiv widerrechtlich in voller Höhe in Anspruch genommen wurde.

Doch damit nicht genug des nervenaufreibenden Spiels: Mehr als einmal wurde uns die Lieferung der Implanter aus Portugal angekündigt. Im Februar sollte der Transport mit South Pacifik Island Airlines über Kuweit erfolgen, im März war anstelle dieser Fluggesellschaft von einer nigerianischen Airline die Rede. Es war alles nur heiße Luft. Zu allem Übel hatten wir mittlerweile erfahren, daß kanadische NATO-Kontrolloffiziere auf die im portugiesischen Militärobjekt deponierten Waren aufmerksam geworden waren und daß sich „unbekannte Leute" nach dem Inhalt der nun schon Monate lagernden Sendung erkundigt haben sollen.

Wir wurden also immer unruhiger und ungeduldiger und setzten Pellegrin stärker unter Druck. Daraufhin forderten uns seine Partner mehrfach auf, nach Portugal zu kommen, um uns vom Vorhandensein der Ware im Militärobjekt zu überzeugen. Damit waren für uns die letzten Zweifel beseitigt, daß uns ein westlicher Geheimdienste verschaukelte: Man wollte uns nach Portugal locken und dort verhaften.

Natürlich tappten wir nicht in diese Falle. Wir lehnten die Inspektion in Portugal ebenso ab wie Einladungen zu Verhandlungen in der Schweiz und in Österreich. Als Gesprächspartner dort wurde uns neben besagtem „George" ein gewisser „Patrice" offeriert, beides Waffenhändler und Pellegrins direkte Geschäftspartner. Um uns die Sache schmackhaft zu machen, wollten die beiden nicht nur über das Implantergeschäft, sondern sogar über neue Embargoobjekte reden. Wir heuchelten Interesse, nur um letztlich an unsere heißgeliebten Hochstromimplanter heranzukommen und dann alle Zelte abzubrechen. Es war vergebliche Liebesmühe. Wir vermoch-

ten es nicht einmal, „George" und „Patrice" zu einem Besuch in der DDR zu bewegen. Also mußten in dieser verfahrenen Situation alle Verhandlungen ausschließlich mit Pellegrin in der DDR geführt werden.

Im September 1989 teilte uns Pellegrin mit, daß „George" erfahren habe, der französische Geheimdienst hätte über unsere Transaktion Informationen erhalten. Er selbst vermutete, gleichfalls observiert zu werden. Weiterhin sei damit zu rechnen, daß bei Auslagerung der Ware mit Versandpapieren nach Südafrika oder ein anderes afrikanisches Land eine Beschlagnahme erfolgen würde. Zudem würden die beiden Implanter bereits in den USA gesucht und die argentinischen Partner bedrängt. Pellegrin schlug deshalb eine bereits früher mit uns diskutierte Lösungsvariante vor: Die Implanter von Portugal an die staatliche argentinische Einkaufsgesellschaft zurückzuführen, damit sie von dort zur Durchführung eines notwendigen technischen Checks infolge der zu langen Lagerung an den Hersteller in die USA zurückgeliefert werden kann. Anschließend sei eine erneute Lieferung an uns über Argentinien möglich.

Das war nun überhaupt nicht nach unserem Geschmack. Wir nahmen Abstand von einer Rücklieferung in die USA oder Argentinien. Da offensichtlich alle mit dem Geschäft verbundenen Transaktionen durch gegnerische Geheimdienste überwacht wurden, hätten wir mit einer solchen Aktion nur den handfesten Beweis dafür geliefert, daß die Ware in ein sozialistisches Land gehen soll. Über diese uns bekannten Praktiken der Dienste ließen wir „Pelle" nicht im unklaren.

Im Ergebnis unserer Gespräche sah Pellegrin nur eine einzige geringe Chance, um die verkorkste Angelegenheit noch erfolgreich zu lösen: Die Ware sollte schnellstmöglich aus dem portugiesischen Militärobjekt herausgeholt und in ein Drittland wie Südafrika verbracht wird, was bei den geltenden Embargobestimmungen für Argentinien nicht rechtswidrig war. Von Südafrika aus könne Pellegrin zu jeder Zeit eine Lieferung in die DDR arrangieren.

Doch dies waren nur schöne Worte. Angeblich sollen die beiden Implanter im Oktober 1989 von Portugal an die argentinische Einkaufsgesellschaft zurückgeschickt worden sein. Die Argentinier hätten auf „höherer Ebene" mit Eaton über weitere Einkäufe verhandelt und in diesem Zusammenhang auch die Zustimmung zur Rücklieferung von Portugal nach Argentinien erhalten.

Obwohl kaum noch etwas zu retten war, klammerten wir uns in der Folge an das letzte Zipfelchen Hoffnung und überlegten hin und

her, wie wir Pellegrins Partner dazu bringen können, ihre Lieferverpflichtungen zu erfüllen. Fruchtlos. Wir erhielten die Ware niemals. Unterm Strich blieb sinnlos ausgegebenes Geld: „Pelles“ Partner hatten sich widerrechtlich in den Besitz von 4.960.000 Dollar aus dem Akkreditiv gebracht, hinzu kamen die „Vorauszahlung“ von 100.000 Dollar und die 100.000 DM für die Crew der Fluggesellschaft. Natürlich versuchten wir noch, uns an Pellegrin schadlos zu halten und behielten Zahlungen aus seinen anderen Lieferungen in Höhe von rund 4 Mio. DM ein. Aber insgesamt konnten wir nicht den höchsten Verlust aus einem Embargogeschäft verhindern. Das Objekt Hochstromimplanter wurde zu einem Millionengrab.

Neben dem finanziellen Schaden wog unsere moralische Schlappe mindestens genauso schwer. Denn verschärfend kam noch hinzu, daß es auch den Stasi-Beschaffern nicht gelang, Hochstromimplanter ins Land zu holen. Zum anderen versandeten unsere eigenen parallelen Aktivitäten über die Israel-Südafrika-Connection im Nichts. Mit Hilfe von Moshe Nathan alias „Victor“ und „Kolja“ hatten wir hier zwei Implanter der gleichen Type von Eaton unter Vertrag und eine Anzahlung in Höhe von 2,15 Mio. Dollar leisten müssen. Doch eine Rückzahlung erfolgte ebenfalls nicht. Füllte Moshe Nathan mit dem Geld seinen Privatsafe auf oder Mossads Kriegskasse?

Jedenfalls waren wir erstmalig nicht in der Lage, eine uns gestellte Aufgabe zu lösen. Wir vermochten es nicht, die geplante Massenproduktion des 1-MBit-Schaltkreises materiell-technisch abzusichern. Da ist es auch kein Trost, wenn der rasch folgende Zusammenbruch der DDR und ihrer Mikroelektronik unsere Beschaffungsaufgaben völlig überflüssig machte.

Geheimnisse um Objekt X

Es war der 20. Februar 1989. Ein Telefonanruf beorderte mich sofort zu Schalck-Golodkowski in dessen Büro. Vom Alexanderplatz 6 zur Wallstraße 60 war es nur ein Katzensprung. Bereits fünf Minuten später betrat ich Schalcks Refugium. Wie immer wurde ich von meinem Chef herzlich begrüßt. Höflichkeit und Freundlichkeit gegenüber seinen engsten Mitarbeitern waren Selbstverständlichkeiten, die er auch in schwierigen Situationen niemals ablegte.

Am Beratungstisch seines schlicht eingerichteten Büros saßen bereits Fred Sredski und eine mir unbekannte Person. Fred Sredski war wie Siegfried Stöckert Mitarbeiter der Hauptabteilung III von

KoKo und für Computertechnik und Rationalisierungsimporte verantwortlich. Fred arbeitete im Rahmen unserer Computerimporte eng mit meinem Kontordirektor Günther Gath zusammen. Die mir unbekannte Person stellte Schalck als Genossen Hahnewald und Offizier der Staatssicherheit vor. Schalck informierte uns kurz und bündig, daß KoKo dem MfS einen Betrag in Höhe von 10,5 Mio. DM für den Kauf von Ausrüstungen zur Verfügung stellt und daß unser Handelsbereich 4 für die Beschaffung verantwortlich gemacht wird. Alle weiteren Einzelheiten seien mit Hahnewald als Beauftragten des MfS zu klären.

Das Objekt erhielt die Tarnbezeichnung „Objekt X“; die Aufgabenstellung wurde in einem Festlegungsprotokoll niedergelegt und von Schalck bestätigt.[50] Wir wurden zur besonderen Geheimhaltung verpflichtet. Von diesem Auftrag durften also keine anderen Mitarbeiter von KoKo eingeweiht werden, sogar Dieter Paul als zuständiger Hauptabteilungsleiter nicht. Auch die Information von Staatssekretär Nendel im Ministerium für Elektrotechnik/Elektronik war strikt untersagt. Einzige Kontaktperson bei KoKo war Sredski. Über ihn mußte ich dann monatlich an Schalck über den Realisierungsstand des Objekts berichten.

Im Handelsbereich beauftragte ich nach dem Ausnahmeprinzip meinen Stellvertreter Dieter Kupfer und Uschi Lorenz, Importkauffrau im Kontor 44, mit der Abwicklung des Objekts unter meiner persönlichen Anleitung und Kontrolle. Kein weiterer Mitarbeiter des Bereiches kannte das Objekt X, auch nicht Achim Panjas, der Direktor des Kontors 44.

Bei der geheimnisumwitterten Sache ging es im wesentlichen um Ausrüstungen zur Herstellung von Leiterplatten, Software, Fotoplotter, Bildwandler und eine hochpräzise Druckmaschine, die laut Spezifikation für das Drucken von „Dokumenten“ geeignet war. Die exakten Spezifikationen wurden uns von Hahnemann vorgegeben, mit dem wir uns an meinem Tisch regelmäßig über den Fortgang des Unternehmens verständigen. Adressat der Ausrüstungen waren zwei Bereiche der Staatssicherheit: Zum einen der Operativ-Technischen-Sektor (OTS), die technische Überprüfungs- und Untersuchungsstelle, etwa vergleichbar mit einem kriminaltechnischen Institut, in der hochspezialisierte Wissenschaftler und Techniker verschiedener Fachrichtung in modernen Labors für alle operativtechnischen Erfordernisse der Arbeit der Stasi tätig waren. Zum an-

50 Siehe S. 403 f.

deren das Institut für Wissenschaftlichen Gerätebau (IWG), ein der Hauptabteilung III (Funkaufklärung) unterstelltes wissenschaftliches Institut, in dem technische Ausrüstungen für die Hauptabteilung III entwickelt und gebaut wurden und das verdeckt als volkseigener Betrieb arbeitete. IWG und OTS waren stets mit modernster Technik ausgerüstet, die nun mit Finanzierung durch KoKo und das Objekt X weiter aufgestockt werden sollte.

Die Mehrzahl der Ausrüstungen, die wir besorgen sollten, unterlag gar nicht dem Embargo. Die Schwierigkeit war eine andere: Wenn das Ministerium für Staatssicherheit der DDR offiziell als Endabnehmer aufgetreten wäre, wer hätte dann schon eine Exportlizenz erteilt? Also mußten wir Objekt X genau wie ein Embargoobjekt durchziehen.

Als Lieferbasis wählten wir die Schweiz aus, wo wir aus mehreren bewährten Partnern den geeigneten auswählen konnten. Die Leiterplattentechnik wurde über die Firma Fela besorgt, die auf diesem Gebiet große Erfahrungen hatte. Der Firmeninhaber Uhlmann war eine Vertrauensperson von Dieter Kupfer und erfüllte seine Verpflichtungen ohne Abstriche. Die hochpräzise Druckmaschine, geeignet für farbigen Stahlstich, wurde über Intrac Lugano von einer Schweizer Firma gekauft, die Marktführer auf diesem Gebiet ist. In der Schweiz unterlag die Maschine weder dem Embargo noch irgendwelchen anderen Beschränkungen, so daß ohne Schwierigkeiten die Exportlizenz erteilt wurde.

Wozu diese Druckmaschine im MfS gebraucht wurde, wußten wir natürlich nicht exakt. Auf diesem Gebiet waren wir keine Fachleute und konnten auch aus der Spezifikation der Maschine keine Einsatzgebiete ableiten. Wir hatten von Hahnewald nur erfahren, daß sie zur Herstellung von „präzisen Dokumenten" geeignet war. Und so weit reichte unser Intelligenzquotient allemal, um daraus zu schlußfolgern, daß damit auch Urkunden, Pässe und Ausweise gedruckt werden konnten. Wir fanden es nicht absonderlich, sondern völlig normal, daß ein Geheimdienst in der Lage sein muß, solche Sachen so zu imitieren, daß die Fälschungen nicht erkennbar sind. Nun mag es alles andere als Zufall sein, daß zum Zeitpunkt unserer Beschaffungsaktion in der Bundesrepublik die sogenannten fälschungssicheren Ausweise eingeführt wurden. Aber ich vermute, daß die Staatssicherheit der DDR nicht der einzige Geheimdienst in der Welt war, der damit vor neue Probleme gestellt wurde.

Nach der Wende wurde natürlich auch das Objekt X ruchbar und löste riesige Spekulationen aus. Sie werden bis zum heutigen Tag angeheizt. So schrieb „Der Spiegel" im Frühjahr 1996:

„Der angeblich fälschungssichere Personalausweis, der 1987 in der Bundesrepublik eingeführt wurde, war vor der Staatssicherheit der DDR nicht sicher. Nach Angaben des letzten Leiters der Stasi-Hauptverwaltung Aufklärung, Werner Großmann, hat die DDR bis Ende 1989 Westausweise gedruckt. Dutzende ihrer Agenten seien damit problemlos über die deutsch-deutsche Grenze gereist. Produziert wurden die Falschpapiere vom ‚Operativ-technischen Sektor' des Ministeriums für Staatssicherheit in Berlin-Hohenschönhausen auf einer Druckmaschine, die für die Noten-Druckerei der DDR-Staatsbank im Westen eingekauft worden war. Bisher war das Bonner Innenministerium davon ausgegangen, daß die Staatssicherheit die Fälschung nur erfolglos versucht hatte. In einem Schreiben an den SPD-Bundestagsabgeordneten Friedhelm Julius Beucher hatte das Innenressort noch Ende März behauptet, daß die Ergebnisse dieser ‚Fälschungsversuche' das MfS selbst ‚nicht befriedigt' hätten. Die Stasi bestellte 1989 über Firmen des DDR-Devisenbeschaffers und Stasi-Obersten Alexander Schalck-Golodkowski für 820.277 Schweizer Franken sogar noch eine bessere Druckmaschine. Der Auslieferung in die DDR kam die Wende zuvor."[51]

Und in der BILD-Zeitung sah ein Dr. Paul C. Martin sogar einen Zusammenhang zwischen der Druckmaschine und der über den Globus schwappenden Falschgeldwelle. Überschrift: „Gelddruckmaschinen günstig abzugeben". Da wurde nicht nur behauptet, „Die Maschine ist weg", sondern ein BILD-Informant wußte es ganz genau: „Die steht jetzt irgendwo in einem Oststaat und macht, was sie immer schon machen sollte: Falschgeld." Ein dümmlichere Theorie kann es wohl kaum geben.

Das Objekt X war letztlich auch Gegenstand der Ermittlungen der Bundesanwaltschaft und des Untersuchungsausschusses des Bonner Bundestag zum „Fall Schalck-Golodkowski", ohne daß dadurch der wahre Einsatzzweck der Druckmaschine ergründet werden konnte. Im Protokoll des Untersuchungsausschusses des Bundestages liest sich das so:

„Joachim Gres (CDU/CSU): Lassen Sie mich noch einen Komplex ansprechen: Objekt X. Ist es richtig, daß Sie sich von Herrn Ronneberger und Herrn Sredski monatlich haben über den Projektfortschritt berichten lassen?

Zeuge Dr. Schalck-Golodkowski: Ja

---

51 „Nachdruck von der Staatssicherheit", in: Der Spiegel 21/96, S. 21.

Joachim Gres (CDU/CSU): Ist in diesen Berichten – weil Sie das gestern ein wenig in Abrede gestellt haben – auch über den Zweck des Objektes X gesprochen worden?

Zeuge Dr.Schalck-Golodkowski: Die verantwortlichen Mitarbeiter Sredski und Ronneberger wußten, daß das im Auftrag des MfS speziell für den Bereich Generalleutnant Schwanitz beschafft wurde.

Joachim Gres (CDU/CSU): Nein, nein. Zweck des Objektes X – Herstellung von Ausweisen und dergleichen. Ich kann mich erinnern, daß Sie gestern sagten, Sie hätten nicht gewußt, welchem Zweck die Maschine letztlich dienen sollte.

Zeuge Dr. Schalck-Golodkowski: Ich glaube, das wußten auch andere nicht. Ich kann mir nur vorstellen, daß natürlich die Mitarbeiter, die damit betraut waren, in den Diskussionen mit den Experten über alles mögliche gesprochen haben. Mir war der Zweck, was auf dieser Maschine alles technisch gemacht werden soll, nicht bekannt. Was man damit konnte, ist schon wieder ein ganz anderes Thema."[52]

An dieser Stelle muß ich Alexander Schalck ergänzen: Als ehemaligem OibE der Stasi im Range eines Oberst dürfte ihm wohl klar sein, daß die von ihm genannten Experten des MfS niemals mit uns offen über die wirklichen Anwendung der Druckmaschine gesprochen hatten. Das wäre sonst einem Geheimnisverrat gleichgekommen, und sie hätten sich gleich die Dienstpistole an die Schläfe setzten können oder zumindest die Schulterstücke von der Paradeuniform herunterreißen müssen.

So werden die Geheimnisse des fragwürdigen „Objekts X" wohl auch in Zukunft im grauen Nebeldunst der Geheimdienste verbleiben und vielleicht weitere Stories in den Medien heraufbeschwören.

---

52 Stenographisches Protokoll der 171. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses „Kommerzielle Koordinierung" des Bundestages am 3. Dezember 1939, S. 334.

KAPITEL 10

Das Ende: „Ich befehle!"

Der Zusammenbruch der DDR

Nicht nur wegen der Hochstromimplanter standen wir unter Hochspannung, in jenem Jahr 1989. Seit Neujahr, eigentlich schon lange vorher, war die Atmosphäre merklich aufgeheizt. Unsere Partner, Lieferanten und Informanten aus dem Westen schilderten immer öfter und dramatischer, wie die dortigen Behörden und Dienste gegen unsere Aktivitäten zur Durchbrechung des Embargos vorgingen. Und zwar mit Erfolg. Verträge, die eigentlich unter Dach und Fach waren, wurden verzögert, dadurch traten Störungen in der Mikroelektronik-Industrie der DDR auf, kurzfristige Alternativlösungen konnten meist nur das größte Übel abwenden. Hektik bestimmte unsere Arbeit. An manchen Tagen fühlte ich mich wie eine Tanzmaus im Laufrad.

Das Hauptproblem lag freilich ganz woanders. Honeckers Lieblingskind, die Neuentwicklung des 1-MBit-Schaltkreises und des 32-Bit-Mikroprozessors und deren Überleitung in die Produktion, verlangte nach immer neueren und teureren Ausrüstungen. Auch das Ministerium für Elektrotechnik/Elektronik forderte zusätzliche Valutamittel. Doch das überschritt die finanziellen Möglichkeiten unseres Ländchens seit langem. In großen Teilen der DDR-Gesellschaft und -Wirtschaft machte sich seit langem eine Stimmung gegen die Chip-Chip-Hurra-Euphorie des SED-Politbüros breit. Denn das dafür abgeknapste Geld fehlte an allen Ecken und Enden. Andere Bereiche der Volkswirtschaft warteten auf lebensnotwendige Investitionen bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag. In den Bezirks- und Kreisstädten war die zerfallende Bausubstanz nur noch mit der rosaroten Brille zu übersehen. Andere Wirtschaftsbranchen warteten schon seit Jahr und Tag auf nur einen Pfennig Investitionen, man fuhr die Maschinen und Anlagen auf Verschleiß.

In diesem allgemeinen Unbehagen wagte sogar die Staatliche Plankommission mit ihrem Leiter, Gerhard Schürer, aufmüpfig zu

werden, um gegenüber Günter Mittag eine Korrektur der bisherigen Wirtschaftspolitik, auch auf dem Gebiet der Mikroelektronik, durchzusetzen. Doch Wirtschaftslenker Günter Mittag war weder zu einer Korrektur bereit noch konnte oder wollte er das notwendige Geld zur Verfügung stellen. Auch die Feuerwehr vermochte nicht mehr einzuspringen – die Kassen von KoKo waren zwar noch nicht leer, aber die Mielke- und Honecker-Konten konnte auch Schalck nicht öffnen. Die Zahlungsbilanz der DDR hatte sich katastrophal verschlechtert, die DDR-Wirtschaft trudelte endgültig in die Sackgasse und stand vor dem Kollaps.

Schalck sprach zwar sehr offen mit uns über die schwierige wirtschaftliche Lage der DDR und lies keinen Zweifel daran, daß sich damit auch die politische Situation für die DDR weiter verschärfen wird, aber die ganze Tragweite des ökonomischen Desasters begriffen die wenigsten. Auch ich gehörte nicht zu den paar Insidern, denen die ungeschminkten Informationen vorlagen. Anders mein Chef Alexander Schalck. Er kannte sie bis ins Detail. Schließlich hatte er gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission der DDR, Gerhard Schürer, dem Minister für Außenhandel, Gerhard Beil, der stellvertretenden Finanzministerin, Herta König, und dem Präsidenten der Deutschen Außenhandelsbank, Werner Polze, einen Lagebericht für den SED-Generalsekretär erarbeitet. Das wiederum hatte sich im Bereich KoKo herumgesprochen und auch meine Ohren erreicht.

Der Lagebericht wurde nach der Wende als Geheime Kommandosache b5-111/89 vom 28. September 1989 bekannt und erstmals in der TAZ vom 19. März 1990 veröffentlicht.[53] Er war ein letztes Alarmsignal: Die DDR war völlig überschuldet, die bisherige Wirtschaftspolitik konnte so nicht mehr fortgesetzt werden. Doch ein Konzept zur Veränderung gab es nicht. Honecker – unterstützt von seinem Adlatus Mittag – hielt stur an seinem bereits 1971 verkündeten Programm fest, an der berühmt-berüchtigten „Hauptaufgabe in der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“. Fast schien es, als klebe er an seinen Erfahrungen aus den 20er und 30er Jahren und den hehren Forderungen der Arbeiterbewegung: keine Erwerbslosigkeit und Suppenküchen mehr, dafür Arbeit und bezahlbare Wohnungen für alle, stabile Preise für Grundnahrungsmittel – und das alles bis zum Geht-nicht-mehr staatlich subventioniert. Nur woher das Geld für diese stetig wachsenden Ausgaben kommen sollte, stand in den Sternen.

53 Günter Mittag: Um jeden Preis, Berlin 1991, S. 288 ff.

Was er im September 1989 noch vorsichtig-wohlwollend formuliert hatte, packte Gerhard Schürer im Juli 1990 in einem Interview mit der Wirtschaftswoche nicht mehr in Watte. Unter der Überschrift „Die Bilanz war gelogen“ stellte er klar:

„Natürlich begann die Verschuldung der DDR früher. Anfang 1970 hatten wir nur eine Milliarde Dollar Schulden. Das war noch solide. Aber die Verschuldung stieg bis 1978 auf fünf Milliarden Dollar. Am Ende der Ära Honecker betrugen unsere Auslandsverbindlichkeiten exakt 20,6 Milliarden Dollar. Diese Zahlungsbilanz war immer geheime Verschlußsache.“

Auf die Bemerkung, daß ohne Schalck und sein Imperium die Zahlungsbilanz noch katastrophaler ausgesehen hätte, antwortete Schürer:

„Sicher. Die Schalck-Firmen, wir nannten sie Devisenausländer, brachten der Zahlungsbilanz jedes Jahr zusätzlich zwei bis drei Milliarden Valuta-Mark ein. Insgesamt hat Schalck der DDR mindestens 50 Milliarden erwirtschaftet.“

Schürer hielt aber auch nicht mit seiner Meinung zum Mikroelektronikprogramm der DDR hinterm Berg:

„Die Milliardeninvestitionen in die Mikroelektronik waren von Anfang an in den Sand gesetzt. Ich habe im Mai 1988 meine Reformvorschläge schriftlich an Honecker geschickt. Darin kritisierte ich die Überkonzentration der Gelder im Bereich der Mikroelektronik und forderte statt dessen einen Ausbau der exportstarken Maschinenbauindustrie. Mittag kritisierte mein Papier, und damit war für Honecker die Sache erledigt. Das erstaunlichste aber war: Als das Material in die Regierung kam, stimmten auch die Vertreter der Blockparteien, die nicht wie die SED-Genossen an Parteidisziplin gebunden waren, gegen mich. Hinterher kamen sie zu mir, lobten mich und sagten, das war ein gutes Reformkonzept.“

Wie gesagt, von solchen Einzelheiten hatte ich im September 1989 noch keine Ahnung. Ich bemerkte auch nicht, wie sich seit Monaten unter den Bürgern Unmut und Unzufriedenheit breitmachten, wie die Stimmung immer schlechter wurde. Zweifel an der innenpolitischen Stabilität kannte ich schon gar nicht. Vielleicht lag das an meiner Arbeit, an meinem Aufgabengebiet, an meinen Mitarbeitern, Kollegen, Genossen Freunden und Bekannten. In unserem Bereich arbeiteten fast nur handverlesene Mitarbeiter, die sich mit der DDR gefühlsmäßig und intellektuell voll identifizierten. Sie hatten gute Arbeitsbedingungen und standen auch materiell nicht schlecht da.

Ihre komplizierte und anspruchsvolle Arbeit wurde anerkannt und leistungsgerecht entlohnt, wodurch ein relativ hoher Lebensstandard möglich war. Unzufriedenheit war in unserem Kollektiv jedenfalls kaum spürbar.

Andererseits lebten wir nicht in einer Schlaraffenland-Enklave, sondern verfolgten mit wachem Blick die Vorgänge um uns herum. Manche stellten zunehmend Fragen, andere äußerten in wachsendem Maße ihre Zweifel. Zwischen uns gab es nicht zu allen Fragen uneingeschränkte Zu- und Übereinstimmung. Meinungsstreit unter uns war selbstverständlich, zumal Gorbatschows Politik von Glasnost und Perestroika allen zu denken gab. Bei uns herrschte stets eine offene Atmosphäre. Wir konnten über alles kritisch sprechen und ungehemmt Fragen zur Wirtschaftspolitik der Partei und zur Rolle der Mikroelektronik stellen. So informierte ich Alexander Schalck in persönlichen Gesprächen mehrfach über die Stimmung in meinem Arbeitskollektiv. Stets hatte er Verständnis für die Fragen meiner Mitarbeiter.

Beispielsweise war Anfang 1989 ein ehemaliger und langjähriger enger Mitarbeiter von mir, der invalidisiert war und nur noch stundenweise bei uns arbeitete, aus der SED ausgetreten. Er konnte die Wirtschaftspolitik der SED-Führung nicht mehr mittragen, wie er es selbst formulierte. Da ich mit ihm persönlich langjährig befreundet war, er stets mein uneingeschränktes Vertrauen besaß und mit mir seit Anfang der sechziger Jahre an wichtigen Embargolinien gearbeitet hatte, versuchte ich, ihn davon zu überzeugen, seinen Entschluß rückgängig zu machen. Vergebens.

Von solchen Personalfragen mußte ich natürlich Schalck informieren. Doch er stellte mir nur die Frage: „Was machst du nun?“ Ich selbst verstand zwar den Entschluß meines Mitarbeiters und Freundes nicht, hatte aber Vertrauen in seine Mitarbeit und wollte das Arbeitsverhältnis nicht lösen. Schalck bestätigte mich in meinem Entschluß: „Die Zeiten werden noch komplizierter, und wir müssen Verständnis haben, wenn nicht alle Menschen die Situation verstehen und uns bedenkenlos folgen. Du hast richtig gehandelt. Wir brauchen Geduld und dürfen die Situation nicht noch verschärfen.“ Fürwahr, er kannte die wahre Lage im Lande und die Stimmung unter den Leuten.

Scheinbar unabhängig davon spornte uns Schalck ständig zur Leistungssteigerung an, der 40. Jahrestag der DDR stand ja vor der Tür. Im August 1989 wurde von ihm die „Wettbewerbskonzeption des Bereiches Kommerzielle Koordinierung in Vorbereitung auf

den XII. Parteitag der SED" erarbeitet und der Parteiführung übergeben. Sie sah vor, im Jahr 1990 von KoKo 1.901,8 Mio. DM und 396,2 Mio. Dollar zu erwirtschaften und an den Staatshaushalt abzuführen. Zu unseren Aufgaben hieß es konkret:

„Zur weiteren beschleunigten Einführung und Anwendung der Schlüsseltechnologien, insbesondere des Ausbaues der eigenen mikroelektronischen Basis, werden durch den Bereich Kommerzielle Koordinierung in Fortführung der bereits übernommenen hohen Aufgaben für 1990 weitere Verpflichtungen übernommen. Das betrifft vor allem:

– die planmäßige Beschaffung von technologischen Spezialausrüstungen für die beginnende Massenproduktion von 256-KBit-Speicherschaltkreisen im Kombinat Mikroelektronik – ESO III – sowie für die anlaufende Pilotproduktion des 1-MBit-Speicherschaltkreises im Kombinat Carl Zeiss Jena – ZMD Dresden;

– den Aufbau von Kapazitäten für die Herstellung von Leiterplatten bei den Hauptverbrauchern Kombinat Robotron und dem Kombinat Automatisierungs- und Anlagenbau.

Es werden durch den Importhandelsbereich alle Voraussetzungen für die planmäßige Realisierung des Objektes Robotron Dresden mit der Produktionsaufnahme zum 1. 4. 1990 und des Objektes EAB Berlin mit der Aufnahme des Probebetriebes zum 15. 5. 1990 geschaffen.

Für diese beiden Objekte erfolgt durch den Bereich Kommerzielle Koordinierung eine Finanzierung in Höhe von 350 Mio. DM.

– die Beschaffung unter Embargo stehender technologischer Spezialausrüstungen für die Erweiterung der Forschungs-, Entwicklungs- und Produktionskapazitäten des Mikroprozessorprogramms im Kombinat Mikroelektronik Erfurt sowie für die Fortführung der Vorhaben 32-Bit-Rechentechnik und dazugehöriger peripherer Geräte im Kombinat Robotron."[54]

Neben dieser „Wettbewerbsinitiative" wurde auch der Plan für das Jahr 1990 vorbereitet. Ich erarbeitete den Entwurf und mußte ihn vor Schalck verteidigen. Im Ergebnis dieser „Planverteidigung" formulierte Schalck unsere Aufgabenstellung wie folgt:

„Durchsetzung sowie inhaltliche Fortschreibung der Konzeption zur Absicherung der Embargopositionen. Dabei ist an der weiteren Stabilisierung der Beschaffung, an der Erschließung neuer Beschaffungswege, der Entwicklung leistungsfähiger Formen und Metho-

---

54 Wettbewerbskonzeption des Bereiches Kommerzielle Koordinierung vom 8. August 1989.

den bei der Realisierung von Embargoobjekten unter den Bedingungen gewachsener Anforderungen aus höherem Technologieniveau, konsequent zu arbeiten."[55]

Diese „Planverteidigung" fand genau am Vormittag des 6. Oktober statt. Mittags wurde ich mit allen anderen zum KoKo-Bereich gehörenden Generaldirektoren zu Schalck beordert. Irgendwie war die Atmosphäre angespannt, trotzdem ging es sachlich zu. Der Chef selbst schätzte die in Berlin zu erwartende Lage während der Festlichkeiten zum 40. DDR-Geburtstag als „brisant" ein. Er erklärte uns, daß am Jahrestag der Republik „Störungen" zu befürchten seien. Deshalb würden nun die von KoKo früher festgelegten erweiterten Maßnahmen des Systems der Diensthabenden mit „militärischer Disziplin" umgesetzt. Erstmals benutzte Schalck dabei die Formulierung:„Ich befehle".

Das System der Diensthabenden sah in der Volkswirtschaft so aus, daß in jedem Kombinat, Betrieb und Unternehmen rund um die Uhr ein Leitungsmitglied in Bereitschaft stand, um bei besonderen Vorkommnissen die notwendigen Maßnahmen einleiten und das übergeordnete Organ informieren zu können. Das begann bei Produktionsstörungen oder Havarien und schloß auch notwendige Maßnahmen in Krisensituationen ein.

Das erweiterte Sicherheitssystem zum 40. Jahrestag der DDR erläuterte uns der Leiter der Abteilung Kader und Sicherheit des Bereiches KoKo, Karl Meier, seines Zeichens zugleich OibE und Oberst des MfS. Ab sofort wurde bis auf Widerruf festgelegt, daß der Diensthabende im 24-stündigen Wechsel fest im jeweiligen Unternehmen stationiert ist, jeder nachgeordnete Leiter ständig in der Wohnung erreichbar und alarmierbar und im Bedarfsfall die gesamte Belegschaft einsetzbar sein muß. Regelmäßig sollte der Diensthabende des jeweiligen Unternehmens dem übergeordneten Diensthabenden von KoKo über die Lage im Betrieb berichten.

Ausgangspunkt für diesen Alarmzustand und für Schalcks „Befehl" war offensichtlich ein Fernschreiben, das Mielke am 5. Oktober 1989 unter der VVS-Nummer 0008, MfS Nr. 69/89, an alle Leiter der Diensteinheiten des MfS geschickt hatte und in dem es hieß:

„Die Wirksamkeit aller Vorkehrungen und Maßnahmen zur Sicherung der Veranstaltungen sind mit dem Ziel des rechtzeitigen Erkennens jeglicher provokatorischer-demonstrativer Handlungen, der Formierung und Ansammlung feindlich-negativer Kräfte noch-

55 Festlegungsprotokoll zur Planverteidigung vom 6. Oktober 1989 Ziffer 6.

mals gründlich zu überprüfen. Feindlich negative Aktivitäten sind mit allen Mitteln entschlossen zu unterbinden. Es ist zu prüfen, inwieweit die bereits eingeleiteten Maßnahmen unter dem Gesichtspunkt der Entwicklung der politisch-operativen Lage tatsächlich ausreichend sind. Ebenfalls ist nochmals die Bereitstellung aller Kräfte zu überprüfen. Es sind weitere Reservekräfte bereitzustellen."[56]

Sollten wir zu diesen Reservekräften gehören?

Jedenfalls wurden die Festlegungen konsequent umgesetzt. Anderes waren wir nicht gewohnt, die Parteidisziplin in Frage zu stellen, wäre uns nie in den Sinn gekommen. Die Diensthabenden wurden in meinem Arbeitszimmer einquartiert, hier konnten sie wenigstens ordentlich arbeiten und den Umständen entsprechend die Zeit verbringen. Den Dienst am Jahrestag der Republik übernahm ich selbst.

An diesem 7. Oktober glich das Haus der Elektroindustrie (HdE), direkt am Ostberliner Alexanderplatz gelegen, mit seiner Betriebsgaststätte im Anbau, einem Heerlager. Hier befand sich ein Einsatzzentrum der Sicherheitskräfte, von den „Kampfgruppen der Arbeiterklasse" über Einheiten der Volkspolizei bis zu den Einsatzkräften der Staatssicherheit. Zudem konnte man hinter den großen Fensterfronten des HdE vorzügliche Beobachtungspunkte einrichten.

Aus meinem Arbeitszimmer hatte ich den besten Blick auf den Alexanderplatz und die vom Palast der Republik kommende Karl-Liebknecht-Straße. So konnte ich die nach dem Festakt im Palast der Republik beginnende große Protestdemonstration verfolgen, die anschließend von Polizei und Stasi niedergeknüppelt wurde. Bis in die Nachtstunden patrouillierten Wasserwerfer über den Alexanderplatz. Im Einsatzzentrum herrschten Hektik und Unruhe. Entgeistert verfolgte ich das makabre Szenario.

Weder am 7. Oktober noch in den Folgetagen, an denen der Bereitschaftsdienst fortgesetzt werden mußte, hatten wir „besondere Vorkommnisse" zu melden. Die Arbeit ging bei uns wie gewohnt weiter, aber jeder spürte, daß noch mehr in der Luft lag.

Am 9. Oktober fand in Leipzig die große Montagsdemonstration mit über 70.000 Menschen statt. Was landesweit befürchtet wurde, trat nicht ein – die in Bereitschaft befindlichen Sicherheitskräfte kamen nicht zum Einsatz. Die Demonstration verlief friedlich, Polizei war kaum zu sehen. Am Ende der Demonstration wurde ein Ap-

56 Befehle und Lageberichte des MfS, Berlin 1990, S. 1999.

pell zum friedlichen Dialog verlesen.[57] Der Umschwung von der Niederknüppelung der Demonstrationen in Berlin am 7. und 8. Oktober bis zum friedlichen Verlauf der Leipziger Montagsdemo war eine wichtige Zäsur für den weiteren Verlauf der Ereignisse. Das, was später eine „sanfte Revolution" genannt werden sollte, nahm seinen Lauf.

Natürlich plagten mich in jener unruhigen Zeit Zweifel, ob ich ausgerechnet in diesen Tagen meine seit langem geplante Kur antreten sollte. Mit meinem Chef, Alexander Schalck, konnte ich nicht sprechen, er hatte erstmals keine Zeit für mich. Dieter Paul empfahl mir in seiner Vertretung, die Reise nach Bad Elster anzutreten, aber ständigen Kontakt zu KoKo in Berlin zu halten.

Doch in dem Kurort erwartete mich alles andere als Ruhe und Beschaulichkeit. Im Gegenteil, die Realität holte mich ein. Hier befand ich mich nicht mehr unter Gleichgesinnten, abgeschirmt vom DDR-Alltag und dem Denken seiner Menschen. Von den Anwesenden machte kaum jemand aus einer Sympathie für die Demonstranten in Leipzig und die Bürgerbewegung um das Neue Forum einen Hehl. Mit meinem Parteiabzeichen am Rockaufschlag konnte ich mich kaum noch öffentlich sehen lassen. In allen Kureinrichtungen gab es nur noch ein Thema: die Montagsdemos in Leipzig und die Forderung nach Freiheit und Demokratie in der DDR. Auch in Bad Elster demonstrierte erstmals die Bevölkerung, und die Kurgäste nahmen an den Protestkundgebungen teil. Die Nachrichten aus Berlin verhießen gleichfalls wenig Gutes.

Ich hatte keine Ruhe mehr und brach kurzentschlossen meine Kur ab. Sofort meldete ich mich im Bereich KoKo zurück, aber Schalck hatte wiederum keine Zeit für mich. Er war nur noch in die „große Politik" eingebunden. Als Honecker und Mittag am 18. Oktober entmachtet wurden, wurde Schalck zwar unter der Hand als einer der möglichen Nachfolger von Mittag gehandelt, aber nicht in die Funktion des Wirtschaftssekretärs des ZK der SED eingesetzt.

Wir arbeiteten trotz aller Veränderungen und der weitergehenden und immer größer werdenden Protestdemonstrationen im ganzen Land weiter. Und was im nachhinein vielleicht verwundern mag – wir konnten uns dabei auch weiterhin auf die Loyalität unserer Geschäftspartner im Westen stützen. Nicht ein einziger ist in dieser schwierigen Zeit abgesprungen. Gewiß, dies tat keiner aus purer

57 Wir sind das Volk, München 1990, S. 66 f.

Liebe zur DDR. Wohl aber ging es ihnen um die lukrativen Geschäfte, um das viele Geld, das bei einem etwaigen Ende der DDR nicht mehr so reichlich in ihre Taschen fließen würde.

Innenpolitisch folgte Schritt auf Schritt: am 4. November die bisher größte Massendemonstration in Ostberlin; am 7. November der Rücktritt der DDR-Regierung und die Wahl Modrows zum neuen Ministerpräsidenten; am 8. November der geschlossene Rücktritt des SED-Politbüros; am 9. November die überraschende Öffnung der Grenzen zur Bundesrepublik und zu Westberlin; am 13. November die Sondersitzung der Volkskammer und der Einsatz von Volkskammerausschüssen zur Aufdeckung von Amtsmißbrauch, Korruption und persönlicher Bereicherung. Die Bürgerbewegung wurde zu einer starken politischen Kraft in diesem Prozeß der Selbstreinigung, der Runde Tisch nahm seine Arbeit auf.

In der DDR-Volkskammer kam es am 2. Dezember zu tumultartigen Szenen, als die Ergebnisse des Untersuchungsausschusses bekannt wurden, die die verkommene Moral der abgelösten Staats- und Parteiführung bloßlegten. In den Folgetagen kam es zu ersten Festnahmen, darunter auch zur Verhaftung von Günter Mittag. Staatssekretär Schalck-Golodkowski wurde beschuldigt, die SED-Prominenz mit Luxusgütern versorgt, die Staatssicherheit finanziert, Waffenhandel sowie Schmuggel mit Alkohol, Parfüm und Textilien betrieben zu haben. Die Ereignisse überschlugen sich.

Der Bereich Kommerzielle Koordinierung geriet immer stärker ins Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit. Die gewendeten Medien hatten an dieser Mobilmachung einen großen Anteil. Nun begannen auch in der SED-Parteiorganisation des Außenhandels die offenen Auseinandersetzungen mit der Arbeit von KoKo und seines Chefs. Sogar der Minister für Außenhandel, Gerhard Beil, begab sich auf Konfrontationskurs zu Schalck: Dieser müsse vor die Volkskammer zitiert und von ihr zur Rechenschaft gezogen werden.

Wo die Partei voranging, wollte der FDGB nicht abseits stehen. So forderte auch die Gewerkschaftsorganisation des Außenhandels in einem Schreiben an die Gewerkschaftszeitung „Tribüne" schnellste und rückhaltlose Aufklärung aller dubiosen Machenschaften, die „im Namen des Außenhandels zum Nutzen einer korrupten Führungsclique begangen wurden, insbesondere der Vorgänge um den ehemaligen Leiter des Bereiches KoKo und weiterer Personen in seinem Umfeld. Wir fordern das, weil die überwiegende Mehrheit der 22.000 Werktätigen, darunter auch Mitarbeiter von KoKo-

Betrieben, mit ehrlicher und qualifizierter Arbeit zugunsten des Staatshaushaltes bzw. der Versorgung der Industrie und der Bevölkerung sehr durchschnittliche Gehälter ausschließlich in Mark der DDR verdienten."

Der Klageruf stieß nicht auf tauben Ohren. Vertreter der neuen gesellschaftlichen Gruppen und Parteien wendeten sich mit einen Aufruf an alle Bürger der DDR und besonders an die Mitarbeiter der zum Bereich Kommerzielle Koordinierung gehörenden Betriebe:

„Wir haben erfahren, daß angesichts der Staatskrise

– wichtige Finanzwerte und Sachwerte ins Ausland verbracht werden

– wesentliche Akten und Daten vernichtet werden

– verantwortliche Personen sich ins Ausland abzusetzen versuchen.

Diese Absatzbewegung und Verschleierungsversuche müssen verhindert werden!

Ihr wißt, in welchen Betrieben, Banken und Institutionen die Möglichkeiten zu solchen Praktiken gegeben sind.

Wir wenden uns insbesondere an die Mitarbeiter der zum Bereich Kommerzielle Koordinierung gehörenden Betriebe.

Ruft Belegschaftsversammlungen zusammen, die Kontrollgruppen für die Verhinderung solcher Machenschaften einsetzen.

Informiert die Deutsche Volkspolizei und die Öffentlichkeit."

Die Appelle fielen auf fruchtbaren Boden, die Saat ging bei diesem Tauwetter blitzschnell auf. Auch wir gerieten ins Schußfeld. In den Partei- und Belegschaftsversammlungen des AHB Elektronik wurden unser Handelsbereich 4 und seine Arbeit angegriffen und eine Offenlegung unserer Tätigkeit gefordert. Gerade das mußte ich freilich verhindern, schon im Interesse der Sicherheit unserer Mitarbeiter und Lieferanten und der Fortsetzung unserer Arbeit. Der Generaldirektor des AHB, Kurt Rippich, distanzierte sich öffentlich von uns und forderte die Offenlegung unserer Arbeit und unserer Zugehörigkeit zum KoKo-Berich sowie den Ausschluß unserer Genossen aus der Parteiorganisation des AHB.

In jenen Tagen und Wochen hatte ich mehrfach ein Bild vor Augen: Auf hoher See springen Ratten vom sinkenden Schiff ...

Nun wurde auch endlich ein alter DDR-Witz in der Realität umgesetzt – keiner weiß, was zu tun ist, aber alle machen mit. Das „bewährte Prinzip des demokratischen Zentralismus" setzte zur Bauchlandung an: „Oben" traute man sich keine Entscheidungen

mehr zu, „unten“ wartete man vergeblich darauf. Und wie sollte es anders sein – von KoKo erfolgte auch keinerlei Anleitung und Kontrolle mehr. Schalck war nach wie vor für mich nicht mehr zu sprechen. Dieter Paul und die anderen leitenden Mitarbeiter waren völlig hilflos und konnten nicht sagen, wie es weitergehen sollte. Wer es jahre- und jahrzehntelang gewohnt war, auf Direktiven, Order und Anweisungen von oben zu warten, dem fielen nun selbständige Entscheidungen schwer. – Die späte Rache der Kommandowirtschaft.

Dieter Paul beauftragte mich Anfang November, eigenständig Vorschläge zur weiteren Tätigkeit unseres Bereichs unter den veränderten Bedingungen zu erarbeiten. Ein paar Tage später, Mitte November, hatte ich das Papier fertig: „Festlegungen zur Wahrnehmung außenwirtschaftlicher Aufgaben für schwerbeschaffbare (Embargo) Ausrüstungen und Anlagen“. Ich schlug u. a. vor, die Aufgaben unseres Bereichs schrittweise zu reduzieren und später aufzulösen. Meine Mühe war das dafür beschriebene Papier nicht wert. Eine Entscheidung zu diesem Vorschlag gab es nicht mehr. Makulatur.

Nur gut, daß wir in unserem Bereich schon immer an selbständige Arbeit gewohnt waren. Ungeachtet dessen setzten wir unsere Arbeit fort, die Mitarbeiter des Bereichs behielten alle einen klaren Kopf. Unbeeindruckt entwickelten wir sogar einige Varianten, um nach einer möglichen Ausgliederung des Bereichs aus dem Außenhandelsbetrieb Elektronik die Arbeit fortzusetzen. So war der Generaldirektor des Kombinats Robotron, Fritz Wokurka, an der Übernahme von uns interessiert. Alle Überlegungen liefen natürlich unter der Annahme, daß die DDR reformiert wird, weiter existiert und das Embargo des Westens gegen uns aufrechterhalten bleibt.

Mein Kontakt zum MfS bestand zwar unverändert weiter, aber auch bei den verantwortlichen Stasi-Offizieren waren Verunsicherung und Hilflosigkeit zu spüren. Die neugebildete Regierung unter Hans Modrow gab am 17. November die Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit und seine Ersetzung durch ein verkleinertes Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) bekannt. Leiter des AfNS wurde Generalleutnant Schwanitz, bisher Chef der MfS-Bezirksverwaltung Berlin und Stellvertreter von Mielke. Zahlreiche Führungspositionen des AfNS wurden neu besetzt. Mein Führungsoffizier, Artur Wenzel, wurde von Treff zu Treff unsicherer und nervöser. Die Zusammenarbeit mit ihm konzentrierte sich jetzt vor allem darauf, die Sicherheit unserer Arbeit, der Mitarbeiter und unserer Geschäftspartner zu gewährleisten.

Am Sonnabend, dem 2. Dezember 1989, fuhr ich frühmorgens nach Marxwalde, dem heutigen Neuhardenberg, im Nordosten von Berlin, wo mein Sohn seinen Wehrdienst in der Regierungsstaffel der Luftstreitkräfte der NVA leistete. Als ich mittags nach Berlin zurückkam, lag bereits eine telefonische Aufforderung zum sofortigen Aufsuchen der KoKo-Zentrale in der Wallstraße vor. Dort eingetroffen, fand ich die leitenden KoKo-Mitarbeiter und weitere Leitungskader von KoKo-Unternehmen vor. In der ganzen Zentrale herrschte Aufregung und Durcheinander, ohne daß jemand wußte, warum wir gerufen wurden und was vor sich ging. Mit Siegfried Stöckert harrte ich gemeinsam in seinem Zimmer geduldig des Kommenden.

Als sich auch nach einigen Stunden sinnloser Warterei immer noch nichts getan hatte, entschloß ich mich, nach Hause zu gehen. Ich wohnte nur eine Ecke von der Wallstraße entfernt und konnte bei Notwendigkeit sofort wieder vor Ort sein. An diesem Tag bestand aber offensichtlich kein Bedarf mehr, ich wurde nicht wieder gerufen.

Einen Tag später, am Sonntag, wurde ich gegen Mittag von meinem Führungsoffizier zu einem sofortigen Treff in meinem Arbeitszimmer ins Haus der Elektroindustrie beordert. Wenzel, sonst immer sich überlegen gebend, sehr souverän und selbstsicher mit einem Hang zum Theatralischen, war aufgeregt und völlig durcheinander. Konsterniert eröffnete er mir, daß Schalck in der Nacht zum Sonnabend die DDR in Richtung Westen verlassen habe.

Erst später konnte ich den Aussagen von Schalck vor dem Untersuchungsausschuß des Bundestages entnehmen, daß in den Morgenstunden dieses Sonntags im ZK-Gebäude in Vorbereitung auf das am gleichen Tage stattfindenden ZK-Plenum eine Krisensitzung stattfand, die sich mit der Flucht von Schalck befaßt hatte. Schalck dazu später vor dem Untersuchungsausschuß des Bundestags:

„... am 3. früh wurde Manfred Seidel ins ZK bestellt zu Hans Modrow, Markus Wolf – die waren ja alle da – Gerhard Beil, Schwanitz, Großmann. Das war eine interessante Gesellschaft.“[58]

Aber Wenzel, mein Freund und Führungsoffizier, meinte:

„Dein Chef ist kein Feind. Ich stehe weiter zu Schalck, kann aber nichts für ihn tun. Auch für dich und deinen Bereich kann ich jetzt

---

58 Stenographisches Protokoll der 177. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses „Kommerzielle Koordinierung“ des Bundestages am 20. Januar 1994, S. 189.

nichts mehr tun. Wir werden euch aber schützen, so gut wie wir das jetzt noch können. Du solltest mit deinen engsten Mitarbeitern die Verbindungen zu eueren treuesten Geschäftspartnern nutzen, um mit ihnen gemeinsam Überlebenskonzepte zu entwickeln. Vielleicht könnt ihr gemeinsam Firmen gründen und euere Erfahrungen einbringen. Der Handelsbereich 4 selbst kann nicht überleben."

Ich konnte nicht wissen, daß es mein letztes Gespräch mit Artur Wenzel sein sollte.

Rückzugsgefechte

Die Auflösung der HA XVIII/8

Die Schraube drehte sich weiter. Die Bürger der DDR wollten sich nicht mehr mit der Erfüllung von Minimalforderungen abspeisen lassen; die Bürgerbewegung gab sich nicht mit der Auflösung des MfS zufrieden, sondern wollte auch seine Nachfolgeorganisation, das Amt für Nationale Sicherheit, beseitigt wissen. Im Land fanden dazu bereits erste Protestdemonstrationen statt. Wenzels Abteilung XVIII/8 fühlte sich mitten im Haus der Elektroindustrie nicht mehr sicher.

Am Montag, dem 4. Dezember, in den frühen Nachmittagsstunden, suchte mich Oberleutnant Uwe Pilgram in meinem Büro auf. Er war Mitarbeiter in Wenzels Abteilung und neben Major Gerhard Gesang für unseren Handelsbereich verantwortlich. Pilgram übermittelte mir den Auftrag seines Chefs: Die Abteilung sollte in ein anderes Objekt ausquartiert werden, und schon an diesem Abend wolle man mit dem Abtransport der Arbeitsunterlagen beginnen. Da aber die Fahrzeuge von Wenzels Abteilung nicht ausreichten und unser Handelsbereich über einen eigenen Fuhrpark verfügte, wurde ich aufgefordert, Autos bereitzustellen. Selbstverständlich verweigerte ich unsere Hilfe nicht und übergab Pilgram Fahrzeugpapiere und Schlüssel. Die Rückgabe vereinbarten wir für den nächsten Morgen. In den paar Stunden dazwischen sollte allerdings noch viel passieren ...

Nach Dienstschluß hatten wir wie an jedem ersten Montag eines Monats unsere Mitgliederversammlung der SED-Parteiorganisation, die in unseren Arbeitsräumen im HdE stattfand. Gegenstand der Versammlung war nicht etwa die angespannte innerpolitische Lage in der DDR, denn dazu gab es ja keine Direktive der Partei, sondern Fragen unserer weiteren fachlichen Arbeit. Es war so, als lebten wir

nicht in der DDR, sondern auf einem fernen Planeten. Die Atmosphäre in dieser Versammlung war keineswegs angespannt wie zum gleichen Zeitpunkt draußen auf dem Alexanderplatz.

Nach dem Ende unserer Versammlung, gegen 19.00 Uhr, verließ ich das Gebäude. Zum gleichen Zeitpunkt fand auf dem Alexanderplatz eine Demo statt, die wie üblich friedlich verlief.

Als ich am nächsten Morgen gegen 6.45 Uhr wieder das HdE betrat, stellte ich an den Eingängen verstärkte Sicherheitskontrollen des Betriebsschutzes fest. Das Haus glich einem Bienenstock, viele Mitarbeiter huschten aufgeregt über die Gänge, Gerüchte kursierten. Ich erfuhr, daß einige meiner Mitarbeiter, die am Vorabend nach mir das HdE verlassen wollten, von einer aufgebrachten Menschenmenge daran gehindert wurden. Erst nachdem sie sich ausweisen konnten, durften sie passieren.

Zwischenzeitlich verbreiteten die Medien in diesen frühen Morgenstunden erste Meldungen über die Vorgänge am vorangegangenen Abend. Demnach hätte es sich um eine Aktion der Bürgerbewegung gehandelt, um die klammheimliche Auflösung der MfS-Dienststelle, die sich im HdE befunden hätte, zu verhindern. Die Rede war auch von der Verhaftung eines Mannes, der angeblich einen großen Geldbetrag aus dem Gebäude schleppen wollte. Abermals überschlugen sich die Ereignisse.

Ich hatte kaum mein Büro betreten, da versuchte ein zur Bürgerbewegung gehörender Mitarbeiter der Hausverwaltung in mein Arbeitszimmer vorzudringen. Sein Vorwand, die Heizungsanlage kontrollieren zu wollen, schien jedoch so dürftig, daß ich ihn am Betreten des gesamten Sperrbereiches hindern konnte. Daraufhin wurde ein diensteifriger Volkspolizist, uniformiert und bewaffnet, bei mir vorstellig. Er käme im Auftrag der Militärstaatsanwaltschaft und wollte wissen, wo unsere Arbeitsunterlagen, vor allem die Verschlußsachen gelagert würden. Ich führte ihn zu unserer VS-Stelle, die sofort versiegelt und von ihm bewacht wurde. Der Hüter der neuen Gesetzlichkeit kündigte noch das Erscheinen der Militärstaatsanwaltschaft sowie weitere „Maßnahmen“ an.

Mit meinen Stellvertretern und Abteilungsleitern stimmte ich dann unser weiteres Verhalten ab. Für die Mitarbeiter galt es, in Ruhe weiterzuarbeiten, was natürlich unter diesen Bedingungen sehr schwer war. Wir als verantwortliche Leiter mußten umgehend Sofortmaßnahmen einleiten, um unsere Mitarbeiter, Geschäftspartner und die weitere ungestörte Abwicklung der Verträge zu sichern. Die Vernichtung von Arbeitsunterlagen wurde von mir nicht aus-

drücklich angewiesen, schon weil es uns von der Volkspolizei streng verboten worden war. Aber meine nachgeordneten Leiter wußten natürlich selbst, was zu tun war, und ich konnte und wollte natürlich nicht unter jeden Schreibtisch kriechen oder sämtliche Papierkörbe durchsuchen. Zudem ist zu vermuten, daß die Mitarbeiter, die als IM für das MfS arbeiteten, auf eigene Faust versuchten, ihre Unterlagen von eventuell vorhandenen Hinweisen auf eine Verbindung zum MfS zu bereinigen. Jedenfalls qualmten bei uns weder die Öfen noch liefen die Reißwölfe heiß. Die Militärstaatsanwaltschaft ließ sich auch nicht mehr blicken, der Sicherungsposten vor der VS-Stelle wurde wieder abgezogen. Man ließ uns für den Rest des Tages in Ruhe.

Was war aber wirklich in der Nacht zuvor geschehen? Das geht aus zwei Protokollen der Zeugenvernehmungen durch die Kriminalpolizei hervor.

Wolfgang W., Ingenieur für Wärmetechnik in unserem Haus, wurde am 4. Dezember gegen 18.15 Uhr in seiner Wohnung durch einen Mitarbeiter des Klimadienstes im HdE in Kenntnis gesetzt, daß bei der Betriebswache eine schriftliche Weisung des Leiters Sicherheit des HdE vorläge, wonach die üblichen Kontrollgänge der Betriebswache im gesamten Haus, einschließlich der Außenanlagen, in der Zeit von 18.00 Uhr bis 6.00 Uhr des nächsten Tages einzustellen seien. Außerdem sollte die Türsicherungsschleife der Raumschutzanlage für den Hinterausgang im dritten Segment des Erdgeschosses abgeschaltet werden.

Wolfgang W. wörtlich:

„Weil ich bereits in der Presse und den anderen Medien mitbekommen hatte, daß alle aufgefordert sind, auf mögliche unlautere Dinge in ihren Arbeitsbereichen zu achten und dem was mir nun telefonisch bekannt geworden war, habe ich schon etwas Unsauberes vermutet. Ich habe aus diesem Grunde sofort versucht, den Institutsdirektor (u. a. auch für den Betriebsschutz im HdE verantwortlich – G. R.) zu Hause telefonisch zu erreichen, was mir jedoch nicht gelungen ist, jedenfalls nicht sofort. Aus diesem Grund habe ich gegen 18.30 Uhr das Kontakttelefon des Neuen Forums telefonisch gebeten, mir die Telefonnummern vom Büro des Generalstaatsanwaltes sowie vom Bezirksstaatsanwalt Berlin-Mitte und der Untersuchungskommission zur Verfügung zu stellen, was auch erfolgte. Diesen Mitarbeitern vom Neuen Forum habe ich den Sachverhalt auch kurz mitgeteilt. Ich habe sie auch aufgefordert, ebenfalls sofort in dieser Sache wirksam zu werden, da ich dadurch eine

Möglichkeit sah, hier Schlimmeres zu verhindern und Schaden abzuwenden. Dann habe ich sofort telefonisch das Büro des Generalstaatsanwaltes in Kenntnis gesetzt. Weiter habe ich den Rechtsanwalt Lothar Franz, Mitarbeiter in der Untersuchungskommission, ebenfalls telefonisch in Kenntnis gesetzt.

Gegen 18.45 Uhr habe ich meinen Stellvertreter, den Koll. Dieter Garbe zu Hause angerufen. Da er in der Nähe vom HdE wohnt, sollte er sofort zur Arbeitsstelle gehen, um den Koll. Berg vor Ort zu unterstützen.

Gegen 19.00 Uhr habe ich dann noch den Chef vom Dienst des VEB Kombinat Automatisierung und Anlagenbau (KAAB) sowie den Institutsdirektor, Koll. Müller, informiert. Beide haben mich aufgefordert, daß ich feststellen soll, wer diese Weisung, welche bei der Betriebswache vorlag, ausgestellt hat. Nach erneuter Rücksprache mit der Betriebswache wurde mir dort mitgeteilt, daß diese Weisung von der Abteilung Sicherheit des Instituts für Rationalisierung ausgefertigt und im Auftrage des Koll. Brünn, Abteilungsleiter Sicherheit, durch die Kollegin Wolke unterschrieben wurde. Diese Angaben teilte ich dann sofort wieder dem Institutsdirektor und dem Chef vom Dienst des KAAB mit. Beiden war diese Weisung nicht bekannt.

Ich habe dann gegen 19.10 Uhr die Betriebswache telefonisch angewiesen, die Sicherheitsschleife für die Hintertür in Betrieb zu nehmen und diesen Ausgang so zu sichern, daß niemand rein oder raus kann. Gegen 19.15 wurde der Chef vom Dienst des KAAB von dieser meiner Weisung unterrichtet. Er befürwortete diese Festlegung. Gegen 20.20 Uhr teilte mir die Betriebswache telefonisch mit, daß der Institutsdirektor im Hause, auf der Arbeitsstelle, sei. Einige Minuten später gelang es mir dann telefonisch, mit dem Institutsdirektor zu sprechen. Er teilte mir mit, daß ca. fünfzehn bis zwanzig Personen offiziell mit seiner Genehmigung, das Haus verlassen konnten. In diesem Zusammenhang muß ich hier auch sagen, daß zu dieser Zeit im Haus noch eine Versammlung war. Der Institutsdirektor sagte mir weiter, daß verhindert wird, daß Unbefugte das Haus betreten. Vermutlich war das im Zusammenhang mit Leuten von der Demonstration am Alexanderplatz zu sehen.

Etwa gegen 22.00 Uhr erhielt ich zu Haus einen Anruf von der Kriminalpolizei, daß man im Zusammenhang mit diesen Ereignissen möglicherweise noch mal auf mich zukommen wird. Danach gab es durch meine Person keine Kontakte mehr zum HdE ...

Dieses Schriftstück, welches bei der Betriebswache hinterlegt wurde, sei laut Kollegen Brünn in üblicher Zusammenarbeit mit den

Kollegen aus dem Anbau gefertigt worden. Mir ist bekannt, daß in diesem Anbau Mitarbeiter von Struktureinheiten des MfS sitzen ..."

Noch in der Nacht des Geschehens, um 23.30 Uhr, wurde die Lehrerin Ingrid H. als Zeugin zu den Vorgängen im und um das HdE vernommen:

„Ich nahm am heutigen Abend an einer Demonstration, welche am Alex war, teil und wollte eigentlich nach Hause gehen. Auf dieser Demo wurde durch einen Redner darauf hingewiesen, daß aus einem Gebäude, welches sich neben dem Reisbüro Nähe der Keibelstraße befindet, irgendwelche Akten ausgelagert werden. Es sollen nach Auskunft des Redners Akten von der Staatssicherheit sein, welche zum jetzigen Zeitpunkt entfernt werden sollen. Wir sollten darauf achten.

Die Demo war eigentlich zu Ende, und ich wollte nach Hause. Ich schloß mich dann mehreren Leuten an und, da ich sowieso in die Richtung lief, kamen wir dann zum Reisebüro. In einer Gruppe von ca. 20 - 30 liefen wir einmal um das Objekt der Keibelstraße und der anderen Institutionen herum. Wir trafen dann wieder auf der Höhe des Reisebüros ein.

Eine andere Gruppe lief diesen Weg entgegengesetzt. Diese Gruppe war zu diesem Zeitpunkt auf der anderen Seite des großen Tores, welches dem Reisebüro gegenüber liegt. Wir gingen deshalb zu diesem Tor, weil wir die Information bekommen hatten, daß sich im Gebäude der Export/Import (gemeint ist das HdE – G. R.) Leute befinden, die dort nicht hingehören. Wir wurden auf weitere Ausgänge dieses Gebäudes aufmerksam gemacht. Deshalb gingen wir zu diesem Tor. Andere stellten sich an die anderen Ausgänge und einige begaben sich wie gesagt zu diesem Tor. Ich selbst stand am Haupteingang von Import/Export.

Ein Polizist kam aus dem Gebäude der Export/Import und sagte zu einem anderen Polizisten: Lauf mal rum. Der angesprochene Polizist lief los, ich und andere Leute liefen hinterher. Als ich um die Ecke des Foto-Optik-Ladens kam, sah ich eine größere Menschenansammlung vor dem großen Tor, welches dem Reisebüro gegenüber ist. Ob es nun genau zu dem Zeitpunkt war, als ich dort um die Ecke kam oder einige Schritte weiter, kann ich jetzt nicht mehr genau sagen. Es waren zu diesem Zeitpunkt ca. 4 - 5 Leute. Ich sah dann, wie mehrere eine Person festhielten und an ihm zerrten. Dieser Mann war in geduckter Haltung vor diesem Tor. Diese Person hatte sich selbst aufgerichtet und wehrte sich stark, um sich dem Festhalten durch die Polizei zu entziehen. Dies gelang ihm dann auch.

Durch die nun größere Ansammlung von den Leuten gelang es nun aber, dieser Person habhaft zu werden. Auch jetzt versuchte er wieder wegzukommen. Er rief sehr laut, er will den Rechtsanwalt Gysi sprechen. Diese Person hatte in seiner rechten Hand eine dicke Tasche und meiner Meinung nach noch eine schmale Tasche. Bei der schmalen Tasche kann es sich um einen Aktenkoffer gehandelt haben. Er weigerte sich, die Taschen, die er bei sich trug, an die Polizisten auszuhändigen.

Es kam dann ein Polizeiauto, und dort mußte der Mann einsteigen. Auf Drängen der anwesenden Leute wurde dann ein Bürger doch noch mit dem Polizeiauto mitgenommen, was vorher verweigert wurde. Besser gesagt, die Polizisten wollten keinen mitnehmen."

In der Tat müssen in diesen Stunden in meiner Arbeitsstelle, dem HdE, ziemlich viel Aufregung und ein großes Durcheinander geherrscht haben. Besonders bei den Stasi-Mitarbeitern der HA XVIII/8, die sich in ihren Diensträumen aufhielten, gab es Hektik und Chaos. Was Oberstleutnant Fechner, Wenzels Stellvertreter, in einer späteren Aussage als „planmäßige Aufräumungsarbeiten bezüglich eines bevorstehenden Umzuges in das Amt für Nationale Sicherheit" beschrieb, war wohl nicht mehr als eine überstürzte Fluchtvorbereitung.

Zum geordneten Rückzug sollte es freilich nicht mehr kommen. Kripo, Staatsanwaltschaft, Neues Forum und ein Journalist der Berliner Zeitung nahmen die Diensträume in Beschlag, um „Verschleierungshandlungen" zu unterbinden. Die Zimmer wurden dann versiegelt, die Stasi-Mitarbeiter mußten die Dienststelle verlassen. Der Staatsanwalt vertrat die Auffassung, daß es erforderlich sei, die vorhandenen Unterlagen genau zu prüfen, da Hinweise auf eine ungesetzliche Arbeitsweise dieser Dienststelle vorliegen würden. Die Polizei übernahm die Sicherung des Objekts.

Die späteren Vorgänge schildert im trockenen Amtsdeutsch ein Protokoll der Kripo vom 5. Dezember 1989:[59]

„Bei Eintreffen auf der Volkspolizei-Inspektion Berlin-Mitte wurde dem Staatsanwalt mitgeteilt, daß durch Bürger und Angehörige der VP der Angehörige des Amtes für Nationale Sicherheit Wenzel mit zwei Handgepäckstücken zugeführt worden war. Bei der Besichtigung der Handgepäckstücke wurde deutlich, daß in einem dieser Stücke, einem Aktenkoffer, insgesamt ca. 150.000 Mark der DDR sowie ca. 750.000 DM/DBB befanden. Da hier der Ver-

---

59 Siehe S. 405-407.

dacht eines Devisenvergehens vorlag, wurde die weitere Bearbeitung durch den Militärstaatsanwalt übernommen."[60]

Verständlich, daß in den folgenden Tagen fast alle deutsche Medien die Story von dem „Mann mit zwei Koffern" begierig aufgriffen. Das blieb natürlich nicht ohne Einfluß auf das erste offizielle Zusammentreffen des Runden Tischs, der am 7. Dezember als vielleicht spektakulärsten Beschluß, den „Appell zur Auflösung der Staatssicherheit unter ziviler Kontrolle" verabschiedete.

Doch der Mann mit den Koffern, MfS-Oberst Artur Wenzel, mein Führungsoffizier, erfuhr davon nichts mehr.

Kampfgenossen auf Wahrheitssuche

Der Selbstmord von MfS-Oberst Artur Wenzel

Nachdem Artur Wenzel von der Volkspolizei festgesetzt worden war, kümmerte sich die Militärstaatsanwaltschaft um ihn. Ein Ermittlungsverfahren wurde eingeleitet, man beschuldigte Wenzel des Diebstahls am sozialistischen Eigentum. Die Untersuchung übernahm Militärstaatsanwalt Kadgien.

Kadgien war ein erfahrener Anklagevertreter in DDR-Prozessen, die im Auftrag des MfS geführt wurden. In diesen Prozessen war er ein willfähriges Werkzeug des MfS, der mit Konsequenz und Härte die vorher vom MfS festgelegte Prozeßstrategien durchsetzte. Die Wahrheit spielt keine Rolle, vor Gericht gilt nur das Gesetz. Ein Mann, der rechtliche Bedenken nicht kannte und der stets die Höchststrafe forderte. Er mußte sich deshalb 1989 vor dem Berliner Landgericht verantworten, wurde für schuldig befunden und verurteilt.

Warum wurden unter seiner Verantwortung die Ermittlungen im Fall Wenzel so schlampig und oberflächlich geführt? Hatte er den Befehl des Amtes für Nationale Sicherheit, die Wahrheit zu vertuschen und Wenzel als Bauernopfer zu servieren?

Wollte das AfS in der für dieses Ministerium so schwierigen Zeit von der eigenen Verantwortung ablenken und die eigenen Hände in Unschuld waschen, wie dies für alle Geheimdienste üblich ist?

In seiner ersten Vernehmung am 5. Dezember, 10.00 Uhr, wies Wenzel den erhobenen Schuldvorwurf zurück und gab folgende Erklärung ab:

---

60 Protokoll des Präsidiums der Volkspolizei Berlin Kriminalpolizei – DHG – vom 5. Dezember 1989.

„Es ist nicht zutreffend, daß ich einen Diebstahl sozialistischen Eigentums begangen habe. Ich habe im Auftrage zur Sicherung gegen einen Zugriff Unbefugter eine größere Bargeldsumme, die sich im Aktenkoffer befand, übernommen. Diese Bargeldsumme, es handelt sich dabei um Währung der BRD und der DDR, sollte noch am gleichen Abend, dem 4. 12. 1989, in die Diensträume des Amtes für Nationale Sicherheit verbracht werden. Auf dem Wege zu dem auf mich wartenden Kraftfahrer, wurde ich durch Zivilpersonen festgehalten und unter Mitwirkung von Angehörigen der Volkspolizei in die VP-Inspektion Mitte gebracht. Dort verblieb ich bis zum Eintreffen des Militärstaatsanwaltes. Es ist für mich unverständlich, die lange Zeitdauer meines Aufenthaltes dort und die Tatsache, daß sich von meiner Dienststelle bisher keiner um mich bemühte.

Ich möchte erklären, daß diese Maßnahme zur Sicherstellung des Geldes Bestandteil dienstlicher Weise ist und nachweisbar im Zusammenhang mit der Realisierung von Embargo-Importen zu sehen ist ... Da es sich bei der Auftragserfüllung um Zusammenhänge mit dem Bereich Kommerzielle Koordinierung handelt, stehen hinter dieser Bargeldsumme in jedem Falle Personen, die ich aus Sicherheitsgründen nicht näher benennen kann. Ich bin deshalb z. Zt. nicht bereit zu diesen Quellen Aussagen bis ins Detail zu machen und möchte mich zuerst mit einem Rechtsanwalt konsultieren. Ich stelle deshalb den Antrag, daß ich mich an Rechtsanwalt Prof. Dr. W. Vogel zwecks Übernahme meiner Verteidigung wenden kann. Ich bitte darum, daß die Verbindung zu Prof. Vogel in möglichst kürzester Frist zustande kommt ...

Desweiteren stelle ich den Antrag, meinen direkten Vorgesetzten, Oberst Puhlow, zeugenschaftlich zu dem von mir zu erfüllenden Auftrag zu vernehmen, insbesondere darüber, daß ich mich bei ihm zur Erfüllung des Auftrages abgemeldet habe und von ihm Hinweise erhielt, äußerst vorsichtig zu handeln. Auch der für mich eingesetzte Kraftfahrer erhielt von mir Kenntnis, daß ich dienstliche Unterlagen zu übernehmen habe. Er kann Aussagen darüber treffen, wie ich mich zum Ort der Übergabe des Aktenkoffers begeben habe. Ich bin deshalb erst bereit, weitere Aussagen zu tätigen, wenn ich mit Prof. Vogel gesprochen habe und die von mir beantragten Zeugenvernehmungen durchgeführt wurden. Bis dahin lehne ich jede weitere Aussage ab ...“[61]

---

61 Auszug aus dem Vernehmungsprotokoll der Militärstaatsanwaltschaft.

Artur Wenzel hielt sich bis dahin korrekt an die Befehle und Dienstanweisungen des MfS. Demnach durften die Agenten und Mitarbeiter im Falle einer Verhaftung nur Angaben zur Person machen und mußten alle weiteren Angaben verweigern. Wenzel oblag einer absoluten Schweigepflicht über seine dienstliche Tätigkeit, von der er erst entbunden werden mußte, bevor er aussagen durfte.

Das war natürlich auch für die Militärstaatsanwaltschaft kein Geheimnis. Dennoch wurde Wenzel gegen 13.30 Uhr des gleichen Tages dem Leiter des Militärgerichts, Richter Major Neumann, vorgeführt, der Haftbefehl erließ.[62] Nun beantragte Wenzel, daß neben seinem Vorgesetzten, Oberst Puhlow, auch Wolfram Zahn als Zeuge vernommen wird. Aber man ließ den MfS-Oberst schmoren und wies ihn in die Untersuchungshaftanstalt II in der Keibelstraße ein, nur ein paar Schritte von seinem bisherigen Arbeitsplatz entfernt. Dort, in der Station V, wurde Einzelunterbringung in der Zelle 107 festgelegt. Alle Gegenstände, die Artur Wenzel bei seiner Einlieferung bei sich trug, wurden ihm abgenommen, nur sein Ledergürtel nicht. Ein Zufall? Die diensthabende Wachmannschaft wurde sogar angewiesen, eine „ununterbrochen 30minütige Sicht- und Horchkontrolle“ durchzuführen.

Alles lief wie in einem schlechten TV-Krimi ab, nur daß es kein Happy-End gab. Denn am nächsten Morgen, gegen 5.10 Uhr, stellte der kontrollierende Wärter fest, daß sich der Untersuchungshäftling mit seinem Ledergürtel am Zellenfenster erhängt hatte. Sofortige Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos.

Militärstaatsanwaltschaft und Kriminalpolizei untersuchten den Selbstmord. Die Obduktion durch das Institut für gerichtliche Medizin der Charité der Humboldt-Universität ließen keinen Zweifel an der Todesursache aufkommen. Hinweise auf eine Gewalteinwirkung von fremder Hand konnten nicht festgestellt werden, so daß ein Suizid durch Erhängen angenommen werden konnte. Seltsamerweise verzichteten die Ermittler jedoch ausdrücklich auf eine chemisch-toxikologische Untersuchung. Es wurde auch nicht ermittelt, warum nicht wie üblich, der Ledergürtel abgenommen wurde. Warum? Wollte jemand die Sache so schnell wie möglich ad acta legen?

Einige Tage später liefen weitere Untersuchungen der Militärstaatsanwaltschaft an. Zeugen wurden vernommen, und die Arbeitsräume von Wenzels Diensteinheit im Haus der Elektroindustrie

---

62 Siehe S. 408.

wurden durchsucht. Verwertbares wurde nicht gefunden. Das einzig Interessante war wohl eine telefonische Information, die Wolfram Zahn, der stellvertretende Generaldirektor des KME, am 6. Dezember der Militärstaatsanwaltschaft gab: Wenzel hätte ihm in der Nacht vom 29. zum 30. November Panzerschränke, Tonbandgeräte, Computertechnik und viele Kisten in sein Dienstzimmer gestellt. Nach Zahns Rückfrage habe Wenzel versprochen, die Sachen am Wochenende vom 2. zum 3. Dezember wieder herauszuräumen. Doch das war bislang nicht geschehen.

Zunächst wurde das Arbeitszimmer von Zahn versiegelt, und am 12. Dezember 1989 erfolgte die Beschlagnahme der deponierten Gegenstände. Es handelte sich nicht nur um moderne Elektrotechnik und Elektronik, sondern auch um hochwertige Konsumgüter wie Farb-TV und Stereoanlagen aus dem Westen. Neben Jagdmunition fand man in einem der Panzerschränke weitere 200.000 DM.

Trotz der eigentlich gebotenen Eile bei der Aufklärung und der Brisanz der Geschichte wurde Major Willy Koch, leitender Mitarbeiter bei Wenzel, erst am 19. Dezember von Militärstaatsanwalt Müller vernommen. Er sagte u. a. aus:

„Die in unserer Dienststelle benötigten finanziellen Mittel, auch in ausländischer Währung, wurden uns von unserem Ministerium zur Verfügung gestellt. Das benötigte Geld wurde ordnungsgemäß beantragt, verwaltet und mehrfach überprüft. Zwischen den Mitteln, die uns auf die genannte Art und Weise zur Verfügung gestellt wurden und den Geldbeträgen, die Genosse Wenzel in seiner Aktentasche hatte, besteht kein Zusammenhang ...

Es ist mir nicht möglich, zu der Straftat, die dem Genossen Wenzel vorgeworfen wird, konkrete Angaben zu machen. Es ist aber in jedem Geheimdienst so, daß der Nachgeordnete nicht immer unbedingt weiß, welche Aufgaben der Vorgesetzte durchführt. Wenn jetzt der Genosse Wenzel diese große Geldsumme bei sich führte, so könnte ich mir einige Zusammenhänge denken, aber ich weiß nicht, ob dies dann auch wirklich der Wahrheit entspricht.

Auf Grund der jahrelangen Zusammenarbeit mit dem Genossen Wenzel bin ich der festen Überzeugung, daß es sich bei ihm um einen ehrlichen Genossen handelte. Wenn jetzt das Ermittlungsverfahren gegen ihn wegen des Verdachts eines Eigentumsdeliktes eingeleitet wurde, so entbehrt das jeder Grundlage. Genosse Wenzel war immer ehrlich und zuverlässig. Ich bin der Überzeugung, daß die bei ihm festgestellten Geldbeträge nicht aus unserer Dienststelle im HdE stammten. Ich könnte mir vorstellen, daß dieses Geld ir-

gendeinem Ausländer oder mehreren Ausländern gehören könnte, was Genosse Wenzel in der gegebenen Situation für sie retten wollte ...

Obwohl es in unserer Dienststelle keinen Genossen gibt, der nach meiner Kenntnis den Genossen Wenzel beauftragt hat, Geld von irgendwo irgendwo hinzubringen, sehe ich die Handlung des Genossen Wenzel trotzdem nicht als kriminell an ...

Genosse Wenzel handelte in bestimmten Streßsituationen in der Vergangenheit schon oft unbeherrscht und hektisch. Er war in solchen Situationen oft sehr unbesonnen. Eine solche Situation hat für ihn offenbar wieder im Zusammenhang mit seiner Inhaftierung gestanden, so daß er sich deshalb gleich das Leben nahm. Wenn seine Arbeitsweise auch immer sehr risikovoll war, so war es doch nie etwas Kriminelles und er hätte sich nicht das Leben nehmen brauchen ...

Etwa Anfang Oktober 1989 wurden wir beauftragt, alle Vorbereitungen zur Räumung bzw. Aufgabe der Dienststelle zu treffen. Aus diesem Grunde haben wir angefangen unsere Akten zu bündeln. Am 4. Dezember 1989 wurden wir darüber informiert, daß die Bevölkerung in Erfurt die Dienststelle des MfS gestürmt hat. Um Geheimnisse nicht der Öffentlichkeit preis zu geben, habe ich schlußfolgernd daraus festgelegt, daß sofort, da wir ähnliches zu befürchten hatten, weil unsere Dienststelle aufgeklärt war, alle Unterlagen über Quellen zu vernichten. Es war notwendig, um die Einzelpersonen nicht in Gefahr zu bringen. Da dann jedoch zentral der Befehl gegeben wurde, daß keine Akten mehr vernichtet werden dürfen, wurde die Vernichtung eingestellt. In den beschlagnahmten Unterlagen gibt es daher noch weiterhin Angaben über Quellen, die nach meiner Auffassung weiter streng geheimgehalten werden müssen."[63]

Was MfS-Major Koch im Dezember 1989 so vertrauensselig ausplauderte, machte im nachhinein nicht nur mich stutzig. Ich kannte ihn persönlich und weiß, daß er Quellen zum Teil selbst für eine nachrichtendienstliche Tätigkeit gewonnen und geführt hatte. Wenn Koch so von der Notwendigkeit der Geheimhaltung der Dokumente überzeugt war, warum verkaufte dann gerade er diese Unterlagen einige Monate später an den BND?

Doch damit nicht genug der Merkwürdigkeiten. Wie ich erst viel später erfuhr, hatte man „schon" am 12. Dezember die bei Wenzel

---

63 Vernehmungsprotokoll der Militärstaatsanwaltschaft der DDR vom 19. Dezember 1989.

beschlagnahmten „Beweisstücke" aus der Aktentasche genauer unter die Lupe genommen. Darunter befand sich ein Sparbuch mit einem Guthaben von mehr als 10.000 Mark der DDR, ausgestellt auf den Namen Anne Streicher.

Anne Streicher war meine 1. Stellvertreterin. Bei ihrer Vernehmung am 22. Dezember durch die Militärstaatsanwaltschaft leugnete sie anfangs, Wenzel überhaupt zu kennen. Sie schlitterte in die Falle, weil sie keine Ahnung davon hatte, daß man bei Wenzel nicht nur das Sparbuch, sondern auch ein Foto von ihr fand, das einst in Bulgarien aufgenommen wurde.

Nachdem sie damit konfrontiert und zur Wahrheit ermahnt wurde, sprudelte es aus ihr heraus:

„Der Beschuldigte Artur Wenzel ist mir etwa seit 1 1/2 Jahren auf Grund meiner dienstlichen Tätigkeit bekannt. Er war auch derjenige, der mich während meines Urlaubes in Bulgarien fotografiert hat. Am Dienstag, dem 21. November 1989, war ich zu Hause, da ich Haushaltstag hatte. Noch vormittags wurde ich durch den Beschuldigten angerufen, daß er zu mir kommen will. Er kam dann auch zu mir nach Hause und hatte 10.000 Mark Bargeld bei sich. Er erklärte mir, daß es Hinweise gäbe, daß ein kurzfristiger Geldumtausch erfolgt. Um bei einer solchen Gelegenheit nicht zu viel Bargeld umtauschen zu müssen, bat er mich, ein Sparbuch auf meinen Namen anzulegen und die 10.000 Mark einzuzahlen ... Nachdem ich das Sparbuch angelegt hatte, habe ich das Sparbuch im verschlossenen Briefumschlag, zusammen mit einer Zeitung, im U-Bahnschacht auf dem Alexanderplatz einem Mitarbeiter von Artur Wenzel übergeben. Es handelt sich um einen Mann mit dem Vornamen Uwe, der meist dabei war wenn ich mit Artur Wenzel zusammentraf ...

Über die Frage, wem das Geld gehören sollte, haben wir nicht gesprochen. Ich bin immer nur davon ausgegangen, daß das Geld der Dienststelle gehört und ich nur der Dienststelle einen Gefallen tue. Auf die Idee, daß mir das Geld gehören sollte, bin ich nie gekommen, denn ich habe noch nie Geld von dem beschuldigten Wenzel erhalten ...

Ich muß noch hinzufügen, daß ich zur Sparkasse gegangen bin und den Verlust des Sparbuches gemeldet habe, nachdem ich vom Tod des Artur Wenzel erfahren hatte. Ich wußte nämlich nun nicht, wo dieses Sparbuch abgeblieben ist."[64]

---

64 Auszug aus dem Vernehmungsprotokoll der Militärstaatsanwaltschaft der DDR vom 22. Dezember 1989.

Man höre und staune: Ende November 1989, als der hohe MfS-Offizier Wenzel uns noch zur Pflichterfüllung vergatterte und Vertrauen und Ehrlichkeit einforderte, traf er also persönliche Vorsorge für die kommende Zeit. Und das offensichtlich unter Mißbrauch eines Vertrauensverhältnisses und mit betrügerischen Methoden. Warum vertraute Wenzel in so hohem Maße gerade Anne Streicher? Kannten sie sich tatsächlich erst seit anderthalb Jahren? Und warum veranlaßte er persönlich ihren Einsatz als meinen 1. Stellvertreter? Und wieviele „Vorsorgehandlungen" traf Wenzel noch?

Sowohl für die Beantwortung dieser und anderer Fragen als auch für die Aufklärung der wirklichen Zusammenhänge nahm man sich Zeit, sehr viel Zeit. So wurden erst Anfang Januar 1990 Wenzels Wohnung und Wochenendgrundstück durchsucht. Immerhin wurde da Erstaunliches zu Tage befördert, was sich im Protokoll der Militärstaatsanwaltschaft folgendermaßen liest:

„... kaum etwas, was aus der Produktion der DDR stammt. Angefangen bei der hochmodernen Infrarot-Alarmanlage über die Sauna, dem Rasenmäher, den Luftdruckwaffen, dem Werkzeug, der Angel usw. stammt alles aus dem NSW-Bereich und mußte mal mit NSW-Mitteln bezahlt worden sein. Genau so befanden sich in der Wohnung auf der Fischerinsel von der Art und Menge Gegenstände, die in keinem Durchschnittshaushalt zu finden sind und auch nur mit Valutamittel erworben werden können. So hortete er u. a. über 50 Anzug- und Kostümstoffe, 29 noch in Folie verschweißte Oberhemden, 20 teure Damen- Herrenarmbanduhren, mehrere Typen von Batterieladegeräten, Stereo, Stereo-Musiksystem Panasonic, Stereokassettenrecorder Sony, Stereoanlage Toshiba usw."[65]

Nicht genug damit. Bei der Durchsicht der beschlagnahmten Unterlagen stellte man weiter fest, daß Wenzel auch in andere dubiose Transaktionen verwickelt war. So übergab er zur Dauernutzung an seine eigenen Mitarbeiter mehrfach hochwertige technische Geräte aus dem Westen – natürlich unentgeltlich und unter der großzügigen Legende von „Testzwecken". Weiter kaufte sich Wenzel 1980 unter dem Decknamen „Werner", auf den sogar auch ein Personalausweis ausgestellt war, einen neuen Pkw, um ihn bereits einige Tage später an seinen Bruder weiterzuveräußern.

Artur Wenzels Einfallsreichtum kannte offenbar keinen Grenzen, wenn es um profane persönliche Vorteile ging. Da schreckte er auch nicht davor zurück, den Namen eines ihm Vertrauten zu mißbrau-

---

65 Schlußbericht der Militärstaatsanwaltschaft der DDR vom 3. Januar 1990, S. 10.

chen, um sich für ein Butterbrot eine Erbschaft zu erschleichen.[66] Zumindest fand man in Wenzels Aktentasche die Empfangsbestätigung einer Frau R. über einen Geldbetrag in Höhe von 16.000 Mark der DDR, den sie angeblich von Wolfram Zahn für eine zukünftige Erbschaft erhalten habe. Frau R. versicherte jedoch gegenüber der Militärstaatsanwaltschaft, daß sie diesen Betrag niemals von Zahn erhielt. Vielmehr hätte sie das Geld bereits 1977 von Artur Wenzel bekommen, damit sie dessen Sohn im Testament dahingehend berücksichtigt, daß dieser das Nutzungsrecht und die Baulichkeiten eines Wochenendgrundstückes in Berlin-Köpenick erbt. Wenzel hatte sie überredet, die Empfangsbestätigung auf den ihr unbekannten Namen zu unterschreiben, da niemand wissen soll, daß diese 16.000 Mark von ihm stammen.

Gewiß, im Lichte heutiger Verhältnisse betrachtet, erscheinen die meisten von Wenzels „Missetaten" als Peanuts: Was sind 16.000 DM gegen 16 Mio., was ist die Erbschleicherei um ein Grundstück gegen die von Banken und Regierenden subventionierten Deals eines Immobilienhais, was sind ein paar Dutzend Oberhemden und Uhren gegen die Spesen von Aufsichtsratsmitgliedern oder die Diäten von Abgeordneten? Aber die Gesellschaft in der DDR hatte damals ihre eigenen Wertmaßstäbe, und in diesem Falle waren es ausnahmsweise nicht die des Kapitalismus.

Um so verheerender mußte sich die plötzliche Erkenntnis der Bürger auswirken, daß „ihre" Obrigkeit den Staat als Selbstbedienungsladen begriff. Zu den Partei- und Staatsfunktionären, die öffentlich Wasser predigten und heimlich Wein tranken, gehörte wohl auch ein Großteil der Generäle und Obristen der Staatssicherheit.

Als ich damals dies alles erfuhr, glaubte ich jedenfalls meinen Augen und Ohren nicht zu trauen – ein einziger Sumpf. Der beißende Mief verschlug einem den Atem. Welche von Wenzels Machenschaften wurden nicht aufgedeckt, wen hatte er noch mißbraucht? Was war das für ein Mann – den Begriff „Genosse" verbietet die Ehre –, der von seinen und unseren Mitarbeiter und von seinen IM jederzeit Ehrlichkeit und Offenheit forderte? Was war das für ein Vertrauensverhältnis, wo jeder, der ein Werbegeschenk oder eine andere Zuwendung eines Geschäftspartners nicht meldete, von ihm sofort der Korruption und Bestechlichkeit bezichtigt wurde?

---

66 Ermittlungsprotokoll der Militärstaatsanwaltschaft der DDR, Az.: Str. I-142/89 S vom 2. Februar 1990.

Die Fragen konnte – oder wollte? – auch nicht Wenzels Vorgesetzter, Oberst Siegfried Puhlow, beantworten. Der MfS-Offizier, dem Wenzel seit dem 1. Oktober 1989 unterstand, wurde interessanterweise erst am 15. Januar 1990 als Zeuge vernommen. Noch unverständlicher ist, daß Puhlow in der zweieinhalbstündigen Vernehmung nicht konkret dazu befragt wurde, welchen Auftrag er Wenzel Anfang Dezember 1989 erteilt hatte.

Mußte die Stasi-Nachfolgetruppe vielleicht etwas verbergen, nachdem eine geplante operative Aktion fehlgeschlagen war und man sich deshalb mit ihr nicht mehr identifizieren wollte? Eventuell eine gewagte Spekulation. Doch daß man einen Mitarbeiter opfert, um die ganze Organisation zu retten, ist bei allen Geheimdiensten der Welt üblich.

Puhlow jedenfalls spielte in der Vernehmung den Unwissenden:

„In bezug auf das beschlagnahmte Geld im Zusammenhang mit dem Koffer sehe ich nur zwei denkbare Versionen. Die erste Version, die ich mir denken könnte, sieht so aus, daß W. das Geld für ausländische Handelspartner aufbewahrte, die auf Grund von Embargogeschäften mit der DDR in ihrem Heimatland strafrechtlich verfolgt wurden. Als dann an dem Abend Anfang Dezember die Dienststelle des W. durch Zivilpersonen besetzt werden sollte, könnte W. versucht haben, dieses Geld sicherzustellen.

Eine zweite Version könnte darin bestehen, daß es sich um Wiedergutmachungszahlungen von NSW-Bürgern handelte, die mit Gesetzen der DDR in Konflikt gekommen waren und veranlaßt wurden, einen Beitrag zur Wiedergutmachung ihrer Schuld zu leisten. Derartige Fälle gab es in der Vergangenheit. Sie sahen konkret so aus, daß Ausländer Außenhändler der DDR korrumpiert hatten und bei Aufdeckung dann eine gewisse Geldsumme an das MfS zahlten. Sie taten das deshalb, weil sie an weiteren Geschäftsbeziehungen mit der DDR interessiert waren. Nach meinen Kenntnissen wurden auf diese Art und Weise in den letzten zwei Jahren ca. 6,5 Mio. DM durch den ehemaligen Bereich der Hauptabteilung XVIII eingenommen und an die Abteilung Finanzen des MfS abgeführt. Ein erheblicher Teil dieser Gesamtsumme wurde konkret durch die Abteilung 8 (Wenzel) abgeführt. In bezug auf die konkrete Geldsumme, die mit dem Koffer im Zusammenhang steht, bin ich aber nicht der Meinung, daß die zweite Version vorliegt. Wenzel war nicht ein solcher Mann, der seinen Erfolg verheimlicht hätte. Mir ist aus der letzten Zeit kein konkreter Fall bekannt, wonach W. auf diese Art Geld eingenommen haben könnte, die sich auf diese Summe bezieht ...

Zunächst muß ich dazu sagen, daß ich fassungslos bin, wie W. vom Umfang und vom Sortiment derartige Dinge zu Hause haben kann. Wenn ich zurückdenke, welch einen Aufwand es kostete, um mal dienstlich 50 oder 100 DM einzusetzen und andererseits bei Wenzel derartige Werte zu Hause lagern, dann habe ich keine Worte dafür. Eines kann ich aber mit Sicherheit erklären, daß W. zu keinem Zeitpunkt Valutamittel zur persönlichen Verwendung aus dem MfS erhalten hat ... Er war auch nicht befugt, in den ehemaligen Sonderläden, die jetzt abgeschafft wurden, einzukaufen. Eine solche Einkaufsmöglichkeit hatte man im MfS nur runter zum Stellvertreter des Hauptabteilungsleiter ...

Er war ehrgeizig, erfolgreich und risikobereit. Ich hätte W. für nicht fähig gehalten, Unehrlichkeiten zu begehen. Da es für mich keine Erklärung für die Herkunft der NSW-Produkte in seiner Wohnung gibt und das vorgefundene Sortiment jeder Vernunft widerspricht, muß ich davon ausgehen, daß er diese Mittel und Gegenstände unrechtmäßig erworben hat. Ich komme immer mehr zu dem Eindruck, daß ihm irgend etwas Krankhaftes anlastete. Allein die wenigen Beispiele der Vielzahl von Anzugstoffen, Oberhemden, Herren- und Damenarmbanduhren usw. lassen mir Zweifel aufkommen."[67]

Oberst Siegfried Puhlow war freilich nicht der einzige, der seinen einstigen engen „Kampfgenossen" nun äußerst distanziert betrachtete. Auch Willy Koch, einer der engsten Vertrauten aus Wenzels Abteilung, wollte bei der Wahrheitsfindung nicht mehr zurückstehen. Überraschend überrreichte er am 20. Februar 1990 eine handschriftliche persönliche Erklärung an die Militärstaatsanwaltschaft der DDR, mit der ausdrücklichen Bitte um vertrauliche Behandlung, versteht sich:

„Ich wähle diesen Weg und diesen Zeitpunkt, weil ich nach Übergabe der beschlagnahmten Unterlagen und mir erst seit diesem Zeitpunkt erkennbaren strafbaren Handlungen meines ehemaligen Chefs sowie möglicher Hinweise, die damit im Zusammenhang stehen, zu der Auffassung gelangt bin, daß mein ehemaliger Chef ein krimineller war ...

A. W. wurde offensichtlich bereits Mitte Nov. 89 damit konfrontiert, daß er durch die damalige Abt. IX 5 befragt werden sollte. Diese Befragung bezog sich auf seine Jagd bzw. irgendwelche Maiskäufe aus der Staatsreserve. Diese Befragung, auf die er sich

67 Auszug aus dem Vernehmungsprotokoll der Militärstaatsanwaltschaft der DDR vom 15. Januar 1990.

ausführlich schriftlich vorbereitete, umfangreiche schriftliche Unterlagen, die seine ‚Unschuld' beweisen sollten, mitnahm, fand am Nachmittag des 4. 12. 89 statt. Im Laufe des Vormittags des 4. 12. 1989, wo A. W. außerordentlich nervös war, Schweißtropfen standen auf seiner Stirn, forderte mich A. W. auf, den mir bekannten Herrn Dr. Roland Winckler, z. Zt. Handelsrat in Frankreich, zu informieren, nicht wieder in die DDR zurückzukehren, da ihm Inhaftierung drohe. Ich habe dies selbstverständlich nicht getan und am morgen des 5. 12. 89 meinen Vorgesetzten, Herrn Siegfried Puhlow, davon in Kenntnis gesetzt, dieser forderte mich auf, Stillschweigen zu bewahren. Ich habe allerdings den ehemaligen amt. Leiter der Abt. IX Herrn Eschberger davon in Kenntnis gesetzt.

Während dieser Information an Herrn Puhlow teilten die anwesenden Herrn Ungermann und Nilius mit, daß Herr Ungermann 250.000 DM von A. W. erhalten habe, mit der Maßgabe, diese Summe „auf einen Vorgang abzurechnen" und daß eine Quelle von Herrn Nilius von A. W. 175.000 DM erhalten habe, diese für A.W. deponieren und zu einem späteren Zeitpunkt ihm auszuhändigen habe. Beide Beträge wurden lt. Aussage von Herrn Puhlow an die Abt. Finanzen abgeführt.

Zu möglichen Quellen, die den ‚Fond' füllten, gibt es meiner Auffassung nach mehrere:

a) Provisionen, die Wolfram Zahn, der m. E. ‚sauber' ist, an A. W. abführte (jährlich 150 - 200 TDM)

b) (abgeschlossene) Vorgänge, die mit der Hilfe von Roland Winckler realisiert wurden und bei denen Wiedergutmachungen gegen ausländische Bürger durchgesetzt werden, nach Aussage von Herrn Puhlow insgesamt 12 Mio. DM. Diese Geldbeträge wurden in bar und unter vier Augen von R. W. an A. W. übergeben,

c) weitere Quellen von A. W., darunter mit Sicherheit Herr Jochheim und Herr Gerhardt Ronneberger.

Von der Existenz des ‚Fonds' und deren teilweiser privater Nutzung wußten mit Sicherheit Herr Alfred Kleine, der ehemalige Leiter der Abteilung XV III und Herr Erich Lehmann, der ehemalige direkte Vorgesetzte von A. W. bis 1980.

Beide Personen nenne ich auch aus dem Grunde, weil mir bekannt wurde, daß z. B. Alfred Kleine wöchentlich Westzigaretten und Medikamente erhielt (von A. W.) und Erich Lehmann bis zu seiner Berentung im Herbst, ebenso wie Alfred Kleine, wöchentlich Westzeitschriften, wie Quick, Stern, Hör zu erhielt, die nicht aus

Operativgeldern finanziert wurden. Aus den übergebenen Unterlagen ist auch ersichtlich, daß für Kleine Autozubehörteile aus dem Westen gekauft wurden."

Koch, der gelernte Observant und Informant, nannte in seiner Offenbarung noch weitere Namen und Anschriften von Personen, die zu Wenzels mutmaßlichen Straftaten noch Aussagen machen könnten. Ansonsten erinnerte seine „vertrauliche Information" eher an die Petzerei, konkrete nachweisbare Fakten – Fehlanzeige. So konnte die Militärstaatsanwaltschaft nur noch vermuten, daß Wenzel mit weiteren 375.000 DM manipuliert hatte, deren Herkunft und Bestimmung unklar blieb.

Die Aufklärung des Falls war mehr als kümmerlich. Das Ermittlungsverfahren in der Strafsache Dr. Artur Wenzel wurde mit dem Schlußbericht der Militärstaatsanwaltschaft bereits am 1. März 1990 eingestellt:[68]

„Trotz mehrfach festgestellter Indizien war ein klarer Beweis für die Begehung verbrecherischen Diebstahls auf Grund der Kompliziertheit des Arbeitsgegenstandes, der Einmaligkeit der Funktion des W. und der konspirativen Arbeitsweise sowie seines inzwischen eingetretenen Todes, nicht zu erbringen."[69]

Die Wahrheit über den „Mann mit den Koffern" und über deren Inhalt wird wohl für immer ein Geheimnis der Nachrichtendienste bleiben, denen der genannte Schlußbericht sicherlich nicht ungelegen kam. Geben vielleicht die von Koch dem BND überreichten Unterlagen und Disketten mehr Aufschluß als seine „Persönliche Erklärung" gegenüber der Militärstaatsanwaltschaft der DDR?

Abgesang

Die Auflösung von KoKo

Als Hans Modrow am 13. November 1989 zum neuen Ministerpräsidenten der DDR gewählt wurde, begann auch für KoKo eine neue Zeitrechnung. Schalck und sein Bereich, bislang Staat im Staate, wurden dem Ministerpräsidenten und damit der Regierungskontrolle unterstellt. Schalck, der vorher nur drei Vorgesetzte kannte – Honecker, Mittag und Mielke und mit denen stets unter vier Augen kungelte – mußte nun erstmalig vor dem Ministerrat über seine Ar-

---

68 Siehe S. 409.

69 Schlußbericht der Militärstaatsanwaltschaft der DDR vom 1. März 1990, S. 1.

beit berichten. Immer noch von seinem Wert überzeugt, listete Schalck für die Modrow-Regierung auf:

„Seit Bestehen des Bereiches wurden ca. 27,8 Milliarden Valutamark erwirtschaftet und an den Staat abgeführt. Durch den Leiter des Bereiches, der ihm unterstellten Mitarbeiter der Hauptabteilung II im engen Zusammenwirken mit beteiligten Staatsorganen wurden Voraussetzungen für Einnahmen von ca. 23 Milliarden VM durch Vereinbarungen mit der Regierung der BRD und dem Senat von Berlin (West) gesichert ...

Darüber hinaus werden durch den Leiter des Bereiches Kommerzielle Koordinierung ... auch ausgewählte Maßnahmen zur Sicherung einer hocheffektiven Produktion in ausgewählten Industriezweigen ... geleitet. In diesem Bereich liegen Firmen, die ausschließlich für die Sicherung dringend benötigter Embargopositionen für die gesamte Volkswirtschaft, besonders der Mikroelektronik, notwendig sind. Sie unterliegen im Interesse der Sicherheit der Firmen und der Personen im Ausland wie in der DDR der strengsten Geheimhaltung. Durch die außergewöhnlichen Anstrengungen aller Beteiligten bei der Beschaffung solcher Ausrüstungen wurden überhaupt erst Voraussetzungen geschaffen, z. B. die Mikroelektronik in der DDR zu entwickeln ...“[70]

Da der Druck der Öffentlichkeit gegen KoKo nicht nachließ, beauftragte Hans Modrow am 28. November den Minister für Außenwirtschaft und den Minister für Preise, dem Ministerrat „Vorschläge zur schrittweisen Einordnung der Außenhandelsbetriebe des Bereiches Kommerzielle Koordinierung sowie zur finanziellen Einordnung in den Staatshaushalt“ vorzulegen.

Und es ging weiter: Die Abgeordneten der Volkskammer verdächtigten Schalck in ihrer Sitzung am Freitag, dem 1. Dezember, im Ausland heimlich Milliarden angelegt zu haben. Wer mit ihm nur das Geringste zu tun gehabt hatte, geriet ins Rampenlicht. Auch wir aus dem Handelsbereich 4 wurden als Devisenschieber und Betrüger am Staatsvermögen verdächtigt. Als Konsequenz sollte Schalck vor der Volkskammer antreten und vor dem Ausschuß zur Untersuchung von Amtsmißbrauch und Korruption Rechenschaft ablegen.

Um Schalcks Auftreten vor diesem Tribunal vorzubereiten, wurde er in der Nacht vom 1. zum 2. Dezember ins SED-Politbüro zi-

---

70 Wolfgang Seiffert/Norbert Treutwein: Die Schalck-Papiere, Wien 1991, S. 115 ff.

tiert. Vor der Tafelrunde um den neuen Generalsekretär Egon Krenz – der selbst nur noch wenige Stunden im Amt sein sollte – legte Schalck dar, daß sein öffentliches Auftreten mehr schaden als nutzen könne. Denn mit dem Bekanntwerden der Geschäfte und Kontakte von KoKo würde ein nicht wieder gutzumachender außenpolitischer und finanzieller Schaden für die DDR entstehen. Die Sicherheit einer Reihe von Personen wäre nicht mehr gewährleistet. Damit würde auch für die Zukunft die Nutzung stabiler konspirativer Verbindungen unmöglich sein. Aus diesen Gründen hatte Schalck bereits vorher Modrow empfohlen, die Hauptabteilung I von KoKo und einige KoKo-Firmen zum „Bereich der Nationalen Sicherheit“ zu erklären, wozu namentlich auch unser Handelsbereich 4 gehören sollte.

Trotz aller von Schalck vorgebrachten Einwände und Absicherung durch die SED-Führung konnte nicht verhindert werden, daß der KoKo-Chef vom Vorsitzenden des Korruptions-Untersuchungsausschusses der Volkskammer, Dr. Heinrich Toeplitz, vorgeladen wurde. Die Stimmung unter der Bevölkerung war zu gereizt, daß man eine andere Entscheidung gar nicht hätte treffen können. Schließlich hatte Schalck, der vorher noch vehement bestritt, mit den Privilegien der SED-Führung etwas zu schaffen haben, öffentlich zugeben müssen, daß KoKo für die Versorgung der Politbüro-Familien in Wandlitz jährlich 6 Mio. DM bereitstellte. Und zu allem Übel wurde kurze Zeit später in Kavelstorf, Landkreis Rostock, eine Lagerhalle entdeckt, die dem KoKo-Unternehmen IMES GmbH als Umschlagplatz für Waffen und Munition diente. Die Ereignisse überschlugen sich also. Makabrer Höhepunkt in dieser Kette von Hiobsbotschaften: Schalck hatte sich in der Nacht vom 2. zum 3.Dezember 1989 in den Westen abgesetzt.

Es war keinesfalls eine Kuzschlußreaktion.

Dazu der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses „Kommerzielle Koordinierung“ des Bundestages, Friedrich Vogel:

„... Nun haben wir von Herrn Dr. Schäuble gehört, daß Sie ihm gegenüber schon im November 1989 Andeutungen gemacht hätten, daß Sie sich unter Umständen gezwungen sehen könnten, sich in die Bundesrepublik Deutschland abzusetzen.“

Schalck:

„Es war eine Situation herangereift, die für mich völlig unübersichtlich wurde. Die Ereignisse überschlugen sich. Volkskammerdokumente, wo niemand genau weiß, wo sie herkamen, wurden im ‚Spiegel‘ veröffentlicht. Es wurde eine Hetzjagd organisiert, die

man nicht mehr aus meiner Sicht rekonstruieren konnte. Wir wurden aus unseren Funktionen des MfS abberufen, mit dem Hinweis, daß wir uns nicht erinnern sollen, daß wir dort waren. So hat sich das Ganze in einer Eskalation entwickelt, die mich dann zumindest erst mal zu Überlegungen führte, die dann in diese Entscheidung mündeten, wobei ich mal heute sage: Es war sicherlich, weil es da zu unterschiedliche Auffassungen auch in unserer Familie gab, wo dieser Weg enden sollte, möglicherweise nicht in der Bundesrepublik Deutschland ...“[71]

Trotz der schon geplanten Flucht führte Schalck im Auftrag der Modrow-Regierung seine Gespräche mit den Repräsentanten der BRD weiter und täuschte seine Freunde Modrow und Krenz – ein Vertrauensmißbrauch. Modrow hatte ihm noch speziellen Polizeischutz gewährt, um anonymen Morddrohungen zu entgegnen.

Am 2. Dezember flog Schalck, von seiner Ehefrau begleitet, zu erneuten Verhandlungen mit Herrn Minister Seiters in die BRD, aber nicht nach Bonn sondern nach Stuttgart, um von dort aus mit Seiters seltsamerweise per Telefon zu verhandeln und parallel dazu mit seiner Vertrauensperson, Pfarrer Dr. Neukamm, dem Präsidenten des Diakonischen Werkes, die Fluchtabsicht zu besprechen.

Schalck kehrt am 2. Dezember noch einmal nach Berlin zurück und schreibt, als wäre nichts geschehen, seine Berichte. Ein Telefonanruf von General Schwanitz, dem Leiter des Amtes für Nationale Sicherheit, schreckt ihn gegen 15 Uhr erneut auf. Er drohte erneut an, daß sich Schalck auch vor dem Volkskammerausschuß zur Untersuchung von Korruption nicht auf eine MfS-Zugehörigkeit beziehen und keinerlei Hilfe erwarten könne. Er wurde wie eine heiße Kartoffel fallengelassen. Dieses Telefongespräch war der auslösende Punkt für Schalcks Flucht.

Eilig versammelte er noch seine engsten Mitarbeiter, besprach mit ihnen einige brennende Fragen und wollte seinen Vertrauten, Dieter Paul, als kommissarischen Leiter des Bereiches einsetzen, was dieser jedoch ablehnte.

Schalck versuchte hektisch zu ordnen, was noch geordnet werden kann. Er schrieb noch Briefe an Hans Modrow, Werner Eberlein als Vorsitzenden der Parteikontrollkommission und an Dr. Töplitz, den Vorsitzenden des Korruptionsuntersuchungsausschusses der Volkskammer. Und telefonierte mit Egon Krenz.

---

71 Stenographisches Protokoll der 177. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses „Kommerzielle Koordinierung“ des Bundestages am 20. Januar 1994, S. 176 f.

Gegen 23 Uhr erschien auf Bitte von Schalck Rechtsanwalt Prof. Dr. Vogel, den er mit seiner Verteidigung beauftragte. Schalck übergab seinem Rechtsanwalt mehrere Koffer mit Dokumenten, „die im Grunde genommen Aufschluß geben über zwei Komplexe – alle meine Gespräche seit 1967 bis 1989 mit der Bundesregierung oder mit den Bundesregierungen und zweitens den Teil Kopie ‚Parteivermögen'.[72]

Schalck rechnete mit seiner Verhaftung: „... Es gab einen Hinweis von Herrn Dr. Vogel, daß ich noch eine Stunde Zeit habe, die DDR zu verlassen."[73]

Schalck dazu später:

„Nach meiner Kenntnis waren die Haftbefehle und Unterlagen bereits vom 1. Dezember datiert vorbereitet, und die Verhaftung fand zu diesem Zeitpunkt nicht statt, weil der Generalstaatsanwalt der DDR sich geweigert hat, den Haftbefehl zu unterschreiben."[74]

Beantragt hatte den Haftbefehl nach Meinung von Schalck General Schwanitz.

Nach dem Gespräch mit Rechtsanwalt Vogel setzte sich Schalck mit seiner Frau in das Auto und fuhr über den Grenzkontrollpunkt Invalidenstraße in Richtung Westberlin. Hier wurden, was ihm sonst noch nie passierte, seine Papiere kontrolliert, aber er durfte unbehelligt passieren.

Wollte man Schalck entkommen lassen?

„Zeuge Dr. Schalck-Golodkowski: ... Denn ich meine, wenn Markus Wolf in seinem Buch schreibt ‚In eigenem Auftrag', wir konnten dem schnellen Fahrzeug von Schalck nicht nachkommen, dann ist das schon eine tolle Schote, nicht? – Von der Wallstraße bis zur Invalidenstraße, MfS-Kontrollfahrzeuge verlieren uns aus dem Blick – na, das ist ja schon das letzte, was ich von Markus Wolf lesen konnte. Das hat mich schon vom Stuhl gehauen.

Hartmut Büttner (Schönebeck) (CDU/CSU): Kann man dem entnehmen, daß Sie meinen, man hat Sie ganz bewußt ziehen lassen?

Zeuge Dr. Schalck-Golodkowski: Na sicher!"[75]

In der Krisensituation nach Schalcks Flucht verfügte Ministerpräsident Modrow noch am 3. Dezember, daß aus Gründen der Na-

---

72 Stenographisches Protokoll der 177. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses „Kommerzielle Koordinierung" des Bundestages am 20. Januar 1994, S. 208 f.

73 Ebenda, S. 209.

74 Ebenda, S. 210.

75 Ebenda, S. 218.

tionalen Sicherheit mit sofortiger Wirkung der Einsichtnahme in die Geschäftsakten der Hauptabteilung I von KoKo nicht stattgegeben wird. Prof. Dr. Karl-Heinz Gerstenberger, Dozent an der Hochschule für Ökonomie und davor Hauptbuchhalter im Ministerium für Außenhandel, wurde von der Regierung beauftragt, den Bereich Kommerzielle Koordinierung kommissarisch zu leiten. Eine Sonderkommission des Ministerrats unter Willi Lindemann, ehemals stellvertretender Abteilungsleiter im Ministerrat, wurde zur Untersuchung der Ereignisse um den KoKo-Bereich eingesetzt. Bei diesen Ermittlungen fand man übrigens im Keller der KoKo-Zentrale in der Wallstraße 31,2 Tonnen Goldbarren in einem Wert von 508,8 Mio. DM. Doch dieser Segen für die DDR-Zahlungsbilanz beruhigte die Gemüter nicht. Im Gegenteil – die öffentliche Stimmungsmache gegen KoKo wurde dadurch noch weiter angeheizt.

Während sich das Karussell im Wahnsinnstempo weiterdrehte, versuchte Modrow, die Situation wenigstens einigermaßen in den Griff zu bekommen. So wurde am 26. Januar 1990 in Auswertung einer Beratung mit der Staatsanwaltschaft von Staatssekretär Nendel folgendes festgelegt: Da die Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit inzwischen beschlossen war, mache sich jeder strafbar, der noch irgendwelche geheimdienstliche Aktivitäten nach innen oder außen betreibe. Demzufolge seien auch keinerlei Zahlungen mehr an die Speziellen Beschaffungsorgane zu leisten und die dafür vorgesehenen Valutamittel auf die von Zahn verwalteten Lorokonten an den Handelsbereich 4 zu überweisen. Diese Konten sollten bis zum 31. Januar aufgelöst sein, worüber der Staatsanwaltschaft Vollzug zu melden ist. Weiterhin mußten die Stasi-Beschaffer ihre sämtlichen Aktivitäten zur Realisierung von Importobjekten einstellen und die noch laufenden Verträge – sofern eine Stornierung nicht mehr möglich war – bis zum 10. Februar an den Handelsbereich 4 überleiten.

Bei dieser letzten Order aus dem Ministerium blieb es dann im wesentlichen. Nach wie vor wurden wir uns selbst überlassen. Gerstenberger, mein neuer Chef, führte während der ganzen Zeit seiner Tätigkeit als kommissarischer Leiter kein einziges Gespräch mit mir über die Arbeit und Zukunft des von mir geleiteten Handelsbereichs 4. Lediglich eine Arbeitsgruppe der Staatlichen Finanzrevision des Finanzministeriums schaute uns auf die Finger. Doch in ihrer akribischen Analyse konnte sie nur unsere ordnungsgemäße Arbeit bestätigen – das gleiche Ergebnis, wie bereits vorher jährlich von der Valutakontrollgruppe der Staatlichen Finanzrevision festgestellt.

Am 6. Februar wurde ein „Zwischenbericht des Ministeriums der Finanzen und Preise über wesentliche Feststellungen aus der Prüfung des Bereiches Kommerzielle Koordinierung" dem Minister für Außenwirtschaft vorgelegt. Und wenige Tage vor den ersten freien Volkskammerwahlen, am 12. März 1990, gaben Karl-Heinz Gerstenberger und Willi Lindemann zur letzten Beratung des Runden Tisches ihren Abschlußbericht.

In diesem hieß es, daß KoKo vier Funktionen in sich vereinigt habe: Die erste war Außenhandelstätigkeit mit Wirkung nach innen (Interhotel, Forum, intershop, transinter usw.). Die zweite Funktion diente dazu, Embargobestimmungen zu umgehen und hatte deshalb stark konspirative Strukturen. Der dritte Bereich umfaßte die Unternehmen im Ausland, die Absatz- und Bezugstätigkeit leisteten, aber auch zur Kapitalverwertung tätig wurden. In die vierte Funktion wurden die Kontakte Schalcks im Regierungsauftrag zur Bundesregierung eingeordnet. Gerstenberger informierte auch darüber, daß die „gesunden Teile von KoKo" in einer Berliner Handels- und Finanzierungsgesellschaft „neu geordnet" würden.[76]

Offensichtlich wurde unser Handelsbereich 4 zum „kranken Teil" von KoKo gezählt. Denn ich wurde von Gerstenberger ohne ein vorheriges Gespräch zum 28. Februar 1990 fristlos entlassen. Er bat mich aber dann nachträglich, meine Tätigkeit bis zum 31. März wieder aufzunehmen, um den H 4 in den Außenhandelsbetrieb Elektronik überzuleiten und dort die laufenden Geschäfte weiter abzuwickeln.

Das verlief alles andere als zügig und problemlos, sondern schleppend und gegen Widerstände. Vor allem Kurt Rippich, der Generaldirektor des AHB, lehnte unsere Eingliederung entschieden ab und mußte erst von Außenhandelsminister Gerhard Beil mit Nachdruck davon überzeugt werden. Klar, Rippich wollte sich und den von ihm geleiteten Außenhandelsbetrieb nicht mit unserem arg lädierten Image belasten. Hinzu kamen unsere Altlasten. Hatte doch die Staatliche Finanzrevision in ihren Unterlagen mehrere Positionen aufgelistet, die belegten, daß der DDR durch einige nicht mehr realisierbare Embargoimporte finanzielle Verluste in Höhe von mehreren Millionen DM drohen. Und diese roten Zahlen wollte Rippich natürlich nicht ins Buchwerk seines AHB aufnehmen.

Trotz des Hickhacks konnten wir zum 31. März 1990 den Handelsbereich 4 überleiten bzw. auflösen. Nicht nur für mich war das

76 Heinz Suhr: Der Treuhandskandal, Frankfurt 1991, S. 45 ff.

der Abschied von einer jahrelangen Arbeit im Außenhandel der DDR. Es war mehr als ein Job, sondern eine Tätigkeit, die ich mit Herzblut ausfüllte und aus voller geistiger Überzeugung ausübte. Diese Etappe meines Lebens war nun abgeschlossen, freilich anders, als ich jemals geträumt hatte.

Die Zeit danach

Mein Vertrauen in Alexander Schalck war unerschüttert, auch nachdem er in den Westen getürmt war. Mehr noch. Als man ihn – „sicherheitshalber"? – in Westberlin in die Untersuchungshaftanstalt Moabit eingeliefert hatte, fühlte ich mich menschlich mit ihm verbunden. Da ich ja 1982 selbst in Stadelheim gesessen und erfahren habe, wie wertvoll moralische Unterstützung für einen Häftling ist, wollte ich Schalck meine Solidarität und Verbundenheit zu erkennen geben.

Ich hatte inzwischen über die Presse erfahren, daß er von dem Westberliner Rechtsanwalt Peter Danckert vertreten wurde, den ich aber persönlich nicht kannte. Also bat ich einen befreundeten Geschäftspartner, Klaus Arendt, Geschäftsführer der Fa. Intex Im- und Export Westberlin, dem ich völlig vertrauen konnte, in mein Büro am Alexanderplatz. Er sollte mit Danckert Verbindung aufnehmen und ihn um Weiterleitung eines Briefes an Schalck bitten. Darin bekräftigte ich mein Vertrauen zu Schalck, versuchte, ihn mit meinen Worten Kraft zum Durchhalten zu geben und distanzierte mich von der Kriminalisierung seiner Person, die in der DDR nach seiner Flucht eingesetzt hatte.

Als ich später von DDR-Untersuchungsbehörden im Rahmen des inzwischen gegen Schalck in der DDR eingeleiteten Ermittlungsverfahrens vernommen wurde, habe ich diese Kontakte natürlich verschwiegen und lediglich meinen Standpunkt zur Arbeit von KoKo und seines Leiters dargelegt. In dieser Haltung fühlte ich mich nicht zuletzt durch die ermittelnden Beamten irgendwie bekräftigt, die nach meinem Dafürhalten selbst kein außerordentliches Interesse an einer Aufklärung der Beschuldigungen gegen Schalck hatten und auch nicht an die ihm unterstellten kriminellen Machenschaften glaubten.

Indes erfolgte die Kontaktaufnahme zwischen mir und Schalck nicht in einer Einbahnstraße. Nach seiner Freilassung aus der Untersuchungshaft knüpfte Schalck über seine ehemalige Sekretärin

die Verbindung zu mir. Auch diese telefonische Tuchfühlung konnten wir zu diesem Zeitpunkt nur konspirativ aufnehmen, denn wir mußten davon ausgehen, daß meine Aktivitäten innerhalb der DDR überwacht wurden. KoKo-Funktionäre, ein solcher war ich ja schließlich, standen nach wie vor im Visier sowohl staatlicher Behörden als auch der Bürgerbewegung. Aus diesem Grunde telefonierte ich mit Schalck stets aus dem Hotel Schweizer Hof in Westberlin.

Auf seinen Wunsch hin vereinbarten wir ein erstes persönliches Zusammentreffen in München, das dann in der Rechtsanwaltskanzlei Schwarz/Schniedewind/Kelwing/Khadjavi, in der auch Max Strauß, der Sohn des ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten arbeitete, stattfand. Es war ein Gespräch unter vier Augen. Alex war nicht mehr der Alte, wie wir vorher kannten. Sein Äußeres hatten offensichtlich die Maskenbildner des BND etwas verändert, ein Fremder konnte ihn als Schalck nur schwer erkennen. Wie er selbst sagte, durfte er sich in der Öffentlichkeit nicht mit mir sehen lassen. Er hätte auch ein Verbot zur Äußerung in den Medien. Von wem das Verbot stammte, sagte er nicht, aber es war der Maulkorb des BND, unter dessen Fittichen er sich befand. Wir unterhielten uns anfangs über die Ereignisse in der DDR nach Schalcks Flucht, über Leute aus dem Bereich KoKo und über die Arbeit des Handelsbereichs 4, den ich damals noch leitete. Dann kam aber Alex schnell zur Sache. Er fragte mich, ob ich zu einem Zusammentreffen mit einem Vertreter des BND bereit sei. Ich könne ihm damit persönlich sehr helfen, denn der BND sei an der Klärung einiger Fragen auf dem Gebiet der Mikroelektronik interessiert, die er – Schalck – nicht klären könne.

Mir war klar, daß nach seiner Flucht in die BRD sich alle Geheimdienste auf ihn gestürzt haben und er sich offenbaren mußte, wenn er in der BRD verbleiben und auf das vorliegende Auslieferungsersuchen der DDR nicht ausgeliefert werden wollte. Eine andere Alternative für seinen persönlichen Schutz gab es nicht. Also wurde er das „Schneewittchen" des BND, denn so lautete dort sein Deckname, und ihr wichtigster Informant. Nach monatelangen Verhören in konspirativen Objekten in Oberbayern, zuletzt in einer Hütte am Samerberg und freimütigen Aussagen, erhielt er als Dank vom BND die notwendigen BRD-Papiere und die erforderlichen Voraussetzungen für sein Leben in der Freiheit der BRD.

Natürlich konnte ich mir an den Fingern einer Hand ausrechnen, daß der BND irgendwann auf mich zukommen würde und ich dem

kaum ausweichen kann. Warum sollte ich also ausgerechnet jetzt nein sagen? Es mußte nur meine Sicherheit gewährleistet sein, denn noch war ich ja Bürger der DDR. Mit Beschluß des Ministerrats der DDR vom 8. Februar 1990 waren zwar die ehemaligen IM der Staatssicherheit von ihrer Schweigepflicht entbunden, aber ein Zusammentreffen mit einem ausländischen Geheimdienst galt auch in der zwischenzeitlich gewandelten DDR noch als strafbar. Ich sagte zu, mich mit dem BND zu treffen.

Schalck dazu später vor dem Bundestagsuntersuchungsausschuß:

„... es geht um zwei Personen, und damit auch hier nicht geraten wird, die eine Person war Ronneberger, die andere war Forgber. Ich fühlte mich verpflichtet, das war der Mitarbeiter von mir, ihm die Chance zu geben, weil ich wirklich nicht imstande war, fragen, wer war nun im einzelnen Lieferant, Schmitt oder Meyer, das war nicht meine Führungsgröße. Aber ich wollte einen Beitrag leisten, daß diese komplizierte Phase geklärt wird, habe ich gefragt, zumal alle beide schon in der Verhandlung (muß wahrscheinlich richtig heißen „Fahndung" – G. R.) standen und sie nicht mehr in die Bundesrepublik reisten – die DDR existierte ja noch –, habe ich gefragt, ob sie bereit sind, hierherzukommen, ich garantiere ihnen den Schutz und daß sie wieder ausreisen können. Und dann waren beide hier, nicht auf einmal natürlich."[77]

Und noch zwei weitere Hürden waren zu nehmen. Zum einen die terminliche Abstimmung, was Schalck regelte. Zum anderen die Finanzierung meiner Reise in den Westen, da ich ja nur über Mark der DDR verfügte. Auch hier half Schalck und übergab mir 5.000 DM mit der Bemerkung, ich könne ihm das Geld zurückzahlen, wenn es mir einmal besser ginge. Ich hegte also nicht den geringsten Zweifel, daß der Betrag nicht von Schalck stammen könne.

Kurze Zeit später traf ich tatsächlich mit den Herren des BND zusammen. An dem „Arbeitsessen" im exklusiven Münchner Hotel „Bayerischer Hof" nahm auch Schalck teil. Die Art und Weise wie auch der Inhalt der mir gestellten Fragen erschienen mir für einen Geheimdienst enttäuschend. Spiegelte sich hier wirklich das Niveau des BND wider? Denn nach meinem Empfinden stellte man mir recht belanglose Fragen zur Mikroelektronik, vor allem zum 1-MBit-Schaltkreis. Ich konnte sie alle unbefangen beantworten, ohne auch nur ein einziges bisher unbekanntes Detail preisgeben zu müs-

---

77 Stenographisches Protokoll der 168. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses „Kommerzielle Koordinierung" des Bundestages am 2. Dezember 1993, S. 108 f.

sen oder einen ehemaligen „Kampfgefährten" oder Partner verraten zu müssen. Nebenbei durfte ich auch einen kleinen Seitenhieb austeilen, indem ich davon berichtete, daß die amerikanischen Kollegen des BND wesentlich aktiver waren. Sie hatten sich nämlich schon direkt im Zentrum für Mikroelektronik in Dresden die notwendigen Informationen verschafft und herausbekommen, welche Embargoausrüstungen, insbesondere amerikanischer Hersteller, im Einsatz waren.

Was mir so hausbacken und trivial vorkam, schätzte allerdings der BND völlig anders ein. Vielleicht wirken auch in diesem Dienst jene Mechanismen, die sich einst die „Klassengegner" von der Stasi mit ihren Erfolgsmeldungen bei der Planabrechnung zu Nutzen machten? Jedenfalls kolportierte Schalck vor dem Bundestagsausschuß:

„Er war nach meiner Kenntnis zweimal in München und hat vorbehaltlos gegenüber zwei leitenden Mitarbeitern des BND – ich unterstelle mal, daß sie vom BND waren (ein Witz, denn er kannte sie persönlich genau – G. R.) – Aussagen gemacht. Die sind mit äußerster Zufriedenheit für beide Seiten abgeschlossen worden. Nach meiner Kenntnis ist ja Herrn Ronneberger der Status 153e zuerkannt worden, den ich auch für mich beantragt habe." [78]

Hier irrte Alexander Schalck-Golodkowski einmal mehr: Über einen Status 153e hat man mit mir nie gesprochen, ich wußte noch nicht einmal, was dieser sogenannte Status besagen soll. Erst eine Rücksprache mit meinem Rechtsanwalt machte mir klar, daß dieser Paragraph der Stafprozeßordnung der Justiz die Möglichkeit eröffnet, im Falle tätiger Reue auf eine Anklageerhebung zu verzichten.

Später erst dämmerte mir, daß der BND wahrscheinlich schon vor unserem Gespräch zur Genüge Bescheid wußte. Spätestens seit dem Sturm der Bürgerbewegung auf die MfS-Zentrale in der Ostberliner Normannenstraße standen für den BND und andere westliche Geheimdienste die Einfallstore in die einstige Höhle des Löwen sperrangelweit offen. Während sich berauschte „Revolutionäre" an von Stasi-Mitarbeitern weggeworfenen Parteilehrjahrsbroschüren ergötzten, sammelten andere zielgerichtet ganz andere Unterlagen ein. Nicht zu vergessen sind in diesem Zusammenhang jene zahlreichen MfS-Offiziere, die ihr altes Berufsethos schnellfüßig gegen

---

78 Stenographisches Protokoll der 171. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses „Kommerzielle Koordinierung" des Bundestages am 3. Dezember 1993, S. 34.

bare Münze eintauschten, also im Verkauf von Wissen und Unterlagen ihr kommerzielles Talent entdeckten.

Zu diesen Offizieren gehörte Major Willy Koch, der ehemalige Stellvertreter von Artur Wenzel. Er war mit der Auflösung der Abteilung 8 der Hauptabteilung XVIII des AfNS beauftragt und hatte so Zugang zum gesamten Archiv dieser Truppe. Zwar wurden noch unter Wenzels Federführung zahlreiche Unterlagen vernichtet, aber es gab ja auch noch Disketten, auf denen die Erkenntnisse konzentriert abgespeichert waren. Insgesamt 96 Disketten mit den Quellen und operativen Vorgängen seiner Abteilung hatte Willy Koch bereits im Frühjahr 1990 an den BND verkauft.[79]

Darauf gespeichert waren u. a. personenbezogene Angaben zu DDR-Bürgern, die Ausreiseanträge gestellt hatten oder in die Bundesrepublik übergesiedelt waren; Inoffizielle Mitarbeiter der Stasi, die nach Abschluß von Ermittlungs- oder Gerichtsverfahren vom MfS verpflichtet wurden sowie Hinweise auf geflohene DDR-Bürger und mögliche Rückführungsversuche. Neben diesen Informationen allgemeinerer Art gab es auch solche zum eigentlichen Aufgabenbereich der Abteilung und von KoKo, beispielsweise die Operativvorgänge mit zugeordneten Personen; Personenauskunftsberichte zu Mitarbeitern westlicher Firmen, die im innerdeutschen Handel tätig waren; Angaben zu westlichen Firmen, die an Embargolieferungen in die DDR beteiligt waren; Hinweise über Schmiergeldzahlungen durch Westfirmen an DDR-Geschäftsleute; Auskünfte über Banken, Umschlagplätze, Lager, Fahrzeuge und Rechtsanwälte, die von uns für die Beschaffung von Embargowaren und Waffen benutzt wurden.

Was nicht auf den Disketten war, schilderte Koch dem BND ausführlich mündlich. Aber es gab ja auch noch das Zentralarchiv des MfS, das nach der Wende von den westlichen Geheimdiensten geplündert wurde. Schließlich wurde jeder Bericht, ja jedes Schnipsel Papier nicht nur im jeweiligen Arbeitsbereich des MfS gesammelt, sondern als Kopie im Zentralarchiv und im Zentralcomputer erfaßt. Es war beileibe nicht so, wie mir nach der Wende ein Offizier aus Wenzels Reihen versichert hatte, daß wir keine Befürchtungen zu haben bräuchten, denn alles Material wäre vernichtet worden. Vielmehr war und ist alles in Hülle und Fülle vorhanden. Das Buch mit sieben Siegeln war aufgebrochen, unsere gesamte Embargoarbeit offengelegt. Die Unterlagen und Informationen dienten in der Folge dazu, gegen zahlreiche westliche Embargolieferanten Er-

---

79 „Mit Steuergeldern Stasi-Wissen erkauft", in: Berliner Zeitung, 4./5. Juni 1994.

mittlungsverfahren einzuleiten und in Strafverfahren zum Teil recht empfindliche Strafen zu verhängen.

In den Gesprächen mit Schalck in der Münchener Rechtsanwaltskanzlei unterhielten wir uns auch über meine berufliche Perspektive. Ich hatte bereits im Februar 1989 in Ostberlin eine eigene Handelsfirma gegründet, denn nach Beendigung meiner Tätigkeit als Leiter des Handelsbereichs 4 wollte ich weiterhin in der Elektronikbranche arbeiten. Schalck zeigte sich sehr aufgeschlossen und wollte mir helfen. Da er freilich äußerst umfangreiche Beziehungen hatte, reichten unsere gemeinsamen Überlegungen viel weiter. So vermittelte mir Schalck über seine Anwälte Kontakte zur Firma Rohde & Schwarz, deren Interessenvertretung ich in der DDR übernehmen sollte. Zu Schalcks weitläufigem Bekanntenkreis gehörte ebenfalls der Chef der Sixt-Autovermietung, der an meiner Beratung beim Aufbau eines Firmennetzes in der DDR interessiert war. Weiterhin hatte Schalck die Idee, eine gemeinsame Firma zu etablieren, die den Vertrieb der Erzeugnisse von Rohde & Schwarz übernimmt, Kooperationsbeziehungen von westlichen Firmen mit DDR-Betrieben vermittelt und Firmenberatungen im Osten durchführt. Schalck schilderte seine Sicht über unsere Begegnungen vor dem Untersuchungsausschuß folgendermaßen:

„Für mich war Ronneberger bis heute eine Vertrauensperson. Ich meine, ich fühlte mich für diese Mitarbeiter auch verantwortlich. Herr Ronneberger hat unter komplizierten Bedingungen als stellvertretender Generaldirektor aus meinem Verständnis anständig für die DDR gearbeitet. Und ich fühlte mich moralisch verpflichtet, wenn er auf diesem Gebiet Kooperation zeigt, auch ihm zu helfen, einen Neubeginn zu kriegen. Denn ich habe natürlich mit dem Mann auch gesprochen. Der hat mir seine Lage auch geschildert, daß er große Schwierigkeiten hat, seine Existenz zu gründen. Das ist der einzige Grund."[80]

Das alles klang für mich sehr vielversprechend, ich erarbeitete einen ersten Vorschlag und übergab ihn an Schalck und dessen Rechtsanwaltskanzlei. Dort lernte ich auch Dr. Bardia Khadjavi-Gontard und Max Strauß, den Sohn des einstigen Schalck-Freundes Franz Josef Strauß, persönlich kennen, die beide als einflußreiche Anwälte besonders in Wirtschaftsfragen tätig sind. Fortan traf ich

---

80 Stenographisches Protokoll der 171. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses „Kommerzielle Koordinierung" des Bundestages am 3. Dezember 1993, S. 36 f.

mich mit den beiden mehrmals in München, Berlin und Leipzig. Was ich ansatzweise kennenlernte, war eine Allianz fürs Leben, ein intaktes Beziehungsgeflecht – ein old-fellow-network, wie man im Englischen anerkennend sagt, eine Seilschaft, wie man naserümpfend im Osten Deutschlands meint. Unter den Bank- und Geschäftsleuten genoß nicht nur Schalck Vertrauen, sondern auch dessen Freunde. Aufgrund meiner jahrelangen Geschäftserfahrungen wußte ich, daß nur auf dieser Basis gemeinsame Geschäfte möglich waren. Und an solchen waren in der damaligen Aufbruchszeit viele interessiert.

Die Vorstellungen, die ich ausgearbeitet hatte, einschließlich des Konzepts meiner Handelsfirma, gingen von der weiteren Existenz einer reformierten DDR aus. Eine grandiose Fehleinschätzung. Wer das erste Knopfloch verfehlt, kommt mit den Zuknöpfen nicht zu Rande. Die DDR steuerte in rasantem Tempo ihrem Ende entgegen, und alles, was ich mir beruflich so schön ausgedacht hatte, löste sich in Schall und Rauch auf. Ich nahm zwar die Arbeit mit der von mir gegründeten Handelsfirma auf, trennte mich aber endgültig von der Mikroelektronik und konnte somit auch nicht mehr auf meine alten Geschäftsverbindungen zurückgreifen. Zum anderen versikkerten die großartigen Ideen, die ich mit Schalck in München entwickelt hatte, im Sande. Es kam weder zu einer konkreten Zusammenarbeit mit den vorgesehen Unternehmen noch zur Gründung der gemeinsamen Firma mit Schalck. Schalck hat zwischenzeitlich im oberbayerischen Kreis Miesbach seine eigen Handelsfirma Dr. Schalck & Co. gegründet, die vor allem Geschäfte in Osteuropa, China und Vietnam vermitteln wollte.Wer sich hinter dem „Co." verbirgt weiß ich nicht, ich bin es jedenfalls nicht. Über die Gründe meines Scheitern sinniere ich noch heute. Vielleicht waren Schalck oder die Herren vom BND mit meiner „Kooperation" und deren Ergebnissen unzufrieden?

So gravierend meine beruflichen Schwierigkeiten waren, sie rückten nach dem 3. Oktober 1990 in den Hintergrund. Mit der Wiedervereinigung Deutschlands stand ich plötzlich vor ganz anderen Problemen, wenngleich ich davon nicht völlig überrascht wurde. So bin ich fürwahr nicht aus solch weichem Holz geschnitzt, daß ich mich nicht zu meiner Arbeit als KoKo-Mitarbeiter, Chef des Handelsbereichs 4 und Inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit bekannt hätte. Zu meiner Verantwortung stand und stehe ich. Etwas anderes sind die spätestens seit diesem Zeitpunkt gegen mich erhobenen Unterstellungen und Beschuldigungen. Sie sind

zum Großteil völlig abwegig, aber gerade deshalb für mich besonders schmerzlich.

Die Jubeltöne von der deutsch-deutschen Hochzeit waren kaum verklungen, da wurde im November 1990 gegen mich und meinen ehemaligen Kontordirektor Günther Gath ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, Büro und Wohnung durchsucht. Ein Treppenwitz der Geschichte: ein bürgerlicher Staat, für den das Privateigentum eine Heilige Kuh ist, beschuldigte uns der „Untreue gegenüber sozialistischem Eigentum". Über konkrete Einzelheiten ließ man uns allerdings im unklaren.

Ich telefonierte umgehend mit Schalck und informierte ihn darüber, wie die deutschen Behörden mein bisheriges Entgegenkommen honorierten. Es war unser bislang letztes Gespräch. Ich brach die Verbindungen zu ihm ab, weil ich zum einen bei dem mir unverständlichen Tatverdacht nicht mit in die Vorwürfe gegen Schalck verwickelt werden wollte. Zum anderen gab mir eine andere Sache zu denken: Zwischenzeitlich war nämlich öffentlich bekannt geworden, daß ich mit dem BND gesprochen und daß Schalck diesen Kontakt vermittelt hatte. Außerdem wurde die Mär kolportiert, daß ich vom BND mit 5.000 DM für meine Aussagebereitschaft belohnt worden sei.[81] Wenn ich dem BND wirklich mein ganzes Insiderwissen verkauft hätte, dann bestimmt nicht für die paar jämmerlichen Silberlinge – als Geschäftsmann kannte ich die Preise ziemlich genau. Aber ich wußte und weiß auch, daß zwar der Verrat geliebt wird, nicht jedoch der Verräter ... Dennoch war es mir damals schleierhaft, woher diese Indiskretion und falsche Darstellung kam. Außer mir konnte davon nur Schalck wissen – und eventuell der BND. In mir keimten erste Zweifel an Schalcks Ehrlichkeit.

Das Ermittlungsverfahren war jedenfalls eingeleitet. Jahrelang wurde recherchiert, viele ehemalige Mitarbeiter unseres Handelsbereichs und von KoKo wurden als Zeugen vernommen. Obwohl ich selbst gegenüber dem Untersuchungsorgan mehrfach meine Aussagebereitschaft kundtat, wurde ich nicht angehört. Erst im Februar 1994 erhielt ich Kenntnis von den konkreten Anschuldigung und dem Ermittlungsstand der Zentralen Ermittlungsstelle für Regierungs- und Vereinigungskriminalität (ZERV), die – um Mißverständnissen vorzubeugen – freilich nicht die Machenschaften einstiger Mitarbeiter der Treuhandanstalt aufklärt, die das Volks- bzw. Staatseigentum der DDR privatisieren sollten.

---

81 Heinz Suhr: Der Treuhandskandal, Frankfurt 1991, S. 27 f.

So erfuhr ich auch von der Untersuchung des Bundeskriminalamtes gegen Stefan Jebe, unseren einstigen Embargolieferanten, der uns mit Computertechnik versorgt und gleichzeitig für die Stasi gearbeitet hatte und der im Juli 1990 verhaftet worden war. In seinem Ermittlungsverfahren beschuldigte mich Jebe, daß er für mich auf mein Konto in der Schweiz 3 Mio. DM und bis zum Herbst des Jahres 1990 weitere 5 Mio. DM überweisen sollte, wofür ich ihm eine Aufwandsentschädigung von 100.000 DM zahlen wollte. Aus Sicherheitsgründen wollte ich Jebe die Summe nicht auf einmal, sondern in annähernd gleich großen Raten von jeweils einer Million DM zur Verfügung stellen. Die jeweils nächste Rate sollte angeblich erst gezahlt werden, nachdem die vorherige Teilsumme auf dem Auslandskonto eingegangen war. Um die noch nicht ausgeführte Transaktion zu verschleiern, sollte mir angeblich Jebe jeweils entsprechend hohe Rechnungen für Betriebssysteme, Lizenzen und sonstige Software für VAX-Rechner ausstellen. Gleichzeitig behauptete er, daß Gath und ich versuchen würden, dem AHB Elektronik gehörende Großrechner auf eigene Rechnung zu verkaufen.

Die Bundesanwaltschaft roch sogleich einen fetten Braten und informierte in einem dringenden Fax bereits am 20. Juli 1990 das Zentrale Kriminalamt im Ministerium des Inneren der noch bestehenden DDR. Was dort als Sachverhalt dargestellt wurde, griff nach der Wende die ZERV dann auf und leitete das Ermittlungsverfahren gegen mich und Gath ein.

Alle Aussagen von Jebe waren erstunken und erlogen, beginnend damit, daß ich niemals ein Konto bei einer Schweizer Bank besaß. In der Wahl seiner Mittel überhaupt nicht zimperlich und auch nicht vor simplen Lügen zurückschreckend, war Jebe offensichtlich krampfhaft bemüht, die eigenen Schwarzgelder auf seinen Konten bei der DABA in Berlin, die er der Steuerbehörde der Bundesrepublik bisher verschwiegen hatte, zu verschleiern. Ob oder in welchem Maße ihm das gelang, vermag ich nicht zu beurteilen. Tatsache ist jedoch, daß er sich im August 1992 durch Selbstmord seiner Verantwortung entzog und daß seine Unterstellungen und Verleumdungen nicht nachgewiesen werden konnten. Das Ermittlungsverfahren wurde zwar auf Eis gelegt, aber nicht eingestellt.

Der Verfolgungsseifer der Bundesbehörden war und ist kaum zu bremsen. Zumindest kam im Oktober 1991 ein neues Verfahren auf mich zu, diesmal vom Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof eingeleitet wegen des „Verdachts geheimdienstlicher Agenten-

tätigkeit". Erneut wurden Büroräume und meine Wohnung gefilzt. Und ich war als Gesprächspartner gefragt, mehrmals mußte ich zu Vernehmungen in Berlin und in Meckenheim antreten. Ich sah keinen Grund, mit der Wahrheit über meine Arbeit als IM des Ministerium für Staatssicherheit und als Wirtschaftsfunktionär hinterm Berg zu halten. Ich habe das als Bürger der Deutschen Demokratischen Republik für und nicht gegen meinen Staat getan. Dazu bekenne ich mich, dafür trage ich Verantwortung. Alles andere steht auf einem anderem Blatt ... Irgendwie müssen im nachhinein auch die deutschen Justizorgane begriffen haben, daß ich keine Spionage gegen die BRD betrieben habe und man einen einstigen DDR-Bürger nicht dafür belangen kann, wenn er konspirativ im Auftrag seines Landes tätig war. Das Ermittlungsverfahren wurde am 20. Juni 1995 eingestellt.

Aber selten ein Schaden ohne Nutzen. Denn in dem Ermittlungsverfahren der Bundesanwaltschaft wurde ich nicht nur mit zahlreichen von mir selbst verfaßten Dokumenten, Berichten und Informationen an KoKo und die Stasi konfrontiert, sondern auch mit meiner vollständigen IM-Akte des MfS. Es war zum Teil schockierend und schmerzlich für mich, erfahren zu müssen, daß dieser Staat – zumindest einige seiner Diener – mir derartig mißtraut hatten. Das machte mich nachdenklich und öffnete mir die Augen. Vieles betrachte ich seitdem anders.

Besonders getroffen fühlte ich mich von einem Papier, das sich im verschlossenen Umschlag im letzten Band meiner Akten befand: ein von Artur Wenzel vorbereiteter schriftlicher Vorschlag, mich als Leiter des Handelsbereichs 4 abzuberufen. Ich fühlte mich wie erschlagen, davon hatte ich bislang nicht die geringste Ahnung. Wenzels Ansinnen trug zwar kein Datum, aber der Inhalt ließ erkennen, daß es 1989 geschrieben wurde. Die Wende kam wahrscheinlich der Realisierung von Wenzels Bestreben zuvor.

Was war der Grund für die geplante Abberufung aus meiner Funktion? In dem geheimen Dokument gibt Wenzel Auskunft:

„Zum Schutz des Genossen Gerhardt Ronneberger, 1. Stellvertreter des Generaldirektors des AHB Elektronik, der Arbeitssicherheit des von ihm geleiteten Handelsbereiches 4, der in diesem Bereich tätigen Mitarbeiter (darunter NSW-Reise- und Verhandlungskader) und der Gewährleistung einer hohen Sicherheit bei den zu realisierenden Embargoimporten, macht sich eine Veränderung seiner Funktion erforderlich.

Begründung:

... Unter seiner Leitung wurden erfolgreich komplizierte NSW-Importe, die den Embargobestimmungen der NATO-Staaten unterliegen, realisiert und es konnten dadurch die volkswirtschaftlichen Aufgabenstellungen zur beschleunigten Entwicklung der Mikroelektronik sowie der Hoch- und Schlüsseltechnologien in der DDR wesentlich forciert werden.

Die gegnerischen Aufklärungs- und Abwehrorgane, die speziell mit der Aufspürung von Embargoimporten in die sozialistischen Länder beauftragt sind, unternehmen in verstärktem Maße Aktivitäten Genossen Ronneberger mit dem von ihm geleiteten Importorgan, als den Hauptverantwortlichen für die Embargoimporte, die im Auftrage des MfS getätigt würden, darzustellen.

Die Vorgehensweise der gegnerischen Geheimdienste ist unterlegt durch

– die widerrechtliche Inhaftierung des Gen. Ronneberger in der BRD in Ausübung kommerzieller Angelegenheiten,

– die Toshiba-Affäre, in der Gen. Ronneberger bei der Beschaffung von Technologie-Know-how für 64 und 256 K DRAM als Hauptverhandlungspartner bekannt wurde,

– die im Mai 1989 durch BRD-Abwehrorgane erfolgte Inhaftierung eines BRD-Lieferanten (Majunke), über den wesentliche Importe für die Entwicklung der modernsten Rechentechnik der DDR realisiert und vom Gen. Ronneberger persönlich geleitet wurde.

In diesem Zusammenhang sind Aktivitäten des ARD-Fernsehstudios in der DDR einzuordnen, welche am 22. 7. 89 in Form von nichtgenehmigten Filmaufnahmen auf dem Privatgrundstück des Gen. Ronneberger durchgeführt wurden. Dabei geriet ein Sohn des Gen. Ronneberger ebenfalls in das Blickfeld der Journalisten.

– die im Juni 1989 auf Betreiben amerikanischer Behörden erfolgte Inhaftierung des Inhabers der japanischen Firma Prometron, Tokyo wegen Verstoßes gegen das Außenwirtschaftsgesetz bei der Lieferung von Hochtechnologie-Ausrüstungen für die Mikroelektronik der DDR.

In diesem Falle wird durch die gegnerischen Abwehrorgane versucht, alle bisher mit japanischen Unternehmen durch den Handelsbereich 4, besonders der Person des Gen. Ronneberger, realisierten Importe aufzudecken, und es wird der Versuch unternommen, Analogien zur Verhaftung 1982 und der Toshiba-Affaire herzustellen.

– die Zuordnung weiterer ‚Embargofälle' zum Handelsbereich 4, die nach gründlicher Prüfung nachweislich nicht unter Verantwortung von Gen. Ronneberger erfolgten (z. B. der Export eines Hochleistungsrechners von der BRD/Westberlin über die DDR nach Ungarn – August 1989 –, welcher durch gegnerische Abwehrorgane unterbunden wurde). Durch die teilweise Verflechtung westlicher Embargolieferanten, Spediteure und Zwischenhändler geraten Personen und Firmen beim Gegner ins Blickfeld, die wiederum mit dem Handelsbereich 4 in Kontakt stehen."

Auf den ersten Blick beinhaltete das Schriftstück nichts Anrüchiges oder Ehrenrühriges. – Wenn es nicht mein Freund und Führungsoffizier geschrieben hätte, und zwar hinter meinem Rücken und im Alleingang. Denn in seinem Papier hatte Wenzel ausdrücklich festgehalten, daß meine Abberufung und der weitere Einsatz noch nicht mit den beiden verantwortlichen Staatsekretären Schalck und Nendel abgestimmt seien. Mit wem hatte er dann die Sache ausgeheckt? Vor allem war Wenzels Begründung unglaubwürdig und scheinheilig. Schließlich waren solche Kollegen wie Forgber und Wischnewski schon lange von westlichen Diensten und Medien enttarnt, was jedoch die Stasi nie als Hindernis für die Fortsetzung ihrer Tätigkeit betrachtete. Warum mich Wenzel von meiner Funktion abberufen lassen wollte, weiß ich bis heute noch nicht genau. Klar ist mir nur, daß er für den Fall der Fälle bereits seine Hand am Abzugsgriff des Schleudersitzes hatte, auf dem ich nach seinen eignen Worten seit Übernahme dieser Funktion saß.

Während ich solche Selbsterkenntnisse gewann, gingen die Ermittlungen auf verschiedenen Ebenen weiter.

Am 29. Dezember 1993 mußte ich vor dem 1. Untersuchungsausschuß „Kommerzielle Koordinierung" des Bundestags als Zeuge aussagen. Auch hier flüchtete ich nicht wie andere in Erinnerungslücken. Vielmehr beantwortete ich alle Fragen wahrheitsgemäß und äußerte mich vorbehaltlos über die Arbeit des Handelsbereichs 4 und von KoKo, ohne unbekannte Details preisgeben oder Personen belasten zu müssen.

Parallel dazu liefen zahlreiche andere Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Geschäftspartner, die uns ehedem Embargowaren geliefert hatten und wo man auf meine Zeugenaussagen ebenfalls Wert legte. Alle Vernehmungen, sowohl die als Zeuge als auch die als Beschuldigter, zeigten mir, daß die Untersuchungsbehörden der Bundesrepublik über lückenloses Material aus unseren eigenen Geschäftsunterlagen, den Archiven von KoKo und vor allem aus dem

Fundus der Staatssicherheit verfügen. Nichts wurde in der Zeit der Wende wirklich vernichtet oder ist abhandengekommen, irgendwo fand sich immer noch eine Kopie, selbst oder besonders im MfS ging man mit Kopien großzügig um. Die Wahrheit ist auch heute noch aktenkundig.

Weil es eben diese „Aktenlage" scheinbar ermöglichte, wurde von der Staatsanwaltschaft II beim Landgericht Berlin am 25. April 1996 auch gegen mich Anklage erhoben. Angeklagt wurden neben mir gleich ein ganzes Ost-West-Kollektiv: die früheren DDR-Staatssekretäre Alexander Schalck-Golodkowski und Karl Nendel, mein ehemaliger Stellvertreter Dieter Kupfer, mein einstiger Kontordirektor Siegfried Schürer, der frühere Vorstandsvorsitzenden der Leybold AG, Dr. Alfred Hauff, der frühere Unternehmensbereichsleiter der Leybold AG, Dr. Gunter Samm und der damalige Leiter der Zweigniederlassung Berlin der Leybold AG, Dr. Heinz Grahmann. Wir wurden beschuldigt, gegen das Militärratsgesetz MRG 53, sprich gegen das Embargo von COCOM verstoßen zu haben. Die Anklage umfaßte 68 Bände Sachakten und 63 Kartons mit Beweismitteln, alles ein Beleg für Fleiß und Ordnungsliebe von Beamten – und deren Ausdauer. Schließlich wird seit 1990 ermittelt. Wohl auch deshalb stellte „Der Spiegel" 1996 fest: „Immer teurer und aufwendiger wird die Suche nach Gerechtigkeit, besonders in komplizierten Wirtschaftsstrafverfahren."[82]

Gegen Schalck, Grahmann, Samm und Hauff wurde das Verfahren zwischenzeitlich abgetrennt, Schalck und Grahmann wegen Verhandlungsunfähigkeit aus gesundheitlichen Gründen.

Gegen den ehemaligen Staatssekretär Nendel, mich und meine Mitarbeiter Kupfer und Schürer führte die 5. Große Strafkammer – Wirtschaftsstrafkammer – am 11. Juni 1998 die Hauptverhandlung durch.

In der Verhandlung trat der Vertreter der berüchtigten Staatsanwaltschaft II beim Landgericht Berlin, van Gemmeren, scharfmacherisch mit unangemessener Härte und großer Unsachlichkeit auf. Er zeichnete sich durch Verfolgungseifer aus und wollte damit versuchen, das erfolglose Agieren dieser Staatsanwaltschaft in einigen anderen ähnlich gelagerten Prozessen zu korrigieren. Er beschuldigte uns der Schaffung bandenmäßiger Strukturen und der Bildung einer besonders gefährlichen kriminellen Vereinigung, der Durchführung geheimer Treffen, des Schmuggels von West nach Ost und der Fälschung von Vertragsunterlagen und Dokumenten. Die Roh-

82 Der Spiegel 36/96, S. 68.

stoffe und Produktionsausrüstungen konnten nach Auffassung der Staatsanwaltschaft auch militärisch genutzt werden, wobei eine solche Nutzung aber nicht bewiesen werden konnte.

Wir hätten aus Eigennutz und zum persönlichen Vorteil gehandelt. Für mich konstatierte er eine besonders große kriminelle Energie. Er forderte Freiheitsstrafen auf Bewährung, für mich immerhin 2 Jahre.

Dem forschen Vorgehen des Staatsanwaltes konnte das Gericht nicht folgen. Die Prozeßführung erfolgte mit großer Sachlichkeit. Wir haben uns als Angeklagte zu den Embargohandlungen bekannt und somit nach Auffassung des Gerichtes durch unsere Geständnisse in der Hauptverhandlung maßgeblich zu einem prozeßökonomischen Verlauf des Verfahrens beigetragen.

Das Gericht stellte fest:

„Schon in den einzelnen Taten, aber auch in ihrer Gesamtheit liegen besondere Umstände, die sich aus der bereits dargelegten einmaligen historischen Situation des Kalten Krieges und der deutsch-deutschen Beziehungen ergibt ...

Von keinem der Angeklagten hatte die Kammer zudem den Eindruck, daß sie etwa mit besonderem Eifer die militärische Rüstung der DDR vorantreiben wollten. Zwar war ihnen als ausgwiesenen Fachleuten auf ihrem Spezialgebiet die militärische Nutzbarkeit der Mikroelektronik bewußt, die Kammer geht jedoch nicht davon aus, daß die Hochrüstung der DDR ihre Motivation für die Embargoeinkäufe darstellte ...

Anlaß und Motivation für die von den Angeklagten begangenen Taten stehen im engen Zusammenhang mit den politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten des Kalten Krieges und der Teilung Deutschlands. Ohne durch die dadurch bedingte Abschottung der ehemaligen DDR von den Weltmärkten, ohne aber auch durch die besondere Nähe zur Bundesrepublik Deutschland mit ihren an einem Osthandel interessierten Lieferfirmen hätte sich für die Angeklagten die Betätigung im Embargohandel gar nicht ergeben."

Dem ist nichts hinzuzusetzen.

Bei der Gesamtstrafenbildung hat das Gericht das lange Zurückliegen der Taten und die lange Verfahrensdauer seit der Anklageerhebung im April 1996 berücksichtigt und Geldstrafen in Höhe zwischen 50 und 150 Tagessätzen in Höhe zwischen 80 und 440 DM ausgesprochen.

Gegen das Urteil hat die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt. In der Verhandlung am 21. April 1999 wurde der Revisionsantrag durch den 5. Strafsenat des BGH verworfen.

An der Verhandlung nahm als Beobachter auch Frau Rechtsanwältin Müller von der Danckert-Kanzlei teil, die Schalck-Golodkowski vertritt. Ihr hat der Prozeßverlauf und das Urteil offensichtlich sehr gut gefallen. Noch zu Prozeßbeginn war Schalck aus gesundheitlichen Gründen nicht verhandlungsfähig. Das hatte sich jetzt schnell geändert, man wollte die Gunst der Stunde nutzen und ein gleich mildes Urteil erreichen. Er hat sich dem Verfahren freiwillig gestellt, um angeblich einen Schlußstrich unter das seit Jahren schwebende Verfahren zu ziehen.

Mit dem Ausgang seiner Hauptverhandlung war Schalck jedoch nicht ganz zufrieden. Er erhielt keine Geldstrafe, sondern wurde unter Einbeziehung seiner früheren Verurteilung wegen illegalen Waffenhandels zu einer Haftstrafe von 16 Monaten mit Bewährung verurteilt.

Hinter vorgehaltener Hand wir nun davon gesprochen, daß man Samm und Hauff als die großen Leybold-Bosse wieder ohne Strafverfahren ungeschoren davonkommen lassen will.

Nach der Wiedervereinigung wurden allerdings nicht nur die deutsche Exekutive und Legislative gegen uns Embargoschmuggler aktiv. Auch die Konzerne versuchten, nachträglich die Lücken aufzuspüren, durch die einst ihre Erzeugnisse schlüpfen konnten, um dann von Händlern in den Osten geliefert zu werden.

So erhielt ich eines Tages zu Hause einen Anruf von einem Herrn Pauleit. Er stellte sich als Mitarbeiter von Siemens vor. Er riefe im Auftrag der Geschäftsleitung an und bitte mich um einem Treffen mit Jürgen Richter von der Siemens-Zentrale in München. Dieser wolle nämlich etwas über meine frühere Tätigkeit wissen. Ich sah keinen Grund, dem auszuweichen, konnte ich doch dadurch feststellen, was Siemens eigentlich will.

Vorher konnte ich jedoch über einige ehemalige Mitarbeiter, die noch im HdE tätig waren, Überraschendes über den Anrufer erfahren: Wolfgang Pauleit war Mitarbeiter im Bereich Zentrale Dienste München Sicherheit (ZDMSi) der Siemens-Zentrale, saß im HdE und agierte für die Siemens-Niederlassungen in den neuen Bundesländern als Berater für Werkschutz, Objektsicherheit, Sicherungsanlagen und Zugangskontrollsystemen. Vor der Wende war der Mann Oberst der Volkspolizei und Leiter der Abteilung V in der Kripo Berlin, die eng mit der Stasi kooperierte. Wie er bei Siemens zu dem neuen Job kam, entzieht sich leider meiner Kenntnis, darüber wurde in der Presse schon genügend spekuliert.[83]

---

83 „Der dritte Mann bei Siemens", in: FOCUS 18/93, S. 140 ff.

Jedenfalls war der ehemalige Genosse Pauleit mit von der Partie, als ich mich mit Jürgen Richter, dem Leiter Know-how-Schutz der Zentralen Dienste Sicherheit, im Ostberliner Palast-Hotel traf. Man unterrichtete mich, daß Siemens davon ausgehen müsse, daß dem Unternehmen durch den Verrat eines leitenden Mitarbeiters das Know-how des 1-MBit-Schaltkreises mit allen Dokumentationen gestohlen wurde und anschließend in der DDR gelandet sei. Die Übergabe sei offensichtlich auf einer Fachtagung in München an einen DDR-Experten erfolgt, mit dem man uns offensichtlich in Verbindung brachte. Von mir wollte man nun Hinweise haben, wer der Spion in der eigenen Forschungsabteilung sein könne. Ich mußte die beiden Herren enttäuschen. Erstens wußte und weiß ich es wirklich nicht, und zweitens glaube ich bis heute nicht an den Diebstahl des Know-how. Dagegen bin ich von der Eigenentwicklung des 1-MBit-Schaltkreises durch unsere Fachleute überzeugt, wenngleich diese vielleicht für bestimmte Teilergebnisse Dokumentation benutzt haben, die womöglich aus dunklen Kanälen der MfS-Kundschafter (SWT) stammten. Und schließlich besaß ich vor der Wende schon seit Jahren keinerlei Beziehungen zu Siemens und seinen Mitarbeitern. Ich konnte also Herrn Richter und Herrn Pauleit leider nicht helfen. Siemens hatte das „Arbeitsessen“ für mich umsonst spendiert.

Überrascht war ich allerdings, als ich wenige Wochen später erneut angerufen wurde. Aber diesmal meldete sich am anderen Ende der Telefonleitung DEC, der Hersteller der bei uns in der DDR so geliebten VAX-Computer. Georg Freundorfer, der Security-Manager der DEC-Hauptverwaltung, hätte meine Telefonnummer von Siemens erhalten. Auch er bat um ein Gespräch „über die Vergangenheit“. In mein Büro kam dann neben Freundorfer noch Georg Brothers, angeblich Sicherheitschef in der Europazentrale von DEC. Die Amerikaner interessierten sich gleichfalls für die DEC-Mitarbeiter, die uns angeblich bei der Durchbrechung des Embargos geholfen hatten. Völlig rätselhaft blieb ihnen, wie wir zu den Platinen in großen Stückzahlen gekommen sind, die wir für den Nachbau der Prototypen des DEC-Computers bei Robotron benötigten. Auch hier stießen die Rechercheure bei mir ins Leere. Meine Lieferanten nannte ich nicht. Ich konnte nur versichern, daß wir bei DEC in Deutschland keine Helfer hatten. Die Löcher muß es wohl in den USA gegeben haben. Gefunden hat sie DEC sicherlich nicht.

Neben den deutschen Justiz- und Ermittlungsbehörden sowie den in- und ausländischen Konzernen gab es noch eine dritte Kraft, die

an mir und meinen ehemaligen Mitstreitern interessiert war: die Medien, vielfach auch als „vierte Gewalt" im Staat gelobt. Gewiß, ich sah das auf mich zukommen. Ich konnte und wollte auch nicht verhindern, daß unser Handelsbereich zum Gegenstand der Berichterstattung auserkoren wurde. Spätestens seit Schalck nach der Wende ins Licht der Öffentlichkeit rückte, gab und gibt es ein berechtigtes Interesse an der Aufklärung um den ehemaligen Bereich Kommerzielle Koordinierung. Die KoKo-Story ließ sich allemal gut verkaufen, und mancher Journalist lebte dabei seine Profilierungsneurose aus. So blieben Spekulationen nicht aus, wurde mit einer Mixtour aus Wahrheit, Halbwahrheiten und Lügen hantiert, oftmals blieben Sachlichkeit und Realitätssinn auf der Strecke.

Besonders aktiv war eine „Hauptstadtzeitung". In ganzen Artikelserien versuchte sie, Licht in das Dunkel um KoKo zu bringen, vernebelte das Ganze aber um so mehr. Höhe- oder besser Tiefpunkt dieser „Aufklärungskampagne" war das Unterfangen, einen Zusammenhang zwischen der Barschel-Affäre und KoKo zu konstruieren.[84] Dazu erfand man einen sogenannten Warnemünder Kreis und stellte ihn als Ring hochkarätiger Stasi-Agenten und Embargohändler dar. Diese Gruppe hätte ihr Insiderwissen genutzt, um westliche Geschäftspartner zu erpressen. Kopf der eingeschworenen Truppe soll Oberst Artur Wenzel, gewesen sein. Zum illustren Kreis hätten weiterhin der Generaldirektor des AHB Elektrotechnik Roland Winckler, Günther Forgber, der schwedische Staatsbürger und Embargohändler Hans Jochheim, der bei KoKo für den Waffenhandel zuständige Mitarbeiter Dieter Uhlig, der Leiter des Zeiss-Büros Peer Ikier, mein Stellvertreter Dietrich Kupfer und natürlich ich selbst gehört.

Nun, ich habe in den vergangenen Jahrzehnten viel erlebt und viel mitgemacht. Dem einen oder anderen der Genannten traue ich auch einiges zu, insbesondere meinem einstigen Führungsoffizier Artur Wenzel. Aber einen „Warnemünder Kreis" hat es niemals gegeben. Es ist eine willkürliche Aneinanderreihung von Namen, die dem Journalisten als Beteiligte an den Embargogeschäften auf dem Gebiet der Elektrotechnik/Elektronik aus ihm zugänglichen Quellen längst bekannt waren.

Ebenso tolkühn ist die Behauptung des Blattes, der „Warnemünder Kreis" hätte brisante Informationen über westliche Politiker

---

84 „Durch Erhängen mit seinem Hosengürtel am Fenstergitter", in: Berliner Zeitung, 18. April 1995, S. 16.

und Geschäftspartner gesammelt und diese dann erpreßt. So wurde über Uwe Barschel spekuliert, ob er „etwa durch Vermittlung von Geschäften zwischen KoKo und der Werft HWD in Hamburg, in den ‚Warnemünder Kreis' geraten" sein. „Entstand auf diese Weise bei Artur Wenzel auch ein Dossier über den schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten, das brisante Fakten über Verbindungen des CDU-Politikers in den Embargohandel enthält? Wenzel, so wird erzählt, sei 1987 sehr betroffen gewesen, als er vom Tod Barschels erfuhr. Er müsse jetzt sehr vorsichtig sein, soll er gesagt haben."

Journalistische Vorstellungskraft kann wohl mitunter beflügeln, aber leider exakte Kenntnisse nicht ersetzen. Es dürfte vermutlich auch für Uneingeweihte verständlich sein, daß es die notwendige Konspiration in der Arbeit der Staatssicherheit nicht zuließ, daß mehrere IM an einem Punkt und dazu noch in der Öffentlichkeit eines Hotels Neptun zusammentrafen. Offiziell wußten wir gar nicht, wer von uns IM war, wir konnten es nur vermuten. Wir haben uns in dieser Zusammensetzung auch niemals in Warnemünde oder an einem anderen Ort getroffen. Ich persönlich habe nur ein einziges Mal privat mit meiner Frau das Hotel Neptun in Warnemünde betreten und damals auch nicht über die KoKo-Zentrale in der Wallstraße gebucht.

Aber wenn die Phantasie bei einem investigativen Journalisten einmal durchgeht, kann man auch noch wagemutig bekanntgegeben, daß ich nach der Wende mit dem Schweden Hans Jochheim eine neue Elektronik-Handelsfirma aufgebaut hätte.[85] Die Zeitungsente wird durch die Wahrheit bedauerlicherweise nicht schmackhafter. Denn ich kenne zwar Jochheim persönlich, habe aber weder vor der Wende mit Jochheim als Geschäftspartner zusammengearbeitet noch gab es nach der Wende Kontakte zu ihm, geschweige denn eine gemeinsame Firma.

Natürlich ist schwer, mit solchen Unwahrheiten und Spekulationen zu leben. Aber man kann sich daran gewöhnen. Und wenn ich oben von Medien und Journalisten im Plural sprach, mögen mir jene verzeihen, die ich trotz ihres Erfindungsreichtums nicht zitieren konnte. Das wird vielleicht den Platz eines nächsten Buches beanspruchen.

---

85 „Auskünfte beim Bundesnachrichtendienst", in: Berliner Zeitung, 19. April 1995, S. 16.

KAPITEL 11

Sieger und Verlierer

Rückblick

Während ich an diesem Lebensbericht schrieb, las ich im Spiegel die Ankündigung des Buches „Staatsfeind“ von Till Meyer.[86] Sie stand unter der Überschrift: „Bekanntlich schreiben die Sieger die Geschichte. Ich gehöre zu den Verlierern.“ Ein Ausspruch, der mich immer noch sehr beschäftigt.

Mit dem Zusammenbruch der DDR ging eine Periode der deutschen und Weltgeschichte zu Ende, die Zeit der deutschen Spaltung und des Kalten Krieges zwischen Ost und West. Am Ende dieser Systemauseinandersetzung, die jahrzehntelang auf politischer, wirtschaftlicher, geistiger und militärischer Ebene geführt wurde, gab es auf der einen Seite die Sieger und auf der anderen die Verlierer.

Ich gehöre zu den Verlierern. Ich stand auf der anderen Barrikadenseite im Kalten Krieg, auf der östlichen Seite, in der DDR. Die DDR war mein Staat. Aus tiefer innerer Überzeugung hatte ich mich ihm mit Haut und Haaren verschrieben.

Der „erste sozialistische Staat auf deutschem Boden“ war für mich die Alternative zu dem „Tausendjährigen Reich“ mit seiner faschistischen Diktatur und dem mörderischen Krieg, den ich als Kind noch miterleben mußte. Dauerhafter Frieden und Wohlstand für alle, nicht nur für die Reichen, waren Ziele, die ich schon als Jugendlicher für erstrebenswert hielt. Die Ideale des Sozialismus wurden auch meine Weltanschauung. Um Karl Marx’ und Heinrich Heines „Himmelreich auf Erden“ Wirklichkeit werden zu lassen, wurde ich Kommunist, Mitglied der „Partei der Arbeiterklasse“.

Vierzig Jahre meines Lebens habe ich in der DDR gelebt und für diesen Staat gearbeitet, hart gearbeitet. Dabei bin fast durch die ganze Welt gekommen. Ich verfolgte die zähen, dennoch sichtbaren

---

86 Till Meyer: Staatsfeind, Hamburg 1996.

Fortschritte in den sozialistischen „Bruderländern", sah die Armut in der Dritten Welt und den unermeßlichen Reichtum in den kapitalistischen Industrieländern. Natürlich erlebte ich auch den unbeschreiblichen Luxus in den Führungsetagen westlicher Konzerne und verglich ihn mit unserem. Nein, Neid kam niemals auf, ich wollte nicht zu jenen gehören, die sich vom fetten Kuchen die besten und größten Stücke abschneiden und für die teilen ein Fremdwort ist. Im Gegenteil: Gerade das im Westen Gesehene und Erlebte motivierte mich ständig neu, für unsere Ideale einzutreten. Die Richtigkeit unserer Prinzipien schien sich für mich immer wieder zu bestätigen. Ich fühlte mich weder eingeschränkt oder gar unfrei noch kamen mir jemals Bedenken, auf der verkehrten Seite zu stehen oder sich für eine falsche „Sache" zu engagieren.

So kann und will ich nicht für mich beanspruchen, bereits „viel früher" alles anders gesehen, Bedenken und Widerspruch angemeldet oder gar Widerstand geleistet zu haben. Ich hatte mich viel zu stark mit meinem Land identifiziert, als daß mir Zweifel an den Grundsätzen der Politik der Partei- und Staatsführung gekommen wären. Sicher, ich war nicht blind und übersah nicht die bei uns bestehenden Probleme und Schwierigkeiten, aber an den Grundfesten zu rütteln, kam mir nie in den Sinn. Gewiß, zu einzelnen Fragen der Wirtschaftspolitik, beispielsweise zum sozialistischen Außenhandelsmonopol, hatte ich durchaus eigene Auffassungen, aber fundamentale Bedenken wies ich weit von mir. Hinzu kam, daß ich die meiste Zeit, vor allem in meiner Arbeit, fast nur von Gleichgesinnten umgeben war, für die das eben Festgestellte gleichermaßen zutraf. So bemerkte ich kaum, daß es in der DDR auch viele andere Menschen gab, die andere Ideale und eine andere Haltung zu diesem Staat hatten, die Widerspruch artikulierten, Widerstreit auslösten und die Zivilcourage besaßen, sich zu widersetzen. Ich dagegen hielt mich an den Gesellschaftskanon, an die Staatsräson und die Parteidisziplin.

Trotz vieler Fragen und mancher Skepsis lebte ich nicht als gespaltene Persönlichkeit – hier Mensch und da Genosse, hier Freund und da Stasi-IM, hier Außenhändler und da Embargoschmuggler. Meine Arbeit war mein Lebensinhalt. Ich konnte und wollte nicht trennen zwischen meiner Tätigkeit als führender Wirtschaftsfunktionär und Parteiarbeiter. Mit der gleichen Selbstverständlichkeit betrachtete ich schließlich meine Arbeit für die Staatssicherheit. Sie gehörte ganz einfach zu meinem fachlichen Metier, war meine Pflicht gegenüber Staat und Partei – und auch mein Recht.

Wie gesagt, ich lebte nicht unter einer Käseglocke. Ich erlebte hautnah mit, verspürte am eigenen Leib, daß uns der „Klassengegner" von der westlichen Seite allein auf wirtschaftlichem Gebiet nicht mit Streicheleinheiten verwöhnte und keine Wattebällchen warf. Will sagen: Die Entwicklung der DDR war maßgeblich durch äußere Faktoren bestimmt, und die hießen eben Kalter Krieg, Rüstungswettlauf, Embargo und wirtschaftliche Diskriminierung. Das sollten wir uns widerstandslos gefallen lassen, brav die andere Wange hinhalten? Die Sprüche vom Marsch der Bundeswehr durchs Brandenburger Tor oder vom Wettrüsten, das den Russen die Butter vom Brot wegnimmt, wurden nicht in der Propagandaküche des Kreml oder des ZK der SED erfunden. Dagegen wollte ich meinen Staat und den Sozialismus schützen. Deshalb arbeitete ich mit der Stasi zusammen. Einem staatlichen Organ, das sich übrigens auch den Schutz der Wirtschaft des Staates auf seine Fahnen geschrieben hatte. Und dazu zählte für mich nicht zuletzt die Durchbrechung des westlichen Embargos. Ich war also in den Kalten Krieg verstrickt, und das hat meine Biographie wesentlich geprägt. Ich nahm am Schlagabtausch zwischen den beiden Systemen teil, und zwar an einer Stelle, die gern die „unsichtbare Front" genannt wird. Wer nicht Zeitgenosse war oder Außenstehender ist, dem mag unsere Arbeit oft absurd und unser Trieben sogar unmoralisch erscheinen. Aber es ging um das wirtschaftliche Überleben der DDR, eine Alternative sahen wir nicht.

Inzwischen sieht die Welt freilich ganz anders aus. Während der unterlegenen Seite der Verdunklungsvorhang weggerissen wurde, legt die Siegerseite neue Nebelbomben aus, um ihre eigene Verstrickung zu verschleiern. Schon deshalb will es mir heute immer noch nicht gelingen, in meinem Mittun etwas „Kriminelles" und „Verbrecherisches" zu sehen.

Das heißt aber noch lange nicht, daß ich als unverbesserlicher „Betonkopf" frei von Besinnung wäre. Die zehn Jahre, die seitdem fast vergangen sind, boten viel Zeit zum Nachdenken, zum Verarbeiten von Enttäuschungen, zum Verkraften einer Niederlage, die auch meine persönliche ist. Aber auch die Chance für den Neubeginn und das Weiterleben. Denn Enttäuschungen sind unvermeidlich bei der Wahrheitsfindung, auch wenn sie schmerzen und man sich mitunter dagegen wehren will.

So ist es für mich eine bittere Erkenntnis, daß unser Wirtschaftssystem zu keiner Zeit den objektiven Herausforderungen gewachsen und den fortgeschrittenen westlichen Industrieländern in der öko-

nomischen Effizienz weit unterlegen war. Daran konnten auch die Feuerwehreinsätze unseres Handelsbereichs, von KOKO und der Staatssicherheit nichts ändern. Lenins Lehrsatz, daß die Arbeitsproduktivität in letzter Instanz das entscheidende Kriterium für die Überlegenheit einer Gesellschaftsordnung ist, bewahrheitete sich auf quälende Weise. Und meines Erachtens hat Gerhard Schürer, ehemaliges Politbüromitglied und Vorsitzender der Staatlichen Plankommission der DDR, recht, als er resümierte:

„Langfristig und historisch gesehen, ist in einem Großversuch der Beweis erbracht worden, daß der Sozialismus, so wie er angegangen wurde, keine höhere Produktivität hervorbringt als die entwickelten Länder mit Marktwirtschaft. Die Grundidee bei Marx, die Enteignung der Enteigner, hat zu einem staatlichen und Gruppeneigentum geführt, das für die Menschen nicht begreifbar ist. Dieses letzten Endes anonyme Eigentum legt die Triebkräfte nicht frei. Das persönliche, das private Eigentum dagegen ist den Menschen verständlich, es schafft Innovationskraft, Risikobereitschaft und Verantwortlichkeit. Das klingt von einem Sozialisten ausgesprochen schlimm. Aber die Erfahrungen drängen zu solchen Schlußfolgerungen.“[87]

Gescheitert ist der Sozialismus nicht nur an seiner Wirtschaft, sondern an seinem gesamten verkrusteten System. Obwohl ich es lange Zeit nicht wahrhaben wollte – das Leben und die Politik in der DDR wurden vom Politbüro der SED im Alleingang bestimmt. Marx' Traum vom Reich der Freiheit und Gleichheit wurde von Männern, die sich Kommunisten nannten, zu einer Diktatur einer Kaste der Partei degradiert. Sie saßen an den Schalthebeln der Macht, hantierten mal mit Zuckerbrot, mal mit Peitsche, schufen ein Regime der abgestuften Privilegien und der abgestuften Verantwortungslosigkeit. Sie ritten die Schindmähre „Diktatur des Proletariats“, um ihre Alleinherrschaft gegenüber Andersdenkenden durchzusetzen und aufrechtzuerhalten. Und zu diesem Zweck verstümmelten sie ihr „Schild und Schwert“, die Staatssicherheit. Der praktizierter Stalinismus wurde zur Staatsdoktrin.

Doch der Seite der Obrigkeit stand die der „Regierten“ gegenüber, die zum Großteil mitmachten oder es geschehen ließen. Und

---

87 Interview mit Gerhardt Schürer, Kandidat des Politbüros des ZK der SED und Vorsitzender der Staatlichen Plankommission der DDR am 9. Oktober 1991, veröffentlicht in: Ohne Macht – DDR-Funktionäre sagen aus, Berlin 1992, S. 188 f.

so frage ich mich natürlich heute, erst nach dem Ende der DDR, warum ich mich nicht weigerte, die von Biermann geforderte „Schönung“ der Berichte vorzunehmen, wieso ich damals nie in einer Belegschaftsversammlung dagegen aufgetreten bin, die „Gewerkschaft als Transmissionsriemen der Partei“ zu betrachten, warum ich bei Kommunal- oder Volkskammerwahlen nie von meinem Recht Gebrauch machte, offensichtlich unfähige Kandidaten vom Stimmzettel zu streichen oder weshalb ich auf Delegiertenkonferenzen der SED die peinlichen und abgekarteten Demokratiespielchen mitmachte. Oder weswegen kümmerte ich mich nicht um das Mißtrauen, das die Stasi unter den Leuten gesät hatte, um die offensichtlichen Spitzeleien, warum wollte ich es nicht wahrhaben, daß Menschen – auch ich – zum Spielball von Interessen gemacht wurden? Solche bohrenden Fragen ließen sich noch endlos fortsetzen. Ich will damit nur andeuten, daß ich nicht wie andere die Schuld am Versagen nur auf Honecker und Mittag abwälzen kann. Auch ich trug Verantwortung, und sei es nur dafür, bunte Girlanden vor ein rostiges Schiff zu hängen.

Diese Erfahrung des Scheiterns ist für mich eine produktive. Zum einen weiß ich nun, wie schnell ein System, das sich für das beste und fehlerfrei hält und „Weiter so!“ als Marschlosung ausgibt, zusammenbrechen kann. Zum anderen bin ich zugleich davon überzeugt, daß eine Gesellschaft, wo nur Gewinn, Erfolg und Effizienz der Maßstab sind, noch nicht das letzte Wort der Menschheit ist. Nein, es wird kein Zurück zu dem ersten sozialistischen Versuch geben, die DDR läßt sich nicht mehr wiederbeleben. Doch die Utopie, die Idee ist nicht tot, Menschlichkeit kann und muß durch Menschen gelebt werden. Und so stimmt es mich froh und zuversichtlich, daß ich Enkel habe, die die Zukunft mitgestalten werden ...

Anhang

Hauptabteilung XVIII

Berlin, 4. April 1981

Information
über finanzielle Wiedergutmachung eines BRD-Bürgers gegenüber der DDR

Am 10. 2. 1981 wurde der Operativ-Vorgang "Import" gegen den Mitarbeiter des VEB Applikationszentrum Elektronik Berlin im VE Kombinat Mikroelektronik HARTIG durch Einleitung eines Ermittlungsverfahrens mit Haft gemäß § 172 Abs. 1 StGB abgeschlossen.

Im Operativ-Vorgang wurden Beweise gesichert, die dem Bürger der BRD FEDERAU (62) - Export/Import, Fa Blunck, Hamburg, die Mittäterschaft an den begangenen Straftaten nachweisen und Entscheidungsgrundlage für dessen vorläufige Festnahme bildeten.

In der durch die Hauptabteilung IX durchgeführten Befragung wurde die Mittäterschaft des BRD-Bürgers bestätigt.
Auf Grund strafpolitischer Erwägungen wurde von strafprozessualen Maßnahmen Abstand genommen und FEDERAU in Abstimmung mit der Hauptabteilung IX durch die Hauptabteilung XVIII zur Realisierung von Wiedergutmachungsleistungen veranlaßt.

FEDERAU übergab jetzt 300.000 DM und bat im Interesse seiner Existenz um Weiterführung der Geschäftstätigkeit mit der DDR.
Bei Einhaltung seiner eingegangenen Verpflichtung - preisgünstiger Angebote an die DDR - wurde diesem Ersuchen zugestimmt und die von ihm erbetene Diskretion über die geleistete Wiedergutmachung zugesichert.

Es wird vorgeschlagen, den Betrag von 300.000 DM dem Ministerium für Außenhandel - Bereich Kommerzielle Koordinierung - zu übergeben.

übergeben:

übernommen:

Hauptabteilung XVIII
Leiter

Berlin, 17. Januar 1985

<u>Persönlich</u>

Genossen Minister

Im Ergebnis der Bearbeitung des OV "Konspirator II", Reg.-Nr. XV/5357/84, wurde nachgewiesen, daß Vorstandsmitglieder des AEG-Konzerns ständig versuchen, durch persönliche Einflußnahme leitende Kader des Außenhandels der DDR für den Ausbau der Monopolstellung des Konzerns zu nutzen. Ihre Zielstellung besteht im weiteren Unterlaufen des Integrationsprozesses der sozialistischen Länder und in der Zurückdrängung der Außenhandelsbetriebe der DDR von Exportmärkten im NSW.

Entsprechend der gemeinsam mit der Hauptabteilung IX erarbeiteten Einschätzung der operativen und Untersuchungsergebnisse wurde der höchste politisch-operative Nutzen angestrebt. Grundlage bildeten das dokumentierte Vorgehen des ehemaligen DDR-Beauftragten des AEG-Konzerns zur Erlangung wirtschaftlicher Geheimnisse im Zusammenwirken mit einem Außenhandelskader der Elektrotechnik sowie die Nutzung der Konkurrenzlage bei konsequenter Durchsetzung der DDR-Interessen.

Durch IM in entscheidungsbefugten Funktionen wurden Vorstandsmitglieder des AEG-Konzerns in internen Gesprächen bei beiderseitiger Wahrung der Diskretion zwingend veranlaßt, dem DDR-Außenhandel eine finanzielle Wiedergutmachung für den erzielten Vorteil durch die Machenschaften des ehemaligen DDR-Beauftragten des AEG-Konzerns zu zahlen.

Im Interesse des Ausbaus beiderseitig vorteilhafter Geschäftsbeziehungen hat ein Vorstandsmitglied im Dez. 1984 einen Bargeldbetrag von 300.000 DM in Österreich und einen weiteren Betrag in Höhe von 100.000 US-Dollar im Januar 1985 übergeben. Das ergibt insgesamte eine Summe in Höhe von

ca. 676.500,-- DM.

Es wird vorgeschlagen, die genannten Beträge an die Abteilung Finanzen des MfS abzuführen.

Kleine
Generalmajor

Hauptabteilung XVIII/8 Berlin, 18. Dezember 1985

Sicherheitspolitische Ergebnisse im Jahr 1985

1. Vorgangs- und OPK-Arbeit

- OV "Konspirator II"

  Im Ergebnis eines gemeinsam mit der HA IX/3 erarbeiteten Entscheidungsvorschlages zum Abschluß des OV "Konspirator II" hat der Genosse Minister am 17.1. 1985 die Durchsetzung von Wiedergutmachungsleistungen gegenüber leitenden Mitarbeitern des AEG-Konzerns bestätigt. In diesem Zusammenhang sind an die Abteilung Finanzen des MfS 300.000 DM und 100.000 US Dollar abgeführt worden.

- OPK "Salem"

  Beweismäßig gesicherte Handlungen von massiver Bestechung und Vorteilserschleichung eines irakischen Staatsbürgers zum Nachteil der DDR führten zu einem mit der HA IX/3 abgestimmten Entscheidungsdokument, das am 9.1.85 durch den Genossen Minister bestätigt wurde. In Realisierung der Abschlußmaßnahmen sind die Bestechungsgelder von 44.000 US Dollar eingezogen und die Wiedergutmachungsleistung von 1 MioDM an die Abteilung Finanzen des MfS abgeführt worden.

- OV "Kaskade"

  Im Ergebnis einer Prüfungshandlung der HA IX/3 ist auf der Grundlage eines bestätigten Entscheidungsvorschlages vom 17.1.85 eine Wiedergutmachung von 50.000 US Dollar realisiert worden. Im Rahmen der Wiedergutmachung wurde am 6.12.85 eine weitere Bargeldsumme in Höhe von 50.000 US Dollar an die Abteilung Finanzen des MfS abgeführt. Durch die realisierte Kontaktaufnahme der HVA/III zu dem griechischen Kontrahenten werden dessen enge persönlichen Verbindungen zur Führungsspitze Griechenlands und zum griechischen Geheimdienst genutzt.

- OV "Kontrahent"

  Im Rahmen eines operativen Gesprächs mit einem schweizer Bürger durch die HA IX/3 und HA XVIII/8 wurde der "Kontrahent" zur Zahlung einer Wiedergutmachungsleistung veranlaßt. Zur Herbstmesse 1985 ist durch ihn der 1. Teilbetrag in Höhe von 50.000 DM übergeben und an die Abteilung Finanzen des MfS abgeführt worden.

- OV "Transistor" (BV Erfurt)

  Unverzügliche Abstimmungen mit den beteiligten Diensteinheiten und der Linie IX führten zur sofortigen Verhinderung weiterer Schäden und zur Einleitung von 3 Ermittlungsverfahren im April 1985 sowie zur Verurteilung der 3 Beschuldigten aus der Datentechnik im November 1985 zu 5 Jahren, 3 Monate; 4 Jahren,

3 Monate und 3 Jahren, 6 Monate Freiheitsentzug. Es erfolgte eine breit angelegte Auswertung im Kombinat Robotron u durch den stellvertretenden Generalstaatsanwalt der DDR vor allen Generaldirektoren der Kombinate im MEE-Bereich im Oktober 1985.

- OV "Betrüger" (BV Berlin)

  Weiter realisierte Unterstützung der gutachterlichen Tätigkeit 1985. Die gerichtliche Hauptverhandlung im Juli 1985 führte zur Verurteilung von 4 leitenden Kadern aus der Nachrichtenelektronik zu 14, 13, 7 und 5 Jahren Freiheitsentzug. In Zusammenarbeit mit der HA IX/3 wurde im Oktober 1985 eine Auswertung vor dem Leitungskollektiv des MEE und den Generaldirektoren durch den stellvertretenden Generalstaatsanwalt der DDR vorgenommen.

- OV "Metall"/"Silber" (HA XVIII/8, BV Gera)

  Der Vorgang ist abgeschlossen mit der Verurteilung des Beschuldigten aus dem OV "Metall" im November 1985 zu 10 Jahren Freiheitsentzug. Die öffentlichkeitswirksame Auswertung vor dem Leitungskollektiv des MEE und den Generaldirektoren der Außenhandelsbetriebe sowie im AHB Heim-Electric mit allen Leitungskadern erfolgte durch die Oberrichterin beim Bezirksgericht Gera sowie den Staatsanwalt und die Abt. IX/BV Gera im November 1985.

- OV "Verzug" (BV Dresden)

  Durch die HA XVIII/8 ab März 1985 eingesetzte Expertengruppe untersuchte Verstöße bei Erzeugnisentwicklung und Produktionsüberleitung in der Datentechnik. Im Ergebnis der Untersuchungen wurde der Minister E/E veranlaßt, gegen die schuldhaft handelnden Personen disziplinarische Maßnahmen einzuleiten und Maßnahmen zur vorbeugenden Verhinderung weiterer Verstöße für den Bereich E/E zu ergreifen.

- OPK "Furche"

  Auf der Grundlage einer Entscheidung der HA IX/3 wurde gegen einen ehemaligen Mitarbeiter des AHB Elektronik ein Ordnungsstrafverfahren eingeleitet (Ordnungsstrafe in Höhe von 10.000 M), das nach Einschätzung der HA IX/3 für das Oberste Gericht eine Orientierung bildet, künftig derartige Begehungsweisen (Zinswucher) strafrechtlich als asoziales Verhalten gem. § 249 Abs. 2 StGB zu ahnden.

- OPK "Berg" (BV Gera)

  In Zusammenarbeit mit der OD Zeiss Jena wurden operativ-bedeutsame Hinweise zu einem ehemaligen Spitzengeheimnisträger der speziellen Produktion bezogen auf konspirierte NSW-Verbindungen bearbeitet und durch die HA XVIII/8 auf der Grundlage einer vom Stellvertreter Operativ bestätigten Konzeption im Rahmen eines operativen Gesprächs geklärt (Dezember 1985). Die dabei erarbeiteten belastenden, strafrechtlich nicht relevanten Fakten wurden zur Werbung unter Druck genutzt.

- ZOV "Operation II"

  1985 gelang es erstmalig zu dem Geheimdienst-Mitarbeiter ein Bilddokument beim Zusammentreffen mit einem IMB zu sichern. Durch Einsatz spezifischer Mittel der Abteilung OTS und IMB wurde der inoffizielle Nachweis zum Verdacht des Kontaktes der in den OV "Manipulator"/BV Dresden und TV "Fokus"/BV Gera bearbeiteten Personen zum Geheimdienst-Mitarbeiter erbracht.

- ZOV "Digital"

  Mit intensiven Kräfteaufwand in Zusammenarbeit mit der HA IX/AKG, der Linie VIII, 26 und den Diensteinheiten auf Linie sowie durch personenbezogenen IM-Einsatz wurde zu 25 im ZOV angefallenen NSW-Reisekadern der Nachweis erbracht, daß sie nicht im Zusammenhang mit der Ausgangsinformation als Agentur des Gegners kontaktiert und geworben sind.

- Im Berichtszeitraum wurden die Ausgangshinweise zu weiteren 8 OPK geklärt und differenziert disziplinarische Maßnahmen auf staatlicher Ebene durchgesetzt sowie weitergehende politisch-operative Maßnahmen realisiert, z.B.

  . OPK "Daddy" - Stellv. Generaldirektor AHB Elektronik vorbeugende Verhinderung eines Feindkontaktes

  . IM-Überprüfung "Herbert"
    leitender Mitarbeiter im AHB Elektrotechnik
    Zurückdrängung von Korruption
    Entfernung aus dem Arbeitsbereich.

2. Arbeit im und nach dem Operationsgebiet

Durch die IMB-Arbeit und die Qualifizierung der Fahndungs- und Vergleichsarbeit wurde die gesicherte Angriffsrichtung konkreten Zielpersonen unter den NSW-Reisekadern zugeordnet und zugleich höhere Sicherheit für die Konzentration der operativen Kräfte in Schwerpunktbereichen gewonnen, insbesondere durch den OV- und OPK-bezogenen Einsatz der IMB.

- In Zusammenarbeit mit der HA XVIII/14 wurden weitere Erkenntnisse zum Führungsoffizier des IMB "Rolf" gewonnen.

- Mit der HA XVIII/14, der Abteilung XVIII/Frankfurt/O. wurde ein Entscheidungsvorschlag zur Realisierung spezieller Maßnahmen im Operationsgebiet für die HVA erarbeitet.

- Mit der BV Leipzig abgestimmte Maßnahmen führten zur Entwicklung eines Kontaktes zum Geheimdienst (Nachrichtenelektronik).

- Auf der Grundlage von mit der HVA abgestimmten Entwicklungskonzeptionen zu 2 IM (Wissenschaftlicher Gerätebau, Mikroelektronik), die zwischenzeitlich durch die HVA geführt wurden, konnte Kontakt zum amerikanischen und französischen Geheimdienst hergestellt werden.

3. Mit dem vorhandenen Kräftebestand ist die sicherheitspolitische Gesamtverantwortung bei Vorhaben gem. Befehl 11/84 ("Präzision"), bei Vorhaben der Schlüsseltechnologie CAD/CAM/ "Effekt" wahrgenommen worden.

- Durchsetzung von umfassenden Maßnahmen des Geheimnisschutzes mit Diensteinheiten der Linie XVIII und der HA XX ("Präzision").

- Im Vorhaben CAD/CAM ist mit geringem Aufwand im Zusammenwirken mit staatlichen Institutionen der Geheimnisschutz durchgesetzt und der Einsatz von GVS/VVS-Kadern realisiert worden.

- Im Vorhaben "Effekt" ist der Schutz der Embargolieferlinien und der zum Einsatz gebrachten inoffiziellen Kräfte gewährleistet worden. In Abstimmung und Zusammenarbeit mit der HVA, sind mit den Maßnahmen zur Durchbrechung der Embargobestimmungen die Erfüllung der Parteitagsvorhaben unterstützt worden.

4. 1985 sind im Rahmen der politisch-operativen Arbeit insgesamt Bargeldbeträge in Höhe von 2,4 Mio DM abgeführt worden, davon resultieren ca. 1,7 Mio DM aus gemeinsam mit der HA IX/3 erarbeiteten Entscheidungsvorschlägen zu den genannten 4 OV/OPK.

Für Monat Januar 1986 ist die Abrechnung von speziellen Kampfaufträgen vorgesehen, u. a. zum AOV "Motor", Feindobjektakte "Embargo", OPK "Valuta"/IM-Überprüfung "Olaf", zu "Effekt" und zu realisierten speziellen Importen für das MfS.

SOFORTBERICHT 801200

angefertigt am:

Vertraulichkeitsgrad:

Vertrauliche Dienstsache

Nachweis-Bereich	Lfd. Nr.	Jahr	Ausf. Nr.

Antragsberechtigte Institution (VVB, VEK, AHB u.s.w.)
VVB Bauelemente u. Vakuumtechnik
1017 Berlin, [illegible] 31-34

Name des Berichterstatters:	Vorname:	Funktion:

Betrieb:

Reisedirektive vom:	bestätigt durch:

Welchem Strukturvorhaben, volkswirtschaftlichem Projekt, Außenhandelsgeschäft, Montage- oder Kundendienstauftrag diente die Reise?

Kurzdefinition des Reisegrundes:

Reisedauer	Land:

Besucht wurde: Konzern, Unternehmen, Vertreter	Einzelperson:	Ort:

Übernachtung erfolgte im: (Angabe der Zimmernummer)	von – bis im:	reserviert bzw. empfohlen durch:

Hinweise für die Erarbeitung des Sofortberichtes

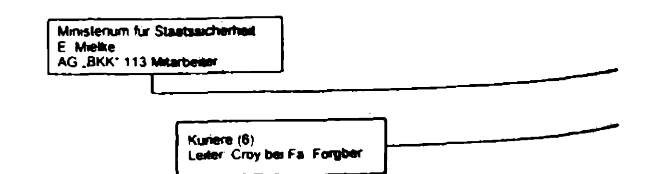
1. Vorbereitung der Reise
Qualität der Direktive auf deren Grundlage die Reise durchgeführt wurde; Hinweise für die Verbesserung der Vorbereitung, Anleitung, Abstimmung, Bearbeitung der Unterlagen; Ausstattung mit Reisezahlungsmitteln, Mehrbedarf ausführlich begründen, welche Einsparungen. Welche Maßnahmen zur Umgehung des Alliierten Reiseamtes - ATO - wurden eingeleitet, Argumentation (vor Antritt der Reise, bei der Durchführung), wie erfolgte die Abfertigung beim ATO und den Konsulaten in Westberlin; bei Delegationsreisen: Kaderauswahl, politisches und fachliches Verhalten, einheitliches Auftreten, Fremdsprachenkenntnisse usw. Einschätzung des Nutzens der durchgeführten Reise.

2. Reise- und Aufenthaltsfragen
Darstellung der Ein- und Ausreise (insbes.die Grenzabfertigung) unter Angabe des Verkehrsmittels (Eisenbahn, Liegewagen, Schlafwagen 1.oder 2.Klasse, Flugzeug, Pkw, Autobus, Zug- und Flugnummer, Zeit) und der Behandlung durch die Grenzorgane im Vergleich zu anderen Reisenden (Paß- und Zollkontrolle, einschl.Kontrolle anderer Reisedokumente sowie Fragestellung einschl.Antwort, Gepäckkontrolle und Einsichtnahme in Geschäftsunterlagen sowie in Fahndungsbücher einschl.Kfz-Fahndung). Anmeldevorschriften einschl.Hotel (Vorgang, Fragestellung usw.) im Vergleich zu Reisenden anderer Länder. Kontrollhandlungen während des Aufenthaltes. Angaben über Hotels bzw. Privatquartiere einschl. Preise. Formalitäten beim Betreten der besuchten Objekte, besondere Sicherheitsmaßnahmen, Betreuersystem, Aufbau und Wirkungsweise, ständiger Betreuer, wenn ja, genaue Angaben und Einschätzung, sonstige Aufenthaltsfragen, wie Verkehrswesen, Preise, usw.

3. Institutionen, Konzerne, Firmen, Einzelpersonen
Besuchte Objekte, Personen, mit denen verhandelt wurde, Atmosphäre, Einschätzung der Partner unter besonderer Berücksichtigung ihrer Rolle für die DDR; Aktivitäten zur Störung der Beziehungen zur DDR und anderen sozialistischen Ländern bzw. außerordentliches Entgegenkommen. Welche geplanten Besuche, Besichtigungen, Verhandlungen usw. kamen nicht zustande, Ursachen; zu wem bzw. durch wen wurde zusätzlich Kontakt aufgenommen?

4. Diskriminierungen und sonstige besondere Vorkommnisse und wie ihnen begegnet wurde. Kontaktbestrebungen, die nicht unmittelbar im Zusammenhang mit den zu lösenden Aufgaben standen (einschl.Personen, die während oder außerhalb der Verhandlungen bekannt wurden, aber nicht als Geschäftspartner auftraten); An- und Abwerbungsversuche, Provokationen und Korruptionsversuche. Geschenke, die den Reisenden angeboten wurden (Art der Geschenke, angeboten von, angenommen ja/nein. Sonstige Vergünstigungen, Gefälligkeiten, Dienstleistungen, Aufwendungen u.a., die angeboten wurden, einschl.Einladungen (Art der Vergünstigung u.a., angeboten von, angenommen ja/nein. Gesetzes- und Disziplinverstöße (konkrete Angaben über die Schädigung des Ansehens der DDR durch Reisekader des Außenhandels und der Industrie).

5. Zusätzlich bei Planveranstaltungen
Status der DDR-Teilnahme; Darstellung wie das selbständige Auftreten der DDR-Delegation gewährleistet war (Begrüßung, Tischkarten, Tagungsmaterialien usw.); Rolle und Auftreten der westdeutschen bzw. Westberliner Delegation; DDR-Vorträge, Einschätzung; Fragen und Mitgliedschaft in internat. nicht- bzw. zwischenstaatlichen Organisationen (Ausübung, Erwerb, Funktionen usw.); Kritische fachliche Stellungnahme zu dem wissenschaftlichen Wert der Veranstaltung, bewertete wirtschafts- und wissenschaftspolitische Informationen, deren sofortige Umsetzung in der staatlichen Führungstätigkeit erforderlich erscheint, Einschätzung der Bedeutung der Veranstaltung für die DDR und für künftige Teilnahmen.



Intrac
Herr Steinebach

Transinter
Herr Schindler

„forum"
Herr Panse

BIEG
Frau Schönzart

Kunst und Antiquitäten
Farken/Richter

Fa. Gerlach / MfS
Herr Wischnewski

Fa. Asimex / MfS
Frau Lerche

Fa. Camet / MfS
Herr Weber

Fa. Forgber / MfS
Herr G. Forgber

Fa. BERAG
Herr Kolz

Fa. DELTA
Herr Haase

HA I
H. Seidel

Sektor Fahrdienst

Arbeitsg. Technik

Arbeitsg. Nachricht.

Arbeitsg. Finanzen

Kfz-Werkstatt

Abteilung Int. – Exp.

Sektor Bau/Invest.

AG Innere Verwaltung

AG Kommerz. Zahlungsv.

HA II
Fr. Bießling

Abt. Planung/Ökonomie

Abt. Plandurchf.

Abt. Zahlungsbil.

HA III
Hr. Paul

Abt. Sondervorhaben

Sektor Mvl

Sektor Grundst.-Ind.

Sektor EE Elektrotech. Elektronik

Abt. Koord. (BRD/WB)

Sektor Verkehr

Sektor Wirtschaft

Steuerung fachlich

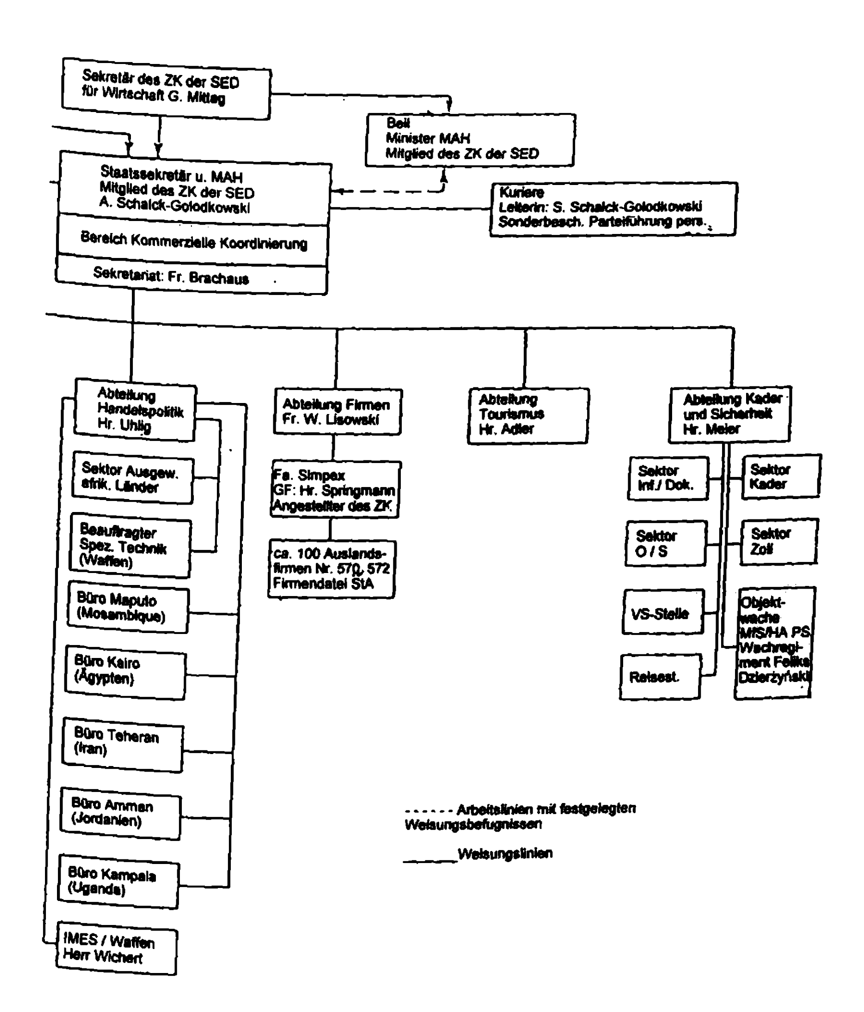
Embargo

Steuerung finanziell

Handelsbereich 4/
AHB Elektronik
Herr Ronneberger

ca. 25 Stasiauslandsfirmen
Nr. 571 / Firmendatei StA

Belisa S.A.
Intrac S.A. Lugano
Salinas S.A.



Sekretär des ZK der SED
für Wirtschaft G. Mittag
Beil
Minister MAH
Mitglied des ZK der SED
Staatssekretär u. MAH
Mitglied des ZK der SED
A. Schalck-Golodkowski
Bereich Kommerzielle Koordinierung
Sekretariat: Fr. Brachaus
Kuriere
Leiterin: S. Schalck-Golodkowski
Sonderbesch. Parteiführung pers.
Abteilung
Handelspolitik
Hr. Uhlig
Sektor Ausgew.
afrik. Länder
Beauftragter
Spez. Technik
(Waffen)
Büro Maputo
(Mosambique)
Büro Kairo
(Ägypten)
Büro Teheran
(Iran)
Büro Amman
(Jordanien)
Büro Kampala
(Uganda)
IMES / Waffen
Herr Wichert
Abteilung Firmen
Fr. W. Lisowski
Fa. Simpex
GF: Hr. Springmann
Angestellter des ZK
ca. 100 Auslands-
firmen Nr. 570, 572
Firmendatei StA
Abteilung
Tourismus
Hr. Adler
Abteilung Kader
und Sicherheit
Hr. Meier
Sektor
Inf./ Dok.
Sektor
Kader
Sektor
O / S
Sektor
Zoll
VS-Stelle
Objekt-
wache
MfS/HA PS
Wachregi-
ment Feliks
Dzierzyński
Reisest.
------ Arbeitslinien mit festgelegten
Weisungsbefugnissen
______ Weisungslinien

A. Schalck Berlin, den 30.12.1988

Mitglied des Politbüros
und Sekretär des ZK der SED

Genossen Günter Mittag

Lieber Genosse Mittag!

Auftragsgemäß wurden durch den uns angeschlossenen Importhandelsbereich, insbesondere für den Import von hochsensiblen Ausrüstungen für die Mikroelektronik im Jahre 1988, große Anstrengungen unternommen, deren Ergebnisse in der beiliegenden Information detailliert dargestellt sind.

Die verschärfte Anwendung der Embargobedingungen auf dem Gebiet der Hochtechnologien machte neue konspirative Methoden der Arbeit erforderlich. Die Tatsache, daß die DDR die ersten Muster des 1-Mbit-Schaltkreises auf der Basis einer eigenen Entwicklung hergestellt hat und sich auch der Aufgabe zur Entwicklung des 4-Mbit-Schaltkreises stellt, führte besonders in den letzten Monaten zu verstärkten feindlichen Aktivitäten. Trotz dieser Situation ist es gelungen, wichtige technologische Spezialausrüstungen für das Kombinat Carl Zeiss Jena und das Kombinat Mikroelektronik für Forschung, Entwicklung und Produktion, besonders für den Staatsauftrag "Höchstintegration" zu importieren.

An zwei weiteren Schwerpunkten zur Absicherung des Planes 1989 wird intensiv gearbeitet. Es handelt sich dabei um die Positionen Justier- und Belichtungseinrichtungen sowie um Hochstromimplanter.
Bei letztgenannter Position handelt es sich um Ausrüstungen die für das Technologieniveau 1-Mbit erforderlich sind und die bisher auch in enger Zusammenarbeit mit den speziellen Beschaffungsorganen nicht zu beschaffen waren.
Durch den Importhandelsbereich befinden sich zwei dieser spezifischen Ausrüstungen in der Realisierungsphase, wobei in den letzten Stunden Verzögerungen eingetreten sind, die zur Zeit noch nicht exakt in ihren Auswirkungen eingeschätzt werden können.

Bitte um Kenntnisnahme.

Mit kommunistischem Gruß

Alexander Schalck

Anlage

I n f o r m a t i o n

zu Ergebnissen der Beschaffung des Importhandelsbereiches im Jahre 1988 für ausgewählte sensible technologische Spezialausrüstungen (Embargo)

1. Testeinrichtungen für die Forschung, Entwicklung und Produktion von Speicherschaltkreisen und Mikroprozessoren für die Kombinate Carl Zeiss Jena und Mikroelektronik

   Durch den Importhandelsbereich wurden alle eingeordneten Tester beschafft und an die beiden Kombinate übergeben.

   Insgesamt 10 Testeinrichtungen mit einem Valutaaufwand von 30 Mio VM

2. Alle in die Fonds Mikroelektronik eingeordneten Ätzeinrichtungen wurden per 30.12.1988 für den Hauptbedarfsträger Kombinat Carl Zeiss Jena importiert und übergeben.

   Insgesamt 15 Stck. Ätz- und Sputteranlagen mit einem Valutaaufwand von 35 Mio VM

3. Justier- und Belichtungseinrichtungen, Wafer-Stepper für die Kombinat Carl Zeiss Jena und Mikroelektronik wurden 1988 beschafft.

   Insgesamt 5 Stck. Ausrüstungen mit einem Valutaaufwand von 15 Mio VM

4. Für die Produktion des Speicherschaltkreises 64 KDRAM im Kombinat Mikroelektronik-ESO II wurden Mittelstromimplanter geschafft.

   Insgesamt 3 Stck. mit einem Valutaaufwand von 10 Mio VM

5. Dotierungseinrichtungen (CVD und Diffusionsanlagen) für die Kombinat Carl Zeiss Jena und Mikroelektronik für Forschung, Entwicklung und Produktion für Speicherschaltkreise 64 KDRAM, 256 KDRAM und 1-Mbit.
Beschaffung dieser speziellen Ausrüstungen zu einem Valutaaufwand von 21 Mio VM

6. Spezielle Meß- und Prüfeinrichtungen für alle technologischen Prozeßschritte wie

- Elektronenrastermikroskope
- Maskenprüfeinrichtungen
- Maskenrepaireinrichtungen

für verschiedene Betriebe der Elektronikkombinate für einen Valutaaufwand von 45 Mio VM

7. Beschaffung von Einkristallziehanlagen für die Herstellung von Siliziumscheiben für den Betrieb Spurenmetalle Freiberg des Kombinates Mikroelektronik.
Insgesamt 3 Stck.
für einen Valutaaufwand von 7 Mio VM

F E R N K O P I E

Eilvermerk	Nr.	Seiten
CFI	255	13

Aus: Wien Intel [illegible]

Datum: 11.12.1991

An: B O N N . A A
(Telefax-Sammelruf 173402)

Arbeitsexemplar an:	424-9
Je eine Kopie an:	250
	230
	431

	Zusatzempfänger	Eilvermerk	erledigt
Je eine Kopie für: (Ab FMZ AA per Post/ Behördenaustausch)			
Als Fernkopie auch an: (Weiterleitung durch FMZ AA)	BMF-III A 7	cfi	
	BMWi-V B 4	cfi	
	BMVg-Fue S III 5	cfi	
	ChBK-212	cfi	

Az.: 370.25

Es handelt sich um eine Vorab-exemplar (Auszug) aus einem [illegible] für die [illegible]

Betr.: VN-Sonderkommission [illegible]

Bezug: DB 376 vom 11.12.1991 und laufende Berichte

Prüfvermerk des Verfassers (Zutreffendes bitte ankreuzen):

1) Ist Inhalt im Sinne des [illegible] vom 31.08.90 schutzbedürftig? ......( ) JA, NEIN (x)

2) Ist Höhe der Übermittlungskosten (erwartete Telefongebühr) vertretbar (Materialumfang beachten)? ....(x) JA, NEIN ( )

3) Ist kostengünstigere Übermittlung (Luftbeutel, Fernschreiben, Brief) möglich? ....( ) JA, NEIN (x)

4) Ist Ausnahme vom Grundsatz lokaler/nationaler Fax-Nutzung nötig? ( ) JA/[illegible], NEIN ( )

Unterschriften:
Verfasser: [signature]
Hausruf:
Behördenleiter/Beauftragter: Genehmigt

Seiten: Deckblatt mitzählen! Eilvermerk: [illegible]

[illegible]: routine [illegible]: citissime [illegible]: citissime [illegible]

14. The manufacturers of most equipment used or intended for use in Iraqi efforts to establish a centrifuge production and operation capability have been firmly identified. A summary of some of the more important equipment follows:

- A flow forming machine with application-specific mandrel, expanding mandrel and rollers was manufactured by H & H Metallform Maschinenbau und Vertriebs GmbH.

- An electron beam welder with a special fixture for holding the rotor tube during welding was manufactured by Leybold Heraeus AG.

- Three large CNC machines, two with application-specific fixtures, were manufactured by Neue Magdeburger Werkzeugmaschinenfabrik GmbH.

- A large oxidation furnace with special temperature control features was manufactured by Degussa.

- High frequency converters capable of operating a large number of centrifuges were produced by Acomel GmbH & Co KG.

- Horizontal and vertical balancing machines were manufactured by Dr. Reutlinger & Söhne KG.

- Hand operated, pneumatic and electrically controlled bellows valves were manufactured by NUPRO, VAT AG and Balzer AG respectively.

- Quantities of Krytox, a nuclear grade fluorinated vacuum pump oil were manufactured by Dupont.

Identification of a manufacturer does not necessarily mean identification of the supplier. As pointed out earlier, orders were often placed with manufacturers through intermediaries; this appears to have been the case with at least one of the Magdeburger CNC machines - and a shipping invoice discovered by the inspection team inside the packing crate for a large oxidation furnace appears to provide the name of an intermediary for that procurement.

15. Much of the equipment listed above is multi-purpose in the sense of being useful in a number of manufacturing processes. However, the application-specific fixtures remove most doubt as to the intended uses. Some of the companies may not have been aware that Iraq was the final customer, but the intermediaries certainly were -

Berlin, den 24.08.1989

Lieber Genosse Minister!

Entsprechend den erteilten Vollmachten wurden bzw. werden für den Bereich Genossen Generalleutnant Irmler technische Ausrustungen für ca.	2.o Mio VM
und einem Mark-Volumen von	8.5 Mio
materiell und finanziell bereitgestellt.	

Für den Bereich des Genossen Generalleutnant Schwanitz werden spezielle Ausrüstungen und Geräte im Werte von	15.o Mio VM
bearbeitet und bis zur Höhe von	1o.o Mio VM
bereits Lieferverträge abgeschlossen. Die Warenlieferungen erfolgen 1989 und 199o. Ab 1991 bis 1995 sind außerplanmäßige Lieferungen von jährlich	5.o Mio VM
vorgesehen.	

Insgesamt werden für beide Bereiche für die Jahre 1989 und 199o ca.	17.o Mio VM
und ca.	75.o Mio M
zur Finanzierung der spezifizierten Geräte und Ausrüstungen durch gesonderte Maßnahmen erwirtschaftet.	

Damit leisten wir unseren Beitrag zur weiteren Stärkung der materiell-technischen Basis unseres Ministeriums.

Bitte um Kenntnisnahme.

Alexander Schalck

20. 2. 1989

Festlegungsprotokoll

der Beratung vom 17. 2. 1989 zu den Importen für den Bedarfsträger 1

---

1. Genosse Ronneberger erhält den Auftrag, Importe [illegible] von rd. 10,5 Mio VM für den Bedarfsträger 1 zu [illegible] möglichen Lieferterminen, günstigen Preisen und in der geforderten Gebrauchswertstruktur und Qualität durchzuführen. Die Importe laufen unter der Bezeichnung [illegible] Objekt X" und umfassen folgende Komplexe: [illegible]

   1. Prüf- und Meßtechnik [illegible]
   2. Ausrüstungen für die Leiterplattenherstellung [illegible]
   3. Fotoplotter und Software JKARUS [illegible]
   4. Plastverarbeitungsmaschinen
   5. Tiefdruckmaschinen
   6. Bildwandler.

   Für die Koordinierung der Importe im Handelsbereich ist [illegible] Genosse Kupfer verantwortlich.

2. Seitens des Bedarfsträgers ist Genosse Hahnewald verantwortlich, der seinerseits noch einen zweiten Genossen benennen wird.
   Durch Genossen Hahnewald wurden Spezifikationen zu den Komplexen 1 und 6 übergeben. Alle anderen Spezifikationen, bis auf den Komplex 5, werden lt. Genossen Hahnewald in der Woche vom 20. - 24. 2. 89 an Genossen Sredzki übergeben, der seitens des Bereiches Kommerzielle Koordinierung als Verantwortlicher benannt ist.
   An der Spezifikation für den Komplex 5 wird noch gearbeitet.

3. Die Valuta werden auf Anforderung des Handelsbereiches durch Genossin Bleßing in den erforderlichen Währungen bereitgestellt. Sämtliche Importe werden ohne Mark-Rechnungen abgewickelt.

4. Die Auslieferung der Importe an den Bedarfsträger erfolgt über das Lager Semmelweißstraße.
Zu einzelnen Ausrüstungen, die eine Aufstellung und Inbetriebnahme durch den Lieferanten erfordern, werden gesonderte Festlegungen durch den Bedarfsträger, in Abstimmung mit Genossen Sredzki und dem Handelsbereich, getroffen.

5. Der Bedarfsträger übernimmt die Verpflichtung, die einzelnen Lieferungen nach Erhalt kurzfristig auf Vollständigkeit und Funktionstüchtigkeit zu prüfen.
Durch den Handelsbereich ist anzustreben, daß die Bezahlung gegenüber den Lieferanten erst erfolgt, wenn die Vollständigkeit und Funktionstüchtigkeit durch den Bedarfsträger bestätigt ist.

6. Durch den Handelsbereich ist jeweils am 3. Werktag nach Monatsende an den Staatssekretär über den Stand der Realisierung der Importe nach folgenden Schwerpunkten schriftlich zu berichten:

- Valutawert gesamt und je Komplex 1 - 6
- spezifiziert
- Angebot
- Vertragsbindung
- Realisierung.

Mit Ausnahme dieser Berichterstattung gibt es keinerlei Schriftverkehr zu den Importen.

7. Die Einbeziehung weiterer Genossen des Bedarfsträgers und des Außenhandels zur Lösung von Detailaufgaben erfolgt nach gegenseitiger Abstimmung.

bestätigt: Dr. Schalck
Staatssekretär und Leiter
des Bereiches Kommerzielle
Koordinierung

Präsidium der Volkspolizei
B e r l i n
Kriminalpolizei - DHG -

Berlin, den 05.12.1989

P r o t o k o l l

über eine Mitteilung durch einen Wachschutzangehörigen des Haus der Elektronik, 1020 Berlin, Alexanderplatz 6, am 05.12.1989

Am 05.12.1989, gegen 19.25 Uhr erhielt die DHG/A des PdVP Berlin durch den Kriminaldienst des PdVP Berlin, die Mitteilung, daß ein Wachschutzangehöriger des oben genannten Hauses mitgeteilt hatte, daß eine schriftliche Weisung vorliegt, die besagt, daß am heutigen Tag ansonsten übliche Sicherungsaufgaben nicht wahrgenommen werden sollten. Aufgrund dieser Mitteilung begab sich die DHG/A zum Haus der Elektronik,Rückseite - Bereich Keibelstraße. Der sich dort befindliche Ausgang wurde durch Angehörige der Schutzpolizei des VPR gesichert. Der diensthabende Brigadier der Lüfterzentrale Mikroelektronik übergab der DHG, Oberleutnant T a u t e, eine Hausmitteilung die sich beim Hauswachschutz befunden hatte, und die folgenden Wortlaut hat: " Mitteilung von Abteilung Sicherheit " an Diensthabenden BW (Betriebswache)

" Weisung "

Am Montag, dem 04.12.1989, sind ab Dienstschluß während der gesamten Nacht keine Kontrollen im HdE und um das Objekt herum durchzuführen sowie die
Schleife 46
nicht in Betrieb zu setzen.

i.V. Wohle
Brün
Leiter der Abt. Sicherheit

Der Schichtleiter der Frühschicht, Kollege Kühne hatte dieses Schreiben von der vorgenannten Abt.Sicherheit erhalten und war zur Weitergabe aufgefordert worden. Der v.g. Brigadier der Lüfterzentra Herr W u s t r i c h informierte dann von diesem Sachverhalt die Staatsanwaltschaft, Chefdienst des Generalstaatsanwaltes von Berlin, Frau R o s e n b a u m, die Ihrerseits die Kriminalpolizei des PdVP Berlin verständigte.

Durch einen Mitarbeiter des HdE, der sich im Foyer befand, dem dieses Schreiben gezeigt wurde, erklärte es handele sich um den Bereich " B 3 ", der sich abgesondert im Haus befindet. Dieser Mitarbeiter führte die Anwesenden:

Staatsanwalt G l av e STA Prl.Bg. Bereitschaftsstaatsanwalt
Hauptmann der K A h l g r i m m VPI Mitte
Leutnant der K F i e d l e r " "
Oberleutnant der K G o t t w a l d " "
Oberleutnant der K T a u t e PdVP Berlin, DHG

Sowie ein Vertreter der Initiative des Neuen Forum
Herr K l e i n , Olaf
geb.: 11.01.1955
whft.: 1040 Berlin, E.-Schulz-Str.73

und der Vertreter der Berliner Zeitung
Herr F r i t s c h, Heiko
geb.: 27.01.1961
whft.: Berlin-Köpenick, Hämmerlingstr. 137

in die VI.Etage des Hauses. Über einen Seitengang gelangten die Genannten zu einem Treppenaufgang der mittels TV gesichert war. Nach dem Klingeln, gegen 19.53 Uhr wurde die Türgeöffnet und zwei männliche Personen erkundigten sich nach dem Begehr. Beiden Personen stellten sich die Anwesenden vor, informierten über die Mitteilung und baten um Auskunft, um welchen Betrieb bzw. um welches Ministerium es sich in diesem Trakt handelt. Geantwortet wurde durc den sich vorstellenden Herrn F e c h n e r , daß es sich um eine Diensteinheit des MfS handele. Er verbesserte sich und teilte mit, daß hier eine Dienststelle des Amtes für nationale Sicherheit sei. Es wurde um Einlaß gebeten, der nur nach Ausweisung sehr widerwillig stattgegeben wurde.
Durch den Staatsanwalt, Herrn G l a v e , wurde dem Herrn Fechner, der sich zögernd als Stellvertreter des Leiters zu erkennen gab, mitgeteilt wurde, daß eine Besichtigung aller Diensträume durchgeführt werde, um Verschleierungshandlungen unterbinden zu können. Im Flur stand ein Reißwolf, dessen Auffangbehälter zur Hälfte gefüllt war. Auf Anfrage des Staatsanwaltes, weshalb die Dienststelle mit derart viel Angehörigen besetzt sei, entwortete der Stellvertreter des Leiters, daß planmäßige Aufräumarbeiten bezüglich eines Umzuges in das Amt für nationale Sicherheit stattfinden.
Anwesend waren:

F e c h n e r	OG-Nr.: A 116122	Stv.d.L.
K o c h		stv.Abteilungsleiter
B ö h m		Referatsleiter
H ö h n e		MA/ED (Mitarbeiter Einlaßdienst)
G l ö c k n e r		ED
W i n k l e r		MA
U n g a r m a n n		Referatsleiter
S c h ö n l a c h		MA
S c h l i c h t e r		MA
M e c k e		MA
P i l g r a m		stv.Referatsleiter
B a t h k e		MA
Hoffmann		MA
S t e i n n a g e l		MA/ED

Die vorgenannten hielten sich in verschiedenen Zimmern auf.
Durch den Staatsanwalt wurde eine Sichtung der Zimmer und der sich darin befindlichen Blechschränke vorgenommen. Auf Weisung Desselbe wurden die Zimmer,im Anschluß der Durchsicht, Nummer 6, 9 und 10 durch ihn selbst versiegelt. Die Petschaft trägt die Kennung Deutsche Demokratische Republik, A 28924. Im Anschluß wurden alle Mitarbeiter dieser Dienststelle einer Taschenkontrolle unterzogen. Bei dem Mitarbeiterkreis wurden während der Kontrolle keine Unregelmäßigkeiten festgestellt. In den Taschen befanden sich keinerlei dienstliche Unterlagen.
Auf Weisung des Staatsanwaltes wurde die Dienststelle durch alle Mitarbeiter verlassen. Die Sicherung des Objektes nahmen nach

Absprache mit dem Stabschef der VPI Berlin-Mitte, Angehörige der Schutzpolizei auf. Die Weisung des Staatsanwaltes lautete: Keinen Zutritt egal welcher Personen, bis der Generalstaatsanwalt eine Endscheidung getroffen hat, und diese wird erst am Morgen des 05.12. 1989 zu erwarten sein.
Im Anschluß verließen alle im Protokoll Genannten das Objekt.

Feststellungen:

Zur Versiegelung kam es aufgrund folgender Feststellungen des Staatsanwaltes:

Im Zimmer Nummer 9 befanden sich mehrere gebündelte Stapel von Akten, bzw. dienstlichen Unterlagen.
Bei Stichproben konnte festgestellt werden, daß in diesen Unterlagen teilweise auch Informationsprotokolle enthalten waren, die auf die Überwachung von DDR-Bürgern schließen lassen. Des weiteren wurden Personallisten festgestellt, zu denen die Mitarbeiter der Dienststelle, insbesondere der Oberstleutnant F e c h n e r keine genauen Angaben machen konnte oder wollte. Aus diesem Grunde ergaben sich Hinweise auf das Vorliegen einer ungesetzlichen Arbeitsweise dieser Dienststelle, woraufhin die Versiegelung der Räume angeordnet wurde. Nach Auffassung des Staatsanwaltes ist es erforderlich, diese Unterlagen einer genauen Kontrolle auf Gesetzlichkeit zu unterziehen.

Bei der Einsichnahme der Unterlagen waren auch der Vertreter des Neuen Forums, sowie der Vertreter der Berliner Zeitung, anwesend, ohne jedoch in die Unterlagen Einsicht nehmen zu können.

Beim Verlassen des ~~das~~ Gebäudes wurden den Angehörigen der Kriminalpolizei sowie dem Staatsanwalt durch ca. 100 anwesende Bürger Fragen zum Sachverhalt gestellt. Es wurde mitgeteilt, daß eine Anzeige bei der VPI Berlin-Mitte vorlag, woraufhin der Einsatz der Kriminalisten und des Staatsanwaltes notwendig wurden. - - -

Der Einsatz erfolgte am 04.12.1989, in der Zeit von 19.25 Uhr bis 04.12.1989, 23.00 Uhr.

In der Zeit von 21.55 Uhr telefonierte der Oberstleutnat F e c h ne mit dem Leiter der Hauptabteilung des Amtes für nationale Sicherheit und teilte diesem, es handelte sich um den HA-Ltr. K l e i n e, den Einsatz der Abteilun K und des Staatsanwaltes in der betreffenden Dienststelle mit.

Bei Eintreffen auf der VPI Berlin-Mitte, wurde dem Staatsanwalt mitgeteilt, daß durch Bürger und Angehörige der VP der Angehörige des Amtes für nationale Sicherheit W e n z e l, mit zwei Handgepäckstücken zugeführt worden war. Bei der Besichtigung der Handgepäckstücke wurde deutlich, daß in einem dieser Stücke, es handelte sich um einen Aktenkoffer, insgesamt ca. 150.000 Mark der DDR sowie ca. 750.000 DM/DBB befanden. Da hier der Verdacht eines Devisenvergehens vorlag, wurde die weitere Bearbeitung durch den Militärstaatsanwalt übernommen.

G l a w e
Bereitschaftsstaatsanwalt

Taute
Oberleutnant der K

Verwendete Abkürzungen

AfNS	Amt für Nationale Sicherheit (Nachfolgeorganisation des MfS)
ASIC	Kundenspezifische Schaltkreise
AGS	Arbeitsgruppe Sicherheit des MfS
AHB	Außenhandelsbetrieb
AMD	Arbeitsstelle für Molekularelektronik Dresden
AWV	Außenwirtschaftsverordnung
AWG	Außenwirtschaftsgesetz
BAW	Bundesamt für Wirtschaft
BE	Bauelemente
BfV	Bundesamt für Verfassungsschutz
BIEG	Berliner Import Export Gesellschaft
BKA	Bundeskriminalamt
BKK	Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung des MfS
BL	Bezirksleitung
BND	Bundesnachrichtendienst
BuV	Bauelemente und Vakuumtechnik
CAD	Computer Aided Design (rechnergestützter Entwurf)
CAM	Computer Aided Manufactury (rechnergestützte Fertigung)
CIA	Central Intelligence Agency (Amerikanischer Geheimdienst)
COCOM	Coordinating Committee (Koordinierungsausschuß für Ost-West-Handelspolitik)
DA	Dienstanweisung
DABA	Deutsche Außenhandelsbank der DDR
DEC	Digital Equipment Corporation
DHB	Deutsche Handelsbank
ESER	Einheitliches System Elektronischer Rechentechnik im RGW
ET	Elektrotechnik
ESO	Erfurt Südost
Fa.	Firma
FDJ	Freie Deutsche Jugend
GBA	Generalbundesanwalt
GD	Generaldirektor
GKSt	Grenzkontrollstelle
GMS	Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit
GRU	Militärischer Geheimdienst der UdSSR
GUZ	Gasultrazentrifugen
GVS	Geheime Verschlußsache
HA	Hauptabteilung
HdE	Haus der Elektroindustrie
H&P	Hewlett & Packard

HF	Hochfrequenz
HFO	Halbleiterwerk Frankfurt/Oder
HV	Hauptverwaltung
HVA	Hauptverwaltung Aufklärung des MfS
H 4	Handelsbereich 4 (Importbereich von KoKo)
IHZ	Internationales Handelszentrum
IM	Inoffizieller Mitarbeiter des MfS
IMB	Inoffizieller Mitarbeiter des MfS mit Feindverbindung
IMF	Inoffizieller Mitarbeiter des MfS mit Feindberührung
IMS	Inoffizieller Mitarbeiter zur Sicherung der Verantwortungsbereiche
IKL	Industriekreisleitung
J.E.F	Japan Economic Foundation
Jetro	Japan External Trade Organisation
JVA	Justizvollzugsanstalt
KGB	Komitee für Staatssicherheit der UdSSR
KHK	Kriminalhauptkommissar
KME	Kombinat Mikroelektronik
KO	Konspiratives Objekt
KOK	Kriminaloberkommissar
KoKo	Kommerzielle Koordinierung
KVP	Kasernierte Volkspolizei
KWH	Kombinat Keramische Werke Hermsdorf
KfS	Komitee für Staatssicherheit der UdSSR
LAG	Leybold AG
LCD	Liquid Cristal Display
LED	Liquid Emission Diod
LfV	Landesamt für Verfassungsschutz
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MAD	Militärischer Abschirmdienst
MAH	Ministerium für Außenhandel
MBB	Messerschmitt-Bölkow-Blohm
MEE	Ministerium für Elektrotechnik/Elektronik
MfNV	Ministerium für Nationale Verteidigung
MITI	Ministry for International Trade and Industry
MRG	Militärratsgesetz
MWT	Ministerium für Wissenschaft und Technik
NDK	Nihon Dempo Kogyo
NSW	Nichtsozialistisches Wirtschaftssystem
NVA	Nationale Volksarmee
OD	Objektdienststelle
OibE	Offizier im besonderen Einsatz des MfS
OPK	Operative Personenkontrolle

OTS	Operativ Technischer Sektor der Hauptabteilung Aufklärung des MfS
OV	Operativvorgang
RA	Rechtsanwalt
RFT	ehemaliges Warenzeichen für Rundfunk- und Fernmeldetechnik der DDR, auch in Betriebsnamen von VEB verwendet
RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon)
SBO	Spezielle Beschaffungsorgane des MfS
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SGD	Stellvertreter des Generaldirektors
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SPK	Staatliche Plankommission
Stasi	Staatssicherheit
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozeßordnung
SW	Sozialistisches Wirtschaftsgebiet
SWT	Sektor Wissenschaft und Technik in der HVA des MfS
TKB	Technisch Kommerzielles Büro
TSA	Technologische Spezialausrüstungen
UHA	Untersuchungshaftanstalt
VD	Vertrauliche Dienstsache
VEB	Volkseigener Betrieb
VLSI	Very Large Scale Integration (hochintegrierte Schaltkreise)
VO	Verbindungsoffizier
VS	Verschlußsache
VVB	Vereinigung Volkseigener Betriebe
VVS	Vertrauliche Verschlußsache
VP	Volkspolizei
WBS	Warenbegleitschein
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe des MfS
ZK	Zentralkomitee
ZKI	Zollkriminalinstitut
ZMD	Zentrum für Mikroelektronik Dresden
ZOK	Zentrales Observationskommando

Die Mikroelektronik war Aushängeschild und Prestigeobjekt der DDR-Partei- und Staatsführung. Doch wie kam die DDR an das notwendige Know-how, wie trickreich verstand sie es, das gegen sie und alle sozialistischen Länder von den westlichen Industrienationen während der Zeit des Kalten Krieges verhängte Wirtschaftsembargo zu umgehen und alle notwendigen High-Tech-Güter zu beschaffen?
Westliche Geheimdienste waren aktiv, aber machtlos, diesen Coup wirkungsvoll zu verhindern.
Die angewandten Methoden der Beschaffung werden vorbehaltlos offengelegt, das Zusammenwirken der am Beschaffungsprozeß beteiligten DDR-Außenhändler und des Sektors Wissenschaft und Technik in Markus Wolfs Hauptverwaltung Aufklärung des MfS dargestellt.
In diesem nach DDR-Verständnis legalen, wegen der Cocom-Bestimmungen aber konspirativ betriebenen und vom MfS gesteuerten Prozeß der Durchbrechung des Embargos spielte der Bereich Kommerzielle Koordinierung mit seinem Importbereich, dem sogenannten Handelsbereich 4, eine zentrale Rolle. Leiter dieses Bereiches war der Autor, sein Chef Alexander Schalck-Golodkowski.
Mit Hilfe westlicher Kaufleute, die alle Skrupel über Bord warfen und sich ihr Risiko mit satten Preisaufschlägen bezahlen ließen, baute Alexander Schalck mit seinen cleveren Mitarbeitern ein internationales Netz von High-Tech-Lieferanten auf. Zu diesem Netz gehörten kleine Handelsfirmen genauso wie international bekannte Konzerne, Toshiba ebenso wie die deutsche Leybold AG...

ISBN 3-320-01967-8

